

Steiner · Waldecks Weg ins Dritte Reich

Nationalsozialismus in Nordhessen

Schriften zur regionalen Zeitgeschichte

Herausgeber:
Gesamthochschule Kassel, Fachbereich 1

Heft 11

Verantwortlich: Dietfrid Krause-Vilmar
Redaktion: Agnes Blöing
Lektorat: Ulrich Krapohl

Dr. phil. Günter Steiner, geboren 1957 in Arolsen, studierte Politikwissenschaften in Gießen. Nach dem Ersten Staatsexamen promovierte er mit vorliegender Arbeit am Fachbereich Sozialwissenschaften der Justus-Liebig-Universität. Seit dem Ende des Referendariats, arbeitet er in der Personalabteilung eines Unternehmens der medizinisch-pharmazeutischen Industrie.

Die Drucklegung wurde vom Magistrat der Stadt Bad Wildungen und vom Magistrat der Kreisstadt Korbach unterstützt.

Gesamtherstellung: Jonas Verlag für Kunst und Literatur GmbH
Rosenstraße 12/13 · D-3550 Marburg
Vertrieb: Jenior & Pressler, Lasallestr. 15, D-3550 Kassel

1. Auflage 1990
ISBN 3-88122-445-9
ISSN 0175-1840

© Gesamthochschule Kassel, Fachbereich 1
Gesamthochschulbibliothek

Günter Steiner

WALDECKS WEG INS DRITTE REICH

**Gesellschaftliche und politische Strukturen eines
ländlichen Raumes während der Weimarer Republik
und zu Beginn des Dritten Reichs**

Verlag Gesamthochschulbibliothek Kassel

Inhalt

<i>Vorwort</i>	7
<i>Vorbemerkungen</i>	9
<i>Der Untersuchungsraum Waldeck</i>	13
<i>Das politische Klima im Freistaat Waldeck und die Auswirkungen des Umbruchs von 1918/19</i>	19
Übergreifen revolutionärer Ereignisse auf das Fürstentum Waldeck, S. 19 · Arrangement mit der neuen politischen Ord- nung?, S. 28 · Starkes Übergewicht antirepublikanischer Kräfte im politischen und gesellschaftlichen Leben Waldecks während der Weimarer Republik, S. 42	
<i>Entwicklung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Waldeck zwischen 1928 und 1930</i>	60
Auseinandersetzung um den Anschluß des Freistaates Wal- deck an Preußen 1928/29, S. 60 · Allgemeine gesellschaftspo- litische Entwicklungen und parteipolitische Umorientierung auf der Rechten im Zuge der Agrarkrise, S. 65 · Desorientie- rung der »alten« Rechtsparteien und die Schaffung des Ge- meindezweckverbands Waldeck, S. 83	
<i>Die NSDAP in Waldeck auf dem Vormarsch</i>	92
Durchsetzung der NSDAP innerhalb des »nationalen« La- gers im Zuge der Auseinandersetzungen um den »Young- plan« 1929, S. 92 · Einsetzende Wirtschaftskrise und das En- de der parlamentarisch-demokratischen Regierungsform in Deutschland, S. 105 · Der Durchbruch der NSDAP zur stärk- sten Partei in Waldeck bei der Reichstagswahl vom 14. Sep- tember 1930, S. 112 · Der Agitationsfeldzug gegen die preußi- sche Staatsregierung im Verlauf des Jahres 1931, S. 131 · Zu- spitzung der Wirtschaftskrise, Brutalisierung des politischen Kampfes und die Steigerung in eine totale Begeisterung für die Verheißungen des Nationalsozialismus, S. 154 · Waldecks Votum für einen Reichspräsidenten Adolf Hitler, S. 167 · SA-Verbot und Preußenwahl, S. 179 · Preußenputsch und Reichstagswahl im Juli 1932, S. 185 · Rückschläge für die na- tionalsozialistischen Erwartungen auf baldige Machtüber- nahme im Staat, S. 201	

<i>Waldeck in den ersten Jahren des Dritten Reiches</i>	215
<p>Vom 30. Januar 1933 bis zu den Reichstagswahlen im März, S. 215 · Gleichschaltung, S. 237 · Antisemitismus in Waldeck, S. 258 Waldeckische Bauernschaft und Nationalsozialismus, S. 274 Kirche und Nationalsozialismus, S. 282</p>	
<i>Bemerkungen zu Strukturmerkmalen des NS-Herrschaftsapparates und der nationalsozialistischen Sondereinrichtungen in Waldeck während des Dritten Reiches</i>	295
<p>Die Veralltäglicung des Terrors, S. 295 · »Volksabstimmungen« 1933/34, S. 302 · SA-Lager Arolsen, S. 303 · Regionale Aspekte der »Röhm-Putsch«-Säuberung, S. 305 · Arolsen wird »Stadt der SS« – »Waldeck-Field Advisor Report«: Zehn Jahre zwischen dem Höhepunkt nationalsozialistischer Machtentfaltung und dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, S. 308</p>	
<i>Waldecks Weg ins Dritte Reich. Zusammenfassung wichtiger Untersuchungsergebnisse</i>	314
<i>Literatur- und Quellenverzeichnis</i>	320

Vorwort

Diese Arbeit untersucht das Vordringen und den schließlichen Erfolg des Nationalsozialismus in einer agrarisch-konservativen Landschaft, die durch besondere geschichtliche Bedingungen und ihre wirtschaftlich-soziale Struktur geprägt war. In einer überschaubaren Region gewinnen wir durch die Fallstudie Einblicke in den Quellbereich politischer Strömungen. Das Hervortreten der Zuflüsse an vielen Stellen und ihr Auffangen, Einleiten und schließliches Aufgehen in einen Hauptstrom wird anschaulich geschildert. So ist die Studie auch ein Beitrag zur Erhellung der oft fließenden Übergänge zwischen den vielfältigen insgesamt gegen die Republik gerichteten Gruppierungen in dem rechten partei- und verbandspolitischen Reservoir. Der genaue Bericht, der die politischen und politisch relevanten Aktivitäten unmittelbar und ständig vor Ort verfolgt, läßt erkennen, daß die registrierten und durch die Zäsuren der Wahlentscheidungen scheinbar spektakulären Schübe tatsächlich nur die jeweils erreichten Stationen einer kontinuierlich fortschreitenden Entwicklung darstellen.

Der 1918/19 von außen kommende Umbruch war als fremd und feindlich empfunden worden. Bleibende Ehrerbietung gegenüber dem Fürstenhaus, das Zusammenwirken von Heer und Verwaltung für »Recht und Ordnung« und der »Kampf gegen den Bolschewismus« prägten das politische Klima. Von Beginn an bestand eine ganz andere politische Ausrichtung als im Reich. Die sehr geringe Wahlbeteiligung und eine starke Zersplitterung vor allem bei den kommunalen und regionalen Wahlen nach berufsständischen und lokalen Interessen zeigten einen geringen unmittelbaren Politisierungsgrad. Doch schon der zweite Wahlgang der Reichspräsidentenwahl von 1925 (Hindenburgs Kandidatur) mit einer Wahlbeteiligung, die beträchtlich höher lag als im Reich, wies auf Mobilisierungsmöglichkeiten hin. Seit diesem Jahr trat auch die DNVP als Hauptopposition gegenüber der Republik hinter den Landbund zurück; doch neben diesem erschienen nicht nur andere ständische, sondern auch schon völkische Gruppen, die um die gegen Republik und Parteien eingestellten Wähler warben.

Fast gleichzeitig mit der Agrarkrise trat für Waldeck als Sonderproblem der Anschluß des Landes an das »rote Preußen« auf, der in steter Vermengung mit der Erbitterung über die wirtschaftlichen Nöte nun zusätzlich ein erhebliches Protestmotiv entstehen ließ. Diese Chance nutzte auch die NSDAP, die 1928 mit ihrer intensiven Agitation zunächst in einigen Landesteilen begann und sie allmählich auf die ganze Landschaft ausweitete und bis 1933 kaum noch unterbrach.

Vielfach drückten sich in der Wahl der NSDAP schon vorherrschender Protestwille und schon bestehendes Mißvergnügen aus, die durch die tradierte nationalistische Haltung und durch eine wirtschaftlich-sozial regressi-

ve Einstellung gespeist und nun durch die Schlagworte der NSDAP und durch ihre scheinbar kompromißlose Radikalität auch in der Agrarfrage zunehmend politisch aktiviert wurden. Das wurde durch die auch außerhalb der Wahlkämpfe anhaltende Präsenz und Wirksamkeit der NSDAP noch verstärkt, deren Versammlungswellen ohne Unterbrechung weitergingen. Dabei bediente sie sich auch neuer Formen, mit denen u.a. durch »Deutsche Abende« mit Tanz, Theater und Lied auch solche Teile der Bevölkerung angesprochen wurden, die die anderen Parteien mit ihren herkömmlichen Versammlungen kaum erreichten.

Die dominierende Position der NSDAP und die vergeblichen Versuche der anderen bürgerlichen Parteien und Verbände, sich in aggressivem Radikalismus nicht übertrumpfen zu lassen, bestimmten das Bild bis zum Ende der Weimarer Republik. In der zunehmenden Brutalisierung des politischen Kampfes wurde der nationalsozialistische Terror von Exekutive, Gerichten und Presse im Gegensatz zu Übergriffen von linker Seite wohlwollend beschönigt. Seit dem 2. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl 1932, bei dem Hitler 61,6 % der Stimmen erhielt (im Reich 36,8 %), sank die NSDAP in Waldeck nicht mehr unter diese Marke.

Die ersten Monate nach dem 30. Januar 1933 zeigten überdeutlich, wie vor aller Augen der Terror vor sich ging. Die Zeitungen dieser Zeit erweisen sich nicht nur als wichtige Quellen für die Ereignisse selbst, sondern auch für das herrschende Klima und für den Nachweis der noch weitgehenden Öffentlichkeit des Terrors; die Akten der unteren Behörden sind aufschlußreiche Zeugnisse für die bürokratisch-kalte Verwaltung dieses alltäglichen Schreckens, der allerdings nur die wenigen Gegner betraf.

Am Beispiel des alt bestehenden Antisemitismus, an den überkommenen Einstellungen und Strukturen des Landbundes und an der Rolle der evangelischen Kirche bis 1933 und am Verhalten im Zusammenhang mit den Ereignissen nach dem 30. Januar 1933 wird deutlich gemacht, daß der Nationalsozialismus mehr als einen Anknüpfungspunkt in Anschauung und Haltung breiter Schichten der Bevölkerung fand. Viele maßgebenden und meinungsbildenden Personen, die sich selbst gewiß als konservativ und christlich bezeichnet hätten, besaßen keinen Maßstab, der ihnen zu einer Abgrenzung vom Nationalsozialismus vor 1933 verhalf. Erst der Eingriff in ihre eigenen Organisationen und Interessen nach dem 30. Januar weckte begrenzten Widerspruch.

Wenn irgendwo, dann hat am Aufweis solcher seit Generationen entwickelten Strukturen und Denkmuster, die sich als fruchtbares Feld für die Saat nationalsozialistischer Agitation und Praxis erwiesen, die »Historisierung« des Nationalsozialismus anzusetzen. Die vorliegende Arbeit ist ein Beitrag für diese in der Tat weiterhin bestehende Aufgabe.

Heinz Josef Varain

Vorbemerkungen

Trotz zahlreicher existierender Arbeiten über die Weimarer Republik und das Dritte Reich besteht nach wie vor ein Mangel an Regionaluntersuchungen über jenen Abschnitt deutscher Geschichte. Eine lokalhistorische Studie mit Berücksichtigung gesellschaftspolitischer Fragestellungen erscheint geeignet, Geschichte besser nachvollziehbar zu machen, persönliche Betroffenheit zu erzeugen und die Bereitschaft zu einer kritischen Auseinandersetzung mit den historischen Geschehnissen zu wecken. Damit wird der Gefahr begegnet, Geschichte als ausschließlich »von oben« bestimmte und durch den Bürger nicht beeinflussbare Unabänderlichkeit erscheinen zu lassen.

An einem relativ kleinen und überschaubaren Raum lassen sich die einzelnen Stufen des Verfallsprozesses der ersten deutschen Republik sehr gut nachverfolgen. Als unbedeutend erachtete singulare Handlungen und Verhaltensweisen können auf diesem Weg als möglicherweise wichtige Bausteine einer zielgerichteten Entwicklung, die für den einzelnen Akteur unter Umständen undurchschaubar bleibt, entlarvt werden.

Wenngleich vor voreiligen Analogieschlüssen gewarnt werden muß, so ist es dennoch nicht auszuschließen, daß eine verschärfte ökonomische Krisensituation, wie sie damals der politischen Radikalisierung entscheidenden Auftrieb verlieh, auch heute ernste Gefahren für die freiheitlich-demokratische Staatsordnung und den inneren Frieden nach sich ziehen könnte.

Zu einfache Erklärungsmuster für komplexe Sachzusammenhänge, propagandistische Abwälzung von Problemursachen auf Sündenböcke – ethnische oder politische Minderheitengruppen – haben an massenpsychologischer Wirksamkeit nur unzureichend eingebüßt.

Verharmlosung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und versteckte Sympathien für autoritäre Lösungsmuster sind auch mehr als fünfzig Jahre nach der Machtübernahme durch die konservativ-nationalsozialistische Koalitionsregierung der »nationalen Erhebung« durchaus noch anzutreffen. Aus Anlaß des 40. Jahrestages der deutschen Kapitulation rückten im Jahre 1985 noch einmal die Ereignisse in den Blickpunkt der Öffentlichkeit, die nicht nur den europäischen Nachbarstaaten und in den 2. Weltkrieg involvierten Ländern in anderen Teilen der Welt große Opfer abverlangten, sondern insbesondere auch Deutschland und dem deutschen Volke unter dem »nationalen« und »vaterländischen« Banner die schrecklichste Katastrophe in seiner Geschichte bescherten.

In der vorliegenden zeitgeschichtlichen Ausarbeitung soll der Versuch gemacht werden, politische Entwicklungen sowie Denk-, Verhaltens- und Handlungsweisen unterschiedlicher Gesellschaftsgruppen im Untersu-

chungsraum Waldeck vorzustellen, die zum Scheitern des republikanischen Staatsgedankens und der Ausbreitung der nationalsozialistischen Ideologie führten.

Aus zeitlicher Distanz und frei von Rechtfertigungszwängen soll Kritik am Zeitgeist während der Weimarer Republik und an der Fehlinterpretation der Demokratie durch die in alten, monarchistischen Denkmustern verhaftet gebliebene Gesellschaft geübt werden, ohne dabei die wirtschaftlichen und sozialen Unzulänglichkeiten zu negieren oder das traditionelle Heimatbewußtsein der Bewohner Waldecks zu diskreditieren. Die Methode der Regional- oder Lokalanalyse ist im Bereich der historischen und politikwissenschaftlichen Forschung bereits mehrfach mit Erfolg praktiziert worden. Beispielsweise erstellte Eberhart Schön eine wissenschaftliche Studie über die Ausbreitung der NS-Bewegung in Hessen.¹ Martin Broszat gab als Herausgeber eines mehrbändigen Werkes über den Nationalsozialismus in Bayern der zeitgeschichtlichen Regionalforschung wichtige Impulse.² Eike Hennig ließ einen Forschungsbericht über die Durchsetzung der NSDAP in Hessen folgen.³ Ein Sammelband mit ausgewählten Beiträgen über den Alltag im Dritten Reich aus verschiedenen deutschen Städten und Regionen wurde von Dieter Galinski, Ulrich Herbert und Ulla Lachauer unter dem Titel »Nazis und Nachbarn«⁴ herausgegeben. Seit mehreren Jahren beschäftigt sich an der Gesamthochschule Kassel eine Forschungsgruppe mit der Geschichte des Nationalsozialismus in Nordhessen. Eine eigene Schriftenreihe wird publiziert.⁵ Schließlich sei noch auf die Zusammenstellung »Vergessen und Verdrängt – Eine andere Heimat-

1) Schön, E.: Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, Meisenheim 1972.

2) Broszat, M. (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit. München, Wien 1977.

3) Hennig, E. (Hrsg.): Hessen unterm Hakenkreuz. Frankfurt/M. 1983.

4) Galinski, U. u.a. (Hrsg.): Nazis und Nachbarn. Hamburg 1982.

5) Schriftenreihe »Nationalsozialismus in Nordhessen. Schriften zur regionalen Zeitgeschichte« mit den Titeln: Schäferberg – ein Henschel-Lager für ausländische Zwangsarbeiter von K. Mosch-Wicke. Kassel 1985²; Pfaffenwald – Sterbe- und Geburtenlager 1942-1945 von S. Hohlmann. Kassel 1988²; »Euthanasie« und Lebensvernichtung am Beispiel der Landesheilstätten Haina und Merxhausen – eine Chronik der Ereignisse 1933-1945 von M. Klüppel. Kassel 1985³; Das Außenkommando Hess. Lichtenau des Konzentrationslagers Buchenwald 1944/45 von D. Vaupel. Kassel 1984²; Als jüdische Schülerin entlassen. Erinnerungen und Dokumente zur Geschichte der Heinrich-Schütz-Schule in Kassel von D. Heither, W. Matthäus und B. Pieper, Kassel 1987²; Lebensskizzen kriegsgefangener und zwangsverpflichteter Ausländer im Raum Fritzlar-Ziegenhain 1940-1943 von E.-M. Krenkel, D. Nürnberger u.a. Kassel 1985; Sprengstoff aus Hirschhagen. Vergangenheit und Gegenwart einer Munitionsfabrik von W. König und U. Schneider. Kassel 1987²; Schulzeit auf dem Lande. Gespräche und Untersuchungen über die Jahre 1933-1945 in Wattenbach von M. Hochhuth. Kassel 1985; Mauern des Schweigens durchbrechen. Die Gedenkstätte Breitenau. Hrsg. von J. Dillmann, D. Krause-Vilmar u. G. Richter. Kassel 1986; Erinnern an Breitenau 1933-1945. Katalog zur Ausstellung. Kassel 1984⁴

geschichte« über Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus in den Kreisen Rendsburg und Eckernförde⁶ hingewiesen.

Über die Geschichte Waldecks während der Weimarer Republik und des Dritten Reiches liegt bislang keine umfassende Arbeit vor. Lediglich Wolfgang Haseloff analysierte und kommentierte aus seiner Sicht die Wahlergebnisse in der Region Waldeck im Zeitraum 1867 bis 1953.⁷ Darüber hinaus behandeln einige heimatkundliche Darstellungen jene wichtigen Zeitabschnitte beiläufig mit wenigen Sätzen. Eine Ausnahme bildet hier nur eine Arolser Chronik aus dem Jahre 1954. Allerdings erreichte der Autor, der als wichtiger Parteitheoretiker der NSDAP Bekanntheit erlangte, keine Distanz zu Ideologie und Sprachgebrauch des »Tausendjährigen Reiches«.⁸

Wichtige Rückschlüsse auf die politisch-gesellschaftliche Atmosphäre im ehemaligen Fürstentum Waldeck vermitteln die lückenlos vorhandenen Jahrgangsbände der dominierenden Tageszeitung. Einen Schwerpunkt bei der Materialsichtung bildeten die Bestände des Hessischen Staatsarchivs Marburg. Umfangreiche Akten aus den Zuständigkeitsbereichen von Regierungspräsidium (Bestand 165, Regierungspräsident Kassel) und Landesdirektorium (Bestand 122, Landesdirektor Waldeck) konnten einer gründlichen Analyse unterzogen werden. Schließlich gelang es, den soeben zur Benutzung freigegebenen Bestand mit Unterlagen aus den drei Waldeckischen Landratsämtern (Bestand 180/Arolsen/Korbach/Bad Wildungen) in die Ausarbeitungen miteinzubeziehen. Weiterhin konnten die Akten der ehemaligen Waldeckischen Landesvertretung sowie einige Unterlagen aus der Provinzialverwaltung Hessen-Nassau herangezogen werden.

Dem Hessischen Staatsarchiv Marburg möchte ich für diese Unterstützung meiner Arbeit herzlich danken. Auch den Stadt- bzw. Gemeindearchiven von Arolsen, Korbach, Mengershausen, Diemelstadt, Sachsenhausen und Bad Wildungen sowie dem Hessischen Hauptstaatsarchiv gilt mein Dank für gewährte Akteneinsichtnahme und erteilte Auskünfte. Sehr aufschlußreich war die Analyse der zeitgenössischen Tageszeitungen. Hier gilt mein besonderer Dank dem Verlag W. Bing in Korbach, der alle benötigten Jahrgänge der Waldeckischen Landeszeitung zur Verfügung stellte.

6) Hamer, K. u. a. (Hrsg.): Vergessen und Verdrängt – Eine andere Heimatgeschichte. Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus in den Kreisen Rendsburg und Eckernförde. Eckernförde 1984.

7) Haseloff, W.: Die politischen Parteien und die Wahlen in Waldeck 1867-1953. Diss. phil. Marburg 1955.

8) Nicolai, H.: Arolsen – Lebensbild einer deutschen Residenzstadt. Glücksburg 1954.

Ganz besonders herzlich möchte ich mich bei Professor Heinz-Josef Varrain von der Justus-Liebig-Universität Gießen bedanken, der mir als Betreuer dieser Arbeit mit seinem sachkundigen Rat zur Seite stand. Professor Helmut Berding, Professor Manfred Dörr (beide Justus-Liebig-Universität Gießen), Professor Eike Hennig (Gesamthochschule Kassel) und dem Heimatchronisten Christian Krume gilt der Dank für Anregungen, fachliche Hinweise und überlassene Unterlagen.

Ohne die finanzielle Unterstützung durch die Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen, dafür vielen Dank.

Herrn Professor Dietfrid Krause-Vilmar (Gesamthochschule Kassel) ist es zu verdanken, daß »Waldecks Weg ins Dritte Reich« in der Schriftenreihe »Nationalsozialismus in Nordhessen« erscheint und damit allen Interessierten zugänglich ist. Viel Arbeit hatten Agnes Blöing und Ulrich Krapohl (Gesamthochschule Kassel), bis alle Vorarbeiten für die Drucklegung erledigt waren, vielen Dank.

Günter Steiner

Der Untersuchungsraum Waldeck

Bis zum Jahre 1918 konnte das damals nur etwa 1.055 qkm große Ländchen Waldeck stolz auf seine Eigenständigkeit als »Fürstenthum« verweisen. Nach der erzwungenen Abdankung des regierenden Fürsten Friedrich zu Waldeck und Pyrmont erhielt es den Status eines Freistaates. Unter den achtzehn deutschen Ländern nahm der Freistaat Waldeck bezüglich seiner Größe den fünftletzten, bezüglich seiner Einwohnerzahl den vorletzten Platz ein. Im Reichsrat verfügte man über eine Stimme. Alle drei Jahre waren die Waldecker aufgerufen, über die Zusammensetzung der siebzehnköpfigen Landesvertretung zu befinden. Als oberste Verwaltungsinstanz war ein Landesdirektor vorgesehen. Seine Ernennung erfolgte durch das Preußische Staatsministerium in Einklang mit den akzessionsvertraglichen Vereinbarungen zwischen dem Freistaat Waldeck und dem Land Preußen. Dabei wurde dem Landesausschuß, einem von der Landesvertretung delegierten Gremium, ein begrenztes Einspruchs- und Mitbestimmungsrecht eingeräumt.¹ Aus finanziellen Gründen ließ sich eine Zusammenarbeit auf vielen Gebieten mit Preußen nicht umgehen. Seit 1867 bestanden Akzessionsverträge, die Waldeck nur eine begrenzte Souveränität gewährten. Dennoch waren Bürokratie und weite Teile der Bevölkerung darauf bedacht, Abstand zum mächtigen Nachbarn, dessen politische Führung man mit Argwohn betrachtete, zu wahren.

Das fast rein protestantische ehemalige Fürstentum mit seinen kaum 60.000 Einwohnern galt als eines der konservativsten unter den deutschen Ländern. Monarchistische Strömungen überdauerten den Umbruch von 1918/19 und waren fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens, was die Diffusion parlamentarisch-demokratischer Gedankenvorstellungen in der ersten deutschen Republik spürbar erschwerte.

Bestimmender Faktor des Wirtschaftslebens war die Landwirtschaft. Rund 60 % der erwerbstätigen Waldecker verdienten Mitte der zwanziger Jahre ihren Lebensunterhalt im Agrarbereich. Dabei zählt das Gebiet, das geologisch teilweise den Ausläufern des Rheinischen Schiefergebirges, teilweise dem Hessischen Berg- und Hügelland zugerechnet wird, wegen mäßiger Bodenbonität und intensiver Relieferung keineswegs zu den agrarischen Gunsträumen. Sowohl in den westlichen Höhenregionen des Uplandes als auch im Bereich des östlich anschließenden Hügellandes mit oberflächennahem Buntsandsteinuntergrund gehört ein hoher Anteil bewaldeter Flächen zu den hervorstechenden Merkmalen der Landesnatur.

1) Vgl. Waldeckisches Staatshandbuch auf das Jahr 1928. Mengeringhausen/ Korbach o. J. S. 29ff. und 101ff.

In den kleinen Dörfern gab es kaum Familien, die nicht wenigstens im Neben- bzw. Zuerwerb Ackerbau und Viehhaltung betrieben. Sehr geringe Industriekapazitäten, die auf wenige Ortschaften beschränkt blieben (z.B. Korbach, Waldeck-Stadt oder Mengeringhausen), boten kaum eine Alternative. Daher verließen seit Beginn der Industriellen Revolution viele jüngere Arbeitskräfte ihre waldeckische Heimat, um in prosperierenden Wirtschaftsregionen eine neue Existenzgrundlage zu finden. Allein im Jahre 1854 verließen 574 Personen das Fürstentum; die meisten von ihnen wählten die Vereinigten Staaten von Amerika als Auswanderungsziel. Die Auswanderungsquote lag mit einem Prozent deutlich höher als in den hessischen Nachbargebieten. Im Jahr 1883 stand Waldeck mit der Zahl seiner Auswanderer prozentual sogar an der Spitze im Deutschen Reich.²

Geographische Abgelegenheit von den Ballungszentren und unzureichende Verkehrsverbindungen ließen auch in der Folgezeit die Perspektiven für den Agrarraum Waldeck nicht vielversprechend erscheinen. Allenfalls die Kurstadt Bad Wildungen konnte durch ihre berühmten Kurrichtungen und den landschaftlich reizvollen Ederstausee in der Nähe Besucher aus anderen Teilen Deutschlands anlocken.

Abgesehen von den drei Kreisstädten Arolsen, Korbach und Bad Wildungen gab es in Waldeck keine weitere Ortschaft mit mehr als zweitausend Einwohnern. Die 23.131 Personen zählende Einwohnerschaft des Kreises des Eisenbergs im Westen des Freistaates verteilte sich auf 47 Gemeinden. Der Kreis der Twiste im Nordosten umfaßte im Jahre 1925 32 Orte mit zusammen 16.169 Einwohnern, und der Kreis der Eder im Südosten setzte sich aus 36 Gemeinden mit insgesamt 18.055 Bewohnern zusammen.³

Im Gebiet des ehemaligen Fürstentums gab es 1930 lediglich 19 Betriebe mit mehr als 30 Bediensteten. Während das im Kreis des Eisenbergs die Continental-Gummi-Werke AG, das Verbandselektrizitätswerk Waldeck und die Deutsche Landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft Waldeck mit Sitz in Korbach waren, zählten im Kreis der Twiste zwei Pappfabriken in Wrexen, eine Holzspulenfabrik in der Nähe von Twiste sowie ein Sägewerk in Arolsen zu dieser Größenordnung. Das Stadtbauamt Bad Wildungen mit Gas- und Wasserwerk, die Preußische Elektrizitäts AG-Kraftwerk Hemfurth, die metallverarbeitenden Mauserwerke Waldeck, drei Badehotels, vier Baugeschäfte sowie zwei Mineralwasserabfüllanlagen im Kreis der Eder komplettierten die Liste der größten Arbeitgeber.⁴

2) Vgl. Katalog zur Ausstellung der Hessischen Staatsarchive zum Hessentag 1984 in Lampertheim. Auswanderung aus Hessen. Hessisches Staatsarchiv Marburg 1984. S. 31.

3) Waldeckischer Landeskalendar 1932. Korbach. Ortsverzeichnis nach statistischen Erhebungen von 1925.

4) HStA Mbg. 165/3826. Aufstellung der Landräte. September 1930.



»Auszug des Waldecker Bataillons 1914«. Waldeckischer Landeskalendar 1934. S. 69.

Die wichtigsten Eisenbahnverbindungen führten an Waldeck vorbei. Kurz vor oder um die Jahrhundertwende gebaute Sekundärstrecken (Warbern-Wildungen 1884; Warburg-Arolsen 1890; Korbach-Frankenberg 1900; Wildungen-Korbach 1912; Korbach-Willingen 1917) konnten die Standortnachteile Waldecks nicht in ausreichendem Maße beheben.⁵ Auch der Abbau kleinerer Eisenerzvorkommen im Adorfer Raum⁶ konnte daran nichts ändern. Mit Heimat- und Nationalstolz versuchte man, Rückständigkeit und ökonomische Unzulänglichkeiten zu kompensieren. Deutlich hatte sich dies beim Ausrücken der in Arolsen stationierten Soldaten im Jahre 1914 gezeigt. Viele Bürger säumten die Straßen, als »ihr« Bataillon in den Krieg zog.

Fürstenhaus und Garnison waren den Waldeckern ans Herz gewachsen. Enttäuschung über den Ausgang des Weltkrieges und heftige Proteste, als

5) Vgl. Wolkers, W.: Einwirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Raumes dargestellt am Beispiel Waldeck 1867-1967. Diss. phil. Berlin 1972. S. 105 ff.

6) Vgl. Hölting, B.: Die geographische Situation und die geologischen Verhältnisse im Landkreis Waldeck. In: Der Landkreis Waldeck. Oldenburg 1968. S. 14.

bekannt wurde, daß Preußen den bestehenden Akzessionsvertrag aufgekündigt und damit das Ende der Eigenstaatlichkeit für Waldeck eingeleitet hatte, kennzeichneten die Stimmung weiter Bevölkerungskreise während der Zeit der Weimarer Republik. Doch selbst konservative und reaktionäre Parteivertreter konnten sich wegen finanzieller Gesichtspunkte dem unpopulären Zusammenschluß des Freistaates mit Preußen nicht widersetzen. An der landsmannschaftlichen Geschlossenheit änderte aber auch die am 1. April 1929 schließlich vollzogene Eingliederung Waldecks in das Land Preußen kaum etwas. Die einstigen waldeckischen Landkreise der Eder, des Eisenbergs und der Twiste blieben als Verwaltungseinheiten bestehen. Ferner waren alle Waldeckischen Ortschaften in einem Gemeindezweckverband zusammengeschlossen, dem die Schirmherrschaft über das Domanialsondervermögen oblag.

Den republiktragenden Parteien gelang es nur in unzureichendem Maße, die Ressentiments gegenüber der Weimarer Staatsform abzubauen. Bei allen Wahlen seit dem Umbruch von 1918/19 blieb die SPD weit hinter den Ergebnissen im Reichsdurchschnitt zurück. Die katholische Zentrumspartei hatte im überwiegend protestantischen Waldeck ohnehin nur einen Außenseiterstatus. Lediglich die liberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) konnte in den Anfangsjahren der Republik reichsübliche Resultate erzielen; bis 1924 lagen ihre Ergebnisse in Waldeck sogar leicht über dem Reichsdurchschnitt. Nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages und verstärkt nach der Inflation erlitt die DDP starke Einbußen. Von gut 20 % im Jahre 1919 rutschte die DDP bis 1928 auf unter 5 % ab.

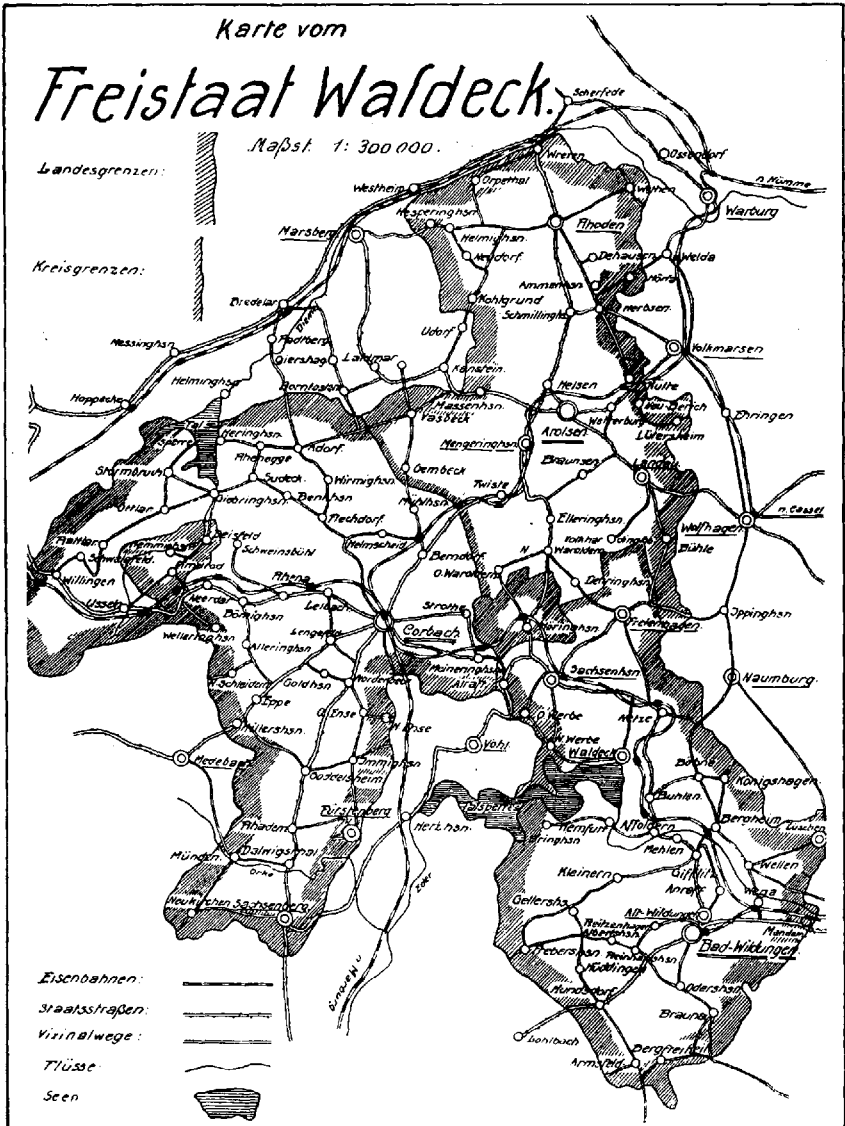
Etwas besser erging es bis 1928 der Deutschen Volkspartei (DVP), aber die dominierende Kraft in der ersten Hälfte der Weimarer Republik war eindeutig die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), die nach Restauration der autoritär-monarchistischen Ordnung strebte. Als ihre Allianz mit dem gesellschaftlich und politisch mächtigen Waldeckischen Landbund zerbrach, übernahm vorübergehend die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei (CNBL) die Führungsrolle in Waldeck. Enttäuscht von ihrer Unfähigkeit, die Politik von Land und Reich im Sinne ihrer landwirtschaftlichen Anhängerschaft determinieren zu können, belebte man die Suche nach einer neuen durchsetzungsfähigen Rechtspartei.

Gerade in der Phase der sich zuspitzenden Krise im Agrarbereich bot sich die NSDAP, die bis 1928 nur mäßige Beachtung gefunden hatte, als handlungswillige Alternative an. Geschickt nutzten ihre Strategen die Proteststimmung gegen mangelhafte Absatzlage und sinkende Erzeugerpreise für ihre parteipolitischen Ziele. Die tiefverwurzelten Ängste vor Kommunismus oder Sozialismus in den Reihen der Landbevölkerung unterstützten die Werbebemühungen der NSDAP. Nach »nationaler« Aufrüstung in der Antiyoungplan-Agitationswelle deckte die massive Kampagne für eine

vorzeitige Auflösung des Preußischen Landtages den Erfolg der nationalsozialistischen Indoktrinierungsarbeit auf.

Unterstützt vom waldeckischen Fürstenhaus, toleriert vom Behördenapparat und getragen von einer »nationalen« Stimmung in der Bevölkerung, feierten die Nationalsozialisten triumphale Wahlerfolge im Waldecker Land. Mit fast 65 % aller gültigen Wählerstimmen erzielte die NSDAP im Juli 1932 ein Traumergebnis, das nach minimalen Rückgängen im November bei den eingeschränkten, nicht verfassungsgemäßen Märzahlen 1933 auf über 71 % ausgebaut werden konnte.

Scheinbar reibungslos hatte sich der Wandel der »kleinen Monarchie« in eine nationalsozialistische Hochburg vollzogen.



Karte vom Freistaat Waldeck. Waldeckisches Staats-Handbuch auf das Jahr 1928. Mengerlinghausen, Korbach o.J., Anhang.

Das politische Klima im Freistaat Waldeck und die Auswirkungen des Umbruchs von 1918/19

Übergreifen revolutionärer Ereignisse auf das Fürstentum Waldeck

Im Angesicht der drohenden militärischen Niederlage des Deutschen Reiches zerbrach die Illusion einer deutschen Weltmachtstellung. Der Armeeführung, die mit quasi-diktatorischer Machtfülle operierte, wurden die heraufziehenden Gefahren für das überkommene, monarchistische Herrschaftsgefüge bewußt. Streikbewegungen gegen die Fortdauer des Krieges und die schweren Entbehrungen im täglichen Leben erschütterten wichtige Zentren des Kaiserreichs. Vor allen Dingen drängte die Arbeiterschaft, organisiert in der seit 1917 gespaltenen Sozialdemokratie, auf umfassende Reformierung der Gesellschaft. Minderheitengruppen hielten eine Revolution für unausweichlich. Die Mehrheitssozialdemokratie favorisierte ein schrittweises Vorgehen. Bürgerlich-demokratische Zielsetzungen, unter Beibehaltung der Monarchie als Staatsform, herrschten in den liberalen Teilen des Bürgertums vor.

General Ludendorffs Eingeständnis der militärischen Niederlage vor dem Kaiser, verbunden mit der Aufforderung, Waffenstillstandsverhandlungen binnen vierundzwanzig Stunden einzuleiten, riß Offizierskorps und Obrigkeit Ende September 1918 aus allen imperialistischen Träumen. Der »Siegfrieden«, von der Propagandamaschinerie des Kaiserreichs und den wirtschaftlichen Interessengruppen bis fast in den Zusammenbruch hinein am Leben gehaltenes Trugbild, hatte in weitesten Teilen der Öffentlichkeit den Blick für die Realität verstellt.

Um die Verhandlungsposition des Deutschen Reiches in der prekären Situation gegenüber den seit dem Kriegseintritt der USA logistisch überlegenen Westmächten zu verbessern und die militärische Motivation zu verschleiern, sollten Vertreter der demokratischen Parteien das Friedensgesuch unterbreiten. Als Gegenleistung offerierten die militärischen Machthaber den »Mehrheitsparteien« eine weitgehende Parlamentarisierung des Reiches. Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff war Hauptinitiator dieser »Revolution von oben«¹, mit der er dem Kriegsziel der Westmächte, nämlich Demokratisierung und Zerschlagung des preußischen Militarismus, pro forma Rechnung zu tragen gedachte.

1) Rosenberg, A.: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik. Teil 1. Entstehung der Weimarer Republik. Frankfurt/M. 1983. S. 212.

Für die in die Verantwortung gedrängten demokratischen Kräfte sollte sich diese Strategie als unüberwindbare Hypothek herausstellen. Demokratie und Parlamentarismus waren in Deutschland fortan mit der Niederlage im Weltkrieg verknüpft, für die eigentlich Kaiserreich, Oberste Heeresleitung sowie »vaterländische« und wirtschaftliche pressure groups verantwortlich zeichneten.

Zunächst war nach dem Bekanntwerden des bevorstehenden Kriegsendes ein lawinenartiges Anwachsen der Friedensbewegung zu beobachten. Kriegsmüdigkeit hatte die Mannschaften der Armee, Arbeiterschaft und die übrigen Leidtragenden des Krieges erfaßt. Dem »Frieden jetzt« schien primär die Person des Kaisers im Wege zu stehen. Als nach den »Oktoberreformen« und trotz angelaufener Waffenstillstandsverhandlungen die kaiserliche Marineleitung ohne Wissen der neuen Regierung unter Prinz Max von Baden den Befehl zu einem letzten Entscheidungskampf der deutschen Flotte gegen die überlegenen englischen Seekriegsverbände gab, um damit dem Ehrbegriff der Offizierskaste Rechnung zu tragen, kam es zu Widerstandsaktionen von deutschen Matrosen gegen diesen eigenmächtigen und die Friedensgespräche möglicherweise torpedierenden Schritt der Flottenführung. Mehrere hundert Matrosen kamen wegen angeblicher Meuterei in Haft. Solidarisierungsmaßnahmen im gesamten Marinestützpunkt Kiel zur Rettung der von der Todesstrafe bedrohten Kameraden weiteten sich zu einer folgenreichen Aufstandsbewegung aus. Forderungen nach totaler Entmachtung des Militärapparates, definitivem Friedensschluß, Absetzung des Kaisers und voller Demokratisierung des Staates traten bald in den Vordergrund. Seit jener Initialzündung am 5. November 1918 in Kiel griffen revolutionäre Bestrebungen wie ein Feuer auf ganz Deutschland über. Kaiser Wilhelm II. flüchtete nach Holland und entzog sich jeglicher Verantwortung. Im Wettlauf mit der radikaleren USPD rief Philipp Scheidemann von den Mehrheitssozialdemokraten am 9. November die Deutsche Republik aus. Arbeiter- und Soldatenräte übernahmen vorläufig Regierungs- und Kontrollfunktionen.

Auch in Waldeck bekam die Fassade der heilen Welt ernstere Risse. Mit dem 11. November setzten Bemühungen des Arbeiter- und Soldatenrates Kassel ein, den Fürsten zu Waldeck und Pyrmont aus seinem Amt zu drängen. Für eine Revolution war es schon bemerkenswert, daß man den Fürsten nicht einfach fortjagte, wie es eigentlich von echten Revolutionären zu erwarten gewesen wäre, sondern in Verhandlungen mit dem fürstlichen Kabinettsrat von Schoeler eintrat. Ganz offensichtlich waren im November 1918 nicht extremistische oder anarchistische Elemente am Werk, die Deutschland dem Bolschewismus ausliefern wollten, was im nachhinein oft in den Worten der »vaterländischen« Kräfte anklang, sondern vielmehr reformerische Demokraten. Insbesondere Unabhängige und Mehrheitsso-

zialdemokraten bemühten sich, politische und soziale Verbesserungen für die Arbeiterschaft und andere unterprivilegierte Bevölkerungsschichten durchzusetzen.

Ein beachtenswerter Aspekt bei der Betrachtung der November-Ereignisse in Waldeck ergab sich aus der Tatsache, daß die Initiativen, den Fürsten abzusetzen, zunächst vom auswärtigen Arbeiter- und Soldaten-Rat aus Kassel kamen; offenbar fehlte es in Waldeck selbst am revolutionären Antrieb. Eine gewisse Rolle mag dabei gespielt haben, daß es in Waldeck nicht zu Problemen in der Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung gekommen war und daher ein wichtiger Faktor für den Unmut der Massen entfiel, außerdem genoß das Fürstenhaus traditionell ein hohes Ansehen. Allen Aufforderungen nach Abdankung widersetzte sich Fürst Friedrich.

Am 12. November trat erstmals ein Arolser Arbeiter- und Soldaten-Rat in Erscheinung. »Für das Fürstentum Waldeck ist heute ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet worden, der die Aufsicht über die Staatsregierung des Fürstentums ausübt. Die militärische Gewalt wird vom Soldatenrat gemeinschaftlich mit dem Garnisonskommando Arolsen ausgeübt...gez. der vorläufige Arbeiter- und Soldatenrat: C. Kuhaupt, C. Thiele, B. Franke, Fr. Mattern, H. Emde, K. Bernhard – für das Garnisonskommando: Oberst Rhode – für die Staatsregierung: Landesdirektor Redern«,² hieß es in einer gemeinsamen Erklärung von Staatsregierung, Militär und Arbeiter- und Soldatenrat. Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung war die konsensfähige Zielvorgabe.

Auch in Bad Wildungen meldete sich ein Arbeiter- und Soldatenrat zu Wort. Während im Reich mit dem SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert und Ludendorff-Nachfolger General Wilhelm Groener Repräsentanten unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Kräfte und unterschiedlicher Staatsauffassung durch ihre Kooperation entscheidende Weichen für die kommenden Entwicklungen in Deutschland stellten, führten die Umstände auch in Waldeck Persönlichkeiten mit divergierenden Weltanschauungen zusammen. Der sozialdemokratisch ausgerichtete Arbeiter- und Soldatenrat, der von der Monarchie eingesetzte Landesdirektor und der vom »vaterländischen Geist« durchdrungene Arolser Garnisonskommandeur hatten sich mit einer gemeinsamen Erklärung an die waldeckische Öffentlichkeit gewandt.

Der Behörden- und Verwaltungsapparat wurde in seiner personellen Struktur nicht angetastet. Bewahrung von Ruhe und Ordnung um jeden

2) HStA Mbg 180 Arolsen 58. Akten des fürstlichen Kreisamtes Arolsen. Anzeichen für die tiefgreifende Verunsicherung der Administration angesichts der revolutionären Bestrebungen war auch der erstmalige Verzicht des höchsten Waldeckischen Verwaltungsbeamten auf sein Adelsprädikat bei der Namensnennung in der o.g. öffentlichen Erklärung.

Preis lautete auch die Parole der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte. Man schritt nicht einmal ein, als am 14. November in der größten Tageszeitung der Region die Rücktrittsweigerung des Fürsten mit ausführlicher Begründung publiziert wurde.³ Kabinettsrat v. Schoeler wiederholte die Forderung nach einer Volksabstimmung im Fürstentum über die Frage einer möglichen Abdankung des waldeckischen Monarchen. Hoffnungen auf eine mehrheitliche Zustimmung zum Verbleib des Fürsten waren nicht unbegründet. Doch die allgemeine Entwicklung überrollte die Waldecker.

Nachdem zwei waldeckische Sozialdemokraten, ein Mühlenbesitzer aus Landau⁴ sowie der spätere Bürgermeister Franke aus Mengeringhausen⁵, am Arolser Schloß vorgeschrieben und die Rücktrittsforderung bekräftigt hatten, jedoch vom fürstlichen Kabinettsrat abgewiesen worden waren, faßte der Arbeiter- und Soldatenrat Arolsen den Beschluß, den Fürsten für abgesetzt zu erklären. Doch noch Tage später trat »Seine Durchlaucht der Fürst« in Erscheinung, als sei nichts geschehen. Es folgten Berichte über eine Ordensverleihungszeremonie am 21. und 22. November sowie ein weiterer Auftritt Anfang Dezember.⁶ Zuvor hatte auch Landrat Klapp aus dem Kreis des Eisenbergs seiner Auffassung Ausdruck verliehen, daß ein Rücktritt des Fürsten nur für den Fall einer Abstimmungs-niederlage bei einer unausweichlichen Volksabstimmung in Frage käme.⁷ Die Absetzungserklärung durch den Arbeiter- und Soldatenrat schien man in der Bürokratie nicht ernst zu nehmen.

Protest gegen die sture »Durchlaucht« blieb in der Folgezeit aus, ebenso fühlte sich niemand berufen, offensive Schritte zur Rettung der Fürstenmacht einzuleiten. Allmählich zog sich Fürst Friedrich resignativ aus der aktiven Politik zurück, um sich ganz der Verwaltung seiner großen Ländereien und der übrigen Besitztümer zu widmen. Bei der späteren Diskussion um den fürstlichen Grundbesitz geriet die Person des Fürsten noch einmal in den Brennpunkt öffentlichen Interesses. Durch Beibehaltung von Ehrenämtern in der Kriegervereinsorganisation und in sonstigen Vereinen sowie durch das karitative Engagement der Fürstin verfestigte sich das gute Image des Fürstenhauses bei den ehemaligen Untertanen. Mit Nostalgie und Wehmut blickten viele Waldecker in den unruhigen Anfangsjahren der deutschen Republik auf die »gute alte Zeit« zurück. Eine Chronik der

3) »Das Herz des Fürsten gehört dem Waldecker Volk«. Waldeckische Landeszeitung (WLZ) Nr. 266 vom 14.11.1918.

4) Vgl. Walther, H.-D.: Das Ende des Fürstentums Waldeck. Staatsexamensarbeit. Frankfurt/M. 1970.

5) Vgl. Korrespondenz Max Prinz zu Waldeck und Pyrmont mit Heimatforscher Kloppenburg vom 1.12.1949. Waldeckischer Geschichtsverein Arolsen.

6) Walther, H.-D., a. a. O., S. 24.

7) Walther, H.-D., a. a. O., S. 26.

Stadt Arolsen beklagt, daß mit dem »Verfassungssturz von 1918«⁸ auch die »Seele der Stadt« Arolsen vernichtet worden sei. In der ehemaligen fürstlichen Residenzstadt schlug die allgemeine Zurückhaltung gegenüber der neuen Ordnung tatsächlich nicht selten in Verbitterung um, denn abgesehen vom Verlust des Status als Residenzstadt brachten die Auflösung des Garnisonsstandortes und die Verlagerung wichtiger Verwaltungsbehörden ins zentraler gelegene Korbach negative wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Folgen mit sich. Für die örtliche Geschäftswelt waren die Ausfälle spürbar.

Ein Rektor aus Arolsen hob anläßlich einer Tagung des Unterverbandes Kassel des preußischen Landkreistages noch im September 1928 hervor, daß die Stadt Arolsen »...mit dem Stehen und Fallen des Fürstenhauses...« eng verbunden und folglich »...in den Nachkriegsjahren in eine trostlose Lage...« geraten sei.⁹

In Waldeck war man 1918/19 kaum zum Träger einer neuen politischen Entwicklung geworden, vielmehr fühlte man sich als Opfer dieser Entwicklung. Als Treuebruch gegenüber der Obrigkeit und Verbrechen gegen das monarchische Rechtsverständnis faßte man in weiten Bevölkerungsteilen die Absetzung des Fürsten und die Etablierung der demokratischen Staatsordnung auf. Der Verlust der Fürstentumsfassade schmerzte, wenngleich damit nur für sehr wenige ein persönlicher Nutzen verbunden gewesen war. Man zeigte sich eben stolz auf den vermeintlichen Sonderstatus, der nun einer »Gleichmacherei« weichen sollte. Der Zusammenbruch des angeblich auf Gottesgnadentum beruhenden Herrschaftssystems verunsicherte die Waldecker. Mit diesem verwerflichen Werk, mit dem man vor allen Dingen die Sozialdemokratie identifizierte, wollte man nichts zu tun haben. So verwundert es nicht, daß auch im Freistaat Waldeck die Räte als Machtfaktoren rasch ins Hintertreffen gerieten und die alte Bürokratie ihre Handlungsinitiative zurückgewann. Zunächst jedoch waren die Arbeiter- und Soldatenräte Bestandteile des staatlichen Lebens. Die Bauernschaft registrierte mit äußerster Besorgnis jede sozialpolitische Reformbestrebung, denn von gestiegenen sozialen Verpflichtungen, neuen Arbeitsplatz- und Arbeitsrechtsnormen befürchtete man negative Auswirkungen für die eigene Einkommenslage sowie drastische Einschränkungen der Beschäftigungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft. Die Folgen der Industriellen Revolution in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatten die Waldeckische Agrarwirtschaft ohnehin vor Probleme gestellt. Leistungsfä-

8) Nicolai, H.: Arolsen – Lebensbild einer deutschen Residenzstadt. Glücksburg 1954. S. 221f.

9) »Tagung des Unterverbandes Kassel im Preußischen Landkreistage am 28. und 29. September in Arolsen«. WLZ Nr. 233 vom 3.10.1928.

hige junge Arbeitskräfte zogen in die Ballungsregionen, um in den Fabriken höhere Löhne und geregelte Arbeitszeit zu finden. Hauptanziehungspunkt für das waldeckische Arbeitskräftepotential war das »Bergische Land«.

Sozialdemokratischer bzw. von Sozialdemokraten beeinflusster Wirtschafts- und Sozialpolitik trat die Bauernschaft generell mit Ablehnung entgegen. Als aktives Gegengewicht zu den Arbeiter- und Soldatenräten organisierte man auf Anraten des Landwirtschaftskammervorstandes »Bauern- und Landarbeiterräte«. ¹⁰ Während das Reichsernährungsamt in Berlin die Bauern- und Landarbeiterräte offiziell als nicht politisch und rein wirtschaftlichen Zwecken dienend deklarierte, ¹¹ formulierte der »vorbereitende Ausschuß« für die Bildung von Bauern- und Landarbeiterräten in einem Schreiben an den Landrat des Kreises der Eder abweichende Zielvorstellung. Er wollte sie als Instrument im »Kampf gegen den Bolschewismus auf dem Lande« ¹² verstanden wissen. Vorrangig betrieb man die Aufstellung einer »Bauernwehr«. Dabei ließ man sich von der angeblichen Erkenntnis leiten, »...daß auf dem Lande die letzte Entscheidung über den Sieg des Bolschewismus fallen [müsse]«. ¹³

Wie rigoros die Bauern- und Landarbeiterräte in den kommenden Wochen und Monaten aktive Interessenpolitik betrieben, zeigte sich auf dem Ernährungssektor. Mehrfach appellierten Landrat und Arbeiter- und Soldatenrat an die Bauern- und Landarbeiterräte, das Gemeinwohl nicht völlig aus den Augen zu verlieren. In Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden des Wildunger Arbeiter- und Soldatenrates richtete Landrat Schmieding aus dem Kreis der Eder folgenden Aufruf an die Agrarräte: »Vor einigen Wochen forderte der Arbeiter- und Soldatenrat in Wildungen Sie auf, mit allen Kräften zur Bekämpfung des schamlosen Wuchers, der hier im Kreise getrieben wird, beizutragen. Es wurde auf die drohenden Folgen hingewiesen, die unwiderruflich bei einer Fortdauer der jetzigen Verhältnisse eintreten werden. Aber auch dieser Appell an Ihre Hilfe war vergeblich. Nach wie vor werden Ferkel und Schlachtvieh heimlich ausgeführt, Butter und Eier zu unerhörten Preisen verkauft, während es nicht einmal möglich ist, nur den Stadtbewohnern des Ederkreises einigermaßen ausreichende Nah-

10) HStA Mbg 180 Bad Wildungen 51. Korrespondenz zwischen dem Vorstand der Landwirtschaftskammer Waldeck und dem Landesdirektorium Waldeck, Az. I 9833, 7.12.1918.

11) HStA Mbg 180 Bad Wildungen 51. Mitteilung aus dem Reichsernährungsamt, Berlin, 31.1.1919.

12) HStA Mbg 180 Bad Wildungen 51. Schreiben des Vorbereitenden Ausschusses für die Bildung von Bauern- und Landarbeiterräten an den Landrat des Kreises der Eder, Berlin, 19.1.1919.

13) Ebenda.

rungsmittel zu liefern. Es liegt nicht daran, daß keine Verfügungen mit den nötigen Strafandrohungen erlassen sind. Davon sind genug da. Aber wer kümmert sich darum? Die wenigen Beamten auf dem Lande sind machtlos. Wollen Sie, daß unser Land dem Bürgerkrieg ausgeliefert wird? Es wird sogar in unserer sonst ruhigen Stadt ganz offen davon gesprochen, mit Gewalt sich Nahrungsmittel zu verschaffen. Wollen Sie derartiges verantworten? [...] Wir können nicht dulden, daß durch die Unvernunft und Habsucht der Landwirte unser Vaterland in völliges Verderben gestürzt wird. [...] Kontrollieren Sie in jedem Dorf die Milchablieferung, stellen Sie fest, ob Ferkel oder anderes Vieh heimlich zu hohen Preisen verkauft oder geschlachtet wird. Melden Sie uns jeden derartigen Fall, damit wir alle diese Unvernünftigen zur Rechenschaft ziehen können.«¹⁴

Am gleichen Tag veröffentlichten Landrat und Arbeiter- und Soldatenrat einen Aufruf »An die Landwirte im Ederkreis« in der »Wildunger Zeitung«, der ebenfalls in schärfster Form Mißwirtschaft und »rücksichtsloseste Selbstsucht« anprangerte, die an die Stelle »alter waldeckischer Rechtlichkeit« getreten sei.¹⁵

Zeitungsaufruf von Landrat Schmieding (Kreis der Eder) und Arbeiter- und Soldatenrat Wildungen.

An die Landwirte des Ederkreises.

All unsere Erwartungen der Pflicht nachzukommen und die Ernährung der Stadtbewohner zu sichern, sind erfolglos geblieben.

Die Verfügungen, die dies erreichen sollten, werden nicht geachtet. Die alte waldeckische Rechtlichkeit scheint verschwunden zu sein, und nur die rücksichtsloseste Selbstsucht macht sich breit.

Die Notlage der Stadtbewohner wird immer größer, seit einem Jahr ist fast kein Ei mehr verteilt worden, seit vielen Monaten wird eine wöchentliche Buttermenge von 25 Gr. und weniger verteilt. Es ist nicht möglich gewesen, den kleinen Leuten ein Saugferkel für 50 Mark zu beschaffen. Und das alles nur, weil die grenzenlose Selbstsucht vieler Landwirte sich nicht mit dem guten Nutzen, den die vor-

14) HStA Mbg 180 Bad Wildungen 51. Aufruf vom 23.4.1919 an die Bauern- und Landarbeiterräte durch den Landrat des Kreises der Eder und den Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates Schotte.

15) HStA Mbg 180 Bad Wildungen 51. Zeitungsaufruf von Landrat Schmieding (Kreis der Eder) und Arbeiter- und Soldatenrat Wildungen. Wildunger Zeitung vom 23.4.1919.

geschriebenen Preise bieten, zufrieden gibt, sondern weil von diesen alles aber auch alles zu unerhörten Wucherpreisen an landfremde Personen verschachert wird. Geht denn die Verblendung und Kurzsichtigkeit soweit, daß man nicht einsieht, wohin das alles führt?

Solche Landwirte verurteilen das bolschewistische Treiben und zugleich erziehen sie die Menschen dazu. Die Erregung in der Stadtbevölkerung ist auf das höchste gestiegen; Hunger tut weh, besonders aber wenn man sieht, daß Landwirte noch im Überfluß leben und diesen Überfluß nicht mit den Bedürftigen teilen wollen, sondern nur mit denen, die die schamlosesten Geldforderungen befriedigen können.

Wenn unsere Landwirtschaft vor Zuständen, die man früher nur aus Rußland, seit Monaten aber auch aus manchen Gegenden unseres Vaterlandes kennt, bewahrt bleiben will, nämlich vor dem Kampf aller gegen alle, dann hilft nur Einkehr bei sich selbst zu halten und endlich Vernunft anzunehmen! Es ist höchste Not!

Unterlaßt den Verkauf zu Wucherpreisen, liefert die Milch und Butter an den Sammelstellen ab und gebt die Schweine zu den Höchstpreisen heraus!

Die unterzeichneten Dienststellen werden rücksichtslos gegen alle vorgehen, die noch weiterhin durch ihre maßlose Selbstsucht uns alle dem Abgrund entgegentreiben. Von heute an werden zuverlässige Stadtbewohner die Kontrollen der Milchviehbestände und der Milchablieferung vornehmen.

Den Landwirten, die sich weigern, die vorgeschriebene Zahl Ferkel zum Höchstpreis abzugeben, werden diese rücksichtslos fortgenommen werden.

In den Dörfern, die ihre[r] Pflicht nicht nachkommen, werden die Centrifugen geschlossen werden und die Belegung mit militärischen Überwachungskommandos erwogen werden.

Wildunger Zeitung Nr. 47 vom 23.4.1919. HStA Mbg 180 Wildungen/51.

Schleichhandel und behördliche Gegenkampagnen bewirkten eine Störung des Verhältnisses zwischen Stadt- und Landbevölkerung auf längere Zeit, was auch auf die Parteienlandschaft nicht ohne Auswirkungen blieb. Der maßgeblich aus einseitiger Interessenpolitik resultierende Ernährungsnotstand im Agrarland Waldeck weckte starke Emotionen, die in der Folgezeit den Graben zwischen rechten bürgerlichen Gruppierungen mit ländlich-agrarischem Charakter und solchen mit städtischem Charakter größer erscheinen ließ, als dies durch die Programmatik und weltanschaulich-

che Grundlage der jeweiligen Listen zu erwarten gewesen wäre. Das Streben nach der großen und einigen Rechtspartei war nicht zuletzt durch diesen Konflikt in der nachrevolutionären Phase zumindest kurz- und mittelfristig unterminiert.

Angesichts des Umstandes, daß Agrarfragen in Waldeck höchste Priorität genossen und industrielle Kapazitäten weitgehend fehlten, kann es nicht mehr überraschen, daß sich im Freistaat keine starke und gut organisierte Arbeiterbewegung entwickelte. Der Nährboden für sozialdemokratische, gewerkschaftliche oder gar sozialrevolutionäre Initiativen fehlte.

Die in der Landwirtschaft selbständig tätigen Bevölkerungsteile, insbesondere die Besitzer größerer und mittlerer Höfe, kennzeichnete neben der äußerst konservativen Grundeinstellung ein ausgeprägtes Standesbewußtsein. Gesellschaftspolitischen Veränderungen trat man mit Reserviertheit entgegen. Von einem neuen Regierungssystem mit sozialen Reformen, wie es von der Arbeiterbewegung in anderen Landesteilen seit langem gefordert worden war und wie es sich seit Oktober 1918 abzuzeichnen begann, befürchteten die Bauern entscheidende Nachteile, nämlich ein Ende des niedrigen Lohnniveaus für landwirtschaftliche Hilfskräfte, Einkommensminderung durch Sozialleistungsverpflichtungen und verstärktes Arbeitskräftedefizit und nicht zuletzt Prestige- und Machtverlust.

Prestige und Macht korrelierten bislang sehr stark mit der Größe des Anwesens. Mit Blick auf die russische Revolution wurde jeder Gedanke an einschneidende gesellschaftliche Veränderungen und Agrarreformbemühungen zu einem ungeheuren Schreckgespenst für den Berufsstand der selbständigen Landwirte.

Den Führungseliten war es bis weit in die Zeit des Weltkrieges hinein gelungen, in dem vom industriellen Fortschritt und den damit zusammenhängenden Veränderungen kaum berührten Ländchen Waldeck, das auch verkehrsmäßig nur notdürftig mit den Industrieregionen verbunden war, nicht nur privilegierte Bevölkerungskreise, sondern auch Teile der Handwerkerschaft, der Händler oder der Landarbeiter mit einem konservativ-monarchistischen Staatsbewußtsein auszustatten. Schule, Kirche, Presse, Arbeitgeber und Lehrherren belebten diese Gesinnung in nicht unwesentlichem Maße. Gefestigt wurde sie darüber hinaus vielfach von der Erziehung im Elternhaus.

Gehorsamkeit um jeden Preis, Obrigkeitstreue und die Verherrlichung des persönlichen Opfers fürs Vaterland waren Dogmen der Erziehung. Wer sich diesen Erziehungszielen zu widersetzen trachtete, mußte sich pauschale Abwertungsurteile gefallen lassen, wobei vom Etikett »vaterlandlos« die größte Wirkung ausging. Besonders schwer hatte die Sozialdemokratie unter derartigen Diffamierungen zu leiden. In den Amtsstuben der Landräte und Bürgermeister kursierten Propagandamaterialien

des »Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie«¹⁶, und noch im Jahre 1911 intervenierten waldeckische Behörden bei Gastwirten, der SPD keine Räumlichkeiten für Versammlungen zur Verfügung zu stellen.¹⁷ Als Korbacher Sozialdemokraten am 1. Mai 1912 erstmals in Waldeck eine öffentliche Maidemonstration organisierten, antworteten einige Arbeitgeber mit Aussperrung und Entlassung.¹⁸ Zum Ortsverein Korbach der SPD gehörten zu jener Zeit 150 Mitglieder, von denen die meisten auch in den Freien Gewerkschaften mitarbeiteten. Während damit bereits das Potential der Sozialdemokratie im gesamten Kreis des Eisenbergs quantitativ beschrieben war, konnte die »Kyffhäuser«-Kriegervereinsorganisation auf eine vielfach größere Anhängerschaft zurückgreifen und so in allen Orten vermeintlich »vaterländisches« und heroisches Gedankengut verbreiten. »Vaterländische Frauenvereine« bemühten sich gleichzeitig darum, auch der weiblichen Bevölkerungshälfte die »rechte« Gesinnung zu vermitteln.

Arrangement mit der neuen politischen Ordnung?

Als am 19. Januar 1919 in freien, gleichen und geheimen Wahlen SPD, DDP, Zentrum und USPD fast 84 % der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen und damit 351 von 421 Mandaten erringen konnten, schien die Zukunft der neuen Staatsordnung gesichert zu sein. Allerdings konnte nicht übersehen werden, daß in der Zentrumspartei tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten über das tolerierbare Maß der Demokratisierung in Staat und Gesellschaft bestanden und nur aus Zweckmäßigkeitsgründen antisozialistische Grundeinstellung sowie beibehaltene Sympathien für die monarchische Regierungsform hinter der Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Republikanern zurückgestellt wurden. Ferner galt es zu beachten, daß sich auch die Vorstellungen der USPD über die Ausgestaltung der Republik deutlich von denen der Liberalen oder Mehrheitssozialdemokraten unterschieden. Trotz dieser Einschränkungen konnte das Resultat vom 19. Januar 1919 als Anfangserfolg und Vertrauensbekundung für die Deutsche Republik gewertet werden. Für die unzweideutig antirepu-

16) HStA Mbg 122/1879. Vgl. Kalender des »Reichsvereins gegen die Sozialdemokratie« aus dem Jahre 1913. »110 Sozialdemokraten im deutschen Reichstag! Mit Flammenschrift sollte ein jeder Vaterlandsfreund diese Zahl als einen Mahnruf in sein Herz schreiben; 110 Gegner von Kaiser und Reich, von Thron und Altar; 110 Spötter an Allem, was dem deutschen Volke heilig ist.« Verteilt wurde dieser Kalender sowohl innerhalb des Landesdirektoriums als auch in den Landratsämtern.

17) Vgl. Festschrift »50 Jahre SPD Korbach« vom 26.8.1961. S. 1ff. sowie »50 Jahre Arbeit zum Wohle der Bevölkerung«. HNA Nr. 196 vom 25.8.1961.

18) Ebenda.

blikanischen Deutschnationalen stimmten nur etwa 10 % der Wähler. Der DVP, in deren Reihen autoritäre und monarchistische Strömungen einen wichtigen Stellenwert behielten, verblieben weniger als 5 % der Wählerstimmen.

Mit nur 64 % der gültigen Stimmen für die Parteien der späteren »Weimarer Koalition« fiel das Ergebnis in Waldeck deutlich republikunfreundlicher aus. Immerhin mehr als 26 % der Wähler in Waldeck sprachen sich für die DNVP aus, weitere 9,6 % für die DVP.¹⁹ Auf der anderen Seite fehlte die USPD, der es nicht gelungen war, eine Regionalorganisation aufzubauen, als politische Kraft der Linken.

Die Differenz von annähernd 20 %-Punkten, mit der die Repräsentanten der demokratischen und bedingt demokratischen Parteien hinter dem Reichsdurchschnitt zurückblieben, wäre noch größer ausgefallen, hätten nicht die von der Front zurückgekehrten und in Arolsen einquartierten Soldaten mit ihrem mehrheitlichen Votum für die SPD das Resultat zugunsten der Republikaner beeinflusst.

Ergebnis der ersten Wahl zur waldeckischen Landesvertretung am 9. März 1919:²⁰

Liste	Stimmen	Prozent
Zentrum	769	3,4
SPD	6.536	28,8
Waldeckischer Volksbund	3.654	16,1
DVP	1.919	8,4
DNVP	5.270	23,2
DDP	4.585	20,2

Das Interesse an den demokratischen Wahlen war nicht übermäßig groß, nur etwa 70 % der Wahlberechtigten machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Ein weiterer Umstand verdient Beachtung: DNVP, DVP und das katholisch-konservative Zentrum einigten sich auf eine Zählgemeinschaft. Volkspartei und Zentrum lehnten sich also an die energischen Antirepublikaner an und sperren sich in dieser entscheidenden Frühphase gegen eine republikanische Allianz. Sozialdemokraten und Deutschnationale stellten in der Landesvertretung jeweils fünf waldeckische Abgeordnete, die Liste des Waldeckischen Volksbundes drei, ebenso wie die DDP mit Sanitätsrat Dr. Winkhaus an der Spitze. Rechtsanwalt Varnhagen vertrat die waldeckische DVP. Schon bei den bald folgenden Kreistagswahlen

19) Waldeckisches Regierungs-Blatt Nr. 14 vom 21.3.1919. S. 73.

20) Ebenda.

zeigte sich das allgemein schwache Interesse an der neuen Art der Mitverantwortung: nur noch gut die Hälfte aller Wahlberechtigten ging zur Urne. Das Prinzip des Geführtwerdens war traditionell verankert, politisches Verantwortungsbewußtsein nicht ausgeprägt. Das politische Geschäft überließ man »denen da oben«, die es in der Vergangenheit selten versäumt hatten, dem einfachen Bürger zu suggerieren, daß Politik den dafür prädestinierten Fachleuten vorbehalten bleiben sollte. Aus dem weitreichenden Konsens bürgerlich-agrarischer Kreise in bezug auf die Ablehnung des Umbruchs von 1918/19 erwuchs eine Geringschätzung der parlamentarischen Institutionen, zumal ihnen nun Personen in wichtigen Funktionen angehörten, denen man Standesgemäßheit und Qualifikation absprach.

In der zweiten Phase der Revolution waren im Deutschen Reich die Meinungsverschiedenheiten über Ausmaß und Fortführung der gesellschaftspolitischen Veränderungen zu gewalttätigen, erbitterten Auseinandersetzungen zwischen dem revolutionären und dem kompromißwillig-reformistischen Flügel der Arbeiterbewegung eskaliert. In Waldeck verspürte man von diesem Konflikt bis 1920 nur wenig, die USPD-Anhängerschaft war zu schwach vertreten, um der SPD in den Reihen der waldeckischen Arbeiterschaft ernste Konkurrenz machen zu können. »Bevölkerungselemente, die ... die Ruhe und einhellige Auffassung wesentlich hätten stören können, gab es nicht...«,²¹ kommentierte der Arolser Chronist Nicolai diesen Umstand.

Obgleich Aktivitäten revolutionärer Gruppen in Waldeck bis zu diesem Zeitpunkt nicht stattfanden und auch kaum Resonanz gefunden hätten, stellte man mancherorts vorsorglich bewaffnete Bürgerwehren zum Schutz gegen angeblich bolschewistische Bestrebungen auf.

Überhaupt zeigte das Spektrum der politischen Parteien und Gruppierungen eine deutliche Rechtsverschiebung im Verhältnis zum Reichsdurchschnitt. Dem Fehlen einer revolutionären Linken stand eine zweieinhalb- bis dreifach stärkere Deutschnationale Partei gegenüber, hinzu kamen bedeutende regionale Rechtsgruppen. Die äußerliche Rechtsverschiebung der Wahlergebnisse fand durch eine interne Rechtsverschiebung in den einzelnen Parteien ihre Ergänzung.

Stabile Koalitionsmehrheiten für republikanische Parteien kamen zu keiner Zeit zustande. Eine Akzentuierung sozialdemokratischer Politik-elemente, wie etwa in der Nationalversammlung, war nicht zu verwirklichen. Bei der Betrachtung der Waldeckischen SPD wird deutlich, daß die Parteien zu jener Zeit keinesfalls den Charakter von Volksparteien, sondern den von Interessenvertretungen eng definierter Berufs- und Gesell-

21) Nicolai, H., a.a.O., S. 219.

schaftsgruppen besaßen. Für das Image der Parteien erwies sich dieses Faktum als abträglich, besonders das bürgerliche Lager fiel einer Anti-»Parteiismus«-Stimmung anheim. Schon ein Blick auf Wahlergebnisstatistiken weist in diese Richtung, denn zumeist fehlen Parteienennungen völlig, ausschließlich die Namen der Spitzenkandidaten einer jeden Liste dienten zur Kennzeichnung. Das Wählerpotential der SPD setzte sich fast ausschließlich aus Fabrikarbeitern, Tagelöhnern, einfachem Dienstpersonal oder nicht selbständigen Handwerkern zusammen. Das Bürgertum war bemüht, Distanz zu den sogenannten »Proleten«, »Habenichtsen« und »Marxisten« zu wahren. Aus dieser politischen und gesellschaftlichen Isolierung resultierte aber wiederum in nicht unbedeutendem Maße die feste und von Stimmungslagen weitgehend unabhängige Parteibindung der sozialdemokratischen Wählerschaft. Nur der SPD gelang es, einen stabilen Stammwählerblock zu gewinnen. Die Identifikation ihrer Anhänger mit der Partei überstieg das Maß, das in anderen Parteien erreicht wurde, bei weitem.

Die liberale DDP, deren Mitglieder und Wähler sich in erster Linie aus den Bereichen Handel, Handwerk, mittelständische Unternehmen und Bildungsbürgertum rekrutierten, knüpfte an die Traditionen der Fortschrittlichen Volkspartei (FoVp) an. Weniger eine Republik, als vielmehr eine bürgerlich-demokratisch überformte Monarchie schwebte der waldeckischen DDP als Idealbild vor. Dementsprechend galt das Hauptaugenmerk der Liberalen in Waldeck seit dem Umbruch von 1918/19 der Eindämmung der Machtbefugnisse der Arbeiter- und Soldatenräte. Man wählte Deutschland durch eine »...radikale und sozialistische Minderheit terrorisiert...«. ²² Trotz der Aversionen gegen die Revolution favorisierte man für die Zukunft einen kooperativen Kurs gegenüber den gemäßigten Teilen der Sozialdemokratie und zog damit einen deutlichen Trennungsstrich zu den Rechtsliberalen, die sich in der DVP sammelten und monarchistischen Idealen verbunden blieben. Nur vorübergehend hatten Beratungen zwischen beiden Lagern über die Etablierung einer geeinten liberalen Partei von den unterschiedlichen Zukunftsvorstellungen der auseinanderlaufenden Flügel des Liberalismus abgelenkt. In der praktischen Politik der Folgezeit neigte jedoch auch die waldeckische Sektion der eigentlich prorepublikanischen DDP zur Zusammenarbeit mit den Rechtsparteien, nur selten gab es Gemeinsamkeiten mit der sozialdemokratischen Minderheit im Landtag oder in Stadtparlamenten. Beim heimischen Mittelstand

22) Dr. Friedrich Böttcher, ehemaliges Mitglied des Reichstags der Nationalliberalen Partei für die Fürstentümer Waldeck und Pyrmont. Zit. nach Luckemeyer, L.: Liberales Waldeck und Pyrmont und Waldeck-Frankenber. 1821-1981. Festschrift. Hrsg. Karl-Hermann-Flach-Stiftung. Frankfurt/M. 1984, S. 247.

hatte nicht zuletzt das gute Einvernehmen zwischen DDP und SPD im Reich und in Preußen für Kritik gesorgt und erhebliche Wanderungsverluste zugunsten der weiter rechts stehenden bürgerlichen Parteien mitverursacht.

Reservoir für die waldeckische DVP war der gehobene Mittelstand in den Städten. Unternehmer, Ärzte, höhere Beamte sowie Rechtsanwälte waren in der nationalliberalen Nachfolgepartei überproportional vertreten. Man gab sich streng »national«. Mit der Reichs-DVP war man einig in den Forderungen nach Wiederaufbau eines deutschen Kolonialreiches,²³ gemeinsam konservierte man monarchistisches Gedankengut.²⁴ Außerdem hatte die DVP an der Seite der Deutschnationalen in der Nationalversammlung gegen die republikanische Verfassung des Deutschen Reiches gestimmt.²⁵ Andererseits ließen die wirtschaftsliberalen Zielvorstellungen, die in eine eindeutige Interessenpolitik zugunsten von Großbürgertum und Industrie einmündeten, keine kompromißlose Feindstellung zum neuen Staat zu. Im Herzen lebte die alte Gesinnung fort, im Alltag arrangierte man sich mit dem »System«. Mitunter wurde man zum Gratwanderer zwischen Opposition im »System« und Opposition gegen das »System«. Allenfalls die Stresemannsche Außenpolitik überdeckte diese latenten Zweifel an der eingeführten Staatsordnung. Auch in Waldeck nahm die DVP an der Seite der Rechtsparteien nicht unbedeutenden Einfluß auf Politik und Verwaltung. Viele waldeckische Beamte tendierten zur Volkspartei. In bezug auf »vaterländische Gesinnung« lag man ständig im Gunstwettkampf mit der republikfeindlichen DNVP.

Nach einer autoritären Herrschaftsform strebend und dem preußischen Militarismus geistig verbunden, wurde die Deutschnationale Volkspartei zum ersten großen Sammelbecken all derer, die die Revolution von 1918/19 und alle damit verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen als schmachliches Verbrechen²⁶ gegen die angeblich gottgewollte obrigkeitstaatliche Ordnung auffaßten, eine Restauration der alten Herrschaftsform anstrebten und außenpolitische Revancheträumereien so schnell wie möglich in praktische Politik umgesetzt sehen wollten. Antisemitismus,

23) Vgl. DVP-Programm Oktober 1919. Zit. nach Kühnl., R.: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. Köln 1975, S. 49ff.

24) Vgl. Buchheim, K.: Die Weimarer Republik. München 1978, S. 29 sowie Bracher, K.D.: Die Auflösung der Weimarer Republik. Düsseldorf 1978⁵, S. 78.

25) Vgl. Miller, S., Potthoff, H.: Kleine Geschichte der SPD. Bonn 1981⁴, S. 94

26) »Das Kaisertum hat uns auf den Gipfel staatlicher Macht geführt. Das deutsche Volk hat seine Kraft glänzend bewährt. Durch feindliche Übermacht und eigene Schuld ist es jäh zusammengebrochen [...] Letzten Endes wurde die Revolution die große Verbrecherin, die Sittlichkeit, Staatsordnung und Wirtschaft zertrümmerte und uns der Verachtung der Welt preisgab ...«. Auszug aus dem DNVP-Programm von 1920. Zit. nach Kühnl, R., a.a.O., S. 52.

Kolonialismus und Ausländerfeindlichkeit waren ebenfalls Bestandteile des deutschnationalen Weltbildes. Um die wirtschaftlichen Interessen ihrer Anhängerschaft besser vertreten zu können, schien eine gelegentliche Mitarbeit im verachteten »System« zweckdienlich zu sein. Daß es der DNVP sehr rasch gelang, eine dominierende Rolle im politischen Leben Waldecks zu spielen, ließ sich auf die Unterstützung der mächtigen Agrarlobby zurückführen. Hinzu trat die Hilfestellung durch »Vaterländische Frauenvereine«, »Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband« (DHV) und »Kyffhäuser«-Kriegervereine. Letztere unterhielten in Waldeck ein flächendeckendes Netz gesellschaftlich äußerst aktiver Kameradschaften.

Bereits im Sommer 1919 hatte sich die DNVP als stärkste politische Kraft durchgesetzt. 36,5 % der Waldeckischen Wähler bekundeten den Deutschnationalen anlässlich der Kreistagswahlen am 5. August 1919 ihr Vertrauen.

Die Zentrumsparterie, die in den folgenden Jahren sowohl in Preußen als auch im Reich maßgeblichen Einfluß auf die Regierungspolitik nehmen konnte und sich seit 1919 aus pragmatischen Gründen zu einer »Verfassungspartei« entwickelte, um »...aus dem Chaos der Revolution herauszukommen...«²⁷, verlor ihre monarchistischen Sympathien nicht vollständig. Im protestantischen Waldeck, wo man sich 1919 zur Wahl der ersten Landesvertretung mit den Rechtsparteien verbündete, blieb das Zentrum eine Splitterpartei. Lediglich in den drei Kreisstädten sowie zwei Eisenberg-Dörfern mit historischer Sonderentwicklung verfügte man über eine Anhängerschaft, die ihr Ergebnisse in einer Größenordnung um zwei bis drei Prozent bescherte.

Nicht außer acht gelassen werden darf, daß bei den Kommunal- und Regionalwahlen bis einschließlich 1929 kaum einmal mehr als die Hälfte der wahlberechtigten Waldecker zu den Wahlurnen ging, mitunter war es gerade ein Viertel. Dies spricht nicht für eine große Begeisterung für die neuen demokratischen Errungenschaften und drückt kaum Hoffnung auf eine bessere Zukunft in der Republik aus.

Fehlende Aufklärung und Belastung mit den Problemen des Alltags reichen als Begründung für das hohe Ausmaß der Nichtpartizipation nicht aus. Hinter ihr verbarg sich eine Abneigung gegen das demokratische System, was nicht nur durch Aussagen einzelner Zeitgenossen, sondern auch durch den Umstand, daß hohe Wahlbeteiligungen in der Regel Repräsentanten oder Wahlgruppierungen der Rechten zugute kam, bestätigt wird.

Aus den Wahlergebnissen der Kreistagswahl vom 5.8.1919 ging hervor, daß nur noch 22 % der Waldecker über zwanzig Jahre eindeutig für repu-

27) Erdmann, K.D.: Die Weimarer Republik. In: Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte. Bd. 19. München 1983⁴, S. 125.

blikanisch-demokratische Wahlvorschläge Partei ergriffen. Ein halbes Jahr zuvor waren es wenigstens noch rund 36 % gewesen. Inzwischen jedoch hatte die Unterzeichnung des »Versailler Friedensdiktats« eine spürbare Dezimierung des republikanischen Lagers bewirkt. War die Parlamentarisierung in der Stunde der militärischen Niederlage und des Zusammenbruchs der Großmachtträume schon eine schwere Hypothek gewesen, hatte der Verlauf der Revolutionsereignisse die fortschrittlichen Kräfte auf Dauer entzweit und geschwächt, so bedeutete der Friedensvertrag eine Bürde ungeheuren Ausmaßes für die junge Republik. Die hohen wirtschaftlichen und finanziellen Forderungen an das Reich waren noch zweit-rangig, verglichen mit den verheerenden psychologischen Auswirkungen, die Gebietsabtretungen, weitgehende Entwaffnung und Übernahme der alleinigen Kriegsschuld nach sich zogen. Der hieraus resultierende Haß richtete sich nicht nur gegen die Regierungen und Völker der unnachgiebigen Siegermächte, sondern in besonderem Maße auch gegen die republikanischen deutschen Politiker und Parteien, die in Ermangelung praktikabler Alternativen den Versailler Vertrag unterzeichnen mußten. Schwerwiegend war in diesem Zusammenhang die gewandelte Haltung der einst mächtigen Militärführer aus der OHL. Als die Hoffnungen auf einen gerechten Friedensvertrag zerrannen, solidarisierten sie sich demonstrativ mit der »nationalen« Rechten. Ludendorff, der Initiator des Friedensgesuchs und der interne Verkünder der Niederlage am 29. September 1918, dessen Taktik die »Revolution von oben« herbeigeführt hatte, leugnete nun plötzlich die Unabwendbarkeit der deutschen Niederlage im Weltkrieg ab. Hindenburg ergänzte diese Geschichtsmanipulation durch eine Aussage vor dem Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung, wonach der ruhmreichen kaiserlichen Armee durch den Ausbruch der Revolution in der Heimat der entscheidende Dolchstoß versetzt worden sei. Den Rechtskräften brachte dieses Verhalten der angesehenen Kriegshelden beachtlichen Auftrieb im Kampf gegen die Republik. Ursachen und Wirkungen wurden in der »Dolchstoßkampagne« wider besseres Wissen verdreht, aber den historisch und politisch weniger informierten Bürgern bot sich hier ein Erklärungsmuster, das durch seine Einfachheit überzeugte und nahtlos in das vorgefertigte nationale Weltbild paßte. SPD und DDP, in gewissem Maße auch das Zentrum, hatten in den Folgejahren erheblich unter der »Dolchstoßlegende« und der Hetze der »nationalen« Kräfte gegen »Novemberverbrecher« und »Erfüllungspolitik« zu leiden.

Hatte man dem Parlamentarismus und der Demokratie außerhalb der Arbeiterbewegung und abgesehen von fortschrittlich-liberalen Minderheitengruppen ohnehin viel Skepsis entgegengebracht, so wurde der Umstand, daß England, Frankreich und die Vereinigten Staaten von Amerika diese für Deutschland innovative Staatsform wesentlich geprägt hatten, zu

einem zusätzlichen Hebel gegen die Republik. Demokratisierung in Deutschland war ein propagandistisch hervorgehobenes Kriegsziel der Westmächte gewesen, nun hatte Deutschland dieser Forderung Rechnung getragen und wurde dennoch von den Demokratien des Westens durch den restriktiven Friedensvertrag gedemütigt. Genau jene Unterdrückungsinstrumentarien, die nach westlicher Auffassung doch Monarchien und Diktaturen immanent waren, wurden nun von den angeblichen Vorbildern gegen das Reich zum Einsatz gebracht.

Auf diesem Argumentationsschema fußend, erhielt der Begriff »westlich« den Charakter eines Schimpfwortes, das besonders häufig im kulturellen Bereich Anwendung fand.

Hier stoßen wir bereits auf einen nicht unwesentlichen Anknüpfungspunkt der späteren NS-Propaganda, die nicht nur im Bolschewismus, sondern auch in den westlichen Demokratien und ihrer kapitalistischen Gesellschaftsordnung den angeblich zersetzenden Einfluß des Judentums lokalisierte. Aufbauend auf antisemitischen Vorurteilen und Erfolgen der Antisemitenparteien im vorigen Jahrhundert konnten die nationalsozialistischen Vorstellungen über das Judentum als Inkarnation des Bösen auf offene Ohren stoßen.

Als im Frühjahr 1920 konterrevolutionäre Kreise im Reich einen Umsturzversuch unternahmen, wurde in Waldeck weder Protest laut, noch kam es zu Streikaktionen gegen das selbsternannte Kapp-Lüttwitz-Regime. Mit Beginn des Ausnahmezustandes wurden in Waldeck sämtliche Presseerzeugnisse unter Zensur gestellt.²⁸ Der Militärbefehlshaber v. Stolzmann von der Reichswehr-Brigade 11 in Kassel gab am folgenden Tag das Verbot von KPD-, Spartakus- und USPD-Zeitungen sowie -Flugblättern bekannt und drohte schärfste Reaktionen der Reichswehr für den Fall von Streiks in Waldeck an. Der Bezirksbefehlshaber v. Waldschmidt gab diesen Befehl weiter und verfügte dessen Bekanntmachung.²⁹ Hiernach war jegliche Unterstützungmaßnahme für die rechtmäßige Regierung, die von Putschisten vertrieben worden war, bei Androhung härtester Strafen verboten; wie sonst als durch Streik oder Demonstrationen hätte die Bevölkerung der legalen Führung ihre Hilfe angedeihen lassen sollen?

»Die Lage im Reich ist ungeklärt. Der Aufenthalt der Regierung ist unbekannt. Mehrere ihrer Mitglieder haben eine Aufforderung zum Streik und zur Lahmlegung jeden wirtschaftlichen Lebens erlassen. [...] Jeder

28) HStA Mbg 180 Arolsen 82. Anordnung des Bezirksbefehlshabers v. Waldschmidt, Arolsen, 14.3.1920.

29) HStA Mbg 180 Arolsen 82. Aktennotiz des Militärbefehlshabers v. Stolzmann zu einem Fernspruch des Bezirksbefehlshabers Waldschmidt vom 14. März 1920, 11 Uhr.

Versuch zum Streik ist mit allen Mitteln zu bekämpfen,...«³⁰ Deutlicher konnte man seine Sympathien für die rechtsradikalen Umstürzler kaum ausdrücken. Ohne direkt auf seiten der Putschisten in das Geschehen einzugreifen, was angesichts der Ungewißheit über die tatsächlichen Chancen der Aktion zu riskant erschien, schreckten die Befehlshaber die Republikaner von Unterstützungsmaßnahmen für die Reichsregierung ab. Sie versuchten auf diese indirekte Weise, den Kapp-Lüttwitz-Leuten den Rücken freizuhalten und dennoch nicht alle Türen für einen möglicherweise erforderlichen Rückzieher zuzustoßen. Als dann das Putschistenregime durch den Generalstreik der Gewerkschaften in die Knie gezwungen worden war, paßte sich der regionale Militärbefehlshaber im Ton den neuen Gegebenheiten an. Er gab eine Erklärung mit heraus, in der es hieß, daß die »unheilvolle Wahnsinnstat der Berliner Umstürzler« nun vorüber sei und es nun gelte, neue Gefahren von links abzuwehren, denn »verbrecherische Elemente« seien »in Aufruhr«³¹ geraten. Nur wenige Tage später riefen die waldeckischen Landräte zum freiwilligen Eintritt in die Reichswehr auf, ferner hielt man die Aufstellung von Einwohnerwehren als Reaktion auf die »Schreckenherrschaft in Thüringen«³² für nötig. Während des Umsturzversuchs von rechts hatte niemand der Verantwortlichen einen derartigen Handlungsbedarf gesehen. Etwa hundertdreißig mit Gewehren und Maschinengewehren bewaffnete Bürger taten sich nun allein in Arolsen zusammen.³³ Der in den kommenden Jahren noch häufig als Anwalt der »vaterländischen« Belange in Erscheinung getretene ehemalige Gendarmerie-Major v. Sommerfeldt fungierte als Oberbefehlshaber dieser paramilitärischen Antirevolutionstruppe, die in Ermangelung tatsächlich revolutionärer Aktivitäten über »Trockenübungen« nicht hinauskam.

Gegen den angeblich drohenden Bolschewismus formierte sich eine Streitmacht »zum Schutz von Haus und Hof«, die von einem Arolser Kaufmann geleitet wurde und enge Kontakte zum Jungdeutschen Orden bzw. der »Organisation Escherich« unterhielt. Nach Einschätzung des Helsler SPD-Ortsvereins war diese bewaffnete Gruppierung »verfassungs-

30) HStA Mbg. 180 Arolsen/82. Anordnung des Bezirksbefehlshabers v. Waldschmidt vom 14.3.1920, a. a. O. – Vgl. hierzu auch Arnold, G.: Voraussetzung und Verlauf des Kapp-Lüttwitz-Putsches im März 1920 und dessen Abwehr durch die organisierte Arbeiterbewegung in den Städten Frankfurt und Kassel. Staatsexamensarbeit. Marburg 1977, bes. S. 21ff., 34ff.

31) HStA Mbg 180 Arolsen 82. Erklärung des Militärbefehlshabers der Reichswehr-Brigade 11, Az. Ia Nr. 4449, Kassel, 19.3.1920.

32) HStA Mbg 180 Arolsen 82. Landrat des Kreises der Twiste, Az. I 1711, Arolsen, 22.3.1920. Aufruf an die Bürgermeister des Kreises.

33) Nicolai, H., a. a. O., S. 219.

widrig« gesinnt und geeignet, Bürgerkriegshandlungen heraufzubeschwören.³⁴

Obwohl paramilitärische Verbände weit über den Zeitpunkt des Kapp-Putsches hinaus bestehen blieben, war in der Folgezeit doch zu beobachten, daß man sich in Waldeck mehr und mehr auf eine Position der stillen Distanzierung zurückzog.

Mit großem Selbstverständnis lehnte die gesamte Rechte den Weimarer Staat ab, schob bei jeder Gelegenheit »Vaterlandsliebe« und »nationale Gesinnung« vor, um von der Nonkonformität mit dem Geist der Verfassung abzulenken. Die Aversionen gegen die Republik hinderten jedoch niemanden, seinen Dienst im Verwaltungs-, Justiz- oder Kultusbereich wie bisher fortzuführen. Vielfach wurden demokratische Institutionen als Fassade und unumgängliche Konzession an die Herrschenden in Preußen und im Reich aufgefaßt.³⁵ Bewußt fiel man in einen politischen Isolationismus. Man versuchte, den Kern der tradierten Werte über den neuen, als vorübergehend eingestuften Zeitgeist im Umfeld hinwegzuretten. Mit großem Erfolg wurde von der reaktionären Rechten immer wieder die Untrennbarkeit von Vaterlandsliebe, Heimatverbundenheit, Anstand, guten Sitten einerseits sowie »nationaler« Politik suggeriert. Im Sinne dieses vaterländischen Alleinvertretungsanspruchs wurden innenpolitische Kritiker pauschal als »vaterlandslose Schädlinge« und »Freunde des Bolschewismus« verleumdet.

Konformitätsdruck unterstützte die Werbebemühungen der Deutschnationalen in den kleinen Landgemeinden, wo die DNVP traditionell ihre besten Ergebnisse erzielte. Hier war auch am deutlichsten die Tendenz zur Überbetonung der waldeckischen Eigenständigkeit und der politisch-gesellschaftlichen Abschottung gegen die neuen Zeiterscheinungen ausgeprägt. Doch neben der großen Politik erzielte in Waldeck ein Regionalthema höchste Aufmerksamkeit: In der Landesversammlung, die sich am 8. April 1919 zu ihrer konstituierenden Sitzung eingefunden hatte, schien auch Mitte des Jahres 1920 keine Einigung über die Regelung der fürstlichen Vermögens- und Entschädigungsansprüche zustande zu kommen. Der entmachtete Fürst beanspruchte das Domanialvermögen, dessen Gesamtwert damals auf rund 40 Millionen Reichsmark geschätzt wurde und fast 30.000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche, drei Schlösser in Arolsen bzw. Pyrmont sowie die lukrativen Mineralquellen in Bad Wildungen umfaßte, als privates Eigentum.

34) HStA Mbg 122/1879. Beschwerde des SPD-Ortsvereins Helsen vom 20.8.1920 beim Landesdirektor in Arolsen gegen das verfassungsfeindliche Treiben der »Organisation zum Schutz von Haus und Hof«.

35) Nicolai, H., a. a. O., S. 219.

Die mit sieben von einundzwanzig Abgeordneten in der waldeckisch-pyrmontischen Landesvertretung noch relativ stark vertretenen Sozialdemokraten konnten für ihren Vorschlag, den gesamten Domonialbesitz in Landeseigentum zu überführen und dem Fürstenhaus eine Entschädigung in Höhe von 1,5 Millionen Reichsmark sowie die Überlassung eines Schlosses einzuräumen, keinen Mitstreiter finden. Die bürgerlichen Parteien zeigten sich dem Fürsten gegenüber konzilianter. Seitens der DDP wollte man ihm zwei Domänengüter mit 225 ha Grünland- und Ackerfläche, 750 ha Waldungen, zwei Schlösser, 3 Millionen Reichsmark Barentschädigung sowie Übernahme aller laufenden Kosten für die Domonial- und Hofbeamten zugestehen. Die DNVP überbot dieses Angebot durch eine Ausdehnung der Domänengutfläche, doch selbst diese Konzessionen reichten nicht aus, die Zustimmung des Fürstenhauses zu gewinnen. Der angestregte Prozeß brachte allerdings auch keinen entscheidenden Durchbruch in der heiß diskutierten Domonialfrage. Letztlich beugte sich die Landesvertretung und räumte dem Fürstenhaus eine äußerst großzügige Regelung ein. Die Domäne Hünighausen mit 225 ha, die Oberförsterei Arolsen mit 3.160 ha Wald, die Schlösser in Pyrmont und Arolsen einschließlich aller Nebengebäude, der Hofgärtnerei sowie einer Hofwäscherei, jährlich 15.000 Reichsmark für Instandsetzungsmaßnahmen an den Gebäuden aus öffentlichen Mitteln, einmalige Barentschädigung in Höhe von 3,5 Millionen Reichsmark, ferner volle Kostenübernahme für fürstliche Beamte, Angestellte und Arbeiter gestand man dem Fürsten zu Waldeck und Pyrmont im August 1920 schließlich zu. Selbstverständlich übernahm das Land auch die Hälfte der entstandenen Prozeßkosten.³⁶ Wahrhaft eine revolutionäre Entscheidung, mochten da einige Demokraten ironisch kommentieren. Die noch verbliebenen Reste des Domonialbesitzes wurden als Sondervermögen innerhalb des Staatsvermögens definiert, von der ehemals fürstlichen Domänenkammer weiter verwaltet und später in einem kommunalen Zweckverband zusammengefaßt.

In den Wahlkämpfen dieser ersten Jahre der Republik debattierte man auch immer wieder über den künftigen Status des Freistaates Waldeck.

36) Waldeckisches Regierungs-Blatt Nr. 11 vom 10.5.1921. »Gesetz, betreffend die Vermögens-Auseinandersetzung zwischen dem Staate Waldeck-Pyrmont und dem Fürstlichen Hause«; »Gesetz über die weitere Verwaltung des Waldeck-Pyrmonters Domonialvermögens vom Zeitpunkte des Inkrafttretens des Gesetzes, betr. die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Staate Waldeck-Pyrmont und dem Fürstlichen Hause, vom 8. April 1921 an bis zur endgültigen Regelung der staatsrechtlichen Verhältnisse des Freistaates Waldeck-Pyrmont«; »Gesetz über die Gestaltung der Rechtsverhältnisse des Waldeck-Pyrmonters Domonialvermögens bei einer staatsrechtlichen Trennung der im Staate Waldeck-Pyrmont vereinigten ehemaligen Fürstentümer Waldeck und Pyrmont.«; Walther, H.-D., a.a.O, S. 31ff.

DDP, SPD und die Bürgerliste »Waldeckischer Volksbund« (WVB), die für die Übereignung der Domonialflächen an die jeweils geographisch betroffenen Gemeinden plädiert hatten, erwogen einen Anschluß Waldecks an Preußen. Zwar war diese Forderung vernünftig, aber sie war bei den heimatstolzen Waldeckern äußerst unpopulär. DNVP und DVP versuchten, andere Themen in den Wahlkämpfen vorzuschieben, um eine eindeutige Festlegung in dieser heiklen Frage zu umgehen und das Problem zu vertagen. Bedeutender für den Erfolg der Deutschnationalen bei der Reichstagswahl 1920 war allerdings die politische »Großwetterlage«.

Rund 40 % der waldeckischen Wähler stimmten am 6. Juni 1920 deutschnational, 17,6 % für die Volkspartei, 12,6 % für die DDP. Weitere 2,8 % gaben dem Zentrum ihre Stimme. Neben der beibehaltenen Rechtsverschiebung fiel eine um zehn Prozent niedrigere Wahlbeteiligung als im Reichsdurchschnitt auf. Die gravierenden außen-, innen- und wirtschaftspolitischen Probleme in der jungen Republik wurden durch zusätzliche regionale Konfliktstoffe noch ergänzt. Beispielsweise sorgten die Uplandgemeinden und ihre in der »Uplandbewegung« aktiven Vertreter immer wieder für Aufsehen. Überaus emotionsgeladen wandte man sich gegen die neue Domonialregelung. Der »Centralrat« bzw. die Nachfolgeorganisation »Centralkommission« forderte ungeachtet der mit großer Landtagsmehrheit getroffenen Vereinbarung zwischen der waldeckischen Landesvertretung und dem Fürstenhaus eine Aufteilung der innerhalb der Uplandsgemarkungen gelegenen Domonialflächen auf die betroffenen dreizehn Gemeinden. Völlig abweisend stand die Landesvertretung diesem Ansinnen gegenüber, auch eine geforderte Sondersitzung zu diesem Themenfeld verweigerten die Mandatsträger.³⁷ Also bemühten die Upländer die Gerichte. Das Upland war die wirtschaftliche Problemregion des Freistaates. Durch den ausgeprägten Mittelgebirgscharakter mit Bergen um 700 und 800 m über NN, steilen Hängen, kargen Böden und oftmals an die Oberfläche tretendem Schiefergestein waren der landwirtschaftlichen Nutzung enge Grenzen gesetzt. Verkehrsmäßig war dieser Westteil Waldecks noch dürrtiger erschlossen als das übrige Gebiet. Bittere Armut war das hervorstechendste Merkmal der Uplandregion. Per Fahrrad oder zu Fuß bereisten Upländer »Linnenmänner« die Nachbarregionen, um dort

37) HStA Mbg 135/1457. Landtagsprotokolle 1926, Waldeckische Landesvertretung, Sitzung vom 3.6.1926; HStA Mbg 135/1451. Eingabe der Uplandgemeinden an den Präsidenten der Waldeckischen Landesvertretung nach der außerordentlichen Versammlung der Uplandgemeinden am 16.1.1921 in Rattlar; Antwortschreiben des Präsidenten der Waldeckischen Landesvertretung, Dr. Winkhaus, vom 10.2.1921 an die »Centralkommission« sowie Bürgermeister Wilke (Usseln) und an den Kaufmann Leithäuser (Rattlar); ferner: Generalvollmacht der Uplandversammlung an die Verhandlungsführer Leithäuser, Schüttler, Kesper und Fieseler vom 16.1.1921.

durch den Verkauf von handgewebten Leinentüchern oder anderen Handarbeitsprodukten das Geld für die notwendigsten Dinge des täglichen Lebens zu verdienen. Der »Linnenmann« mit seinem Rucksack war die Symbolfigur dieses Landesteils, was sogar auf den Willinger Notgeldscheinen aus dem Jahre 1921 zum Ausdruck kam.

Die wirtschaftliche Not war im Upland noch deutlicher spürbar als im übrigen Waldeck, sie diente der »Centralkommission« als Rechtfertigungsgrund für die Waldforderungen. Man glaubte, sich auf »frühere Absprachen« zwischen dem fürstlichen Domanium und dem »Uplandführer« Fieseler stützen zu können, doch von der Landesvertretung wurden die mündlichen Überlieferungen nicht für beweiskräftig erachtet. Daraufhin sprachen die Teilnehmer der »Großen Uplandkundgebung« am 16. Januar 1921 in Rattlar der Landesvertretung das Mißtrauen aus und forderten sofortige Neuwahlen.³⁸ Bereits am 13. Februar fand in Usseln die nächste Protestversammlung statt, zu der annähernd 2.000 Personen erschienen.³⁹

Längst hatte der Streit die Parteienlandschaft im Freistaat beeinflusst. Bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Landesversammlung im Jahre 1919 war mit dem WVB bereits eine Gruppierung angetreten, deren Hauptprogrammpunkt eine alternative Regelung der Domanialfrage gewesen war. Der WVB erkämpfte sich damals 16,1 % der Stimmen. Mit einem Ergebnis von 12,2 % war auch die folgende Kreistagswahl im Kreis des Eisenbergs für ihn recht erfolgreich verlaufen.

Später befaßte sich der »Wirtschaftsbund« mit den Fragen der Domanialwaldaufteilung. Neuerlichen Streit gab es, als der Spitzenkandidat des »Wirtschaftsbundes«, Fabrikant und »Uplandführer« Fieseler, wegen eines fingierten Wohnsitzes vom Wahlausschuß nicht als Kandidat zur Landesvertretungswahl zugelassen wurde. Divergierende Expertengutachten und ein Rechtsstreit über mehrere Instanzen sorgten dafür, daß dieses Thema nicht aus den öffentlichen Schlagzeilen verschwand.

Auf die Abweisung durch das Landesparlament reagierten viele Upländer mit Verachtung und Verdrossenheit gegenüber den Mandatsträgern und den von ihnen vertretenen Parteien. Ein psychologischer Keil war zwischen konservativ denkende Uplandbewohner und die konservativen Parteien getrieben, was das Bild der globalen Auseinandersetzung zwischen den Kräften der Republik und den Kräften der Reaktion überlagerte und komplizierte.

38) HStA Mbg 135/1451. Die Uplandbewegung forderte den Landtagspräsidenten zur Einberufung einer sofortigen Sondersitzung der Waldeckischen Landesvertretung und zu umgehenden Neuwahlen auf. »Ferner sprechen wir hierdurch dem gesamten Landtage unser Mißtrauens-Votum aus ...«, hieß es in der Generalvollmacht an die Verhandlungsführer vom 16.1.1921.

39) HStA Mbg 135/1451. Eingaben an die Landesvertretung vom 13.2.1921.

Blies den Befürwortern der deutschen Republik seit Unterzeichnung des Versailler Vertrages, seit Aufkommen der »Dolchstoßlegende« oder seit den alliierten Militäraktionen im westdeutschen Grenzgebiet ohnehin ein eisiger Wind ins Gesicht, und hatten die Unruhen im Verlauf des Kapp-Putsches, der Streikbewegungen im Ruhrgebiet weitere Spuren hinterlassen, so schwächten regionale Streitigkeiten das bescheidene demokratische Potential zusätzlich. Zudem schlug sich die wirtschaftliche Unterentwicklung, für viele Waldecker mit spürbarer Not verknüpft, in den ersten Nachkriegsjahren auf die Stimmung der Bevölkerung nieder.

Schon im Mai 1922 glaubte die Wirtschaftliche Vereinigung, eine im rechten politischen Spektrum angesiedelte Mittelstandsliste, die Wahl zur waldeckischen Landesvertretung unter das Motto einer Generalabrechnung mit dem Parteienstaat stellen zu müssen. »3 Jahre sind seit dem Tage verflossen, an dem Ihr zum erstenmale auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts mit den größten Hoffnungen zur Urne schrittet. 3 Jahre schwerer Enttäuschung liegen hinter Euch. Die von den Parteien gegebenen Versprechungen sind unerfüllt geblieben. Mit Ach und Krach wurde die Auseinandersetzung mit dem Fürstenhause erledigt... Die Schuld liegt nicht bei der einen oder anderen, sondern bei allen Parteien...«,⁴⁰ resümierte die Wirtschaftliche Vereinigung. Zwar errang die Wirtschaftliche Vereinigung bei 8,8 % der Wählerstimmen nur einen Abgeordnetensitz, aber die generelle Abneigung gegen den »Parteiismus« war weit über die Reihen dieser bürgerlichen Liste hinaus verbreitet. Auch der eindeutige Wahlsieger, ein rechtsstehender Wahlverband aus DNVP, DVP und Waldeckischem Landbund (WLB) mit Überparteilichkeitsanspruch, teilte die kritische Sichtweise in bezug auf den Parteienstaat; sich selbst nahm man dabei natürlich jeweils aus. Der WWV erreichte 50,1 % und damit eine knappe absolute Mehrheit in der Landesvertretung. Eigentlich waren es nur Nuancen in der Anschlußfrage gewesen, die eine weitergehende Vereinigung der Rechtsgruppierungen hintertrieben hatten. Die neun Abgeordneten der WWV-Koalition waren nicht auf die Unterstützung anderer Gruppen angewiesen. Noch relativ gut schnitt die liberale DDP mit ihrem Spitzenkandidaten Jakob Euler ab, ihr standen bei 12,9 % Wählerstimmen zwei Mandate zu. Vier Abgeordnete entsandte die SPD. Listenanführer Loos zog für die USPD in die Landesvertretung ein und bewirkte damit eine Schwächung der mehrheitssozialdemokratischen Liste mit Heinrich Bräutigam an der Spitze.⁴¹ Mit einer gewissen Verzögerung waren nun also doch die Streitigkeiten innerhalb der Sozialdemokratie

40) »Landtagswähler! Mittelständler! Arbeiter!« Aufruf der »Wirtschaftlichen Vereinigung«. WLZ Nr. 113 vom 15.5.1922.

41) Wahlergebnisse und Mandatszahlen nach: WLZ Nr. 119 vom 22.5.1922.

auch in Waldeck zum Tragen gekommen. Bei der letzten Reichstagswahl waren die »Unabhängigen« mit nur 3,6 % deutlich hinter dem Reichsergebnis von 18 % zurückgeblieben, nun hatte man sich auf beachtliche 7,4 % gesteigert, der SPD ging dadurch ein Abgeordnetensitz verloren.⁴²

Starkes Übergewicht antirepublikanischer Kräfte im politischen und gesellschaftlichen Leben Waldecks während der Weimarer Republik

Das Krisenjahr 1923 brachte dem Lager der demokratischen Kräfte neue Rückschläge. Ruhrbesetzung und passiver Widerstandskampf schwächten die angeschlagene deutsche Wirtschaft zusätzlich und lieferten den »nationalen« Gruppen einen neuen Vorwand, das Scheitern der republikanischen Ordnung zu konstatieren. Separatistische Bestrebungen im Rheinland und in der Pfalz, Konflikte zwischen Bayern und dem Reich, die Reichsexekution gegen die sächsische Linksregierung und der daraus resultierende Bruch der Koalitionsregierung Stresemann waren wichtige innenpolitische Stationen. Im Herbst schließlich erschütterte der Hitler-Ludendorff-Putschversuch die Republik. Persönlich traf die Bevölkerung der Verfall der deutschen Währung am härtesten. Obwohl der Krieg und die Kriegsfolgelasten Hauptursachen für die Inflation im Jahre 1923 waren, gelang es der Rechten auch in diesem Zusammenhang, der Republik die Schuld anzulasten. Auf dem Hintergrund der vielfältigen Mißerfolge konnte es ohnehin nicht überraschen, daß die Demokraten bei der folgenden Reichstagswahl im Mai 1924 einen neuerlichen Dämpfer erhielten. Es war Methode geworden, demokratische Parteien und demokratische Staatsordnung mit der wirtschaftlichen und nationalen Krise zu identifizieren. Kaiserreich und ehemalige Führungseliten wurden nur äußerst selten mit der gegenwärtigen Not in Deutschland in Zusammenhang gebracht. Die Schuldabwälzung auf die Republik gehörte zum Standardrepertoire jeder »nationalen« Kundgebung.

Nur noch eine kleine Minderheit der Waldeckischen Wahlbevölkerung stand zu den republikanischen Parteien. SPD, DDP und Zentrum konnten zusammengenommen nur etwa 18 % der stimmberechtigten Waldecker

42) Ergebnis der zweiten Wahl zur Waldeckischen Landesvertretung am 21. Mai 1922. WLZ Nr. 119 vom 22.5.1922.

Liste	Stimmen	Prozent	Prozent 9.3.1919
SPD	3.773	20,9	28,8
DDP	2.339	12,9	20,2
WWV	9.064	50,1	
WV	1.587	8,8	
USPD	1.330	7,4	

Wahlbeteiligung ca. 55 %

für ihre politischen Ziele mobilisieren. Doch selbst dabei könnten noch Einschränkungen gemacht werden, denn vielfach neigten die aus Zweckmäßigkeitgründen zu Demokratiebefürwortern gewordenen Zentrumsvertreter zur Kooperation mit der Rechten und auch innerhalb der liberalen DDP gab es Tendenzen in dieser Richtung, zumal an ihrer Seite Arbeitgeberinteressen besser zu vertreten waren. Auf der Linken schließlich war die USPD völlig isoliert, eine Zusammenarbeit mit den übrigen Parteien kam nicht zustande. Es läßt sich also darüber streiten, ob nun letztlich sogar 18,7 %, 18,3 % oder vielleicht nur 15,9 % der Waldecker eindeutig auf der Seite der Republik standen, auf jeden Fall waren es zu wenig. Eine ausgeprägte demokratische Politikultur konnte auf dieser Basis nicht entstehen.

Mit über 11.000 Stimmen wurde die DNVP dominierende Kraft in Waldeck. Dank der Unterstützung durch die Agrarinteressenvertreter war das deutschnationale Lager auf 46,4 % bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 angewachsen. Die bisherige fundamentaloppositionelle Haltung im Reich hatte sich bezahlt gemacht. Im Gegensatz dazu mußte die konkurrierende DVP wegen ihrer Regierungsbeteiligung gerade im Krisenjahr 1923 Verluste hinnehmen. Selbst die Kandidatur von Landbundpräsident Hepp auf der Volksparteiliste konnte die Negativauswirkungen der kurzzeitigen Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten in der Regierung Stresemann im Bereich der agrarischen Wählerschaft nicht kompensieren. Der Waldeckische Landbund, dem 80 % der waldeckischen Landwirte angehörten,⁴³ war personell eng mit der DNVP verflochten und trug maßgeblich zur Durchsetzung der Deutschnationalen bei.

In Kreisen der Agrarwirtschaft war man auf die republikanische Staatsordnung nicht sonderlich gut zu sprechen, denn wirtschaftlich ging es fast allen Bauern nun schlechter als zu Kaisers Zeiten. Bei der Schuldzuweisung beging man den gleichen Fehler wie die »nationalen« Parteien. Tatsächlich konnten die Produktionszahlen und Ertragsergebnisse von 1923 nicht mit denen von 1913/14 konkurrieren. Sehnsucht nach den »ruhigen« Tagen der Monarchie und Verachtung für die Republik trieben die Agrarier in die Hände der Deutschnationalen.

Trotz des erstklassigen Resultats für die DNVP wäre es verfrüht, von Geschlossenheit und Einigkeit im rechten politischen Lager zu sprechen. Schließlich hatte sich zwölf Monate zuvor bei den Kreistagswahlen noch ein Bild der Zerrissenheit geboten. Unterschiedliche Listenverbindungen und Gruppen hatten sich untereinander bekämpft. Im Kreis der Twiste waren Landbund, DVP und DNVP gegen die übrigen Parteien, nämlich DDP

43) Vgl. Schöps, E.: Das Landvolk und die politischen Wahlen in Waldeck 1930 bis 1935. Staatsexamensarbeit. Gießen 1969. S. 13.

und SPD, verbündet, im Kreis des Eisenbergs zog der Landbund getrennt ins Rennen und setzte sich mit einer Verbindung von DDP und DVP sowie der autonomen DNVP-Liste auseinander. Im Kreis der Eder überließ die DDP der DVP kampflos das Feld, Landbund und DNVP hatten sich zusammengesetzt. Persönliche Disharmonien und Machtrivalitäten trugen ebenfalls zu diesem verwirrenden Erscheinungsbild der Rechtsparteien bei. Zur Reichstagswahl traten sie nicht so deutlich hervor, aber im Endeffekt handelte es sich nur um eine vernunftmäßige Stimmbündelung auf die stärkste Rechtskraft, um die Unzufriedenheit mit den Verhältnissen in Deutschland eindrucksvoll zu bekunden. Gegenläufige Tendenzen in bezug auf die Vereinigung der »nationalen« Kräfte in einer Partei belegen die zahlreichen neuen Rechtsgruppierungen. Nationale Freiheitspartei, Hauser-Bund, Deutsche Wirtschaftspartei und Volksnationaler Block tauchten auf den Stimm Scheinen auf, letzterer erzielte auf Anhieb 6,5 % der Wählerstimmen. In diesem Volksnationalen bzw. Völkisch-Sozialen Block (VSB) hatten sich die Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP) und die NSDAP engagiert, nachdem die nationalsozialistische Partei wegen des versuchten Putsches verboten worden war.⁴⁴ Bisher hatte die NSDAP keinen hohen Bekanntheitsgrad errungen, Ortsgruppen gab es noch nicht.⁴⁵ Bei den 1.500 Wählern des Völkisch-Sozialen Blocks konnte es sich also kaum um überzeugte Hitler-Anhänger handeln, vielmehr versuchten bisherige Rechtswähler, ihrem Protest gegen Republik, ausländische Bevormundung und wirtschaftliche Notlage noch deutlicher Ausdruck zu geben. Neumobilisierungen von Inflationsgeschädigten und Unzufriedenen gelangen sowohl dem VSB als auch der DNVP. Eindeutige Wahlverlierer waren SPD und DDP. Der Kreis derer, die ihrem republikanischen Kurs zustimmten, war auf ca. 5.500 Personen zusammengeschrumpft. 3.900 republikanische Wähler von 1920 waren nun entweder der Wahl ferngeblieben oder hatten sich von der Demagogie der Rechtsparteien überzeugen lassen.

Obwohl auch der Weg der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an seinem Ende angelangt war, kam es nur zu wenigen Wiederübertritten in die SPD. Viele enttäuschte Arbeiter gingen in der Folgezeit zu den Kom-

44) »Bekanntmachung Nr. 59. Kreiswahlvorschläge für den 19. Wahlkreis Hessen-Nassau.« Waldeckisches Regierungs-Blatt Nr. 16 vom 29.4. 1924.

45) Bis 1926 gab es keine NSDAP-Ortsgruppe in Waldeck, erste NSDAP-Mitglieder gab es in Arolsen ab 1926. Ein von Kassel ausgehender Werbefeldzug 1927 schlug fehl. Im Großraum Korbach trat im Sommer 1927 ein Landwirt aus Lelbach mit seinem Sohn in die NSDAP ein. Zur Gründung einer Ortsgruppe Korbach kam es erst 1928; Vgl. Casselmann, H.: 10 Jahre Ortsgruppe Korbach der NSDAP 1928-1938. Korbach o.J. S. 2ff. Casselmann war ab 1.4.1932 Ortsgruppenleiter der NSDAP in Korbach; vgl. Schön, E.: Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen. Meisenheim 1972.

munisten, denn der SPD, die doch zumindest zeitweise in der Regierungsverantwortung gestanden hatte, traute man nicht mehr zu, die einst erhofften gesellschaftlichen Veränderungen im Staat noch verwirklichen zu können, nachdem die alten Machtstrukturen in der Bürokratie, in der Wirtschaft oder der Justiz weitgehend wiedererstarkt waren und den Sozialverträgen der ersten Stunde soziale Demontage gefolgt war.

Eine gewisse Beruhigung der allgemeinen Stimmung setzte im Verlaufe des Jahres 1924 ein, was sich deutlich bei den erforderlichen Reichstagsneuwahlen im Dezember 1924 zeigte. Ein kleiner Teil der im vorigen Wahlgang abtrünnig gewordenen Republikaner kehrte zur SPD bzw. zur DDP zurück. Die Wahlbeteiligung stieg wieder etwas an. Nur in diesem einen Fall kam die Steigerung der Wahlbeteiligung eindeutig den Republikanern zugute, fast 1.500 Waldecker stießen wieder zum Lager von SPD und DDP hinzu.⁴⁶ Entgegen dem Reichstrend büßten die Deutschnationalen prozentual ein, auch kleinere Rechtsgruppierungen mußten Verluste hinnehmen, denn nun war die Motivation im rechten Lager abgeflaut. Beispielsweise gelang der Nationalsozialistischen Freiheitspartei nur ein Wahlergebnis auf halbiertem Niveau im Vergleich zum im Mai angetretenen VSB. Die restlichen Gruppierungen von Haeuser-Bund über Wirtschaftspartei, Großdeutsch-Hessischem Bund und Freiwirtschaftsbund bis zur Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes blieben ohne Bedeutung. Auf der Linken konnten USPD und KPD ebenfalls nicht ihre Wahlziele realisieren.

Bedingt durch die unterschiedliche Berufs- bzw. Erwerbsstruktur auf dem Land und in den Städten, trat auch bei den Reichstagswahlen im Winter 1924 das charakteristische Parteipräferenzgefälle in Erscheinung. SPD und KPD errangen ihre Stimmen überwiegend in den größeren Orten mit Industrieansiedlungen. Auch DDP und DVP schnitten in den Städten generell besser ab als auf dem flachen Land, das eine eindeutige Domäne der Deutschnationalen blieb. Solange man Bauernschaft und Dorfeliten auf seiner Seite wußte, war keine gravierende Veränderung zu befürchten. Je kleiner eine Ortschaft war, desto mehr Bedeutung kam der Fürsprache durch die jeweiligen Führungseliten zu, die sich im wesentlichen aus den Großbauern, Pfarrern, Lehrern und eventuell Fabrikanten zusammensetzten. In Anbetracht fehlender Massenkommunikationsmittel wog das Eintreten von respektierten Einzelpersonlichkeiten für bestimmte Parteien oder Meinungen schwer, zumal ein gewisser Konformitätsdruck nicht zu leugnen war. Niemand wollte inmitten der deutschnational ausgerichteten Dorfgemeinschaft durch eine abweichende Meinung auffallen, das allge-

46) »Die Wahlergebnisse in Waldeck«. WLZ Nr. 288 vom 8.12.1924.

meine Einvernehmen stören, den Zorn der einflußreichen Dorfeliten auf sich ziehen, von denen man unter Umständen durch Pachtvereinbarungen, Stellung von Maschinen zur Feldbearbeitung oder Lohntätigkeit abhängig war. Eine Anonymität wie in den Städten gab es nicht, die soziale Kontrolle holte jeden Abweichler rasch ein.

In den Jahren der scheinbaren Konsolidierung der Deutschen Republik änderte sich an der politischen Grundüberzeugung der Waldecker nur wenig. Bei den Reichspräsidentenwahlen 1925 fand man das zu erwartende Bild vor, nur etwa 16 % der Wahlberechtigten bzw. 20 % der Wähler votierten für einen sozialdemokratischen Präsidentschaftskandidaten, und auch die Zusammenlegung von SPD, DDP und Zentrum zugunsten des konservativen Zentrumspolitikers Marx im zweiten Wahlgang fand kaum größere Unterstützung. Schon im ersten Wahlgang hatte die Koalition aus DNVP und DVP klar in Führung gelegen. Als nun im zweiten Wahlgang DNVP, DVP, Waldeckischer Landbund und NSDAP gemeinsam mit dem »Helden des Weltkriegs«, Feldmarschall v. Hindenburg, vor die Wählerschaft traten, zeigte sich erstmals das gesamte Rechtspotential auf einen Wahlvorschlag konzentriert. 75,5 % der abgegebenen Stimmen in Waldeck entfielen auf v. Hindenburg. Eine Rekordwahlbeteiligung von 82,3 % war zu verzeichnen gewesen.⁴⁷ Der Feldmarschall aus der ehemaligen OHL galt auch im Freistaat als die Verkörperung des »Helden« schlechthin, außerdem machte ihn seine monarchistische Grundeinstellung und seine Beziehung zur Landwirtschaft den Waldeckern sympathisch. Nur eine Führerfigur wie er konnte der »nationalen« Sache wieder Auftrieb verschaffen, war man überzeugt. Doch drei Wochen nach der Einigkeit vermittelnden Reichspräsidentenwahl offenbarte die Wahl zur Landesvertretung die tatsächliche Zersplitterung im Lager der »Nationalen«. Trotz aller Wahlerfolge bis 1924 war es der DNVP nicht gelungen, eine Identifikation ihrer Wähler mit der deutschnationalen Partei entstehen zu lassen, kaum jemand fühlte sich der DNVP als Partei verbunden, vielmehr gab man sich der »nationalen« Gesinnung verpflichtet. Den »Parteiismus« lehnte man ab. Berufsständische Interessen waren wichtiger als umfassende Parteiprogramme. Nur so lange, wie sich die DNVP als konsequenteste Wahrerin der agrarischen Interessen und als »nationalste« der »nationalen« Parteien präsentieren konnte, wählte die Waldeckische Landbevölkerung die DNVP. Als die Deutschnationalen durch Eintritt in die bürgerliche Koalitionsregierung Luther aus Zentrum, DVP und DDP in den Augen vieler »Nationaler« Dienerin des verhaßten »Systems« wurde und die »nationale Sache« verriet, verlor sie rasch an Rückhalt in Waldeck.

47) Vgl. Haseloff, W., a.a.O., S. 102.

Kaum ein Jahr war seit dem größten DNVP-Triumph bei der Reichstagswahl im Mai 1924 vergangen, als das Debakel über die DNVP im Freistaat hereinbrach. Weniger als 2.500 Wähler blieben von den einst 11.000 Anhängern bei der Landesvertreterwahl am 17. Mai 1925 übrig. Natürlich entsprach die Wahlbeteiligung mit nur etwa 45 % nicht dem Reichstagswahlniveau, aber auch bei der prozentualen Verteilung der Stimmen schnitt die DNVP extrem schlecht ab.⁴⁸ Die Mitarbeit der Reichs-DNVP in einer Weimarer Regierung ließ die waldeckischen Deutschnationalen den Boden unter den Füßen verlieren. Der Landbund distanzierte sich vom neuen Kurs der DNVP und trat bereits zur Landesvertreterwahl mit einer eigenen Liste an, die immerhin ein Drittel aller Stimmen auf sich vereinen konnte. Auch außerhalb der Agrar-Lobby formierten sich »Ersatzparteien«. Handwerkerbund, Mittelstandsbund und Wirtschaftsbund versprachen ihren Klienten mehr Macht und Einfluß durch autonome Listen. Die Gesamtzahl der Wahlvorschläge wuchs also an, bei gleichzeitig verstärkter Abneigung gegen das Parteiensystem überhaupt.

Dem berufsständisch-politischen Doppelanspruch konnte keine dieser Gruppen auf Dauer gerecht werden. Schon bei den Kreistagswahlen 1926 gab es daher Bestrebungen, mit dem Landbund und der DNVP die wichtigsten »nationalen« Kräfte Waldecks wieder zusammenzuführen, die sich durch identische Ideologievorstellungen und überschneidendes Wählerpotential auszeichneten; nur im Kreis der Twiste gelang dieses Unterfangen. Ansonsten wurden wieder neue Konstellationen und Zählgemeinschaften ausprobiert. Besonders nachteilig wirkte sich die Verzetteltendenz für die DDP aus, die von ihr einst vertretenen selbständigen Handwerker und Unternehmer unterstützten nun berufsständische Handwerker-, Mittelstands- oder Wirtschaftslisten.

Von der instabilen Situation auf der Rechten konnte die SPD nicht profitieren. Sie blieb gewichtiger Bestandteil des gemeinsamen Feindbildes aller »nationalen« und bürgerlichen Gruppen. Seit den Einbußen von 1920 und der leichten Erholung im Winter 1924 blieb der Wählerstamm der SPD konstant. Wählerwanderungen zwischen bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie bildeten eine Ausnahme, überwiegend blieb die SPD isoliert. In Entscheidungsprozesse auf kommunaler Ebene wurde sie nicht einbezogen und in der bürgerlichen Presse weitgehend totgeschwiegen. In der Landesvertretung stand sie einer übermächtigen »vereinigten Rechten«⁴⁹ ratlos gegenüber. Für kostspielige Werbeanzeigen in der Tageszeitung fehlten die finanziellen Mittel. So trat die SPD in der heimischen Pres-

48) »Landtagswahl in Waldeck am 17. Mai«. WLZ Nr. 115 vom 18.5.1925.

49) HStA Mbg 135/1456. Landtagsprotokolle 1925, Waldeckische Landesvertretung, Sitzung vom 5.7.1925. SPD-Fraktionsführer Bräutigam.

se fast nur im Zusammenhang mit irgendwelchen tatsächlichen oder vermeintlichen Skandalen in Erscheinung, oder man ereiferte sich öffentlich über die Gehälter von sozialdemokratischen Mandatsträgern in Preußen oder anderen Reichsregionen. Nicht besser erging es natürlich der KPD, deren Anhängerschaft pauschal kriminalisiert wurde. Von »nationaler« Seite ließ man keine Gelegenheit aus, eine von Arbeiterparteien und feindlichen ausländischen Mächten ausgehende Gefahr für Deutschland zu konstruieren. Der Begriff »Bolschewismus« wurde äußerst flexibel gehandhabt, nicht selten fügte man das Attribut »jüdisch« hinzu.

Linke Presseorgane gab es in Waldeck nicht, ein Versuch der SPD im Jahre 1922, ein sozialdemokratisches Waldecker Volksblatt zu etablieren, war nach nicht einmal einem Jahr wieder aufgegeben worden.⁵⁰ Das Kasseler Volksblatt, das sich mitunter der Geschehnisse im Freistaat Waldeck annahm, wurde allenfalls von einigen SPD-Funktionären gelesen. Dem einfachen Arbeiter war es schon aus finanziellen Gründen nicht möglich, eine überregionale Tageszeitung zu abonnieren. Die bescheidenen Versammlungs- und Flugblattaktivitäten der personell überforderten Waldecker SPD wurden von der zuständigen SPD-Zentrale in Kassel wegen der geringen Aussicht auf Zugewinne im Agrarland Waldeck kaum ergänzt. Unter großem persönlichen Einsatz führten einige Funktionäre, an ihrer Spitze der Mühlenbesitzer Bräutigam aus Landau, der Gewerkschaftssekretär Karl Diedrich aus Korbach oder der Schriftsteller Heinrich Kramer aus Arolsen, einen recht aussichtslosen Kampf. Die SPD-Vertreter mußten sich mit einer weitreichenden gesellschaftlichen Isolation abfinden, die auch ihre Familien einschloß. Oftmals waren sie im Beruf von der Zusammenarbeit oder dem Wohlwollen der politisch völlig anders orientierten Bauern- oder Unternehmerschaft abhängig, eine Abhängigkeit, die zu wirtschaftlichen Notlagen führen konnte.

Ein Hauptadressat sozialdemokratischer Kritik im Waldeckischen Landtag war der Landesdirektor Dr. Schmieding, der von den Nationalliberalen zur DVP gestoßen war und auch außerhalb Waldecks einen gewissen Bekanntheitsgrad erlangt hatte. Der Kasseler Reichsbanner-Repräsentant Quer titulierte ihn sogar einmal als »Mussolini von Waldeck«⁵¹; das Kasseler Volksblatt brachte ihn in Zusammenhang mit der äußerst konservativen Grundströmung in Waldeck, das man als »Dornen- und Distelplan-

50) Bing, H.: »Die Zeitung des Waldecker Landes – 90 Jahre Waldeckische Landeszeitung«. WLZ. Sonderausgabe »600 Jahre Vereinigung von Alt- und Neustadt – 600 Jahre Schützengilde Korbach 1377-1977« vom 1.7.1977.

51) HStA Mbg 135/1459. Landtagsprotokolle 1927, Bd. 1, Waldeckische Landesvertretung, Sitzung vom 19.5.1927. Landesdirektor Dr. Schmieding zitiert in der Sitzung das Waldecker Tageblatt.

tage für aufrechte Republikaner«⁵² einordnete. Den Landesdirektor erschütterten derartige Einschätzungen ebensowenig wie die heftigen Klagen der Sozialdemokraten und des sozialdemokratischen Kasseler Volksblattes über den Ausschluß der Presse von Sitzungen öffentlicher Körperschaften in Waldeck. Mit der Überschrift »Aus einer kleinen Monarchie«⁵³ versah die oppositionelle Zeitung ihren Artikel über den Presseausschluß im Kreis der Eder anlässlich der Beratungen über den Finanzskandal im Bereich der Ederkreis-Bank. Nur »amtliche Berichte«⁵⁴ wurden den Zeitungen zugeleitet. Die Veröffentlichungen zweier Kasseler Zeitungen hatten die Ungereimtheiten bei der Ederkreis-Bank Anfang 1925 aufgedeckt. Dubiose und risikoreiche Geldgeschäfte und ungedeckte Bankbescheinigungen hatte der Landrat des Kreises der Eder, Dr. Morsbach, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Aufsichtsrates, zu verantworten. Danach war im Rahmen einer Revision zutage getreten, daß einem Unternehmer aus Hamburg Sparbücher in Höhe von mehreren hunderttausend Reichsmark ausgestellt worden waren, ohne daß auch nur eine einzige Reichsmark eingezahlt worden war. Diese fingierten Sparbücher hatten dem Geschäftsmann dann als »Sicherheit« bei anderen Kreditgeschäften gedient.⁵⁵ Von einer »Barmat-Affäre in Waldeck«⁵⁶ sprach daraufhin das Kasseler Tageblatt. Insgesamt sollen mehr als zwanzig gefälschte Kassenbücher mit einer Gesamtsumme von 750.000 Reichsmark ausgestellt worden sein.⁵⁷ Selbst ein anerkannter konservativer Bankier aus Kassel bestätigte der quasi-kommunalen Ederkreis-Bank⁵⁸ unkorrekte Handlungsweise. Der Bankdirektor hatte längst aus angeblich »gesundheitlichen« Gründen seinen Rücktritt eingereicht,⁵⁹ als die Politiker hinter verschlossenen Türen den politischen Schaden zu begrenzen trachteten.

Etwa zur gleichen Zeit erhitzte die Strafversetzung eines republikanischen Direktors von der Stadtschule Bad Wildungen zur Dorfschule nach Hüddingen die Gemüter der Republikaner. Wegen seiner Kritik an vermeintlich unkorrekten Lohnabrechnungen war Rektor Weisser bei seinen Vorgesetzten in Ungnade gefallen. Der SPD im Kreis der Eder war dies Anlaß, von Verfassungsverletzung durch den Landesdirektor, von Partei-

52) Ebenda.

53) »Aus einer kleinen Monarchie«. Kasseler Volksblatt Nr. 27 vom 2.2.1925.

54) Ebenda.

55) »Ein Kreditskandal in Waldeck«. Kasseler Volksblatt Nr. 46 vom 24.2.1925.

56) »Von einer ›Barmat-Affaire‹ in Waldeck«. Kasseler Tageblatt vom 23.6.1925; »Aus dem Freistaat Waldeck – haarsträubende Tatsachen«. Kasseler Volksblatt Nr. 217 vom 17.9.1925; »Ein Kreditskandal in Waldeck«. Kasseler Volksblatt Nr. 46 vom 24.2.1925.

57) »Haarsträubende Tatsachen«. Kasseler Volksblatt Nr. 217 vom 17.9.1925.

58) Der Kreis der Eder hielt eine Aktienmehrheit.

59) »Ein Kreditskandal in Waldeck«. Kasseler Volksblatt Nr. 46 vom 24.2.1925.

lichkeit und Ungerechtigkeit sowie unerlaubter Rücksichtnahme der Verantwortlichen auf politische Freunde zu sprechen.⁶⁰ Schließlich gipfelte die Auseinandersetzung in dem Vorwurf, der Landesdirektor habe beim Erwerb des Gutes Selbach persönliche Interessen und amtliche Befugnisse zu eng in Einklang gebracht.⁶¹

Die heftige Kritik der politischen Opposition fand ihren Widerhall ausschließlich in der Kasseler Presse, nicht jedoch in der Heimatpresse, so kam auch bei der waldeckischen Bevölkerung nicht viel Verständnis für die Attacken gegen das »System Schmieding« auf. Sicherlich hätte in Waldeck kaum jemand Anstoß genommen, wäre bekannt geworden, daß der Empfangs- und Repräsentationsraum des Landesdirektors so ganz und gar nicht der neuen republikanischen Zeit Rechnung trug. Den Gästen des Landesdirektoriums blickten Kaiser Wilhelm II. und Fürst Friedrich zu Waldeck und Pyrmont in heldenhafter Pose auf überdimensionierten Gemälden von ansonsten kunstfreien Wänden entgegen. Mittelstandsbundvertreter und DVP-Mitglied Varnhagen stellte sich demonstrativ hinter den Kunstgeschmack des Landesdirektors, die SPD stand mit ihrer Kritik allein.⁶²

Größeres Aufsehen erregte zu Beginn des Jahres 1927 der Umstand, daß in Waldeck die rechtsextremen und verfassungsfeindlichen Organisationen »Wiking« und »Olympia« im Gegensatz zum Land Preußen keinem Verbot unterlagen. Der »Wiking«-Bund, der die »Zusammenfassung aller auf Tatbereitschaft eingestellten« und »Erziehung der Jugend zu dieser Tatbereitschaft«⁶³ propagierte, zudem an das »Blutbewußtsein«⁶⁴ appellierte, stand unter der Leitung von Kapitän Ehrhardt, der für sich die Anrede »Führer« in Anspruch nahm. Nach Auffassung des Kasseler Volksblattes war Waldeck zu einer Hochburg des »Wiking« geworden, unbehelligt sollen uniformierte Organisationsmitglieder mit Fahنشmuck in der Öffentlichkeit aufgetreten sein.⁶⁵ Einer parlamentarischen Initiative der SPD im Landtag hinsichtlich eines Verbots der »Wiking«-Vereinigung begegnete Landesdirektor Schmieding mit der Beteuerung, ihm sei von der Existenz derartiger Gruppierungen nichts bekannt.⁶⁶ Reichsbanner, SPD und DDP intervenierten beim preußischen Ministerium des Inneren, um der Verbotsforderung Nachdruck zu verleihen, und führten Beschwerde gegen den angeblich ahnungslosen Landesdirektor. Das Kasseler Volks-

60) HStA Mbg 135/1459. Landtagsprotokolle 1927, Bd. I, Waldeckische Landesvertretung, Sitzung vom 19.5.1927.

61) Ebenda.

62) Ebenda.

63) HStA Mbg 122/1172. »Wiking«-Rundschreiben vom 17.5.1926 und 7.6.1926.

64) Ebenda.

65) »Das System Schmieding«. Kasseler Volksblatt Nr. 1 vom 3.1.1927. 1. Beilage.

66) Ebenda.

blatt sah sich im Zusammenhang mit der Wiking-Affäre zur Schlußfolgerung veranlaßt, das »System Schmieding« habe abgewirtschaftet.⁶⁷

Auch ein weiteres Indiz sprach nicht für die Durchsetzung des republikanischen Geistes in Waldeck, nach wie vor verwendeten einige Behörden Dienstsiegel und Briefpapier mit fürstlichen Insignien, so beispielsweise mehrere Oberförstereien.⁶⁸

Nur zögerlich kam der waldeckische Verwaltungsapparat schließlich den Forderungen nach einem Verbot rechtsradikaler Wiking- und Olympia-Aktivitäten nach; persönliches Engagement des Ministerpräsidenten Braun sowie seines Innenministers Grzesinski war notwendig,⁶⁹ um dem Urteil des Staatsgerichtshofs vom 30. April 1926 über das Verbot von »Wiking« und »Olympia« auch in Waldeck Geltung zu verschaffen. Landrat Klapp und Landrat v. Trotha aus dem Kreis des Eisenbergs bzw. Kreis der Eder hatten es sich nicht nehmen lassen, die Position des Landesdirektors durch beschwichtigende Berichte zu untermauern. Zwar räumten beide die Existenz von »Wiking«-Verbänden in ihrem jeweiligen Kreisgebiet ein, nach ihrer Auffassung boten die Ortsgruppen in Sachsenberg und Korbach mit zusammen etwa 52 Mitgliedern sowie die Ortsgruppen in Bergheim, Sachsenhausen und Bad Wildungen⁷⁰ keinerlei Anlaß zu einem behördlichen Einschreiten.

Nach dem Verbot der »Wiking«-Organisation arbeiteten deren ehemalige Mitglieder im gleichen Sinne in anderen Verbänden weiter. Ende Juni konnte der ehemalige »Wiking«-Ortsgruppenleiter den weitgehenden Abschluß der Übertrittsaktion zu anderen »nationalen« Gruppierungen für den Bereich Wildungen vermelden.⁷¹ Verärgert über das von der preußischen Staatsregierung erzwungene Verbot, forderte Landrat v. Trotha aus Bad Wildungen nun auch einen derartigen Schritt in bezug auf die republikanische »Reichsbanner«-Vereinigung.⁷²

Generell zeigte man sich über Eingriffe von außen erzürnt. Besonders allergisch reagierte man auf Versuche der »Republikanischen Beschwer-

67) Ebenda.

68) Ebenda.

69) HStA Mbg 122/1172. Preußisches Staatsministerium an den Landesdirektor von Waldeck, Az. St.M.I.8640/27, Berlin, 11.7.1927; HStA Mbg 122/1172. Preußischer Ministerpräsident Braun an den Landesdirektor von Waldeck, Berlin, Az.St.M.I.10054, 8.8.1927.

70) HStA Mbg 122/1172. Landrat des Kreises des Eisenbergs, Az. I 1470, Korbach, 25.6.1927; HStA Mbg 122/1172. Landrat des Kreises der Eder, Bad Wildungen, Az. A 3053, 24.6.1927.

71) HStA Mbg 122/1172. Schreiben des »Wiking«-Ortsgruppenchefs von Bad Wildungen, Malermeister Hottenroth, 29.6.1927.

72) HStA Mbg 122/1172. Landrat des Kreises der Eder, Az. A 3053, Bad Wildungen, 24.6.1927; HStA Mbg 122/1172. Landrat des Kreises der Eder an den Landesdirektor von Waldeck, Az. 6438, Bad Wildungen, 6.12.1928.

destelle«, dem republikanischen Gedanken in Waldeck mehr Geltung zu verschaffen. Der Vorsitzende des Waldeckischen Landbundes riet den Landräten energisch von einer Beantwortung jeglicher Anfragen der Beschwerdestelle ab.⁷³ Prompt wurde diese Anregung befolgt. Zum wiederholten Male monierte die »Republikanische Beschwerdestelle« 1927 fehlenden Fahnen schmuck in den Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold auf öffentlichen Gebäuden in Waldeck aus Anlaß des Verfassungstages. Um bei den Behörden im Freistaat Gehör zu finden, mußte man sich allerdings der Zwischenschaltung des preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bedienen, alle direkten Anfragen waren unbearbeitet in den Papierkorb gewandert. Nach ministerieller Intervention ließ das Landesdirektorium verkünden, die Verfassungsfeierlichkeiten seien überall »ordnungsgemäß und in würdiger Weise«⁷⁴ abgehalten worden, fehlende Festtagsbeflaggung sei in allen Fällen nur auf das Nichtvorhandensein von geeigneten Fahnen zurückzuführen gewesen. War die inhaltliche Auskunft wenig überzeugend, so stellte die äußere Form des Antwortschreibens aus der Sicht der Republikaner eine Provokation dar.⁷⁵

Die distanzierte Haltung von waldeckischer Bürokratie und waldeckischen Führungsschichten war weit über die Grenzen des einstigen Fürstentums ein Begriff. Selbst in Hamburg sorgte die unverhohlene Pflege monarchistischen Gedankengutes in Waldeck für Schlagzeilen. Unter der Überschrift »Schwarz-rot-goldene Monarchisten« berichtete das Hamburger Echo in seiner Ausgabe vom 12. September 1927 über eine Kuriosität im Waldecker Land. Obwohl schon zur Zeit des Fürsten Schwarz-Rot-Gold die Landesfarben Waldecks gewesen waren, die nun mit den Reichsfarben übereinstimmten, zeigten alle Motorboote auf dem Ederstausee, die ausschließlich für touristische Seerundfahrten benutzt wurden, die schwarz-weiß-rote Handelsflagge. »Die strammen Monarchisten von Waldeck schämen sich ihrer Landesfarben...«⁷⁶, resümierte das Hamburger Blatt.

Selbst dem konservativen Landrat des Kreises der Twiste schien die Reserviertheit gegenüber der demokratischen Staatsordnung etwas zu weit zu gehen. Weil es der Würde und Bedeutung des Verfassungstages zuwider-

73) HStA Mbg 122/1172. Der Vorsitzende der Landbundfraktion an den Landesdirektor und die Landräte der Waldeckischen Kreise, Arolsen, 5.4.1927. Das Dokument trägt den handschriftlichen Vermerk »grundsätzlich ist keine Antwort zu erteilen« sowie fünf Namens Kürzel; HStA Mbg 122/1172. »Tagebuch Nr.« 6247h Lev/Ld., Berlin, 1.4.1927. Schreiben der »Republikanischen Beschwerdestelle«.

74) HStA Mbg 122/1176. Landesdirektorium, Az. AH 1713, Arolsen, 16.7.1927.

75) HStA Mbg 122/1176. Schreiben der »Republikanischen Beschwerdestelle«, Az. 6247nFa/Ld, Berlin, 26.7.1927.

76) HStA Mbg 122/1887. »Schwarz-rot-goldene Monarchisten«. »Hamburger Echo« vom 12.9.1927.

lief, vielleicht aber auch, weil er sich nicht in die unliebsame Rolle eines überzeugten Republikaners gedrängt sehen wollte, beklagte er sich über die zahllosen Absagen von Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Geschäftswelt, durch Ansprachen und Grußworte zur Ausgestaltung des alljährlichen Verfassungstages beizutragen. Seit 1925 war es Landrat Wittmer nicht mehr erspart geblieben, die Festansprachen selbst zu halten. Bei der Vorbereitung des Verfassungstages von 1929 sah sich der Landrat veranlaßt, »...um Irrtümer auszuschließen«⁷⁷, den Bürgermeister von Arolsen daran zu erinnern, daß in den Reichsfarben »Schwarz-Rot-Gold« geflaggt werden müsse. Als Festredner hatte man diesmal einen Studiendirektor aus Kassel gewonnen.⁷⁸

Ein wichtiger Multiplikator der »nationalen« oder »vaterländischen« Denkweisen war bekanntlich der »Kyffhäuserbund«, der seit dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 insgesamt vierundachtzig Kriegervereine in Waldeck etablieren konnte. Weitere zehn »Kyffhäuser«-Gruppen hatten ihren Sitz im Landesteil Pyrmont, der 1922 an das Land Preußen angegliedert wurde.⁷⁹ Nicht selten bildeten die Kriegervereine den Mittelpunkt des kulturellen Lebens in den kleineren Landgemeinden. Schon vor dem Ersten Weltkrieg gehörten 4.800 Waldecker dem »Kyffhäuserbund« an,⁸⁰ und die Mitgliedertendenz war seither positiv. Kriegerfeste, Tanzveranstaltungen, Vortragsabende mit ehemaligen Offizieren, Veteranentreffen, Film- und Lichtbildvorführungen sowie Aufmärsche zu offiziellen und persönlichen Anlässen gehörten zum umfangreichen Aktivitätenkatalog der »Kyffhäuser«. Bei keiner dieser Gelegenheiten versäumte man es, an die nationale Größe vergangener Tage, an die einzigartigen Tugenden der kaiserlichen Armee und die deutsche Heldenhaftigkeit im Weltkrieg zu erinnern. Längst vergangene Schlachten, die mit deutschen Siegen geendet hatten, ließ man immer wieder Revue passieren. Obgleich man sich den Schrecken des Krieges, dem Tod und der Zerstörung nicht verschließen konnte, waren die glühenden Appelle an den Heldenmut und die Opferbereitschaft, die Mystifizierung des Fronterlebnisses und die Betonung des unbedingten Gehorsams eher dazu angetan, den Krieg als etwas Natürliches, etwas Unausweichliches und dem Leben der Völker immanentes Grunddaseinselement zu verbrämen, als die Vorzüge und Notwendigkeit des Friedens zu vermitteln.

77) Stadtarchiv Arolsen VI(4)-27/8. Landrat des Kreises der Twiste, Az. I 2464 W/P, Arolsen, 2.8.1928.

78) Stadtarchiv Arolsen VI(4)-27/8. Landrat des Kreises der Twiste, Az. I 3385, Arolsen, 3.8.1929.

79) HStA Mbg 122/1875. Landeskriegerverband Waldeck-Pyrmont. Geschäftsberichte 1909 und 1912.

80) Ebenda.

Mit der Überstilisierung der Begriffe »Ehre« und »Vaterland« versuchte man, den jungen Menschen die persönliche Angst vor dem Krieg und dem Tod im Felde zu nehmen, und durch Sammelaktionen zugunsten von Kriegerwitwen, Waisen und Kriegsinvaliden sollte der Eindruck verbreitet werden, als sei jeder kämpfende Soldat in eine starke Volksgemeinschaft eingebettet. Niemand sollte sich Sorgen machen müssen um das Wohl der Angehörigen in der Heimat.

Nach den Statuten waren die »Kyffhäuser«-Kriegervereine parteipolitisch neutral, in der Praxis stand man jedoch Schulter an Schulter mit den »nationalen« Kräften. Dies bestätigte z.B. eine Erklärung des Bundesvorstands von 1924, in der festgeschrieben war, daß Mitglieder des republikanischen »Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold« nicht in die »Kyffhäuser«-Organisation aufgenommen werden durften. Demonstrativ verwendete man bei allen öffentlichen Auftritten die Farben Schwarz-Weiß-Rot, die für die »Kyffhäuser«-Vereinigung »...nicht nur Vergangenheit und Gegenwart, sondern auch Zukunft«⁸¹ symbolisierten.

Eine nicht unbedeutende Rolle im gesellschaftlichen und kulturellen Leben Waldecks spielte neben den Kriegervereinen der Jungdeutsche Orden. Ursprünglich als Kampforganisation gegen Bolschewismus und Kommunismus gegründet, bezog der Orden unter der Führung des »Großmeisters« und ehemaligen Deutschnationalen Arthur Mahraun eine kritische Position gegenüber der bestehenden Staatsform.

Völkisches Gedankengut einschließlich des Prinzips von »Führer und Gefolgschaft« sowie der politischen Funktionalisierung des Fronterlebnisses kennzeichneten den nach militärischen Vorbildern organisierten Jungdeutschen Kampfbund.⁸² Kontakte pflegte man zunächst in erster Linie zum Waldeckischen Landbund und zur DNVP, aber auch zur DVP. Da der Orden auf Grund des Republikenschutzgesetzes 1922/23 in Preußen verboten war,⁸³ in Waldeck aber weiter aktiv bleiben durfte, entwickelte sich das ehemalige Fürstentum zu einer Ordenshochburg. 1924/25 waren rund

81) HStA Mbg 165/3846 II. Deutsche Zeitung Nr. 306 vom 31.12.1927 (Ausschnitt). Zum Jahreswechsel formulierte »Kyffhäuser«-Präsident v. Horn: »Unsere Arbeit gilt dem Kampf gegen Unmoral und Zersetzung, die nun schon seit 9 Jahren den nationalen Aufstieg unseres Volkes hemmen ...«. Er schloß die Forderung nach einer »geistig-moralischen Wende« an; HStA Mbg 165/3846 II. Regierungspräsident Dr. Friedensburg hob anläßlich der Reichsgründungsfeier 1930 der »Kyffhäuser« mit deutlichen Worten die deutschnationale und antirepublikanische Einstellung des Kriegerbundes hervor; »Die Ewiggestrigen in und um Kassel«. Kasseler Volksblatt Nr. 27 vom 21.1.1930.

82) Sontheimer, K.: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. München 1978. S. 38.

83) »Der Minister des Inneren in Berlin hat den Jungdeutschen Orden mit allen seinen Unterorganisationen, Gefolgschaften, Bruderschaften und Balleien auf Grund des § 14 Abs. II des Gesetzes zum Schutze der Republik aufgelöst«. WLZ Nr. 224 vom 23.9.1922.

1.500 waldeckische Ordensbrüder in sechs Bruderschaften, die sich wiederum in Gefolgschaften und Scharen untergliederten, organisiert.⁸⁴ Gemeinsam bildete man die »Ballei« Waldeck. Vorrangig galt es, »Klassenkampf« und »Parteiismus« zu bekämpfen. Während der krisenhaften Zuspitzung der innenpolitischen Verhältnisse im Jahre 1923 waren die Ordensbrüder mit Handfeuerwaffen ausgestattet und als antikommunistische Eingreiftruppe in Alarmbereitschaft versetzt worden. Über mehrere Jahre verblieben die ausgegebenen Waffen in den Händen der Mitglieder des Jungdeutschen Ordens, die als Hilfspolizisten 1923 zu einer »Ordnungstruppe« rekrutiert waren.⁸⁵ Noch zu Beginn der Dreißiger Jahre verwahrte ein Ordensbruder in Bad Wildungen fünfundvierzig Infanteriegewehre und einen Revolver.⁸⁶

Als »Großmeister« Mahraun 1925/26 einen neuen außenpolitischen Kurs gegenüber dem einstigen Kriegsgegner Frankreich einschlug, distanzierten sich die in manchen Regionen auf den »nationalen« Orden aufmerksam gewordenen Nationalsozialisten wieder vom Jungdeutschen Orden. Man bemühte sich, »nationale« Kräfte vom Orden zur NSDAP herüberzuziehen.⁸⁷ Was in einigen hessischen Regionen gelang, scheiterte vorerst in Waldeck. Kritiker des versöhnlichen außenpolitischen Kurses fanden im »Stahlhelm« eine neue Heimat.⁸⁸

Attacken der Kasseler NSDAP konterte der waldeckische Jungdeutsche Orden mit zahlreichen Gegenveranstaltungen.⁸⁹

Doch mit der Organisation des Jungdeutschen Ordens war das »nationale« Potential in Waldeck längst nicht erschöpft. Seit 1924 unterhielt der »Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten« eine Gau-Organisation in Waldeck. Mystifizierung des Fronterlebnisses und Übertragung der Schützengrabenmentalität auf Gesellschaft und Politik waren wichtige Aspekte der Stahlhelm-Ideologie. Revolution und damit verbundene staatliche Veränderungen seit 1918/19 lehnte man strikt ab und sprach in diesem Zusammenhang von einer »Schweinerei«.⁹⁰ Ein autoritäres System schwebte dem militanten Kampfbund vor, in dem die Führung in den Händen von »...im heldenhaften Kampf erprobte[n] Frontsoldaten«⁹¹ liegen sollte. Natürlich bekannte man sich wie die übrigen Rechtsgruppierungen alter Prägung zu

84) Haseloff, W., a.a.O., S. 77.

85) HStA Mbg 165/3982 IX. Landratsbericht, Landrat des Kreises der Eder, Az. A 4167, Bad Wildungen, 2.9.1931.

86) Ebenda.

87) Schön, E., a.a.O., S. 118f.

88) Ebenda.

89) »Völkischer Beobachter« vom 26.2.1927 und vom 7.4.1927.

90) Zit. nach Bracher, K. D.: Die Auflösung der Weimarer Republik, a.a.O., S. 121.

91) Sontheimer, K., a.a.O., S. 97.

den Farben Schwarz-Weiß-Rot. Daß man den bestehenden Staat »...nicht liebe«⁹², gab man unumwunden zu.

Einen dem Stahlhelm vergleichbaren Bekanntheits- und Beliebtheitsgrad erreichte der »Jungnationale Bund« nicht. Angelehnt an Ideologie und Organisation der NSDAP war er einer unter vielen anderen Sektiererverbänden. Am 2./3. Oktober 1926 rückte der Bund einmal durch die Ausrichtung seiner Gautagung auf dem Königsberg in Arolsen ins Blickfeld der waldeckischen Öffentlichkeit. In der Kreisstadt des Kreises der Twiste selbst verfügte man über etwa fünfundzwanzig bis dreißig Anhänger.⁹³

Die Reihe der in Waldeck aktiven antirepublikanischen Organisationen wurde vom »Alldeutschen Verband« fortgesetzt. Zahlenmäßig klein, aber mit der Unterstützung mächtiger Wirtschaftsvertreter und Bürokraten im Rücken, griff der »Alldeutsche Verband« erst ab etwa 1930 in das politische Geschehen auf der Seite der »nationalen« Kräfte Waldecks ein.

Ergänzung fand das Bild durch den »Verein für das Deutschtum im Ausland« (VDA), der im kulturellen Bereich rege Aktivitäten entwickelte und immer bemüht war, den Kolonialgedanken am Leben zu halten und den Nationalismus zu fördern.

Außerdem sei noch einmal an die »Vaterländischen Frauenvereine« erinnert, die sich ebenfalls im kulturellen Bereich oftmals zu Wort mel deten und Erziehungsfragen besonderen Raum gewährten. »Herausbildung des Gehorsams, der Wahrhaftigkeit und der Selbstverleugnung...«⁹⁴ lautete die Definition ihrer Erziehungsziele, die vor 240 Vereinsmitgliedern an läßlich einer Versammlung in Arolsen im Februar 1928 gegeben wurde. Vorsitzende der Arolser Sektion war »Ihre Durchlaucht die Fürstin«⁹⁵ persönlich. Untertanengeist als Primat der Erziehung war ein Element der Arbeit jener »Vaterländischen Frauenvereine«, Verankerung der »nationalen« Gesinnung in der Frauenschaft ein weiteres.

Auch der »Deutschnationale Handlungsgehilfenverband« fühlte sich berufen, den »nationalen« Geist zu fördern. Als »vaterländische Gesinnungsgemeinschaft«⁹⁶ trachtete man danach, die Macht der angeblich dem Klassenkampf verfallenen Freien Gewerkschaften zu unterhöhlen und dem »nationalen« Geist bei den Angestellten mehr Rückhalt zu verschaffen.

92) HStA MbG 165/4778. Protokollartiger Bericht der Kriminalpolizei zur Reichsgründungsfeier des Stahlhelm am 17.1.1929 in Kassel.

93) Stadtarchiv Arolsen III(8)-6/4. Landratsbericht, Landrat des Kreises der Twiste, Az. I 5345, Arolsen, 11.10.1929.

94) Bericht über die Versammlung des »Vaterländischen Frauenvereins« in Arolsen am 17.2.1928. WLZ Nr. 43 vom 20.2.1928. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

95) Ebenda.

96) Verbandsgeschäftsführer Rothaar aus Kassel anläßlich einer Ortsgruppenversammlung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes in Arolsen. WLZ Nr. 65 vom 16.3.1928. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

Ohne Skrupel schrieb man alle gewerkschaftlichen Errungenschaften, vom achtstündigen Regelarbeitstag bis zur Gewährung von Erholungsurlaub, den eigenen Bemühungen zugute. Die heimische Presse war dem »Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband« wohlwollend gesonnen und trug zur Verbreitung des fragwürdigen Selbstdarstellungsbildes bereitwillig bei. Im Gegensatz dazu mußten sich die Freien Gewerkschaften mit einer tendenziösen Minimaldarstellung zufrieden geben.

Absolute Hochkonjunktur hatten zu jener Zeit Kriegsfilme in den Waldeckischen Lichtspielhäusern. »Ruhm und Ehre« der kaiserlichen Armee wurden ins »rechte« Licht gesetzt. Der Besucheransturm bei Filmen wie »U-9«, »Der Seeoffizier«, »Brandstifter Europas« oder »Der Weltkrieg«⁹⁷ war enorm. Zusätzliche Veranstaltungen mußten anberaumt werden, Schulklassen trafen mit ihren Lehrern zu Sondervorführungen ein, um Deutschlands »nationale Größe« vergangener Tage vermittelt zu bekommen. Besonders »wertvolle« Kriegsfilme kamen auch zur Aufführung in Dorfschulen oder Gaststätten.

Kaum ein Monat verstrich ohne irgendwelche Reservisten- oder Gardevereinstreffen.⁹⁸ Selbst die Gesangsvereine bemühten sich, den nationalen Sehnsüchten Rechnung zu tragen. »Nicht nur singen wollen wir, wir wollen auch gemeinsam ringen um Deutschlands Größe, Ehre und Ruhm,«⁹⁹ formulierte ein Vertreter des Gesangsvereins Goldhausen den Auftrag der Stunde.

Innerhalb der Bauernschaft war die Stimmung gereizt, und monokausale Schuldzuweisungen an das »System« bildeten die Regel. Preis- und Absatzentwicklung stellten die Landwirte nicht zufrieden. Die seit dem Krisenjahr 1923 auf manchen Höfen ruhende Schuldenlast drückte das Einkommen. Immer lauter wurden Forderungen nach protektionistischen Maßnahmen gegen Agrarimporte erhoben. Die Landwirtschaftskammer Waldeck richtete im Juli 1927 ein Protestschreiben an den Reichskanzler und drängte gleichzeitig die Waldeckische Landesregierung, sich noch intensiver für die Belange der heimischen Landwirtschaft einzusetzen. »Die waldeckische Landwirtschaft erhebt Einspruch gegen die Ablehnung der Erhöhung des Kartoffel- und Zuckerkollis im Reichsrat, da dadurch die

97) »Der Weltkrieg – 1. Teil: Volksheldengang«. WLZ Nr. 104 vom 3.5.1928; »Der Weltkrieg«. WLZ Nr. 110 und Nr. 111 vom 10. und 11.5.1928; »Der Weltkrieg – 2. Teil: Des Volkes Not«. WLZ Nr. 116 vom 18.5.1928; »Der Seeoffizier«. WLZ Nr. 144 vom 21.6.1928; »Fremdenlegion«. WLZ Nr. 158 vom 7.7.1928; »Heimweh – Das Schicksal der Vertriebenen«. WLZ Nr. 176 vom 28.7.1928; »Brandstifter Europas«. WLZ Nr. 221 vom 19.9.1928; »Heimaterde«. WLZ Nr. 230 vom 29.9.1928.

98) »Inf.Rgt. 83«. WLZ Nr. 23 vom 27.1.1928. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; »Garde Korps«. WLZ Nr. 40 vom 16.2.1928. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; »Regimentstag des Landwehr Inf. Rgt. 83«. WLZ Nr. 67 vom 19.3.1928.

99) Ein Vertreter des Gesangsvereins Goldhausen. WLZ Nr. 6 vom 7.1.1928.

deutsche Landwirtschaft in ihrer Produktionsfähigkeit dem Ausland gegenüber zum Nachteil der deutschen Volkswirtschaft aufs schwerste geschädigt wird. Die Regierung wird gebeten, sich für Zölle einzusetzen, die eine größtmögliche Ernährung des deutschen Volkes aus eigener Scholle sicherstellen,«¹⁰⁰ lautete der Inhalt der Protestnote.

Vor diesem Hintergrund reihte sich der Waldeckische Landbund mit Billigung der überwiegenden Mehrheit seiner Mitglieder in die Phalanx der Republiküberdrüssigen ein. Die Landwirtschaftskammer und die landwirtschaftliche Winterschule mußten sich heftige Kritik seitens der sozialdemokratischen Opposition in der Waldeckischen Landesvertretung wegen ihrer antirepublikanischen Einstellung gefallen lassen. Der Abgeordnete Bräutigam (SPD) bezeichnete die landwirtschaftliche Winterschule in der Sitzung der Landesvertretung vom 25.3.1926 als »politische Vereinigung rechtsgerichteter junger Männer«. Er forderte, daß den Landwirtschaftsschülern und den Lehrern das Tragen von antirepublikanischen Parteiabzeichen während des Unterrichts verboten werden solle. Schließlich bekämen die Beamten ihr Geld von der Republik und sollten deshalb die Staatsform achten.¹⁰¹

Das starke Übergewicht antirepublikanischer Kräfte in Waldeck während der Weimarer Republik fand also nicht nur in den Wahlerfolgen der Rechtsparteien seinen Ausdruck, sondern manifestierte sich auch in den übrigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Kaum ein Viertel der Wahlbevölkerung bekannte sich in den relativ stabilen Jahren der Republik zu den republikanischen Parteien, und zu keiner Zeit gelang es, das republikanische Potential zu vergrößern. Sicherlich deutet dies auch auf Fehler und Versäumnisse der Republikaner hin. Sowohl SPD, DDP als auch das Zentrum waren eng an bestimmte Interessengruppen gebunden. Ihnen war es wichtiger, politische und ideologische Geschlossenheit zu wahren, als neue Wählerschichten zu erschließen. Bei den Sozialdemokraten verpuffte zudem ein Teil der ohnehin begrenzten Kräfte in einem antikommunistischen Abwehrkampf. Dieser ließ sich kaum mit den realen Verhältnissen in Waldeck begründen, vielmehr war er eine Reaktion auf die Strategie der bürgerlichen Parteien, Sozialdemokraten und Kommunisten undifferenziert als eine gemeinsame »linke Gefahr« darzustellen. Das Zentrum blieb in konfessionelle Fesseln eingeschnürt; der Schritt in Richtung einer überkonfessionellen Volkspartei wurde nicht diskutiert, und somit mußte

100) »Wirksamer Schutzzoll«. Protestschreiben der Landwirtschaftskammer Waldeck an den Reichskanzler. WLZ Nr. 159 vom 11.7.1927, Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

101) HStA Mbg 135/1457. Landtagsprotokolle 1926, Waldeckische Landesvertretung, Sitzungsprotokoll vom 25.3.1926.

sich die Zentrumspartei im protestantischen Waldeck mit einem Splitterparteidasein zufrieden geben. Die DDP konzentrierte sich ganz auf die Vertretung der wirtschaftlichen Belange der Selbständigen und derjenigen Mittelstandskreise, die sich grundsätzlich mit einer marktwirtschaftlich ausgerichteten Republik abfinden konnten.

Zur berufsspezifischen Interessenbindung gesellte sich bei allen Parteien eine ausgeprägte Abneigung gegen den politischen Kompromiß. Gemeinsame Aufgabe der republikanischen Kräfte wäre es gewesen, Vorteile und Errungenschaften der parlamentarisch-demokratischen Ordnung der Gesamtbevölkerung in offensiver Weise näherzubringen sowie die reaktionäre Verkrustung der Gesellschaft allmählich aufzuweichen. Eine republikanische Verantwortungsgemeinschaft entwickelte sich jedoch nicht, und so sahen sich Partikularinteressenvertreter gegen eine mächtige Front der Antirepublikaner in die Defensive gedrängt. Bis 1928/29 bewahrte die innere Amorphie des rechten Lagers die Republik vor dem Schlimmsten. Erleichtert wurde den Feinden der Demokratie ihre Agitationsarbeit durch die versäumte Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Imperialistische Zielrichtungen der Politik des Kaiserreiches und kritische Analysen der Weltkriegsniederlage waren tabuisierte Themenfelder im Deutschen Reich nach 1918/19. Die in Ämtern und Würden verbliebenen Führungseliten verdrängten eine derartige Diskussion und stuften jegliche Auseinandersetzung in Wissenschaft, Publizistik und Öffentlichkeit, die dem »nationalen Geist« zuwiderlief, als »undeutsch« und verwerflich ein. Im abgelegenen Ländchen Waldeck war eine unkritische Sichtweise der jüngsten deutschen Geschichte überdurchschnittlich ausgeprägt. Selektive Geschichtsbetrachtung nährte nationale Mythen. Zweifel am idealisierten Geschichtsbild wurden durch intensives Hineinsteigern in angeblich nationale Denkweisen verdrängt. Kritiker grenzte man als »Volksfeinde« aus.

Entwicklung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Waldeck zwischen 1928 und 1930

Auseinandersetzung um den Anschluß des Freistaates Waldeck an Preußen 1928/29

Ungeachtet aller nationalen oder internationalen Ereignisse stand das Jahr 1928 in der Region Waldeck ganz im Zeichen der Diskussion um den aus finanziellen Gründen unausweichlich gewordenen Anschluß Waldecks an das Land Preußen. Schon mehrfach war dieses Thema in den vergangenen Jahren in kommunalen Körperschaften und in der Öffentlichkeit behandelt, der konkrete Beschluß über einen derartigen Schritt hinausgeschoben worden. Schon seit vielen Jahrzehnten bestanden wegen der finanziellen Überforderung des kleinen Fürstentums Kooperationsabkommen mit dem mächtigen Nachbarn Preußen. Aufwendige Schloßbauten in Pyrmont, Arolsen und Alt-Wildungen hatten die Schuldenlast des Fürstentums Waldeck in die Höhe getrieben, was dazu geführt hatte, daß man den im Norddeutschen Bund eingegangenen Verpflichtungen nicht mehr in ausreichendem Maße nachkommen konnte.¹ Das Königreich Preußen übernahm im Akzessionsvertrag vom 18. Juli 1867 die Kosten für die innere Verwaltung. Dem Fürsten zu Waldeck und Pyrmont verblieben nur eingeschränkte Souveränitätsrechte, allerdings konnte er sich die Finanzhoheit über das umfangreiche Domänialvermögen bewahren. 1877 und 1887 wurden die Vereinbarungen jeweils erneuert.² Reichsgesetze über die Änderung des Länderfinanzausgleichs vom 27. April 1926, die sämtliche Schlüsselzuweisungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs für finanzschwache Länder auf maximal ein Drittel der jeweiligen eigenen Landeseinkommen begrenzen,³ ließen Waldeck keine Alternative zum Anschluß.

Hätte man die aus der Länderfinanzausgleichsnovelle resultierenden Mindereinnahmen auffangen wollen, wäre eine sofortige Anhebung der Gewerbe- und Grundsteuern um 265 % notwendig geworden.⁴ Darüber hinaus hätte ein weiterhin selbständiges Land Waldeck neue Justiz-, Gewerbeaufsichts- und Schulbehörden schaffen sowie neue Besoldungsrichtlinien übernehmen müssen, was den jährlichen Haushaltsmehrbedarf um weitere Millionen in die Höhe getrieben hätte.⁵

1) Bing, H.: Finanzgeschichte Waldeck-Pyrmonts. Korbach 1929.

2) Zu den Detailfragen des Anschlusses in finanzieller und rechtlicher Hinsicht vgl. v. Ploetz, D.: Der Anschluß Waldecks an Preußen. Diss. phil. Korbach 1932.

3) v. Ploetz, D., a. a. O., S. 30f.

4) v. Ploetz, D., a. a. O., S. 30ff.

5) Ebenda.

In der Waldeckischen Landesvertretung herrschten kaum Meinungsverschiedenheiten in der Anschlußfrage, alle Fraktionen sahen den Anschluß als unumgänglich an. Selbst die DNVP, die im vergangenen Wahlkampf zur Landesvertreterwahl die staatliche Selbständigkeit Waldecks als unumstößlich plakatiert hatte, beugte sich den realpolitischen Erfordernissen und konnte dabei auf die Unterstützung des Landbundes zählen.⁶

Außerhalb des Parlaments jedoch wuchs der Unmut über den bevorstehenden staatlichen Verschmelzungsakt. Fast täglich meldeten sich »Heimattreue« in der Presse zu Wort, forderten die Beibehaltung der waldeckischen Souveränität, andere forderten eine Volksabstimmung in dieser Angelegenheit, wieder andere einen Anschluß Waldecks an Westfalen und nicht an die Provinz Hessen-Nassau.⁷ Knapp viertausend Unterschriften wurden allein bis Anfang Januar 1928 für einen Volksentscheid gesammelt,⁸ der dennoch aus verfassungsrechtlichen Gründen verweigert werden mußte. Als besondere Zentren des Widerstandes gegen die Anschlußpläne kristallisierten sich das Upland und die alte Residenzstadt Arolsen heraus. Die Upländer liefen nach wie vor Sturm gegen die Domanalregelung. »Uplandführer« Fieseler, dem für den Fall eines Erfolges im Waldstreit ein Drittel der erstrittenen Waldfläche als Privateigentum winkte,⁹ sah durch den Anschluß an Preußen seine Felle davonschwimmen. Arolsen wiederum sah sich zu sehr in den Schatten von Korbach gestellt. Allen gemeinsam waren die Vorbehalte gegenüber der ungeliebten Koalitionsregierung in Preußen.

Privatwirtschaftliche und kommunale Interessen mischten sich mit emotionalen Motivationen zu einer starken Protestbewegung. Parolen wie »Volksüberrumpelung«, »Umfall der Landtagsabgeordneten« oder »Vergewaltigung Waldecks« beherrschten die Diskussion in der Öffentlichkeit, und die »Uplandbewegung« sah sich gar genötigt, Drohungen in Richtung der Parlamentarier auszusprechen: »Wir warnen energisch alle Abgeordneten sämtlicher Parteien, den Staatsvertrag betr. Anschluß an Preußen zu unterschreiben«.¹⁰ Trotz manch harter Verbalangriffe resümierte die WLZ, vor dem Weltkrieg hätte man wohl jeden »gesteinigt«, der so etwas wie den Anschluß in die Diskussion gebracht hätte.¹¹ »Männer an der Re-

6) Kundgebung des Waldeckischen Landbundes. WLZ Nr. 20 vom 24.1.1928. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

7) »Um den Anschluß Waldecks an Preußen«. WLZ Nr. 7 vom 9.1.1928. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

8) Ebenda.

9) »Eingesandt«. WLZ Nr. 63 vom 14.3.1928; »Die Uplandbewegung«. WLZ Nr. 66 vom 17.3.1928.

10) Erklärung der »Uplandbewegung«. WLZ Nr. 75 vom 28.3.1928.

11) »Der Staatsvertrag über die Vereinigung Waldecks mit Preußen unterzeichnet«. WLZ Nr. 72 vom 24.3.1928.

gierung, bedenkt, dieser Gang bestimmt für Euch die Sympathie im Volke für Jahrhunderte«¹², hieß es weiter in der Waldeckischen Landeszeitung. Die Erregung der »heimattreuen Waldecker« kannte tatsächlich keine Grenzen und führte in Anbetracht der einmütigen Haltung der etablierten Parteien zu einer neuen Dimension der Parteiverdrossenheit.

Zwei Waldecker Persönlichkeiten mit eindeutig »nationalem« Leumund drängten sich ins Blickfeld. Ex-Oberst v. Stockhausen und der ehemalige Garnisonskommandeur von Arolsen, Oberst a.D. Rhode, profilierten sich auf Kundgebungen und in der Presse als angeblich überparteiliche Kämpfer für den Heimatgedanken. Der Anspruch, dem Parteiwesen fernzustehen, hinderte beide nicht, sich der NSDAP als Versammlungsredner zur Verfügung zu stellen.¹³ Geschickt manövrierten die beiden »Heimattreuen« das »rote Preußen« in die Rolle des »Vergewaltigers« des waldeckischen Heimatlandes. Ein besonderer Dorn im Auge war beiden die angeblich »linke« preußische Presse, der man Gehässigkeit gegenüber Waldeck nachsagte. Für die nicht wohlgesonnene Berichterstattung machte man den Umstand, daß »...die Folgen der Revolution ...zumeist an den waldeckischen Grenzen [zerschellten]« verantwortlich.¹⁴ Es wurde der Eindruck gefördert, als gelte es nach 1918/19 zum zweiten Mal, das waldeckische Heimatland vor den verwerflichen Auswirkungen des demokratisch-republikanischen Zeitgeistes, der in Preußen die Oberhand gewonnen habe, zu schützen. Preußen stellte man als »System«-Musterland dar, von dem Ansteckung mit dem Bazillus Demokratie zu befürchten war. Zunächst kaum beachtet, trieb diese Kampagne von »nationalen« Einzelpersonen und »Heimattreuen«-Gruppierungen einen Keil in die bürgerliche Rechte.

Die NSDAP, die sich mit dem Thema Anschluß Waldecks an Preußen bisweilen nicht tiefgreifend beschäftigte, zeigte offenbar das deutlichste Gespür für die Unpopularität des Vorhabens in Waldeck. Zwar konnten auch die Nationalsozialisten die Sachzwänge nicht beiseite wischen, aber angesichts der ohnehin nicht mehr aufzuhaltenden Vereinigung beider Länder hielt man es für das Beste, sich als Partei nicht in den Streit zu verstricken. Den freundschaftlich gesonnenen Ex-Offizieren v. Stockhausen und Rhode überließ man das Feld zur Anbindung des Protestpotentials. Diese ließen sich als Repräsentanten des »Volkszorns« darstellen. Geschick lenkte v. Stockhausen in einem Leitartikel der Waldeckischen Landeszeitung die Hauptschuld für das Zustandekommen des Anschlußplanes

12) Ebenda.

13) Berichte über eine NSDAP-Versammlung in Arolsen. WLZ Nr. 106 vom 5.5.1928. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

14) »Die Anschlußfrage«. WLZ Nr. 48 vom 25.2.1928; »Die Uplandbewegung«. WLZ Nr. 75 vom 28.3.1928.

auf den Waldeckischen Landbund.¹⁵ Durch seine tiefe Verwurzelung in der waldeckischen Landbevölkerung erschien der ultrakonservative Landbund ein entscheidendes Hemmnis bei der Ausbreitung einer neuen Ideologie, der nationalsozialistischen, zu sein. Die konstruierte Allianz des Landbundes mit dem »rote[n]« und »landwirtschaftlich feindliche[n] Preußen«¹⁶ sollte das Vertrauen der Bevölkerung in die Landbundorganisation untergraben, um die Bereitschaft der Landbevölkerung zum Übertritt zur NSDAP zu fördern. Zweifel an der »nationalen« Verlässlichkeit des Waldeckischen Landbundes schürten die nationalsozialistisch gesonnenen Anschlußgegner im Zusammenhang mit den Bemühungen des Landbundes, mit der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei eine eigene Rechtspartei in das Rennen um die Reichstagsmandate zu schicken. Nun konnte man dem Waldeckischen Landbund auch noch unterstellen, die gesamte »nationale« Sache durch Eigenbrötelei zu unterlaufen und letztendlich damit dem »System« in die Hände zu spielen.¹⁷

Einen emotionellen Höhepunkt erreichte die Protestwelle gegen die Anschlußbestrebungen mit der Großkundgebung Ende März 1928, die den Titel »Große Protestversammlung gegen die Vergewaltigung Waldecks in der Anschlußfrage«¹⁸ bekam. Wieder waren die beiden Ex-Offiziere v. Stockhausen und Rhode Hauptredner.

Da selbst das ansonsten äußerst flexible Ideologiegerüst der NSDAP kaum Raum für kleinstaatliche und separatistische Bestrebungen ließ, andererseits aus Opportunitätsgründen eine klare Position nicht in Frage kam, lenkte die NSDAP in ihren Parteiveranstaltungen die Aufmerksamkeit auf andere Themen.¹⁹ Tatsächlich glückte es, mit dieser nebulösen Doppelstrategie Teile des Protestpotentials den alten Rechtsparteien völlig zu entfremden und zur NSDAP herüberzulocken. Deutlich fand dies bei den Zweckverbandswahlen im Jahre 1929 seinen Ausdruck. An der einmütigen Haltung der etablierten Parteien in der Anschlußfrage änderte sich nichts.

15) »Der Staatsvertrag über die Vereinigung Waldecks mit Preußen unterzeichnet«. WLZ Nr. 72 vom 24.3.1928.

16) Ebenda.

17) Ebenda.

18) »Große Protestversammlung gegen die Vergewaltigung Waldecks in der Anschlußfrage«. Aufruf unterzeichnet von Herbst, Kesting, Rhode, v. Stockhausen, Trummel. WLZ Nr. 75 vom 28.3.1928.

19) Bericht über NSDAP-Veranstaltung in Arolsen. WLZ Nr. 17 vom 20.1.1928. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; Bericht über NSDAP-Veranstaltung in Neudorf. WLZ Nr. 18 vom 21.1.1928. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; Berichte über NSDAP-Veranstaltungen in Korbach. WLZ Nr. 33 vom 8.2.1928 Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft« und WLZ Nr. 51 vom 29.2.1928. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; »Das deutsche Volk in Not. Wer rettet es?«. Werbeanzeige für NSDAP-Veranstaltungen in Goddelsheim und Sachsenberg im März 1928. WLZ Nr. 72 vom 24.3.1928.

Der Diskussionsvorschlag eines Abgeordneten des Waldeckischen Landbundes in der Landesvertretung, alle Domanialbesitztümer an kapitalkräftige Interessenten im Ausland zu verkaufen und mit dem Verkaufserlös die Grundlage für die Beibehaltung der Unabhängigkeit zu schaffen,²⁰ sorgte für zusätzliches Befremden.

Schließlich wurde der Staatsvertrag über die Vereinigung Waldecks mit Preußen am 29. März 1928 in erster Lesung und am 2. April 1928 in zweiter Lesung von der waldeckischen Landesvertretung jeweils einstimmig gebilligt.²¹ Die Rechtsparteien versuchten der Stimmung in der Bevölkerung durch den Zusatz »schweren Herzens« entgegenzukommen, während DDP und SPD auf diese Schamklausel verzichteten. SPD-Oppositionsführer Bräutigam begrüßte den Staatsvertrag als Akt des Fortschritts, und der Abgeordnete Euler von der DDP bekannte sich ebenso offen dazu, daß seine Partei seit langem für einen derartigen Schritt Position bezogen habe.²²

Der Gesetzentwurf fand auch im preußischen Staatsrat bzw. im Landtag eine große Mehrheit, damit war die Entscheidung endgültig. Nicht aus spezieller Sorge um den Freistaat Waldeck, sondern aus prinzipiellen Gründen verweigerten die Nationalsozialisten in Preußen die Zustimmung.

Keineswegs fand die Kontroverse nach dem Abschluß des Staatsvertrages ihr Ende. Verbitterte Protestbekundungen »in letzter Stunde« tauchten immer wieder in der Öffentlichkeit auf, während die waldeckischen Mandatsträger in der Landesvertretung intensiv darum bemüht waren, alle Möglichkeiten des Vertrages in finanzieller Hinsicht optimal auszunutzen. Mehrausgaben in Höhe von einer Million Reichsmark wurden beschlossen; gegenüber dem Etat von 1927 bedeutete dies eine Steigerung um 31 %.²³ Während man in der Vergangenheit auf äußerste Sparsamkeit bedacht war, schöpfte man nun aus dem vollen, da der ungeliebte Partner vertragsgemäß dafür geradestehen mußte. Unter diesen Umständen nahm man auch ein ungedecktes Defizit in der Größenordnung von 750.000 Reichsmark in Kauf.²⁴ Freude über die Eingemeindung wollte man in Preußen nicht aufkommen lassen.

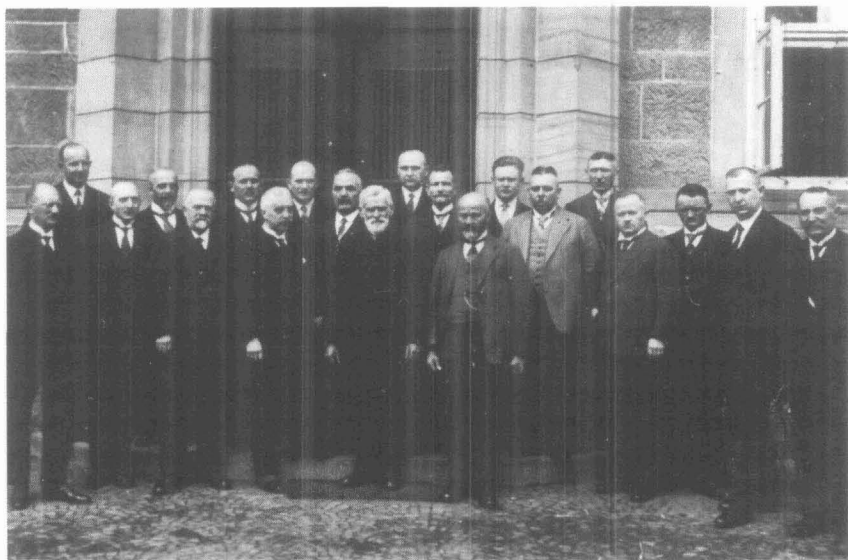
20) »Zur Anschlußfrage«, Mitglied der Landesvertretung Zobel, Waldeckischer Landbund. WLZ Nr. 73 vom 26.3.1928.

21) »Der Staatsvertrag über die Vereinigung Waldecks mit Preußen«. WLZ Nr. 77 vom 30.3.1928; »Der Staatsvertrag über die Vereinigung Waldecks mit Preußen«. WLZ Nr. 80 vom 3.4.1928.

22) »Der Staatsvertrag über die Vereinigung Waldecks mit Preußen in der Waldeckischen Landesvertretung«. WLZ Nr. 78 vom 31.3.1928.

23) »Etat 1928/Waldeckische Landesvertretung«. WLZ Nr. 158 vom 7.7.1928.

24) Ebenda.



Die Mandatsträger der Waldeckischen Landesvertretung vor dem Gebäude der Landesvertretung in Arolsen. Privatbesitz.

Nach vorübergehender Beruhigung lebten die in der Anschlußfrage freigesetzten Emotionen wieder auf, als die institutionelle Ausgestaltung der zu schaffenden Gemeindef Zweckverbandskörperschaft anstand. An dieser Stelle traten dann auch wieder die von anderen Themen her bekannten Meinungsverschiedenheiten in der zur Disposition stehenden Waldeckischen Landesvertretung hervor.

Allgemeine gesellschaftspolitische Entwicklungen und parteipolitische Umorientierung auf der Rechten im Zuge der Agrarkrise

Mit den Worten »Hoffen wir, daß uns das neue Jahr endlich Erlösung von Schmach und Knechtung bringen und uns wieder empor führen möge zu den lichten Höhen der Freiheit und Gleichberechtigung im Kampfe ums Dasein«²⁵ hatte die Waldeckische Landeszeitung das Jahr 1928 begrüßt.

Obwohl in der Reichshauptstadt Berlin eine Regierung der bürgerlichen Rechten residierte, an der sich auch die Reichs-DNVP beteiligte, kam im

25) »Das neue Jahr hat seinen Einzug gehalten«. WLZ Nr. 1 vom 2.1.1928.

Waldecker Land vorerst keine zuversichtliche Stimmung auf. Dem so sehr erhofften nationalen Wiederaufstieg des Vaterlandes schien man nicht näher zu kommen, der außenpolitische Kurs Stresemanns weckte eher Zweifel oder wurde lediglich nach dem Motto »Verständigungspolitik mit dem Westen, um freie Hand im Osten zu bekommen«, als notwendiges Übel eingestuft.²⁶ Die Situation auf dem Agrarsektor sorgte unter der waldeckischen Bauernschaft für besondere Mißstimmung.

Aus allen Kreisteilen häuften sich Klagen über die »sehr schwierige Lage der Landwirtschaft«. ²⁷ Ausführlich befaßte sich der Landesparteitag der Deutschnationalen Volkspartei Mitte Januar in Korbach mit dieser Problematik.

Der Vorsitzende des Rheinischen Landbundes, der preußische Landtagsabgeordnete Schwecht, betonte den Kampf der DNVP für die Interessen der Landwirtschaft und gab vor, die Forderungen nach staatlichen Umschuldungsaktionen zu unterstützen.²⁸ Die Hilfsbedürftigkeit der ostpreußischen Landwirtschaft stand dann jedoch mehr im Mittelpunkt seiner Ansprache als die der Waldeckischen. Stolz verwies Schwecht auf die Durchsetzung von Schutzzolleinführung für einige landwirtschaftliche Produkte.²⁹

So sehr man auch von der nationalen Notwendigkeit, die ostdeutschen Gebiete gezielt zu fördern, überzeugt sein mochte, so sehr war man in Waldeck doch von den konkreten Auswirkungen der Reichspolitik auf die Verhältnisse der Waldeckischen Agrarwirtschaft enttäuscht. Nicht ohne Grund standen Rechtfertigungsversuche der deutschnationalen Parteiredner für den Eintritt der DNVP in die Regierungsverantwortung an vorderster Stelle der Ausführungen. In den Worten von Reichstagsmitglied v. Lindeiner-Wildau vor den waldeckischen Delegierten klang dies fast wie eine Entschuldigung.³⁰

Der deutschnationale Spitzenpolitiker betonte, daß die Regierungsmitarbeit der DNVP keineswegs dahingehend interpretiert werden dürfte, als wollten die Deutschnationalen »... diesen Staat so ... erhalten ...«, vielmehr sah man die Regierungsbeteiligung als beste Gelegenheit, den Staat mit »... legalen Mitteln so zu formen, wie er sein soll«. Weitgehende Befreiung der Regierung vom schädlichen Einfluß der »Massenparlamente« und Etablierung einer von demokratischen Wahlen unabhängigen »Ersten Kam-

26) Berichterstattung über den DNVP-Parteitag in Korbach. WLZ Nr. 13 vom 16.1.1928. Lokalteil Waldeck und Nachbarschaft.

27) Tagung des landwirtschaftlichen Vereins des Kreises der Eder in Bergheim. WLZ Nr. 8 vom 10.1.1928.

28) WLZ Nr. 3 vom 4.1.1928. Rubrik »Feld, Garten, Hof und Haus«.

29) Berichterstattung zum DNVP-Landesparteitag. WLZ Nr. 13 vom 16.1.1928.

30) Ebenda.



Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei in Waldeck.

Sonnabend, den 14. Januar,
im großen Saal des Blaukreuzhauses in Corbach.
Beginn vormittags 10 Uhr.

Die politische Lage im Reich.

Redner: Der Reichstagsabgeordnete Herr von
Lindeiner-Wildau.

Der Kampf der Deutschnationalen Volkspartei für die Interessen der Landwirtschaft.

Redner: Der Vorsitzende des Rheinischen Land-
bundes, Mitglied des Preussischen Landtags,
Schwecht.

Mittagspause! Wiederbeginn um 15 Uhr.

Die Neuregelung der staatsrecht- lichen Verhältnissen in Waldeck.

Redner: Der waldeckische Landtagsabgeordnete
Herr Rektor Schalk aus Wengeringhausen.

Die politischen Verhältnisse in Preußen.

Redner: Der preussische Landtagsabgeordnete
Herr Lothar Steuer.

Alle deutschen Frauen und Männer, Mitglieder und Freunde
der Partei sind herzlich eingeladen.

Waldecker erscheint in Massen!

Der Vorstand der
Deutschnationalen Volkspartei in Waldeck.

mer« waren Hauptzielsetzungen im Hinblick auf die angestrebte Reichsreform.³¹ Ungeachtet dieser antirepublikanischen Beteuerungen blieb die potentielle Wählerschaft der DNVP in Waldeck skeptisch gegenüber der Mitarbeit im »System«. Kurz- und mittelfristige Perspektiven, über den Weg der Involvierung den Staat im deutschnationalen Sinne umzuformen, boten sich kaum.

Unabhängig von der DNVP berieten im gleichen Monat Vertreter der west- und mitteldeutschen Landbünde in Kassel über die Lage der Landwirtschaft in ihrem Geltungsbereich und die agrarpolitischen Forderungen. Unter Einschluß der waldeckischen Abgesandten rief man zum »Kampf um die Scholle« auf. Für den Fall, daß Reich und Länder sowie andere Körperschaften nicht unverzüglich Hilfsmaßnahmen einleiteten, drohte man gesetzeswidrige Selbsthilfeaktionen³² an. Von »Verzweiflungsstimmung« war auch auf der »Kundgebung der waldeckischen Landwirtschaft«³³ am 21./22. Januar 1928 mit Einzelveranstaltungen in Mengeringhausen, Korbach und Bergheim-Gifflitz die Rede. Steuern, hohe Schuldzinsen, niedrige Erzeugerpreise und übersteigerte Sozillasten³⁴ machte der Vorsitzende des Waldeckischen Landbundes, Schnaar, für die »aufs höchste gestiegene Not und Verelendung«³⁵ des Bauernstandes verantwortlich. Seinen Redebeitrag wollte Schnaar als »letzte Mahnung«³⁶ an die verantwortlichen Politiker verstanden wissen. In einer EntschlieÙung forderten die Agrarvertreter³⁷

- Einfuhrstopp für ausländische Agrarerzeugnisse,
- Kreditstundung und Umwandlung aller laufenden Kredite in langfristige, zinsgünstige Hypothekendarlehen,
- drastische Steuersenkungen und Streichung von Sozillasten,
- kostenlose Bereitstellung von in- und ausländischen Arbeitskräften durch den Staat; Zwangsbeschäftigung von Arbeitslosen in der Landwirtschaft,
- einschneidende Reduzierung der öffentlichen Ausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden.

Die Katastrophenstimmung der Bauern drückte WLB-Hauptgeschäftsführer Schneider aus: »Überall im Lande rauchen die Flammenzeichen, über-

31) Ebenda.

32) »Die Verzweiflung des westdeutschen Bauerntums – Der Kampf um die Scholle«. WLZ Nr. 17 vom 20.1.1928.

33) Ebenda.

34) Damit zielte man besonders auf gesetzliche Festlegungen von bestimmten Mindestnormen im Hinblick auf die Arbeitsplatzausgestaltung, das Einkommen der Dienstboten, Tagelöhner, Knechte und Mägde sowie deren Arbeitszeitregelungen.

35) »Kundgebung der waldeckischen Landwirtschaft«. WLZ Nr. 19 vom 23.1.1928.

36) Ebenda.

37) Ebenda.

all gärt und brodeln es, so daß wir als ihre berufenen Vertreter allen Ernstes eine Bewegung heraufziehen sehen, die, nachdem unsere Regierung und Parlamente versagt haben, einen Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Landwirtschaft bedeuten wird.«³⁸ Sicherlich war mit diesem Ausspruch mehr auf eine allgemeine »Anti-Weimar-Bewegung« als konkret auf die nationalsozialistische Bewegung abgezielt. Seitenhiebe verteilte der Landbund-Repräsentant Schnaar bei gleicher Gelegenheit an die Adresse der »Uplandbewegung«, deren eigenmächtige Handlungsweise in der Anschlußfrage die Position der gesamten waldeckischen Landwirtschaft geschwächt habe.³⁹ Und damit war wieder die Brücke zum anderen beherrschenden Thema geschlagen.

Landwirtschaftskrise und Anschluß Waldecks an Preußen, zwei Vorgänge ohne kausalen Zusammenhang, beeinflussten parallel zueinander das Meinungsbild in Waldeck tiefgreifend, beide trieben die politische Destabilisierung voran, beide trugen zur Entfremdung zwischen alten Rechtsparteien und ihrer einstigen waldeckischen Anhängerschaft maßgeblich bei.

In der Beurteilung der Agrarpolitik der DNVP durch waldeckische Bauernschaft und Landbund wird deutlich, in welchem Maße der politische Kompromiß verpönt war. Die Forderungen der eigenen Berufsgruppe wurden absolut gesetzt und nur deren hundertprozentige Realisierung erschien akzeptabel. Teilerfolge im Sinne der Agrarvertreter, wie sie durch restriktive Außenhandelsbeschränkungen, Eindämmung der Sozialgesetzgebung usw. ohne Frage eingeleitet worden waren, wurden von vornherein als unzureichend gebrandmarkt. Aus früheren Zeiten war man klare, konsequente Entscheidungen der Obrigkeit gewöhnt, die nicht erst mit anderen politischen oder gesellschaftlichen Kräften ausgehandelt werden mußten. In den Reihen der Landwirtschaft blickte man mit Wehmut auf die Kaiser-Ära⁴⁰ zurück. Priorität der Agrarinteressen gegenüber den sonstigen Interessen, insbesondere denen der Arbeiterschaft, hieß das Wunschziel, das im derzeitigen System kaum zu verwirklichen war. Nicht zuletzt aus dieser Erkenntnis heraus hielt man trotz der tatsächlich beschrittenen Sonderwege eine weitreichende Vereinigung der »nationalen« Rechten für erstrebenswert.

38) »Kundgebung der waldeckischen Landwirtschaft« (Fortsetzung). WLZ Nr. 20 vom 24.1.1928.

39) Ebenda.

40) »Kundgebung der Waldeckischen Landwirtschaft« (Fortsetzung). WLZ Nr. 21 vom 25.1.1928. Auf »die Einigkeit des Volkes« in der Kaiserzeit – eine Fiktion – verwies auch Reichslandbundvertreter und Mitglied des Reichstags Logemann auf der Kundgebung des Waldeckischen Landvolkes. Er erinnerte an die »gute alte Zeit«, in der ein exponierter Kampf für die Interessen der Landwirtschaft noch nicht nötig gewesen sei, weil das Kaiserreich den Forderungen der Landwirtschaft von selbst entgegengekommen sei.

Vorerst wußte man sich jedoch nicht anders zu helfen, als eine eigene »nationale« Rechtspartei, die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei (CNBL) zu gründen. Die etablierten Rechtsparteien konnten den Forderungen nach kompromißlosem Einsatz für die Agrarinteressen nicht gerecht werden und hatten zudem durch ihre Verstrickung in das Weimarer »System« die Verärgerung der Landbundmitgliedschaft auf sich gezogen. Die NSDAP erkannte die ambivalente Motivation im waldeckischen Agrarlager und reagierte mit oberflächlichem Eingehen auf alle Wunschvorstellungen bei gleichzeitiger Einlösung des Einigkeitspostulats.

Im Jahre 1928 bemühten sich allerdings noch mehrere politische Gruppierungen, von der Unzufriedenheit der Waldeckischen Landwirte zu profitieren.

Während Landbund-Ortsgruppen ihre Mitgliedschaft in den Dörfern durch abendliche Versammlungsreihen propagandistisch auf das düstere Bild von Not und Elend des Bauernstandes einstimmten⁴¹ und die emotionale Mobilmachung mit den Großkundgebungen am 21. und 22. Januar 1928 einen Höhepunkt erreicht hatte, griff der Jungdeutsche Orden wieder verstärkt in das Geschehen ein.

In Rhena, Kreis des Eisenbergs, organisierte man beispielsweise in Zusammenarbeit mit der WLB-Ortsgruppe einen Unterhaltungsabend. Die Ordensbrüder, die bei dieser Gelegenheit ein Treuebekenntnis zu ihrem Führer, dem Hochmeister Arthur Mahraun, abgaben und ihre angeblichen gesellschaftspolitischen Verdienste Revue passieren ließen, betonten ihre Solidarität mit den Forderungen der Landwirtschaft. Eine Änderung der als unhaltbar erachteten gegenwärtigen Verhältnisse traute man allerdings nur einer überberuflichen Organisation zu,⁴² auch sollte sie überparteilich sein. Wer sonst als der Jungdeutsche Orden selbst konnte gemeint sein? Parallel zur Agraragitation trat man mit Veranstaltungen über den Weltkrieg in Erscheinung. »Schlacht und Grauen – die Werdestunde des deutschen Mannes der Zukunft« lautete das Motto einer Lichtbildvortragsreihe Mitte Januar 1928 in Arolsen. Heroisierung und nationale Verklärungen kamen zwar in Anbetracht der wenig zufriedenstellenden wirtschaftlichen Verhältnisse bei der Zuhörerschaft gut an und zeigten sich der moralischen

41) Bericht über eine Versammlung des Waldeckischen Landbundes in Schillinghausen. WLZ Nr. 24 vom 28.1.1928. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; Bericht über eine Versammlung des Waldeckischen Landbundes in Strothe. WLZ Nr. 21 vom 25.1.1928. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; Bericht über eine Versammlung des Waldeckischen Landbundes in Landau. WLZ Nr. 32 vom 7.2.1928. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; Bericht über eine Versammlung des Waldeckischen Landbundes in Bergheim. WLZ Nr. 8 vom 10.1.1928. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; Bericht über Versammlungen des Waldeckischen Landbundes in Reitzenhagen, Bad Wildungen, Altwildungen. WLZ Nr. 43 vom 20.2.1928. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

42) WLZ Nr. 38 vom 14.2.1928. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

Wiederaufrüstung dienlich, aber letztlich untergrub die seltsam-elitäre Organisationsform des Jungdeutschen Ordens massenwirksame Erfolge. Die Irrationalität der Trennung von »Parteistaat« und »Volksstaat« konnte nur mühsam überdeckt werden. Als die Rollenverteilung zwischen Deutschnationaler Volkspartei und Jungdeutschem Orden Streitigkeiten⁴³ zum Opfer fiel, offenbarte sich das Dilemma des Jungdeutschen Ordens: Machtausübung ohne Partizipation im abgelehnten Parteienstaat war utopisch. Zwar sympathisierten maßgebliche Kreise der waldeckischen Bauernschaft mit der weltanschaulichen Ausrichtung des Ordens, und man war sich einig in der antiemanzipatorischen und autoritär-konservativen Grundüberzeugung, aber im Hinblick auf die Durchsetzung ganz konkreter ökonomischer Ziele und sozialpolitischer Interessen schien der Jungdeutsche Orden nicht das geeignete Vehikel zu sein.

Der Waldeckische Landbund entschied sich für den Weg, zunächst die Konzentration der gesamten Bauernschaft auf eine neue, einige und starke Bauernpartei anzustreben. Erst in einem zweiten Schritt sollte die fällige Einigung der bürgerlichen Rechten in Angriff genommen werden. Logemann, Mitglied des Reichstages, stellte den waldeckischen Landwirten Ende Januar 1928 in einer Versammlung der regionalen Landbundorganisation dieses Programm vor. Darüber hinaus riet er jedem »deutschdenkenden« und »heimatliebenden« Bauern, keine »Großstadtblätter« zu lesen, denn nicht jedes »Großstadtblatt« in Deutschland sei wirklich »deutsch«.⁴⁴

Angeheizt von den starken Worten während des 8. Landbundtages in Berlin, wo noch einmal alle Forderungen der Agrar-Lobby gegenüber der Reichsregierung formuliert wurden, konstatierte der Vorsitzende des Landwirtschaftlichen Vereins des Kreises des Eisenbergs, Gutsbesitzer Brüne-Brocke aus Usseln, eine ernste »Gefahr für Haus und Hof«,⁴⁵ für die letztlich die Reichsregierung verantwortlich sei. Energisch wurden auf der sehr gut besuchten Kreisvereinsversammlung die Forderungen nach Zwangsverpflichtung von Arbeitslosen, Befreiung der Landwirtschaft von der Grundsteuer sowie allen übrigen Realsteuern oder noch restriktiverer Außenhandelspolitik⁴⁶ erneuert.

Bald schlossen sich Vertreter von Handel und Handwerk den Einsprüchen gegen die Heranziehung zu Realsteuern an, von einem »Notschrei des Einzelhandels und Handwerks in den landwirtschaftlichen Notstandsge-

43) Auseinandersetzung zwischen dem Mitglied des Landtags, Schwecht (DNVP) und dem »Komtur« der »Ballei« Waldeck, v. Hollander. Leserbriefe. WLZ Nr. 18 vom 21.1.1928.

44) »Kundgebung der waldeckischen Landwirtschaft« WLZ Nr. 21 vom 25.1.1928.

45) »Versammlung des Landwirtschaftlichen Vereins des Kreises des Eisenbergs«. WLZ Nr. 27 vom 1.2.1928.

46) Ebenda.

bieten Kurhessens«⁴⁷ war die Rede bei einer Protestversammlung in Bad Wildungen, Mitte Februar 1928.

Zweifelsohne herrschte ein ungünstiges Klima für Sozialpolitik und gewerkschaftliche Bemühungen, zumal in der Presse ausschließlich die Standpunkte der Arbeitgeber Erörterung fanden und damit die öffentliche Meinung determinierten. Mit dem Aufschrei nach Gleichberechtigung Deutschlands in der Völkergemeinschaft ging keineswegs der Wunsch nach innergesellschaftlicher Gleichberechtigung einher.

Von Tag zu Tag steigerte sich die Kampagne der waldeckischen Agrarvertreter gegen die schlechte Wirtschaftslage mehr in eine Hysterie hinein. Mit einem großen »Mahnruf an das Landvolk«⁴⁸ versuchte noch einmal der Jungdeutsche Orden, seine Solidarität mit der Bauernschaft zu bekunden und machtpolitisches Kapital daraus zu schlagen. Alle anderen Wirtschaftszweige mußten sich den Erfordernissen des Agrarsektors unterordnen, um der Landwirtschaft im Kampf um den Erhalt der »Vaterscholle« zu helfen und die Weiterexistenz eines »freien Bauerntums auf freier deutscher Scholle« zu gewährleisten.

Dawes-Reparationsplan und Exportorientierung der deutschen Industrie wurden als Grundübel der Wirtschaftsmisere angesehen. Die »in Syndikaten zusammengeschlossene Plutokratie«⁴⁹ setzte nach Auffassung des Jungdeutschen Ordens ihre ökonomischen Interessen gegen die Belange des Volkes durch. Dem Kleinbauern in Waldeck dürfte diese Schuldzuweisungsformel etwas abstrakt vorgekommen sein. »Krippenwirtschaft« und »Kompromisse« waren da schon eher Schlagworte, die auf fruchtbaren Boden fielen und das »parteiische System« in Deutschland, vom Jungdeutschen Orden auch gerne als »System der Formaldemokratie«⁵⁰ bezeichnet, diskreditieren konnten.

Hinter dem Motto »Plutokratie, partiisches System und Formaldemokratie sind die größten Feinde des Bauern«⁵¹ verbargen sich generelle Ablehnung der Weimarer Republik sowie der verbandsegoistische Wunsch, Sammelbecken der aus wirtschafts- und machtpolitischen Gründen um Einigkeit ringenden Bauernschaft zu werden. Aus der oberflächlichen Analyse, »...die Schuld an den heutigen Zuständen kann nicht einem Einzelnen, nicht einer Partei zugemessen werden, sondern liegt in dem ganzen System«, leitete man den Aufruf zur Abkehr von den etablierten Parteien

47) Bericht über die Protestveranstaltung von Handel und Gewerbe in Bad Wildungen. WLZ Nr. 74 vom 27.3.1928. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

48) »Mahnruf an das Landvolk« der »Großballei« Hessen-Nassau-Waldeck des Jungdeutschen Ordens. WLZ Nr. 30 vom 4.2.1928.

49) Ebenda.

50) Ebenda.

51) Ebenda.

her: »Los von den Parteibindungen – Zum deutschen Volksstaat!«⁵² Obwohl man auch alle übrigen Forderungen der landwirtschaftlichen Interessenvertreter unkritisch übernahm, zahlten sich die Bemühungen des Ordens nicht entsprechend aus. Bei den folgenden Wahlgängen überließ man das realpolitische Feld der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei. Schließlich existierten die Parlamente noch, und dort wurden Entscheidungen getroffen. Eine »volksstaatliche« Gesinnung allein konnte nicht die angestrebten wirtschaftlichen Resultate herbeiführen.

Schwacher waldeckischer Binnenmarkt, weite Entfernungen zu den Bevölkerungszentren mit hohem Bedarf an landwirtschaftlichen Produkten, schlechte Verkehrsanbindung und naturräumliche Einschränkungen in einigen Landesteilen machten das Wirtschaften für die Bauern in Waldeck zweifelsohne schwierig. Hinzu kam, daß viele Betriebe viel zu klein waren, um ausreichende Einkünfte zu bieten. Da alternative Beschäftigungsmöglichkeiten im Dienstleistungssektor oder der Industrie fehlten, war man in Waldeck noch weiter als in manchen anderen Regionen des Deutschen Reiches von einem allgemeinen Wohlstand entfernt.

In die Phase wirtschaftlicher Unzufriedenheit, von Protesten der Landwirtschaft, Verärgerung der »nationalen« Wählerschaft über die Involvierung der DNVP in das »System« sowie Verbitterung über den Verlust der Eigenstaatlichkeit plazierte die nationalsozialistische Partei eine größere Werbekampagne in Waldeck. Mit Rednern von auswärts begann die Ortsgruppe Arolsen der NSDAP, Versammlungen auf den Dörfern zu organisieren. Am 21. Januar 1928 war Roland Freisler als Gastredner bei einer Informationsveranstaltung in Neudorf angekündigt. »Was will der Nationalsozialismus?«⁵³, sollte das Thema seines Redebeitrags lauten, doch vor den voll besetzten Rängen mußte ein Parteigenosse aus Wetterburg einspringen. »Für den gewöhnlichen Mann zu schwer...«, kritisierte der zuständige Lokalberichterstatter der Waldeckischen Landeszeitung den Beitrag des Ersatzredners.⁵⁴ Haften geblieben war jedoch die These, alle Parteien seien »schuldig«, und auch die DNVP müsse man nun in die Reihe der »Handlanger der jüdischen Hochfinanz, die uns Krieg, Revolution, Dawesabkommen, Locarno und unser heutiges Elend gebracht hat«⁵⁵, einreihen.

Als schlimmsten »Knecht des jüdisch-internationalen Großkapitals« apostrophierte der NS-Agitator die Sozialdemokratie und griff damit die seit jeher in der Bauernschaft verbreitete Aversion gegen SPD und Marxis-

52) Ebenda.

53) WLZ Nr. 18 vom 21.1.1928. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

54) Ebenda.

55) Bericht über eine NSDAP-Versammlung in Neudorf. WLZ Nr. 18 vom 21.1.1928. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

mus auf. Deutschland sei schon mitten in der Entscheidungsschlacht zwischen »Hakenkreuz« und »Sowjetstern«. An die Stelle einer differenzierten Auseinandersetzung mit den Auffassungen der politischen Gegner setzte man Banalhypothesen, stellte alle politischen Gegner als vom Judentum unterwandert dar, die letztlich alle auf den Sieg des menschenverachtenden Bolschewismus hinarbeiteten. Nur die NSDAP habe diese angeblichen Ursächlichkeiten bisher durchschaut, betonte der NSDAP-Redner. Im Schlußteil der Veranstaltung versuchten sich Andersdenkende mit dem Slogan »NSDAP oder Untergang« auseinanderzusetzen, was allerdings »recht unsanft«⁵⁶ unterbunden wurde. Nach gleichem Muster hielten die Nationalsozialisten am selben Tag eine weitere Kundgebung in Arolsen ab, die sich dem Thema »Marxistischer Arbeiterverrat und nationale Ver lumpung«⁵⁷ widmen sollte. Am 5. Februar 1928 kam schließlich doch noch Roland Freisler nach Waldeck. »Führende Persönlichkeiten« des öffentlichen Lebens lud man speziell ein, um sie mit der Alternative »Nationalsozialismus – Deutschlands Rettung« vertraut zu machen. Trotz Eintrittsgelderhebung in Höhe von 0,30 RM verfolgte eine große Zuhörerschaft den zwei Stunden langen Vortrag des NSDAP-Starredners in Korbach. Attacken gegen »Börsianertum«, das »internationale Großkapital«, den »fremden Militarismus«, den »Parlamentarismus und das Parteiensystem« belohnten die Besucher mit stürmischem Beifall.⁵⁸

Je einem Gegenredner von SPD, KPD und DNVP wurde diesmal das Wort erteilt, der brillante Rhetoriker Freisler konnte sich dies offenbar leisten. Abgesehen von einem »kleinen Zwischenfall«⁵⁹ bot sich der Lokalbe richterstattung kein Anlaß zur Kritik an der gesamten Veranstaltung.

Schon wenige Tage später besuchte Freisler Arolsen und verbreitete sich dort über Wesen und Ziele der NSDAP. Wütender Kritik an Sozialdemokratie und Marxismus, die in einer Identifizierung von SPD und Bolschewismus in Rußland mündete, folgten ketzerische Ereiferungen über Gehälter und Einkommen sozialdemokratischer Mandatsträger. Ungeachtet der Tatsache, daß die SPD seit 1923 nicht mehr in der Reichsregierung vertreten war, erwies sich diese Methode als sehr populär. Keineswegs verwundern konnte die Herausstreichung der privatwirtschaftlichen Ausrichtung der Partei, denn gerade die agrarisch-kleinbürgerliche Zuhörerschaft zeigte sich interessiert an einer Klarstellung in dieser Hinsicht. Vokabeln wie »nationalsozialistische Revolution« und »revolutionäre Bewegung« hatten gewisse Befürchtungen aufkommen lassen. Nichts lag also näher,

56) WLZ Nr. 18 vom 21. 1. 1928. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

57) Ebenda.

58) »Öffentliche Versammlung ›Der Nationalsozialismus – Deutschlands Rettung‹. NSDAP-Anzeige. WLZ Nr. 28 vom 2.2.1928.

59) Ebenda.

als diese Begriffe »richtig« zu interpretieren. Bekämpfen wollte man nur die »internationale« bzw. »jüdische« Kapitalmacht, dem Bauern, der sich als freier Unternehmer fühlte, drohten danach keine »revolutionären« Eingriffe. Am rücksichtslosen Durchgreifen nach der Machtübernahme wollte man von Beginn an keinen Zweifel aufkommen lassen. Juden, ausländischen Geschäftsleuten und Vertretern der Arbeiterparteien Repressalien und Verfolgung anzudrohen, erfreute sich breiter Zustimmung.⁶⁰ Auch der Gedanke, nur eine Herrschaftsform mit unbegrenzten diktatorischen Vollmachten könnte Deutschlands Schicksal wenden, war konsensfähig.

Gegenredner meldeten sich eingedenk der Zurechtweisungen in den vorausgegangenen NS-Veranstaltungen nicht mehr zu Wort. Unter der Parole »Deutsches Volk in Not, wer rettet es?« ließ die NSDAP-Ortsgruppe Arolsen Kundgebungen in Sachsenberg⁶¹ und Goddelsheim⁶² folgen, in der Stadt Arolsen selbst wurde ein »Sprechabend« abgehalten.⁶³

Es war bemerkenswert, daß die kleine Splittergruppe der Nationalsozialisten in der Lage war, eine relativ große Zahl von Veranstaltungen erfolgreich auszurichten. Sogar außerhalb der eigentlichen Wahlkampagnen wandten sich die Nationalsozialisten an die Waldecker, die es bislang gewohnt waren, erst zehn oder vierzehn Tage vor einer anstehenden Wahlentscheidung per Zeitungsaufruf zum Besuch einer Parteiversammlung aufgefordert zu werden. Zweifellos vermittelte das Abrücken von dieser Sitte dem Wahlvolk den Eindruck von Bürgernähe.

Allmählich hatte man die Grundzüge der nationalsozialistischen Weltanschauung in Waldeck bekannt gemacht, vielfach war die NSDAP auf Interesse und Neugier gestoßen. Noch hielt sich die Mehrheit der Waldecker aber zurück. War es vielleicht doch wieder nur eine von vielen Parteien mit nationalem Anspruch, die letztlich den Durchbruch nicht schaffen würde? Sollte diese neue Gruppierung wirklich mehr durchsetzen können von den versprochenen Verbesserungen? Würde es einer Bewegung ohne starke Interessengruppe im Hintergrund gelingen, das »System« zu zerschlagen? Konnte nicht doch eine berufsständische Vereinigung wie der Landbund effektiver die Agrarinteressen vertreten? Deutete der Name der Partei mit den Wortbestandteilen »sozialistisch« und »Arbeiterpartei« nicht eher auf eine Gruppierung hin, der Arbeiterinteressen oder die Belange der städti-

60) WLZ Nr. 46 vom 24.2.1928. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; NSDAP-Anzeige »Öffentliche Versammlung ›Der Nationalsozialismus – Die Rettung Deutschlands‹.«

61) »Das deutsche Volk in Not – wer rettet es?«. Kundgebungen der NSDAP mit dem Redner Rieche aus Frankfurt/M. WLZ Nr. 72 vom 24.3.1928.

62) Ebenda.

63) »Öffentlicher Sprechabend«. NSDAP-Anzeige. WLZ Nr. 78 vom 31.3.1928.

schen Bevölkerung mehr am Herzen lagen? So oder ähnlich dürften die Fragen der aufmerksam gewordenen, aber noch zurückhaltenden Bevölkerung gelauret haben.

Im Vorfeld der Reichstagswahl von 1928 startete die NSDAP eine weitere Versammlungsreihe unter dem Motto »Die Nationalsozialisten und der Staat«. Schriftleiter Gutterer aus Frankfurt am Main gastierte am 4. Mai in Arolsen. Seine Rede mit scharfen Angriffen gegen den Weimarer Staat brachte nach Aussagen der Tagespresse »wieder nur allzu Bekanntes«, man begrüßte jedoch, daß die »unerfreulichen Zustände« immer wieder beim Namen genannt und somit tiefer in das Bewußtsein der Zuhörer gerückt wurden.

Oberst a.D. Rhode, vor kurzem als »Heimattreuer« und Anschlußgegner bekannt geworden, verbreitete sich über »die Seele der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei«. »Einsetzung der Diktatur und völlige Beseitigung des parlamentarischen Systems« nannte er als Hauptziele der NS-Bestrebungen. Alle demokratischen, aber auch alle übrigen »nationalen« Parteien fungierten nach Auffassung des Redners nur als »Stütze des jüdischen, internationalen Kapitalismus«. ⁶⁴ Auch in Schwalefeld, Willingen und Usseln trugen die Nationalsozialisten diese Einschätzung vor. ⁶⁵ Für den 15. Mai kündigte die Presse den Besuch des hessischen NSDAP-Spitzenkandidaten Sprenger aus Frankfurt an. »Der Parlamentarismus – Deutschlands Untergang« ⁶⁶ lautete die Überschrift seiner Darlegungen. Erstmals trugen die Einladungsannoncen den Zusatz »Juden ist der Zutritt verboten!«. Vor einer stattlichen Zahl von Besuchern erging sich Redner Sprenger in bereits bekannter Weise über den Parlamentarismus, der Deutschland dem Untergang preisgäbe.

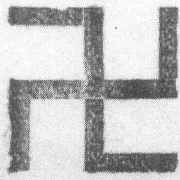
Dem Völkisch-Nationalen Block (VNB) hatte man längst den Rang abgelaufen, nur wenige Wähler besuchten die VNB-Kundgebung in Korbach. Die Redner des Völkisch-Nationalen Blocks, Wahlkreisspitzenkandidat Limpbach und Major a.D. Ruth, argumentierten ähnlich wie die Nationalsozialisten. Parolen wie »Deutschland muß leben und wenn wir sterben müssen« ⁶⁷ gehörten ebenso zum Repertoire dieser rechtsextremen Gruppierung wie Beschimpfungen des Judentums, des politischen Katholizismus oder des Freimaurertums. Neben den Linksparteien reihte man diese gesellschaftlichen Kräfte in die Reihe der »Schädlinge am deutschen

64) Bericht über eine NSDAP-Versammlung in Arolsen mit den Rednern Gutterer und Rhode. WLZ Nr. 106 vom 5.5.1928.

65) Bericht über eine NSDAP-Versammlung. WLZ Nr. 106 vom 5.5.1928. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

66) »Der Parlamentarismus – Deutschlands Untergang«. NSDAP-Anzeigen. WLZ Nr. 112 vom 12.5.1928 und WLZ Nr. 113 vom 14.5.1928.

67) Wiedergabe der Reden. WLZ Nr. 116 vom 18.5.1928.



Dienstag, den 15. Mai, abends 8 Uhr
spricht im Schulhe'schen Saale, Kirchstraße,
der Spitzenkandidat

der National-Sozialistischen
Deutschen Arbeiterpartei

Herr Sprenger aus Frankfurt a. M.
über das Thema:

Der Parlamentarismus Deutschlands Untergang.

Personen aller Berufe in Stadt und Land sind zu diesem Abend
herzlich eingeladen. Freie Aussprache!

Die National-Sozialistische
Deutsche Arbeiterpartei.

Juden ist der Zutritt verboten.

Anzeige der NSDAP. WLZ Nr. 113 vom 14.5.1928.

Volkskörper« ein. Die Verrohung des verbalen Umgangs mit den politisch Andersdenkenden kannte keine Grenzen. Die unversöhnliche Feindschaft gegenüber der Republik dokumentierte man mit der Wahlkampfüberschrift »Die Wahlqual!«. ⁶⁸ Den Parteien außerhalb des völkischen Lagers unterstellte man pauschal, nur an Diätenzahlungen interessiert zu sein, Unsummen an die »Entente-Erpresser« verschenkt zu haben, Steuerwucher und schleichende Enteignung zu betreiben, korruptionsanfällig zu sein und Verantwortung für die »Versumpfung unseres Deutschland« zu tragen. Den reaktionären Deutschnationalen attestierte man völliges Versagen.

68) »Die Wahlqual!« Großanzeigenkampagne der »Völkischen«. WLZ Nr. 117 vom 19.5.1928.

Obwohl in der Wortwahl nicht weniger radikal als die NSDAP, gelang dem VNB nicht die Abstreifung des Außenseiterimages. Da man auch darauf verzichtet hatte, sich gegenüber der NSDAP zu profilieren und sogar in den Werbeanzeigen den Waldeckern die Alternative, entweder nationalsozialistisch oder völkisch-national zu wählen, geboten hatte, kam das spärliche Resultat bei der Reichstagswahl 1928 nicht unerwartet. Während die Völkischen mit etwa einem Prozent der Stimmen keine Rolle spielten, gewann die NSDAP bei ihrem ersten Auftritt immerhin 4,9 % der gültigen Wählerstimmen.

*Ergebnis der Reichswahl am 20. Mai 1928 in Waldeck:*⁶⁹

Liste	Stimmen	Prozent	
		Prozent	im Reich
SPD	4.892	22,9	29,8
DNVP	2.367	11,1	14,2
Zentrum	612	2,9	15,2
DVP	2.639	12,3	8,7
KPD	366	1,7	10,6
DDP	982	4,6	4,8
NSDAP	1.039	4,9	2,6
CNBL	6.690	31,3	2,6
Wirtschaftspartei	912	4,3	4,5
Sonstige (9)	895	4,2	10,0

Andererseits schnitten die Rechtsextremisten damit etwas schlechter ab als bei den Reichstagswahlen im Mai 1924. Damals hatte der Völkisch-Soziale Block 6,5 % der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen können. Etwas übertroffen wurde nun das Ergebnis der NS-Freiheitspartei aus dem Dezember 1924. In dieser Hinsicht hatte die Veranstaltungsoffensive der NSDAP kurzfristig nur mäßige Erfolge erbracht, aber man stand wesentlich mehr im Blickpunkt als vor vier Jahren und hatte spürbar Sympathien gewinnen können.

Vorerst konzentrierte die waldeckische Bauernschaft ihre Hoffnungen auf die im März gegründete Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei, die zur stärksten politischen Kraft in Waldeck avancierte. Selbst das plakative Eingehen von DVP und DNVP auf die Sorgen der Landwirte konnte an der Festlegung der großen Mehrheit der Bauernschaft zugunsten der CNBL nichts ändern. Die DVP hatte zwei Reichstagsabgeordnete in Waldeck auftreten lassen, und der Bezirksparteitag am 28./29. Januar 1928 in Kassel hatte eindeutige Stellungnahmen der niederhessischen und

69) »Die Reichstagswahl vom 20. Mai«. WLZ Nr. 118 vom 21.5.1928.

waldeckischen Delegierten für den Forderungskatalog des Landbundes erbracht,⁷⁰ dennoch konnten Stimmeneinbußen nicht verhindert werden. Am härtesten traf der Sonderkurs des Landbundes die DNVP, die trotz des Aufgebots von »Bauernführer« Lind und Reichsminister Dr. Schiele, der nach wie vor hohes Ansehen in Waldeck genoß, das befürchtete Debakel nicht vermeiden konnte. Der Waldeckische Landbund war der Veranstaltung mit dem noch zur DNVP gehörenden Minister Schiele demonstrativ ferngeblieben, offiziell mit der Begründung, das Landvolk habe sich »Neutralität« auferlegt. Nach der Abspaltung des Agrarflügels verblieb den Deutschnationalen nur das wesentlich kleinere deutschnationale Potential in den Städten. Eine untergeordnete Rolle spielten offenbar Aktionsvarianten der NSDAP, nationalsozialistische Redner in die Versammlungen der übrigen Rechtsparteien zu entsenden und diese als Plattform für die eigenen Parteibestrebungen umzufunktionieren. Den einen oder anderen jedoch mochten die Diskussionsbeiträge der nationalsozialistischen Agitatoren verunsichert haben. Insbesondere die Regierungsbeteiligung der DNVP hielt Oberst a.D. Rhode den Deutschnationalen als Verrat an der »nationalen« Sache vor. Da halfen selbst die Beteuerungen Dr. Schieles, die DNVP sehe die »reine Demokratie« nach wie vor als Grundübel an, nur in begrenztem Maße, den Anspruch, »nationalste« der »nationalen« Parteien zu sein, zu verteidigen.⁷¹

Die Hoffnung, mit der CNBL dem »nationalen« Geist im allgemeinen und den Agrarinteressen im besonderen mehr Nachdruck verleihen zu können, erwies sich als trügerisch. Dem regionalen Triumph standen bescheidene 2,6 % im gesamten Reich gegenüber, was der Bauernpartei einen provinzialistischen Charakter verlieh. Die Naivität des WLB-Unterfangens hatte sich erwiesen, wengleich der DNVP in Waldeck demonstriert werden konnte, welche Interessengruppen innerhalb des Rechtslagers in Waldeck dominierend war. Kaum mehr als 2.300 Stimmen hatte die DNVP von ihrem einst mehr als 11.000 Wähler umfassenden Potential retten können. Doch nicht nur die DNVP bekam die Unzufriedenheit der Waldecker zu spüren, auch die DVP verlor mehr als 40 % ihrer Wähler, von mehr als 4.700 Stimmen im Dezember 1924 verblieben ihr ganze 2.639. Verluste von rund 1.000 Wählerstimmen mußte die liberale DDP hinnehmen, dies bedeutete eine annähernde Halbierung des liberalen Wähleranteils.

Rechnet man alle Verluste der etablierten bürgerlichen Parteien zusammen, ergibt sich eine Summe von etwa 11.500 Stimmen, die neue CNBL konnte jedoch nur knappe 6.700 davon gewinnen. Auch die NSDAP mit

70) »Bezirksparteitag der Deutschen Volkspartei«. WLZ Nr. 26 vom 31.1.1928.

71) Bericht über eine DNVP-Versammlung in Arolsen. WLZ Nr. 114 vom 15.5.1928.

ihren etwa 1.000 Wählern war nicht in der Lage gewesen, die Mehrheit der Enttäuschten von ihrem Weg zu überzeugen. Einige tausend Waldecker wandten sich von der »Wahlqual« ab, da sie nicht mehr an eine kurzfristige Ablösung des Weimarer »Systems« glaubten, das ihnen selbst den Gang zum Wahllokal nicht wert war. Resignativ zogen sich viele Republikgegner zurück, einstige Liberale waren von den Errungenschaften der vergangenen Jahre nicht überzeugt und glaubten, durch Wahlenthaltung ihren Protest gegen Sozialpolitik und wirtschaftliche Schwierigkeiten artikulieren zu müssen. Nur noch ca. 60 % aller Wahlberechtigten in Waldeck gingen am 20. Mai 1928 zur Wahl.

In einigen Landgemeinden war es im Zuge von NSDAP-Wahlkampfaktivitäten gelungen, Teile des enttäuschten Bürgertums von der grundlegenden Alternative der NSDAP zu überzeugen. Dort, wo man erfolgreiche Werbeveranstaltungen aufgezogen hatte, war die Resonanz groß gewesen. Erste Zentren bestanden nun, im Kreis der Twiste fielen die Ortschaften Neudorf mit 31,8 % sowie Kohlgrund mit 55,8 % Stimmen für die NSDAP sofort auf, nirgendwo im Kreisgebiet konnten ähnliche Resultate erzielt werden. Mit Schwalefeld (76,0 %), Rattlar (57,1 %), Usseln (23,9 %) und Willingen (18,0 %) waren auch im Kreis des Eisenbergs erste Stützpunkte gewonnen. Alle jene Orte zeichneten sich nicht durch abweichende Erwerbsstrukturen oder sonstige Besonderheiten gegenüber ihrem Umland aus, sondern einzig durch den Umstand, daß sie Schauplatz⁷² gelungener NSDAP-Wahlveranstaltungen gewesen waren. Selbst in den Kreisstädten Arolsen und Korbach bewirkten die bisherigen Parteiaktivitäten mit 6,4 % bzw. 7,5 % relative Erfolge. Im Kreis der Eder und der dortigen Kreisstadt

72) Korrelation zwischen der Anzahl von NSDAP-Versammlungen und dem NSDAP-Stimmenanteil in einzelnen Orten Waldecks bei der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928:

Ort	Monat	Anzahl	Prozent
Korbach	Februar, Mai	2	7,5
Arolsen	Jan., Febr., März, Mai	4	6,4
Schwalefeld	Mai	1	76,0
Willingen	Mai	1	18,0
Usseln	Mai	1	23,9
Sachsenberg	März	1	6,6
Goddelsheim	März	1	2,3

Nur im Fall der Versammlung in Goddelsheim blieb ein entsprechender Erfolg aus. Wichtige Impulse konnten abgesehen von NSDAP-Veranstaltungen auch von aktiven Parteimitgliedern in den Ortschaften ausgehen, so reihte sich Leibach mit 23,3 % NSDAP-Stimmen in die Reihe der Spitzenergebnisse ein, ohne daß die Partei als Organisation in Erscheinung getreten war; jedoch wirkten hier seit dem Sommer 1927 ein Landwirt und dessen Sohn im Sinne der Partei; vgl. hierzu Casselmann, H.: 10 Jahre Ortsgruppe Korbach der NSDAP 1928-1938. Korbach o. J. S. 2f.

Bad Wildungen, wo die NSDAP bislang nicht aktiv in Erscheinung getreten war, blieben entsprechende Gewinne aus. Hinter dem waldeckischen Durchschnittsergebnis von 4,9 %, das erheblich über dem Durchschnitt des Reichsgebietes lag, verbarg sich also eine extreme Diskordanz. Den Nationalsozialisten signalisierte dies, daß die Aufgeschlossenheit gegenüber den nationalsozialistischen Vorstellungen groß und die Bereitschaft, den Weg einer radikalen Abkehr vom jetzigen »System« mitzugehen, ausgeprägt war. Durch Informations- und Werbeveranstaltungen mußten sich auch Erfolge in den anderen Gemeinden verwirklichen lassen, lautete die Schlußfolgerung. Bekanntwerden war fortan oberstes Anliegen der NSDAP. Versammlungen blieben das wichtigste Medium für die Ausbreitung der NS-Ideologie. Die punktuellen Erfolge in den bis 1928 von NSDAP-Rednern besuchten Gemeinden gestatteten Rückschlüsse auf das vom Nationalsozialismus anzusprechende Potential in Waldeck.

Auf den ersten Blick hatten die Reichstagswahlen von 1928 den Eindruck von Normalisierung der Verhältnisse in der jungen Republik und von Gewöhnung der Menschen an die herrschende Regierungsform vermittelt. Die demokratischen Parteien waren im Reich gestärkt aus dem Wahlgang hervorgegangen, und die Extremisten hatten nicht in relevanter Weise neue Wählerschichten gewinnen können. Unter der Oberfläche jedoch kochte und brodelte es – zumindest im ehemaligen Fürstentum Waldeck! Es war nur eine Frage der Zeit, wann die Nationalsozialisten in weiteren Gemeinden würden Fuß fassen können. Noch stand die Waldeckische Landeszeitung, das wichtigste Nachrichtenorgan der Region, der neuen »Bewegung« reserviert gegenüber. Allmählich entwickelte sich aus einem Gefühl der Neugier jedoch eine Tendenz, die NSDAP in die Phalanx der »nationalen« Kräfte einzubeziehen. Für die NSDAP bedeutete dies, wie die übrigen »nationalen« Gruppierungen mit Wohlwollen seitens der Presse und der Bürokratie betrachtet zu werden.

Das Regierungspräsidium rief aus Sorge über die Teilerfolge der Nationalsozialisten in den ländlichen Gebieten alle Landräte zu äußerster Wachsamkeit und sorgfältiger Observierung künftiger NSDAP-Aktivitäten auf. Insbesondere wurde auf Veranstaltungen mit dem Redner Wolfgang Bergemann aus Marburg aufmerksam gemacht, weil sich dieser Referent bei einigen Versammlungen schwerste Beleidigungen des Staates und seiner Repräsentanten hatte zuschulden kommen lassen. Die Behörden in Waldeck brachten kein Verständnis für die Besorgnisse des Regierungspräsidenten auf.

Landrat Wittmer aus dem Kreis der Twiste entgegnete dem Regierungspräsidenten am 4. Oktober 1928, daß es bei keiner Versammlung mit Bergemann zu irgendwelchen Beschimpfungen oder Beleidigungen gekommen sei, vielmehr sei der Redner bei seinen Auftritten im Kreisgebiet

von Gegnern durch Mißfallensbekundungen in seinem Recht auf freie Meinungsäußerung behindert worden.⁷³ Unter anderem führte der Landrat einen Überwachungsbericht aus Mengersinghausen, von der dortigen Landjägerei verfaßt, an. Danach hatte Bergemann lediglich die gegenwärtigen Zustände in Deutschland gegeißelt. Zwar habe er sich scharfer Worte bedient sowie antisemitische Aspekte in seine Rede eingeflochten, strafbare Beleidigungen wies der zuständige Landjäger weit von sich. Wegen drohender Zusammenstöße mit anwesenden Kommunisten war die Veranstaltung in Mengersinghausen vorzeitig aufgelöst worden.⁷⁴

Nach der Reichstagswahl pendelte sich die »nationale« Agitationsarbeit zunächst wieder auf das sonst übliche Maß ein. Mitunter flammte die Erregung über den Anschluß Waldecks an Preußen wieder auf, ansonsten beherrschten Organisationen wie der Jungdeutsche Orden, der Sonnwendfeiern, Familienabende, Konzerte, Wanderungen und sonstige Geselligkeiten abhielt, das öffentliche Erscheinungsbild. Die Kriegervereine und Reservistenkameradschaften trommelten ihre Anhänger für Offiziersvorträge und Kriegserlebnisschilderungen zusammen, um damit ihrem Anspruch auf »Pflege deutscher Gesinnung und nationalen Bewußtseins«⁷⁵ gerecht zu werden. Vom Verein für das Deutschtum im Ausland wurden wieder zahlreiche Saarkundgebungen anberaumt. Immer bemühte man sich, den Kolonialgedanken hochzuhalten oder, entsprechend der Fiktionen ihres prominenten Repräsentanten Ritter v. Srkib, imperialistische Träume von einem mitteleuropäischen Staatenzusammenschluß unter deutscher Führung⁷⁶ aufleben zu lassen. Mit gleicher Regelmäßigkeit richteten Behörden und Presse Warnungen vor Zigeunern an die Waldecker. Alljährlich trafen fahrende Händler, Schausteller und Astrologen im Kreis der Twiste ein, um das traditionelle »Viehmarkt«-Volksfest in Arolsen mitzugestalten. Angst und Schrecken verbreiteten die Meldungen über das Eintreffen des »braunen Volkes«, dem pauschal Diebstahls-, Einbruchs- und Betrugsabsicht nachgesagt wurde. Warnungen, alles gut zu verschließen, wurden durch Greuelgeschichten untermauert.⁷⁷

73) HStA MbG 122/1176. Landrat des Kreises der Twiste an den RP, Az. I 3208, Arolsen, 4.10.1928.

74) Ebenda.

75) Kyffhäuser-Selbstdarstellung. WLZ Nr. 218 vom 16.9.1929. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

76) Über den »Verein für das Deutschtum im Ausland« und »Jung-Roland«. »Die Weltbühne« Nr. 9 vom 25.2.1930.

77) »Am 30. Juni, gegen 7 Uhr statten zwei Zigeunerweiber dem Kaufmann H. Sch. einen unliebsamen Besuch ab.« WLZ Nr. 153 vom 2.7.1928. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; »Der Arolser Viehmarkt in Sicht«. WLZ Nr. 170 vom 21.7.1928. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

Natürlich fanden auch die Hinweise auf »vaterländisch wertvolle« Kriegsfilme ihre Fortsetzung. Nach den Sensationserfolgen von »Der Weltkrieg« und »Weltkrieg/Teil II« versetzte das Epos »Brandstifter Europas«, das angeblich »...von größtem Wert für den Kampf gegen die Kriegsschuldflüge...«⁷⁸ war, die Massen in Begeisterung. Einen »kulturellen Höhepunkt« des Jahres 1930 markierte die Kolonialpropagandaschau in Korbach.⁷⁹ Auch Ruhm und Ehre des Fürstenhauses waren nicht verblaßt. Ehrfurchtsvoll verwendeten Presse und viele Waldecker nach wie vor die Formulierung »Seine Durchlaucht«, wenn die Sprache auf den ehemaligen Landesherrn kam. Gerüchten, er habe an den Feierlichkeiten zum Verfassungstag teilgenommen, trat der Fürst zu Waldeck und Pyrmont 1929 energisch entgegen. Seinen guten Ruf wollte er durch derartige Unterstellungen nicht gefährdet sehen.

Desorientierung der »alten« Rechtsparteien und die Schaffung des Gemeindezweckverbandes Waldeck

Anfang Dezember 1928 wurde der erste Entwurf eines Zweckverbandsgesetz der waldeckischen Öffentlichkeit durch die Presse zugänglich gemacht.⁸⁰ Dem Gemeindezweckverband sollte als Körperschaft des öffentlichen Rechts die Verwaltung des Domänenbesitzes obliegen. 17.700 ha Wald, 1.055 ha Domänengutflächen, 350 ha Einzelgrundstücke, Schloßgärten, Fischereirechte und Gewinnbeteiligungen am Staatsbad Wildungen umfaßte das Sondervermögen.⁸¹ Aus diesem Besitztum erwirtschaftete Gewinne sollten nach einem Schlüssel, der auf Bezirksverbandssteuerlast und Einwohnerzahl basierte, den Gemeinden der drei Waldeckischen Kreise zufließen.

Im Kreis der Twiste, insbesondere in der ehemaligen Residenzstadt Arolsen, erhitzten sich bald die Gemüter an der Frage, ob der Sitz der Domänenverwaltung ins zentraler gelegene Korbach verlagert werden sollte. Mit Protestversammlungen reagierten die Arolser auf derartige Bestre-

78) Werbeanzeigen für den Film »Brandstifter Europas«. WLZ Nr. 221 vom 19., WLZ Nr. 222 vom 20.9. und WLZ Nr. 224 vom 22.9.1928.

79) HStA 165/3849. Kolonialpropaganda-Veranstaltungsreihe in nordhessischen Städten, bei der der Film »Das Sonnenland Südwest-Afrika« gezeigt wurde. Der Landrat aus Hersfeld bezeichnete die Darbietungen als »Gemeingefährlichkeit«. Das Kasseler Volksblatt sprach in der Ausgabe vom 23.5.1930 (»Trothas Kolonialpropaganda«) von »...einseitiger hurrapatriotischer Beeinflussung der Kasseler Schulen...«.

80) WLZ Nr. 283ff. vom 1.-7.12.1928. »Zum Entwurf des waldeckischen Zweckverbandsgesetzes« (Fortsetzung).

81) Ebenda.

bungen.⁸² Die »Volksversammlung« am 27. Dezember 1928 in Arolsen verfaßte eine Resolution an die Landtagsabgeordneten, ihre Festlegung zugunsten Korbachs rückgängig zu machen. Nach dem Verlust der Bezirkskommandobehörde, des Kulturamtes sowie des Hauptmeldeamtes, drohte durch die Verlagerung des Domanialsitzes in die Konkurrenzstadt Korbach die »Verelendung des wirtschaftlichen Lebens«⁸³ in Arolsen, betonten die Protestler. Schließlich mußte man in der Kreisstadt des Kreises der Twiste schon die Auflösung der Garnison und »Einschränkung der fürstlichen Hofhaltung«⁸⁴ hinnehmen. Neue Negative Auswirkungen auf das Geschäftsleben wollte man vermeiden sehen, zumal der Verlust des »Hauptstadt«-Charakters nach dem Anschluß an Preußen zu beklagen war. In der Landesvertretung fand sich jedoch keine Mehrheit für das Ansinnen der Protestbewegung, Arolsen als Sitz der Domonialbehörde zu benennen. Mit dreizehn gegen vier Stimmen wurde das Gesetz über den Gemeindezweckverband in zweiter Lesung angenommen.

Da der Zweckverband letztes offizielles gesamtwaldeckisches Organ war, flossen psychologische Momente in den Wahlkampf um die Mandatsverteilung ein. Über die funktionale Aufgabe hinaus sahen viele Waldecker im Zweckverband eine ideelle Klammer für den waldeckischen Heimatgeist.

Nicht die Polarisierung zwischen rechten und linken Gruppierungen wurde zum hervorstechenden Kennzeichen des Zweckverbands-Wahlkampfes, sondern der Streit innerhalb des bürgerlichen Lagers. Das zeitweilig diskutierte Wahlbündnis aller Rechtskräfte kam nicht zustande. Frühzeitig scherte der Agrarflügel aus, denn in einer bürgerlichen Einheitsliste währte man die Interessen der Landwirtschaft nicht genügend repräsentiert. Landbundfraktionschef Schnaar entschied sich für eine Sonderliste des Waldeckischen Landbundes. Die Vertreter der anderen Rechtsgruppierungen unterstellten ihm daraufhin persönliche Machtgelüste und einen Alleinvertretungsanspruch. Bürgermeister Dr. Zimmermann aus Korbach, Landrat Wittmer aus Arolsen und Bürgermeister Ulrich aus Frebershausen bezichtigten den Landbundmann, die »...große bürgerliche Einigung hintertrieben...«⁸⁵ zu haben. In einem Wahlaufruf der »Waldeckischen Heimatliste«, der nun nur noch DNVP und DVP angehörten, hieß es: »Herr Schnaar will nur allein in Waldeck etwas zu sagen haben. [...] Endlich muß einmal gezeigt werden, daß Herr Schnaar nicht al-

82) »Öffentliche Volksversammlung«. Inserat. WLZ Nrm 302 vom 24. 12. 1928. »Öffentliche Volksversammlung über das Zweckverbandsgesetz«. WLZ Nr. 304 vom 28. 12. 1928.

83) »Öffentliche Volksversammlung über das Zweckverbandsgesetz«. WLZ Nr. 304 vom 28. 12. 1928.

84) Ebenda.

85) Wahlkampfanzeige der »Waldeckischen Heimatliste«. WLZ Nr. 64 vom 16. 3. 1929.

lein Herr in Waldeck ist, der über die wohlbegründeten Ansichten anderer rücksichtslos hinweggehen kann...«.⁸⁶ Als sich die Vorsitzende des Landesverbandes Waldeck der ländlichen Hausfrauenvereine in einem Zeitungsinserat offen für die »Heimatliste« aussprach, kam es erstmals in Waldeck zu einer »Frauenprotestaktion«. Doch weder war dies die Geburtsstunde einer Frauenemanzipationsbewegung, noch rückten die Landfrauen das oft angeführte Primat der Überparteilichkeit wieder ins rechte Licht. Mit den Worten »Wir Landfrauen lassen uns nicht irre führen – wir stehen geschlossen hinter unseren Männern...«,⁸⁷ forderten sie zur Wahl der Landvolkliste auf.

Wieder einmal trat das Überparteilichkeitsphänomen offen zutage. Einerseits verurteilte man die Parteilichkeit aller anderen, andererseits betrieb man selbst nichts anderes als eben Parteilichkeit, wenn man der Rüge über die unerlaubte Parteinahme ihrer Vorsitzenden eine Wahlaufforderung zugunsten des Landbundes folgen ließ. Im gleichen Sinne hatte ja auch der »nationale« Oberst v. Stockhausen argumentiert. Seinen Appell, »...nur Männer, die frank und frei zu ihrer Meinung stehen, die keiner Partei verbunden, nur dem Waldeckischen Volk sich verantwortlich fühlen...«⁸⁸ in die Zweckverbandsversammlung hineinzuwählen, brachte er mühelos mit seinen Aktivitäten für die NSDAP und erst recht mit der Kandidatur auf dem Wahlvorschlag »Parteilose Wirtschaftsliste«⁸⁹ in Einklang. Diese Wahlvereinigung gutsituierter Bürger mit mehreren Adeligen, Gutsbesitzern, hohen Beamten und Unternehmern auf den Listenplätzen wandte sich dagegen, daß überhaupt irgendwelche Parteivertreter oder Staatsbeamte der Zweckverbandsversammlung angehören dürften, nur sich selbst sprach man die geistig-moralische Qualifikation für diese Aufgabe zu. Von der großen bürgerlichen Einigungsbewegung war in Waldeck nicht viel übriggeblieben.

Die aus DVP und DNVP gebildete »Heimatliste« errang vier von zwanzig Mandaten. Trotz der heftigen Kritik seitens der anderen Rechtsbündnisse gewann die Landvolk- und Landgemeindeliste die überwiegende Zustimmung der Dorfbewohner. In einigen Gemeinden des Kreises des Eisenbergs stimmten mehr als 80 % der Wähler für den Vorschlag Nr. 1, in Wellinghausen waren es gar 98,6 %. Auch in den beiden anderen Kreisen ließen sich nur wenige Landgemeindebewohner von der Vision des »Waldeckischen Bauernparlaments« abschrecken. Zwischen 30 und 60 %

86) Ebenda.

87) »Landfrauen!« Anzeige des Landesverbandes Waldeck der ländlichen Hausfrauenvereine. WLZ Nr. 64 vom 16.3.1929.

88) »Wir sind es dem verstorbenen Herrn Landesdirektor schuldig«. V. Stockhausen-Wahlauf. WLZ Nr. 63 vom 15.3.1929.

89) »Öffentliche Versammlung«. Wahlauf. der »Parteilosen Wirtschaftsliste«. WLZ Nr. 63 vom 15.3.1929.

lag der Landvolkstimmenanteil in den meisten Gemeinden. Insgesamt kam die Agrargruppierung auf 39,6 % der Stimmen. Im Kreis des Eisenbergs fielen einige markante Unterschiede ins Auge. Während in Immighausen 92,9 %, in Meineringhausen 82,0 % oder in Wellinghausen 98,6 % für die Landvolkliste stimmten, bot sich wenige Kilometer entfernt ein völlig abweichendes Bild. In der Gemeinde Dalwigksthäl stand man mit 96,4 % fast geschlossen hinter der »Parteilosen Wirtschaftsliste«, ebenso in Neukirchen (85,2 %), Hillershausen (82,1 %) und Münden (80,2 %). Hingegen schnitt in Adorf und Eimelrod die »Heimatliste« mit knapp 40 % sehr gut ab. In einigen Fällen läßt sich vermuten, daß die Kandidatur von dorfbekannteren Persönlichkeiten auf der jeweiligen Liste den Ausschlag gab. Insbesondere die Kandidatur der Bürgermeister wirkte sich in dieser Hinsicht aus. Kollektivabstimmungstendenzen ließen sich deutlich im Kreis des Eisenbergs nachweisen, wo fünf verschiedene Wahlvorschläge stark vom Durchschnitt abweichende Sonderresultate erzielten.

Ergebnis der Gemeindezweckverbandswahl am 17. März 1929.⁹⁰

Liste	Stimmen	Prozent
Landvolk und Landgemeinden	4.115	39,6
Waldeckische Heimatliste	2.348	19,7
SPD	2.186	18,3
Parteilose Wirtschaftsliste	1.548	13,0
NSDAP	1.119	9,4

Aufstellung über die Anzahl der Gemeinden im Kreis des Eisenbergs, in denen einzelne Wahllisten mehr als 60 % der Stimmen erzielten:

Anzahl	Liste	Prozent im Durchschnitt
11	Landvolk	32,9
4	Parteilose Wirtschaftsliste	20,5
4	NSDAP	15,7
3	Waldeckische Heimatliste	17,1
1	SPD	13,8

Das politisch bedeutendste Merkmal der Gemeindezweckverbandswahl 1929 war der punktuelle Erfolg der Nationalsozialisten. Zwar war die Gesamtwählerzahl gegenüber der Reichstagswahl in etwa gleich geblieben, bei erheblich reduzierter Wahlbeteiligung, aber wesentlich bemerkens-

90) Wahlergebnisse der Gemeindezweckverbandswahl. WLZ Nr. 65 vom 18.3.1929.

werner als das Durchschnittsresultat von nun 9,4 % war die Tatsache, daß sich die NSDAP feste Hochburgen aufgebaut hatte. Schon nach Kreisen differenziert ergaben sich große Unterschiede. Im Kreis der Eder erreichte man bescheidene 3,1 %, in immerhin sechs Orten gab es nicht einen einzigen NSDAP-Wähler, im Kreis der Twiste betrug der NSDAP-Anteil 6,7 %. Hier blieb die NSDAP in zehn Orten ohne Stimmerfolg, aber im Kreis des Eisenbergs sammelten die Nationalsozialisten beachtliche 15,7 %. Während auch hier neun Orte nicht erfaßt waren, stimmten die Upland- und Uplandrandgemeinden mit teilweise überwältigenden Mehrheiten für die NSDAP.

NSDAP-Stimmenanteil in den NSDAP-Hochburgen der Uplandregion bei den Gemeindezweckswahlwahlen am 17. März 1929:

<u>Ort</u>	<u>Prozent</u>
Schwanefeld	88,3
Neerdar	70,0
Stormbruch	58,0
Usseln	51,1
Schweinsbühl	46,7
Willingen	41,4

Ganz offensichtlich hatte sich die Erregung über die Waldfrage im Zuge des Anschlusses Waldecks an Preußen mit den scharfen Protesten der Uplandgemeinden und Mißtrauensbekundungen gegen die Waldeckische Landesvertretung, in der die konservativ bis reaktionären bürgerlichen Parteien der traditionellen Art regierten, zugunsten der NSDAP ausgewirkt. Unabhängig von der allgemeinen Wahlmüdigkeit gingen diejenigen, die in der NSDAP endlich ein Ausdrucksmittel für ihre totale Enttäuschung gefunden zu haben glaubten, zur Wahl und setzten damit ein Zeichen. Ohne jemals dezidiert auf die Lokalereignisse eingegangen zu sein, war die NSDAP Nutznießerin der Verdrossenheit. Der Haß gegen das »System« war im Upland bereits in einen Haß gegen alle politischen Gruppierungen der »Systemzeit«, also auch gegen die etablierten Rechtsparteien, die keine durchgreifende Wende bewirken konnten, umgeschlagen. Die traditionellen Rechtsparteien hatten obendrein den waldeckischen Souveränitätsverlust mitherbeigeführt, »die Heimat verraten« und sich stur gegen die Waldforderungen des Uplandes gestellt. Warum sollte man ihnen also gerade jetzt das Vertrauen aussprechen, dachte wohl so mancher Upländer. Ohne eine weltanschauliche Bewußtseinsänderung vorzunehmen, gab man die Präferenz für die traditionellen Rechtsparteien auf. Darüber hinaus erhielt die Staatsverdrossenheit hierzulande durch die zeitwei-

ligen Regierungskoalitionen unter Einschluß der Rechtsparteien im Reich neue Nahrung. Die Mitarbeit im demokratischen System, das man in den Reihen der meisten Rechtswähler als dekadent einstufte, rechnete man insbesondere der DNVP, die 1925 und 1927/28 in Regierungskoalitionen eingebunden war, negativ an und intensivierte daraufhin die Suche nach einer grundsätzlichen Alternative.

Der republikanische Staat hatte der Landbevölkerung keine Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen beschereen können. Die soziale und wirtschaftliche Lage war in manchen Bereichen tatsächlich schlechter oder nur unwesentlich besser als vor dem Weltkrieg. Es war den Rechtskräften auf dem Lande gelungen, die Verantwortung dafür dem Weimarer Staat zuzuschreiben und die Politik des Kaiserreichs aus der Schußlinie der Kritik zu halten.

In den kleinen waldeckischen Dörfern waren die Lebensumstände für die Bevölkerungsmehrheit durchweg als hart einzustufen. »Kleine Leute« konnten sich kaum einen Arztbesuch leisten, der ebenso wie alle übrigen Besorgungen mit ausgedehnten Fußmärschen in die nächste Stadt verbunden war. Der Weg zu einem Bahnhof war nicht selten weiter als zwanzig Kilometer, Reisen blieben für Waldeckische Dorfbewohner eine Seltenheit. Das Dorf war eine »kleine Welt« für sich.

Auch wenn das äußere Erscheinungsbild der erstmals gewählten Zweckverbandsversammlung mit dem Kräfteverhältnis von 16 gegen 4 Stimmen zugunsten der gesamten bürgerlichen Rechten⁹¹ Kontinuität im Vergleich zur früheren Landesvertretung symbolisierte, durfte nicht übersehen werden, daß erstmalig die NSDAP in einer gewählten Körperschaft vertreten war. Durch diesen Teilerfolg konnten die Nationalsozialisten den Makel einer erfolglosen Splittergruppierung ohne Perspektive in Waldeck ablegen. Den kleinen Uplandgemeinden mit hohen NSDAP-Gewinnen wurde in der unmittelbaren Folgezeit Vorbildcharakter eingeräumt. Insgesamt betrachtet, hatten die Zweckverbandswahlen einmal mehr die Zerrissenheit des rechten Lagers aufgezeigt; der Wähler wurde durch immer neue Varianten verwirrt, was die Aversionen gegen das gesamte System von Parlamentarismus, Parteienpluralismus und demokratischen Wahlen verstärkte. Nur bei der Reichspräsidentenwahl hatte sich das gesamte Rechtspotential auf einen Wahlvorschlag konzentriert dargestellt, doch in allen folgenden Wahlauseinandersetzungen ab 1926 konkurrierten wieder diverse Listenverbindungen, autonome Rechtsgruppierungen oder Einzelkandidaten um die Gunst der konservativen Wählerschichten. Mitunter

91) Gemeindezweckverband: Landvolk 8, NSDAP 2, Parteilose Wirtschaftsliste 2, Waldeckische Heimatliste 4, SPD 4 Sitze. WLZ Nr. 66 vom 19.3.1929. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

fehlten altbekannte Parteinamen auf den Wahlzetteln, und weniger politisch interessierte Bürger wußten dann kaum, hinter welcher neuen Listenverbindung sich ihre einstigen Favoriten verbargen.

Dem regionalen Wirrwarr setzte man 1928 die Stimmenbündelung der Rechtswähler aus dem Agrarbereich auf die CNBL entgegen und mußte dann mitansehen, wie auch dieser Versuch keinen Fortschritt im Sinne der angestrebten Wende erbrachte. Bei den Zusatzwahlen zum Preußischen Landtag, die durch den Anschluß notwendig geworden waren, schien die Geduld der Waldecker mit dem »System« am Ende angelangt zu sein, denn nur rund ein Viertel der Wahlberechtigten ging noch zur Wahl. Da nur die Wirtschaftspartei Chancen auf ein zusätzliches Mandat hatte, gab man ihr mehrheitlich die Stimme. Doch selbst 4.363 Stimmen (= 51,4 %) reichten nicht für einen zusätzlichen Abgeordnetensitz. Damit nahm der gesamte Wahlgang keinerlei Auswirkung, alle⁹² Stimmen verfielen. Für das Ansehen des demokratischen Systems war diese Wahlfarce verheerend. Diese absurde Wahl schien alle Vorurteile der Republikgegner zu bestätigen. Auch zum Kommunallandtag mußten die Waldecker als Folge des Anschlusses an die Provinz Hessen-Nassau im Sommer 1929 ihre Stimmen abgeben, aber wiederum taten dies nur etwa 30 % der Wahlberechtigten.⁹³ Neue Rechtsbündnisse stellten sich im Verlaufe des Wahlkampfes für die Zusatzwahl zum Kommunallandtag vor. Eine »AG« aus Wirtschaftspartei, Handwerkerbund, Waldeckischem Landbund und DVP trat an die Öffentlichkeit und erhielt schließlich 51,4 % der abgegebenen Stimmen.⁹⁴ Hinter der konkurrierenden »Bürgerliste«, die 21,1 % erzielte, stand die DNVP. Zwischen beiden Rechtsbündnissen wurde die DDP zerrieben, ihr blieben lediglich 2,7 % der gültigen Stimmen. Die Crux dieser Wahl lag darin, daß bereits im November die planmäßigen Neuwahlen zum Kommunallandtag anstanden, zu denen erneut die Konstellation auf der Rechten modifiziert wurde. Während die Wirtschaftspartei aus der »AG« ausscherete, tat sich die DNVP nun mit den restlichen AG-Mitgliedern zusammen. Bei wenig mehr als 36 % Wahlbeteiligung errang die AG 51,2 %.⁹⁵ Diesmal stellte sich die NSDAP als Alternative zur Wahl und erkämpfte immerhin einen Stimmenanteil von 10,8 %. Wie schon bei den Reichstagswahlen 1928 und den Zweckverbandswahlen konnte die NSDAP einen relativ konstanten Wählerstamm von ungefähr 1.000 bis 1.200 Personen mobilisieren. Sie wurde zur einzigen Rechtspartei, die sich immer unabhängig zur Wahl stellte und keine Bündnisse, somit auch keine Kompromisse einging.

92) Ergebnisse der Zusatzwahl zum Preußischen Landtag. WLZ Nr. 134 vom 10.6.1929.

93) Ebenda.

94) Ebenda.

95) »Die Kommunallandtagswahl in Waldeck«. WLZ Nr. 272 vom 18.11.1929.

Ein vergleichbares Verhalten, allerdings unter völlig anderen Vorzeichen, zeigte nur noch die SPD; auch sie trat traditionell selbständig und unabhängig vor die Wähler.

Anfang Juni 1929 hatten die Bewohner der waldeckischen Kreise auch noch über die Zusammensetzung der Kreistage zu bestimmen. Mit durchschnittlich 46 % Wahlbeteiligung wurde das beste Ergebnis der fünf Wahlen des Jahres 1929 erreicht. Natürlich glich das Bild der »nationalen« Wahlvorschläge nicht dem vorausgegangener Wahlgänge, und auch in allen drei Kreisen kamen unterschiedliche Zählgemeinschaften und Koalitionsabsprachen zustande. Im Kreis der Eder hielt eine »Bürgerliche Einheitsliste« mit 54,2 % die Führung vor SPD (27,0 %), DDP (6,4 %), Kriegsoferliste (4,8 %), Nationalsozialisten (4,7 %) und Wirtschaftsliste (2,9 %).⁹⁶ In den beiden anderen Kreisen stellten sich CNBL und eine autonome Handwerkerliste mit mittelmäßigem Erfolg zur Wahl, dafür fehlte im Kreis des Eisenbergs die DDP völlig, ebenso wie die DVP, die nur im Kreis der Twiste antrat. Eine Liste mit Einzelpersonlichkeiten und eine eigenständige Dorfliste komplettierten das Durcheinander, von dem wieder nur NSDAP und SPD ausgenommen blieben. Deutschnationale traten im Kreis der Twiste in Konkurrenz zu CNBL und den übrigen Rechtsgruppen, im Kreis der Eder verzichteten beide.

Die Parteien auf der bürgerlichen Rechten schienen selbst ein wenig den Überblick verloren zu haben, denn zur Landtagszusatzwahl hatte kurioserweise der Waldeckische Landbund in der Tagespresse zur Stimmabgabe für die Wirtschaftspartei aufgerufen, dann aber dennoch selbst kandidiert und auch einige Stimmen verbucht.

Nachzutragen bliebe, daß bei den Gemeindewahlen, die zusammen mit den Kreistagswahlen ausgerichtet wurden, abweichende Wahlvorschläge zur Abstimmung standen. Trotz der ständigen Veränderungen im äußeren Erscheinungsbild der bürgerlichen Rechtsparteien, bei nur nebensächlichen Abweichungen in der jeweiligen Programmatik, gelang es der NSDAP noch nicht, das Machtvakuum auf der Rechten auszufüllen. Prozentuale Verschiebungen stand ein immer noch stagnierendes Stimmenaufkommen in der Größenordnung von 1.000 bis 1.200 Wähler entgegen. Die provinzialistische Einstellung zur Politik bewirkte vorerst weitgehende Nichtpartizipation, noch fehlte eine globalpolitische Perspektive.

Im März 1929 hatte ein ausführlicher Bericht in der landwirtschaftlichen Beilage zur Waldeckischen Landeszeitung die Aufmerksamkeit vieler Landwirte auf den angeblich grandiosen Aufstieg der italienischen Agrarwirtschaft unter der Herrschaft des Faschismus gelenkt. Nicht nur die Geißel Arbeitslosigkeit habe unter dem Duce ihren Schrecken verloren, son-

96) Ergebnisse der Kreistagswahlen vom 2.6.1929. WLZ Nr. 128 vom 3.6.1929.

dern auch die Sorgen der Bauernschaft seien verklungen, berichtete Agrarexperte Dr. Eberlein aus Rom.⁹⁷ »Aber während die russische Revolution und die deutschen Novemberkrawalle die in der Not gemachten Versprechungen später bedenkenlos über den Haufen warfen, hat die faschistische Umwälzung den Landmann in den Mittelpunkt der Nation gestellt... Ja, die Landwirtschaft ist zum Generator des Staates geworden... Der Nährstand sollte anders als bisher, nicht bloß geduldet sein, sondern bevorzugt werden... Er [Mussolini, d. Verf.] erkannte, daß sich Italien angesichts der militärischen Isolierung des Landes und der bevorstehenden Kriege [!] wenigstens in der Lebensmittelversorgung vom Ausland unabhängig machen mußte... Der Boden also, die heilige Erde ist die einzige Zuversicht, der Boden allein bringt die Bestimmtheit hervor, was kein Abrüstungsgeschwätz und keine internationale Konferenz geben kann... Mussolini fertigt den Landmann nicht mit Ausflüchten, papierenen Verheißungen und bürokratischen Erlassen ab, Duce und Bauer verstehen einander...«, hieß es vielversprechend. So mancher Waldecker schien da Neidgefühle zu verspüren und nach einem ähnlichen Weg für Deutschland Ausschau zu halten. In der Schilderung aus Italien fand man viele eigene Forderungen wieder.

Aber wer sollte eine derartige Politik in Deutschland durchsetzen, fragte man sich.

97) »Italiens agrarischer Aufstieg«. WLZ Nr. 55 vom 6.3.1929. Unerwähnt blieb, daß partielle wirtschaftliche Erfolge zugunsten ganz bestimmter kriegswirtschaftlich relevanter Gruppen im faschistischen Italien mit offenem Terror gegen Arbeiterschaft und Gewerkschaftsbewegung erkaufte werden mußten.

Die NSDAP in Waldeck auf dem Vormarsch

Durchsetzung der NSDAP innerhalb des »nationalen« Lagers im Zuge der Auseinandersetzung um den »Youngplan« 1929

Nachdem der Anschluß Waldecks an Preußen am 1. April des Jahres 1929 offiziell vollzogen war, konzentrierte sich die allgemeine Aufmerksamkeit immer mehr auf ein außenpolitisches Reizthema. Am 28. Juni sollte sich zum zehnten Mal die Unterzeichnung des »Versailler Vertrages« jähren. Schon im Februar leiteten die Kyffhäuser-Kriegervereine eine Kampagne gegen das »Schanddiktat« und die damit verbundene »Kriegsschuldlüge« ein. Der Krieger- und Landwehrverein Arolsen wandte sich gegen die »Versklavung Deutschlands auf Generationen« und geißelte die Reparationsbedingungen als »schwer aber unerfüllbar«. ¹ Auch in Netze, Twiste, Ottlar und Korbach² hielt man Protestkundgebungen ab. Gegen »Schmachfrieden« und »§ 231« zog ebenso energisch der Jungdeutsche Orden zu Felde.³ Seine »Volksnationale Bewegung« sollte Deutschland wieder aufrichten, selbst definierte man deren Aufgabe folgendermaßen: »...das deutsche Volk aus dem Elend des Parteiismus in eine neue Front«⁴ hineinleiten. Überhaupt hatten die ersten Monate des Jahres 1929 vielfältige Jungdo-Aktivitäten erlebt. Spielaufführungen, Autoausflug, »vaterländischer Königin-Luise-Abend«, zehnjähriges Jungdo-Jubiläumfest, Lichtbilderschauen⁵ und turnusmäßige Bruderschaftsabende vermittelten den Eindruck reger Betriebsamkeit.

- 1) Bericht über Vereinsversammlung des Krieger- und Landwehrvereins Arolsen. WLZ Nr. 60 vom 12.3.1929. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.
- 2) Bericht über Protestkundgebung in Netze. WLZ Nr. 33 vom 9.2.1929. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; Bericht über Protestkundgebung in Twiste. WLZ Nr. 36 vom 12.2.1929. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; Bericht über Protestkundgebung in Ottlar. WLZ Nr. 38 vom 14.2.1929. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; Bericht über Protestkundgebung in Korbach. WLZ Nr. 42 vom 19.2.1929. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.
- 3) »Volksnationale Bewegung«. Anzeige für Vortrag in Korbach. WLZ Nr. 54 vom 5.3.1929; Anzeige des Jungdeutschen Ordens für Theaterabend in Korbach. WLZ Nr. 59 vom 11.3.1929; »Bruderkonvent«. Anzeige. WLZ Nr. 85 vom 11.4.1929; Bericht über Anti-Versailles-Kundgebung. WLZ Nr. 152 vom 1.7.1929. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; Bericht über Schlageter-Gedächtnisfeier. WLZ Nr. 125 vom 30.5.1929. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; »Bruderschaftsabend«. Anzeige. WLZ Nr. 134 vom 10.6.1929.
- 4) Bericht und Versammlungsankündigung der »Volksnationalen Aktion«. WLZ Nr. 102 vom 1.5.1929. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.
- 5) Bericht über Versammlung der »Bruderschaft« Eisenberg in Berndorf. WLZ Nr. 22 vom 26.1.1929. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; »Fahrt nach Willingen« der »Wan-

Daß der Jungdeutsche Orden tief in der waldeckischen Bevölkerung verankert war und auf die Mitarbeit von eigentlich unpolitischen Organisationen und Vereinen bauen konnte, zeigte exemplarisch die »Schlageter-Gedächtnisfeier« Ende Mai 1929 in Wirmighausen. Örtlicher Gesangverein, Korbacher Spielmannszug, Kyffhäuser-Kriegerverein sowie der Jungmännerbund aus der Nachbargemeinde Adorf waren angerückt, um einen 1923 von französischen Besatzungstruppen wegen Sabotage hingerichteten Widerstandskämpfer und reaktionären Freikorpsmann⁶ zu ehren. Ferner hatte der Jungdeutsche Orden den Pfarrer des Dorfes für eine Festansprache gewonnen.

An die Versailles-Proteststimmung versuchte gelegentlich auch der Verein für das Deutschtum im Ausland mit nationalistischen Beiträgen anzuknüpfen, jedoch blieb die Basis im wesentlichen auf Beamte und Angestellte in den Städten sowie Teile der Lehrerschaft begrenzt.

Wieder einmal war aus dem Upland eine Art Sonderentwicklung zu vermelden. Die Dissonanzen im Verhältnis mit den etablierten waldeckischen Rechtsparteien bedenkend, organisierten die Upländer eine autonome Upland-Protestbewegung gegen Versailles. Am 10. Jahrestag der Vertragsunterzeichnung versammelten sich sämtliche Dorfvereine aus Willingen, Rattlar, Usseln und Schwalefeld auf dem Iberg bei Willingen, um vor dem Kriegerdenkmal einem vom Pfarrer aus Usseln zelebrierten Trauergottesdienst beizuwohnen. Musikalische Darbietungen und ein Gedichtvortrag über »Die Lüge von der Kriegsschuld« schlossen sich an. Von den mehr als achthundert Kundgebungsteilnehmern wurde eine Resolution gebilligt, in der die Reichsregierung zur Abkehr von der sog. Erfüllungspolitik aufgefordert wurde. Natürlich fehlten auch engagierte Fest- bzw. Pro-

der-Abteilung« des Jungdeutschen Ordens. Anzeig. WLZ Nr. 22 vom 26.1.1929; Bericht über eine Versammlung des Jungdeutschen Ordens in Arolsen mit Hauptmann a. D. Stößner (»Groß-Komtur«). WLZ Nr. 23 vom 28.1.1929; »Singspiel«-Aufführung. Anzeig. WLZ Nr. 25 vom 30.1.1929; Anzeig. für eine Versammlung der »Bruderschaft Eisenberg« sowie Anzeig. »Volksstück«-Aufführung des Jungdeutschen Ordens in Korbach. WLZ Nr. 56 vom 7.3.1929; »Vaterländischer Königin-Luise-Abend«. Veranstalter »Jungdeutsche Schwesternschaft«. Anzeig. WLZ Nr. 62 vom 14.3.1929; Ankündigung eines Diavortrags der »Bruderschaftsleitung«. WLZ Nr. 110 vom 11.5.1929. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; »Lichtbilderabend: Von Douaumont zum Jungdeutschen Manifest«. Anzeig. WLZ Nr. 113 vom 15.5.1929; »Bruderschaftsabend« des Jungdeutschen Ordens in Korbach. Anzeig. WLZ Nr. 114 vom 16.5.1929; Bericht über Jungdeutschen Veranstaltungsabend. WLZ Nr. 116 vom 18.5.1929. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

6) Vgl. Erdmann, K.D.: Die Weimarer Republik. Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte. Bd. 19. München 1983⁴. S. 168f.

testreden nicht im Veranstaltungsprogramm.⁷ In der Sache unterschieden sich die Veranstaltungen in den übrigen Regionen Waldecks von der »Uplandkundgebung« nur unwesentlich. Trauergottesdienst, Halbmastbeflaggung und »nationale« Reden lockten beispielsweise auch in Arolsen eine große Besucherzahl an. »Die heute in der Turnhalle versammelten deutschen Männer und Frauen, Bürger und Bürgerinnen der Stadt Arolsen empfinden aufs tiefste die Schmach und Entehrung, die dem deutschen Volke durch den Artikel 231 des Versailler Friedensdiktates angetan ist. Sie ersehnen mit Inbrunst im Verein mit allen deutschen Brüdern und Schwestern einen Zustand des Rechts, herbeigeführt durch die Beseitigung der Lüge von der Kriegsschuld des deutschen Volkes und durch die Wiederherstellung seiner Ehre...«, stellte Major a. D. Fuisting, der »Komtur« der Jungdo-Ballei Waldeck, klar.⁸

Selbstverständlich teilten die Nationalsozialisten diese Einschätzung des Versailler Vertrages, und folgerichtig bemühte man sich, in die »nationale« Front integriert zu werden, zumal die Popularität eines Eintretens gegen das Friedensdiktat außer Frage stand. Ungeachtet aller Siegesgewißheit konnte man nicht über die noch bestehende Diskrepanz zwischen dem großspurigen Auftreten der NSDAP und ihrer tatsächlich geringen Macht im Staate hinwegsehen. Mit gerade 2,6 % Wählerstimmen bei der letzten Reichstagswahl hatte man nur an neunter Stelle der deutschen Parteien gelegen. Um nicht von der Öffentlichkeit in einem Gegensatz zur »nationalen« Gesinnungsfront gesehen zu werden, schien ein konkurrierendes Auftreten in der Anti-Versailles-Kampagne zunächst nicht opportun. Außer einem Auftritt des Mitgliedes des Landtags Robert Ley aus Köln im Juni und einer Versammlung zuvor im März war nichts an NSDAP-Parteiaktionen zu beobachten gewesen.

Zwar war »Versailles« auch für die republikanische Minderheit ein Reizthema, aber in ihren Reihen würdigte man auch die Fortschritte der auf friedliche Revision ausgerichteten Politik Gustav Stresemanns. Schließlich brachte der bekanntgewordene neue Reparationsplan Deutschland eine lange Streckung und damit Reduzierung der laufenden Finanzbelastungen. Für die »nationalen« Kräfte hingegen wurde der »Young-Plan« zum großen Fanal des Protestkampfes gegen das gesamte Reparationsgefüge und die erzwungene Nachkriegsordnung. Die Differenzierungen zwischen Kampf gegen »Versailles« und Kampf gegen den Weimarer Staat waren bald nicht mehr wahrnehmbar.

7) Bericht über gemeinsame Veranstaltung von Jungdeutschem Orden, Männergesangverein Wirmighausen, Jungmännerbund Adorf, Kriegerverein Wirmighausen. WLZ Nr. 125 vom 30.5.1929. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

8) »Gegen das Versailler Diktat«. Bericht über Anti-Versailles-Kundgebung. WLZ Nr. 152 vom 1.7.1929. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

Im parteipolitisch amorphen Rechtslager kam es zu Auffassungsunterschieden in der Frage, ob der novellierte Reparationsvertrag, der dem Reichshaushalt Entlastung brachte, um jeden Preis zu bekämpfen sei oder ob trotz schwerwiegender Bedenken eine Kompromißformel angestrebt werden sollte. Während der verbale Kampf gegen »Versailles« von einer großen Mehrheit der Waldecker ideell unterstützt wurde, spaltete sich nun im Kampf gegen den Youngplan der radikalere Flügel des »nationalen« Bürgertums ab. Stahlhelm, Waldeckischer Landbund, Deutschnationale und NSDAP schlossen sich zum rücksichtslosen Kampf gegen den Youngplan zusammen. Als Gründungsmitglieder gehörten dem »Kreisausschuß Waldeck für das Volksbegehren« mit dem Ziel, ein »Freiheitsgesetz« durchzusetzen, nur DNVP und Landbund an.⁹ Bei den waldeckischen Vertretern von DVP, DDP, Jungdeutschem Orden und Wirtschaftspartei überwogen die Bedenken gegen ein derartiges Vorgehen. Selbst im Waldeckischen Landbund und in der DNVP fehlten mahnende Stimmen nicht; so erklärte der Landbundführer des Kreises der Twiste, daß ihn letztlich der Druck der Reichslandbundorganisation in die Volksbegehrensfront getrieben habe.¹⁰

Nur wenige Waldecker folgten den ersten Eintragungsauffufen des »Kreisausschusses«. Das Kasseler Volksblatt sah sich bereits verleitet, von einem totalen Fehlschlag zu sprechen, denn während der ersten drei Tage der Unterzeichnungsfrist hatten sich in Waldeck nur fünfzig Personen »... als Feinde des Wiederaufstiegs unseres deutschen Vaterlandes, als Förderer der Verletzung unseres deutschen Volkes...«¹¹ eingetragen, berichtete die sozialdemokratisch orientierte Zeitung.

Ganz entschieden verwarnten sich trotz der zunächst mäßigen Resonanz in der Bevölkerung für das Volksbegehren die drei waldeckischen Landräte gegen die Aufforderung durch das Regierungspräsidium, öffentliche Kundgebungen zur Unterstützung des Regierungskurses zu veranstalten. Ein Regierungsaufwurf könnte in Waldeck nur äußerst negative Erfolge zeitigen, mahnten die Landräte und räumten damit eine allgemeine Aversion bei großen Teilen der Bevölkerung gegen Regierung und Staat ein. Solidarisierungsbewegungen zugunsten der »Freiheitsgesetz«-Betreiber wurden prophezeit. »Die Anregung, es möge dieser Aufruf von dem Landrat und einflußreichen, im Kreis wohnhaften Personen unterzeichnet werden, ist hier nicht durchführbar. Wie die letzten Wahlen ergeben haben, gehören etwa dreiviertel der Bevölkerung des Kreises den rechtsstehenden Par-

9) HStA Mbg 165/1183. Sonderakten Volksbegehren »Freiheitsgesetz«. Geheimer Landratsbericht an den RP (ohne Az.), Kreis des Eisenbergs, Korbach, 21.10.1929.

10) HStA Mbg 165/1183. Sonderakten Volksbegehren »Freiheitsgesetz«. Geheimer Landratsbericht an den RP, Az. Geheim II/29. Kreis der Twiste, Arolsen, 21.10.1929.

11) Kasseler Volksblatt Nr. 249 vom 24.10.1929.

teien an. Wenn von deren Angehörigen auch ein beträchtlicher Teil das Volksbegehren nicht durch Eintragung in die Listen fördern wird, so ist es doch ausgeschlossen, von dieser Seite auch nur eine Unterschrift für den Aufruf [der Regierung, d. Verf.] zu erhalten. Ein nur von Mitgliedern der Linksparteien unterzeichneter Aufruf aber würde wirkungslos sein«,¹² formulierte der Landrat des Kreises des Eisenbergs in einem als »geheim« deklarierten Schreiben an den Regierungspräsidenten in Kassel seine Absage an Gegeninitiativen. Auch die Landräte aus Arolsen und Bad Wildungen plädierten unter Hinweis auf die regierungsfeindliche Grundstimmung für ein Unterlassen jeglicher Aufklärungspropaganda, die zweifelsfrei nur als Provokation aufgefaßt und ein Aufrütteln sowie Solidarisieren mit den Volksbegehrensbetreibern bewirken würde. Die Landräte wähten sich bei dieser Einschätzung in Einklang mit der waldeckischen DVP, DDP, Wirtschaftspartei sowie dem Jungdeutschen Orden.¹³ Ferner lehnte man die in anderen Regionen praktizierte Form, der Bevölkerung den Regierungsstandpunkt durch Filmvorführungen nahezubringen, im Kreis der Twiste mit der Begründung, das einzige Kino werde von einem NSDAP-Anhänger geleitet, kategorisch ab.¹⁴ Zwischen den Zeilen war zu lesen, man wollte Ruhe haben in Waldeck vor jeglicher Regierungseinmischung und Bevormundung seitens der suspekten Regierung in Preußen oder im Reich. In den Köpfen der waldeckischen Politiker schien die staatliche Souveränität Waldecks vergangener Tage weiterzuleben. Im Zweifelsfall stand man jedem Teil der »nationalen« Kräfte näher als der preußischen Regierung.

Vom 16. bis zum 29. Oktober 1929 lief die Frist für die Eintragung in Unterschriftenlisten. An der Zurückhaltung gegenüber dem Volksbegehren änderte auch die »nationale« Kundgebung mit Rektor Blume aus Melsungen in Arolsen nicht viel. Dem Aufruf »Für das deutsche Volksbegehren! Für das deutsche Freiheitsgesetz!«¹⁵ folgten im Kreis der Twiste nur 9,1 % der Wahlberechtigten, im Kreis der Eder 10,1 % und im Kreis des Eisenbergs 13,8 %.¹⁶ Insgesamt lag man damit in Waldeck nur knapp über der

- 12) HStA Mbg 165/1183. Sonderakten Volksbegehren »Freiheitsgesetz«. Geheimer Landratsbericht an den RP (ohne Az.), Kreis des Eisenbergs, Korbach, 21.10.1929.
- 13) HStA Mbg 165/1183. Sonderakten Volksbegehren »Freiheitsgesetz«. Geheime Landratsberichte an den RP. Kreise der Eder Az. 58629, Bad Wildungen, 21.10.1929 und der Twiste Az. Geheim II/29, Arolsen, 21.10.1929.
- 14) HStA Mbg 165/1183. Sonderakten Volksbegehren »Freiheitsgesetz«. Geheimer Landratsbericht an den RP in Kassel, Az. Geheim II/29, Kreis der Twiste, Arolsen, 21.10.1929.
- 15) »Für das deutsche Volksbegehren! Für das deutsche Freiheitsgesetz! Gegen Young-Plan und Kriegsschuldflüge!« Aufruf durch den »Ausschuß Waldeck für das Deutsche Volksbegehren«, WLZ Nr. 254 vom 26.10.1929.
- 16) Ergebnisse des Volksbegehrens in Waldeck. WLZ Nr. 258 vom 1.11.1929. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

10 %-Marke, die es reichsweit zu übertreffen galt. Mit viel Mühe gelang dieses Unterfangen, und somit wurde für den 22. Dezember 1929 ein Volksentscheid anberaumt.

Aufruf durch den »Ausschuß Waldeck für das deutsche Volksbegehren«

Für das deutsche Volksbegehren!
Für das deutsche Freiheitsgesetz!

Gegen Young-Plan und Kriegsschuldlüge!

In schicksalsschwerer Stunde ruft das Volksbegehren zur Abwehr einer furchtbaren Gefahr auf, die über unserem Volk und Vaterland schwebt.

Der neue Zahlungsplan, der sogenannte Young-Plan, der sich wieder auf die Lüge der deutschen Kriegsschuld stützt und der nur scheinbar eine Erleichterung der ungeheuren Lasten des Dawes-Planes bringt, soll als völkerrechtlicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den »Sieger«-Staaten in Kraft gesetzt werden.

Der Dawes-Plan war ein Experiment, das nicht gelungen ist. In ihm war ausgesprochen, daß Deutschland die ihm auferlegten Zahlungen nur aus den Überschüssen seiner Ausfuhr über seine Einfuhr leisten könne. Ausfuhrüberschüsse sind aber nicht erzielt worden, sondern bis vor Monaten nur eine ständig steigende Passivität unserer Handelsbilanz. Um seinen Verpflichtungen nachzukommen, mußte Deutschland Kredite, vor allem von Amerika, aufnehmen. Seine Auslandsverschuldung ist so auf über 12 Milliarden angewachsen, die jährlich zur Verzinsung und Tilgung über eine Milliarde Reichsmark in ausländischen Zahlungsmitteln erfordern.

Welchen Anteil die deutsche Landwirtschaft an den Tributen hat, bezeugen ihre Schulden, die auf über 14 Milliarden angewachsen sind. Genau so wie die Landwirtschaft ringen der gewerbliche Mittelstand und weite Teile der Industrie um ihre Existenz.

Das Elend der Arbeitslosigkeit und damit das des Arbeiters und die immer mehr anwachsende Verschuldung der Länder und Gemeinden sind weitere Folgen der Tribute. Ein Fortgang dieser Entwicklung wird zum sicheren Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und damit des deutschen Staates führen.

Trotzdem soll das deutsche Volk den Young-Plan annehmen, der weit über die bisherigen Forderungen hinausgeht und obendrein den Schutz der deutschen Währung preisgibt. Der Young-Plan ist kein Experiment mehr, sondern eine endgültige und unabänderliche Verpflichtung, die wir auf 59 Jahre eingehen sollen, und zwar eine Verpflichtung der privaten Wirtschaft und des Volkes, nicht allein des Staates.

Er ist noch unerfüllbarer als der Dawesplan.

Eine solche Verpflichtung können und wollen wir nicht annehmen. Was als unerfüllbar erkannt, darf nicht versprochen werden.

Lieber ein ehrliches Nein, als ein unehrliches Ja!

»Reinen Herzens sind wir zur Verteidigung des Vaterlandes ausgezogen, und mit reinen Händen hat das deutsche Heer das Schwert geführt.« Laßt uns aus diesen Worten unseres Reichspräsidenten endlich die Folgerungen ziehen!

Laßt uns die Kriegsschuldflüge beseitigen und kämpfen in der Widerstandsfrent gegen den Young-Plan, der auf dieser Lüge aufgebaut ist!

Darum, Waldecker in Stadt und Land. Denkt an Eure Kinder und Kindeskinde.

Bewahrt Euch davor, daß dereinst Eure Nachkommen nur mit Verachtung Eurer gedenken, weil ihr sie nicht geschützt habt vor ewiger Armut und Sklaverei und nicht mitgekämpft habt in den Reihen der Widerstandsfrent.

Tut Eure Pflicht und tragt Euch bis spätestens 29. Oktober in die Liste für das Deutsche Volksbegehren ein!

Vorwärts zur Freiheit und zum Aufstieg!

Ausschuß Waldeck für das Deutsche Volksbegehren.

WLZ Nr. 254 vom 26.10.1929.

Trotz aller Erregung über »Versailles« und »Youngplan« war die »große Politik« in Waldeck nicht der Mittelpunkt des Lebens, oft standen die Probleme des Alltags im Vordergrund. Technische Pionierleistungen fanden mitunter mehr Aufmerksamkeit als politische Nachrichten, so beherrschten die spektakulären Langstreckenflüge des Luftschiffes »Graf Zeppelin« längere Zeit die Presseschlagzeilen. In den kommenden Jahren sollte der Stellenwert der Politik im öffentlichen Leben Waldecks kontinuierlich anwachsen.

Seit Oktober 1929 war der Verwaltung im Kreis der Twiste die Existenz einer paramilitärischen SA-Formation bekannt. Vorerst umfaßte der SA-Sturm Nr. 84 in Arolsen nur zehn Mann.¹⁷ Ein landwirtschaftlicher Arbeiter kommandierte diese Einheit. Als Saalschutz begleiteten die SA-Männer die angelaufene Veranstaltungswelle der NSDAP. Deutlich hatte die Strategie der Partei eine Veränderung erfahren. An die Stelle gemeinsamer Aktionen mit den übrigen »nationalen« Kräften traten eigene NS-Versammlungen, die zeitweilige Kooperation hatte ihren Zweck erfüllt, der NSDAP den Status einer anerkannt »nationalen« Gruppierung verliehen. Mit einem Auftritt des Mitgliedes des Landtags Haake aus Köln in Odershausen sowie einer Kundgebung mit dem Mitglied des Reichstages Gregor Straßer in Korbach begann die Propagandawelle Ende September.¹⁸ Von der Veranstaltung aus Odershausen wurde überliefert, daß die Schilderung der angeblich skandalösen Verhältnisse in den deutschen Parlamenten im Brennpunkt stand. Sachlicher Kritik entledigte sich Redner Haake durch die Behauptung, Reichstagsabgeordnete der übrigen Parteien seien oft betrunken.¹⁹ Durch Verbreitung der »reinen Wahrheit«²⁰, so sah es die NSDAP, durch Rückgriff auf Demagogie und Propaganda auf niedrigstem Niveau konnten einige Versammlungsbesucher zum spontanen Eintritt in die NSDAP motiviert werden. Überhaupt war man in dieser Phase mit dem Zulauf zufrieden, man konnte sich nun sogar einen hauptamtlichen Parteisekretär für den Gau Hessen-Nassau-Waldeck leisten.²¹ Die Erfolge der NSDAP-Wanderredner auf dem »flachen Land« beunruhigten bald die Regierung in Kassel. Der Youngplan, eigentlicher Auslöser der »nationalen« Kampagne des Jahres 1929 trat mehr und mehr in den Hintergrund bei den NS-Auftritten.

Zwar konstruierte man ständig neue Schreckensmeldungen über den Reparationsvertrag, die von Fronarbeitspflicht für Deutsche und Menschenverschickungen ins Ausland bis zur Vervielfachung der tatsächlichen Reparationssummen reichten, aber in Kenntnis der realen Möglichkeiten vermied man eine zu einseitige Festlegung der Propagandatätigkeit auf das Thema »Freiheitsgesetz«, um bei einem zu erwartenden Mißerfolg die psy-

17) Stadtarchiv Arolsen (III)-8-6/4. Landrat des Kreises der Twiste, Az. I 5345, Arolsen, 11.10.1929.

18) HStA Mbg 165/4778. Versammlungsankündigungen für eine NSDAP-Versammlung mit Haake aus Köln am 24.9.1929 in Bad Wildungen sowie für eine NSDAP-Versammlung mit Straßer (Mitglied des Reichstages) am 30.9.1929 in Korbach. »Der Nationale Sozialist« Nr. 37 vom 15.9.1929.

19) HStA Mbg 165/4778. Protokollartiger Landjägerbericht an den Landrat des Kreises der Eder, Az. 1056, Bad Wildungen, 26.9.1929.

20) Ebenda.

21) HStA Mbg 165/3942 I. Der Polizeipräsident an den RP, »Betr. Parteisekretär der N.S.D.A.P., hier Walter Franke«, Az. 962/29, Kassel, 17.9.1929.

chologischen Auswirkungen auf die Anhängerschaft in Grenzen zu halten und nicht den Makel des Versagens, der Niederlage hinnehmen zu müssen. So richtete sich die Kritik der NSDAP-Redner vorrangig gegen das »demokratisch-dekadente System«, die jüdischen Bevölkerungsteile und die Linksparteien. Vor persönlichen Beleidigungen schreckte man ebenfalls nicht zurück. Als »maßlos und beleidigend« charakterisierte die Polizeiverwaltung Arolsen in einem Überwachungsbericht vom 5.11.1929 die Redebeiträge der Wanderredner Bergemann und Jordan.²² Hemmungslos säte man Haß gegen den bestehenden Staat. Während man Liberalität und demokratische Freiheitsrechte zu desavouieren trachtete,²³ reagierte man äußerst erregt auf jegliche tatsächliche oder vermeintliche Einschränkung der eigenen Betätigungsmöglichkeiten.

Den NSDAP-Agitator Jordan stellte die Partei den Waldeckern als zu unrecht politisch Verfolgten vor. Da er im Dezember 1929 aufgrund seiner antirepublikanischen Aktivitäten von der Liste der Schulamtsbewerber gestrichen worden war, feierte ihn die Partei als Märtyrer der Bewegung.²⁴ Bereits Anfang Oktober hatte die Gauleitung gegen die Überwachung von nationalsozialistischen Versammlungen durch Polizei und Landjägerei beim Regierungspräsidenten in Kassel Protest eingelegt und die angebliche Verletzung der »verfassungsgemäß garantierten Rechte der Meinungsäußerung« beklagt.²⁵ Für noch größeres Aufsehen sorgte eine als Redeverbot aufgefaßte Andeutung eines Bürgermeisters im Kreis des Eisenbergs. Im Verlauf einer Wirtshausunterhaltung im Anschluß an eine NSDAP-Versammlung in dem kleinen Dorf Stormbruch hatte der dortige Bürger-

- 22) Stadtarchiv Arolsen (III)-8-6/4 E/P. Landrat des Kreises der Twiste, Az. I 5241, Arolsen, 5.11.1929 sowie HStA Mbg 165/3983X. Landrat des Kreises des Eisenbergs an den RP, Az. I 516, Korbach, 4.2.1930.
- 23) »Der Angriff«: »Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahmzulegen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freifahrkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigene Sache ... Wir kommen als Feinde! Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir ...«. Zit. nach Bracher, K.D.: Die Technik der nationalsozialistischen Machtergreifung. In: Der Weg ins Dritte Reich 1918-1933. München, Zürich 1983⁴, S. 139.
- 24) HStA Mbg 165/3815. RP an das Preußische Ministerium des Inneren, Az. P.Nr. 348, Kassel, 15.2.1930. HStA Mbg 165/4778. Bericht des Kriminalassistenten Herbst, Bebra, über Versammlungen und Reden der NSDAP, weitergeleitet durch den Polizeipräsidenten an den RP, Kassel, 11.11.1929. HStA Mbg 165/3983 X. Bericht des Landrats des Kreises des Eisenbergs, Az. I 516, Korbach, 4.2.1930, mit einer beigefügten Ausgabe des Waldecker Beobachters Nr. 18 (ohne Datum). Gekennzeichnet ist der Artikel »Pg. Jordan auf die Straße geworfen«, in dem heftig gegen den Regierungspräsidenten Dr. Friedensburg, polemisiert und Jordan als Volksheld verehrt wird. Der Artikel endet: »Ihr Herren, unsere Stunde kommt.«
- 25) HStA Mbg 165/4778. Gauleiter Weinrich, NSDAP-Gauleitung Hessen-Nassau-Nord an den RP.

meister dem NSDAP-Funktionär Best aus Itter über einen angeblichen Verbotserlaß für alle Versammlungen mit dem Redner Jordan berichtet, prompt ließ sich Jordan die behördliche Zwangsanweisung vom Bürgermeister schriftlich bezeugen. Eine hitzige Auseinandersetzung war in Gang gesetzt. Der Landtagsabgeordnete Hube machte eine Eingabe beim Preußischen Innenministerium. Der nationalsozialistische Mandatsträger begründete mit diesem Dokument eine präventive Anfechtung der Kommunallandtagswahl im November, da »...ein schwerer Bruch der verfassungsrechtlich gewährleisteten Wahlfreiheit...«²⁶ vorläge. Der Waldecker Beobachter, seit einigen Wochen publizistischer Begleiter der nationalsozialistischen Versammlungsaktivitäten, konstruierte in seiner Ausgabe vom 30. November 1929 einen »Übergriff des Adorfer Landjägers« gegen die NSDAP²⁷ und berief sich dabei auf »Geheimakten« aus dem Regierungspräsidium. Den ausgiebigen Ermittlungen von preußischem Innenministerium, Oberpräsidium und Regierungspräsidium blieb nicht verborgen, daß der ganze Vorfall auf einem Mißverständnis beruhte. Der Bürgermeister in Stormbruch hatte eine Anordnung zur Überwachung fälschlich als Verbot interpretiert und in seiner Unterhaltung mit dem NSDAP-Mann die geheime Anweisung dramatisiert, was ihm letztlich ein Bußgeld in Höhe von 3,- RM einbrachte. Nach dem Motto »Aufsehen um jeden Preis« hatte die NSDAP die Ungeschicktheit eines wenig kompetenten Dorfbürgermeisters für eine publicityträchtige Kampagne ausgenutzt.

Einen Eindruck vom Vortragsstil und den Argumentationsschemata der NS-Wanderredner vermittelte die in Form eines Kripo-Berichts überlieferte Rede des Agitators Gunst, der in den kommenden Wochen als »Trommler von Waldeck« Berühmtheit erlangte, während der Gautagung in Bebra. Unter Beteiligung der SA aus Bad Wildungen und Korbach war zunächst ein Aufmarsch in den Straßen der Stadt veranstaltet worden, danach sprach Gunst über die NS-Rassenideologie. »Wenn ein Jude Jahrhunderte in Deutschland lebe, würde er niemals ein Rassedeutscher... Eine Sau, auch wenn sie mit Weihwasser getauft würde, bliebe immer eine Sau...«²⁸, protokollierte der anwesende Kriminalpolizist. »Wenn die Nationalsozialisten die Führung des deutschen Volkes übernehmen, dann würden alle Schädlinge, ob weiß ob schwarz am Galgen baumeln. Die

26) HStA Mbg 165/4778. NSDAP-Abgeordneter Hube (Mitglied des Preußischen Landtages) an das Preußische Ministerium des Inneren, Berlin, 6.11.1929.

27) HStA Mbg 165/4778. »Übergriff des Adorfer Landjägers – Aus den Geheimakten des Regierungspräsidenten«. Waldecker Beobachter Nr. 9 vom 30.11.1929.

28) HStA Mbg 165/4778. Bericht des Kriminalassistenten Herbst über die Rede des NSDAP-Agitators Gunst am 10.11.1929 in Bebra; weitergeleitet vom Polizeipräsidenten an den RP, 11.11.1929.

schwarzen würden jedoch eine Stufe höher als die weißen gehängt...«²⁹, hieß es weiter in dem Überwachungsbericht. Inhaltlich wichen die Vorträge in den verschiedenen Orten kaum voneinander ab, und so dürfte die NS-Rassentheorie vom gleichen Redner in Waldeck ähnlich vorgetragen worden sein.

Durch die Propagandawelle im Herbst 1929 hatte sich die NSDAP innerhalb des »nationalen« Lagers in den Vordergrund geschoben, ihr Aktivismus beeindruckte. Als kurz vor Weihnachten 1929 feststand, daß der Kampf gegen den neuen Reparationsvertrag nicht den erwünschten Erfolg gebracht hatte, griff in den Reihen der NSDAP keineswegs eine resignative Stimmung um sich. Immerhin war es dem rechtsradikalen Interessenbündnis gelungen, im ehemaligen Freistaat Waldeck 10.650 Wähler für ein »Deutsches Freiheitsgesetz« zu mobilisieren. Damit lag die Zustimmungquote um mehr als 100 % über dem Reichsdurchschnitt. Im Kreis des Eisenbergs hatten 36,2 % der wahlberechtigten Bewohner mit »Ja« gestimmt, im Kreis der Twiste erbrachte das Referendum einen Zustimmungsteil von 27,3 %. Mit 21,8 % blieb das Ergebnis im Kreis der Eder etwas hinter diesen Resultaten zurück. Dennoch konnten die Gegner des Youngplans mit der durchschnittlichen Zustimmungquote von 29 % im Gebiet des ehemaligen Freistaates Waldeck sehr zufrieden sein.³⁰

Nach dem mageren Abschneiden beim vorausgegangenen Volksbegehren stellte dieses Ergebnis einen beachtlichen Erfolg dar, für den in erster Linie die Werbetätigkeit der NSDAP verantwortlich gemacht werden muß. Die Nationalsozialisten hatten ganz konsequent den Youngplan immer in einen untrennbaren Zusammenhang mit dem verhaßten »System« gerückt. Entgegen kam den Nationalsozialisten, daß aufkommende wirtschaftliche Krisenzeichen, nun über den Agrarbereich hinausreichend, die Verelendungsthesen der NSDAP zu belegen schienen. Nicht ohne Rückwirkungen war die Hinwendung des geachteten Finanz- und Wirtschaftsexperten Hjalmar Schacht, der einst als Reichsbankpräsident den Young-Reparationsplan mitunterzeichnet hatte, zu den radikalen Volksentscheidbefürwortern geblieben. Die Zahl der »Ja«-Stimmen übertraf das Gesamtwahlaufkommen aller Rechtsparteien bei den zuvor im Sommer durchgeführten Zusatz- und Kreistagswahlen erheblich, fast konnte die Summe aller Rechtsstimmen bei der Reichstagswahl 1928 erreicht werden.

Zwei Erklärungsmuster kamen in Frage. Entweder war es gelungen, die gesamte Bandbreite der an demokratischen Wahlhandlungen partizipierenden traditionellen Rechtswähler einschließlich der gemäßigten Kräfte

29) »... Schädlinge, ob weiß ob schwarz ...«, damit waren Mitglieder der jüdischen Gemeinden und assimilierte Juden gemeint.

30) »Ergebnisse des Volksentscheids in Waldeck«. WLZ Nr. 301 vom 23.12.1929.

für die Ziele des »Reichsausschusses« zu mobilisieren oder aber relevante Teile der bisher abseits stehenden Nichtwähler zu motivieren. Gegen die erste Annahme spricht die relativ niedrige Zustimmungquote in den Städten, wo stets die gemäßigeren Teile des Rechtsspektrums stark vertreten waren.

In Bad Wildungen hatten sich nur 8,1 % der Stimmberechtigten überzeugen lassen. Diese 279 »Ja«-Stimmen repräsentierten nicht einmal das Potential, das im Mai 1928 für die Reichstagswahlvorschläge von DNVP und NSDAP votierte.³¹ DVP und die Reichspartei des deutschen Mittelstandes hatten hier 1928 besonders gut abgeschnitten. In Arolsen und Korbach hingegen entsprach der »Ja«-Anteil in etwa der Summe von NSDAP- und DNVP-Reichstagswahlstimmen. Außerdem muß berücksichtigt werden, daß nicht wenige Repräsentanten der gemäßigten Rechtsparteien offen ihre Distanz zu dem Antyoungplan-Referendum bekundet hatten. Die Indizien sprechen also mehr für die zweite Annahme. Zumindest in den Landgemeinden schien das Lager der antirepublikanischen Volksabstimmungsbefürworter durch das Hinzustoßen bisheriger Nichtwähler gestärkt worden zu sein, die damit das Auftauchen der den Reichsausschuß tragenden Parteien, vor allen Dingen der NSDAP, aus dem behäbigen und inaktiven Einerlei der »nationalen« Kräfte honorierten. Die demonstrativ zur Schau getragene »Neutralität« der waldeckischen Bürokratie erleichterte den Extremisten ihre Arbeit, denn sie suggerierte den Bürgern zumindest eine moralische Gleichwertigkeit von Verfassungstreuen und Staatsfeinden.

Die konkreten politischen Ambitionen des Reichsausschusses gegen den Youngplan scheiterten, da im Deutschen Reich nur 13,8 % der Wahlberechtigten am 22. Dezember 1929 für ein »Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes« Stellung bezog, das wegen seines verfassungsändernden Charakters der Zustimmung von mehr als 50 % der Wahlberechtigten bedurft hätte.³² Dennoch blieb die Kampagne im gesamten Reich nicht ohne weitreichende Auswirkungen. Abgesehen von außenpolitischen Irritationen und einer innenpolitischen Klimavergiftung hatte der Streit um den Youngplan der NSDAP wichtige Dienste getan. Aus der gemeinsamen Front mit den etablierten Deutschnationalen, den Stahlhelmen und dem Landbund, die über eine Basis in bestimmten Wirtschaftsgruppen, über publizistische Mittel und eine gewisse Vertrauensstellung bei einem wichtigen Teil der Landbevölkerung verfügten, gelang der Schritt in den Mittelpunkt der »nationalen« Bewegung. Auf der anderen

31) Ebenda.

32) Erdmann, K.D.: Die Weimarer Republik, a.a.O., S. 271.

Seite hatte diese Kampagne den alten Rechtsparteien nur zusätzliche innere Spannungen gebracht.

Selbst die DNVP, zu deren Markenzeichen die antidemokratische Gesinnung zählte, sah sich vor eine Zerreißprobe gestellt. Den mehr konservativ eingestellten Mitgliedern der Reichstagsfraktion gingen die Formulierungen des »Freiheitsgesetzes« zu weit. Mehrere Parteiaustritte waren die Folge des Konfrontationskurses. Die radikale Majorität machte wiederum die Vertreter des moderateren Weges und das kompromißartige Eingliedern in die Reichsregierung für die herben Verluste bei der letzten Reichstagswahl verantwortlich. Das grundsätzliche Dilemma der Deutschnationalen, antiparlamentarisch-verfassungsablehnende Ziele mit parlamentarischer Arbeit zu vereinbaren, trat offen zutage. Die radikaleren Kräfte um den neuen Parteivorsitzenden Hugenberg behielten parteiintern die Oberhand.³³ Zusätzliche Divergenzen in der Agrarpolitik führten dazu, daß nicht nur an die Volkskonservative Vereinigung und den Christlich-sozialen Volksdienst, sondern auch an die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei Mandate durch Übertritte verloren gingen.

Die Gelegenheit für eine Absorption der auseinandertreibenden Rechtsgruppierungen, die, jede für sich genommen, auf Dauer nicht überlebensfähig und ohne glaubwürdige Zukunftsperspektive waren, erschien günstig. Auch die DVP blieb von innerparteilicher Instabilität nicht verschont. Durch verstärkte Hinwendung zu radikalen Parolen glaubte man, die Wanderungsverluste zur radikalen NSDAP aufhalten zu können. Offensiv trat die Volkspartei nun für eine völlige Abkehr von parlamentarischen Prinzipien ein und forderte eine neue oberste Reichsbehörde, die unabhängig vom Vertrauen des Reichstages die tatsächliche Macht im Staate repräsentieren sollte.³⁴ Ein »Spardiktator«³⁵ sollte Deutschlands Wirtschaftsprobleme lösen. Wie verheerend mußte es für den republikanischen Gedanken sein, wenn nun selbst eine langjährige Regierungspartei mit liberalem Selbstanspruch die Unhaltbarkeit der demokratisch-parlamentarischen Ordnung postulierte? Das prinzipielle Eingehen auf die Diktaturforderungen der Extremisten bescherte der DVP keinen Gewinn an Glaubwürdigkeit. Außerdem hatte die DVP ihr wichtigstes Zugpferd für den Wahlkampf im Agrarland Waldeck verloren, Reichslandbundchef Karl Hepp war zur CNBL übergewechselt.

33) Gaertringen, F. Frhr. Hiller v.: Die Deutschnationale Volkspartei. In: R. Morsey, u. E. Matthias, E. (Hrsg): Das Ende der Parteien 1933. Düsseldorf 1979. S. 546.

34) »Die Deutsche Volkspartei fordert einen Spardiktator«. WLZ Nr. 279 vom 27.11.1929.

35) Ebenda.

Einsetzende Wirtschaftskrise und das Ende der parlamentarisch-demokratischen Regierungsform in Deutschland

Hitler und die NSDAP verstanden es, immer mehr Gehör zu finden, meisterlich gelang die Umsetzung der in »Mein Kampf« dargelegten Propagandarichtlinien. Dem unterstellten Bedürfnis nach Illusionen und einfachsten Erklärungsmustern versuchten die Nationalsozialisten durch leicht faßbare Parolen³⁶ gerecht zu werden.

In Schnellkursen wurde eine große Zahl von Versammlungsrednern auf der NSDAP-Rednerschule mit den notwendigsten Propagandagrundlagen, genormten Texten und Schlagwortlisten ausgestattet,³⁷ um das ganze Land mit NSDAP-Versammlungen überziehen zu können. Eine permanente Wahlkampfführung wurde angestrebt. Den Wahlanalysen der Reichstagswahl von 1928 hatte man entnehmen können, daß nicht die Städte und Arbeiterwohngebiete, sondern ländlich strukturierte Regionen vielversprechende Ziele für die NSDAP-Agitation waren. Hier konnte man den von Standortträgern, Fanfarenbläsern, Trommlerabteilungen und uniformierten Marschgruppen umrahmten Versammlungen die größte Wirkung erzielen.³⁸ Zunehmend wurde die Person des »Führers« in den Vordergrund gerückt, denn zum festen Bestandteil der »nationalen« Gesinnung gehörte die Überzeugung, nur eine starke Führerpersönlichkeit könne einen Wiederaufstieg Deutschlands einleiten. Obwohl die Arbeitslosenproblematik im Agrarland Waldeck 1929/30 nicht den Stellenwert einnahm wie in den deutschen Industrieregionen, waren die psychologischen Auswirkungen der Meldungen über immer neue Rekordarbeitslosenzahlen wegen der weitverbreiteten Skepsis gegenüber der Weimarer Staatsordnung nicht weniger schwerwiegend. Jede Negativschlagzeile faßte man als weitere Bestätigung für die Unfähigkeit und Haltlosigkeit des »Systems« auf. Überall im Reich reagierte die NSDAP mit Schüren von Angst und Untergangsstimmung auf die sich ausbreitende Wirtschaftskrise. Um noch mehr Menschen ansprechen und zum Besuch von NSDAP-Versammlungen animieren zu können, verfeinerte man ständig die Werbemethoden.

Bereits im Januar 1930 berichtete Landrat Klapp aus dem Kreis des Eisberges über eine neue Variante der NS-Propagandaarbeit. Primitivste

36) »Jede Propaganda hat volkstümlich zu sein und ihr geistiges Niveau einzustellen nach der Aufnahmefähigkeit des Beschränktsten unter denen, an die sie sich zu richten gedenkt. Damit wird ihre rein geistige Höhe um so tiefer zu stellen sein, je größer die zu erfassende Masse der Menschen sein soll ...«. Adolf Hitler: Mein Kampf. München 1934¹⁰²⁻¹⁰⁶, S. 197.

37) Burgelin, H.: Die Wahlen vom September 1930. In: A. Grosser, (Hrsg.): Wie war es möglich? München 1982², S. 52.

38) HStA MbG 165/3942 I. Bericht des Polizeipräsidenten an den RP, Kassel, 5.10.1929.

Rassenideologie und Hetze gegen den Staat wurden mit Tanz, Theaterstücken und Liedvorträgen³⁹ umrahmt. Bei den Bewohnern von Höringhausen kam diese Methode gut an. Gerne nahmen die mit kulturellen Darbietungen nicht verwöhnten Dorfbewohner dieses Angebot zur geistigen Zerstreuung wahr. Vom Erfolg dieses »Sturmblockabends« ermutigt, sollten in den kommenden Monaten und Jahren die »Deutschen Abende« der NSDAP zu einem festen Bestandteil des dörflichen Lebens in vielen Waldecker Gemeinden werden. Das Hemmnis, daß immer nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Einwohnerschaft bereit war, nach einem arbeitsreichen Tag politische Versammlungen zu besuchen, konnte durch diese neuartige Veranstaltungsart merklich abgebaut werden. Bisher unpolitische Bevölkerungsteile wurden der Agitationsarbeit zugeführt. Während herkömmliche Parteiveranstaltungen traditionell fast reine Männersache waren, strömten nun auch die Frauen in die Säle und waren damit für die NSDAP-Propaganda erreichbar.

Augenscheinliches Zeichen des Übergreifens der von Amerika ausgehenden Wirtschaftsdepression war das Ansteigen der Arbeitslosenzahlen. Im Jahre 1928 hatte die Arbeitslosenquote im Deutschen Reich noch bei ungefähr 7 % gelegen, durch den Entlassungsschub im Herbst 1929 schnellte die Durchschnittsquote auf fast 10 % an. Gegenüber 1,35 Mio. im Vorjahresmittel waren 1929 auf das ganze Jahr umgerechnet 1,9 Mio. Menschen ohne Arbeit, und die Tendenz war extrem negativ. Mit erschreckender Rasanz näherte man sich Anfang 1930 bereits der 3-Millionen-Marke, was sich in einer Jahresquote von 15,7 % niederschlug.⁴⁰

Die Bereitschaft, sich mit den Katastrophenvisionen der Nationalsozialisten, die für den Fall der Beibehaltung des »Systems« den totalen Ruin und die Auslieferung Deutschlands an Bolschewismus und Judentum prophezeiten, innerlich auseinanderzusetzen, wuchs in Waldeck, wo die Stimmung durch die schlechte Lage auf dem Agrarmarkt zusätzlich angespannt war, mit jeder neuen Arbeitslosenmeldung.

»Untergang oder Revolution« hieß nach Auffassung der NSDAP die Alternative der Stunde.⁴¹ Den Nationalsozialismus pries man als einzigen Ausweg aus der angeblich zwangsläufig in das totale Chaos führenden Entwicklung des Weimarer Staates.

39) HStA Mbg 165/3815. Landratsbericht, Kreis des Eisenbergs, Az. I 450, Korbach, 30.1.1930.

40) Zur Arbeitslosenstatistik vgl. Erdmann, K.D.: Das Ende des Reiches und die Neubildung deutscher Staaten. In: Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte. Bd. 22. Tabellarischer Anhang für die Bände 18 bis 22. München 1983³.

41) »Untergang oder deutsche Revolution«. NSDAP-Wahlkampfanzeige für eine öffentliche Versammlung mit dem Reichstagsabgeordneten Wagner aus Bochum. WLZ Nr. 12 vom 15.1.1930.

Wieder kam auch der in Waldeck schon gut bekannte Redner Gunst aus Thüringen zum Einsatz. »Reaktion, Marxismus und was will der Nationalsozialismus?«, war das Thema seiner Vortragsreihe Anfang Februar.⁴² Wenig später sprach Gaugeschäftsführer Franke anstelle des angekündigten Frankfurter Funktionärs Gemeinder in Arolsen über die durch Bank- und Börsenkapitalmacht entstehenden Gefahren für das deutsche Volk.⁴³ Insbesondere die Landwirtschaft wurde bei dieser Gelegenheit als Opfer der »Diktatur der Banken«⁴⁴ hingestellt.

Die waldeckische Bauernschaft, die im abgelaufenen Jahr 1929 eine etwas schlechtere Ernte als 1928 eingebracht hatte, blickte mit Wehmut nach Italien, wo der vom Landbund formulierte Anspruch, »Mittelpunkt des staatlichen Lebens«⁴⁵ sein zu wollen, scheinbar verwirklicht war. Hierzulande konzentrierten sich die Hoffnungen der Landwirte zunächst einmal auf die »Grüne Front«. Außerordentlich groß war das Interesse, das der Informationsveranstaltung zum Thema »Grüne Front«⁴⁶, ausgerichtet vom Kreislandbund des Edergebietes in der Ortschaft Wellen, entgegengebracht wurde.

Immer noch besaß auch der Jungdeutsche Orden gute Verbindungen zur Bauernschaft. Quantitativ standen die Aktivitäten des Jungdeutschen Ordens denen der Nationalsozialisten in dieser Phase kaum nach. Durch die neugeformierte »Volksnationale Reichsvereinigung« hoffte der Orden, das realpolitische Defizit schließen zu können.⁴⁷ Ein Gründungsauftrag hatte die Waldecker am 1. Februar 1930 aufmerksam werden lassen.⁴⁸

Die Agrarkrise hatte längst der Bereitschaft, radikalste Lösungen in Betracht zu ziehen, zum Durchbruch verholfen. Es war daher von vornherein fraglich, ob man seitens der Agrarbevölkerung dem ideell verankerten Or-

42) »Öffentliche Versammlung – Reaktion, Marxismus und Was will der Nationalsozialismus?«. NSDAP-Wahlkampfanzeige für eine Versammlung in Korbach mit Gunst. WLZ Nr. 31 vom 6.2.1930.

43) »Öffentliche Versammlung: Die Diktatur der Großbanken führt zur Zwangsverwaltung des Staates! – Was dann?«. NSDAP-Wahlkampfanzeige für eine Versammlung in Arolsen mit Gemeinder. WLZ Nr. 44 vom 21.2.1930.

44) Bericht über die NSDAP-Versammlung mit Franke aus Kassel in Arolsen. WLZ Nr. 47 vom 25.2.1930. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

45) Bericht über den Familienabend der Landbundortsgruppen Bad Wildungen, Alt-Wildungen und Reitzenhagen. Nur durch eine gesunde Landwirtschaft könne sich Deutschland wieder erholen. Er wäre daher zu wünschen, wenn sich alle Stände ihrer Schicksalsverbundenheit bewußt würden und Männer an die Spitze stellten, die der deutschen Landwirtschaft einen Platz einräumen, der ihr als Deutschlands Kraftquelle gebühre. WLZ Nr. 13 vom 16.1.1930. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

46) Bericht über eine Bezirksversammlung des Kreislandbundes der Eder in Wellen. WLZ Nr. 25 vom 30.1.1930. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

47) »Auftrag zur Gründung der Volksnationalen Vereinigung«. WLZ Nr. 27 vom 1.2.1930.

48) Ebenda.

den, der aber in der Vergangenheit nie die Umsetzung seiner Weltanschauung in praktische Politik mit meßbaren machtpolitischen Erfolgen verstanden hatte, noch eine derartige Wende hin zum Pragmatismus zutraute. Außerdem hemmte der innere Widerspruch, einerseits dem »Parteiismus« das Wasser abgraben zu wollen und andererseits nun selbst mit einer politischen Partei ins Geschehen einzugreifen, die Erfolgsaussichten für die Volksnationale Reichsvereinigung.

Ungeachtet dieser Probleme konnten keine Zweifel darüber bestehen, daß die Bindung der Bauernschaft an den Jungdeutschen Orden der NSDAP die Arbeit erschwerte. Wichtiges Etappenziel der Nationalsozialisten mußte daher die Untergrabung dieser Gesinnungsgemeinschaft sein, wollte man das Landvolk für die NS-Bewegung gewinnen.

Im direkten Konkurrenzkampf mit dem Jungdeutschen Orden um die »Seele« der Bauernschaft setzte die NSDAP ähnliche Propagandamethoden ein wie im Kampf gegen Demokratie, Parlamentarismus oder Linksparteien. An die Stelle von Sachargumenten setzte man Verunglimpfungen, scheinbare Beweise der »jüdischen Unterwanderung« sowie Versuche, den Gegner der Lächerlichkeit preiszugeben: »Am Freitag vergangener Woche fand im ›Goldenen Engel‹ zu Corbach ein Ausspracheabend der Jungdopartei statt, mit dessen Ergebnis ein beispielloses Aufblühen der jüngsten deutschen Partei nunmehr gewährleistet erscheint. Das Interessanteste an der ganzen Attraktion war die Wahl eines Ortsausschusses; es wurden fast nur Leute gewählt, die gar nicht anwesend waren. Hoffentlich sind die Herrschaften inzwischen benachrichtigt worden, damit sie sich der ihnen zuteil gewordenen Ehre bewußt werden...«⁴⁹, kommentierte der Waldecker Beobachter die ersten Aktivitäten der »Volksnationalen Reichsvereinigung« höhnisch. Der Waldecker Beobachter, inhaltlich am Völkischen Beobachter orientiert, erwuchs zu einem nützlichen Medium im Agitationskampf der NSDAP in Waldeck. Für den Regionalteil zeichnete Lutz H. aus Korbach verantwortlich.⁵⁰ Die Propagandatätigkeit der Wanderredner wurde mit dieser Wochenzeitung sehr effektiv ergänzt. Dem Waldecker Beobachter blieb es vorbehalten, einen Juden als Ordensbruder in Adorf und somit den Jungdeutschen Orden in Waldeck als Vehikel des Judentums zu »enttarnen«⁵¹

Bei der neuerlichen NS-Propagandawelle zu Beginn des Jahres 1930 hatte neben den Attacken gegen den Jungdeutschen Orden und abgesehen

49) »Volksnationale Vereinigung ... und Corbach hat einen Ortsausschuß.« Waldecker Beobachter Nr. 22 vom 1.3.1930.

50) Impressum des Waldecker Beobachters Nr. 15 vom 11.1.1930.

51) »Juden kann der Eintritt nicht verwehrt werden.« Waldecker Beobachter Nr. 22 vom 1.3.1930.

vom sonst üblichen Agitationskampf, die Profilierung als agrarisch ausgerichtete »nationale« Bewegung im Vordergrund gestanden. Von Dorf zu Dorf war der »Trommler von Waldeck«⁵², der in Waldeck besonders erfolgreiche Gunst, gereist, um den Bewohnern die NSDAP als die Wahrerin der »nationalen« Interessen im allgemeinen und der agrarischen Interessen im besonderen vorzustellen. Korbach, Mehlen, Königshagen, Armsfeld, Höringhausen, Meininghausen, Strothe, Münden, Fürstenberg, Flechtdorf, Nieder-Ense, Willingen, Züschen und Immighausen hatten im Januar und zu Beginn des Monats Februar auf seinem Programm gestanden.⁵³ Auftritte in Böhne und Bergheim sollten folgen.

Mit Ausnahme der Versammlung in Flechtdorf stuften die NSDAP-Parteiführer alle Termine als großen Erfolg ein. In der Gemeinde Züschen war es zu einem aufsehenerregenden Zusammentreffen mit einer 120 Mann starken Oppositionsgruppe, fast ausschließlich Sozialdemokraten, gekommen. Gewaltausbrüche konnten bei dieser Gelegenheit noch einmal verhindert werden.⁵⁴

Weitere Veranstaltungen vervollständigten das umfangreiche Werbeprogramm der NSDAP. Am 23. März referierte Nationalsozialist Borchert im Saal der Wildunger Schloßbrauerei über den »Marxistischen Volksbetrug« und den »Untergang des schaffenden Volkes«.⁵⁵ Als zwei Kritiker von DDP und SPD Einwände gegen die Ausführungen Borcherts anzubringen versuchten, wäre es beinahe zu Gewalttätigkeiten gekommen, dennoch bestätigte der mit der Überwachung der Veranstaltung beauftragte Polizeimeister den Nationalsozialisten, keinerlei Beleidigungen von Staat oder Staatsmännern ausgesprochen zu haben.⁵⁶ Uniformierter »Saalschutz« umrahmte die Versammlung. »Betrug am schaffenden Volke« lautete das Motto eines Vortrags des Arolser SA-Führers vor einer großen Zuhörerschaft in Volkhardinghausen.⁵⁷ Propagandist Jordan, gegen den wegen der Verwendung des Wortes »Saustall« in bezug auf den deutschen Staat eine Beschwerde des Reichsbanners beim Regierungspräsidenten anhängig war, betätigte sich zu dieser Zeit im Nachbarkreis Frankenberg.

An der Agrarkampagne, die parallel zu den Attacken gegen den Jungdeutschen Orden angelaufen war, arbeitete auch der NSDAP-Programma-

52) »Der Trommler von Waldeck«. Waldecker Beobachter Nr. 20 vom 15.2.1930.

53) Bericht über Versammlung mit Gunst in Willingen. Waldecker Beobachter Nr. 15 vom 11.1.1930; »Pg. Gunst – Mühlhausen spricht ...«. Waldecker Beobachter Nr. 19 vom 8.2.1930; »Der Trommler von Waldeck«. Waldecker Beobachter Nr. 20 vom 15.2.1930.

54) »Der Trommler von Waldeck«. Waldecker Beobachter Nr. 20 vom 15.2.1930.

55) HStA Mbg 165/3815. Landratsbericht, Kreis der Eder. Bad Wildungen, 27.3.1930.

56) Ebenda.

57) Bericht über eine NSDAP-Versammlung mit Rabbenstein in Volkhardinghausen. Waldecker Beobachter Nr. 19 vom 8.2.1930.

tiker Gottfried Feder mit. Sein Artikel »Landwirtschaft, Grundbesitz und Nationalsozialismus« im Waldecker Beobachter sollte bei den Bauern letzte Zweifel an der Einstellung der NSDAP zu Grund und Boden ausräumen; nicht Verstaatlichung, sondern »staatlichen Schutz des ländlichen Besitzes vor dem Zugriff der Banken und Börsen« sowie die »Befreiung von Zinsknechtschaft und Steuerbolschewismus«⁵⁸ versprach Gottfried Feder den Waldeckischen Landwirten. In kaum einer Ausgabe des Waldecker Beobachters fehlten scharfe Angriffe gegen die als »Volksverführer« titulierten Sozialdemokraten, deren Führungspersönlichkeiten in aller Regel als »große und kleine Bonzen« verleumdet wurden. »Marxismus = stinkende Korruption« hieß die eingängige Kurzformel, mit der man die Sozialdemokraten aus der Gesellschaft herausdividierte.

Viel Raum widmete man auch der Bloßstellung der angeblich um sich greifenden kulturellen Entartung im Waldecker Land. Brecht- und Ringelzanz-Vorträge in Korbach nahm man beispielsweise zum Anlaß, von einer »Kultur der Niederrasse« zu sprechen. Ausländische Musikdarbietungen klassifizierte der Waldecker Beobachter pauschal als »europäische Negerkultur« oder »Negerrhyt[h]mus«. Nach dem Auftritt eines ungarischen Zigeunermusik-Ensembles konstatierte die Parteizeitung einsetzende »geistige Verwesung« und sagte der »artfremden Auchkultur« einen entschiedenen Kampf an, denn »...was nützt alles nationale Streben, wenn dem Rassenfeind Gelegenheit gegeben wird, die heiligen Güter des eigenen deutschen Volkstums... durch den Kot zu ziehen?« fuhr der Waldecker Beobachter fort.⁵⁹ Den abgelehnten Musikaufführungen und Gedichtlesungen bzw. Literaturrezensionen stellte man den »Sturmblockabend« im Korbacher Gasthaus »Goldener Engel« als Beispiel für »artgerechte« Kunst entgegen.

Hinweise auf den drohenden »bolschewistischen Umsturz« durften im Waldeckischen NSDAP-Propagandablatt ebenfalls nicht fehlen, obgleich die KPD in Waldeck mit ihren bisherigen Werbeversuchen keinen Erfolg gehabt und bei der letzten Reichstagswahl nur 1,7 % der gültigen Stimmen erzielt hatte. Einzige Resonanz auf eine Filmvorführung in der Korbacher Innenstadt am 1.6.1929 war eine Anzeige wegen Verteilens ungenehmigter Flugblätter⁶⁰ gewesen. Realistisch beurteilte auch Landrat v. Trotha aus

58) »Landwirtschaft, Grundbesitz und Nationalsozialismus«. Waldecker Beobachter Nr. 20 vom 15.2.1930.

59) »Dreieinigkeit der Kultur der Niederrasse«. Waldecker Beobachter Nr. 15 vom 11.1.1930.

60) HStA Mbg 165/3982 VI. Landratsbericht, Kreis des Eisenbergs, Az. I 2191, Korbach, 3.6.1929; HStA Mbg 165/3982 VI. RP an Oberstaatsanwaltschaft in Kassel, Az. I 1291, Kassel, 8.6.1929. HStA Mbg 165/3982 VI. Oberstaatsanwaltschaft an RP, Az. 3J 353/29, Kassel, 19.8.1929.

dem Kreis der Eder die Stärke der kommunistischen Partei in seinem Gebiet, jedoch lieferte er dem Regierungspräsidium in bezug auf die NS-Bewegung eine völlig unzutreffende Einschätzung. Um die Besorgnisse der Kasseler Behörde zu zerstreuen, meldete v. Trotha im März 1930, »KPD- und NSDAP-Bewegung sind nicht bemerkenswert« bzw. »NSDAP- und KPD-Bewegung sind unbedeutend.«⁶¹

Im Reich spitzte sich dieser Tage die Krise der Koalitionsregierung Mül-ler zu. Hatte bislang die Stresemannsche Außenpolitik der »Großen Koalition« Halt gegeben und die latenten Interessengegensätze zwischen den Koalitionspartnern auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet überdeckt, so rückten die Aversionen der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokraten nach dem Tod des weit über die eigenen Reihen respektierten Außenministers in den Mittelpunkt des Geschehens. In Anbetracht der rückläufigen Umsatz- und Ertragszahlen zeigte das Lager der Wirtschaft wenig Neigung, die unausweichlichen Verteilungsprobleme paritätisch zu lösen.⁶² Die parlamentarische Regierungsform betrachteten viele Wirtschaftsvertreter zusehends als grundsätzliches Übel bei der Durchsetzung unternehmerischer Interessen. Zunächst war der Bruch der Regierungskoalition durch ein Entgegenkommen der Mehrheitsfraktion gegenüber den wirtschafts- und finanzpolitischen Forderungen der Zentrums-partei verhindert worden. Somit war die Basis für eine Mehrheit bei der Abstimmung über den Youngplan-Gesetzentwurf am 12. März 1930 im Reichstag geschaffen. Als jedoch Maßnahmen zur Sanierung der seit 1927 gesetzlich verankerten Arbeitslosenversicherung zwingend notwendig wurden, war die Kompromißwilligkeit erschöpft. Die DVP, in deren Reihen sich nach dem Tod Stresemanns der an den Interessen der Wirtschaft ausgerichtete Parteiflügel vollständig durchgesetzt hatte,⁶³ stellte sich bedingungslos hinter die Forderungen der Industrie. Verfechter der parlamentarischen Demokratie waren innerhalb der Volkspartei noch mehr als zuvor in die Defensive geraten. Im Sozialversicherungsstreit stellte man sich auf den Standpunkt, auf gar keinen Fall eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 % hinzunehmen, was Arbeitgeber

61) HStA MbG 165/3815. RP, Az. P.Nr. 820, Kassel, 26.3.1930. Niederschrift der Aussprache mit den Landräten des Regierungsbezirks Kassel über die militanten Parteien und Organisationen auf der Landratskonferenz am 22.3.1930.

62) Vgl. Rosenberg, A.: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik. Teil II. Frankfurt/M 1983. S. 196f., wo von einer »kapitalistischen Gegenrevolution« die Rede ist; vgl. Bracher, K.D.: Die Auflösung der Weimarer Republik. Düsseldorf 1978. S. 261, wo auf die reaktionären Bestrebungen im Verlauf der Aussperrung von 250.000 Stahlarbeitern im Jahre 1928 verwiesen wird, mit der die staatliche Lohnschutzpolitik unterlaufen werden sollte.

63) Booms, H.: Die Deutsche Volkspartei. In: Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. v. E. Matthias u. R. Morsey. Düsseldorf 1979.

und Arbeitnehmer im gleichen Maße belastet hätte. Statt dessen forderte man eine Lösung ausschließlich zu Lasten der Versicherungsnehmer, was wiederum ADGB-Gewerkschaften und Sozialdemokratie nicht zufriedenstellen konnte.⁶⁴ Das Zentrum, dessen Vorsitzender Kaas seit einiger Zeit autoritäre Tendenzen in seiner Partei förderte und die Sehnsucht nach einer »Führerdemokratie« verkörperte, kam schließlich der Volkspartei entgegen. Auch die DDP näherte sich den arbeitgeberfreundlichen Auffassungen an, während die SPD nach heftigen internen Auseinandersetzungen Position gegen die bürgerlichen Koalitionspartner bezog. Nachdem wenige Wochen zuvor Reichskanzler Müller auf Drängen konservativer Regierungskreise seinen Finanzminister Hilferding geopfert und damit die brüchige Allianz zu retten versucht hatte, war am 27. März 1930 das Ende der nur noch eingeschränkt handlungsfähigen »Großen Koalition« gekommen. Damit hatte die letzte parlamentarische Regierung der Weimarer Republik vor dem Interessenkonflikt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bzw. den ihnen jeweils nahestehenden politischen Parteien kapituliert. Weder die 54 kommunistischen noch die 12 nationalsozialistischen Abgeordneten im 4. Reichstag hatten das Ende der parlamentarisch-demokratischen Regierungsprinzipien in Deutschland herbeigeführt, sondern die Unfähigkeit der untereinander ideologisch verfeindeten Koalitionsparteien, für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen tragbare Kompromisse in der sich verschärfenden Wirtschaftslage zu finden. Nur vordergründig hatte der Kampf Prozentbruchteilen in der Sozialversicherung gegolten, tatsächlich sollte die Frage entschieden werden, welche Bevölkerungsschichten die Lasten der Krise tragen sollten.

Der Durchbruch der NSDAP zur stärksten Partei in Waldeck bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930

Auf den ersten Blick schien es, als könnten die globalpolitischen Veränderungen im Reich hin zu einem parlamentsentmachtenden Präsidialsystem den Beifall der Waldecker finden und die Werbearbeit der NSDAP erschweren. Erst wenige Wochen zuvor war bei einer Tagung des landwirtschaftlichen Vereins des Kreises des Eisenbergs die Forderung nach einem »Wirtschaftsdiktator«⁶⁵ bekräftigt worden. Einschränkung der Parlamentsmacht, Ausschaltung der Sozialdemokratie oder die monarchistischen Neigungen des neuen Reichskanzlers Brüning waren Wesensmerk-

64) Rosenberg, A., a. a. O., Bd. II, S. 196.

65) »Versammlung des landwirtschaftlichen Vereins des Kreises des Eisenbergs«. WLZ Nr. 60 vom 12.3.1930.

male, die man mehrheitlich begrüßte. Hinzu kam, daß der deutschnationale Abgeordnete Martin Schiele, der in Waldeck ein hohes Ansehen genoß, mit den Aufgaben des Ernährungsministers betraut worden war. Andererseits war die Entfremdung gegenüber der Weimarer Republik bereits soweit fortgeschritten, daß vielen Waldeckern die vollzogenen Veränderungen nicht weit genug gingen. Im Anwachsen begriffen war die Zahl derjenigen, die glaubten, daß nur eine radikale Abkehr vom »System« noch eine Besserung bringen könnte. Zudem untergrub die Herkunft Brünings aus der katholischen Zentrumspartei, die voll dem »System« zugerechnet wurde, eine emotionelle Bindung. Nur sensationelle Verbesserungen im Agrarbereich hätten ausgereicht, die waldeckische Agrarbevölkerung wieder an den Staat und seine präsidiale Regierungsform zu binden, doch derartige Erfolge blieben aus. Vielmehr verschärfte sich die Krisensymptome im Zuge der eingeleiteten Spar- und Deflationspolitik rasch. Der Anspruch, Mittelpunkt des staatlichen Lebens sein zu wollen, konnte einer Verwirklichung nicht näher gebracht werden. Als gar der Reichstag die Notverordnung »zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen« mit Mehrheit aufhob und eine vorzeitige Reichstagsauflösung damit herbeiführte, wich der minimale Vertrauensvorschuß weitgehender Ernüchterung. »Der verfahrenre Karren« war ein Gedicht vom beliebten Lokalpolitikanalytiker und Satiriker »Karlichen X« überschrieben, in dem eingeräumt wurde, daß man durchaus positive Erwartungen an die Brüning-Regierung hatte, die allerdings durch den Parteienhader zunichte gemacht worden waren. Geldtransfers ins Ausland, Kaufkraftabsenkungen und erhöhte Arbeitslosenzahlen wurden als einzige spürbare Auswirkungen der angeblich neuen Politik dargestellt, die letztlich dem Bolschewismus Tür und Tor öffnen könnten. Der Zeitungssatiriker sah sich mit seiner Leserschaft einig, daß persönliche Opfer auf dem Wege zur Gesundung Deutschlands notwendig seien, daß jedoch der »Steermann«⁶⁶ des Staatsschiffes deutlicher als bisher Perspektiven aufzeigen müßte.

Für wenige Tage lenkten die »Befreiungsfeiern« aus Anlaß des Abzugs alliierter Truppen aus dem Rheinland von der trostlosen Wirtschaftslage ab, doch dann rückten einige Zwangsversteigerungen von landwirtschaftlichem Besitz in Waldeck⁶⁷ sowie Notizen über Abwanderungsabsichten einiger Landwirtschaftsfamilien nach Mecklenburg die Schwierigkeiten wieder in den Blickpunkt. Aus Sachsenberg waren bereits drei Familien nach

66) »Der verfahrenre Karren«. WLZ Nr. 143 vom 21.6.1930. Rubrik »Drinnen und Draußen«.

67) »Grundstückversteigerung in Rhoden«. WLZ Nr. 81 vom 5.4.1930; »Zwangsversteigerung« Gemarkung Nieder Waroldern. Anzeig. WLZ Nr. 156 vom 7.7.1930; »Zwangsversteigerung« in Korbach. Anzeig. WLZ Nr. 206 vom 3.9.1930.

Mecklenburg umgesiedelt, im Mai folgten sieben Bauernfamilien aus dem Kreis der Twiste.⁶⁸

Diskussionen in kommunalen Gremien um »Bettlerschecks« und Spenden zugunsten Bedürftiger signalisierten den Waldeckern, daß auch in ihrem Heimatgebiet soziale Not Einzug hielt.⁶⁹

Die »Zigeunerplage«⁷⁰ erhitze die Gemüter in der Region um Arolsen auch im Sommer 1930. Mit äußerster Sorge und unverhohlener Feindschaft verfolgten Presse und Bevölkerung das traditionelle Zusammentreffen der unerwünschten Volksgruppe. »Türen zu« lautete der Alarmruf der Waldeckischen Tageszeitung im Zusammenhang mit dem Eintreffen der Händler und Kleinkunsttreibenden anlässlich des Arolser »Viehmarkts«. In Helsen stellte man sogar einen bewaffneten »Feldschutz« auf, um Gärten und Felder vor der »Landplage«⁷¹ zu schützen.

Eine neue Hiobsbotschaft erreichte die Waldecker in der ersten Augustwoche aus dem Kreis der Twiste. Zweihundert Arbeiter⁷² standen nach der Produktionsstilllegung in der Spulenfabrik auf der Straße. Das im Twistetal zwischen den Gemeinden Twiste, Braunsen und Elleringhausen gelegene Unternehmen zählte zu den wichtigsten Betrieben im Kreisgebiet. Etwa gleichzeitig setzte ein neuer Werbefeldzug der NSDAP ein, denn sowohl Reichstagswahlen als auch Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen standen an. Ein Korbacher NSDAP-Funktionär ereiferte sich in Arolsen über den »Betrug am schaffenden Volke«⁷³, und der Berliner Stadtverordnete Engel erläuterte vor 250 bis 300 Korbachern die »Gemeinde-, Staats- und Reichspolitik der NSDAP«.⁷⁴ Inhaltlich knüpften beide Veranstaltungen an die des Vorjahres an. Wieder zog man über die angebliche Verschwendungssucht und Korruption der Sozialdemokratie her, wieder geißelte man den Youngplan als Instrument der Volksversklavung, wieder

68) »Kreistag des Kreises der Twiste«. WLZ Nr. 113 vom 15.5.1930. »Die Landwirte ...«. WLZ Nr. 180 vom 4.8.1930. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

69) Man denke an den Streit um die »Bettlerschecks« in Arolsen: spendenwillige Bürger konnten von der Stadt Bons kaufen und an Bedürftige verteilen, die dafür Lebensmittel von der Stadt erhielten.

70) »Die Zigeunerplage«. WLZ Nr. 179 vom 2.8.1930. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

71) »das braune Gesindel ... eine wahre Landplage«. WLZ Nr. 182 vom 6.8.1930. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

72) »Waldeckische Holzspulenfabrik ... stillgelegt«. WLZ Nr. 182 vom 6.8.1930. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

73) »Der Betrug am schaffenden Volke«. NSDAP-Anzeige für Versammlung. WLZ Nr. 158 vom 9.7.1930; Bericht über NSDAP-Versammlung in Arolsen. WLZ Nr. 160 vom 11.7.1930. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

74) »Öffentliche Versammlung: Gemeinde-, Staats- und Reichspolitik der NSDAP« in Korbach. Anzeige. WLZ Nr. 164 vom 16.7.1930; Bericht über NSDAP-Versammlung in Korbach. WLZ Nr. 167 vom 19.7.1930. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

stellte man den NS-Eigentumsbegriff klar und wieder stellte man die Zuhörer vor die Alternative »Untergang oder nationaler Aufstieg«. Zu den festen Bestandteilen der Reden auf den NSDAP-Versammlungen gehörte inzwischen auch die Forderung nach Einführung der Arbeitsdienstpflicht als Sofortmaßnahme gegen die Arbeitslosigkeit.⁷⁵ Mit Entschiedenheit trat man Gerüchten über interne Konflikte entgegen. Die Abspaltung der »nationalen Sozialisten« um Otto Straßer bagatellierte man. Elemente der NS-Rassenideologie flossen selbstverständlich bei jedem Redebeitrag mit ein. Feinden der Bewegung, wie etwa dem Polizeipräsidenten Hohenstein oder dem Regierungspräsidenten Friedensburg in Kassel, drohte man härteste Abrechnung für den Fall einer späteren Regierungsübernahme durch die NSDAP an.⁷⁶ Jordan kam am 29. Juli wieder einmal nach Korbach, wo ihm 70 bis 80 Personen zuhörten.⁷⁷ In seiner Arolser Versammlung trat ein weiterer Parteiredner auf.⁷⁸ Auch der wohlbekannte Agitator Gunst war wieder im Dauereinsatz. Diesmal waren Korbach, Arolsen, Mengerlinghausen und noch einmal Arolsen seine Stationen.⁷⁹ Bei seinem Auftritt am 6. August in Korbach mußte die Polizei die Saaltore wegen Überfüllung vor weiteren Interessenten schließen.⁸⁰ Einem kommunistischen Gegenredner verweigerte man das Wort, was mit »Heil!«- und »Bravo«-Rufen von den Zuhörern honoriert wurde. In der Mengerlinghäuser Versammlung hatten zwei Sozialdemokraten den Versuch unternommen, der fanatisierten Zuhörerschaft im vollbesetzten Wirtshaussaal die Kritik der SPD an der NSDAP vorzutragen,⁸¹ nachdem Gunst über »Die letzten Zuckungen des sterbenden Systems«⁸² referiert hatte.

Den bislang größten Versammlungserfolg konnte die NSDAP am 13. August 1930 in Bad Wildungen feiern. Nach vertraulichen Meldungen des Landrats hatte Ortsgruppenleiter Wiegand etwa dreihundertfünfzig Perso-

75) Ebenda.

76) HStA Mbg 165/3867.RP, Sonderakten »Überwachungsberichte über öffentliche politische Versammlungen, Umzüge pp., 1.8.1930 bis 1931«. Bericht über die NSDAP-Versammlung in Korbach am 17.7.1930.

77) »Öffentliche Versammlung: Die Wahlen und wir« in Korbach. Anzeige der NSDAP. WLZ Nr. 176 vom 30.7.1930. Bericht über NSDAP-Versammlung in Arolsen. WLZ Nr. 178 vom 1.8.1930. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

78) Ebenda.

79) »Öffentliche Versammlung« mit Gunst in Korbach, Arolsen, Mengerlinghausen. Anzeige der NSDAP. WLZ Nr. 181 vom 5.8.1930. Bericht über NSDAP-Versammlung in Arolsen. WLZ Nr. 185 vom 9.8.1930. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; Anzeige NSDAP-Versammlung mit Gunst in Arolsen »Die letzten Zuckungen eines sterbenden Systems«. WLZ Nr. 194 vom 20.8.1930 und Bericht darüber WLZ Nr. 197 vom 23.8.1930. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

80) Bericht über NSDAP-Versammlung in Korbach mit Gunst. WLZ Nr. 185 vom 9.8.1930.

81) Bericht über NSDAP-Versammlung in Mengerlinghausen. WLZ Nr. 187 vom 12.8.1930.

82) »Die letzten Zuckungen eines sterbenden Systems«. Anzeige für eine NSDAP-Versammlung mit Gunst in Arolsen. WLZ Nr. 194 vom 20.8.1930.

nen zur Großveranstaltung mit dem prominenten Redner v. Ribbentrop von der Reichsleitung der NSDAP in der Wildunger Vereinsturnhalle begrüßen können.⁸³ Wie üblich fielen den überwachenden Polizeibeamten auch diesmal »irgendwelche Vergehen gegen Strafgesetze bzw. Beleidigungen von Regierungsmitgliedern«⁸⁴ nicht auf. Wenige Tage später traf der thüringische Landtagsabgeordnete Ludwig in Bergheim-Giflitz ein. Als Landwirt vorgestellt, gelang es dem NSDAP-Funktionär, fünfundsechzig Einwohner aus Bergheim und Giflitz für einen Versammlungsbesuch zu motivieren. »Irgendwelche Hetzreden gegen die Regierung« waren den zuständigen Landjägern natürlich auch diesmal nicht zu Ohr gekommen. Lediglich die »Futterkrippenpolitik«, die in Deutschland herrschte, sei bloßgestellt worden, was einige Versammlungsteilnehmer zum Eintritt in die Partei animiert sowie zur Neugründung einer fünfundzwanzig Mitglieder starken NSDAP-Ortsgruppe beigetragen habe, berichtete der Beamte.⁸⁵

Besonders erfolgreich verlief auch eine Veranstaltung mit dem »revolutionären Landvolk-Führer« Jean Blankemeyer aus Norddeutschland. Um der konservativen Stimmungslage im Waldecker Land Rechnung zu tragen, ließ man bei allen weiteren Versammlungsankündigungen den Zusatz »revolutionär« weg, auch der »fremdländisch« klingende Vorname wurde in »Jan« umgewandelt.⁸⁶

Überdeutlich stand nun die Zielgruppe der Landwirte im Blickpunkt der nationalsozialistischen Werbearbeit. Ausdrücklich lud man Landbundfunktionäre und Agrarvertreter zu NSDAP-Veranstaltungen ein, und der Erfolg gab der Partei recht. Auch Blankemeyer kritisierte die »internationale Großkapitalmacht«, die seiner Meinung nach Deutschland feindlich gesonnen war und Unterstützung vom »korrupten Marxismus« erhielt. Parlamentarismus und Pazifismus charakterisierte der Agitator als »undeutsch« und »verderblich«, stattdessen forderte er eine Rückbesinnung auf »wahres Deutschtum«.⁸⁷

83) HStA Mbg 165/3867. Landratsbericht, Kreis der Eder, an RP, Az. 4492, Bad Wildungen, 18.8.1930; HStA Mbg 165/3846 II. RP, Sonderakten betr. politische Vereine, Verbände, Parteien pp. Kassel, 1.8.1930 bis 1931.

84) HStA Mbg Mbg 165/3867. Polizeibericht an den Landrat des Kreises der Eder bzw. Landratsbericht an den RP, Bad Wildungen, 18.8.1930.

85) HStA Mbg 165/3867. Landjägerbericht an den Landrat des Kreises der Eder, Bergheim, 23.8.1930.

86) »Wer rettet das Landvolk?«. NSDAP-Anzeige. WLZ Nr. 208 vom 5.9.1930. Vgl. auch HStA Mbg 165/3871. NSDAP-Bauernplakat von 1930.

87) Bericht über die NSDAP-Versammlung mit Jean Blankemeyer in Korbach. WLZ Nr. 210 vom 8.9.1930. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

Bauern!

*Fließt vom zionistischen
Pommes-
mischelotten!*



Her zu uns!

in die

National-Sozialistische

Deutsche Arbeiter-Partei!

In Anbetracht des ausgeprägten Standesbewußtseins der waldeckischen Bauernschaft war es ein geschickter Schachzug, nun nationalsozialistische »Landwirte« für den Propagandakampf im agrarisch ausgerichteten Raum Waldeck aufzubieten. Opportunistisch ging man auf die Wünsche der Bevölkerung ein, zugleich war man bemüht, die Macht des etablierten Landbundes zu erschüttern. Der Konfrontationskurs gegenüber der mächtigen Agrarvertretung barg zweifellos ein beträchtliches Risiko in sich. Da man die starke Bindung der Landbevölkerung an den Landbund als wichtiges Hemmnis für die Verbreitung der eigenen Weltanschauung ansah, hielt man einen Kooperationskurs für nicht angebracht.

Dem Regierungspräsidium in Kassel war längst bewußt, daß der Nationalsozialismus in den agrarisch strukturierten Gebieten des nordhessischen Raumes Fuß gefaßt hatte und die NSDAP nun dabei war, ihre Machtposition entscheidend auszubauen. Dringlicher wurden die Appelle an die Landratsämter, alle NS-Aktivitäten sorgfältig zu beobachten und Verstöße gegen Rechtsvorschriften sofort zu melden. Doch die waldeckische Bürokratie reagierte auf diese Handlungsanweisungen mit provokativer Gelassenheit. Man weigerte sich, die »nationale« Bewegung als ernste Gefahr aufzufassen. Nach Meinung der waldeckischen Verwaltungsbeamten vertraten die Nationalsozialisten einen »wahren« Nationalismus, von dem die sozialdemokratisch ausgerichtete Regierung in Kassel eben nichts verstand.

Die SA war unterdessen in Waldeck so schlagkräftig geworden, daß sie sogar die Kasseler Parteifreunde aktiv unterstützen konnte. Waldecker SA-Einheiten wurden zur Störung von Versammlungen der Linksparteien nach Kassel beordert. Für den 18. Juni 1930 hatten die Kasseler Nationalsozialisten eine Straßenschlacht geplant, erneut forderte man die Unterstützung der SA-Leute aus Waldeck an.⁸⁸

Trotz dieser Entwicklungen konnte Landrat Wittmer auch in der Endphase des Reichstagswahlkampfes vom September 1930 keine »Beobachtungen grundsätzlicher Natur, die künftighin zu besonderen Maßnahmen Anlaß geben...«⁸⁹, registrieren. Ähnlich klang es im Bericht des Amtskollegen aus dem Kreis der Eder. Die Unlust der Bürokratie, Aktivitäten der NSDAP als staatsfeindlich einzustufen und an übergeordnete Dienststellen zu melden, wurde mitunter allerdings auch durch unklare Handlungs-

88) Frenz, W.: Der Aufstieg des Nationalsozialismus in Kassel 1922 bis 1933. In: Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen. Hrsg. v. E. Hennig. Frankfurt/M. 1983, S. 71.

89) HStA 165/3884. Landratsbericht, Kreis der Twiste, Az. I 5143, Arolsen, 15.9.1930; HStA 165/3884. Landratsbericht, Kreis der Eder, Az. A 4378, Bad Wildungen, 16.9.1930.



Straßenumzug der teiluniformierten SA durch Arolsen. Casselmann, H.: 10 Jahre Ortsgruppe Korbach der NSDAP 1928 -1938. Korbach o.J. (1938).

anweisungen begünstigt. Laut Polizeiverordnung vom 5. Juli 1930 war in Preußen ein Uniformverbot für alle NSDAP-Organisationen verhängt worden. Daraufhin erkundigte sich Landrat Klapp aus Korbach, ob nur gegen vollständig uniformierte Nationalsozialisten oder auch schon gegen teiluniformierte eingeschritten werden müßte.

Grundsätzlich »kann« gegen Träger einzelner Uniformstücke eingeschritten werden, antwortete der Regierungspräsident; »Zweckmäßigkeitsgründe« sprächen jedoch in einigen Fällen dagegen, denn man dürfe kein Märtyrertum fördern, hieß es weiter.⁹⁰ Unbehelligt marschierte daraufhin die SA, mit einheitlichen dunklen Hosen und weißen Hemden bekleidet, durch die Straßen der Stadt Arolsen. Der preußischen Regierung blieb nur der Spott.

90) HStA Mbg 165/3942 I. RP an Landrat Klapp in Korbach, Az. 1883, Kassel, 19.7.1930.

Längst hatte die NSDAP Waldeck mit einem straffen Organisationsnetz überzogen. Den Ortsgruppen in Arolsen (111 Mitglieder) und Korbach⁹¹ (250 Mitglieder) waren die neuen Parteiabteilungen Willingen-Usseln-Schwaldefeld (35 Mitglieder)⁹², Höringhausen (25 Mitglieder)⁹³, Bad Wildungen (30 Mitglieder)⁹⁴, Bergheim⁹⁵ sowie Braunau-Odershausen (16 Mitglieder) gefolgt. Die zehn NSDAP-Mitglieder in Königshagen und Herbsen arbeiteten vorerst in benachbarten Ortsgruppen mit. Eine flächendeckende Wahlkampfführung war damit sichergestellt.

In der gleichen Art und Weise, wie über Aktivitäten der NSDAP im Kreisgebiet Bericht erstattet werden mußte, informierte die Polizeiverwaltung Korbach den zuständigen Landrat und dieser wiederum das Regierungspräsidium in Kassel über die größte SPD-Veranstaltung, zu der etwa 100 bis 120 Besucher erschienen waren.⁹⁶ Reichsbanner-Gauvorsitzender Quer aus Kassel referierte zu allgemeinen reichspolitischen Themen. Als Gegenredner war der Berliner Kommunist Theis erschienen, der tags zuvor auch bei der NSDAP-Versammlung in Korbach aufgetreten war.⁹⁷

Nur eine Woche später wurde für Korbach eine zweite Kundgebung der SPD angekündigt. Philipp Scheidemann, der am 9. November 1918 in Berlin die Deutsche Republik ausgerufen und in der Folgezeit das erste Reichskabinett angeführt hatte, sollte im Gasthaus »Waldecker Hof« auftreten. In dem Einladungsinserat wandte man sich »An alle Hand- und Kopfarbeiter Corbachs, sowie Bürger und Bürgerinnen!«, doch wie üblich erschien nur der Kern der SPD-Mitgliedschaft zur Wahlkampfveranstaltung mit dem prominenten Reichspolitiker. Bei der Bevölkerungsmehrheit überwogen die Ressentiments gegenüber der Sozialdemokratie. Versammlungen der Linksparteien zu besuchen, war allgemein verpönt.⁹⁸ In

91) HStA Mbg 165/3846 III. Sonderakten betr. politische Vereine, Verbände, Parteien pp., insbesondere Landratsberichte, Kreis der Twiste, (ohne Az.) Arolsen, 28.7.1930 sowie Änderungsnachweis, Az. I 5056, Arolsen, 14.8.1930, Landratsberichte, Kreis des Eisenbergs, (ohne Az., Vermerk »vertraulich«) Korbach, 26.7.1930 sowie Az. I 3858, Korbach, 29.9.1930.

92) HStA Mbg 165/3846 III. Sonderakten betr. politische Vereine, Verbände, Parteien, pp., Landratsbericht, Kreis des Eisenbergs, (ohne Az., Vermerk »vertraulich«) Korbach, 26.7.1930.

93) Ebenda.

94) HStA Mbg 165/3846 III. Sonderakten betr. politische Vereine, Verbände, Parteien pp., Statistik.

95) HStA Mbg 165/3846 III. Sonderakten betr. politische Vereine, Verbände, Parteien pp., Landratsbericht, Kreis der Eder, Az. A 5046, Bad Wildungen, 29.9.1930.

96) HStA Mbg 165/3867. RP, »Sonderakten Überwachungsberichte über politische Versammlungen, Umzüge pp. 1.8.1930 bis 1931«, Landratsbericht, Kreis des Eisenbergs. Korbach, 30.7.1930.

97) Ebenda.

98) Bericht über eine nur mäßig besuchte SPD-Versammlung in Arolsen. WLZ Nr. 186 vom 11.8.1930. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

der Woche vor dem Wahltag besuchten zwei weitere SPD-Mandatsträger das ehemalige Fürstentum. Ein sozialdemokratischer Landrat aus einem Nachbarkreis kam nach Arolsen, der ehemalige sächsische Ministerpräsident Lipinski sprach in Korbach zum Thema »Gegen Hakenkreuz und Bürgerblock, für Gleichberechtigung und Wohlstand aller Schaffenden«. Des weiteren legte er die Politik der SPD seit der Revolution von 1918 dar. Scharf wurde die derzeitige Regierung attackiert, die er als »Diktatur eines Brüning«⁹⁹ darstellte.

SPD-Wahlkampfinserat

An alle Hand- und Kopfarbeiter
Corbachs,
sowie Bürger und Bürgerinnen!

In diesen schweren Zeiten kann es niemanden gleich sein, wie das Geschick der Stadt und damit sein eigenes sich in den nächsten vier Jahren gestaltet. Die Verwirrung in den bürgerlichen Parteien regt in uns nur noch stärker den Wunsch nach einer zielbewußten, klaren politischen Linie. Einwohner Corbachs! Die Sozialdemokratische Partei hat in den Jahren seit dem Umsturze stets staatsbejahend gearbeitet, ist stets eingetreten für die Interessen der berufstätigen Schichten der Hand- und Kopfarbeiter. In Kommunen und im Staate ist sie mit allen Kräften eingetreten für fortschrittliche Bau- und Verkehrspolitik, für sanitären Straßenbau und Kanalisation, für Arbeitsbeschaffung und Linderung der Arbeitslosennot, Mutterschutz, hygienischen Wohnungsbau, Mieterschutz, vernünftige Finanzwirtschaft, Säuglingsfürsorge, Hebung der Volksschulen, Gründung von Volkshochschulen hat die Sozialdemokratie oft in mühseliger Arbeit den bürgerlichen Parteien abgerungen. Dabei hat sie stets den Frieden gewahrt, wie sie ja auch auf außenpolitischem Gebiete für Frieden und Verständigung eintrat. Erleichterung der untragbaren Kriegslasten, Rheinlandbefreiung, allgemeines gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht, gerechte Sozialpolitik sind die Siegeszeichen, die die S.P.D. auf ihrem Wege seit 1918 aufgerichtet hat. Wollt ihr es anders haben? Soll der Dolch und Revolver der »Nazis« herrschen? Können Eure politischen und sozialen Lebensnotwendigkeiten von dem Tschechen Hitler und seinen

99) Bericht über SPD-Versammlung in Korbach. WLZ Nr. 215 vom 13.9.1930. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

russisch-baltischen Hilfstruppen vertreten werden? Soll die Gedankenfreiheit hinter kommunistischen Zuchthäusern sterben? Soll der Terror zu einer politischen Dauereinrichtung werden? Wendet Euch ab von diesen Verderbern Deutschlands und von den verwirrten und in Auflösung befindlichen reaktionären Rechtsparteien. Wendet Euch ab von ihnen! Wählet darum morgen die Liste 1 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und laßt Euch heute abend unsere Ziele noch einmal mündlich darlegen von unserem Genossen, dem früheren Staatsminister Philipp Scheidemann. Er spricht heute abend um 8 Uhr im Waldecker Hof

Eintritt 30 Pfg.

Erwerbslose frei

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ortsgruppe Corbach

WLZ Nr. 185 vom 9.8.1930.

Die immer noch sehr schwach in Waldeck vertretene KPD konzentrierte sich im Reichstagswahlkampf auf eine einzige größere Veranstaltung am 22. August 1930 in Hemfurth/Edersee. Im Zuge eines Großbauprojekts waren dort mehrere hundert Arbeiter aus anderen Regionen untergebracht worden, deren Arbeits- und Wohnbedingungen vielfach Anlaß zur Klage boten. Doch die Hoffnungen der KPD, hier einen fruchtbaren Boden für ihre Agitation zu finden, wurden teilweise enttäuscht, denn fast die Hälfte der 200 Versammlungsteilnehmer gab sich als SPD-Wählerschaft zu erkennen. Erregte Auseinandersetzungen flammten auf, nachdem ein Gewerkschaftssekretär aus Korbach und der Betriebsratsvorsitzende von der »Monierbau AG« in Hemfurth den Ausführungen des KPD-Redners Theo Overhagen die Politikleitlinien der SPD gegenübergestellt hatten.¹⁰⁰

Ebenso zerstritten wie die Arbeiterschaft präsentierte sich erneut das konservativ-bürgerliche Lager. Den aus der DNVP-Sezession hervorgegangenen neuen konservativen Splittergruppierungen trat die Deutsche

100) HStA Mbg 165/3867. Überwachungsbericht der Landjägeri Waldeck, 24.8.1930. HStA Mbg 165/3867. Landratsbericht, Kreis der Eder, Az. A 4754, Bad Wildungen, 29.8.1930.

Staatspartei als ebenfalls neuformierte Bürgertumsvertretung konkurrierend zur Seite.

Um der angestrebten großen bürgerlichen Vereinigung in der Praxis näher zu kommen, opferte der Jungdeutsche Orden die eben erst gegründete Volksnationale Reichsvereinigung (VNRV) und strebte die organisatorische Verschmelzung mit anderen Gruppen des Bürgertums an. Doch statt der ausgemalten schlagkräftigen Front beherrschte auch diesmal bald wieder der Dissens das Erscheinungsbild des bürgerlichen Lagers. Fast alle vom Jungdeutschen Orden in Betracht gezogenen Parteien im Spektrum zwischen den Arbeiterparteien auf der Linken und dem Nationalsozialismus auf der Rechten glaubten, selbst den besten Ausgangspunkt für die als erstrebenswert erachtete Einigungsbewegung darzustellen. Ausgerechnet die in vielen Reichskabinetten vertretene liberale DDP ging auf das Ansinnen des Ordens, der in der Vergangenheit auf der Seite der Reaktion gestanden hatte, ein. Antirepublikanischer Wehrverband und republikanische DDP bildeten als »Deutsche Staatspartei« ein kurioses Gespann. Jungdo-Repräsentant Emde, Kreisinspektor im Kreis des Eisenbergs, begründete diesen Schritt mit der »Not der Zeit«. ¹⁰¹ Er betrachtete die »innere Sammlung« des ehemaligen Wehrverbandes nach dem Zwischenschritt in Form der VNRV nunmehr als abgeschlossen. »Großmeister« Auel klärte die Ordensbrüder in Korbach über die neue Sammlungsbewegung auf. Scharf wies er Verdächtigungen zurück, der Orden sei damit der alten nationalen Zielsetzung untreu geworden. ¹⁰² Dem Marxismus gelte nach wie vor der härteste Kampf, ebenso wie der »Plutokratie« und dem »Kastengeist«, betonte Auel, der kategorisch jedwede Zusammenarbeit mit dem republikanischen »Reichsbanner« und den jüdischen Mitbürgern ablehnte. Fortentwicklung der Republik zum »wahren Volksstaat« lautete nach Auffassung des Ordensvertreters die Devise der Gegenwart.

Da jedoch selbst intern unklar war, welche politischen Gruppierungen letztlich für eine Zusammenarbeit in der neuen Sammlungsbewegung gewonnen werden könnten, tat man sich in der Wahlkampfauseinandersetzung schwer. Während in der Tagespresse »Die Wahrheit über die Deutsche Staatspartei« ¹⁰³ proklamiert wurde, hoffte man noch wenigstens auf die Unterstützung durch die DVP. Im veröffentlichten Wahlauf Ruf am 11. September 1930 zugunsten der DSP fehlten dann allerdings Namen von DVP-Repräsentanten.

101) Bericht über Versammlung der »Deutschen Staatspartei« in Arolsen. WLZ Nr. 182 vom 6.8.1930.

102) Bericht über Versammlung des Jungdeutschen Ordens in Korbach. WLZ Nr. 186 vom 11.8.1930.

103) »Die Wahrheit über die Deutsche Staatspartei«. Wahlkampf-Anzeige der DSP. WLZ Nr. 187 vom 12.8.1930.

Das hohe Ansehen, das der Jungdeutsche Orden in Waldeck genoß, bescherte der Deutschen Staatspartei bei ihren ersten Auftritten eine relativ große Zuhörerschaft. Bis auf den letzten Platz war der Saal des »Waldecker Hofes« in Arolsen gefüllt, als die Jungdo-Redner Emde und Weber über die Ziele der neuen Partei referierten. Nur das Zusammengehen des gesamten Bürgertums könne Deutschland in letzter Stunde retten. Für den Augenblick konstatierten die Ordensbrüder, daß das »...deutsche Volk mit Riesenschritten der Bolschewisierung...«¹⁰⁴ entgegenstrebe. Der anti-kommunistischen Grundidee pflichteten alle anwesenden Versammlungsbesucher bei, unabhängig von ihrer parteipolitischen Ausrichtung. Anhänger von DDP, VNRV, DVP und NSDAP waren vertreten. An den programmatischen Äußerungen der DSP-Redner hatte man kaum etwas auszusetzen, allerdings hegten viele Zweifel an der pragmatischen Durchsetzungsmöglichkeit der bürgerlichen DSP-Sammlungsbewegung. Ganz im Gegensatz zu Kommunisten und Sozialdemokraten betrachteten die Staatspartei die Nationalsozialisten als potentielle Bundesgenossen in einer bürgerlichen Front. Sie glaubte man in den künftigen »wahren Volksstaat« problemlos integrieren zu können.¹⁰⁵ Die Offenheit der Deutschen Staatspartei nach rechts hob man mehrfach hervor. Um das »nationale« Image aufzufrischen, lud man den Skagerraktschlacht-Kriegshelden, Kapitän z.S. a.D. von Egidy, zu einem Vortrag nach Arolsen ein. Er verwahrte sich ganz entschieden gegen einen Kurs, wie er von Höpker-Aschoff, einem DDP-Minister der preußischen Koalitionsregierung, vorgeschlagen worden war. Gemäßigte und liberale Vorstellungen sowie die Nichteinbeziehung extremer Rechtskräfte in die DSP fanden bei v. Egidy keinerlei Gegenliebe.¹⁰⁶ Sein Wirken galt der Erweiterung der Deutschen Staatspartei nach rechts, und hierbei hoffte er auf die intensive Unterstützung durch die jungdeutschen Ordensbrüder. Konträre Meinungen vertrat der ehemalige Reichsfinanzminister Dr. Reinhold vom DDP-Flügel der DSP bei seinem Besuch in Arolsen Anfang September.¹⁰⁷ Gemeinsam argumentierten DDP- und Jungdo-Lager gegen den »Parteiismus« und den »Parteihader«, doch der Einigkeitswunsch blieb das einzige einende Merkmal der neuen Formation, in politischen Sachfragen klappten tiefe Gräben zwischen beiden innerparteilichen Polen.

104) Bericht über eine Versammlung der DSP in Arolsen. WLZ Nr. 191 vom 16.8.1930. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

105) Ebenda.

106) Bericht über die Versammlung »Warum Deutsche Staatspartei?« in Arolsen. WLZ Nr. 195 vom 21.8.1930. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft« Zu den grundlegenden Problemen der DSP vgl. Bracher, K.D.: Die Auflösung der Weimarer Republik, a.a.O., S. 346.

107) Bericht über Versammlung der DSP in Arolsen. WLZ Nr. 211 vom 9.9.1930. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

Seitens des Jungdeutschen Ordens spekulierte man bis zuletzt auf die Mitarbeit von Deutschnationalen und Volksparteilern.¹⁰⁸ Lediglich den Waldeckischen Landbund hatte »Komtur« Fuisting Mitte September als möglichen Partner nicht mehr mit einkalkuliert. Dieser hatte unmißverständlich die Priorität der Standesinteressen gegenüber den gesamtstaatlichen Interessen durchscheinen lassen. Hier drohten dem Jungdeutschen Orden Verluste in einem Bereich, der in der Vergangenheit eigentlich den Kern des Jungdeutschen Ordens gebildet hatte. Viele Landwirte, die im Jungdeutschen Orden engagiert waren, hatten in der Vergangenheit bei Wahlen deutschnational oder später für die Landbundliste gestimmt, nun jedoch entstand eine neuartige Konkurrenzsituation.

Zusätzlich verunsicherte viele konservative Befürworter einer DSP-Sammlungsbewegung die Eingliederung der republikanischen DDP, deren Zusammenarbeit mit der SPD in Preußen man nicht zu tolerieren gedachte. Trotz des offenkundigen Zwiespaltes innerhalb der DSP konnten im Wahlkampfendspurt gute Besuchsergebnisse bei fast allen Veranstaltungen verbucht werden. Daran änderte sich auch nichts, als DNVP und NSDAP den neuen Rechtsbund gezielt attackierten. Die Nationalsozialisten, die als Partei natürlich keinen Gedanken an eine Kooperation mit einer anderen bürgerlichen Sammlungsbewegung verschwendeten, funktionierten eine Staatspartei-Versammlung Ende August in Arolsen zu einer regelrechten NSDAP-Kundgebung um, die eigentlichen Versammlungsausrichter kamen beim verbalen Schlagabtausch mit der NSDAP-Abordnung kaum zu Wort.¹⁰⁹

Auf wenig positive Resonanz stießen die DSP-Bemühungen bei den Deutschnationalen. Für den waldeckischen DNVP- und alldeutschen Politiker Wittmer-Eigenbrodt und den Reichstagskandidaten Dr. Bang handelte es sich hier um ein »Jammerschauspiel der Mitte«. Der Versuch, die Rechte »aufzulockern«, sei kläglich gescheitert, vielmehr habe man sich »selbst aufgelockert«, meinten die DNVP-Vertreter. Hart gingen die DNVP-Politiker mit dem Weimarer Staat zu Gericht. »Der demokratische Parlamentarismus ist im Verenden... retten läßt sich das System von heute nicht mehr...«, hieß es in dem großen Wahlaufruf vom DNVP-Reichstagsmandatsbewerber Bang. »Weimar und Versailles gehören zusammen«, und beiden gelte der erbitterte Kampf. Die Vernichtung zweier »Blutsauger« am deutschen Volke stände unmittelbar bevor, nämlich der »Tributfron« und der »Marxistenfron«, waren Bang und der als Artikel-Herausgeber benannte Wittmer-Eigenbrodt überzeugt. Der »nationale« Jungdeut-

108) »Wo ist eine Stimme«. Artikel von »Komtur« Fuisting. WLZ Nr. 215 vom 13.9.1930.

109) Bericht über Versammlung der DSP in Arolsen. WLZ Nr. 202 vom 29.8.1930. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

sche Orden wurde bewußt in die Position einer »System«-Kraft gerückt.¹¹⁰

Unverkennbar gab sich die DNVP nach der Abspaltung der Volkskonservativen und nach Übertritten zum CSVD oder zur CNBL noch radikaler als zuvor. Das Vokabular unterschied sich kaum von dem der Nationalsozialisten. Ebenso bestand zwischen beiden Parteien eine Übereinstimmung in der Zielsetzung, die bestehende Staatsordnung um jeden Preis zu zerschlagen. Gemeinsame Taktik war es auch, die eigene Partei als ungerecht behandelt und den schamlosesten Lügen seitens der »System«-Parteien ausgesetzt, darzustellen.

Doch selbst die aggressivsten Töne der Deutschnationalen konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihre besten Zeiten als Partei in Waldeck vorüber waren. Die Bauernschaft suchte ihren eigenen Weg mit der CNBL, zu der inzwischen auch der Agrarexperte und Reichsminister Schiele übergetreten war. Teile der Agrarbevölkerung erblickten nur in der NSDAP eine aktive und zukunftssträchtige Vertreterin »nationaler« und antidemokratischer Politik. Im angeblichen Kampf, »Schulter an Schulter«¹¹¹ mit der NSDAP, waren die Deutschnationalen seit der Endphase der Antiyoungplan-Agitation eindeutig ins zweite Glied abgerutscht. Den »Aufbruch der nationalen Front«¹¹² führte in Waldeck nun die NSDAP an. Gemäßigte Kräfte verlor die Hugenberg-Partei an die Konservative Volkspartei, radikale Protestanten an den Christlich-Sozialen Volksdienst. Sowohl die Quantität der Versammlungen als auch die Besucherzahlen bei den einzelnen Veranstaltungen waren rückläufig. Der Abwärtstrend der DNVP trat bei den Stadtverordnetenwahlen in Korbach am 10. August 1930 offen in Erscheinung. Auf der kommunalen Ebene verblieben der DNVP lediglich 97 Wähler, nur ein Deutschnationaler konnte demzufolge in das 17 Mandate umfassende Stadtparlament einziehen, hingegen war die NSDAP erstmals vertreten. Bei einem der beiden NSDAP-Stadtverordneten in Korbach handelte es sich um einen Überläufer von der Parteilosen Wirtschaftsliste.¹¹³

Der DVP, die auf Gemeindeebene zugunsten diverser Wirtschafts-, Beamten- und Bürgerlisten Verzicht übte, fiel es sehr schwer, sich daraufhin als wichtiger Block des bürgerlichen Lagers im Reichstagswahlkampf zu profilieren und sich von der Vielzahl bürgerlicher Gruppen abzuheben.

110) »Beitrag zum Wahlkampf«. WLZ Nr. 185 vom 9.8.1930.

111) Bericht über DNVP-Versammlung in Arolsen. WLZ Nr. 187 vom 12. 8. 1930. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

112) »Aufbruch der nationalen Front«. WLZ Nr. 209 vom 6.9.1930.

113) »Corbacher Stadtverordnetenwahl«. WLZ Nr. 186 vom 11.8.1930. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

Dem Gebot der »Bürgerlichen Einigung« versuchte die Volkspartei, durch eine Wahlkampfabsprache mit der Konservativen Volkspartei (KVP) und der Wirtschaftspartei (WP) gerecht zu werden. In einer gemeinsamen Werbeanzeige stellte man die Verdienste des Reichspräsidenten in den Vordergrund. Insgesamt verlief der DVP-Wahlkampf wenig spektakulär. Die Bündnispartner von Konservativer Volkspartei und Wirtschaftspartei zeigten ihrerseits nur begrenzte Rücksichtnahme auf die Interessen der DVP. In eigenständigen Zeitungsanzeigen wandte man sich als die Mittelstandsinteressenvertretung an Handwerker, Kaufleute und Gewerbetreibende. Bei weitem reichte die organisatorische Grundlage von Wirtschaftspartei und neuer Konservativer Volkspartei nicht aus, die Bevölkerung der Landgemeinden über die politischen Vorstellungen ihrer Gruppierungen aufzuklären. Speziell die Konservative Volkspartei verfügte über keinen funktionstüchtigen Parteiapparat in der Region Waldeck.

In einer ganz anderen Dimension präsentierte sich die Wahlkampfarbeit der NSDAP. Die Nationalsozialisten leisteten sich zahllose Zeitungsannoncen, verfügten in Form der Ortsgruppen über eine gut organisierte, flächendeckende Basis, konnten auf zahlreiche ehrenamtliche Aktivisten zurückgreifen und rhetorisch geschulte Wanderredner ins Rennen schicken, hinzu kam die eigene Zeitung. Längst war klar, daß sich die NSDAP in Waldeck etabliert hatte, dennoch überraschte am Wahltag die Höhe des Erfolges. Auch ein kurzfristig initiiertes »Bund Deutscher Aufbau«, der aus Furcht vor dem »Chaos eines brudermordenden Bürgerkrieges«¹¹⁴ die Waldecker aufrief, keine Stimme den Nationalsozialisten und ihrer »Katastrophenpolitik«¹¹⁵ zu geben, hatte die Stimmungslage der waldeckischen Wahlbevölkerung nicht mehr grundlegend verändern können. Unter der Überschrift »Ihr Otterngezücht...«¹¹⁶ formulierten die Nationalsozialisten ihren Gegenangriff. »Der Tag der Abrechnung ist nahe!«¹¹⁷ setzte man den Ausführungen des »überparteilichen« Bundes deutscher Aufbau »...zur Bekämpfung der Lüge, des Terrors und der Korruption in der Politik«¹¹⁸ als Argumentationsersatz entgegen.

Eine Rekordwahlbeteiligung von 76,1 % bescherte der NSDAP den Spitzenplatz unter den Parteien in Waldeck. Fast 6.700 Stimmen hatte man gegenüber der letzten Reichstagswahl von 1928 gewinnen können.

114) »Wir treiben Katastrophenpolitik«. Wahlkampfanzeige des »Bundes Deutscher Aufbau«. WLZ Nr. 213 vom 11.9.1930.

115) Ebenda.

116) »Ihr Otterngezücht«. NSDAP-Wahlkampfanzeige. WLZ Nr. 214 vom 12.9.1930.

117) Ebenda.

118) »Wir treiben Katastrophenpolitik«. Wahlkampfanzeige des »Bundes Deutscher Aufbau«. WLZ Nr. 213 vom 11.9.1930.

Ergebnis der Reichstagswahl am 14.9.1930 in Waldeck:¹¹⁹

Liste	Stimmen	Saldo zu 1928	Prozent im Reich	Prozent im Reich
NSDAP	7.722	+ 6.683	26,6	18,3
CNBL	5.626	- 1.064	19,3	3,8
SPD	4.936	+ 44	17,0	24,5
DSP*	2.198	+ 1.216	7,6	3,8
CSVD	1.961	+ 1.961	6,7	2,5
DVP	1.462	- 1.177	5,0	4,5
DNVP	1.424	- 943	4,9	7,0
WP	1.099	+ 187	3,8	3,9
KPD	1.099	+ 733	3,8	13,1
Zentrum	818	+ 206	2,8	11,8
KVP	302	+ 302	1,0	0,8
Kriegsopferl.	182	+ 182		
CSVG	116	+ 116		
VRP	77	- 206		
DBP	43	- 24		
USPD	18	- 26		
Summe	29.083	+ 8.190		

* DSP bis Juli 1930 DDP

Ganz offensichtlich war es der NSDAP gelungen, bisherige Nichtwähler zur Stimmabgabe für die NSDAP zu motivieren. Bürger, die bislang in einer Wahlpartizipation keinen Sinn gesehen hatten, sahen nun in der NSDAP eine Kraft, der praktische Veränderungen zugetraut werden konnten. Nur in zweiter Linie profitierte die NSDAP von direkten Verlusten anderer Parteien. DVP, DNVP und CNBL verloren zwar insgesamt rund 3.200 Wähler, allerdings dürfte ein Teil dieser Einbußen auf das Konto von Konservativer Volkspartei, DSP und Christlich-Sozialem Volksdienst gegangen sein. Die Jungdo-Anhänger scheinen maßgeblich zum Erfolg der DSP beigetragen zu haben.

Das gute Abschneiden der Staatspartei in Waldeck stand völlig im Gegensatz zur Entwicklung im Reich, denn insgesamt blieb man sogar hinter dem Ergebnis der DDP aus dem Jahre 1928 zurück. Neben diesem Jungdo-Effekt zeigten sich auch im Bereich der agrarischen Wählerschichten in

119) »Reichstagswahl vom 14. September 1930«. WLZ Nr. 216 vom 15.9.1930.

Waldeck markante Trendunterschiede gegenüber dem deutschen Durchschnitt. Während reichsweit die CNBL ihr Resultat auf niedrigstem Niveau annähernd verdoppeln konnte, war die Zahl der Landvolk-Wähler in Waldeck bereits wieder rückläufig. In der 1928er CNBL-Hochburg Waldeck ließen Verluste von etwa 15 % ahnen, daß der berufsspezifische Sonderweg keine Zukunft haben würde.

Am Triumph der NSDAP waren entscheidend auch die Kreisstädte beteiligt, wo man mit 3.168 Stimmen immerhin 41 % aller NSDAP-Stimmen erzielen konnte. Die Resultate in Bad Wildungen (NSDAP: 26,3 %) und Arolsen (NSDAP: 22,3 %) entsprachen ziemlich genau dem jeweiligen Kreisdurchschnitt, lediglich Korbach blieb mit 23,9 % NSDAP-Stimmen etwas hinter dem Kreisergebnis von 29,4 % zurück. Während in den vergangenen Jahren die dörflichen Hochburgen im Upland maßgeblichen Einfluß auf das Gesamtabstneiden der NSDAP genommen hatten, war die nationalsozialistische Bewegung nun in allen Regionen vertreten; »weiße Flecken« gab es, abgesehen von der katholischen Gemeinde Hillershausen, nicht mehr. Das konfessionell atypische Dorf im Kreis des Eisenbergs kennzeichnete ein fast geschlossenes Votum für die Zentrumsparterie (90,7 %). Erstaunlich war das gute Abschneiden der NSDAP im Kreis der Eder, der aufgrund einer außergewöhnlich hohen Wahlbeteiligung von 86,3 % seinen Status als »Sorgenkind« der NSDAP-Parteileitung verlor. Daß die Nationalsozialisten neben vielen bisherigen Nichtwählern aber auch Anhänger der CNBL herüberziehen konnten, läßt sich exemplarisch an einigen Ergebnissen in kleineren, überschaubaren Landgemeinden nachverfolgen. Beispielsweise standen erheblichen Einbußen der CNBL in 1928er Hochburgen wie Immighausen, Goddelsheim, Rhena, Sachsenberg (alle Kreis des Eisenbergs), Schmillinghausen (Kreis der Twiste) oder Freinhagen (Kreis der Eder) nun NSDAP-Gewinne in Größenordnung der CNBL-Verluste gegenüber, ohne daß andere bürgerliche Parteien ähnliche Zuwächse aufweisen konnten.¹²⁰

In anderen Gemeinden hingegen blieb der CNBL-Wähleranteil relativ konstant. Sonderentwicklungen waren in Nieder-Ense zu verzeichnen, wo relevante Teile der CNBL ganz offensichtlich zur DNVP zurückkehrten oder auch in Münden, wo der Christlich-Soziale Volksdienst zu Lasten der CNBL die Führungsposition übernahm. Vom Durchschnitt hob sich ferner das Abstimmresultat in Adorf ab, wo die Deutsche Staatspartei dank der regen Tätigkeit der örtlichen Jungdo-Bruderschaft dreimal mehr Stimmen gewann als die DDP im Jahre 1928, was wiederum der DVP herbe Einbußen bescherte.

120) HStA Mbg 165/3884. Berichte der Landräte.

Auch das Lager der Arbeiterparteien wies in Waldeck eine gewisse konservative Komponente auf. Anders als in den industriellen Ballungszentren blieb die SPD von substantiellen Verlusten an die radikale KPD verschont, nur in wenigen Gemeinden fanden geringe Austauschbewegungen zwischen beiden Gruppierungen mit einem positiven Saldo für die KPD statt. Insgesamt blieb der Wählerstamm der Linksparteien unverändert, neue Wählerschichten konnten nicht angesprochen werden, ebenso kam es nicht zu Abwanderungen in Richtung der bürgerlichen Parteien einschließlich der NSDAP. Die Kommunisten feierten ihre größten Erfolge in Korbach (KPD: 5,3 %), wo der Arbeiteranteil an der Wohnbevölkerung durch die Continental-Gummiwerke-Ansiedlung überproportional hoch lag und in Wrexen Orpethal (KPD: 18,2 %), wo mehrere Papier- und Pappfabriken industrielle Arbeitsplätze boten. Fabrikansiedlungen oder regionale Großbauprojekte schlugen in noch größerem Maße zugunsten der SPD zu Buche. Die Liste der Gemeinden mit verhältnismäßig hohen SPD-Anteilen umfaßte Hemfurth (Edersee) (43,7 %), Waldeck-Stadt (39,3 %), Wetterburg (37,6 %), Affoldern (37,1 %), Alt-Wildungen (34,3 %), Braunsen (29,7 %) und Twiste (27,4 %). Der Stagnation auf der Linken stand eine positive Entwicklung bei der Deutschen Staatspartei entgegen. Anders als im Reichsdurchschnitt verlief der Erstaufritt der DSP in Waldeck recht erfolgreich. Vertrauensverluste auf dem ohnehin recht spärlich ausgebildeten linksliberalen Flügel standen stärkere Zugewinne aus dem Jungdo-Bereich entgegen.

Einer herben Niederlage kam die Reichstagswahl von 1930 für die DVP gleich. Zwischen Parteien- und Staatsverdrossenheit einerseits und neuen bürgerlichen Kräften (DSP und NSDAP) andererseits drohte die Volkspartei zerrieben zu werden. Ihre Einbindung in das Präsidialkabinett im Reich zahlte sich negativ aus.

Die Waldeckische Landeszeitung konstatierte in ihrer knappen Wahlanalyse zwar ein Zusammenschmelzen von DNVP und DVP auf die Hälfte ihres vormaligen Wählerpotentials, stuft diese Entwicklung jedoch als sekundär ein, da es dennoch gelungen war, das »marxistische« Lager in seinen Grenzen zu halten. Beruhigt stellte man den 6.053 Stimmen für »marxistische« Parteien 23.030 Stimmen für »nichtmarxistische« Parteien¹²¹ gegenüber. Die gelungene Abwehr einer angeblichen Linksfahrer, ausgehend von KPD und SPD, stilisierte das Presseorgan zum erfreulichsten Aspekt der Septemberwahl. Eine Auseinandersetzung mit dem erdrutschartigen Sieg der NSDAP glaubte man vernachlässigen zu können, weil man den Nationalsozialismus eben als Teil der »nationalen« Kräfte einordnete, nicht als extremistische Gefahr für den deutschen Staat.

121) »Reichstagswahl vom 14. September 1930«. WLZ Nr. 216 vom 15.9.1930.

Dabei mußte nun endgültig klar sein, daß die in ihrem Bestand halbierten alten Rechtsparteien nun erst recht nicht mehr die ihnen zuge dachte Wende in der deutschen Politik würden herbeiführen können. In ihrer Glanzzeit war es der DNVP nicht gelungen, den republikanischen Staat durch einen autoritären Obrigkeitsstaat zu ersetzen, wie sollte sie dies mit der eklatant geschwächten Basis realisieren können? Die deutschnationale Restpartei war ohne Zweifel mehr denn je auf Konzessionen und Kompromisse angewiesen, wollte sie ihre Vorstellungen im Reichskabinett einbringen.

Ganz im Gegensatz dazu präsentierte sich die NSDAP als dynamische und vom Kompromiß-»System« nicht kompromittierte Kraft der Zukunft, die auch vielen dem Parteienstaat reserviert gegenüberstehenden Bürgern eine greifbare Perspektive bot. Besonders die Jungwählerschaft zeigte sich vom Aktionismus der NS-Bewegung beeindruckt.

Längst hatte sich der Nationalsozialismus auch im Alltagsleben etablieren können. Mit großer Selbstverständlichkeit war in der Vorwahlkampfzeit hingenommen worden, daß die SA sich an kulturellen Ereignissen beteiligte, Seite an Seite mit parteiungebundenen Gesangsvereinen, Musikkapellen oder Schützenabteilungen. Beiläufig berichtete die Kasseler Post am 23. Juli 1930 über den Aufmarsch der SA-Musiker vom Sturm I/83 aus Kassel beim traditionellen »Freischießen« in Korbach.¹²² Nach Auffassung des Kasseler Volksblattes hatte es sich bei dieser Großveranstaltung um ein »...ausgesprochenes Spießbürgerfest im Zeichen Schwarz-Weiß-Rot gegen Schwarz-Rot-Gold«¹²³ gehandelt. Dem Flaggenschmuck in den monarchistischen Farben setzte die sozialdemokratisch ausgerichtete Tageszeitung den Aufruf »Kauft bei Republikanern!«¹²⁴ entgegen.

Der Agitationsfeldzug gegen die preußische Staatsregierung im Verlauf des Jahres 1931

Obwohl die Reichstagswahlen am 14. September 1930¹²⁵ den Nationalsozialisten im gesamten Reich mächtige Stimmengewinne und den alten Rechtsparteien spürbare Verluste gebracht hatten, blieb das Präsidialkabinett Brüning personell unverändert im Amt. Nach wie vor verfügte der Reichskanzler Brüning über keine parlamentarische Mehrheit; die Anzahl

122) Kasseler Post Nr. 200 vom 23.7.1930.

123) »Schwarz-weiß-rotes Schützenfest in Corbach«. Kasseler Volksblatt Nr. 177 vom 1.8.1930.

124) Ebenda.

125) Vgl. Reichstagswahlstatistik in: Erdmann, K.D.: Das Ende des Reiches und die Neubildung deutscher Staaten, München 1983³, S. 392f.

der bürgerlich-konservativen Mandate, auf die sich der Kabinettschef bedingt berufen konnte, war sogar erheblich geschrumpft. Eine von Brüning anvisierte »Rechtsmehrheit« kam nicht zustande; eigentlich bestand von vornherein keine realistische Aussicht für eine derartige Konstellation, vielmehr mußte schon vor dem Wahltag mit einem erheblichen Stimmenzuwachs für die NSDAP gerechnet werden. Gestützt auf das Vertrauen des Reichspräsidenten, verweilte Brüning auf seinem Posten. Da sich wegen unüberbrückbarer Differenzen zwischen den verschiedenen Oppositionsgruppen zunächst keine Mehrheit gegen die Notverordnungspolitik fand, konnte Brüning durch intensive Inanspruchnahme des § 48 der Weimarer Verfassung ein Mindestmaß an Regierungsfähigkeit aufrechterhalten. Entscheidend war, daß die SPD die Minderheitsregierung tolerierte. Obwohl die Sozialdemokraten mit der Politik Brünings in vielerlei Hinsicht nicht einverstanden sein konnten, betrachteten sie eine Regierung Brüning als das kleinere Übel, verglichen mit einem möglichen Kabinett Hugenberg oder Hitler.

Kennzeichnend für den Brüning'schen Regierungskurs wurde die Verknüpfung von Innenpolitik und außenpolitischer Revanchepolitik mit zivilen Mitteln. Exportoffensive und innerstaatlicher Sparkurs sollten das Weltwirtschaftsgefüge und damit das Reparationssystem erschüttern. Während man Industrie und Landwirtschaft relativ großzügig subventionierte, beschnitt man rigoros die Sozialausgaben des Staates und schlug einen Weg der Steuererhöhung, Konsumeinschränkung und Gehaltskürzung zu Lasten der abhängig Beschäftigten ein. Zwar kam man dem Globalziel, Deutschlands internationale Reparationsverpflichtungen abzubauen, näher, aber binnenpolitisch förderte der prozyklische Wirtschaftskurs den ökonomischen Abschwung. Im Sommer 1931 nahm die Krise ein katastrophenhaftes Ausmaß an. Ausländischer Kapitalabzug, Liquiditätsschwierigkeiten, Bankenzusammenbrüche und außer Kontrolle geratene Panikstimmung in weiten Bevölkerungskreisen verschärften die Situation zusehends. Augenscheinlicher Begleitumstand der wirtschaftlichen Krisenentwicklung war die Brutalisierung des politischen Kampfes. Auch in den waldeckischen Kreisen waren politisch motivierte Schlägereien und Überfälle bald an der Tagesordnung.

Noch im September 1930 hatte die preußische Koalitionsregierung in Anbetracht der enormen NSDAP-Stimmengewinne versucht, die Weiterausbreitung der NS-Ideologie durch eine umfassende Propagandakampagne in der Presse zu stoppen. Waldeckische Zeitungsredaktionen fanden sich nicht bereit, einen Aufruf gegen die zunehmende Gewaltanwendung und unchristliche Einstellung der NSDAP zu veröffentlichen.¹²⁶ Die Ver-

126) Zusammenstellung von Gerichtsurteilen gegen Nationalsozialisten und Auflistungen

antwortlichen in den Pressehäusern führten ihre Verpflichtung zur »Neutralität«¹²⁷ als Argument gegen einen Anti-NS-Aufruf in ihren Zeitungen an. Mit Verständnis kommentierte der Landrat des Kreises der Twiste¹²⁸ die Weigerung der Redaktion des deutschnational orientierten »Waldecker Anzeigers«, eine derartige Erklärung abzudrucken. Auch Landrat Klapp aus Korbach konnte nur die ganz entschiedene Ablehnung seitens des zuständigen WLZ-Vertreters an die vorgesetzte Dienststelle melden;¹²⁹ er selbst identifizierte sich mit der Sichtweise der Ereignisse durch die einzige Tageszeitung in seinem Kreisgebiet und verschanzte sich in gleicher Weise hinter dem Banner vermeintlicher »Neutralität«. Anonyme Zuwortmeldungen »nationaler« Mitbürger unter der Rubrik »Das offene Wort« hatten in der Regel nicht mit vergleichbaren Schwierigkeiten zu kämpfen. Als »...für den hiesigen Kreis nicht [...] verwendbar«¹³⁰ klassifizierte der Landratskollege aus Bad Wildungen die Textvorgabe der Kasseler Regierung.

Sowohl der vom NSDAP-Aufschwung ausgehenden Gefahren als auch der Unzulänglichkeit der bisherigen regierungsamtlichen Gegenmaßnahmen war sich der zuständige Sachbearbeiter im Regierungspräsidium, Regierungsrat Kreuter, bewußt. In einem Schreiben vom 16. Februar 1931 an das Preußische Innenministerium betonte er den dringenden Handlungsbedarf und beklagte gleichzeitig Personalmangel, Konzeptlosigkeit sowie die zum Teil miserabele Amtshilfe untergeordneter Dienststellen. Unzureichende und schlechte Berichterstattung über die Aktivitäten der antirepublikanischen NS-Bewegung attestierte der Kasseler Regierungsbeamte auch den drei waldeckischen Landratsämtern.¹³¹

Trotz des großen Wahlerfolges gönnten sich die nationalsozialistischen Agitatoren keine Ruhepause. Schon wenige Tage nach dem 14. September 1930 rief man zum Besuch der Veranstaltung »Adolf Hitler, der Befreier

von gewalttätigen Verfehlungen durch SA, SS und NSDAP sollten nach Wunsch der Regierung in Kassel publiziert werden, vgl. dazu Meldungen im »Kasseler Tageblatt« vom 4.6., 6.6., 1.7., 7.7. und 1.8.1930.

- 127) HStA Mbg 165/3942 I. Landratsbericht, Kreis des Eisenbergs, Az. I Nr. 6/7 pers., Korbach, 25.9.1930.
- 128) HStA Mbg 165/3942 I. Landratsbericht, Kreis der Twiste, Az. I 5853, Arolsen, 29.9.1930.
- 129) HStA Mbg 165/3942 I. Landratsbericht, Kreis des Eisenbergs, Az. I Nr. 6/7 pers. Korbach, 25.9.1930.
- 130) HStA Mbg 165/3942 I. Landratsbericht, Kreis der Eder, Bad Wildungen, 28.9.1930. »Das mit der Verfügung vom 3. bzw. 6. September 1930 P.2269 bzw. P.2295 übersandte Material habe ich nach reiflicher Überlegung für den hiesigen Kreis nicht als verwendbar erachten können.« Landrat v. Trotha legte die vorgeschlagenen Textbeiträge der Presse erst gar nicht vor.
- 131) HStA Mbg 165/3885. Akten zu »Organisation und Tätigkeit der Polit. Polizei 1930-1933«. Schreiben des RP an das Preußischen Ministerium des Inneren, Kassel, 16.2.1931.

aus Knechtschaft und Schmach«¹³² in Arolsen auf, und der Zuspruch war »...überaus stark«. ¹³³ Mitte Dezember veranstaltete die NS-Partei in der ehemaligen Waldeckischen Residenzstadt einen Film- und Konzertabend. Gauleiter Weinrich umrahmte mit seinen Ausführungen den Reichsparteitagsfilm »Aufmarsch der siebzigtausend Braunhemden«¹³⁴, abgeschlossen wurde der Propaganda-Abend mit einem Musikvortrag.

Außerdem hatten zwei überregionale Ereignisse der NSDAP in Waldeck zu Schlagzeilen in der Regionalpresse und Beachtung in der Bevölkerung verholfen. Zum einen hatte Adolf Hitler den Reichswehrprozeß gegen Ulmer Offiziere, die der verbotenen Betätigung für den Nationalsozialismus innerhalb der Armee angeklagt waren, für Legalitätsbeteuerungen und Selbstdarstellung ausnutzen können, zum anderen gelang es, die Ermordung des SA-Mannes Horst Wessel im Berliner Unterweltmilieu als heldenhaftes Märtyrertum für die »nationale« Sache zu vermarkten.

Einen noch höheren Stellenwert in bezug auf die Stimmungslage in Waldeck schienen neuerliche Meldungen über Konkurse und Zwangsversteigerungen im hiesigen Raum zu besitzen. Nach den Waldeckischen Metallwerken in Arolsen schloß wenige Tage später auch die Mengerlinghäuser Stuhlfabrik.¹³⁵ In Korbach, Rhoden und Rhenege kam es zu Versteigerungen landwirtschaftlichen Besitzes.¹³⁶ Der gewerblichen Wirtschaft gelang es in dieser Phase auch in Waldeck, die tariflich vereinbarten Löhne merklich zu senken. Um 11 % sollten auf Betreiben der Arbeitgeberseite die vertraglich festgesetzten Löhne in der waldeckischen Holzindustrie reduziert werden. Bürgermeister Dr. Zimmermann, der als staatlicher Schlichter fungierte, schlug als Kompromiß eine Lohnkürzung um 6 % vor, was von der Arbeitgebervertretung nicht akzeptiert wurde.¹³⁷ Ein vollkommen vertragsloser Zustand war die Folge. Für die Forstverwaltung bestimmte der Zweckverband mit seiner Rechtsmehrheit eine Lohnminde-

132) »Öffentliche Versammlung: Adolf Hitler, der Befreier aus Knechtschaft und Schmach«. NSDAP-Anzeige. WLZ Nr. 249 vom 23.10.1930.

133) Bericht über NSDAP-Versammlung in Arolsen. WLZ Nr. 252 vom 27.10.1930. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

134) »Aufmarsch der siebzigtausend Braunhemden«. NSDAP-Anzeige für eine öffentliche Versammlung und eine Filmvorführung in Arolsen. WLZ Nr. 285 vom 5.12.1930; Bericht über eine NSDAP-Versammlung in Arolsen. WLZ Nr. 289 vom 10.12.1930.

135) »Konkurs der Waldeckischen Metallwerke« in Arolsen. WLZ Nr. 224 vom 24.9.1930. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; »Zwangsversteigerung der hiesigen Stuhlfabrik« (Mengerlinghausen). WLZ Nr. 271 vom 18.11.1930. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

136) »Zwangsversteigerung«. Zwei Anzeigen. WLZ Nr. 231 vom 2.10.1930; »Zwangsverkauf«. Anzeige. WLZ Nr. 236 vom 8.10.1930; »Zwangsversteigerung«. WLZ Nr. 28 vom 26.2.1931.

137) »... Tarifamt für das Holzgewerbe in Waldeck ...«. WLZ Nr. 55 vom 6.3.1931. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

rum um 6 %.¹³⁸ Den massiven Einkommenseinbußen der Arbeitnehmer standen selbstverständlich keine Preissenkungen, wie vom »Ausschuß zur Förderung der Preissenkung« eigentlich vorgezeichnet, entgegen.¹³⁹ Armut und Not breiteten sich aus. Der zuständigen Preisprüfungs- und Vermittlungskommission warf eine Arbeitslosengruppe aus Nieder-Schleidern vor, sie lege es darauf an, durch unzutreffende und verleumdende Berichte an das Arbeitsamt ungerechtfertigte Aussonderungsmaßnahmen zu initiieren und somit Arbeitslose ihrer Unterstützungsberechtigung zu berauben.¹⁴⁰ Zweifellos überschritt auch in Waldeck die Polarisierung innerhalb der Gesellschaft jedes erträgliche Maß, da aber die gewerblich-industrielle Arbeiterschaft nur einen unterdurchschnittlichen Anteil an der waldeckischen Gesamtbevölkerung stellte, stand nicht der Konflikt zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, sondern die interne Auseinandersetzung im bürgerlichen Lager im Vordergrund der öffentlichen Diskussionen.

Insbesondere die Unruhe und Unzufriedenheit der Landwirte prägte das Bild. Sicherlich hatten viele Betriebe Schwierigkeiten, angesichts nicht ausreichender Erzeugerpreise und hoher Schuldzinsen über die Runden zu kommen. Auf etwa 3.000 von insgesamt 4.000 Höfen ruhte eine Gesamtschuldenlast von 9,3 Millionen Reichsmark, was einer Hektarverschuldung von 206,- RM gleichkam.¹⁴¹ Gemessen am Einheitswert wurde die Schuldenrate auf 21,8 % beziffert und lag damit unter dem Reichsdurchschnitt. Heftig klagte die einheimische Agrarwirtschaft über zu hohe Steuerbelastungen. 71 % der waldeckischen Bauern waren zur Einkommensteuer veranlagt worden, was zu einem Anteil von 46 % am gesamten Einkommenssteueraufkommen in Waldeck beitrug; ähnliche Werte wurden nur noch aus Niederbayern oder der Grenzmark (Posen-Westpreußen) gemeldet.

Die herausragende Stellung der Landwirtschaft im Wirtschaftsleben Waldecks wird noch deutlicher, wenn man sich in Erinnerung ruft, daß weit über den Rahmen der offiziellen Statistik der Agrarbetriebe hinaus viele Waldecker verschiedenster Berufsschichten im Neben- und Zuerwerb landwirtschaftlich tätig waren. Subsistenzwirtschaft besaß einen hohen Stellenwert.

Betrachtet man die Jahresumsätze der einzelnen Erwerbszweige, so ist zu erkennen, daß die Landwirtschaft nicht ihrer Bedeutung für das Er-

138) Bericht über die Sitzung des Hauptausschusses des Zweckverbandes Waldeck in Arolsen. WLZ Nr. 36 vom 12.2.1931. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

139) »Die Lebensmittelpreise in Arolsen«. WLZ Nr. 30 vom 5.2.1931.

140) »Offenes Wort« einer Arbeitslosengruppe aus Nieder-Schleidern. WLZ Nr. 300 vom 23.12.1930.

141) »Waldecks Landwirtschaft mit 9,3 Millionen RM verschuldet«. WLZ Nr. 239 vom 11.10.1930.

werbsleben entsprechend vertreten war. Mit einem Jahresumsatz von 16,7 Mio. RM lag der Agrarsektor deutlich hinter Industrie (21,9 Mio. RM) und Handel (35,0 Mio. RM) zurück. Nur 21,3 % aller Jahresumsätze wurden in der Landwirtschaft getätigt.¹⁴² Die Produktivität im Agrarbereich ließ also zu wünschen übrig.

Der Protest gegen die Landwirtschaftspolitik in Preußen und im Reich bzw. die als unzureichend erachtete Einkommenslage beherrschte auch zu Beginn des Jahres 1931 die Stimmungslage in Waldeck.

Mit Bekanntgabe des »Stahlhelm«-Antrages auf ein Volksbegehren zur vorzeitigen Auflösung des preußischen Landtages Anfang Februar 1931 glaubten unzufriedene Landwirte, Geschäftsleute und sonstige Mittelständler eine wirksame Ausdrucksform für ihre Proteste gefunden zu haben. Seit langem sah man in der preußischen Koalitionsregierung aus katholisch-konservativem Zentrum, liberaler DDP und sozialdemokratischer Partei ein Grundübel und eine Idealverkörperung des »Systemgeistes«, ganz abgesehen davon, daß der Anschluß des Freistaates Waldeck an das mächtige Land Preußen den waldeckischen Heimatstolz verletzt und das tiefe Mißtrauen gegen den großen Nachbarn gesteigert hatte.

Speziell die langjährige Einbeziehung der SPD in die preußische Staatsregierung ermöglichte den »nationalen« Kräften die Konstruktion eines Idealfeindbildes. Erwartungsgemäß schlossen sich die waldeckischen Deutschnationalen umgehend der Stahlhelm-Initiative an.¹⁴³ Auch die DVP entdeckte Sympathien für die Position der Volksbegehrensbetreiber. Volkswirt Kampf stellte bei einer Kundgebung in Korbach im Namen der DVP fest, »...daß in Deutschland der westeuropäische Parlamentarismus versagt hat und eine andere Form dem deutschen Staatsleben gegeben werden muß«¹⁴⁴. Eine DVP-Hauptforderung hieß, den Länderparlamentarismus umgehend abzuschaffen. Unter den Kundgebungsrednern befand sich auch der Bürgermeister der Stadt Korbach.

Nicht lange ließ die Solidaritätsadresse der Arolser Kyffhäuser-Organisation für das Volksbegehren auf sich warten. Wenngleich man die Floskel von der parteipolitischen Neutralität einem Zitat aus dem »Parolebuch« der Bundesorganisation voranstellte, war die Stoßrichtung eindeutig. Kyffhäuser-Präsident General v. Horn zeigte sich überzeugt, daß »...die Absicht des Stahlhelm bei der Mehrzahl unserer preußischen Kameraden Zustimmung finden wird...«¹⁴⁵. Jedem einzelnen wurde nahegelegt, die

142) »Waldecks wirtschaftliche Leistungen«. WLZ Nr. 73 vom 27.3.1931.

143) »Der Volksbegehrensantrag des Stahlhelms«. WLZ Nr. 31 vom 6.2.1931.

144) Bericht über eine Versammlung der DVP mit dem Redner Kampf in Korbach. WLZ Nr. 65 vom 18.3.1931. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

145) »Der Reichskriegerbund »Kyffhäuser««. WLZ Nr. 58 vom 10.3.1931. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

Richtlinien der »Deutschen Front« zu beherzigen, die da lauteten, »Befreiung Deutschlands aus Wehrlosigkeit, aus Schuld knechtschaft und von den zersetzenden Einflüssen des Kulturbolschewismus«¹⁴⁶. Mit den Richtlinien dieser »Deutschen Front« war es offenbar gut zu vereinbaren, den Geburtstag Kaiser Wilhelms I. wie in der »guten alten Zeit« mit einer Gedenkstunde feierlich zu begehen.¹⁴⁷

Während in den Kinos der Kreisstädte das Heldenepos »Verdun« die nationalistischen Gefühle aufpeitschte, begann die Interessenkoalition aus Stahlhelm, DNVP, Wirtschaftspartei, DVP, NSDAP, Landbund und CNBL ihren Agitationsfeldzug gegen die preußische Staatsregierung und das frei gewählte Parlament. Erstmals standen bürgerliche Parteien der sog. »Mitte« offiziell Seite an Seite mit den radikalen Gruppen der Rechten, noch in der Youngplankampagne hatten sich DVP und Wirtschaftspartei zurückgehalten. Nun marschierten alle Gruppierungen mit »nationalem« Selbstverständnis in einer Front gegen die Weimarer Republik und ihre parlamentarisch-demokratischen Institutionen, wobei man alle von der Verfassung angebotenen Freiheitsmöglichkeiten voll ausschöpfte.

Landwirt und DNVP-Funktionär Wittmer-Eigenbrodt, der auch im Alldeutschen Verband aktiv tätig war, referierte in Arolsen über »Weg und Ziel der nationalen Opposition«.¹⁴⁸ »Verräterei« am Ende des Weltkrieges, »Moral der Futterkrippe« und »Gleichmacherei« hätten das deutsche Volk in den Abgrund geführt, das Gebot der Stunde lautete nach Auffassung Wittmer-Eigenbrodts, diese »Erbfehler« auszumerzen. Den Einfluß der Weltwirtschaftskrise auf die schlechte Lage in Deutschland stufte er dahinter als sekundär ein. Alle »staatserhaltenden Parteien« müßten nun zusammenwirken, um die »Errichtung des Dritten Reiches«¹⁴⁹ zu ermöglichen, fuhr der deutschnationale Redner fort. Als erstes Ziel auf diesem Weg definierte er die »Eroberung Preußens«. Spürbar war der Zuspruch größer, wenn die NSDAP zu Versammlungen und sonstigen Aktivitäten aufrief. Wieder einmal umrahmten die Nationalsozialisten ihre politische Botschaft mit Kabarett-, Volkstanz- und Liedvorträgen. Der NSDAP-»Volkskunstabend« in Korbach wurde ein voller Erfolg. Nur wenige Tage später lud man gezielt die Bauernschaft zur großen NSDAP-»Bauernkundgebung« in die Eisenberg-Kreisstadt ein.¹⁵⁰ Der konservativen und antire-

146) Ebenda.

147) Bericht über Versammlung des Kriegervereins Korbach. WLZ Nr. 70 vom 24.3.1931. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

148) »Öffentliche Versammlung – Weg und Ziel der nationalen Opposition«. Wahlkampfanzeige der DNVP in Arolsen. WLZ Nr. 66 vom 19.3.1931; »Weg und Ziel der nationalen Opposition«. WLZ Nr. 68 vom 21.3.1931. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

149) Bericht über die DNVP-Versammlung in Arolsen. WLZ Nr. 70 vom 24.3.1931.

150) »Öffentliche nationalsozialistische Bauernkundgebung«. WLZ Nr. 72 vom 26.3.1931.

volutionären Grundeinstellung Rechnung tragend, präsentierte sich die NSDAP den waldeckischen Bauern inzwischen als »nationale Bauernpartei«. Am 27. März 1931 war Landwirt v. Wedel-Parlow aus Braunschweig angereist, um den im »Waldecker Hof« versammelten Landwirten die nationalsozialistischen Vorstellungen von Grund und Boden sowie bodenständigem Bauerntum zu erläutern.

Weiten Raum nahm erneut die Distanzierung von sozialistischen Wirtschafts- und Eigentumsvorstellungen ein. Nicht Verstaatlichungen, sondern verstärkten Schutz von Grund und Boden versprach man den Bauern, was unter der These »deutsche Staatsoberhoheit über Grund und Boden«¹⁵¹ zusammengefaßt wurde. Danach leitete der Agitator zu den bekannten Attacken gegen ausländische Einflüsse und Ausbeutung, gegen Judentum und angeblich »jüdisch-römisches Recht«, Versailler Vertrag und »Kriegsschuldfrage« sowie das gesamte Weimarer »System« über. Wie schon im Falle der internen Konflikte mit Otto Straßer, gelang es auch in dieser Phase, den Stennes-Aufstand in Berlin als bedeutungslose Randerscheinung herunterzuspielen. Heftige Streitigkeiten innerhalb der Kasseler SA, die von der »Neuen Arbeiterzeitung« schon als Indiz für den »Niedergang der Kasseler NSDAP« interpretiert wurden,¹⁵² griffen nicht auf Waldeck über und spielten weder in den NSDAP-Versammlungen noch in der öffentlichen Diskussion eine Rolle.

Taktisches Geschick bewies die NSDAP erneut in der Volksbegehrensfrage. Zwar schloß man sich dem gemeinsamen Aufruf von Wirtschaftspartei, DNVP, DVP, WLB und CNBL an und förderte damit das äußere Erscheinungsbild einer geeinten, starken Rechtsallianz. Weiterhin wandte man sich seitens der NSDAP jedoch mit eigenen Veranstaltungen an die Wählerschaft. Konsens herrschte im kooperierenden Rechtslager in der Einschätzung, daß die legitime Regierung den Kindern durch die staatliche Schulpolitik den »sittlichen und religiösen Halt«¹⁵³ entzog oder darüber, daß die Reichsregierung mit ihrem friedlichen Revisionskurs die Befreiung von den Tributen sabotierte und das Vaterland zu Grunde richtete. Ungeachtet aller Meinungsdivergenzen innerhalb des rechten politischen Spektrums in der Vergangenheit trat nun die weltanschauliche Frontstellung gegen Demokratie und Republik in den Mittelpunkt. Aus propagandistischen Gründen versuchte man zu verschweigen, daß im Preußischen Landtag eine Koalition aus konservativen, liberalen und sozialdemokratischen

151) »Nationalsozialistische Bauernkundgebung«. WLZ Nr. 75 vom 30.3.1931. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«. – Eine weitere »Bauernkundgebung« fand am 28.3.1931 in Goddelsheim statt.

152) »Neue Arbeiterzeitung« Nr. 101 vom 20.5.1931.

153) Gemeinsamer Aufruf zur Unterstützung des Stahlhelm-Volksbegehrens von Wirtschaftspartei, DVP, DNVP, CNBLVP, NSDAP und Landbund. WLZ Nr. 79 vom 4.4.1931.

Mandatsträgern amtierte, statt dessen konstruierte man eine »sozialdemokratische« oder »marxistische« Regierung, die das Volk tyrannisiere. Durch dieses demagogische Vorgehen glaubte man, leichter die Massen mobilisieren zu können.

Nach dem Motto, wer Preußen habe, der habe auch das Reich, argumentierte der deutschnationale Agitator, Pfarrer Zeidler aus Kassel, für einen entschlossenen Kampf mit äußerster Härte.

Gemeinsamer Aufruf von WP, DVP, DNVP, Landvolk, CNBLVP und NSDAP zur Unterstützung des Stahlhelm-Volksbegehrens zur vorzeitigen Auflösung des Preußischen Landtages.

Volksbegehren.

Waldecker! Die wirtschaftliche Not steigt immer höher, unser Verfall in moralischer Beziehung geht mit Riesenschritten vorwärts. Von den großen Städten geht die Zersetzung aus und überschwemmt das ganze Land, dringt mehr und mehr in jeden Hof, in jedes Haus! Die Vereinigung der Gottlosen erhebt immer dreister ihr Haupt. Unseren Kindern wird der sittliche und religiöse Halt entzogen, Schmutz und Schund sind an der Tagesordnung.

5.000000 Erwerbslose, darunter Millionen von Familienvätern, führen ein elendes Leben, und die Not steigt weiter.

Unsere Tributlasten verhindern die Arbeitsbeschaffung! Die Reichsregierung kann keine Reformen durchführen, kann die Tributlasten nicht abschütteln, weil der sozialdemokratische Einfluß der Regierung Braun in Preußen es verhindert. Diese Regierung entspricht nicht mehr dem Willen des Volkes. Es gilt, die sozialdemokratische Regierung in Preußen zu brechen.

Darum, deutsche Bürger und Bürgerinnen, die Ihr Eure und Eurer Kinder Zukunft retten wollt, und Ihr wollt es ja alle, tragt Euch in die Listen für das Volksbegehren ein. Es ist von der Regierung genehmigt.

Niemand darf fehlen! Es ist ein gesetzlicher erlaubter Akt des gesamten Volkes!

Handwerker, Bauern, Geschäftsleute, Beamte!

Tragt Euch ein!

Versündigt Euch nicht an der Zukunft des gesamten Vaterlandes durch Fernbleiben, durch Gleichgültigkeit oder Feigheit! Wer deutsch sein will, der handle auch als Deutscher!

Nicht die Anderen sollen für Dich handeln!
Jeder Einzelne muß selbst handeln. Jede, jede einzelne Stimme ist erforderlich.

Die Listen liegen vom 8.- 21. April zur Eintragung aus.
Bedenke, daß Du ein deutscher Christ bist, und daß es an Dir liegt, ob unser Vaterland zu Grunde gehen soll oder nicht.

Wirtschaftspartei.
Deutschnationale Volkspartei.
Deutsche Volkspartei.
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.
Landbund.
Landvolkpartei (Christlich-nationale Bauern- u. Landvolkpartei.)

WLZ Nr. 79 vom 6.4.1931

Beamten, die wegen ihrer Treuepflicht gegenüber dem Staatswesen oder aus Angst um weitere Beförderungen noch nicht zur Eintragung in die Volksbegehrenlisten entschlossen waren, widmete man eine eigene Werbekampagne.¹⁵⁴

In Bad Wildungen bildete sich im Verlauf des Volksreferendums eine neue »Stahlhelm«-Ortsgruppe. Etwa fünfundzwanzig Mitglieder scharten sich um den Vorsitzenden, einen Major a.D., der seit längerem auch die Position des stellvertretenden Vorsitzenden des Wildunger Kyffhäuser-Kriegervereins innehatte.¹⁵⁵

Die bisher etwas zurückhaltendere Deutsche Volkspartei suchte nach der vorausgegangenen Wahlschlappe vom 14. September 1930 nun die Flucht nach vorne. Durch Mitmarschieren in der militanten »nationalen Front« glaubte man, dem Zeitgeist am besten gerecht zu werden. Doch statt am Erfolg des Rechtsradikalismus zu partizipieren, beschleunigte sich der Verfall der DVP. Für einen »nuancierten Radikalismus« war kein Raum.

Ähnliches galt für die Volksnationale Reichsvereinigung des Jungdeutschen Ordens, die nach dem kurzen Zwischenspiel einer Kooperation mit der DDP in der Deutschen Staatspartei wieder die alleinige Hoffnung der Ordensbrüder auf Teilhabe an der politischen Macht trug. Während die liberale DDP den Namen des für sie wenig vorteilhaften Bündnisses beibe-

154) »Beamtenaufmarsch zum Volksbegehren«. WLZ Nr. 91 vom 20.4.1931.

155) HStA Mbg 165/3846 IV. Landratsbericht, Kreis der Eder, Az. A 2425, Bad Wildungen, 29.5.1931.

hielt, distanzierte sich die VNRV von der Deutschen Staatspartei, was deren Zukunftsperspektive in Waldeck in einem schlechten Licht erscheinen ließ. Die VNRV beschäftigte sich nach der Trennung von der DSP ausgiebig mit dem Thema »Volksstaat oder Diktatur?«¹⁵⁶. Zwar lehnte man den bestehenden »Parteistaat« ab, aber die offene Diktatur skizzierte man ebenfalls als keineswegs ideale Variante. Als Provisorium konnte man sich aber ein autoritäres Staatsgebilde durchaus vorstellen. Daß eine »...vorübergehende und kurze Diktatur mit dem Zwecke der Herbeiführung eines gesunden politischen Zustandes wohl berechtigt und auch dienlich...« sei, formulierte der jungdeutsche Reichstagsabgeordnete Bornemann anlässlich einer VNRV-Kundgebung in Korbach. Es sollte wieder »wirkliche Führer« geben, unter denen »Zerrissenheit« und die »Volkskrise« überwunden werden könnten, hieß es weiter. »Wahlreform« in Preußen, »Neuordnung des Reiches unter Beseitigung der Länderregierungen«, »Entlastung der Industrie von der Arbeiterschaft, die sie nicht beschäftigen kann« und »Schutz auch der geistigen Güter (Ehre)«, bezeichnete Bornemann als vorrangige Programmpunkte seiner Partei.¹⁵⁷

Die Resonanz auf diesen Kurs blieb schwach. Die jungdeutsche Vorstellung von »ein bißchen Diktatur« als Vorstufe für den »Volksstaat« mit endzeitlichem Charakter erschien vielen Waldeckern doch etwas fremd, zumal es keine praktischen Vorbilder dafür gab.

Das zeitweise Bündnis mit der als »Systempartei« verschrieenen DDP hatte zudem Deutschnationale und Nationalsozialisten herausgefordert, die »nationale« Zuverlässigkeit des Jungdeutschen Ordens in Zweifel zu ziehen. Spöttisch bezeichnete die NSDAP die Jungdeutschen Ordensmitglieder als »Auchnationale« und forderte sie ultimativ auf, zu den wahrhaft »nationalen« Veranstaltungen der NS-Bewegung zu erscheinen.¹⁵⁸ Schließlich rückte man den Jungdeutschen Orden in die Nähe von Judentum und Marxismus und verhöhlte die Ordensbrüder als Feiglinge.¹⁵⁹ Auf diese Weise umging man eine sachliche Auseinandersetzung mit den Rivalen. Wenn der Orden schon für die Abschaffung der Länderparlamente eintrat, mußte er dann nicht ganz entschieden für die Auflösung des Preu-

156) »Volksstaat oder Diktatur«. Wahlkampfanzeige der Volksnationalen Reichsvereini- gung (Arolsen). WLZ Nr. 75 vom 30.3.1931; »Volksstaat oder Diktatur?«. Werbeanzeigen für Versammlungen in Arolsen und Korbach. WLZ Nr. 78 vom 2.4.1931.

157) »Volksstaat oder Diktatur?«. Bericht über die Vorträge des Reichstagsabgeordneten Otto Bornemann (»Bundeskanzler« des Jungdeutschen Ordens) in Arolsen und Korbach. WLZ Nr. 78 vom 2.4.1931.

158) »Schaffende Deutsche aller Stände!«. NSDAP-Anzeige. WLZ Nr. 138 vom 16.6.1931; »Eingesandt«. Leserbrief der NSDAP-Ortsgruppe Korbach. WLZ Nr. 137 vom 15.6.1931.

159) »Jungdeutsche und Nationalsozialisten herhören! – Auchnationaler »Mut««. WLZ Nr. 141 vom 19.6.1931; Bericht über NSDAP-Versammlung mit dem Redner Zietlow aus Berlin. WLZ Nr. 141 vom 19.6.1931. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

ßischen Landtages plädieren? fragte sich sicherlich so mancher Waldecker. Die Stimmungslage in den bürgerlichen Kreisen, die sich früher dem Jungdeutschen Orden verbunden gezeigt hatten, schien sich dahingehend geändert zu haben, daß nur noch in einer schnellen und radikalen Hinwendung zu einem autoritären Führerstaat eine Möglichkeit gesehen wurde, den wirtschaftlichen und nationalen Aufschwung einzuleiten. Beschimpfungen, Verleumdungen und Verspottungen der demokratischen Verfassungsnormen und -instanzen gehörten zum alltäglichen Kampf.

Die Nationalsozialisten schickten sich an, die Früchte der »nationalen« Saat vergangener Jahre zu ernten. Ohne Skrupel griff die NSDAP die von den reaktionären Rechtsgruppierungen verbreiteten Vorstellungen und populären Äußerlichkeiten auf, beispielsweise kopierte man nun die traditionellen Sonnwendfeiern des Jungdeutschen Ordens und stellte sie als Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie dar. Hitler, vom »System« nicht kompromittiert, wurde zum Träger der nationalen Hoffnung. Er machte sich die von den alten Rechtsparteien betriebene Entfremdung zwischen Bürgertum und Republik zunutze.

Leichtsinnig hatte man bis in die Reihen der gemäßigten bürgerlichen Parteien das demokratische System als unpraktisch, ineffektiv und nachteilig sowohl für die Durchsetzung der ökonomischen Interessen ihrer Klientel als auch für die revisionistischen Zielsetzungen in der Außenpolitik angesehen. Fortschreitend reduzierte sich das Lager der kompromißlos prorepublikanischen Kräfte auf die sozialdemokratische Partei. Parallel dazu wurden die antisozialistischen Aversionen zunehmend auf den gesamten Weimarer Staat übertragen, ungeachtet der Tatsache, daß die SPD seit dem Sturz der »Großen Koalition« nicht mehr in der Reichsregierung vertreten war.

Zum »Kampf um Volk und Nation«¹⁶⁰ stilisierte die NSDAP die Auseinandersetzung um das Volksbegehren Preußenparlamentsauflösung. Um die »nationale« Komponente voll zur Geltung bringen zu können, engagierte man den ehemaligen U-Boot-Kapitän und Kriegshelden Hering für den Unterhaltungsteil einer Parteiversammlung Ende März in Korbach. Den nationalen Rausch versuchten die Parteistrategen der NSDAP durch die Etikettierung ihrer Versammlung als »Kundgebung des erwachenden Deutschlands«¹⁶¹ noch zu steigern. Das Publikum bei der NSDAP-Veran-

160) »Kampf um Volk und Nation«. NSDAP-Wahlkampfanzeige für Versammlung in Korbach. WLZ Nr. 90 vom 18.4.1931.

161) »Große Kundgebung des erwachenden Deutschlands!«. NSDAP-Wahlkampfanzeige. WLZ Nr. 92 vom 21.4.1931

Plakat der Volksbegehrensbetreiber für den zweiten Abstimmungsgang im August 1931. HStA Mbg 165/3871. (Abb. rechte Seite)



staltung mit Hersing und Blankemeyer war begeistert. Großartig kamen die Kriegserlebnisschilderungen an. Der »nationalen« Zuhörerschaft paßten die Ausführungen des Marine-Kriegshelden, die deutsche U-Boot-Flotte hätte die Engländer schon in die Knie gezwungen, wäre sie nicht von der neuen Regierung daran gehindert worden, nahtlos in ihr Weltbild. Nationale Phrasen und Wiederaufstiegshysterie verdrängten die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und der gegenwärtigen politischen Realität.

13.071 Waldecker trugen sich in die Listen der Volksbegehrensbetreiber ein, sie stimmten damit unmißverständlich gegen Weimarer Demokratie und Parlamentarismus. Im Kreis des Eisenbergs stimmten 5.246 von 14.740 Wahlberechtigten für die Stahlhelm-Initiative, also 30,5 %.¹⁶² Auch in den Kreisen der Twiste (3.524 »ja«) und der Eder (4.301 »ja«) wurde wie in der gesamten Provinz Hessen-Nassau die Zahl der notwendigen Eintragungen überschritten. Da dies auch im Landesdurchschnitt der Fall war, begann nach dem Teilerfolg im ersten Schritt der Agitationsfeldzug für die eigentliche Volksabstimmung, nachdem die Landtagsmehrheit aus Zentrum, Deutscher Staatspartei, SPD sowie drei Vertretern von Kleinstgruppierungen mit 229 gegen 190 Stimmen von DNVP, KPD, DVP, Wirtschaftspartei, CNBL, NSDAP, CSVD sowie fünf Abgeordneten sonstiger Parteien dem Anliegen eine Absage erteilt hatten.¹⁶³

Schon Anfang Mai kam der Pommersche Landvolkfürher und »...hier allseits bekannte und in der vordersten Front des Kampfes gegen den Marxismus stehende preußische Landtagsabgeordnete...« v. Rohr nach Korbach, um mit seinem Weggefährten Lothar Steuer von der DNVP eine »große nationale Kundgebung«¹⁶⁴ abzuhalten. Dr. Max Waldschmidt von der DNVP aus Bad Wildungen begrüßte die zahlreich angereisten Kundgebungsteilnehmer. Würde es nicht in kürzester Zeit gelingen, den Marxismus zu vernichten, wäre es mit Deutschland vorbei, skizzierte er die Situation. Von Rohr-Demmin (Mitglied des Landtags) gab seinem Redebeitrag die Überschrift: »Der Existenzkampf der deutschen Landwirtschaft und der Bankerott der Parlamentsdemokratie«. Die Not der Landwirtschaft habe unter Brüning eine neue Dimension angenommen, und hinter allem stünde die »gewaltige Macht des Marxismus«, eröffnete der Deutschnationale aus Pommern seinem Auditorium.¹⁶⁵

162) »Das Ergebnis des Volksbegehrens in Waldeck«. WLZ Nr. 94 vom 23.4.1931.

163) Bracher, K.D.: Die Auflösung der Weimarer Republik, a.a.O., S. 342.

164) »Wege und Ziele der nationalen Opposition«. Wahlkampfanzeige der DNVP für eine Versammlung in Korbach. WLZ Nr. 108 vom 9.5.1931.

165) Bericht über eine Versammlung des Gauverbandes Waldeck der DNVP in Korbach. WLZ Nr. 115 vom 19.5.1931.

Von der erhofften Wende sah man sich weiter entfernt denn je. Anfänglicher Unterstützung für den Kurs Brünings in der Agrarpolitik habe man Konfrontation nachfolgen lassen müssen, weil man in der DNVP erkannt habe, daß keine Aussicht auf Rettung der Landwirtschaft bestünde, solange das »Kraftzentrum des Marxismus«¹⁶⁶ nicht zerstört sei, d.h. die vorzeitige Auflösung des preußischen Parlaments nicht den Weg in einen autoritären Staat geebnet habe. Eingedenk der NSDAP-Erfolge mit Showeinlagen ließen die Deutschnationalen ihrem Appell, der »Kampffront gegen den Marxismus« beizutreten, eine Grammophonarbeit folgen.

Für wenige Tage lenkte Ende Mai 1931 ein Unwetter mit starken Überschwemmungsschäden in weiten Teilen Waldecks vom bevorstehenden Abstimmungskampf über den preußischen Landtag ab. Als erste setzten die Nationalsozialisten die Werbearbeit fort. Mitte Juni leistete man sich Großankündigungen in der Tagespresse, um auf die nationalsozialistischen Sonnenwendfeiern aufmerksam zu machen. Durch großen Materialaufwand und ein Mammutaufgebot von uniformierten Parteiabteilungen und Spielmannszügen hoffte man, die traditionellen Jungdo-Sonnenwendfeierlichkeiten in den Schatten stellen zu können. Zumindest in Arolsen gelang dieses Unterfangen.

Fahnen- und Standartenträger, Musikkapellen und 200 Angehörige verschiedener NSDAP-Gliederungen formierten sich zu einem Fackelzug durch die Residenzstadt. Nach dem Absingen des »Feuerliedes« mit der Anfangszeile »Flamme empor...« entzündeten die Marschteilnehmer einen großen Holzstoß auf dem Königsberg am Stadtrand von Arolsen. Aus Kassel war ein »Parteigenosse« angereist, um den versammelten Massen die nationalsozialistische Ausdeutung der historischen Sonnenwendfeiern zu liefern.

Als Wahrerin alter, wertvoller Traditionen wollte man sich den Waldekern präsentieren. Die NS-Bewegung definierte man als folgerichtige Anknüpfung an germanisches Heldentum und deutsches Heldentum schlechthin. Um diesen Anspruch zu untermauern, entlieh man sich von den Kyffhäuser-Kriegervereinen die Zeremonie einer »Heldengedenkfeier« mit Kranzniederlegung auf dem Friedhof der Stadt. Auch am zweiten Tag der Sonnenwendfeierlichkeiten sammelten sich Anhänger und Sympathisanten zu einer imposanten Marschformation, die nicht nur die Kernstadt, sondern auch die umliegenden Ortschaften Mengerinhausen und Helsen durchquerte.¹⁶⁷

166) Ebenda.

167) Bericht über »Sonnenwendfeier« der NSDAP in Arolsen. WLZ Nr. 144 vom 23.6.1931. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

Das nationalsozialistische Bekenntnis zum deutschen Heldentum vergangener Tage kam gerade rechtzeitig zum »Fest des Jahres« in Arolsen. Aus dem ganzen Reich trafen Ende Juni 1931 Veteranen des ehemaligen Waldecker Bataillons III/83 in der alten Garnisonsstadt mit Sonderzügen ein. Arolsen empfing die ausgedienten Soldaten mit Blumen- und Fahnen-schmuck in den Straßen. Zahlreiche Geschäfte boten Sonderangebote feil, und ganz Waldeck beneidete die Kreisstadt des Kreises der Twiste um diese hohe Ehre. Im benachbarten Landau konnte man wenigstens »das freudige Ereignis«¹⁶⁸ eines Durchmarsches von Angehörigen einer Reichswehreinheit vorweisen.

Den Erinnerungen an stolze Tage der Vergangenheit stellten die Nationalsozialisten umgehend den angeblich neuesten Skandal des gegenwärtigen »Systems« entgegen. Von der Regierung Brüning als Teilerfolg verbucht, interpretierten die Nationalsozialisten das »Hoover-Moratorium«, das Deutschland ein Jahr lang von den Reparationszahlungen befreite, als üblen Trick der Alliierten und als Akt der Erfüllungspolitik seitens der Reichsregierung. Die NSDAP wertete die Reparationsstundung als Fest-schreibung der »Unantastbarkeit des Youngplanes« und sah darin bereits ein »Ostlocarno« sowie einen Verzicht auf einen als wünschenswert erachteten Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich. Man war sich sicher, daß die deutsche Regierung das teilweise Entgegenkommen der West-mächte mit einem Verbot von Stahlhelm und NSDAP erkaufte habe, zumindest verbreitete man diese Einschätzung in der Öffentlichkeit.¹⁶⁹ Außerdem liege nun Hindenburg, »... vor dem einst die ganze Welt gezittert, vor Hoover im Staube und bitte um ein Almosen«, kritisierte NSDAP-Funktionär Gutterer anläßlich einer Versammlung in Waldeck.¹⁷⁰ Schließlich wetterten die NS-Repräsentanten gegen eine angeblich bereits in Gang gekommene Verfolgung der NSDAP durch den Staatsapparat.

»Deutscher Bauer wahre Deine Scholle!«¹⁷¹, lautete das Motto der großen Bauernkundgebung der NSDAP nur wenige Tage später. Zur zweitägigen Agrargroßveranstaltung im benachbarten Wabern reisten die waldeckischen Anhänger per Bahn und Bus an. SS-Konzertvortrag, SA-Marschmusik, gemeinsamer Kirchgang und Gefallenenehrung standen nebenbei auf dem Programm. Ferner wurden »Bauernschulungskurse« abgehalten. Themen wie »Was muß der deutsche Bauer über die Rassenfrage

168) »... eine starke Truppe der Reichswehr ...«. WLZ Nr. 151 vom 4.7.1931. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

169) »Wen will Hoover retten?«. Bericht über eine NSDAP-Versammlung in Korbach mit dem Nationalsozialisten Gutterer. WLZ Nr. 157 vom 8.7.1931.

170) Ebenda.

171) HStA Mbg 165/3871. »Deutscher Bauer wahre Deine Scholle«. NSDAP-Plakat zur Bauernkundgebung in Wabern.

wissen?« oder »Was muß der deutsche Bauer vom Liberalismus und Marxismus, den Totengräbern des Volkes im allgemeinen und des Bauernstandes im besonderen wissen?«¹⁷² sollten behandelt werden. Zwei weitere größere NSDAP-Kundgebungen vor dem Termin des Volksentscheides wurden in Rattlar und Arolsen abgehalten. »Über den Volksentscheid zum Ende der Parteiherrschaft in Preußen«¹⁷³, hieß die These v. Wedell-Parlows in diesem Zusammenhang.

Während der kritische Film »Im Westen nichts Neues« in Waldeck nicht zur Aufführung gelangte, war der Besuchererfolg für »Westfront 1918«, eine »heldische« Produktion, vorprogrammiert. Proportional zur Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Lage wuchs die »nationale« Stimmung an.

In der Neujahrsnacht 1930/31 war es in Mehlen, Kreis der Eder, erstmals zu einer politisch motivierten Gewalttat gegen ein Arbeiterhepaar gekommen. Roland Freisler, einer der führenden NSDAP-Agitatoren, bagatellierte im Verlauf des Prozesses die Tat als Streich zweier Angetrunkenen. Mehr öffentliche Beachtung fand eine blutige Schlägerei auf dem Jahrmarkt in Bad Wildungen Ende Juli 1931. Gegen Mitternacht am letzten Viehmarktstag erschien eine Polizeiabteilung auf dem Festplatz, um die exakte Einhaltung der Polizeistunde durchzusetzen. Aus einer Menschenansammlung heraus soll der kommunistische Schlachtruf »Heil Moskau!« erklingen sein, was die Polizei zu einem sofortigen Angriff mit Schlagstöcken auf die Festplatzbesuchergruppe veranlaßte. Ohne Unterschied wurden tatsächliche und vermeintliche Kommunisten außer Gefecht gesetzt. Auch die KPD-Stadtverordneten Theis und Schäfer befanden sich unter den Bedrängten. Bürgermeister Nölder rechtfertigte umgehend das Vorgehen der Wildunger Polizei. Doch selbst in bürgerlichen Kreisen kamen Zweifel auf, ob ein derart übereiltes und überzogenes Eingreifen angebracht gewesen war. Der konservative Landrat mochte nicht zu dem Vorfall Stellung nehmen, räumte jedoch ein, daß das Geschehen in der Presse korrekt wiedergegeben worden sei.¹⁷⁴ Die polizeiliche Überreaktion in Bad Wildungen war ein Indiz für die gereizte Stimmungslage. Landrat v. Trotha sprach von einer »jetzigen allgemeinen Nervosität«¹⁷⁵,

172) »Bauernschulungskurs« des Gaues Hessen-Nassau der NSDAP in Wabern. WLZ Nr. 158 vom 9.7.1931. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

173) »Öffentliche Versammlung – über den Volksentscheid zum Ende der Parteiherrschaft in Preußen«. NSDAP-Wahlkampfanzeige. WLZ Nr. 182 vom 6.8.1931.

174) HStA Mbg 165/3975. Akten betr. Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung, 1922 bis 1932; »Schlimmer Viehmarkts-Ausgang«. WLZ Nr. 177 vom 31.7.1931. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

175) HStA Mbg 165/3871. Sonderakten betr. politische Agitationsschriften 1931, Landratsbericht, Kreis der Eder, Az. A 2977, Bad Wildungen, 30.6.1931.

die ihm auch als Begründung für ein Verbot einer Flugblattaktion des »Tannenbergbundes« diente.

Beim »Tannenbergbund« handelte es sich um eine antikirchliche, rechtsradikale Sektierergruppe mit dem ehemaligen OHL-Chef und Mitputschisten von 1923 sowie zeitweiligem NSDAP-Mitglied Erich Ludendorff an der Spitze. In Waldeck war diese Gruppierung bereits durch eine Kundgebung mit Major a.D. Pommer am 2. Februar 1930¹⁷⁶, einen Vortragsabend gegen »Judentum, Freimaurerei und Christentum« in Sachsenberg¹⁷⁷ sowie eine »Tannenbergbundfeier« Ende Februar 1931 in Goddelsheim in Erscheinung getreten. Prophezeiungen über einen unmittelbar bevorstehenden Weltkrieg durch die Ludendorffianer schienen dem zuständigen Landrat geeignet, die »öffentliche Sicherheit und Ordnung«¹⁷⁸ zu gefährden. Der große Durchbruch gelang dieser Außenseitergruppe im protestantischen Waldeck nicht. Die Kirche als Autorität wollte man nicht in Frage gestellt sehen.

Am 1. August 1931 erschien in der Tagespresse ein großer Aufruf gegen die preußische Staatsregierung. Alle bekannten Hetzparolen gegen den Weimarer Staat, Demokratie und Parlamentarismus wurden noch einmal zusammengefaßt. Deutschnationale, Landvolk, Nationalsozialisten, Volksparteiler, die Wirtschaftspartei sowie der »Stahlhelm« unterzeichneten den Artikel. Mit dem Begriff »Das Reich« wurde die lange Reihe der Worthülsen ergänzt, mit der man im Agitationskampf hantierte. Nicht Argumente, sondern pathetische und »nationale« Vokabeln standen im Vordergrund fast aller Aufrufe und Ansprachen der Rechtskräfte. Das Bedürfnis nach objektiver Information war offenbar nicht so groß ausgeprägt wie die »nationalen« Sehnsüchte. In manchen Sachfragen, beispielsweise bei der Auseinandersetzung um den Youngplan oder das Hoover-Moratorium schien die Agitation der »nationalen« Kräfte von der politischen Realität weitgehend losgelöst zu sein.

Unversöhnlicher Haß wurde geschürt, um eine Geschlossenheit in den eigenen Reihen zu erzeugen und dem Zwang einer sachlichen Auseinandersetzung zu entfliehen. Größter Beliebtheit erfreute sich hierbei die ständige Wiederauffrischung der »Dolchstoßlegende«. Wider besseres Wissen lastete man der Demokratie die Niederlage im Weltkrieg, den Versailler Vertrag, die Kriegsschuld Klausel, die Reparationslasten, die schlechte Wirtschaftslage, angeblich arbeitsplatzraubende Steuer- und So-

176) HStA Mbg 165/3815. Landratsbericht, Kreis des Eisenbergs, Az. 1125, Korbach, 18.3.1930.

177) HStA Mbg 165/3867. Bürgermeisteramt Sachsenberg an den Landrat des Kreises des Eisenbergs, Sachsenberg, 14.11.1930.

178) HStA Mbg 165/3871. Sonderakten betr. politische Agitationsschriften 1931, Landratsbericht, Kreis der Eder, Az. A 2977, Bad Wildungen, 30.6.1931.

zialpolitik, unterstellte Korruption, Unfähigkeit usw. an. Immer mehr spitzte man die Schuldzuweisung auf die SPD zu. Sie identifizierte man mit allen tatsächlichen oder vermeintlichen Übeln im Staate.¹⁷⁹ Christentum, Nation, Vaterland, Ehre und Anstand waren einem rechten Alleinvertretungsanspruch unterworfen.

Die zumindest in Waldeck durch die »nationalen« Demagogie-Kampagnen in arge Bedrängnis geratene preußische Staatsregierung bemühte sich, durch Erwirkung einer Notverordnung dem Feldzug der Rechtsallianz wenigstens eine Zeitungserklärung entgegenzusetzen. Nur durch dieses Zwangsmittel gelang es, in der Mehrzahl der Presseerzeugnisse Berücksichtigung zu finden.

Seitens der preußischen Regierung zeigte man sich bemüht, die faktische Allianz von Rechts und Linksaußen, also die »unnatürliche«¹⁸⁰ Zusammenrottung der »nationalen« Kräfte und der kommunistischen Partei hervorzuheben. Schließlich traten NSDAP, DNVP, DVP, Wirtschaftspartei, Landbund, CNBL und Stahlhelm ebenso für den Sturz der Landesregierung und für die Durchsetzung des Volksentscheides ein wie die KPD. Die Regierung konnte in dieser Interessengemeinschaft nur eine Quelle für das totale Chaos entdecken. Preußen sollte als das »letzte Bollwerk«¹⁸¹ gegen den Radikalismus die Vernichtung der »Volksrechte« verhindern.

Schlußappell der preußischen Staatsregierung, der aufgrund einer Verordnung des Reichspräsidenten in allen preußischen Tageszeitungen veröffentlicht werden mußte.

Wer aus blindem Haß gegen die Errungenschaften der Demokratie den Sturz der Regierung der Weimarer Koalition in Preußen will, wer an die Stelle von Ordnung und Sicherheit die gegenseitige Zerfleischung der dann um die Herrschaft kämpfenden radikalen Parteien, also den Bruderkrieg im eigenen Land, setzen will, wer die mühsam wieder angeknüpften, von der deutschen Wirtschaft zur europäischen Umwelt führenden Fäden wieder zerreißen will, wer ein Sowjet-Preußen oder ein faschistisches Preußen will, der gehe zum Volksentscheid und stimme mit »Ja«.

179) »Deutsche Männer und Frauen! – Das Reich muß uns doch werden«. Aufruf der Volksentscheid-Betreiber für die vorzeitige Auflösung des Preußischen Landtages. WLZ Nr. 178 vom 1.8.1931.

180) »Kundgebung der Preußischen Staatsregierung«. WLZ Nr. 183 vom 7.8.1931.

181) »Kundgebung der Preußischen Staatsregierung«. Schlußappell der preußischen Staatsregierung, der wegen einer Verordnung des Reichspräsidenten in allen preußischen Tageszeitungen veröffentlicht werden mußte. WLZ Nr. 183 vom 7.8.1931.

Wer dagegen für den sozialen und demokratischen Ausbau der deutschen Republik und des Freistaates Preußen ist, wer der Preußischen Staatsregierung mithelfen will, uns aus dem furchtbaren Elend der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit in hartem und zähem Kampf wieder aufwärts zur Gesundung zu führen, wer Vernunft, Besonnenheit und tiefe, glühende Liebe zu Volk und Vaterland gerade in schwerster Zeit beweisen will, der folge der Parole:
Haltet Euch fern vom Volksentscheid!
Beteiligt Euch nicht am Volksentscheid!

Das preußische Staatsministerium:
Dr. h.c. Braun, Ministerpräsident.

Dr. Ing. e.h. Severing,
Minister des Innern.

Dr. h.c. Steiger,
Minister für Landwirtschaft,
Domänen und Forsten.

Dr. Schreiber,
Minister für Handel und Gewerbe
Grimme,
Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Dr. h.c. Hirtsiefer,
Minister für Volkswohlfahrt
Dr. Höpker-Aschoff,
Finanzminister

Dr. Schmidt,
Justizminister.

WLZ Nr. 183 vom 7.8.1931

Von den 191 Zeitungen in der Provinz Hessen-Nassau verweigerten 158 den Abdruck der Regierungserklärung;¹⁸² die Waldeckische Landeszeitung gehörte zur Minderheit der 33 Presseorgane, die ihrer Informationspflicht und der Reichspräsidenten-Verordnung nachkam.

Auch die SPD startete eine Zeitungskampagne gegen den Umsturz per Volksentscheid. Punkt für Punkt versuchte die sozialdemokratische Partei, die Vorwürfe der »nationalen« Kräfte zu widerlegen. Die Volksentscheidbetreiber bezeichnete man als »Totengräber unseres Volkes«. Ihren Aufforderungen setzte die SPD den Appell »Bleibet zu Hause!«¹⁸³ entgegen. Am 1. und 2. August verteilten die Sozialdemokraten außerdem Flug-

182) HStA Mbg 165/3846 IV. Statistik des Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau für die Frankfurter Zeitung vom 4.12.1931.

183) »Deutsche Männer und Frauen ...«. SPD Aufruf gegen den Volksentscheid. WLZ Nr. 184 vom 8.8.1931.

blätter in allen drei waldeckischen Kreisen. »Wer zum Volksentscheid geht, begeht Verrat am Volke, denn er tritt ein für das alte Preußen des Dreiklassen-Wahlrechts und für die Diktatur der Geldherren«, hieß es auf einem SPD-Handzettel. Ein anderer verkündete: »Kommunisten – Handlanger des Faschismus!«¹⁸⁴. Eine »...tatsächliche Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie... mit den Todfeinden der Arbeiterklasse« eingegangen zu sein, lautete der Hauptvorwurf gegen die KPD.

Der Anteil kommunistischer Stimmen für den Volksentscheid am 9. August 1931, den man zum »roten Volksentscheid« uminterpretieren wollte, blieb in Waldeck gering. Allenfalls konnte die KPD »Ja«-Stimmen in einer Größenordnung von 1.000 für sich reklamieren. Dennoch zeigte sich die SPD über diesen rund 5 %igen KPD-Anteil am gesamten antirepublikanischen Kampfpotential besonders verärgert, was sich auch im waldeckischen Raum in unversöhnlichen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern beider Arbeiterparteien niederschlug.¹⁸⁵ Die Sozialdemokraten waren sich der Tatsache bewußt, daß mitunter auch wirtschaftliche Abhängigkeiten und Anpassungsdruck Motive für die Partizipation an Veranstaltungen der Rechtsparteien bildeten. Speziell an den Personenkreis, der sich in seiner persönlichen Wahlfreiheit eingeschränkt sah, richtete man den Rat, zwar zur Abstimmung zu erscheinen, aber in der Wahlkabine den Abstimmungsschein ungültig zu machen.¹⁸⁶

Auch am letzten Tag vor der Entscheidung erschien noch einmal ein Mahnruf der Extremisten für den Sturz der preußischen Regierung; darin hieß es: »Jeder christliche Mann und jede christliche Frau, die morgen nicht zur Wahlurne gehen und nicht mit »ja« stimmen, begehen ein Verbrechen an der Zukunft der Ihrigen!«¹⁸⁷.

Obwohl in einer nächtlichen Aktion zahlreiche Straßen, Bürgersteige, Wände, Bäume und Kanalisationsdeckel in der Stadt Korbach mit »Ja«-Aufforderungen und Hakenkreuzen beschmiert worden waren, blieb gerade hier der Erfolg der Volksentscheidbetreiber hinter den Erwartungen zurück. Das Reichstagswahlergebnis für die Rechtsparteien konnte nicht erreicht werden. Insgesamt entsprach die Zahl der »Ja«-Stimmen nicht ganz der Addition der Ergebnisse aller Rechtsparteien aus dem Vorjahr, aber immerhin votierten 51 % der wahlberechtigten Waldecker am 9. August

184) HStA 165/3871. SPD Flugblatt »Volksentscheid der Volksfeinde – Volksgenossen bleibt zu Hause!« und SPD-Flugblatt »Achtung! Augen auf!«.

185) HStA Mbg 165/3871. KPD-Flugblatt »Antifaschisten vor die Front! Für den roten Volksentscheid am 9. August!«; »Wer ist schuld am heutigen Elend?«. WLZ Nr. 167 vom 20.7.1931.

186) HStA Mbg 165/3871. SPD-Flugblatt »Volksentscheid der Volksfeinde – Volksgenossen, bleibt zu Hause!«

187) »Zur Kundgebung der Preußischen Regierung«. Anzeige. WLZ Nr. 184 vom 8.8.1931.

1931 für den Sturz der Regierung Braun-Severing. Besonders hoch war der Zustimmunganteil im Kreis der Eder, dort sprachen sich 53,9 % der Bürger für die Initiative des »Stahlhelms« aus.

Ergebnis des Volksentscheids am 9. August 1931 in Waldeck.¹⁸⁸

Kreis	Stimm- berechtigt	Ja- Stimmen	Ja- Prozent	Nein- Stimmen	Ungült. Stimmen
Eder	12.690	6.836	53,9	120	109
Eisenberg	14.924	7.537	50,5	123	76
Twiste	10.728	5.164	48,1	82	57
Waldeck insgesamt	38.342	19.537	51,0	325	242

Fast selbstverständlich standen die Gemeinden mit hohem NSDAP-Stimmenanteil bei vorausgegangenen Wahlen nun im Vorderfeld der Orte mit hohem Zustimmungsggrad für die Belange des Volksentscheides. In den Uplandgemeinden Schweinsbühl (89,5 % »Ja«) und Willingen (83,0 % »Ja«) feierten die Rechtsparteien ihre höchsten Siege, in Wellinghausen hatte man gar einstimmig für den »Stahlhelm«-Antrag Stellung bezogen. Doch nicht nur im Kreis des Eisenbergs, auch in den beiden übrigen Verwaltungseinheiten gab es Hochburgen, so vermeldeten im Kreis der Eder die Gemeinden Armsfeld (90,4 % »Ja«), Böhne (85,6 % »Ja«) sowie Albertshausen (83,0 % »Ja«) Resultate von über 80 %. Im Kreis der Twiste lag das Dorf Dehringhausen mit einer Zustimmungquote von 83,5 % an der Spitze.

Lediglich in den katholischen und zentrumsorientierten Ortschaften Epe (7,0 % »Ja«) und Hillershausen (0,9 % »Ja«) blieb man der Abstimmung weitestgehend fern.

Das eigentliche Ziel von Volksbegehren und Volksentscheid konnte nicht verwirklicht werden, denn mit knapp 37 %¹⁸⁹ »Ja«-Stimmen im gesamten Land Preußen verfehlte man die notwendige einfache Mehrheit, bezogen auf alle Wahlberechtigten, doch deutlich. Allerdings hatte die »nationale« Rechte ihre Entschlossenheit und kompromißlose Ablehnung der herrschenden Ordnung gegenüber unter Beweis stellen können, in Waldeck zusätzlich die politische und gesellschaftliche Übermacht.

Ohne von der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden, hatte sich die NSDAP durch die Beschwörung einer gemeinsamen »nationalen« Identi-

188) »Zum Volksentscheid ›Auflösung des Preußischen Landtages«. WLZ Nr. 185 vom 10.8.1931.

189) Bracher, K.D.: Die Auflösung der Weimarer Republik, a.a.O., S. 342.

tät in den Mittelpunkt des »nationalen« Lagers manövriert und eine Assoziation zwischen »nationaler« Politik und nationalsozialistischer Partei gefördert. Der ungeheure Aktionismus der NSDAP hatte die alten Rechtsparteien mehr und mehr in den Schatten treten lassen. Amtliche Statistiken der waldeckischen Landratsämter belegen die Massivität des NS-Propagandaeinsatzes durch die Hitler-Anhänger. Seit Inkrafttreten der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28.3.1931 zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen hatte die NSDAP allein bis Ende August 1931 93 Versammlungen und Kundgebungen in Waldeck abgehalten. Selbst der Verlust des erfolgreichen Agitators Bergemann, dem man einen »leichtsinnigen und sittenwidrigen« Lebenswandel nachsagte,¹⁹⁰ konnte verschmerzt werden.

Aufstellung über die Anzahl der angemeldeten Versammlungen der Parteien in Waldeck vom 28. März 1931 bis zum 31. August 1931¹⁹¹

Kreis	NSDAP	DNVP	DVP	SPD	KPD	Sonstige	Summe
Eder	34	-	-	3	4*	1	42
Eisenberg	29	2	-	-	7	11	49
Twiste	30	-	1	-	5	5	41
Waldeck insgesamt	93	2	1	3	16	17	132

* davon eine verboten

Alle Parteien neben der NSDAP richteten zusammen also gerade 38 Veranstaltungen aus. Daß die Quantität der Aktivitäten von einer breiten Zustimmung in der Bevölkerung für die »nationale« Politik der Rechtsparteien begleitet wurde, war am 9. August 1931 wieder einmal deutlich geworden. In Waldeck dominierte die »nationale Opposition«, aber auch im übrigen Preußen hatte das von der SPD konstatierte »feste Bollwerk gegen den Faschismus« unübersehbare Risse bekommen.

190) HStA Mbg 165/3942 II. Bericht des Polizeipräsidenten an den RP, Kassel, 9.6.1931. – Bergemann war im Frühjahr 1931 aus allen Parteiämtern entfernt worden; der Polizeipräsident in Kassel führte dies auf »sittliche Verfehlungen« zurück; »Bergemann und Nierfeld aus allen Parteiämtern entfernt«. Kasseler Volksblatt Nr. 109 vom 12.5. 1931.

191) HStA Mbg 165/3903 I. Aufstellung des RP über angemeldete Parteiversammlungen in Waldeck, 28.3.-31.8.1931.

Zuspitzung der Wirtschaftskrise, Brutalisierung des politischen Kampfes und die Steigerung in eine totale Begeisterung für die Verheißungen des Nationalsozialismus

Erneute Meldungen über Zwangsversteigerungen von landwirtschaftlichen Besitztümern in Immighausen, Münden und Nieder-Ense sowie von Grundstücken aus dem Besitz von Handwerkern und Kleingewerbetreibenden in Korbach, Rhoden, Wethen, Wrexen, Neukirchen und Willingen¹⁹² ließen die Bedrohlichkeit der gegenwärtigen Wirtschaftskrise tief in das Bewußtsein der Waldecker eindringen, obgleich, bedingt durch die agrarisch geprägte Wirtschaftsstruktur, das Problem der Massenarbeitslosigkeit den Raum Waldeck nicht vergleichbar hart betraf wie die Industrieregionen. Konkurse von zwei bekannten Korbacher Firmen bescherten allerdings auch dem ehemaligen Freistaat Rekordarbeitslosenzahlen. Allein in Korbach verzeichnete die Statistik im Dezember 1931 376 unterstützte Erwerbslose.

Aufstellung über die Anzahl der unterstützten Erwerbslosen in der Stadt Korbach während der Jahre 1930 und 1931.¹⁹³

<u>Datum</u>	<u>Anzahl</u>	<u>Datum</u>	<u>Anzahl</u>
1.4.1930	49	1.8.1931	129
1.7.1930	34	1.10.1931	191
1.8.1930	120	21.10.1931	225
1.11.1930	169	1.11.1931	270
1.2.1931	214	1.12.1931	376
1.4.1931	168		

Insgesamt wuchs die Zahl derer, die zur Deckung des nötigsten Bedarfs auf Hilfe angewiesen war, rasch an. Auf Anregung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung etablierte sich auch in den waldeckischen Kreisstädten eine »Winterhilfe«-Organisation. Die örtlichen »Winterhilfe«-Ausschüsse initiierten Kinderspeisungen, setzten Naturalien- und Kohlevertei-

192) »Zwangsversteigerung«. Anzeigen. WLZ Nr. 138 vom 16.6.1931; WLZ Nr. 192 vom 18.8.1931; WLZ Nr. 195 vom 21.8. 1931; WLZ Nr. 196 vom 22.8. 1931; WLZ Nr. 200 vom 27.8.1931; WLZ Nr. 224 vom 24.9.1931; WLZ Nr. 240 vom 13.10. 1931.

193) »Die Corbacher Winterhilfe«. WLZ Nr. 256 vom 31.10.1931 und WLZ Nr. 291 vom 12.12.1931.

lungen an Klein- und Sozialrentner in Gang. Bis Anfang Dezember 1931 waren in der Stadt Korbach Unterstützungsmaßnahmen mit einem Gesamtkostenaufwand von 6.500 RM verwirklicht worden.¹⁹⁴ Während im April 1931 nur 287 Korbacher städtische Sozialzuwendungen erhalten hatten, waren es zur Jahreswende 1931/32 bereits 507 Personen.¹⁹⁵ Rund 241.000 RM umfaßte der gegenüber 1930 um fast 70.000 RM erhöhte Wohlfahrtsetat der Eisenberg-Kreisstadt.¹⁹⁶ Die sogenannten Krisenunterstützungsempfänger und Wohlfahrtserwerbslosen wurden als Gegenleistung für die Beihilfen zu Arbeitseinsätzen herangezogen. Im Verlauf des Jahres 1931 leisteten die Unterstützungsempfänger allein in Korbach 9.295 Arbeitsstunden ab, die zusätzlich mit einer Aufwandsentschädigung von je 0,15 RM vergütet wurden.¹⁹⁷ Sonderbestrebungen privater, parteipolitischer und sonstiger nichtstaatlicher Organisationen duldete man nicht. Organisation und Durchführung der Hilfsmaßnahmen oblagen im Bereich der Stadt Korbach ausschließlich der »Winterhilfe Corbach«.

Besorgt blickten die Stadtväter in Richtung der wichtigsten Industrieansiedlung. Würden die »Continental Gummiwerke« wenigstens einen eingeschränkten Arbeitsbetrieb aufrecht erhalten können? lautete die bange Frage. Aus Bad Wildungen mehrten sich Berichte über die »Not der Kurindustrie«¹⁹⁸. Trotz angespannter Lage organisierten einige Gemeinden Nahrungsmitteltransporte in westdeutsche Industriegebiete, um dort in Not geratene ehemalige Waldecker zu unterstützen. Vor Ort übernahmen die »Waldecker Vereine« die Verteilung der Hilfsgüter.¹⁹⁹

Das politische Klima stand ganz im Zeichen der NSDAP-Aktivitäten. Die NSDAP hielt »Sprechabende« und Versammlungen in großer Zahl ab. Zum wiederholten Male kam Propagandaredner Gunst, »Der Trommler von Waldeck«, auch nach Korbach. »Ist der Wendepunkt der deutschen Geschichte gekommen?«²⁰⁰, lautete seine Fragestellung. Die neue Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen konnte den Werbefeldzug der NSDAP kaum bremsen. Wenn eine polizeiliche Anmeldung nicht rechtzeitig geschehen war und somit ein Verbot der Veranstaltung die Folge gewesen wäre, verkaufte die NSDAP den Versammlungsinteressenten Eintrittskarten, die sie für die Dauer der Ver-

194) »Die Corbacher Winterhilfe«. WLZ Nr. 291 vom 12.12. 1931.

195) Stadtarchiv Korbach. Verwaltungsbericht der Stadt Korbach für das Jahr 1931, Abschnitt 7.

196) Ebenda.

197) Ebenda.

198) »Die Not der Kurindustrie«. WLZ Nr. 269 vom 16.11. 1931. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

199) Bericht über Winterhilfe. WLZ Nr. 260 vom 5.11.1931.

200) »Ist der Wendepunkt der deutschen Geschichte gekommen?«. NSDAP-Wahlkampfanzeige. WLZ Nr. 240 vom 13.10.1931.

sammlung zu Parteimitgliedern machten und deklarierte daraufhin das entsprechende NSDAP-Treffen als interne Mitgliederversammlung, für die keine Genehmigung erforderlich war.²⁰¹ Keineswegs war man um Geheimhaltung dieser Maßnahmen bemüht, trotzig meldete man auch nach derartigen »Mitgliederversammlungen« Neueintritte in die Partei und feierte dieses Vorgehen als kleinen Triumph über die Bürokratie.

Aus Eisenach kam die Rednerin Diehl angereist, um die waldeckischen Frauen über »Die Frau im nationalsozialistischen Staate«²⁰² aufzuklären. Auch bei dieser Gelegenheit wurde der optimistische Standpunkt vertreten, daß die NSDAP bald im Besitz der gesamten staatlichen Macht sein werde. Das Verhalten der hiesigen Verwaltungs- und Regierungsinstanzen war auch nicht geeignet, diese Zuversicht zu reduzieren. Die Unbefangenheit des regionalen Bürokratieapparates trat einmal mehr im Zusammenhang mit der Affäre um das »SA-Heim« in Arolsen exemplarisch in Erscheinung. Landrat Wittmer bestätigte dem Regierungspräsidenten am 15. September 1931 auf Anfrage, daß im Kreisgebiet ein »SA-Heim« vorhanden sei. »Über eine gesetzwidrige Benutzung dieses Heims ist bisher nichts bekannt geworden...«,²⁰³ fügte er hinzu. Die sofortige Nachfrage des Regierungspräsidenten Dr. Friedensburg förderte zutage, daß der Gemeindef Zweckverband Waldeck Eigentümer des Gebäudes war, das der SA als Stützpunkt unentgeltlich zur Verfügung stand.²⁰⁴ Da der Raum in einem ehemaligen Wachhaus des fürstlichen Residenzschlosses ausschließlich »...zu Versammlungszwecken, sowohl für die SA als auch für die übrigen Mitglieder der Partei«²⁰⁵ zur Verfügung gestellt worden war, verstand man die Aufregung im Regierungspräsidium nicht. Schließlich habe man den Nationalsozialisten auch deshalb Gastrecht eingeräumt, um ihren Mitgliedern die »...kostspielige Teilnahme an Mitgliederversammlungen in Schankwirtschaften zu ersparen«²⁰⁶. In der Vergangenheit war diese Räumlichkeit dem Jungdeutschen Orden überlassen worden. Andere Parteien kamen nicht in den Genuß derartiger Großzügigkeit seitens der Kreis- und Gemeindef Zweckverbandsverwaltung. Eine Anfrage oder Meldung in diesem Zusammenhang hatte Landrat Wittmer bisher für überflüssig erachtet, da ihm »...keinerlei Verdachtsmomente für eine mißbräuchli-

201) Stadtarchiv Arolsen III(8)-6/3. Landratsbericht, Kreis der Twiste, Az. I 4869, Arolsen, 26.8.1931.

202) »Öffentlicher Vortrag – Die deutsche Frau im nationalsozialistischen Staate«. NSDAP-Anzeige. WLZ Nr. 253 vom 28.10.1931.

203) HStA Mbg 165/3858 III. Landratsbericht, Kreis der Twiste, Az. I 5300, Arolsen, 21.9.1931.

204) HStA Mbg 165/3858 III. Anfrage des RP, Az. P.2032, Kassel, 18.9.1931.

205) HStA Mbg 165/3858 III. Landratsbericht, Kreis der Twiste, Az. I 5242, Arolsen, 15.9.1931.

206) Ebenda.

che oder überhaupt zu beanstandende Benutzung des Raumes²⁰⁷ vorlagen. Regierungspräsident Friedensburg meldete diese Gründung eines ersten »SA-Heimes« im Regierungsbezirk Kassel an das Preußische Innenministerium.²⁰⁸

An das Landratsamt in Arolsen richtete der Regierungspräsident die Aufforderung, jegliche Bereitstellung von öffentlichen Gebäuden bzw. Räumlichkeiten für Zwecke der SA oder NSDAP künftig zu unterlassen. Aus dem Kreise des Eisenbergs vermeldete Landrat Klapp im September 1931 bezüglich des Komplexes »SA-Heime« noch »Fehlanzeige«.²⁰⁹ Landrat v. Trotha aus Bad Wildungen mußte einräumen, daß im Kreis der Eder die Einrichtung eines derartigen SA-Treffpunktes in der ehemaligen Schloßbrauerei geplant war. Dort befand sich bereits seit einiger Zeit das Verkehrslokal der örtlichen NSDAP.²¹⁰ Vorerst blieb allerdings Arolsen der einzige Standort für ein SA-Heim im Regierungsbezirk. Erst Anfang des Jahres 1932 entstanden vergleichbare SA-Einrichtungen in anderen Landesteilen.²¹¹

»Rotmord wütet auch in Waldeck!«, verkündete am 20. Oktober 1931 der Völkische Beobachter, die Parteizeitung der NSDAP.²¹² Während aus manchen Gegenden des Reiches schon seit Monaten Meldungen über politisch motivierte Gewalttätigkeiten eintrafen, war Waldeck bisher recht glimpflich davongekommen. Nun aber gleich reichsweite Schlagzeilen... Was war geschehen? Laut Schilderung der NSDAP war SA-Mann Otto M. aus Nordenbeck während der Dorfkirmes in Berndorf durch vier »Moskaujünger«²¹³ bei einem nächtlichen Überfall lebensgefährlich verletzt worden. Ohne über den genauen Tathergang informiert zu sein, verbreitete die NSDAP-Propagandazeitung die »Rotmord«-These. Der durch Messerstiche an Hals und Arm verletzte Melker wurde zum nationalsozialistischen Helden und Märtyrer erhoben. Kaum aus der Narkose erwacht, soll er das Kampflied »Die Fahne hoch, die Reihen dicht geschlossen...« angestimmt haben. In den offiziellen Berichten von Polizei und Landratsamt wurde im Gegensatz zur Darstellung im Völkischen Beobachter festgestellt, daß die ermittelten Täter keiner politischen Partei angehörten. Drei Verhafteten konnte man sogar Sympathien für den Nationalsozialismus

207) Ebenda.

208) HStA Mbg 165/3858 III. Bericht des RP an das Preußische Ministerium des Inneren, Az. P. 1980a, Kassel, 30.9.1931.

209) HStA Mbg 165/3858 III. Landratsbericht, Kreis des Eisenbergs, Az. I 45 pers., Korbach, 16.9.1931.

210) HStA Mbg 165/3858 III. Landratsbericht, Kreis der Eder, Az. A 4461, Bad Wildungen, 18.9.1931.

211) HStA Mbg 165/3858 III. Bericht des RP, Az. A II-III 1a-42, Kassel, 6.2.1932.

212) »Rotmord wütet auch in Waldeck«. Völkischer Beobachter Nr. 293 vom 20.10.1931.

213) Ebenda.

unterstellen, denn sie waren bei mehreren Gelegenheiten beim Singen von NSDAP-Kampfliedern beobachtet worden. Der vierte Tatbeteiligte galt als völlig unpolitisch, weil er noch nie in seinem Leben von seinem Wahlrecht Gebrauch gemacht hatte. Anhaltspunkte für ein politisch motiviertes Attentat wurden sowohl vom Landrat als auch von der zuständigen Landjägereibehörde in Abrede gestellt.²¹⁴ Auch im Heimatdorf der Täter war nichts über irgendwelche Parteiaktivitäten der Beschuldigten bekannt. Sollte einer der Tatverdächtigen »linken Ideen« anhängen, so hatte er dies bislang geschickt verborgen, fügte der Landrat seinen Ausführungen an. Den Nationalsozialisten gereichte der Vorfall, ungeachtet der amtlichen Einstufung als typische Jahrmarktsrauferei, zum Anlaß für heftige Verbalattacken gegen die KPD.

Und es ging nun Schlag auf Schlag. Schon wenige Tage später sorgte eine Massenschlägerei in Hörle (Kreis der Twiste) für Aufregung. Die nationalsozialistische Hessische Volkswacht sprach davon, daß sich das »Untermenschentum«²¹⁵ in Waldeck ausbreite. Das NSDAP-Blatt berichtete, NSDAP-Kreisleiter Ladage sei in Härle von einem Kommunisten geschlagen worden, und die NSDAP sei in der Ausübung ihrer legitimen Freiheitsrechte durch »Pfu«-Rufe gestört worden. Im Verlauf der daraufhin beginnenden Massenschlägerei sollen drei nationalsozialistische Aktivisten Opfer kommunistischer Gewaltanwendung geworden sein. Unter der Überschrift »Helden des Mauls und des Messers – Kommunistischer Überfall im Kreis der Twiste«²¹⁶ wurde ein weiterer Baustein nationalsozialistischen Märtyrertums im Kampf gegen den angeblichen Untergang konstruiert. Eine völlig abweichende Darstellung der Hörler Ereignisse lieferte das Kasseler Volksblatt. Danach hatten Ortsgruppenleiter Schmand aus Volkmarshausen und der Arolser Stadtverordnete Ladage in ihren Redebeiträgen allen Zwischenrufern massive Abrechnung angedroht. Am Ende der Aus-

214) Während der Kirmesfeier in Berndorf waren zu nächstlicher Stunde die Melker Otto M. aus Nordenbeck und Hermann P. aus Ober-Waroldern aneinandergeraten. Zwei weitere Personen waren Hermann P. zu Hilfe gekommen; vgl. HStA Mbg 165/3852. Landjägereiberichte aus Berndorf, Az. 307/31 und Elleringhausen, Az. 327 vom 3.11.1931 und 2.12.1931 sowie HStA Mbg 165/3852. Landratsbericht, Kreis der Twiste, Az. I 6280, Arolsen, 11.11.1931.

215) Hessische Volkswacht Nr. 221 vom 11.11.1931. Wie die SA mit diesem »Untermenschentum« – den politischen Gegnern – umzugehen gedachte, brachte man auch in Kampfliedern zum Ausdruck, z.B. in der vierten Strophe eines »Sturmliedes«: »Wenn der Sturmsoldat ins Feuer zieht, / dann hat er frohen Mut, / Und wenn das Judenblut vom Messer spritzt, / Dann geht's noch mal so gut. / Die Juden und Marxisten, / Die bringen uns kein Heil, / Den Severing und Genossen / Erschlagen wir mit dem Beil. / Blut muß fließen knüppelhageldick, / Wir pfeifen auf die Freiheit der Judenrepublik.« Zit. nach Tormin, W.: Die Weimarer Republik. Hannover 1977²⁴, S. 214.

216) »Helden des Mauls und des Messers – Kommunistischer Überfall im Kreis der Twiste«. Hessische Volkswacht Nr. 221 vom 11.11.1931.

führungen rückte eine uniformierte SA-Einheit aus Arolsen im Versammlungssaal ein, und gemeinsam mit dem anwesenden »Saalschutz« prügelte man auf die wenigen Zwischenrufer, die den Linksparteien angehörten, ein. Die Türen des Saals waren zuvor verriegelt worden, um ein Entfliehen der Andersdenkenden zu verhindern und bei den weiteren Maßnahmen ungestört zu sein. Nachdem also alle Ausgänge blockiert worden waren, trieb man die Gegner in einer Ecke des Raumes zusammen. Stahlruten und Schlagringe gehörten zur Einsatzrüstung des SA-Rollkommandos. Insgesamt acht Personen wurden verletzt, darunter drei NSDAP-Angehörige. »Vorsorglich« war die aus Arolsen angerückte SA-Formation mit Verbandsmaterial ausgestattet worden. Dem geltenden Uniformverbot zollten SA und NSDAP offenkundig wenig Respekt.²¹⁷ Anfragen des Kasseler Volksblattes, ob Versammlung und SA-Anmarsch ordnungsgemäß polizeilich angemeldet worden waren und warum kein rechtzeitiger Polizeieinsatz erfolgte, konterte Landrat Wittmer mit der Beteuerung, eine Versammlungsanmeldung habe vorschriftsgemäß vorgelegen, ein geschlossenes Uniformtragen sei nicht nachzuweisen.²¹⁸ Den Einsatz von verbotenen Gummiknüppeln, Stahlruten, Bierflaschen und teilweise abgeschlagenen Biergläsern konnte der Landrat nicht ausschließen. Die Klärung des Sachverhalts oblag nun dem Schöffengericht in Korbach. Dessen Urteilssprüche paßten sich dem gewohnten Bild in politischen Prozessen der Weimarer Zeit an.²¹⁹ Während zwei Kommunisten wegen Körperverletzung mit Gefängnisstrafen belegt wurden, ahndete man auf der anderen Seite nur den illegalen Waffenbesitz mit Strafen auf Bewährung. Dem SA-Sturm räumte man gegenüber der fünf Mann starken Linksgruppe »Notwehr« ein, denn die Kommunisten hätten durch kurze Redebeiträge und Zwischenrufe die Veranstalter der Versammlung beleidigt und verleumdet. Dieses parteiische Urteil diene wiederum als Beleg für Tapferkeit und Gerechtigkeitstrieb der NS-Bewegung.

Eine weitere Untermauerung dieser heldischen NSDAP-Präsentation in der Öffentlichkeit lieferte ein Vorfall in Mengerlinghausen. »Wieder ein Überfall auf einen Nationalsozialisten!«²²⁰, meldete die Waldeckische Landeszeitung am 14. November 1931. Den »neutral-konservativen« Kurs der vergangenen Jahre hatte das wichtigste Informationsmedium in Waldeck abgestreift, nun galt es, dem Mehrheitstrend in der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Eindeutig ging aus den Berichten von Bürgermeister

217) »Blutige Naziausschreitungen in Hörle«. Kasseler Volksblatt Nr. 263 vom 10.11.1931.

218) HStA Mbg 165/3852. Landrat des Kreises der Twiste, Az. I 6472, Arolsen, 25.11.1931.

219) »Die Hörler Schlägerei vor dem Gericht«. WLZ Nr. 72 vom 26.3.1932.

220) »Wieder ein Überfall auf einen Nationalsozialisten«. WLZ Nr. 268 vom 14.11.1931. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

und zuständigem Landrat hervor, daß die Parteizugehörigkeit des Opfers bei dem Überfall in Mengerlinghausen in keinem Kausalzusammenhang mit der Tat stand. Erich Sch., geboren in Wolfhagen, hatte in den vergangenen Jahren in Mengerlinghausen »Veruntreuungen« und »mancherlei Verfehlungen« begangen sowie »größere Schulden« hinterlassen.²²¹ Motive für die Tat seien zweifellos im Privatbereich zu suchen, urteilte der Bürgermeister aus Mengerlinghausen. Als weiteres Indiz für diese Annahme führte er an, daß der Überfallene, ohne irgendwelche Angaben vor der Polizei gemacht zu haben, aus dem Krankenhaus floh und untertauchte.²²² Auch in anderen Kreisen entpuppten sich zahlreiche »Rotmordfälle« als Schwindel oder Verdrehung. Ihre Wirkung in der Öffentlichkeit verfehlten sie dank der fehlenden Aufklärung durch objektive Informationsmedien bzw. wegen des Fehlens alternativer Presseorgane in keinem Fall.

Das Bild des tapferen Nationalsozialisten, der im Kampf für eine angeblich vaterländische und gerechte Sache persönliche Opfer brachte, wurde im Waldecker Raum nur noch äußerst selten erschüttert. Offensive republikanische Meinungsträger waren nicht oder nur in unzureichendem Maße vorhanden. Hingegen standen NSDAP- und SA-Aktivitäten täglich im Blickpunkt. »SA marschiert...«, jubelte die Hessische Volkswacht am 4. November 1931. Der SA-Sturm »83« hatte einen Propagandamarsch durch einige nordwaldeckische Gemeinden veranstaltet. 56 SA-Männer waren in Marschordnung durch Helmighausen gezogen und feierten anschließend im Gasthaussaal des Dorfes. Ansprachen, »trutzige Kampfeslieder«²²³ und eine Gefallenenehrungszeremonie rundeten den Tag in Helmighausen ab. Mit wehenden Fahnen setzte sich die Abteilung wieder in Marsch. Das nächste Ziel, der Nachbarort Neudorf, war bald erreicht. »Irgendwelche Verstöße, insbesondere Übertretungen des Uniformverbots, sind nicht beobachtet worden...«²²⁴, notierte Landrat Wittmer in seinem Bericht.

Die Permanenz des nationalsozialistischen Wahlkampfes wurde auch in den Monaten nach der Volksabstimmung über die vorzeitige Auflösung des preußischen Landtages aufrechterhalten. Zur Finanzierung dieser Aktivitäten konnte die Regionalorganisation der NSDAP nicht nur auf die Unterstützung durch übergeordnete Parteiinstanzen zurückgreifen, sondern auch auf eigene Einnahmen aus dem Verkauf von Eintrittskarten für die Parteiversammlungen. Durchweg waren die NSDAP-Veranstaltungen

221) HStA Mbg 165/3942 II. Landratsbericht, Kreis der Twiste, Az. I 6531, Arolsen, 3.12.1931; HStA Mbg 165/3942 II. Strafanzeige des Bürgermeisters wegen Überfalls gegen unbekannt an die Staatsanwaltschaft Kassel, Mengerlinghausen, 24.11.1931.

222) Ebenda.

223) »SA marschiert«. Hessische Volkswacht Nr. 215 vom 4.11.1931.

224) HStA Mbg 165/3942 II. Landratsbericht, Kreis der Twiste, Az. I 6425, Arolsen, 20.11.1931.

gut besucht, die Eintrittsgebühr pro Besuch lag zwischen 0,20 und 0,40 RM. Neben Mitgliedsbeiträgen und einigen größeren Spenden²²⁵ versuchte man, über die aufopfernd im Einsatz stehenden Aktivisten Kleinspenden aufzutreiben. Neben der Durchführung von Straßensammlungen wurden Parteiabzeichen- oder Propagandamarkenverkäufe organisiert.

Im November 1931 kam noch einmal U-Boot-Kriegsheld Hersing nach Waldeck, »Bauernführer« Blankemeyer besuchte Usseln und der Führer der SA-Gruppe West, Dr. Haltern, hatte einen größeren Auftritt in Arolsen. Ihm folgte der Reichstagsabgeordnete v. d. Knesebeck.²²⁶ Der gleiche Redner trat mit seinem Vortrag »Hitler vor den Toren« auch in Korbach auf.²²⁷ NS-Agitator Gunst wurde seiner Bezeichnung »Trommler von Waldeck« auch in dieser Zeit in besonderer Weise gerecht. Er verkündete den Waldeckern, daß nur noch knapp 300.000 Plätze in der NSDAP »frei« wären und ein sofortiger Eintritt die letzte Möglichkeit zur aktiven und direkten Teilhabe am Aufstieg der NS-Bewegung darstelle, denn bei Erreichung der Millionengrenze würde ein Aufnahmestopp verhängt werden.²²⁸

Der nächste »Deutsche Abend« der Nationalsozialisten lockte mehr als achthundert Besucher an. Zur Umgehung der Bestimmungen der 4. Notverordnung tarnte man die Großveranstaltung als geschlossene Mitgliederversammlung. Jedes Mitglied durfte jedoch »Gäste« mitbringen. »Es ist zu bedauern, daß nur einem kleinen Teil der Bevölkerung vergönnt war, diese schönen Stunden mitzuerleben...«²²⁹, beklagte die parteiungebundene Tageszeitung. SS-Kapelle, Fanfarenbläser, Gedichtvorträge, Großer Zap-

- 225) HStA Mbg 165/3942 I. Aufstellungen des RP über Großspender der NSDAP aus dem Raum Hessen-Nassau-Nord und Waldeck; dabei handelte es sich vorwiegend um freiberuflich Tätige und mittelständische Unternehmer aus Kassel. Unter den Spendern befanden sich drei Rechtsanwälte, zwei Mediziner, drei Weinhändler, ein Gastwirt sowie die Tageszeitung Kasseler Post; seit Ende 1930 konnte die NSDAP auch auf Unterstützung seitens der Firma Salzmann zurückgreifen, zudem lieferten die NSDAP-Mandats-träger einen Teil ihrer Einkünfte an die Partei ab.
- 226) »Bauernführer Jan Blankemayer: Der Landwirt im Dritten Reich.« NSDAP-Anzeige. WLZ Nr. 260 vom 5.11.1931; »Meine Erlebnisse im Weltkriege« von U-Boot-Kapitän Hersing. WLZ Nr. 260 vom 5.11.1931; »Öffentliche Volksversammlung« der NSDAP-Ortsgruppe Arolsen mit Dr. Haltern. NSDAP Anzeige. WLZ Nr. 269 vom 16.11.1931; Bericht über NSDAP-Versammlung in Arolsen. WLZ Nr. 272 vom 20.11.1931. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«. »Öffentliche Versammlung – Die gefürchtete Hitlerregierung« mit v. d. Knesebeck in Arolsen. NSDAP-Anzeige. WLZ Nr. 276 vom 25.11.1931.
- 227) »Hitler vor den Toren«. NSDAP-Wahlkampfanzeige für eine Veranstaltung mit v. d. Knesebeck in Korbach. WLZ Nr. 277 vom 26.11.1931.
- 228) Bericht über eine NSDAP-Versammlung mit v. d. Knesebeck in Arolsen. WLZ Nr. 279 vom 28.11.1931. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.
- 229) Bericht über »Deutschen Abend« der NSDAP in Korbach. WLZ Nr. 294 vom 16.12.1931.

fenstreich und Militärerlebnisschilderungen hätten das Publikum begeistert.

Insgesamt fünfundvierzig Veranstaltungen führte die NSDAP in Waldeck während der Monate September, Oktober und November 1931 durch. Ein Schwerpunkt der Agitationsarbeit lag nun im Edergebiet, wo allein siebenundzwanzig Auftritte stattfanden.²³⁰ Offenbar hatte die große Resonanz beim vorausgegangenen Volksentscheid Hoffnungen auf weitere Erfolge der Propagandarbeit geweckt.

Im Kreis der Eder waren die Zugewinne der NSDAP in den zurückliegenden Jahren besonders spektakulär ausgefallen. Während bei der Reichstagswahl von 1928 dort nur 1,3 % der Wähler für die Partei Hitlers gestimmt hatten, waren es bei der Reichstagswahl von 1930 schon 26,5 % gewesen, was genau dem waldeckischen Durchschnitt entsprach. Als die Rechtsfront beim Volksentscheid im Ederraum mit 53,9 % Zustimmung eindeutig vor dem Kreis des Eisenbergs und dem Kreis der Twiste in Führung gegangen war, interpretierten die Nationalsozialisten dies als eigenen Erfolg. Auch die waldeckische NSDAP profitierte wie die Reichs-NSDAP von der Kooperation mit den übrigen Rechtsgruppierungen in der »Harzburger Front«. Zunehmend gelang es, die NSDAP zum Synonym für »nationale« Politik zu erheben.

Propagandistische Gegenaktionen der Republikaner hatten in Waldeck Seltenheitswert. Die kleine Schar der SPD-Mitglieder verteilte zwar auch in den kommenden Wochen Flugblätter im gesamten Raum Waldeck, die über die Gefahren einer künftigen NSDAP-Regierung aufklären sollten, doch weder der Verweis auf drohende Einschränkungen der individuellen Freiheitsrechte noch die Inschutznahme der demokratischen Prinzipien in Staat und Gesellschaft gegen die totalitären Vorstellungen der NSDAP konnten der SPD zusätzliches Gehör in der Bevölkerung verschaffen. Der Handzettel »So beginnt das 3. Reich«²³¹ verunsicherte die potentielle Rechtswählerschaft nicht. »Vaterland«, »Gehorsam«, »nationaler Wiederaufstieg« und »starker Führer« waren die entscheidenden Begriffe im

230) HStA Mbg 165/3903 I. Akten zur »Durchführung der VO [Verordnung, d.V.] des Reichspräsidenten vom 28.3.1931 zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen«; Landratsbericht aus den Kreisen der Twiste, des Eisenbergs und der Eder für den Zeitraum August bis November 1931: Az. 4864, Arolsen, 2.9.1931; Az. 3330, Korbach, 3.9.1931; Az. A 4039, Bad Wildungen, 3.9.1931; Az. 5554, Arolsen, 3.10.1931; Az. 3330, Korbach 5.10. 1931; Az. 4430, Bad Wildungen, 10.10. 1931; Nachweisung November 1931, Bad Wildungen, 2.12.1931; Nachweisung November 1931, Korbach, 4.12.1931; Nachweisung Oktober 1931, Arolsen, 4.11.1931; Nachweisung November 1931, Arolsen, 4.12.1931; Nachweisung Oktober 1931, Bad Wildungen, 4.11.1931; Az. I 4268, Korbach, 4.11.1931.

231) HStA Mbg 165/3903 I. Antrag der SPD vom 3.12.1931 auf Erlaubnis, den Handzettel »So beginnt das 3. Reich« in Waldeck verteilen zu dürfen.

politischen Kampf. Materialien, die diese Prioritäten in Zweifel zogen, wanderten bei der überwiegenden Mehrzahl der hiesigen Bevölkerung ohnehin ungeprüft in den Ofen. Eine sachgebundene Auseinandersetzung mit den demokratisch-parlamentarischen Positionen fand nicht mehr statt. Ein Minimum an Beachtung erzwangen sich die kommunistischen Agitatoren mit ihren handfesteren Wahlkampfbeiträgen. Schlägereien mit zahlenmäßig überlegenen NSDAP-Abteilungen sorgten mitunter für öffentliches Aufsehen, was allerdings nicht zur Abkehr vom Rechtsradikalismus, sondern nur zur Verstärkung der Aversionen gegen den Linksradikalismus führte. Ankündigungen der Rechtsparteien hingegen trafen immer auf hohes Interesse in der Öffentlichkeit, so zum Beispiel die Informationsreihe des »Alldeutschen Verbandes« über die Vereinbarungen der »Nationalen Opposition« in Bad Harzburg. Vertreter von DNVP, NSDAP, Stahlhelm, DVP, Reichslandbund, Wirtschaftspartei, Alldeutschem Verband, Reichswehr, Wirtschaftsverbänden und verschiedenen Fürstenhäusern erarbeiteten einen Katalog von politischen Gemeinsamkeiten und gaben dem Kampf gegen die Deutsche Republik neue Impulse.²³² Gutsbesitzer und DNVP-Funktionär Wittmer-Eigenbrodt war der Hauptinitiator der alldeutschen Kampagne in Waldeck. Kulturbedrohende Ausmaße der Gottlosenbewegung, Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokratie und das angebliche Wirkungsgefüge »Marxismus und Wirtschaftstod« wurden den Zuhörern unterbreitet. Diesen Vorböten des Untergangs wurden »Nationalismus und Wirtschaftsbelebung« unter einer »nationalen« Führung gegenübergestellt. Der »Alldeutsche Verband« schien noch immer Hugenberg für den kommenden starken Mann zu halten, zumindest stellte der regionale Vertreter Wittmer-Eigenbrodt die Person Hugengeburs als die Personalalternative heraus. Über das tatsächliche Kräfteverhältnis im Rechtslager konnte zu diesem Zeitpunkt allerdings kaum noch ein Zweifel bestehen, wenngleich gerade die Wahlen zur Landwirtschaftskammer vordergründig einen anderen Eindruck vermittelten. Aus dieser Entscheidung am 8. November 1931 waren die Vertreter der herkömmlichen »nationalen« Politik noch einmal als Sieger hervorgegangen. Mit 40,4 % gegenüber 59,6 % für den Landbund hatten die Nationalsozialisten das Nachsehen. Zurückzuführen war dieses Resultat auf das herrschende Wahlsystem, denn nur der jeweilige Hofbesitzer konnte an der Abstimmung teilnehmen, nicht jedoch die Jungbauern, die vielfach schon den Hof bewirtschafteten und mehrheitlich nur der neuen Rechtskraft die Wende in der deutschen Politik zutrauten. Landbund und konservative Kandidaten erober-

232) Bracher, K.D.: Die Auflösung der Weimarer Republik, a.a.O., S. 362.

ten das waldeckische Mandat in der Landwirtschaftskammer, die NSDAP ging leer aus.²³³

Daß die agrarische Bevölkerung ihre Hoffnungen auf Hitler und die NSDAP setzte, offenbarte sich dann spätestens bei den preußischen Landtagswahlen im April 1932. Vermutungen in dieser Richtung konnte man seit dem Volksentscheid 1931 anstellen. Fast täglich druckte die Presse neue NSDAP-Versammlungsaufrufe ab. Anfang Januar 1932 gastierte Dr. Robert Ley in Arolsen und verkündete die Richtlinien einer künftigen NSDAP-Beamtenpolitik. Er versprach der großen Zuhörerschaft, man werde sich in einem nationalsozialistischen Deutschland alle Beamten im Staate genau ansehen und diejenigen, die »...nur mit Hilfe des Partei-buchs«²³⁴ zu ihren Ämtern gekommen seien, unter Streichung ihres Pensionsanspruchs aus dem Behördenapparat entfernen. Jeder sozialdemokratische Amtsträger fiel per se unter die Rubrik Parteibuchwirtschaft, gleichzeitig setzte man bei jedem NSDAP-Bewerber Eignung voraus. Ley fügte an: »...weiter werden wir den Bolschewismus ausrotten und zwar den Bolschewismus in seiner weitesten Ausstrahlung. Bolschewist im nationalsozialistischen Sinne ist jeder, der sich von rein wirtschaftlichem Denken leiten läßt, und bei dem das Vaterland erst in zweiter Linie kommt.« Mit dieser weitgreifenden Definition war klar ausgesprochen, daß man nach einer Machtübernahme ziemlich willkürlich jeden unliebsamen Widersacher gnadenlos verfolgen würde und dabei bis »...weit in die Kreise der Mittelparteien« hinein mit Säuberungsmaßnahmen gerechnet werden müßte.²³⁵ Beim Publikum kam es gut an, den Linksparteien, dem Liberalismus und dem republikanischen Geist »Ausrottung« und »Vernichtung« anzudrohen.

Die umfassende Ausgrenzung der zu vernichtenden Feinde in einem nationalsozialistischen Staat geschah auch unter dem Aspekt, noch Zögernde zum raschen Übertritt auf die Seite der NSDAP zu bewegen. Man suggerierte, nur wer eindeutig für die NS-Bewegung Stellung nahm, könnte sicher sein, nicht doch in »Bolschewismus«-Verdacht zu geraten. Drohungen und Einschüchterungen ergänzten sich mit finanziellen und steuerlichen Versprechungen an die Adresse der Landbevölkerung zu einem Bild von Tatbereitschaft. Steuerstreichungen für Landwirte waren ebenso populär wie Hinweise auf eine kommende deutsche Wehrpflicht und wieder-

233) HStA Mbg 165/3846 IV. Sonderakten Statistik 1931-1932, Oberpräsident Haas, Statistik Hessen Nassau, für die Frankfurter Zeitung vom 4. 12. 1931. Im Regierungsbezirk Kassel eroberte die NSDAP zwölf von dreißig Mandaten bei den Landwirtschaftskammerwahlen, die Hälfte davon über Einheitslisten mit DNVP und Landbund.

234) Bericht über eine NSDAP-Versammlung unter dem Motto »Was will denn der Nationalsozialismus eigentlich?« mit Dr. Robert Ley in Arolsen. WLZ Nr. 5 vom 7. 1. 1932.

235) Ebenda.

erstarkte Armee. Neuartige »Grundschriftbriefe« auf das Volksvermögen wurden als Finanzierungsmuster präsentiert. Ein Automatismus von Wirtschaftsaufstieg und Zinssenkungen wurde in Aussicht gestellt.

Nicht Zwischenrufe von politischen Gegnern, sondern der spontane Begeisterungsjubel der Versammlungsbesucher unterbrach mitunter den Vortrag Robert Leys. Der Ansturm zu den NSDAP-Versammlungen war inzwischen so groß, daß lange vor Beginn der jeweiligen Vorführung die Saaltore wegen Überfüllung von der Polizei geschlossen werden mußten. Mit Außenlautsprechern versuchte man, die nicht mehr Eingelassenen zu befriedigen. Ein derartiger Begeisterungsansturm war in der ersten Januarwoche des Jahres 1932 in Korbach festzustellen. Nachdem ein Korbacher KPD-Stadtrat unsanft von SA-Männern aus dem überfüllten Versammlungssaal herausgeworfen worden war, begann ein ortsansässiges Parteimitglied der NSDAP, Birkenhauer, seine Schilderungen über das »wahre Gesicht Sowjet-Rußlands«²³⁶. Not, Elend sowie kultureller, religiöser und sittlicher Verfall seien die Wesensmerkmale des bolschewistischen Sowjetstaates, führte Birkenhauer aus. Anschließend stellte der altbewährte Propagandist Gunst diesen Mißständen die nationalsozialistischen Zukunftsvorstellungen für Deutschland entgegen. Das gleiche Rednerduo füllte auch am folgenden Abend wieder einen anderen Korbacher Großsaal. Als sehr problematisch erwies es sich, für die immer noch wachsende Anhängerschar ausreichend große Räumlichkeiten zu finden. Für den im Februar vorgesehenen Goebbels-Auftritt in Korbach plante man, zwei Großräume anzumieten und den Starredner aus Berlin abwechselnd mit anderen Parteednern am gleichen Abend auf beiden Schauplätzen auftreten zu lassen. Diese »Doppel-Saal-Methode« testete die waldeckische NSDAP noch im Januar mit den beiden Agitatoren Veller aus Wuppertal und Etzel aus Fulda. Während Veller im »Goldenen Engel« zum Thema »Wer wird Deutschland retten? Warum ist der Sieg unser?« sprach,²³⁷ referierte Etzel zunächst zu anderen Punkten im Saal des »Waldecker Hofes«, und anschließend tauschten beide Redner den Einsatzort. Auf diese Weise konnte an einem Abend die doppelte Anzahl von Interessenten angesprochen werden. »Es werden Köpfe rollen!«²³⁸ schmetterte man, auf Sozialdemokraten und neue »Eiserne Front« gezielt, dem stürmisch jubelnden Publikum entgegen. Auch die Unterzeichner von Dawes- und Youngplan hätten

236) Bericht über eine NSDAP-Versammlung unter dem Motto »Das wahre Gesicht Sowjet-Rußlands« mit Birkenhauer in Korbach. WLZ Nr. 6 vom 8.1.1932. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

237) »Wer wird Deutschland retten? Warum ist der Sieg unser?«. Anzeige der NSDAP. WLZ Nr. 13 vom 16.1.1932.

238) Bericht über die NSDAP-Versammlung in Korbach mit Veller (Mitglied des Reichstags) und Etzel. WLZ Nr. 17 vom 21.1.1932.

Rache zu erwarten, fügte man hinzu. Als realistischen Termin für die nationalsozialistische Machtübernahme führte man die kommenden Reichspräsidentenwahlen an. Stolz berief sich die NSDAP auf die Unterstützung durch Reichswehr und Marine, die man dem Zuhörerkreis als zu 80 bzw. 100 % nationalsozialistisch eingestellt, vorstellte.²³⁹

Auch die kleinen Ortschaften Waldecks wurden dieser Tage von der NSDAP-Propaganda bedacht. Ein NSDAP-Auftritt in Mühlhausen hatte zwanzig Neuaufnahmen in die NSDAP nach sich gezogen. Immerhin fünfzehn Personen erklärten ihren Parteieintritt im Verlauf eines »Deutschen Abends« in Schmillinghausen²⁴⁰. Ein weiterer pseudokultureller »Deutscher Abend« lockte zahlreiche Besucher in Wrexen an. In Arolsen indoktrinierte ein ortsansässiger Pfarrer seine evangelische Gemeinde. Gegen herrschende Regierungskoalition und drohenden Kommunismus bat er um Unterstützung für den Nationalsozialismus, den einer seiner Zuhörer in einem Redebeitrag unwidersprochen als »die reine Lehre Jesu« charakterisierte. Der Kirchenvertreter selbst erhob den Einsatz für die NSDAP zur »Pflicht der Kirche und eines jeden überzeugten Christen«.²⁴¹

Von der angeblich christlichen Einstellung der NSDAP war in der täglichen Auseinandersetzung mit Andersdenkenden nichts zu spüren. Doch verbale Exzesse gingen nicht nur von der NSDAP aus, auch die an Bedeutung verlierende DNVP benutzte dieses Mittel, um sich als »nationalste« Kraft im herrschenden Klima des militant-hysterischen Antibolschewismus zu profilieren. Selbst etikettierte man sich als »Vorkämpfer gegen rotes Bonzentum«²⁴². Anlässlich einer deutschnationalen Großkundgebung am 1. Februar 1932 in Korbach beteuerte man, die DNVP sei »...zum Sturm bereit, das System in Stücke zu zerschlagen.«²⁴³ Den kraftvollen Worten der deutschnationalen Parteiredner ließ der Gesangverein aus Ense ein Potpourri aus »Vaterlands- und Heimatliedern«²⁴⁴ folgen.

Neben den eigentlichen Rechtsparteien bot auch der »Deutschnationale Handlungsgehilfenverband« der nationalistischen und scharf antirepubli-

239) Ebenda.

240) Bericht über eine NSDAP-Versammlung mit Landwirt Elsner v. Gronow in Mühlhausen. WLZ Nr. 13 vom 16.1.1932. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; Bericht über den »Deutschen Abend« der NSDAP in Schmillinghausen. WLZ Nr. 29 vom 4.2.1932. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; »Deutscher Abend« in Wrexen. NSDAP-Anzeige. WLZ Nr. 37 vom 13.2.1932.

241) Bericht über einen »Öffentlichen Ausspracheabend« der NSDAP unter dem Motto »Nationalsozialismus und Christentum« mit Pfarrer M. in Arolsen. WLZ Nr. 34 vom 10.2.1932. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

242) »Große Steuer Kundgebung« mit dem Landtagsabgeordneten Steuer in Herzhausen. DNVP-Wahlkampfanzeige. WLZ Nr. 12 vom 15.1.1932.

243) Bericht über »Deutschnationale Kundgebung« mit Redner Steuer in Korbach. WLZ Nr. 27 vom 2.2.1932. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

244) Ebenda.

kanischen Agitation eine Bühne. Den seit Jahren für die Deutschnationale Volkspartei tätigen Pfarrer Zeidler aus Kassel lud die Arolser DHV-Abteilung zu einem Vortrag über das »Volk ohne Raum« ein. Ebenso wie der vortragende Pfarrer hatten auch die Arolser Handlungsgehilfen ihre Sympathien für die Ideen der NSDAP entdeckt. In den ersten Februartagen des Jahres 1932 hielt der in Rußland geborene Prediger Orloff eine Versammlungsreihe über die katastrophalen Zustände in seiner russischen Heimat ab. Den Zuhörern in Goddelsheim prophezeite er, der Bolschewismus plane ein »Attentat auf die ganze Welt«²⁴⁵

»Deutschland steht am Anfang oder am Ende seiner Geschichte«, hieß die Formel des »Alldutschen Verbandes« in bezug auf die weltpolitische Entwicklung. Dem bolschewistischen Schreckensbild fügten die Alldutschen Reaktionäre die japanische Bedrohung hinzu. Rettung sei nur noch von einer »nationaleren« Führung Deutschlands zu erwarten. Hindenburg entsprach nicht mehr diesen Vorstellungen und sollte abgewählt werden.²⁴⁶ Damit war nahtlos der Übergang zum Wahlkampf um das Reichspräsidentenamt eingeläutet.

Die Sehnsucht nach dem ultranationalen, in seinen Entscheidungen von allen parlamentarischen Instanzen befreiten, starken Führer propagierte in diesen Wochen auch die »Gustav-Adolf-Bewegung«, die in Waldeck schon mehrfach mit ihren Gedanken zu Nationalismus und Christentum in Erscheinung getreten war.

Waldecks Votum für einen Reichspräsidenten Adolf Hitler

Im Verlauf des Winters 1931/32 hatte man sich auch in Waldeck an gewalttätige Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Anhängern der Linksparteien gewöhnen müssen. Dank tief verwurzelter Vorurteile in Bevölkerung, Presse und Behördenapparat gegenüber Kommunisten und Sozialdemokraten, die vielfach undifferenziert als globale bolschewistische Gefahr eingestuft wurden, richtete sich die Entrüstung über die Gewalttätigkeiten fast ausschließlich gegen die Linksparteien. Die nun in allen größeren Orten präsenten SA-Einheiten waren mit einem »nationalen« Bonus ausgestattet. Ihr Treiben in der Öffentlichkeit hatte bereits den Charakter des Alltäglichen bekommen. Nur eine kleine Minderheit der Waldecker nahm generell daran Anstoß. »Die Nazis fühlen sich hier schon als die Al-

245) »Der Bolschewismus und das Schicksal der Christenheit«. WLZ Nr. 30 vom 5.2.1932.

246) Bericht über die Versammlung des »Alldutschen Verbandes« in Korbach mit Wittmer-Eigenbrodt unter dem Motto »Bringt uns die asiatische Krise eine Wendung?«. WLZ Nr. 46 vom 24.2.1932.

leinherrscher...«, protestierte der Republikaner Hermann K. aus Bad Wildungen beim Regierungspräsidenten Ende Februar 1932.²⁴⁷ Etliche Tage vor der NS-Massenkundgebung am 23. Februar in der Kurmetropole Bad Wildungen waren alle Straßenzüge mit großen, auffälligen Werbetafeln der Nationalsozialisten ausgestattet worden. Selbst das unmittelbare Kurviertel ließ man nicht aus. Mit Schlag- und Stichwaffen bewaffnete Hitler-Anhänger patrouillierten täglich ab 4 Uhr morgens vor den Plakatwänden, um Gegner von Zerstörungen der Propagandaträger abzuhalten und mögliche Handzettelverteiler oder Plakatkleber der Linksparteien einzuschüchtern. Ein Kurgast aus Berlin geriet in den Verdacht, ein NSDAP-Plakat beschädigt zu haben. Sofort ergriff ihn eine SA-Streife und mißhandelte ihn mit Schlagstock und Stahlrute, ohne den genauen Sachverhalt geprüft zu haben. Durch die Hilferufe des Opfers aufmerksam gewordene Passanten wurden bedroht und zum umgehenden Verlassen des Tatortes gedrängt. Provinz-Oberpräsident, Regierungspräsident, Landrat sowie Polizei- und Justizbehörden befaßten sich mit dem Vorfall im Wildunger Kurviertel. Beschwichtigend intervenierte Landrat v. Trotha bei den vorgesetzten Dienststellen. Bezugnehmend auf den Schöffengerichtsprozeß, in dem der genaue Tathergang geklärt werden sollte, attestierte er den Nationalsozialisten eine Art »Sach-Notwehr«, da sie letztlich nur ihre Plakate geschützt hätten. Ungeachtet der illegalen Bewaffnung der SA-Leute war für ihn klar, daß der Zusammengeschlagene die Schuld an dem Vorfall trug, da er durch seine Anwesenheit in der Nähe eines beschädigten NSDAP-Plakates immerhin einen Verdacht auf sich gezogen hatte. Eine meldepflichtige Demonstration stellten die SA-Streifengänge nach Meinung des Landrates nicht dar, was ihn zu einer grundsätzlichen Negierung eines staatlichen Handlungsbedarfs in dieser Angelegenheit veranlaßte. Wer sich nicht der Gefahr des Verprügeltwerdens aussetzen mochte, sollte sich künftighin von NSDAP-Plakaten fernhalten, lautete der Grundtenor der Landratsdepesche an die übergeordnete Regierungsinstanz in Kassel.²⁴⁸

Symptomatisch für die Haltung der Bürokratie war auch die Reaktion auf einen Verstoß der Nationalsozialisten gegen einen Erlaß des Oberpräsidenten der Provinz bezüglich des befristeten Verbots des NS-Blattes Hessische Volkswacht. In Arolsen und Mengerlinghausen wurde die Zeitung trotz Strafandrohung am 16. Februar 1932 verteilt, eine Bestrafung der verantwortlichen Personen unterblieb.²⁴⁹

247) HStA Mbg 165/3858 III. Eingabe an den RP, Bad Wildungen, 28.2.1932.

248) HStA Mbg 165/3858 III. Korrespondenz zu diesem Vorfall, insbesondere Landratsbericht, Kreis der Eder, Az. A 1311, Bad Wildungen, 1.4.1932.

249) Stadtarchiv Arolsen III(8)-6/4. Landratsbericht, Kreis der Twiste, Az. I 983 E/P, Arolsen, 20.2.1932; Stadtarchiv Arolsen III(8)-6/4. Berichte des Bürgermeisters von Arolsen, Az. II 653, Arolsen, 25.2.1932 und 5.9.1932.

Militanz vermittelten die NSDAP-Wahlkampfaktivitäten im Vorfeld der Reichspräsidentenwahl. Propagandamärsche durch Helsen, Mengeringhausen, Arolsen und Korbach leiteten zu NSDAP-Großkundgebungen auf zentralen Plätzen in den Kreisstädten über. In Korbach wußte man sich wieder einmal nur mit der sog. Doppelsaal-Methode zu helfen, um den größten Teil der Interessenten zufriedenzustellen. Dicht gedrängt harnten die Massen in den Sälen von »Waldecker Hof« und »Goldenem Engel« aus, um abwechselnd von den Rednern Gunst und Sempf über die bevorstehende Reichspräsidentenwahl informiert zu werden. Jeweils wurde den Darlegungen eine »Horst-Wessel-Gedenkeremonie« vorangestellt. Mit Hitler eine »...neue Zeit zu formen«, ²⁵⁰ lautete der Slogan des Abends. Hinsichtlich des Besucheransturms wurde jene Doppelveranstaltung bereits am 2. März von Freisler-Auftritten in Arolsen und Korbach übertroffen. Allein in Arolsen lockte der spätere Präsident des Volksgerichtshofes mehr als sechshundert Zuhörer an. In Korbach mußte man improvisieren und zusätzliche Räume in Beschlag nehmen, damit alle Interessenten Platz fanden. ²⁵¹ Propagandist Etzel aus Hilders/Rhön sorgte in der gleichen Woche für volle Ränge bei der NSDAP-Uplandkundgebung in Usseln. ²⁵² Von gar 1.600 Besuchern bei der NSDAP-Kundgebung in Adorf berichtete der dortige Landjägerposten. ²⁵³ »Deutschland wählt Hitler«, lautete hier wie auch in Rhenege das Versammlungsmotto; als Redner trat in beiden Fällen Tilbert Etzel, der sogenannte »Klosterflüchtling«, auf. Zu einem ersten Zwischenfall kam es bei einem NSDAP-Termin in Wellen, Kreis der Eder. Während bei einer vorausgegangenen SPD-Versammlung durch massiven Polizeieinsatz noch eine Massenschlägerei in letzter Minute unterbunden werden konnte, gab es am 2. März in dem kleinen Dorf an der Eder Schwerverletzte. Lautstark hatten NSDAP- bzw. SA-Marschgruppen die Wellener Bürger zum Besuch der NSDAP-Versammlung am Abend eingeladen. Gegen »Wellblech- und Pappfront«-Schmährufe setzten sich einige Anhänger der »Eisernen Front« mit Sprechhörern zur Wehr. Die NSDAP ließ ihre Parolen von einem Hornbläser akustisch umrahmen. Als einige Nationalsozialisten am Schluß der Marschkolonnie umherstehende Nichtnationalsozialisten zum Besuch der Parteiversammlung

250) Bericht über NSDAP-Versammlungen mit den Rednern Sempf und Gunst in Korbach. WLZ Nr. 47 vom 25.2.1932. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

251) Bericht über eine NSDAP-Versammlung mit Roland Freisler in Korbach. WLZ Nr. 55 vom 5.3.1932.

252) Zeitungsaufruf zur Teilnahme an einer »Großen Uplandskundgebung« der NSDAP am 6.3.1932 in Usseln. WLZ Nr. 54 vom 4.3.1932. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; »Große Uplands-Kundgebung« am 6.3.1932 in Usseln. Wahlkampfanzeige der NSDAP. WLZ Nr. 54 vom 4.3.1932.

253) HStA Mbg 165/3858 III. Oberlandjägerei Adorf. Bericht vom 3.4.1932.

drängen wollten, flogen Pflastersteine gegen die uniformierten NSDAP-Werber, und der Hornbläser ging, schwer getroffen, zu Boden. Für die schon auf dem Weg zum Versammlungslokal befindlichen NSDAPler war dies das Fanal zum Angriff auf die umherstehenden Gruppen von Andersdenkenden. Ohne Unterschied schlug man auf die vermeintlichen Gegner ein. Der Arbeiter August H. und der Schreiner Willi H. wurden durch Stahlruten- und Schlagringattacken erheblich verletzt.²⁵⁴

Kaum eine Woche war seit den letzten Großkundgebungen vergangen, da waren Arolsen und Korbach erneut Schauplätze von NSDAP-Propagandaauftritten. Am 7. März lud man zum »Spielabend« mit der »Mitteldeutschen Spielschar« ein. Als »Verkörperung deutscher Kunst und Kultur«²⁵⁵ pries die NSDAP diesen Werbeabend an. Die Veranstaltung in Korbach setzte sich aus einem Propagandamarsch durch die Stadt, einer Musikaufführung sowie einer Ansprache auf dem »Berndorfertorplatz« zusammen. Abschließend hielt der Nationalsozialist Etzel im Festsaal eine Rede. Den Zuhörern wollte man die Gewißheit vermitteln, Deutschland stünde am »Vorabend« einer großen »Schicksalswende«.²⁵⁶ Untermauert wurden die zahlreichen Versammlungsaktivitäten durch Anzeigenkampagnen in der Tagespresse. »Schluß jetzt – alles wählt Hitler!«²⁵⁷, hieß ein Slogan. Es folgte ein nationalsozialistischer »Uplandappell«²⁵⁸. Zusätzlich bemühte man sich, NSDAP-Artikel unentgeltlich unter der Rubrik »Das offene Wort« in der Tagespresse unterzubringen. Beispielsweise nutzten Oberst a. D. Rhode und NSDAP-Bezirksleiter Etzel diese Möglichkeit, um die katholische Kirche wegen ihrer distanzierten Haltung gegenüber der NSDAP, die anlässlich eines Familienabends in Arolsen deutlich formuliert worden war,²⁵⁹ heftig zu kritisieren.

Hatte in der Frage der bedingungslosen Befürwortung des Volkstentseides gegen Preußischen Landtag und preußische Regierung noch eine Interessenidentität das gesamte Rechtslager in Waldeck überspannt, sah

254) HStA Mbg 165/3852. Landratsbericht, Kreis der Eder, Az. 1271, Bad Wildungen, 21.3.1932; »Ein Opfer der Nazimordhetze«. Kasseler Volksblatt Nr. 56 vom 7.3.1932.

255) »Spielabend« der NSDAP-Ortsgruppe Korbach. Werbeanzeige. WLZ Nr. 56 vom 7.3.1932.

256) Zeitungsaufruf zur Teilnahme an der »Großen Massenkundgebung« der NSDAP mit Etzel. WLZ Nr. 59 vom 10.3.1932; »Große Massenkundgebung – Am Vorabend deutscher Schicksalswende!«. NSDAP-Wahlkampfanzeige. WLZ Nr. 59 vom 10.3.1932.

257) »Schluß jetzt – Alles wählt Hitler!« NSDAP-Wahlkampfanzeigen. WLZ Nr. 59 vom 10.3.1932, WLZ Nr. 60 vom 11.3.1932, WLZ Nr. 61 vom 12.3.1932.

258) »Schaffende Upländer, gebt Wilhelm Schwaner die richtige Antwort und wählt den Frontsoldaten Adolf Hitler!« NSDAP-Wahlkampfanzeige. WLZ Nr. 61 vom 12.3.1932.

259) Bericht über den Familienabend der katholischen Gemeinde in Arolsen. Seitens der katholischen Kirche in Arolsen plädierte man für eine Wiederwahl Hindenburgs; allen Gläubigen wurde von der Teilnahme an KPD- und NSDAP-Aktivitäten abgeraten. WLZ Nr. 51 vom 1.3.1932. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

man sich im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932 mit zwei konkurrierenden Rechtswahlvorschlägen neben Hindenburg konfrontiert. Duesterberg vom »Stahlhelm« hoffte auf die Unterstützung der Deutschnationalen. Als »Kampfblock Schwarz-Weiß-Rot« bekämpfte man den einst bewunderten und als Nationalhelden verehrten Generalfeldmarschall v. Hindenburg. Gegenüber den im Aufwind befindlichen Nationalsozialisten und deren Spitzenkandidat Hitler wollte man Kraft und Macht des reaktionären Potentials herausstellen.

Hindenburg, der 1925 von den Anhängern der Rechtsparteien zum Reichspräsidenten gewählt worden war, fühlte sich durch die neue Frontstellung persönlich gekränkt. Von Beginn an spitzte sich der Wahlkampf auf ein Duell Hitler gegen Hindenburg zu. Der deutschnational-reaktionäre Flügel mit dem Kandidaten Duesterberg trat in den Hintergrund. Diese Tendenz hatte sich auch in Waldeck deutlich abgezeichnet. Der Erfolg der »Vaterländischen Kundgebung« in Korbach mit DNVP-Funktionär Wittmer-Eigenbrodt hielt sich ebenso in Grenzen wie der bei den übrigen Veranstaltungen der Duesterberg-Befürworter. Die NSDAP war Herr der Lage, wenngleich die Popularität des Reichspräsidenten v. Hindenburg ein spürbares Hemmnis für die Werbearbeit der NSDAP darstellte, was im Ausscheren der DVP aus der »nationalen« Front nachhaltig Ausdruck fand. Innerhalb der waldeckischen NSDAP trug man diesem Umstand in der Weise Rechnung, daß man persönliche Attacken gegen den amtierenden Präsidenten weitgehend unterließ. Hindenburg stellte man als von den »Systemkräften« mißbraucht dar. Unterstützung für diese Sichtweise fanden die Nationalsozialisten bei großen Teilen der Waldeckischen Kyffhäuser-Organisation. Während der Kyffhäuser-Bundesverband pro Hindenburg Partei ergriffen hatte, kam es in mehreren Orten Waldecks zu öffentlichen Protesten der dortigen Krieger gegen diese Wahlempfehlung. Vertrauensbekundungen für Hitler wurden veröffentlicht.²⁶⁰

In der Sozialdemokratie, die wegen fehlender Mehrheitschancen auf eine eigene Kandidatur verzichtete, blieb Hindenburg umstritten. Dem ein-

260) »Der Kriegerbund Kurhessen und Waldeck teilt mit: trotz der hohen Verehrung, die wir alten Soldaten unserem Feldmarschall und Ehrenpräsidenten zollen, vermag sich der Kriegerbund Kurhessen und Waldeck dem Aufruf des Präsidenten des Kyffhäuserbundes nicht anzuschließen.« WLZ Nr. 46 vom 24.2.1932. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; Bericht über die Versammlung des Schwalefelder Kriegervereins. »Es galt nämlich Stellung zu nehmen gegen das Verhalten des Kyffhäuserbundes, betr. Reichspräsidentenfrage ... innerhalb des Kyffhäuserbundes Protest zu erheben gegen den Aufruf zwecks Wiederwahl Hindenburgs.« WLZ Nr. 47 vom 25.2.1932. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; Mitteilung des Kriegerbundes: »Der Kriegerbund Hessen-Nassau-Waldeck erklärt unzweideutig, daß er nicht hinter dem Erlaß des Präsidenten des Kyffhäuserbundes stehe.« WLZ Nr. 48 vom 26.2.1932. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

stigen Monarchisten und Idol der »nationalen« Kräfte gewährte man nur Unterstützung, um die Machtübernahme der faschistischen NSDAP zu verhindern. SPD und »Eiserner Front« fiel es nicht immer leicht, ihre Anhängerschaft von der Notwendigkeit einer Stimmabgabe für den Antisozialisten Hindenburg zu überzeugen. Auf der einzigen öffentlich beachteten SPD-Wahlkundgebung in Korbach stand die Rechtfertigung dieser Wahlempfehlung ganz oben auf der Prioritätenliste des Redners Max Westphal. Energisch warnte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete vor einem Votum für den kommunistischen Wahlvorschlag.²⁶¹ In Waldeck bot die Kandidatur Hindenburgs die einzige Chance, eine NSDAP-Mehrheit zu verhindern, denn nach der DVP bezog auch der Jungdeutsche Orden Stellung für den »Helden von Tannenberg«. Nach dem Motto »Wir bleiben treu!«²⁶², rief der Orden bei mehreren Versammlungsauftritten zur Stimmabgabe für Hindenburg auf.

Wenn dieser Tage in der Regionalpresse über den Präsidentenwahlkampf und die Reichspolitik berichtet wurde, standen gewalttätige Ausschreitungen auf den Straßen, aber auch Verrohung der Sitten im Deutschen Reichstag im Vordergrund. Anders als in Waldeck ging die NSDAP-Reichstagsfraktion den von seinen Gesinnungsfreunden im Stich gelassenen Hindenburg hart an. Als Helfer der »Partei der Deserteure«²⁶³ wurde er beschimpft. Tumulte und Lärmobstruktion seitens der NSDAP verhinderten einen geordneten Ablauf der Parlamentssitzungen. Goebbels wurde wegen Beleidigung des Staatsoberhauptes aus dem Plenum verwiesen. Der SPD-Abgeordnete Kurt Schumacher konterte die Ausfälle der Nationalsozialisten mit der Spontanerklärung, dem Nationalsozialismus sei »...zum ersten Mal in der deutschen Politik die restlose Mobilisierung der menschlichen Dummheit gelungen«. Weiter sprach er von einer »moralischen und intellektuellen Ver lumpung«²⁶⁴. Wie schon mehrmals geschehen, zogen die nationalsozialistischen Abgeordneten nach dieser Kritik lärmend in Marschordnung aus dem Plenarsaal; damit war im Februar 1932 ein Tiefpunkt der deutschen Parlamentsgeschichte markiert.

261) Bericht über eine Versammlung der »Eisernen Front« mit dem SPD-Vorstandmitglied Max Westphal in Korbach. WLZ Nr. 61 vom 12.3.1932. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

262) »Massenhausen. Unser Dorf steht heute wie vor sieben Jahren treu zu seinem Reichspräsidenten, dem Feldmarschall von Hindenburg. In die Liste des Jungdeutschen Ordens trugen sich 160 Einwohner ein.« WLZ Nr. 41 vom 18.2.1932. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; Bericht über »Öffentliche Volksversammlung« des Jungdeutschen Ordens: »Im Geiste Hindenburgs zur Freiheit!«. WLZ Nr. 42 vom 19.2.1932. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; »Wir bleiben treu!«. Wahlkampfanzeige des Jungdeutschen Ordens. WLZ Nr. 61 vom 12.3.1932.

263) Bracher, K.D.: Die Auflösung der Weimarer Republik, a.a.O., S. 410.

264) Reichstagsprotokoll vom 23.2.1932. S. 2253f. Zit. nach: Bracher, K.D.: Die Auflösung der Weimarer Republik, a.a.O., S. 410.

Als am Abend des 13. März 1932 die Stimmen des ersten Wahlganges ausgezählt waren, stand fest, daß keiner der Kandidaten eine absolute Mehrheit errungen hatte und somit ein zweiter Wahlgang erforderlich sein würde. Immerhin herrschte nun Klarheit darüber, daß Hitler eindeutig die Vorherrschaft im Rechtslager eingenommen hatte, Rivale Duesterberg erlitt eine vernichtende Niederlage. Neue Anstrengungen der Sammelbewegung zugunsten Hindenburgs waren unerlässlich, um eine einfache Stimmenmehrheit Hitlers im entscheidenden Wahlgang verhindern zu können.²⁶⁵ In Waldeck hieß der Wahlsieger Adolf Hitler, 54,1 % aller gültigen Stimmen entfielen auf den Führer der NSDAP. Der Vorsprung gegenüber Hindenburg, 34,2 %, war eindeutig.

*Ergebnis des 1. Wahlganges der Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932 in Waldeck.*²⁶⁶

Kreis	Duesterberg	Hindenburg	Hitler	Thälmann	Winter
Eder	703	3.557	6.509	194	11
Eisenberg	1.202	4.353	6.963	499	39
Twiste	713	3.325	4.283	438	7
Waldeck Stimmen	2.618	11.235	17.755	1.131	57
Prozent	7,9	34,2	54,1	3,4	0,3

Der Kreis der Eder, einst Sorgenkind der NSDAP-Wahlanalytiker, wies mit 59,3 % für Adolf Hitler den höchsten Anteil auf. An zweiter Stelle folgte der Kreis des Eisenbergs mit 53,3 % Hitler-Stimmen. Im Kreis der Twiste wurde bei 48,8 % der gültigen Stimmen eine absolute Mehrheit knapp verfehlt.

Deutschnationale und »Stahlhelmer« mußten dem schlechten Abschneiden ihres Favoriten Rechnung tragen und im Interesse einer Chancenvergrößerung für den eindeutig führenden Rechtskandidaten auf eine separate Kandidatur im zweiten Wahlgang verzichten. Ohne Pause setzten die Nationalsozialisten ihre Propagandaoffensive fort. Nach Beendigung des verordneten »Osterburgfriedens« hielt die NSDAP am 3. April ihre näch-

265) Im Deutschen Reich stimmten am 13.3.1932 insgesamt 11,3 Mio. Wähler für Hitler, 18,65 Mio. für Hindenburg, 4,98 Mio. für Thälmann, 2,56 Mio. für Duesterberg sowie 0,1 Mio. für den Kandidaten der »Inflationgeschädigten«, Winter; vgl. Erdmann, K.D.: Das Ende des Reiches und die Neubildung deutscher Staaten, a.a.O., S. 391.

266) »Das Ergebnis des 13. März«. WLZ Nr. 62 vom 14.3.1932.

sten Großkundgebungen in Arolsen, Mengeringhausen, Adorf und Rhoden ab. Vorgesehene Redner waren diesmal Kube, Tilbert Etzel und Prinz August Wilhelm von Preußen.²⁶⁷

„Waldeck unterm Hakenkreuz“. Bericht über den NSDAP-Großkampftag in Waldeck.

Waldeck unterm Hakenkreuz

Corbach. Zu bisher größten politischen Kundgebungen fanden sich im Eisenberger und Twister Kreis am Sonntagnachmittag in drei wuchtigen Kundgebungen ca. 6.000 Waldecker Bauern und Arbeiter zusammen. Die Schützenhalle in Adorf dröhnte von Jubel und Beifall, als die Pgg. Borger, MdR, und der Liebling Hessen-Waldecks, Pg. T. Etzel, erschienen und in glänzender Rede zu neuem Waffengang aufriefen. Ab 3 Uhr dröhnte der Marschtritt von 700 waldeckischen SA-Männern über das Pflaster des roten Mengeringhausen und Arolsen. Darauf eine übervolle Kundgebung in der Arolser Turnhalle in der Pg. Borger und Etzel, jeder in einstündiger Rede, minutenlange Stürme der Begeisterung entfachten. Kaum nach Beendigung ratterten die Motore und rollten die Lastautos bereits wieder nach Rhoden, wo unter den Klängen alter Militärweisen sich viele, viele Hunderte aus nah und fern in der großen Festhalle vereinten, um auch hier den wuchtigen Auftakt zum Weiterkampf zu erfahren. Der gesamte Sonntagnachmittag war ein einziges neues Bekenntnis zur Parole:

Waldeck gehört Hitler!

Hessische Volkswacht Nr. 64 vom 6.4.1932

Die Kundgebungen liefen nun nach schon bekanntem Ritual ab, zunächst marschierten SA- und SS-Formationen durch den Ort, in Arolsen sollen es etwa fünfhundert Personen gewesen sein,²⁶⁸ Kapellen unterhielten die Zuschauer am Straßenrand, und Musikdarbietungen umrahmten

267) Hinweis auf Wahlpropagandamarsch der NSDAP durch Mengeringhausen und Arolsen mit anschließender Großkundgebung sowie Hinweis auf NSDAP-Kundgebung in Rhoden. WLZ Nr. 75 vom 31.3.1932. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; »Große Freiheitskundgebungen der Kreise des Eisenbergs und der Twiste«. WLZ Nr. 76 vom 1.4.1932.

268) Bericht über eine NSDAP-Kundgebung in Arolsen mit den Rednern Etzel und Börger. WLZ Nr. 79 vom 5.4.1932; Die »Hessische Volkswacht« nannte in diesem Zusammenhang die Zahl von 700 Besuchern. »Hessische Volkswacht« Nr. 64 vom 6.4.1932.

auch die Auftritte in den Sälen. Durch anrückende Nationalsozialisten aus Vasbeck, Twiste und Ober-Waroldern vergrößerte sich die Zuschauer-
menge in der Arolser Vereinsturnhalle auf rund sechshundert Men-
schen.²⁶⁹ Nach Angaben der Nationalsozialisten gestaltete sich der 3. April
mit seinen zahlreichen NSDAP-Aktivitäten zum NS-Großkampftag und
bisher größten Erfolg der Partei in Waldeck. Bis auf den letzten Platz war
auch die Festhalle in Rhoden gefüllt. Etwa dreihundertfünfzig Zuhörer
verfolgten die Redebeiträge von Gauleiter Weinrich und einem Pfarrer aus
dem Nachbarkreis Wolfhagen. Für die musikalische Unterhaltung sorgte
die SS-Kapelle Höringhausen.²⁷⁰ Auch der Kreis des Eisenbergs erlebte eine
NS-Großkundgebung mit Parteiredner Etzel. Nach Zählungen der Hes-
sischen Volkswacht waren am Sonntag, dem 3. April 1932, insgesamt
sechstausend Waldecker auf den Beinen, um den Nationalsozialisten ihre
Referenz zu erweisen.²⁷¹ Wenngleich diese Zahl angezweifelt werden
kann, entsprach die grundsätzliche Einschätzung der NSDAP, Waldeck
setze auf den Nationalsozialismus, der Realität. Der ehemalige Freistaat
stand buchstäblich »unterm Hakenkreuz«²⁷².

Eine große private Wählerinitiative veröffentlichte Anfang April einen
Zeitungsaufruf für Adolf Hitler. Unter den Unterzeichnern befanden sich
zwölf Reichswehroffiziere, fünf Direktoren, zwei Fabrikbesitzer sowie
sechzehn Adelige. Auch Bogislaw von Selchow, der als waldeckischer
Freikorpsführer in Thüringen zu zweifelhaftem Ruhm gekommen war und
Professor Dr. Bier, aus Helsen stammender Mediziner von internationalem
Ruf, baten die Waldecker um Unterstützung für den Nationalsozialisten
Hitler. »Im Nationalsozialismus erblicken wir die größte deutsche
Freiheitsbewegung seit 100 Jahren...«, hieß es im Aufruf für Hitler, »...den
einzigsten Gegenkandidaten gegen das schuldige System«. Ausdrücklich be-
zog sich die Wählerinitiative auf die »Vaterländischen Verbände« und den
»Reichslandbund«, mit denen man sich einig wußte in der Auffassung, daß
Deutschland in seinem »...schwersten Daseinskampf gegen äußere Feinde
und internationale Bestrebungen im Innern« stünde. Schuldzuweisung und
Folgerungen für den anstehenden Präsidentenwahlgang folgten: »Die seit
1918 betriebene Politik hat uns wachsende Arbeitslosigkeit gebracht. Sie
hat unsere Wirtschaft zur Katastrophe geführt, der Jugend die christlichen
und deutschen Tugenden verleidet und die deutsche Kultur vernichtet.
Christentum, Vaterlandsliebe und Wehrwille sollen im Materialismus un-

269) HStA Mbg 165/3858 III. Landratsbericht, Kreis der Twiste, Az. I 2067, Arolsen,
15.4.1932.

270) Ebenda.

271) »Waldeck unterm Hakenkreuz«. Hessische Volkswacht Nr. 64 vom 6.4.1932.

272) »Waldeck unterm Hakenkreuz«. Hessische Volkswacht Nr. 64 vom 6.4.1932; HStA
Mbg 165/3858 III. »Sonder-Akten betr. NSDAP 1932«. Eingabe eines Bad Wildunger
Bürgers an den RP, Bad Wildungen, 28.2.1932.

tergehen. Wir bedauern, daß der Feldmarschall nicht erkannt hat, wie er als Verkleidung für diese Politik mißbraucht wird. Daher keine Sentimentalität...«²⁷³.

Wiederholt griffen in Waldeck bekannte Persönlichkeiten mit Zeitungsannoncen für Hitler in den Wahlkampf ein. So rief am 8. April der »...berühmte deutsche Dichter aus Waldeckischem Stamme, Willi Vesper«²⁷⁴, zur Stimmabgabe für Hitler auf, um die »Epoche des furchtbarsten Niedergangs des deutschen Geistes« zu beenden und den Sturz in den »Abgrund des Grauens, des Bolschewismus« zu verhindern²⁷⁵. Am Folgetag war in der Tageszeitung zu lesen, »...auch unser waldeckischer Landsmann, Geh. Rat Prof. Dr. Bier in Berlin wählt Adolf Hitler...«²⁷⁶.

Von den Aktivitäten der »Eisernen Front« war in der waldeckischen Presse nur wenig zu vernehmen. In Korbach fand eine Versammlung unter dem Motto »Krönt den Sieg der Vernunft! Schlagt Hitler vernichtend!«²⁷⁷ statt. Kurz berichtet wurde hingegen von zwei Versammlungen des »Hindenburg-Ausschusses« in Arolsen und Korbach.²⁷⁸ Für Hindenburg nahm auch die Deutsche Staatspartei Stellung.²⁷⁹ Doch ihre Zusatzforderung, »Schluß jetzt mit der Subventionspolitik für die Großagrarien!«²⁸⁰, verschreckte die waldeckischen Bauern, die zwar nicht an den Hilfsmaßnahmen für die ostelbischen Großgrundbesitzer partizipierten, aber sich ideologisch an die Führungsschicht im Reichslandbund anlehnten. Verbittert ergänzten die Liberalen, »...es hat wohl noch nie eine Regierung gegeben, welche mehr für die Landwirtschaft getan hat, als die jetzige unter Führung des Reichspräsidenten von Hindenburg. Was erhoffen sich die Landleute vom Nationalsozialismus?«²⁸¹. Angesichts der NSDAP-Erfolge in Wal-

273) Wahlkampfaufruf von bekannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zugunsten der NSDAP: »Im Nationalsozialismus erblicken wir die größte deutsche Freiheitsbewegung seit 100 Jahren«. WLZ Nr. 78 vom 4.4.1932.

274) »Das deutsche Korbach ... zu erneutem Treuebekenntnis zu Adolf Hitler«. NSDAP-Wahlkampfanzeige der NSDAP-Ortsgruppe Korbach. WLZ Nr. 82 vom 8.4.1932.

275) Ebenda.

276) »Die Parole zum 10. April: Waldeck wählt Hitler! Auch unser waldeckischer Landsmann, Geh.rat Prof. Dr. Bier in Berlin wählt Adolf Hitler den einzigen Gegenkandidaten gegen das schwarz-rote System im 2. Wahlgang!« WLZ Nr. 83 vom 9.4.1932.

277) Wahlkampfanzeige der »Eisernen Front« für eine Kundgebung in Korbach mit dem Gewerkschaftssekretär Barheine unter dem Motto »Krönt den Sieg der Vernunft! Schlagt Hitler vernichtend!«. WLZ Nr. 80 vom 6.4.1932.

278) Hinweis auf Wahlversammlungen der DNVP zugunsten v. Hindenburgs in Arolsen. WLZ Nr. 80 vom 6.4.1932. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«; Hinweis auf eine »Hindenburg-Kundgebung« mit Dr. Arthur Mohaupt (v. Hindenburg-Ausschuß Korbach). WLZ Nr. 81 vom 7.4.1932.

279) »Schluß jetzt ... mit der Subventionspolitik für die Großagrarien!«. DSP-Wahlkampfanzeige. WLZ Nr. 82 vom 8.4.1932.

280) Ebenda.

281) Ebenda.

deck im ersten Wahlgang konstatierte die DSP: »Die Wahlen auf dem Lande sind der größte Undank gegen den bewährten Schützer der Landwirtschaft, den Reichspräsidenten von Hindenburg...«²⁸².

Trotz derartiger moralischer Appelle erneuerten die Waldecker am 10. April ihr Mehrheitsvotum für Hitler. Der Triumph gestaltete sich durch die Vereinnahmung der Duesterberg-Wähler noch eindeutiger als im ersten Wahlgang. 61,6 % der Waldeckischen Wähler wünschten sich einen Reichspräsidenten Adolf Hitler. Hindenburg hatte gegenüber dem ersten Durchgang nur wenige Stimmen hinzugewinnen können und lag mit 36,0 % der Stimmen abgeschlagen zurück. Die Zuwächse für Hitler decken sich fast haargenau mit der Zahl der vormaligen Duesterberg-Wähler (Kreis der Twiste + 713, Kreis der Eder + 750, Kreis des Eisenbergs + 1.101 = + 2.564 / Duesterberg-Wähler im 1. Wahlgang: 2.618). Geringfügige Gewinne für Hindenburg scheinen ihre Ursache in einer Rückbesinnung einiger Sozialdemokraten zu haben, die im ersten Wahldurchlauf für Ernst Thälmann von der KPD gestimmt hatten und nun in der Polarisierung zwischen Hindenburg und Hitler Stimmen für andere Kandidaten als verloren einstufen. Angesichts von 20.319 Wählerstimmen für Hitler sah die Hessische Volkswacht die triumphierende Überschrift »Waldeck gehört Hitler!« bestätigt.²⁸³

Nun schien die alte Zersplitterung und Zerstrittenheit innerhalb des Rechtslagers einer neuen Einigkeit gewichen zu sein, was nicht nur den waldeckischen Nationalsozialisten, sondern der extremen Rechten insgesamt ein Gefühl der Stärke verlieh. Hoffnungen und Perspektiven taten sich in einem Maße auf, wie viele »nationale« Waldecker noch vor einem Jahr kaum zu träumen gewagt hatten. Die große und einige Rechtspartei war Realität geworden, wengleich der totale Triumph, die Übernahme der Macht im Reich bei den Reichspräsidentenwahlen nicht wahrgemacht werden konnte. Mochten Außenstehende den Waldeckern immer etwas Rückständigkeit nachgesagt haben, so fühlten sich nun nicht wenige Waldecker als Schrittmacher einer neuen Entwicklung, einer Entwicklung, die in bisher nie dagewesener Weise konservative, reaktionäre und fortschrittliche Elemente zu verbinden schien. Würde es der nationalsozialistischen Partei gelingen, das auf Hitler gebündelte Stimmenpotential fest an die NSDAP zu binden, auch wenn sich der Tag der Machterringung nicht in nächster Zukunft realisieren ließe, oder würde das Rechtsstimmenpotential wieder zugunsten atomisierter Rechtsgruppierungen zerfallen? lauteten wichtige Fragen nach diesem Wahlgang.

282) Ebenda.

283) »Waldeck unterm Hakenkreuz«. Hessische Volkswacht Nr. 64 vom 6.4.1932; HStA Mbg 165/3858 III. »Sonder-Akten betr. NSDAP 1932«.

*Ergebnis des 2. Wahlganges der Reichspräsidentenwahl am 10. April 1932 in Waldeck:*²⁸⁴

Stimmen und Saldo zum 1. Wahlgang				
Liste	Waldeck	Eder	Eisenberg	Twiste
Hindenburg	11.874	3.772	4.465	3.637
	+ 639	+ 215	+ 112	+ 312
Hitler	20.319	7.259	8.064	4.996
	+ 2.564	+ 750	+1.101	+ 713
Thälmann	843	147	308	388
	- 288	- 47	- 191	- 50
Prozent				
Hindenburg	35,9	33,7	34,7	40,3
Hitler	61,5	64,9	62,7	55,4
Thälmann	2,6	1,4	2,6	4,3

Die kommunistische Partei hatte in Waldeck allen Grund, mit ihrem Ergebnis unzufrieden zu sein. Einerseits war es ihr nicht einmal gelungen, das ohnehin bescheidene Resultat der letzten Reichstagswahl zu erreichen, während der Reichstrend doch eher positiv verlief, andererseits hatte sich die SPD-Anhängerschaft äußerst resistent gegenüber der kommunistischen Alternative gezeigt und nicht wie in anderen Regionen des Reiches teilweise für Thälmann, den einzigen Linkskandidaten, gestimmt. Im Kreis des Eisenbergs verlor die KPD im zweiten Wahlgang gar 38 % ihrer Anhänger aus dem ersten Wahlgang, und zumindest in der Gemeinde Goddelsheim konnte man den Eindruck gewinnen, als seien Thälmann-Wähler im zweiten Wahlgang zu Hitler übergelaufen. Bei annähernd gleicher Wahlbeteiligung und stagnierendem Anteil für Hindenburg verlor die KPD 20 Stimmen, einziger Gewinner im zweiten Durchgang war Hitler, dem ferner sämtliche Duesterberg-Stimmen zugeflossen sein mußten. In der Mehrzahl der Waldeckischen Gemeinden lassen sich die Verluste der KPD jedoch auch mit einer möglichen Wahlenthaltung kommunistischer Wähler begründen. Beispielsweise war in dem kleinen Dorf Lütersheim die Zahl der Wähler im zweiten Wahlgang um die Größenordnung der kommunistischen Einbußen geringer.

Hitler, im Vorwahlkampf noch mit Einbürgerungsproblemen belastet, gehörte seit jenem 10. April 1932, an dem ihm 13,4 Millionen Deutsche in

284) »Hindenburg bleibt Reichspräsident«. Wahlergebnisse. WLZ Nr. 84 vom 11.4.1932.

freien Wahlen zustimmten,²⁸⁵ unbestritten zu den wichtigsten politischen Persönlichkeiten im Reich. An der Führungsstellung im »nationalen« Lager war nichts zu deuteln, obgleich das politische Handeln einiger konservativer Politiker in der unmittelbaren Folgezeit dem zu widersprechen schienen.

SA-Verbot und Preußenwahl

Trotz des überwältigenden Erfolges der Nationalsozialisten in Waldeck bei der Reichspräsidentenwahl war die Usurpation des höchsten Staatsamtes im Deutschen Reich nicht gelungen. Bei den kommenden Wahlen in Preußen witterte man nun jedoch eine reelle Chance, die Mehrheit der regierenden Koalition aus Zentrum, Deutscher Staatspartei und SPD zu brechen. In Anbetracht der Gefahr, daß eine destruktive Mehrheit von rechts- und linksradikalen Kräften eine neue Regierungsbildung verhindern könnte, beschloß die amtierende Koalitionsregierung am 12. April 1932 eine Änderung der Geschäftsordnung des Preußischen Landtages. Fortan war zur Einsetzung eines neuen Ministerpräsidenten eine absolute Mehrheit im Landtag erforderlich. Verfehlte das Regierungslager eine derartige Mehrheit der Mandate, bliebe der Regierungschef dennoch so lange geschäftsführend im Amt, bis sich eine konstruktive Mehrheit für einen alternativen Kandidaten fände. Diese kurzfristige Abwehrmaßnahme gegen radikale Obstruktionspolitik sorgte für zusätzliche Brisanz im »Kampf um Preußen«. Daß es in diesem Wahlkampf an Härte nicht fehlen würde, war seit der heftigen Auseinandersetzung um das Volksbegehren zur vorzeitigen Auflösung des Preußischen Landtages klar. Kaum war die Neuregelung der Geschäftsordnung publik geworden, sah sich die NSDAP einem weiteren Schlag durch das verhaßte »System« ausgesetzt. SA und SS wurden per Notverordnung reichsweit verboten.²⁸⁶ Doch nicht Stabilitätsgewinn und Sicherung der Staatsautorität waren die unmittelbaren Folgen dieser Entscheidung, sondern zugespitzte Machtkämpfe und folgenschwere Intrigen innerhalb der Führungsschicht im Reich. Ungeachtet dieser eigentlich überfälligen Maßnahme rollte die NSDAP-Propagandamaschinerie in Waldeck auf Hochtouren weiter. Gottfried Feder kam nach Bad Wildungen. Weniger prominente NSDAP-Vertreter gestalteten Versammlungen

285) Im Reich stimmten am 10.4.1932 rund 19,4 Mio. Wahlberechtigte für v. Hindenburg, 13,4 Mio. für Hitler sowie 3,7 Mio. für Thälmann. Vgl. Erdmann, K.D.: Die Weimarer Republik, a. a. O., S. 292.

286) Vgl. dazu Bracher, K.D.: Die Auflösung der Weimarer Republik, a. a. O., S. 425 und Erdmann, K.D.: Die Weimarer Republik, a. a. O., S. 298f.

in Korbach, Arolsen, Adorf, Schwalefeld und Willingen.²⁸⁷ Außerdem wurden Sonderfahrten zur bevorstehenden Massenkundgebung mit Adolf Hitler in Kassel organisiert.

Allein 1.500 Zuschauer waren in Bad Wildungen erschienen, um den NSDAP-Programmatiker Feder zu erleben. Die mit Hakenkreuzfahnen und Transparenten ausgeschmückte Turnhalle war hoffnungslos überfüllt. Republik und Demokratie wurden vom Starredner mit Inflation, Massenarbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und »Steuerbolschewismus«²⁸⁸ gleichgesetzt. Unter dem fanatischen Jubel der Zuhörerschaft setzte Feder diesen Negativerscheinungen die Regierungsmaßnahmen in einem künftigen NS-Staat entgegen. Drastische Drosselung aller Importe, zweijährige Arbeitsdienstpflicht, umfassende Steuersenkungen sowie Bau- und Siedlungsprogramme wurden explizit aufgeführt. Als finanzielle Deckung sollte das noch zu schaffende »Federgeld« herangezogen werden. Ersetzung demokratischer Entscheidungsprozesse durch Führerentscheidung, Abschaffung von Parlamentarismus und Föderalismus, Hervorhebung von Rassebewußtsein und Steigerung der Wehrbereitschaft waren allseits bekannte Dogmen nationalsozialistischer Politik, mit deren Hilfe der »Karren aus dem Sumpf...«²⁸⁹ gezogen werden sollte. Mit Kundgebungen unter dem Slogan »Kampf um Preußen – Die Kraft der Bewegung«²⁹⁰ wollte man die Waldecker über die angeblichen Kausalzusammenhänge zwischen NSDAP-Machtübernahme und Deutschlands Wiederaufstieg aufklären. Für das Upland organisierte man spezielle »Uplandkundgebungen«.

Bei keiner Gelegenheit vergaß man, auf die »Blutopfer der Bewegung« zu verweisen, die Unterdrückung und Verfolgung des Nationalsozialismus

287) »Der Kampf um Preußen«. Kundgebung mit Dr. Lings (Heidelberg) in Korbach. NSDAP-Wahlkampfanzeige. WLZ Nr. 87 vom 14.4.1932; »Auf zur Entscheidung!«. Kundgebung mit Seidler in Arolsen. WLZ Nr. 87 vom 14.4.1932; »Große Massenkundgebung« der NSDAP in Adorf. NSDAP-Wahlkampfanzeige. WLZ Nr. 88 vom 15.4.1932; der Gauwirtschaftsberater der NSDAP, Dr. Rudolf Braun, Melsungen »... über das Sofortprogramm der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung«. WLZ Nr. 88 vom 15.4.1932; »Große Uplandbewegung«. Werbeanzeige der NSDAP für eine Veranstaltung in Schwalefeld mit den Rednern Lotze (Apolda) und Etzel (Fulda) unter dem Motto »Tötet die Lüge, indem Ihr für die Wahrheit kämpft!«. WLZ Nr. 88 vom 15.4.1932; Berichte über die Wahlkundgebungen der NSDAP in Willingen, Arolsen und Korbach. WLZ Nr. 90 vom 18.4.1932.

288) Bericht über die NSDAP-Veranstaltung mit Gottfried Feder in Bad Wildungen, WLZ Nr. 89 vom 16.4.1932.

289) Bericht über eine NSDAP-Versammlung mit Dr. Lings (Heidelberg) mit dem Thema »Über den Kampf um Preußen«. WLZ Nr. 90 vom 18.4.1932.

290) Hinweis auf NSDAP-Kundgebung in Adorf mit Dr. Rudolf Braun. WLZ Nr. 89 vom 16.4.1932; Ankündigung von Sonderfahrten zur Hitler-Kundgebung in Kassel. WLZ Nr. 90 vom 18.4.1932. Berichte über die Versammlungen der NSDAP in Arolsen, Willingen und Korbach. WLZ Nr. 90 vom 18.4.1932.

durch die Behörden des »Systems« bezeugen sollten. Die Nationalsozialisten schlachteten das verhängte SA-Verbot geschickt als unfaire Behinderung des »nationalen« Wiederaufstiegs aus. Schon am 14. April 1932 hatte das Landratsamt in Korbach erklären lassen, »...die Auflösung der militärischen Einrichtungen der NSDAP im hiesigen Kreise ist durchgeführt.«²⁹¹ Pflichtgemäß hatte man allen SA-Abteilungen in Korbach, Goddelsheim, Nordenbeck, Sachsenberg, Schwalefeld, Willingen und Usseln die Auflösungsverordnung bekannt gemacht. Weitere Maßnahmen wurden allerdings nicht in Erwägung gezogen, abgesehen davon, daß die von übergeordneter Stelle befohlenen Durchsuchungen in SA-Geschäftsstellen und -Treffpunkten pro forma durchgeführt wurden. Dokumente, Waffen oder sonstiges Belastungsmaterial konnten nirgends zutage gefördert werden. »Nicht vorgefunden..., nichts sichergestellt...«, lautete die stereotype Vollzugsmeldung, mit einer bezeichnenden Ausnahme: Ein einziges im Verlauf der Großaktion im Kreis des Eisenbergs beschlagnahmtes Schriftstück der SA-Gruppe West vom 7. April 1932, das die Gewaltlosigkeit der SA und die Fragwürdigkeit staatlicher Gegenmaßnahmen suggerieren sollte, wurde der vorgesetzten Dienststelle präsentiert. Als konfiszierte Gegenstände führte man zwei »Hoheitszeichen« auf. Da selbst den zurückhaltendsten Bürokraten im Kreis die umfangreiche Bewaffnung der SA mit Hieb-, Stich- und Schlagwaffen nicht verborgen geblieben sein konnte, ebensowenig wie die umstürzlerischen Absichten dieser politischen Kampfformation, mußte beim Regierungspräsidium in Kassel der Eindruck vorsätzlicher Sabotage regierungsamtlicher Maßnahmen durch untergeordnete Dienststellen in Waldeck entstehen. Ein Sozialdemokrat aus dem Kreis der Eder bat den preußischen Innenminister um Rat, was gegen die mangelnde Loyalität der Kreisbehörden gegenüber dem republikanischen Staat getan werden könnte. Trotz verkündetem SA-Verbot waren nach Angaben des Beschwerdeführers am 16. April 1932 in der Gemeinde Böhne (Kreis der Eder) uniformierte SA-Trupps aufmarschiert, um einen »Scharabend« abzuhalten und Störaktionen gegen eine geplante Veranstaltung des Republikaners Knieling in die Wege zu leiten. Am Tage dieser SPD-Versammlung mit dem Kasseler Kreisinspektor Knieling waren die SA-Leute zum Versammlungslokal der SPD geübelt und hatten die Veranstaltung gestört. Unter Absingen des »Horst Wessel-Liedes« zogen sich die Nationalsozialisten aus dem Saal zurück und lauerten dann im Freien auf die Sozialdemokraten. Der Redner wurde nach Verlassen des Versammlungslokals bedroht, verspottet und an der Abfahrt mit seinem Auto gehindert. Polizei griff in das Geschehen nicht ein. Den Behörden warf der Be-

291) HStA MbG 165/6983. Landratsbericht, Kreis des Eisenbergs, Az. I 11 pers., Korbach, 14.4.1932.

schwerdeführer mangelhafte Umsetzung der SA- und SS-Verbotsanordnung vor, speziell dem Landrat v. Trotha sogar unverhohlene Parteinahme für die NSDAP.²⁹²

Nach langen Jahren der Zersplitterung der »nationalen« Rechten, in denen Partikular- und Standesinteressen jedwede Einigungs- und Sammelbemühung zum Scheitern verurteilt hatten, schien sich nun die Sehnsucht nach der kraftvollen Rechtsmacht in Form der beeindruckend erfolgreichen nationalsozialistischen Bewegung zu verwirklichen. Dabei kam auch der – paradoxen – Unterscheidung zwischen »Parteien« und »Bewegung« Bedeutung zu. »Die Parteien, sie lügen alle, sie logen seit 1918... weg mit allen Parteien...«, hieß ein Kernsatz der nationalsozialistischen Agitation. Diesen »täglichen Lügen bankrotter Systemparteien« setzte die NSDAP die »nationalsozialistische Bewegung« entgegen, eine »Bewegung der besten deutschen Menschen«.²⁹³ Im Sinne einer vereinfachten Darstellung stellte man den generell mit Negativvorzeichen versehenen Parteien, die nur speziellen Wirtschafts- und Standesinteressen dienten, die »nationale« und den Interessen des ganzen Volkes dienende »Bewegung« gegenüber.

Das »gesamte hitlertreue Waldeck« lobte man wegen seiner »historischen« Einsicht und forderte es auf, den »jahrelangen Kampf gegen das schwarz-rote System von 1918« durch einen noch überwältigenderen NSDAP-Erfolg bei der kommenden Landtagswahl zu krönen.²⁹⁴ Das SA-Verbot benutzte man, um das gerne strapazierte Märtyrerimage zu untermauern.

»Und im Unglück nun erst recht!«²⁹⁵, lautete die publizierte Antwort auf das SA-Verbot. »Voran, der Freiheit eine Gasse!!! Wir schrien umsonst nach Gerechtigkeit, sie schlugen uns, wir rüttelten umsonst an ihrem Gewissen, sie verhöhnten und besudelten uns und Deutschland, wir pochten und riefen auf zur Freiheit, worauf sie 300 mordeten, 300 unserer Kameraden, alten und blutjungen Gesichts, die stummen Mahnsteine auf dem Weg zur Überwindung der Schande vom 9. November 1918. Mögen sie auch noch so mit dem Gummiknüppel uns ›Liebe‹ für ihren Staat einbläuen, kein Waldecker paktiert mit ihnen, nein, er fordert: ›Dieses System muß

292) HStA Mbg 165/3858 III. »Sonder-Akten betr. NSDAP 1932«. Eingabe an den preußischen Minister des Inneren wegen verbotener NSDAP-, SA- und SS-Aktivitäten im Kreis der Eder.

293) »An das gesamte deutsche Waldeck ... Adolf Hitler hat versprochen, nach der Wahl nach Waldeck zu kommen, um sein Waldeck zu begrüßen! Es wird dieses Landes und dieser Scholle Ehrentag sein!«. NSDAP-Wahlkampfaufruf. WLZ Nr. 95 vom 23.4.1932.

294) »Das gesamte hitlertreue Waldeck krönt seinen jahrelangen Kampf gegen das schwarz-rote System von 1918 ...«. NSDAP-Wahlkampfanzeige. WLZ Nr. 94 vom 22.4.1932.

295) »Aufruf an das gesamte deutsche Waldeck!«. NSDAP-Wahlkampfanzeige 1932. WLZ Nr. 95 vom 23.4.1932.

verschwinden!« Und deshalb erweist sich Waldeck seiner Tradition treu!²⁹⁶. Soweit der Wortlaut eines NSDAP-Wahlaufrufs in der Waldeckischen Landeszeitung. Immer wieder neu hämmerte man den gesellschaftspolitisch wenig aufgeklärten Bevölkerungsteilen diese Perversion der Werte ein. Statt der Freiheit für das Individuum postulierte man eine »Freiheit« vor dem demokratischen Meinungsbildungsprozeß, statt des Schutzes für Republik und demokratische Ordnung forderte man Schutz für die terroristischen Bekämpfer des Staates. Gegen das Selbstbestimmungsrecht der Menschen setzte man mystifizierte alte Wertnormen. Bedenken suchte man mit wirtschaftlichen Erfolgsaussichten aus dem Weg zu räumen. Da die wichtigsten Hemmnisse – organisierte Arbeiterbewegung und Katholizismus – für den Nationalsozialismus in Waldeck weitgehend fehlten bzw. unterrepräsentiert waren, gelang es rasch, die NS-Ideologie in weiten Kreisen der Bevölkerung zu verankern. Nicht nur der eigentliche Mittelstand, sondern auch diejenigen, die einst zum Mittelstand gehört hatten und durch Inflation oder aktuelle Wirtschaftskrise deklassiert wurden, sowie die mittelständisch fühlende Landwirtschaft setzten bei der Preußenwahl 1932 ihre Hoffnungen auf die NSDAP. Selbst proletarisch lebende Kleinbauern sahen sich zur Solidarität mit dem Mittelstand veranlaßt und schöpften neuen Mut dank der propagierten Aufschwungperspektive.

Längst konnte die NSDAP an Interessen unterschiedlichster Berufsgruppen anknüpfen und damit eine Grenze der anderen Parteien überwinden. Besondere Bedeutung kam jedoch der Tatsache zu, daß die NSDAP bei den für Waldeck entscheidenden Schlüsselgruppen (Evangelische Kirche und Waldeckisches Landvolk) Erfolg hatte. Die Einbeziehung von evangelischen Pfarrern in die NSDAP-Propagandaarbeit ließ die von den NS-Gegnern hervorgehobene antichristliche Einstellung des Nationalsozialismus als haltlose Fehlinterpretation erscheinen. Eine Gegnerschaft des standesbewußten Bauerntums hätte ebenso einen Erfolg der NSDAP unmöglich gemacht. Durch Unterlassung disziplinarischer Maßnahmen gegen staatsfeindlich agierende Geistliche wurde die Kirchenbehörde den an sie zu stellenden hohen moralischen Anforderungen nicht gerecht.

Die Frage, ob bei der Reichspräsidentenwahl die Person Hitlers das Rechtslager nur vorübergehend zusammengeführt hatte, wurde durch das Wahlergebnis am 24. April 1932 eindeutig und negativ beantwortet. 20.235 Waldecker, also 62,4 % der Wählerschaft, wählten NSDAP. Noch niemals zuvor in den Jahren der Republik war es in Waldeck einer politischen Organisation gelungen, die 20.000-Stimmen-Grenze zu überschreiten. Schon gar nicht war es republikanischen Kräften vergönnt gewesen, auch nur annähernd in derartige Größenordnungen vorzustoßen. Die demokratischen

296) Ebenda.

Parteien der sogenannten »Weimarer Koalition« erreichten nach 1920 ein Maximum von insgesamt 7.900 Wählerstimmen bei der Reichstagswahl im September 1930.

Aus den hervorragenden Ergebniszahlen für die NSDAP ragte erneut der Kreis der Eder heraus. Hier votierten 65,2 % der Wähler für den NSDAP-Wahlvorschlag.²⁹⁷ Lediglich im Kreis der Twiste wurde mit 58,8 % für die NSDAP die 60 %-Marke unterschritten.

Ergebnis der Wahl zum Preußischen Landtag am 24. April 1932 in Waldeck:

Liste	Stimmen	Prozent	Kreisergebnisse in Prozent		
			Eder	Eisenberg	Twiste
NSDAP	20.235	62,4	65,2	62,3	58,8
SPD	4.626	14,3	17,7	11,9	13,2
DNVP	2.593	8,0	5,9	9,5	8,4
KPD	1.114	3,4	2,6	3,1	5,0
Landvolk	820	2,5	0,8	2,4	4,9
Zentrum	747	2,3	1,3	3,7	1,6
CSVD	746	2,3	1,7	2,7	2,5
DVP	718	2,2	2,9	1,7	2,1
DSP	466	1,4	1,1	1,4	2,0
WP	259	0,8	0,5	0,9	1,1
Sonstige*	131	0,4			

* Sonstige = Volksrechtspartei, Radikaler Mittelstand, SAP.

Einst bedeutende Parteien wie die DVP oder die DSP verschwanden weitgehend von der Bildfläche. Der Weg der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei endete rund vier Jahre nach dem großartigen Erfolg bei der Reichstagswahl von 1928 buchstäblich im Nichts. Ganze 820 von einst 6.700 Wählern blieben der Bauernpartei treu. Die überwiegende Mehrheit der ehemaligen CNBL-Anhänger wechselte zur NSDAP über. Während im Kreis der Eder, wo die NSDAP ihr Spitzenergebnis erzielte, die CNBL mit 0,8 % der Stimmen völlig unterging, konnte im Kreis der Twiste, wo die NSDAP »nur« 58,8 % erreichte, noch ein Wählerstamm von 4,9 % registriert werden. Auch die das politische Bild in Waldeck vorübergehend stark prägende Deutschnationale Volkspartei konnte trotz geringer Zugewinne im Vergleich zur Wahl von 1930 nur noch als zweitklassig eingestuft werden. Dem Slogan, die einzige »nichtsozialistische« Partei zu wählen, war nur noch eine Minderheit gefolgt. Den Nationalsozialisten

297) »Die Preußenwahl in Waldeck«. WLZ Nr. 96 vom 25.4.1932.

war es gelungen, auch Reaktionäre davon zu überzeugen, daß die NSDAP keine sozialistischen Zielsetzungen nach Art der Linksparteien vertrat.

Traditionelles Rechtswählerpotential, republikverdrossene Nichtwähler und für die Ideologie der »neuen Bewegung« empfängliche Jungwähler konnten in Waldeck in einem Maße für die NSDAP mobilisiert werden, wie es in gleichen, geheimen und freien Wahlen kaum mehr steigerungsfähig schien. Das gesamte, einst heterogen in Erscheinung getretene Rechtswählerpotential bot nun ein Bild der Geschlossenheit. Neben der NSDAP war nur noch eine deutschnationale Gruppierung erhalten geblieben, die alten Monarchisten eine politische Heimat bot.

Nach dem erdrutschartigen Erfolg in Preußen schränkten die Nationalsozialisten ihre Propagandaarbeit keineswegs ein. Schon wenige Tage nach dem 24. April sollte eine neuerliche Großkundgebung mit Gottfried Feder in Korbach abgehalten werden, die allerdings in letzter Minute abgesagt wurde. Doch bereits die Initiative dazu zeigt, daß es der NSDAP in dieser Phase darauf ankam, Aufgewühltheit der Massen und politische Spannung aufrechtzuerhalten, um Ermüdungserscheinungen der strapazierten NSDAP-Aktivisten und -Anhängerschaft vorzubeugen, bis ein Nachziehen in anderen deutschen Regionen eine Regierungsübernahme im Reich ermöglichen würde.

Preußen war seit jenem 24. April 1932 praktisch unregierbar geworden, denn Rechts- und Linksoption verfügten über eine klare Obstruktionsmehrheit im Landtag. Nur aufgrund der oben erwähnten Gesetzesänderung blieb die bisherige Koalitionsregierung aus Zentrum, DSP und SPD geschäftsführend im Amt. Ihrer Handlungsfreiheit weitgehend beraubt, konnte jedoch die preußische Regierung fortan keine nachhaltigen Impulse gegen den weiteren Verfall von Parlamentarismus und Demokratie geben, zumal auch im Reich nur noch mittels Notverordnungen und Präsidentenunterstützung notdürftig regiert werden konnte und demokratisch-parlamentarische Wesensmerkmale der Verfassung seit längerem nur noch pro forma Bestand hatten.

Preußenputsch und Reichtagswahl im Juli 1932

Für die große Mehrheit der Waldecker war das Kapitel »Weimarer Republik« abgeschlossen, und man wartete auf den Tag der nationalsozialistischen Machtübernahme.

In Meldungen der waldeckischen Presse über die angebliche »Abrüstungskomödie« in Genf,²⁹⁸ über blutige Schlägereien zwischen National-

298) »Die Abrüstungskomödie in Genf«. WLZ Nr. 115 vom 19.5.1932.

sozialisten und Kommunisten im Deutschen Reichstag sowie im Preußischen Landtag²⁹⁹ oder über die Regierungsübernahme der NSDAP im Oldenburgischen Landtag platzte die Nachricht vom Ende der Regierung Brüning.³⁰⁰

Interventionen deutschnationaler Großgrundbesitzer aus dem ostelbischen Raum gegen die Politik der Reichsregierung, die als »Staatssozialismus« und »Agrarbolschewismus«³⁰¹ fehlinterpretiert wurde, ergänzten sich mit Intrigen innerhalb des engsten Führungskreises im Reich zu einem für Brüning vernichtenden Konglomerat. Insbesondere das Drängen von Reichswehrgeneral v. Schleicher, das SA-Verbot auszusetzen und eine demgegenüber aufgeschlossener Reichsregierung beim Reichspräsidenten zu fordern, untergrub das Vertrauen Hindenburgs in Brüning. Als Chef des Ministeramtes nahm Schleicher maßgeblichen Einfluß auf die deutsche Politik, unter anderem war es auf sein Betreiben zurückzuführen, daß der langjährige Reichswehrminister Groener sein Regierungsamt aufgeben mußte. Der Reichspräsident, der gefühlsmäßig dem »nationalen« Lager trotz der vorausgegangenen Ungereimtheiten im Präsidentschaftswahlkampf verbunden blieb, zeigte Verständnis für Schleichers Auffassung in der Frage des SA-Verbots. Warum sollte man die »nationale« SA weiterhin unterdrücken, wenn gleichzeitig die republikanische »Reichsbanner«-Organisation weiterbestand? fragten sich Reichspräsident und General im Ministeramt. Am 29. Mai 1932 forderte Hindenburg seinen Kanzler zum Rücktritt auf, ohne dem Reichstag Gelegenheit für ein Mißtrauens- oder Vertrauensvotum zu geben. Damit war der Übergang vom gemäßigt-autoritären, parlamentarisch tolerierten Präsidialkurs zum reinen Präsidialregime, losgelöst vom Parlament, vollzogen.

Durch Nutzbarmachung der »wertvollen Elemente« des Nationalsozialismus für den Staat und teilweise Einbeziehung der NSDAP in die Verantwortung glaubte v. Schleicher, die NS-Bewegung zähmen zu können. Für den Fall eines Zustandekommens einer autoritär-nationalen Regierung stellte er Maßnahmen gegen die mißliebige preußische Landesregierung in Aussicht. Diese Machenschaften hatten insofern Erfolg, als der Reichspräsident das Kabinett v. Papen mit einem Wehrminister v. Schleicher inthronisierte. v. Papen und sein »Kabinett der Barone«³⁰² hoben umgehend das

299) »Das Nachspiel der Reichstagsprügelei«. WLZ Nr. 112 vom 14.5.1932; »Blutige Schlägerei im Preußischen Landtag«. WLZ Nr. 121 vom 26.5.1932.

300) »Rücktritt der Reichsregierung«. WLZ Nr. 125 vom 31.5.1932.

301) Bracher, K.D.: Die Auflösung der Weimarer Republik, a.a.O., S. 450ff.

302) Vgl. Kolb, E., a.a.O., S. 134. Demokratie war für v. Papen eine der »deutschen Art« fremde Regierungsform, Synonym für Fremdbestimmung und immer verknüpft mit dem Versailler Vertrag. »Für den deutschen Konservatismus kann die Führung nie bei der Masse liegen, die Autorität nie bei der Masse ...«, lautete ein Kernsatz seiner Aus-

SA-Verbot auf und leiteten die »Reichsexekution« gegen Preußen ein, noch bevor Reichstagswahlen abgehalten wurden. Diese Wahlen konnten als weitere Konzession an Hitler interpretiert werden.

Mittels eines verfassungswidrigen Staatsstreiches wurde die preußische Regierung Braun-Severing am 20. Juli 1932 amtsenthoben.

Angesichts des drohenden Einsatzes der Reichswehr verzichteten preußische Landesregierung und demokratische Organisationen auf bewaffnete Gegenwehr. Vor dem Hintergrund von fast sechs Millionen Arbeitslosen kam nach Auffassung der legitimen Landesregierung auch ein Aufruf zum Generalstreik nicht in Frage. Nicht einmal die Arbeiterparteien waren sich in dieser Notsituation einig und erst recht nicht entschlossen handlungsfähig. Bekämpfung der als »sozialfaschistisch« eingestuften Sozialdemokratie galt den Kommunisten als vorrangige Handlungsverpflichtung.³⁰³ Außer der Anrufung des Staatsgerichtshofes durch die abgesetzte Landesregierung wurden keine weiteren konkreten Maßnahmen gegen den Papenschen Willkürakt eingeleitet. Unter dem neuen »Reichskommissar« griff man tief in die Rechte und Angelegenheiten von preußischer Polizei und Verwaltung ein. Demokratische, speziell sozialdemokratische Regierungs- und Polizeipräsidenten, Landräte und sonstige Beamte wurden aus ihren Ämtern entfernt.³⁰⁴

Sofort nach Aufhebung des SA-Verbots meldete sich die militante Kampftruppe der Nationalsozialisten mit offiziellen Großaufmärschen und Gewalttätigkeiten zu Wort. Inzwischen umfaßte die SA etwa 400.000 Mann.³⁰⁵

In Arolsen traten SA und SS anläßlich der »Sonnwendfeier« publikumswirksam in Erscheinung. Begleitet von der Mengerinhäuser Stadtkapelle zogen zweihundert uniformierte Nationalsozialisten durch die Straßen der ehemaligen Residenzstadt. Auf dem Königsbergplatz versammelte man sich anschließend zur zentralen Kundgebung für Arolsen und Umgebung.

führungen über »Die Parteien«, und die »Rückkehr zu den unverfälschten Grundsätzen christlich-konservativer Staats- und Gesellschaftsordnung« mit einer »Autorität ... von Gottes Gnaden« lag ihm am Herzen; vgl. Franz von Papen: Die Parteien. In: Die Einheit der Nationalen Politik. Hrsg. v. A. Neumann u. A. Bozi. Stuttgart 1925. S. 229ff.

303) Vgl. Bracher, K.D.: Die Auflösung der Weimarer Republik, a.a.O., S. 491ff., sowie Erdmann, K.D.: Die Weimarer Republik, a.a.O., S. 298ff.

304) Vgl. Broszat, M: Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik. München 1984, S. 150, wo die Einschätzung der Ereignisse des 20.7.1932 durch NSDAP-Propagandaleiter Goebbels dargelegt wird: »... Liste aufgestellt, was an Kropfzeug in Preußen alles beseitigt werden muß. Hier und da werden einige Zeitungen verboten. Manch einer von uns hat Angst, daß diese Regierung [v. Papen, d.V.] zu viel tut und uns nichts mehr übrig bleibt ... Wie die Dinge sich doch im Handumdrehen geändert haben«.

305) Broszat, M.: Die Machtergreifung, a.a.O., S. 147.

NSDAP-Funktionär Gernand hielt die »Feuerrede« vor einem begeisterten Publikum, das er dazu aufrief, aktiv an der Befreiung von den »Sklavenketten« der vergangenen dreizehn Jahre teilzunehmen.³⁰⁶ Überstrahlt wurde der Festplatz von einem überdimensionalen Flammen-Hakenkreuz.

Der Sonnwendfeier in Korbach verlieh ein Auftritt des im »Fememordprozess« zum Tode verurteilten und soeben begnadigten Reichswehroffiziers a.D. Schulz einen besonderen Akzent. Von den übrigen Kundgebungsrednern wurde die Mordtat des nationalsozialistischen Offiziers glorifiziert. Schon Tage zuvor hatten mobile NSDAP-Abordnungen in den umliegenden Ortschaften für dieses »kommende Ereignis«³⁰⁷ geworben.

Auch die Wildunger SA zeigte sich keineswegs untätig. Mit einer Einweihungszeremonie des neuen Kriegerdenkmals verknüpften die dortigen SA-Männer einen vielbeachteten Aufmarsch, dem die Tagespresse das Attribut »imposant«³⁰⁸ verlieh.

Während auf überörtlichen Entscheidungsebenen innerhalb des Linkslagers keine Verbindung zwischen »Eiserner Front«/SPD und KPD zustande kam und sowohl unüberbrückbare Zieldivergenzen als auch gegenseitige Vorurteile einen gemeinsamen Kampf gegen den sich etablierenden Nationalsozialismus unmöglich machten, zog ein paramilitärischer Geländesport-Aufmarsch uniformierter Jungnationalsozialisten am 5. Juli 1932 am Stadtrand von Korbach eine Massenschlägerei nach sich, an der nach amtlichen Berichten kommunistische und sozialdemokratische Jugendliche Seite an Seite gegen die NS-Anhänger beteiligt waren. Der NSDAP-Kolonnen, die sich gerade auf Höhe der Wildunger Straße befand und in Richtung Waldecker Berg marschieren wollte, war die Gruppe der Antifaschisten gefolgt. Ebenfalls in Marschordnung strebten sie auf die NSDAP-Formation zu. Parolen wie »Nazi und Hitler verrecke!« oder »Nieder mit dem Faschismus!«³⁰⁹ störten den Kampfliedergesang der Nationalsozialisten. Zur Bilanz dieses Aufeinandertreffens gehörten zahlreiche Verletzte auf beiden Seiten. Nach Auffassung der zuständigen Behörden hatten zwar beide beteiligten Gruppierungen gegen das bestehende Gebot der Anmeldung jeglicher politischer Umzüge verstoßen, doch nur im Fall der Eisernen Front- und Linksparteianhänger sah man die Notwendigkeit für juristi-

306) Bericht über die »Sonnwendfeier« der NSDAP in Arolsen. WLZ Nr. 148 vom 27.6.1932. Lokalteil »Aus der Heimat«.

307) »Fememörder im Preußischen Landtag«. NSDAP-Wahlkampfanzeige. WLZ Nr. 146 vom 24.6.1932; Hinweis auf NSDAP-Versammlung mit Oberleutnant a.D. Schulz. WLZ Nr. 146 vom 24.6.1932. Lokalteil »Aus der Heimat«.

308) »Ich hatt' einen Kameraden ... Weihe des Wildunger Ehrenmals«. WLZ Nr. 156 vom 6.7.1932.

309) HStA Mbg 165/3982 IX. Bericht des Korbacher Bürgermeisters an den Landrat des Kreises des Eisenbergs, Az. 328/32, 6.7.1932.

sche Schritte gegeben, denn »insbesondere... durch das Verhalten der gegnerischen Gruppe« war danach der »Tatbestand zu § 125, Abs. 1 des R.Str.G.B. gegeben«³¹⁰. Ohne dezidierte Begründung stufte man die Linksanhänger ad hoc als Straftäter ein, hingegen bedachte man die nationalsozialistischen Betroffenen mit Wohlwollen.

Eine Woche später kam es in Mengershausen zu einem weiteren Zusammenstoß. Für den 13. Juli war eine NSDAP-Versammlung im Gasthaus »Lindenhof« anberaumt worden. Da man ausdrücklich auch alle Gegner des Nationalsozialismus zur freien Aussprache herausforderte und ihnen Redezeit während der Veranstaltung zubilligt hatte, entschlossen sich auch die Kommunisten, der NSDAP-Kundgebung beizuwohnen. Eine eigene Versammlung in Twiste sagte man kurzfristig ab. Neben den KPD-Leuten trafen auch Mitglieder der Eisernen Front im Mengershäuser NSDAP-Versammlungslokal ein. Doch nicht dem Austausch kontroverser Argumentationen galt das Hauptinteresse der Veranstalter, sondern der Provokation und Beleidigung. Im Vorfeld dieser NSDAP-Veranstaltung titulierte die Hessische Volkswacht die Anhängerschaft der Linksparteien als »Untermenschentum«³¹¹. Zusätzlich war die Atmosphäre durch Unterschlagungs- und Mißwirtschaftsvorwürfe gegen die freie ADGB-Gewerkschaftsvereinigung »Baugewerksbund Korbach« vergiftet worden.³¹² Als im Verlauf der NSDAP-Versammlung den Diskussionsrednern von KPD und SPD das Wort entzogen wurde und damit die ursprüngliche Versicherung verletzt worden war, nahm die Versammlung tumultartige Züge an. Anführern der NSDAP-Gegner gelang es, ihre Anhängerschaft zu beschwichtigen und zum Verlassen des Lokals zu bewegen. Sozialdemokraten und Kommunisten marschierten in einem gemeinsamen Zug aus dem Saal, um eine Massenschlägerei zu umgehen. Von den Nationalsozialisten verabschiedete man sich mit dem Absingen der »Internationale«. Bis zum Ende der Veranstaltung umringten Anhänger der KPD das Versammlungslokal der Nationalsozialisten. Ein Unbesonnener sorgte durch einen Steinwurf gegen ein Fenster des Tagungssaals für eine Zuspitzung der aggressiven Stimmung. Von Pfiffen und Protestrufen im Freien empfangen, bahnte sich die nationalsozialistische Marschformation einen Weg mitten durch den Pulk der Gegner. Demonstranten wurden beiseite gestoßen. Wie kaum anders zu erwarten, endete diese Begegnung in einer heftigen

310) Ebenda.

311) »Hessische Volkswacht« Nr. 221 vom 11.11.1931.

312) »Eingesandt«. Leserbrief von NSDAP-Ortsgruppenleiter Casselmann. WLZ Nr. 152 vom 1.7.1932; »Eingesandt«. Leserbrief der NSDAP. WLZ Nr. 155 vom 5.7.1932; »Eingesandt«. Leserbrief gemeinsam unterzeichnet von »Fabrikarbeiterverband Verwaltungsstelle Korbach« sowie »Deutscher Baugewerksbund Baugewerkschaft Korbach«. WLZ Nr. 153 vom 2.7.1932.

Prügelci. Rechtzeitig vor Beginn des Straßenkampfes hatten die Nationalsozialisten die SS-Abteilung Korbach unter der Leitung von Truppführer H. herbeibeordert.³¹³ Gummiknüppel, Hundepeitschen, Äxte, Holzlatten und Messer wurden im Streit zum Einsatz gebracht. Den völlig überforderten Landjäger- und Polizeibeamten gelang es nicht, die Ereignisse unter Kontrolle zu bekommen, lediglich die Namen einiger Kommunisten wurden notiert.³¹⁴

Im später abgehaltenen Gerichtsprozeß bot sich das bekannte Bild: dreizehn KPD-Mitglieder, darunter drei Frauen, wurden mit Gefängnisstrafen zwischen drei und sechs Monaten wegen schweren Landfriedensbruchs bestraft, während von den beteiligten Nationalsozialisten nur ein einziger eine Bewährungsstrafe wegen illegalen Waffenbesitzes erhielt.³¹⁵ Basierend auf dieser »Gerechtigkeitsfindung« konnte in den Presseerzeugnissen in Waldeck einmal mehr das traditionelle Wertungsmuster ausgebreitet werden. Den Behörden lieferte der Vorfall in Mengersinghausen überdies einen Vorwand für eine umfangreiche Hausdurchsuchungsaktion bei Mitgliedern der KPD. Wegen Beamtennötigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt handelte sich einer der aufgesuchten kommunistischen Aktivistinnen hier eine mehrmonatige Haftstrafe ein.³¹⁶ Einseitige Darstellungen in den Medien, einseitige Parteinahme der Behörden und einseitige Urteile der Justiz sorgten dafür, daß der »Kampf auf der Straße« den Nationalsozialisten ständig neue Sympathien einbrachte und der gegen Kommunisten und sonstige Linke gerichtete Ruf nach »Ordnung« und »Schutz vor dem Bolschewismus« täglich lauter wurde.

In Mengersinghausen rief man nach der Straßenschlacht vom 13. Juli eine »Bürgerschutzwehr« ins Leben. »Die Bürgerschaft Mengersinghausen bildet aus sich einen Bürgerschutz gegen politischen Terror, Einbruchdiebstahl, Ueberfälle etc.«³¹⁷, hieß es im Gründungsaufzug dieser Selbstschutzorganisation. Offiziell wollte man sich dafür einsetzen, »...daß die politische Meinung eines jeden einzelnen geschützt...«³¹⁸ würde, doch bei der Lektüre des protokollartigen Berichts über die Gründungsversammlung in

313) Casselmann, H., a.a.O., S. 16.

314) HStA Mbg 165/3982 IX. Bericht des Bürgermeisters, Mengersinghausen, 14.7.1932.

315) HStA Mbg 165/3982 IX. Landratsbericht, Kreis der Twiste, Az. I 6039, 14.11.1932; HStA Mbg 165/3982 IX. Aufstellung des Polizeipräsidenten an den RP über Waffenfunde bei Nationalsozialisten in der Zeit vom 1.7. bis 30.9.1932, Az. I 1420. Danach handelt es sich bei dem Waffenbesitz in diesem Fall um einen »Totschläger«.

316) HStA Mbg 165/3982 IX. Landratsbericht, Kreis der Twiste, Az. I 4615, Arolsen, 25.8.1932.

317) »Die Bürgerschaft Mengersinghausen bildet aus sich einen Bürgerschutz gegen Terror, Einbruchdiebstähle, Ueberfälle etc.«. Bericht über die Gründungsversammlung. WLZ Nr. 173 vom 26.7.1932. Lokalteil »Aus der Heimat«.

318) Ebenda.

der Waldeckischen Landeszeitung entsteht eher der Eindruck, daß es sich de facto um eine, mit dem publikumswirksamen Etikett der Überparteilichkeit geschmückte, Verstärkung der SA handelte. Erhärtet wurde dieser Eindruck bei den ersten Einsätzen der Bürgerwehr: Zum einen hatte man sich ausdrücklich und ausschließlich wegen des von »radikalen Elementen bei Versammlungen der Rechtsparteien« ausgeübten Terrors zusammengefunden und das zurückhaltende Eingreifen der Polizei gegen die NSDAP-Gegner aufs schärfste verurteilt,³¹⁹ zum anderen standen die Männer der insgesamt rund einhundertzwanzig Gründungsmitglieder umfassenden Bürgerwehr³²⁰ bei der nächstfolgenden NSDAP-Versammlung in Mengerlinghausen Schulter an Schulter mit SS und SA, um jegliche Störung »...im Keime zu ersticken«³²¹.

Für das Klima der Gewalt machten die Anhänger des »Bürgerschutzes« ausschließlich die Linksparteien verantwortlich. Hingegen betrachtete man die Nationalsozialisten als schutzbedürftige Vertreter der »nationalen« Interessen. Die unterschiedliche moralische Wertigkeit der verfeindeten politischen Gruppierungen glaubte man durch die Einbeziehung von eigentlich unpolitischen Straftatbeständen wie Einbruchdiebstahl oder Überfall in die Liste der Gründungsmotive hervorheben zu können. Suggestieren einer geistigen Nähe zwischen Linksparteien und gemeiner Kriminalität hieß ein taktisches Element bürgerlich-nationaler Politikbestrebungen, undifferenzierte Zusammenfassung der Linksparteien ein anderes. Das eindeutige Feindbild mußte nun nicht mehr in erster Linie von den Disharmonien im Rechtslager ablenken, sondern bekam mehr und mehr die Funktion globaler Polarisierung im Sinne der von den Nationalsozialisten prophezeiten Entscheidungsschlacht endzeitlicher Dimension zwischen »Bolschewismus« und »Nationalsozialismus«.

Wie schon in den vorausgegangenen Wahlkämpfen entwickelte auch diesmal die NSDAP die bei weitem größten Versammlungsaktivitäten. Allein im Monat Juli 1932 meldete man 81 Versammlungen für den Raum Waldeck an: Auf den Kreis der Twiste entfielen 40, auf den Kreis der Eder 16 und auf den Kreis des Eisenbergs 25 NSDAP-Kundgebungen.³²² Au-

319) Ebenda.

320) Ebenda.

321) »Massenkundgebung der N.S.D.A.P.« in Mengerlinghausen. WLZ Nr. 177 vom 30.7.1932.

322) HStA Mbg 165/3873. Landratsberichte aus den drei Waldeckischen Kreisen betr. »Durchführung der VO [Verordnung, d.V.] des Reichspräsidenten vom 28.3.1931 zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen«, Juni 1932 bis Ende 1932. Nachweisung I, Kreis der Eder, Az. P 1836, Bad Wildungen, 2.6.1932; Nachweisung I, Kreis des Eisenbergs, Korbach, 4.6.1932; Nachweisung I, Kreis der Twiste, Az. I 3772, Arolsen, 6.7.1932; Nachweisung I, Kreis der Eder, Az. P. 1896, Bad Wildungen, 5.7.1932; Nach-

genscheinlich bevorzugte man jeweils die Gebiete, die bei den vorausgegangenen Wahlgängen unter dem waldeckischen Durchschnitt liegende NSDAP-Stimmenanteile zu verzeichnen hatten. Im Kampf um die Mandate im neuen Reichstag steigerte auch die SPD ihre Versammlungstätigkeit erheblich. Immerhin dreiunddreißigmal wandten sich SPD und Eiserne Front im gleichen Zeitraum an die Wähler in Waldeck, um vor den Gefahren einer nationalsozialistischen Machtübernahme zu warnen. Die KPD organisierte sechzehn Veranstaltungen. In den letzten vier Wochen vor dem Wahlgang warb die Deutschnationale Volkspartei in achtzehn Versammlungen für ihre politischen Ziele. Alle übrigen Parteien und Gruppierungen veranstalteten zehn Kundgebungen.³²³ Als einzige Partei hatte die NSDAP bereits im Vormonat Juni Werbeauftritte abgehalten und mit diesen zusätzlichen dreizehn Veranstaltungen wieder einmal die übrigen Parteien in eine mehr reagierende als agierende Rolle gedrängt. Als innovatives Wahlkampfmittel führten die Nationalsozialisten die »Führer-Filme« in Waldeck ein: Hitler, Goebbels, Göring, Gregor Strasser und Walter Darré wurden der waldeckischen Zuhörerschaft per Tonfilm präsentiert. Gleich vier Vorstellungen hintereinander sah man für den 24. Juli in Korbach vor.³²⁴ Zusätzliche Überzeugungskraft erhoffte man sich von einem Presseaufruf für die Partei Hitlers, der die Unterschriften etlicher Universitäts- bzw. Hochschulprofessoren trug.³²⁵

Abgesehen von der Massivität der NSDAP-Propaganda in diesem Wahlkampf verdiente eine behördliche Maßnahme im Ederkreis besondere Bedeutung. Um seine »Neutralität« und Ausgewogenheit im politischen Tageskampf zu unterstreichen, verhängte der Landrat in Bad Wildungen nicht nur Verbote gegen zwei beabsichtigte paramilitärische Aufmärsche der NSDAP, sondern auch gegen eine Versammlung der SPD und eine der KPD³²⁶.

Ebenfalls nicht ohne Brisanz war eine in der Tagespresse ausgebreitete persönliche Attacke der Nationalsozialisten gegen eine jüdische Ge-

weisung I, Kreis des Eisenbergs, Az. I 2032, Korbach, 4.7.1932; Nachweisung I, Kreis der Eder, Bad Wildungen, 3.8.1932; Nachweisung I und II, Kreis des Eisenbergs, Az. 20/32, Korbach, 3.8.1932.

323) Ebenda.

324) Hinweis auf NSDAP-Filmvorführungen in Korbach. WLZ Nr. 169 vom 21.7.1932. Lokalteil »Aus der Heimat«; »Vier Tonfilm-Wahlkundgebungen«. NSDAP-Wahlkampfanzeige. WLZ Nr. 170 vom 22.7.1932.

325) »Erklärung deutscher Universitäts- und Hochschullehrer« zugunsten des Nationalsozialismus. WLZ Nr. 177 vom 30.7.1932.

326) HStA Mbg 165/3873. Landratsberichte betr. »Durchführung der VO [Verordnung, d.V.] des Reichspräsidenten vom 28.3.1931 zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen«, Juni 1932 bis Ende 1932. Hier: Landrat des Kreises der Eder, Nachweisung I, Juli 1932, Bad Wildungen, 3.8.1932; HStA Mbg 165/3903 I. Landrat des Kreises der Eder, Nachweisung I/II, Az. I 4864, 28.3.-31.8.1931, Bad Wildungen, 3.9.1931.

schäftsfrau in Korbach. Die NSDAP bezog sich in ihrer Attacke auf eine eidesstattliche Erklärung eines obskuren Herrn Bob aus Karlsruhe, der bei einem Aufenthalt in Korbach beobachtet haben wollte, daß ein uniformierter Rotfrontkämpfer »...mit der jüdischen Firma unterhandelte...«³²⁷. Bei dieser Gelegenheit soll zu Gewalttätigkeiten gegen die »braune Bande«³²⁸ aufgestachelt worden sein. Ohne die Möglichkeit für eine Klärung der Angelegenheit zu bieten, sollte am Tag vor der Wahl den Lesern das unterstellte Zusammenspiel zwischen Judentum und Kommunismus in dem Blatt »handfest« nachgewiesen werden.

Appelle von Eiserner Front und SPD, Republik und individuelle Freiheit vor dem Zugriff der Nationalsozialisten durch ein Votum für republikanische Kräfte zu schützen, fruchteten im nationalsozialistisch dominierten Waldeck recht wenig. Sie dienten wohl mehr dazu, die eigene kleine Anhängerschaft vor der völligen Resignation zu bewahren. Zusammenhalt und Standfestigkeit versuchten die SPD-Anhänger noch einmal am 23. Juli in Korbach unter Beweis zu stellen, als Parteivorstandsmitglied Ollenhauer aus Berlin eintraf. Reaktionäre Zielsetzung der Politik der Reichsregierung, gegen die Arbeiterschaft gerichtete Sozialdemontagebestrebungen, »Preußenschlag«, Paktieren des Rechtsregimes mit dem Nationalsozialismus sowie die Aufhebung des SA-Verbots waren Kernpunkte der Kritik.³²⁹

Als am Abend des 31. Juli die Abstimmungsergebnisse ermittelt waren, stand fest, daß weder die Werbeversuche der Deutschnationalen noch die Gewaltexzesse der letzten Tage die Ausbreitung des Nationalsozialismus hatten bremsen können. Vergeblich hatte die DNVP unter den Farben Schwarz-Weiß-Rot »des alten und des kommenden deutschen Kaiserreichs«³³⁰ ihre antisozialistischen Tugenden herausgestrichen:³³¹ »Denn nur die deutschnationale Volkspartei kämpft seit ihrer Gründung unbeirrt und zielklar gegen die Korruptionerscheinungen einer faulen Demokratie für altpreußische Sauberkeit und Sparsamkeit, gegen den sozialistischen Wirtschaftswahnsinn für eine organisch aufgebaute freie Privatwirtschaft...«.

Scheinbar unbeeindruckt nahm die waldeckische Bevölkerung die Gewaltausbrüche des »Blutsonntags von Altona« hin. Der Einmarsch von

327) »Eidesstattliche Erklärung« von Eugen Bob (Karlsruhe). WLZ Nr. 177 vom 30.7.1932.

328) Ebenda.

329) Bericht über eine öffentliche Wahlkundgebung von SPD und »Eiserner Front« in Korbach. WLZ Nr. 172 vom 25.7.1932.

330) »Deutscher Bürger, Bauern, Arbeiter! Nationale Frauen und Männer in Stadt und Land! Wählt deutschnational!«. DNVP-Wahlkampfanzeige. WLZ Nr. 177 vom 30.7.1932.

331) Ebenda.

rund 7.000 Nationalsozialisten in das Hamburger Arbeiterwohnviertel, der achtzehn Tote und eine große Zahl von Schwerverletzten zur Folge hatte, schmälerte nicht das Ansehen der NSDAP, sondern ließ allenfalls den Haß gegen die Kräfte der Linken anwachsen. Auch die fast einhundert Todesopfer, die der Wahlkampf alleine in Preußen³³² gefordert hatte, untermauerten nur den Ruf nach einem »starken Mann«, der Ruhe und Ordnung wieder zum Durchbruch verhelfen würde.

Bei einer noch nie dagewesenen Wahlbeteiligung von 95 % gelang es der NSDAP, ihr bisheriges Rekordergebnis aus dem zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl um weitere 3.000 Stimmen zu steigern. Von 36.368 Wählern kreuzten 23.186 den Wahlvorschlag der nationalsozialistischen Partei an, dies entsprach einem relativen Anteil von 63,7 %. Aus der umfangreichen Liste der aufgeführten Wahlvorschläge erreichten nur noch drei Parteien einen Stimmenanteil über fünf Prozent. Weit abgeschlagen hinter der NSDAP plazierte sich die SPD mit ihrem Wähleraufkommen von 5.124 Stimmen auf dem zweiten Platz, gefolgt von der DNVP mit 3.491 Wählervoten.³³³

*Ergebnisse der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 in Waldeck:*³³⁴

	Liste	Saldo zu		Kreisergebnisse in Prozent		
		9/1930	Prozent	Eder	Eisenberg	Twiste
NSDAP	23.186	+ 16.503	63,7	63,2	64,6	63,5
SPD	5.124	+ 188	14,1	16,1	12,8	13,2
DNVP	3.491	+ 2.067	9,6	8,6	10,3	10,0
KPD	1.577	+ 478	4,3	4,0	3,9	5,5
Zentrum	1.181	+ 363	3,2	3,3	3,9	2,2
DVP	649	- 528	1,8	2,4	1,2	1,8
CSVD	556	- 1.405	1,5	1,0	2,0	1,6
DSP*	286	- 2.028	0,8	0,9	0,5	1,0
CNBL/LV	110	- 5.516	0,3	0,1	0,3	0,7
WP	82	- 1.017	0,2	0,2	0,2	0,3
Sonstige	129	- 590	0,4	0,4	0,4	0,3
Summe	36.371	+ 7.285				

*DSP bis 1930 DDP

332) Broszat, M.: Die Machtergreifung, a. a. O., S. 147 und 229.

333) »Das Wahlergebnis in Waldeck«. WLZ Nr. 178 vom 1.8.1932.

334) Ebenda.

Im Gegensatz zum Trend im Reich konnten die Deutschnationalen in ihrer einstigen Hochburg Waldeck wieder etwas an Boden gutmachen. Die rechtsextreme Machtausbreitung erreichte damit einen neuen Höhepunkt. Fast 28.000 Rechtswählern standen lediglich 6.500 Anhänger republikanischer und gemäßigter bürgerlicher Parteien gegenüber. Sozialdemokraten und die vom Zentrum vertretene katholische Bevölkerungsminderheit konnten nicht mehr auf nennenswerten Beistand aus dem liberalen Lager hoffen. Ebenso wie die kleineren Rechts- und Mittelparteien waren auch die Liberalen vom Sog des nationalsozialistischen Erfolges erfaßt worden. Der Liberalismus in Waldeck konnte nur noch 0,8 % der Wähler für sich mobilisieren und war damit an einem vorläufigen Ende seiner einst vielversprechenden Entwicklung im Waldecker Land angekommen. Der irrationale Bündnisversuch zwischen liberaler DDP und Jungdeutschem Orden hatte das Anhängerpotential irritiert. Die Reichstagswahl Ende Juli 1932 offenbarte das fast vollständige Absorbieren der liberalen Wählerschaft durch die NSDAP. Auch die Mittelstandsparteien, die dem republikanischen Geist in der Vergangenheit überwiegend mit Ablehnung begegnet waren, verloren ihre Anhängerschaft größtenteils an die NSDAP. Die Wirtschaftspartei erlitt Einbußen in Höhe von 92,5 % und war damit von der politischen Bühne verschwunden. Die DVP verlor rund 45 % ihrer Wähler, und die evangelische Rechtspartei CSVD sank nach dem Verlust von mehr als 70 % der Wählerschaft auf das Niveau einer machtlosen Splittergruppierung ab. Der quantitativ bedeutendste Wähleraustausch vollzog sich zwischen der CNBL und der NSDAP. Die CNBL schrumpfte durch die Abwanderung von 5.516 CNBL-Wählern zu einem kleinen Grüppchen mit beinahe familiärem Charakter. Das Lager der mittelständisch und landwirtschaftlich ausgerichteten Parteien konservativer, liberaler oder reaktionärer Couleur sah sich Gesamtverlusten von mehr als 11.000 Stimmen ausgesetzt. In den Reihen ihrer einstigen Wähler hatte sich die Einschätzung durchgesetzt, daß nur eine Konzentration aller »national« und »deutsch« gesinnten Kräfte auf die NSDAP eine schnelle und grundlegende Veränderung der abgelehnten bestehenden Verhältnisse herbeiführen konnte. Da nach den vorausgegangenen Wahlerfolgen der NSDAP die Chance für eine radikale Abkehr vom Weimarer »System« günstig wie nie zuvor erschien, gingen auch viele Bürger zu den Wahlurnen, die in den vergangenen Jahren nicht an demokratischen Wahlhandlungen partizipierten, weil sie geglaubt hatten, an den bestehenden Verhältnissen durch ihre Stimme doch nichts ändern zu können. Durch die NSDAP-Erfolge bot sich diesen »System«-Skeptikern plötzlich eine neue Perspektive. Mehr als 7.000 bisherige Nichtwähler und Neuwähler konnten mobilisiert werden. Aus der Gewinn- und Verlustrechnung, in der das Reichstagswahlergebnis von 1930 dem vom 31. Juli 1932 gegenübergestellt wurde, ergibt sich, daß

die Zunahme der Wahlbeteiligung zum größten Teil der NSDAP zugute kam, zu einem geringen Teil der DNVP und nur in völlig unbedeutendem Maße anderen Parteien zugeflossen sein kann. Der NSDAP gelang eine maximale Ausschöpfung des republikverdrossenen Potentials.

Nachdem also die liberale Komponente im politischen Leben Waldecks nicht mehr existierte, ferner die Diskussion innerhalb der Zentrumsparlei in Preußen und im Reich immer offener in Richtung einer Kooperation mit dem Nationalsozialismus zielte, stand die SPD als letzte Kämpferin für den parlamentarisch-demokratischen Staatsgedanken der Weimarer Republik in einer isolierten Position. Dabei mußte sich die Sozialdemokratie nicht nur gegen die Übermacht der NSDAP, sondern auch gegen heftige Attacken aus den Reihen der kommunistischen Partei zur Wehr setzen. In dieser Situation war es ein schwacher Trost für die Sozialdemokraten, daß sie diesmal ihr bestes Resultat, bezogen auf die absolute Zahl der Wähler, seit 1920 erreicht hatten.

Reichstagswahlergebnisse der SPD in Waldeck von 1920 bis Juli 1932:

Wahldatum	Stimmen
6.6.1920	6.044
4.5.1924	3.564
7.12.1924	4.851
20.5.1928	4.892
14.9.1930	4.936
31.7.1932	5.124

Die Wahlbeteiligung lag am 31. Juli 1932 in Waldeck um 10,6 Prozentpunkte über dem Reichswert. Der Mobilisierungserfolg der Rechtsparteien NSDAP und – in geringerem Maße – DNVP lag hier also spürbar höher als im Reichsdurchschnitt, wie überhaupt das Wahlverhalten erheblich von den Ergebnissen im Deutschen Reich abwich. Die traditionelle Rechtsverschiebung trat diesmal noch markanter in Erscheinung.

Ergebnisse der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 in Waldeck in Relation zum Ergebnis im Deutschen Reich für die fünf stärksten Parteien in Prozent:

Liste	Waldeck	Deutsches Reich
NSDAP	63,7	37,4
SPD	14,1	21,6
DNVP	9,6	5,9
KPD	4,3	14,5
Zentrum	3,2	12,5

Mancherorts näherten sich die Ergebnisse für die NSDAP der Einstimmigkeit. Stolz kündeten in nicht wenigen Dörfern Hakenkreuzfahnen auf Hausdächern oder an Hausfassaden von dem politischen Konsens der Dorfbevölkerung am Wahltag. BDM-Angehörige hatten während des Wahlkampfes in ihrer Freizeit Hakenkreuzfahnen genäht. Auch optisch sollte dokumentiert werden, daß man in Waldeck mit überwältigender Mehrheit auf die Machtübernahme des Nationalsozialismus wartete. Allein in Korbach, wo die NSDAP-Ortsgruppe inzwischen 120 Personen stark war,³³⁵ waren sechzig Hakenkreuzbanner von Aktivisten installiert worden. Das Hissen einer Schwarz-Rot-Gold-Flagge auf dem »Tempel«, so nannte man die Korbacher Synagoge, wurde von Nationalsozialisten als Provokation aufgefaßt und mit einem akrobatischen Einsatz eines SA-Mannes beantwortet: Die Farben der Deutschen Republik, zugleich die Farben des Waldecker Landes, wurden heruntergerissen.³³⁶ In dreizehn waldeckischen Gemeinden stimmte die Bevölkerung mit Mehrheiten von über 90 Prozent für die Partei Adolf Hitlers. Im Kreis des Eisenbergs umfaßte die Liste jener Orte die Dörfer Schwalefeld (94,8 % NSDAP), Schweinsbühl (91,8 % NSDAP), Strothe (90,3 % NSDAP) sowie Ober-Ense (90,2 % NSDAP). Keines dieser landwirtschaftlich geprägten Dörfer hatte mehr als 400 Einwohner, Schweinsbühl sogar weniger als 200 Einwohner. Auffällig war, daß diese Dörfer schon frühzeitig, also um 1928, zu Stützpunkten der NSDAP geworden waren; insbesondere Schweinsbühl und Schwalefeld zählten zu den ersten waldeckischen NSDAP-Hochburgen. Ferner konnten sämtliche genannten Gemeinden mit NSDAP-Anteilen über 90 % als extrem strukturschwach eingeordnet werden. Schwalefeld, Schweinsbühl und Strothe verzeichneten in der Zeit zwischen 1925 und 1933 deutliche Bevölkerungsrückgänge. Wegen fehlender Erwerbsmöglichkeiten außerhalb des Agrarsektors wanderten vor allen Dingen junge, leistungsfähige Arbeitskräfte in die größeren Orte der Umgebung. Im Kreis des Eisenbergs nahm die Kreisstadt Korbach den größten Anteil des dörflichen Abwanderungspotentials auf. Schweinsbühl mit 11,3 % und Schwalefeld mit 7,1 % Bevölkerungsrückgang in nur acht Jahren zählten zudem auch in landwirtschaftlicher Hinsicht zu den ungünstigen Standorten im ertragsarmen Upland.³³⁷

Im Kreis der Eder ragten sieben Ortschaften mit NSDAP-Wähleranteilen von über 90 Prozent heraus. Ober-Werbe (98,6 %), Albertshausen (96,8 %), Buhlen (96,5 %), Armsfeld (95,6 %), Hüddingen (95,0 %), Alraft (94,7 %) und Königshagen (91,6 %) lassen sich allesamt als kleine

335) Casselmann, H., a.a.O., S. 17.

336) »Das Wahlergebnis in Waldeck«. WLZ Nr. 178 vom 1.8.1932.

337) Waldeckischer Landeskalender 1934. Gemeindestatistik, S. 38f.

Bauerndörfer der Ortsgrößenklasse unter 300 Einwohner charakterisieren. Vier der genannten Dörfer beherbergten weniger als 200 Bewohner und drei zählten zu den Gemeinden mit Bevölkerungsabwanderung in dem Zeitraum von 1925 bis 1933, in den restlichen Gemeinden mit höchsten NSDAP-Anteilen stagnierten die Bevölkerungszahlen weitgehend. Die genannten Ortschaften verfügten über gar keine oder nur minimale Industriekapazitäten oder Arbeitsplätze im Verarbeitungs- oder Dienstleistungssektor. Weder am Kurgeschäft, das in Bad Wildungen einen wichtigen Wirtschaftsfaktor darstellte, noch am Tourismus, der den Bewohnern in unmittelbarer Nähe des Edersees bescheidene Zuerwerbsmöglichkeiten bot, konnten die abgelegenen Bauerndörfer teilhaben. Strukturschwäche war auch das hervorstechende Merkmal der beiden Kleingemeinden Dehringhausen (91,1 % NSDAP) und Herbsen (91,5 % NSDAP) im Kreis der Twiste, die durch NSDAP-Wahlresultate von über 90 Prozent auf sich aufmerksam machten. Weitere 21 Waldeckische Ortschaften vermeldeten NSDAP-Stimmenanteile zwischen 80 und 89,9 %. Ebenso wie bei den Rekordhaltern mit mehr als 90 Prozent NSDAP-Wählern handelte es sich ausnahmslos um kleinere Dörfer, geprägt von der Landwirtschaft, die ihren Bewohnern keine oder nur in unzureichendem Maße Erwerbsmöglichkeiten in außerlandwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichen boten. Fast alle gehörten nicht zum unmittelbaren Einzugsbereich der jeweiligen Kreisstadt, und ihre Bevölkerung hatte in der Vergangenheit aus ihrer ausgeprägten konservativen Einstellung, ihrer »nationalen« Gesinnung keinen Hehl gemacht. Angesichts der Massivität der Parteinahme für die NSDAP in den kleinen Landgemeinden mußte abweichendes Wahlverhalten zwangsläufig zur völligen gesellschaftlichen Isolierung der Betroffenen führen. Wähler der Linksparteien störten das Bild der intakten dörflichen Gemeinschaft. Schon 1928 und 1930 hatten viele der jetzigen NSDAP-Rekordgemeinden keine einzige Stimme für KPD oder SPD aufzuweisen gehabt. Mit dem Streben nach Einigkeit auf unterer Ebene, also dem Dorf, versuchte man, dem abgelehnten Pluralismus auf Reichs- und Landesebene, abwertend als Parteienhader charakterisiert, entgegenzuwirken. Politische Uneinigkeit wertete die Landbevölkerung als entscheidendes Hemmnis auf dem Weg des nationalen Wiederaufstiegs. Allenfalls ein Eintreten für deutschnationale Positionen war mit der »nationalen« Grundstimmung in den Dörfern zu vereinbaren.

In den Reichstagswahlgängen der Jahre 1928 und 1930 waren alle jetzigen NSDAP-Rekordgemeinden durch überwältigende Ergebnisse für die CNBL aufgefallen. In einigen Dörfern konnte bereits 1930 die NSDAP zur CNBL aufschließen. Andere Parteien spielten, mit Ausnahme der Gemeinde Dehringhausen, die damals mit CNBL, NSDAP und CSVD drei fast gleich starke Parteilager beherbergte, keine Rolle. Eine weitere Aus-

nahme bildete die Gemeinde Schwalefeld im Upland, die bereits 1928 als NSDAP-Hochburg für Aufsehen sorgte.

Entwicklung des Wahlverhaltens zwischen 1928 und 1932 in Gemeinden mit NSDAP-Stimmenanteil von über 90 % bei der Reichstagswahl im Juli 1932

Gemeinde	Reichstagswahl 1928			Reichstagswahl 1930			Reichstagswahl 1932(1.)		
	A*	B*	C*	A*	B*	C*	A*	B*	C*
Schwalefeld	12	111	23	5	160	27	0	221	11
Schweinsbühl	37	0	16	38	27	9	0	89	8
Albertshausen	43	1	26	30	14	12	0	91	3
Alraft	45	0	8	40	14	19	0	90	5
Armsfeld	70	0	19	43	55	10	0	174	8
Buhlen	14	0	14	24	30	14	0	82	3
Hüddingen	31	0	12	12	18	5	0	76	4
Ober-Werbe	38	0	17	12	27	5	0	73	1
Dehringhausen	78	0	11	39	29	36	0	112	11
Herbsen	63	0	8	39	69	12	1	140	12

A* = CNBL, B* = NSDAP, C* = alle übrigen Parteien

Die Umorientierung von der Bauernpartei zur NSDAP ist in allen Gemeinden nachzuvollziehen. Allerdings erreichte die 1932 in bezug auf die NSDAP gefundene Einigkeit ein noch höheres Maß, als es in früheren Jahren zugunsten der CNBL/Landvolkpartei der Fall gewesen war. Den neuen, »nationalen« Konsens zugunsten der NSDAP stellte man mitunter stolz zur Schau. In dem Dorf Wethen signalisierte seit Juli 1932 ein überdimensionales Hakenkreuz aus Holz die politische Gesinnung der Einwohnerschaft. Es war auf einer Anhöhe am Dorfrand installiert und weithin sichtbar.³³⁸

Nur in wenigen Ortschaften Waldecks waren gewisse Abweichungen vom Waldeckischen Trend zu verzeichnen. Abstimmungstendenzen von der Art, daß verschiedene Landgemeinden mehrheitlich für verschiedene bürgerliche Parteien votierten, wie das früher mitunter der Fall gewesen war, gehörten nun der Vergangenheit an. Besonderheiten wiesen im Kreis

338) Bericht über die Zerstörung eines Holz-Hakenkreuzes in Wethen. WLZ Nr. 33 vom 8.2.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

der Twiste lediglich die Ortschaften Mengerlinghausen und Rhoden auf. Hier waren einige Industriebetriebe angesiedelt, und somit lag der Arbeiteranteil an der Wohnbevölkerung über dem Durchschnitt. In Mengerlinghausen erzielte die KPD 12,1 %, in Rhoden gar 13,5 % der gültigen Stimmen. Rhoden war damit der einzige Ort Waldecks, wo die KPD die SPD im Gunstwettkampf um die Stimmen der Arbeiter überflügeln konnte. Die Sozialdemokraten erkämpften sich in Züschen (41,4 %), Hemfurth (40,5 %) und Adorf (33,1 %) ihre Spitzenergebnisse. In allen drei Fällen handelte es sich um Gemeinden, in denen der Einfluß der Agrarwirtschaft deutlich unter dem waldeckischen Durchschnitt lag, wengleich nicht vollständig fehlte. Züschen, im Zuge späterer Verwaltungsreformen aus dem waldeckischen Ederkreisgebiet ausgegliedert, lag bereits im Einzugsbereich der Stadt Fritzlar und diente daher zahlreichen Pendlern als Wohnort. In Hemfurth zog über mehrere Jahre ein energiewirtschaftliches Großbauprojekt Arbeitskräfte aus der näheren und weiteren Umgebung an. Adorf verfügte über Arbeitsplätze im Bergbau; seit Jahrzehnten wurde hier Eisenerz gefördert. Neben den beiden traditionellen »Zentrums-Orten« Hillershausen (82,3 % Zentrum) und Eppe (78,5 % Zentrum) war Lelbach der einzige Waldeckische Ort ohne zumindest relative NSDAP-Mehrheit. Mit 43,4 % behielt in Lelbach die DNVP knapp die Oberhand. Nicht mehr von Bedeutung war der Anteil, den die einst so mächtige Landvolkpartei auf sich vereinen konnte. In der Heimatgemeinde des langjährigen Landbundvorsitzenden Schnaar, Massenhausen, stimmte eine kleine Gruppe für die Bauernpartei und sorgte mit ihren 29 Stimmen für mehr als ein Viertel der waldeckischen Landvolkstimmen.

Nach dem großen Wahlerfolg, der die nationalsozialistische Fraktion im Reichstag von 107 auf 230 Mandate anwachsen ließ, hoffte man seitens der NSDAP, umgehend mit der Macht im Staate betraut zu werden. Trotz der Unterstützung durch 37 Mandatsträger der Deutschnationalen reichte es für die Nationalsozialisten nicht zu einer Mehrheit im 608 Sitze umfassenden Parlament. Reichspräsident v. Hindenburg verschloß sich bislang Hitlers Machtanspruch. Den »böhmischen Gefreiten« wollte er nicht zum Kanzler machen.

Bestrebungen von konservativer Seite, Hitler und die NSDAP als Partner in eine »nationale« Koalitionsregierung einzubeziehen, scheiterten. Vorerst blieb die Wahl Hermann Görings mit den Stimmen des Zentrums zum Reichspräsidenten das einzige Resultat der Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten. Reichskanzler v. Papen konnte nicht die Unterstützung durch die NSDAP gewinnen. Im neuen Reichstag ergänzte sich fortan nationalsozialistische Obstruktionspolitik mit kommunistischer Obstruktionspolitik zu einer Konstellation, die eine konstruktive Parlamentsarbeit unmöglich machte.

Rückschläge für die nationalsozialistischen Erwartungen auf baldige Machtübernahme im Staat

Während auch innerhalb der nationalsozialistischen Anhängerschaft Zweifel an der Richtigkeit des »Alles oder Nichts«-Kurses der Parteileitung aufkamen, wurden Sympathisanten und mögliche Bündnispartner durch ein politisches Verbrechen von unübertreffbarer Brutalität verunsichert. Fünf uniformierte SA-Männer waren im schlesischen Dorf Potempa nachts in die Wohnung eines kommunistischen Arbeiters eingedrungen und hatten ihn vor den Augen seiner Mutter zu Tode gequält. Einem Bruder des Ermordeten wurden schwerste Verletzungen zugefügt.³³⁹ Nicht Empörung und Entsetzen über die SA-Mordtat kennzeichnete die Reaktion »nationaler« Kreise, sondern der fanatische Protest gegen die Todesurteile, die von einem Gericht in Beuthen gegen die Täter verhängt worden waren. Adolf Hitler stellte sich demonstrativ hinter die Mörder aus den Reihen der SA. Der Völkische Beobachter feierte die Verurteilten als Kämpfer »für die ewigen Rechte« des deutschen Volkes.³⁴⁰ Zahlreiche Interventionen und Petitionen bewirkten schließlich eine Abmilderung des Urteils, statt der Todesstrafe wurden langjährige Freiheitsstrafen verhängt, von denen die Übeltäter letztlich nur wenige Wochen absitzen mußten.

Unmittelbar nachdem die Mordtat von Potempa aus den Schlagzeilen der waldeckischen Presse verschwand, sorgten die Ereignisse im Reichstag für erhöhte Aufmerksamkeit. Ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen die Präsidentsialregierung v. Papen offenbarte, daß das »Kabinett der Barone« keinen Rückhalt im Parlament besaß. Mit 512 gegen 42 Stimmen sprach das Plenum dem amtierenden Kanzler das Mißtrauen aus. Reichstagsneuwahlen wurden auf den 6. November 1932 anberaumt. Bevor der neuerliche Reichstagswahlkampf auch in Waldeck einsetzte, sorgten Nachrichten über eine bevorstehende Verwaltungsreform für Unruhe im Waldecker Land, denn es war von einer Zusammenlegung des Kreises der Twiste mit dem benachbarten Kreis Wolfhagen sowie der Vereinigung des Kreises der Eder mit dem Kreis des Eisenberg die Rede. Den auf waldeckische Identitätswahrung bedachten Bewohnern des ehemaligen Fürstentums liefen derartige Überlegungen zuwider. Schließlich wurde diese Diskussion von den ersten Großveranstaltungen der waldeckischen Nationalsozialisten aus dem Blickfeld gedrängt. Mit einer »Wehrpolitischen Kundgebung« in Arolsen, zu der fünfundfünfzig Musiker der Standartenkapelle 35 aus Kassel angereist waren, um für »vaterländische Unterhaltung und

339) Erdmann, K.D.: Die Weimarer Republik, a.a.O., S. 297.

340) Bracher, K.D.: Die Auflösung der Weimarer Republik, a.a.O., S. 542.

Erbauung« zu sorgen, wurde der Wahlkampf der NSDAP eingeläutet. Den Zuhörern wurde die »Wehrorganisation der Partei« vorgestellt, und die »Schutzstaffel« pries man als künftige »Armee des Dritten Reiches«. ³⁴¹ »Kompromiß oder Revolution?« ³⁴² lautete das Thema einer nationalsozialistischen Beamtenversammlung in Korbach. Unter dem gleichen Motto sprach Propagandist Bangert aus Celle auch in Arolsen.

Doch nicht alle Vorhaben der waldeckischen NSDAP verliefen zur Zufriedenheit der Parteileitung. Die Begeisterung in der Bevölkerung drohte nachzulassen, denn trotz der Massenmobilisierung im Sommer waren der NSDAP die Tore zur Macht verschlossen geblieben. Bemühungen der NSDAP, die »Winterhilfe« mitzugestalten, schlugen fehl. Seit dem Herbst organisierte die kommunale »Winterhilfe« in Zusammenarbeit mit den »Waldecker Vereinen« Hilfsaktionen zugunsten ehemaliger Waldecker, die in den westdeutschen Industrieregionen Arbeit und neue Existenz gesucht hatten, aber inzwischen in wirtschaftliche Not geraten waren. Während der Wintermonate verschickte man Lebensmittelpenden und Brennstoffvorräte per Bahn zu den einstigen Landsleuten. Diese soziale Initiative war Ausdruck eines »waldeckischen Patriotismus«. Bürgermeister Dr. Zimmermann, Schirmherr der Winterhilfe in seiner Gemeinde Korbach, zeigte sich empört über Versuche der NSDAP, die Winterhilfe zu einer Art nationalsozialistischen Werbeaktion umzufunktionieren. Im Gegenzug protestierte Kreisleiter Geisel gegen die mangelhafte Bereitschaft der Stadtverwaltung, mit der NSDAP zusammenzuarbeiten. ³⁴³ Der Korbacher Bürgermeister blieb bei seiner Einschätzung, jedwede Parteiaktivität auf diesem Gebiet sei letztlich eine »Störung der allgemeinen Winterhilfe« ³⁴⁴. Mehr als siebenhundert Korbacher zählten im Herbst 1932 zu den Empfängern von »Winterhilfe«-Gütern. Ferner ließ die Stadt Korbach Notstandsarbeiten im Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes durchführen, um die ärgste Not zu beheben. Arbeitslose erhielten als Gegenleistung für diese Tätigkeiten Kartoffel- und Kohlerationen. Bei der Reichsregierung beantragte man Zuschüsse, um Kleingartengrundstücke für zwanzig Erwerbslose ankaufen zu können. ³⁴⁵ Zum Glück überstand das Korbacher Conto-Werk die Wirtschaftskrise und beschäftigte rund tausend Arbeiter, so daß

341) Bericht über einen »Deutschen Abend« der NSDAP, der einen »... Überblick über die Wehrorganisation der Partei geben sollte ...«. WLZ Nr. 239 vom 11.10.1932.

342) »Kompromiß oder Revolution?«. Wahlkampfanzeige. WLZ Nr. 245 vom 18.10.1932.

343) »Offener Brief an den Herrn Bürgermeister Dr. Zimmermann/Korbach«, unterzeichnet von NSDAP-Kreisleiter Christian Geisel. WLZ Nr. 245 vom 18.10.1932.

344) »Herr Bürgermeister Dr. Zimmermann teilt uns mit ...«. WLZ Nr. 246 vom 19.10.1932. Lokalteil »Aus der Heimat«.

345) »Stadtverordneten Sitzung in Corbach – Neue Arbeitsbeschaffung – Errichtung von 20 Erwerbslosen-Kleinsiedlerstellen«. WLZ Nr. 253 vom 27.10.1932.

der Stadt die ganz große Belastungsprobe erspart blieb. Im gesamten Arbeitsamtbezirk 257, der neben den drei waldeckischen Kreisen noch sieben Gemeinden des Nachbarkreises Frankenberg umfaßte, waren im Herbst 1.560 Arbeitssuchende registriert, rund vierhundert Personen waren mit Notstandsarbeiten beschäftigt.³⁴⁶ Im kulturellen Bereich hatten seit dem Ende der Erntezeit wieder die »vaterländischen« Kriegsfilme Hochkonjunktur. »Die Sonne – das Grab der Millionen«³⁴⁷, hieß der Kinohit im Herbst 1932. Es folgte der Film »Die andere Seite«. In einer Werbeanzeige hierzu versprach man: »Der Film atmet Frontgeist unverfälscht«³⁴⁸. Die Nationalsozialisten konnten mit Genugtuung auf diese Art der »nationalen Aufrichtung« blicken.

Agitator Gunst versicherte seiner Zuhörerschaft anlässlich einer Kundgebung in Korbach: »Noch in diesem Jahr [wird] die N.S.D.A.P. die Macht übernehmen...«³⁴⁹. Zwar seien alle das Wählen längst leid, aber »noch einmal« müsse das Volk zeigen, daß es hinter Hitler stehe, erklärte der »Trommler von Waldeck«. Daß die Siegeszuversicht auch von Unsicherheit überschattet war, klang in einer Rede des Nationalsozialisten Bangert in Arolsen an. Wenn es unbedingt notwendig sei, würde sich die NSDAP »...auch mit dem Teufel verbünden«³⁵⁰, um an die Macht zu kommen, konterte der Parteiredner auf Kritik an den Verhandlungen mit dem Zentrum. Nach Jahren demonstrativer Verweigerung gegen jedweden politischen Kompromiß bzw. jegliche Koalitionsbestrebungen und der erst im August von Hitler vorgetragenen Forderung nach unumschränkter Macht und Betrauung mit der Kanzlerschaft offenbarten diese Worte eine gewisse Beunruhigung.

Im Mittelpunkt des nationalsozialistischen Wahlkampfes stand ansonsten die Politik des Papen-Regimes. Immer wieder versuchte man, den unsozialen Charakter der Reichspolitik und die Kumpanei des »Herrenclubs« mit den »Börsenjuden«³⁵¹ hervorzuheben.

346) »Die Arbeitsmarktlage im Arbeitsamtbezirk Corbach – in der Zeit vom 1.-30. September 1932«. WLZ Nr. 239 vom 11.10.1932. Lokalteil »Aus der Heimat«.

347) »Alte Soldaten, Kameraden! [...] Bringt Eure Frauen mit. Schickt auch die Kinder, Frauen und Mütter! ... seht, was Eure Väter damals geleistet und gelitten haben. Lernet Ehrfurcht und Dankbarkeit«, hieß es in der Werbung zu diesem Film. WLZ Nr. 245 vom 18.10.1932.

348) Werbeanzeige für den Kinofilm »Die andere Seite«. WLZ Nr. 237 vom 8.10.1932.

349) Bericht über eine NSDAP-Versammlung mit den Rednern Gunst und Bangert in Korbach. WLZ Nr. 249 vom 22.10.1932. Lokalteil »Aus der Heimat«.

350) Bericht über eine NSDAP-Versammlung mit Bangert in Arolsen. WLZ Nr. 248 vom 21.10.1932.

351) »Roggen 7, - RM und kein Absatz! 48.000 Erwerbslose mehr! Das ist Papenprogramm – Wo steht der Feind des Volkes?«. Aufruf zur Kundgebung mit Sprenger in Korbach. WLZ Nr. 254 vom 28.10.1932.

Auf einer Großkundgebung in Korbach versuchte Sprenger, Mitglied des Reichstages aus Frankfurt, den zuhörenden Massen die Frage selbst zu beantworten, »Wo steht der Feind des Volkes?«³⁵²

Ein »Deutscher Abend der Schutzstaffel der NSDAP« mit einer »Wehrpolitischen Kundgebung« wurde Ende Oktober in Mengerlinghausen abgehalten, und in Arolsen kritisierte »Pg.« Stürtz, Mitglied des Reichstages, noch einmal das Wirtschaftsprogramm der Regierung.³⁵³ Ferner wandte man sich mit »Führer-Filmen« an die Waldecker. Großen Zuspruch konnte die Willinger NSDAP bei ihrem »Deutschen Abend« mit Theaterstücken, Fahnenreigen, Marschmusikdarbietungen sowie Klavier- und Gedichtvorträgen im überfüllten Kriegervereinshaus verbuchen. Dennoch war nicht zu übersehen, daß sich die NSDAP schwertat, neue Aspekte in den Wahlkampf einzubringen. Das »nationale« Wählerpotential hatte man optimal ausgeschöpft, wo sollte man noch neue Anhänger gewinnen? Vielleicht konnte es durch die heftigen Angriffe gegen den »Herrenclub-Kanzler« Papen gelingen, einige Wähler von der DNVP zur NSDAP herüberzuziehen, hieß eine Überlegung. Auch der alte Weggefährte aus den Tagen der »Harzburger Front«, Alfred Hugenberg, wurde nun in den Reden der NS-Agitatoren nicht mehr geschont. Von den Deutschnationalen, die sich »nach 13 jährigem Winterschlaf«³⁵⁴ wieder im Aufwind befanden, wollte man sich auf gar keinen Fall um die Früchte »nationaler« Aufbauarbeit bringen lassen, ließ man die Waldecker in einem Zeitungsaufruf »in letzter Minute« wissen. Die DNVP warf ihrerseits der NSDAP vor, durch den versuchten »Kuhhandel« mit dem katholischen Zentrum die »nationale« Idee untergraben zu haben. Nur deutschnationaler Intervention sei es zu danken gewesen, daß man Preußen »säuberte«³⁵⁵, und nun gelte es, zu verhindern, daß das zerschlagene »schwarz-rote System« durch ein »schwarz-braunes System« ersetzt würde.

Es entbrannte ein offener Wettlauf um den Status als »nationalste« und »systemfeindlichste« Partei zwischen NSDAP und DNVP, die ihren Anteil an der »Beute« angesichts des globalen Machtanspruchs der Nationalsozia-

352) »Deutscher Abend mit Wehrpolitischer Kundgebung«, NSDAP-Wahlkampfanzeige für eine Veranstaltung in Mengerlinghausen mit Gunst. WLZ Nr. 254 vom 28.10.1932.

353) Bericht über eine NSDAP-Versammlung in Arolsen mit Stürtz zum Thema »Wirtschaftsprogramm der Regierung«. WLZ Nr. 254 vom 28.10.1932. Lokalteil »Aus der Heimat«.

354) »Waldecker herhören! In letzter Minute: Halt!!! – Hyänen des Schlachtfeldes suchen die Beute, die ein Stärkerer schlug, zu rauben. Nach 13jährigem Winterschlaf halten die Mannen um Hugenberg die Zeit für gekommen »zum Reden««. NSDAP-Wahlaufruf. WLZ Nr. 261 vom 5.11.1932.

355) »Nationale Wähler Waldecks! [...] Denn nicht wer Deutschland rettet, sondern daß Deutschland gerettet werde, darauf kommt es an!« DNVP-Wahlaufruf. WLZ Nr. 259 vom 3.11.1932.

listen in Gefahr währte. Unverhofft bekamen die deutschnationalen Zweifel an der »nationalen« Zuverlässigkeit der NSDAP noch vor dem Wahltag neue Nahrung. Während des Berliner Verkehrsverbund-Streiks waren Aktionseinheiten von SA und Rotfrontkämpferbund beobachtet worden: »Nationale Frauen und Männer in Stadt und Land! Erwacht aus der Hypnose, in die Euch skrupellose Wahlpropaganda versetzt hat! Erkennt, wohin die Reise des Nationalsozialismus geht! Als grelles Warnsignal steht der wilde Berliner Verkehrsstreik am politischen Himmel. Die Arbeiter wollten zum großen Teil gar nicht streiken... . Aber die Kommunisten brauchen den Streik, um Unruhe zu stiften und den Boden für ihren Umsturz zu bereiten. Und der Nationalsozialismus, der sich so gerne mit großen Worten rühmt, Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet zu haben, leistet mit der Tat dem Bolschewismus Hilfe und Vorschub in seinem Kampf. Seltsamer Wirtschaftsaufbau! Seltsame Volksgemeinschaft! [...] Deutscher Mensch erwache! [...] Sozialismus heißt der innere Feind, ob er sich nun international oder national gebärdet. Mit dem Zentrum kühndelte man, mit den Kommunisten geht man auf die Straße zu gemeinsamem Terror...«³⁵⁶. Mit diesen drastischen Worten konterte die DNVP in Waldeck die Attacken der NSDAP. Das Zusammengehen von Kommunisten und Nationalsozialisten im Verlaufe des Berliner Verkehrsstreiks präsentierte man den Waldeckern als Beweis für die »nationale« Unzuverlässigkeit, und gleichzeitig schürte man das alte Vorurteil, letztlich vertrete auch die NSDAP sozialistische Ziele. Als die NSDAP in Waldeck vor gut vier Jahren Fuß faßte, hatte sie sich mitunter gegen derartige Annahmen zur Wehr setzen müssen. Ob nun noch jemand dieser These Glauben schenken würde, mußte sich am Wahltag ausweisen. Zweifellos verunsicherte der Berliner Vorfall die NS-Anhängerschaft, des weiteren störte er die Verhandlungen mit der Zentrumsparlei. So ergaben sich im wesentlichen drei Kausalzusammenhänge, die den Wahlerfolg der NSDAP gefährdeten. Erstens: Gutgläubige NSDAP-Wähler zeigten sich vom brutalen Mord in Potempa und der anschließenden »Rechts«-auslegung seitens der Partei und des »Führers« betroffen. Zweitens: Reaktionäre Wählerschichten nahmen Anstoß an den Gesprächen zwischen Zentrum und NSDAP sowie der gemeinsamen Streikfront mit Kommunisten anläßlich des Berliner BVG-Streiks. Drittens: Nicht wenige überzeugte Parteianhänger waren darüber enttäuscht, daß ihr »Führer« alle Chancen für eine Regierungsbeteiligung ausgeschlagen hatte und an seinen Maximalforderungen unbeirrt festhielt.

356) »Nationale Frauen und Männer in Stadt und Land! [...] Deutscher Mensch erwache!«. DNVP-Wahlaufruf. WLZ Nr. 261 vom 5.11.1932.

Trotz des Streits im Rechtslager durfte sich die SPD keine großen Hoffnungen auf eine Umkehr des Rechtstrends machen. Sozialdemokraten oder sonstige republikanische Gruppierungen waren keinesfalls eine denkbare Alternative für verunsicherte oder enttäuschte NSDAP-Wähler. Während die SPD im Wahlkampf des Sommers noch rund dreißig Werbeabende in Zusammenarbeit mit der »Eisernen Front« abgehalten hatte, schien sich inzwischen Resignation in ihren Reihen auszubreiten. Nur eine einzige überörtliche Parteiversammlung wurde in der Tagespresse angekündigt. Reichstagsabgeordneter Thabour aus Krefeld sprach in Korbach. Über den Inhalt seiner Rede erfuhren die waldeckischen Zeitungsleser nichts.

Nicht Zweckoptimismus, sondern desillusionierte Zukunftsvisionen mutete die auf eine Größenordnung von unter 1 % geschrumpfte Deutsche Staatspartei in ihrer einzigen Wahlkampfanzeige auf kleinstem Raum den Lesern zu. »Erst wenn die demokratische Republik und unser Selbstbestimmungsrecht verloren gegangen sind, wird der deutsche Staatsbürger



Korbacher SA im Wahlkampf, Herbst 1932. Casselmann, H.: 10 Jahre Ortsgruppe Korbach der NSDAP 1928 - 1938. Korbach o.J. (1938).

erkennen, was er preisgegeben hat, dann aber ist es zu spät³⁵⁷, konstatieren die letzten Vertreter des Liberalismus.

Wie vorauszusehen gewann die NSDAP auch die November-Reichstagswahl in Waldeck ganz überlegen, aber angesichts einer Einbuße von etwa 3.500 Stimmen gegenüber der Wahl vom 31. Juli schien auch in der NS-Hochburg Waldeck der Zenit nationalsozialistischer Parteientfaltung überschritten zu sein.

Im gesamten Deutschen Reich gingen der NSDAP ca. zwei Millionen Wählerstimmen verloren. Während im Reich ein großer Teil dieser Abtrünnigen zur DNVP zurückfand, äußerte sich in Waldeck die tendenzielle Unzufriedenheit mit dem aktuellen Parteikurs überwiegend in einer rückläufigen Wahlbeteiligung. Nicht 95 % wie im Juli, sondern lediglich 81,1 % der Wahlberechtigten gingen am 6. November 1932 in Waldeck zur Wahlurne. Obwohl in den drei waldeckischen Kreisen keine spürbare Absetzbewegung zu den »nationalen« Konkurrenten stattfand und sich der Verlust der NSDAP bei Betrachtung der prozentualen Stimmenverteilung in engen Grenzen hielt, war nicht zu verkennen, daß an diesem 6. November die Euphorie der NSDAP-Anhängerschaft gebremst wurde und der Mythos des unaufhaltsamen Siegeszuges einen Rückschlag erlitten hatte. Um rund 15 % verringerte sich die Zahl der NSDAP-Wähler in Waldeck. Die demokratischen Kräfte konnten nicht von der Entwicklung im Rechtslager profitieren.

*Ergebnis der Reichstagswahl am 6. November 1932 in Waldeck.*³⁵⁸

Liste	Stimmen	Saldo zu		Kreisergebnisse in Stimmen		
		7/1932	Prozent	Eder	Eisenberg	Twiste
NSDAP	19.723	- 3.463	61,8	7.010	7.515	5.198
SPD	4.274	- 850	13,4	1.719	1.482	1.073
DNVP	3.652	+ 161	11,4	1.025	1.579	1.048
KPD	1.964	+ 387	6,2	583	724	657
Zentrum	756	- 425	2,4	172	445	139
CSVD	578	+ 22	1,8	169	262	147
DVP	568	- 81	1,8	227	190	151
DSP	170	- 116	0,5	60	47	63
CNBL	115	+ 5	0,4			
WP	27	- 55	0,1			
Sonstige	80	- 49	0,3			
Summe	31.907	- 4.464		Wahlbeteiligung 81,1 %		

357) DSP-Wahlanzeige. WLZ Nr. 261 vom 5.11.1932.

358) »So wählte Waldeck«. WLZ Nr. 262 vom 7.11.1932.

Die Nationalsozialisten hatten sich durch die Mammutwahlschlachten des Jahres 1932 bis an die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit verausgabt. Alle Hoffnungen, »legal«, also auf dem Umweg über demokratische Wahlen zur Macht zu gelangen, mußten an diesem 6. November vorläufig begraben werden. Wie lange würde man unter den geänderten Vorzeichen die Massen noch in Bann halten können, lautete eine bange Frage, die sich NSDAP-Funktionäre nach der November-Wahl stellen mußten.

Als letzter Repräsentant des parlamentarisch-demokratischen Gedankens mußte die SPD am 6. November 1932 ebenfalls Verluste hinnehmen. Teile ihrer Anhängerschaft mißbilligten das Verharren der Sozialdemokratie in »untätiger Legalität«, nachdem die preußische Landesregierung durch einen Handstreich der rechtsgerichteten Präsidentialregierung entmachtet worden war und brutale Übergriffe der NS-Parteiarmeen immer einschneidender den Freiheitsraum für republikanische Bestrebungen einengten. Wahlenthaltung und Wanderungsverluste zugunsten der radikaler auftretenden KPD waren die Folge. Der Wähler austausch zwischen den Linksparteien läßt sich in zwei Ortschaften mit relativ hohem Linkswählerpotential nachverfolgen:

Mengeringhausen	SPD	KPD
31. Juli 1932:	155	110
6. Nov. 1932:	135 (– 20)	139 (+ 29)
Wrexen (inkl. Orpethal)	SPD	KPD
31. Juli 1932:	132	89
6. Nov. 1932:	81 (– 51)	132 (+ 43)

Auffällig am Wahlergebnis vom 6. November 1932 war ferner, daß die Zahl der Zentrumswähler merklich unter dem Ergebnis vom Juli 1932 lag. Noch im Verlauf der Reichspräsidentenwahl hatte die Arolser Sektion deutlich gegen Hitler und den Nationalsozialismus Stellung bezogen, und man kann vermuten, daß Teile der katholischen Gemeinden mit den Kooperationsverhandlungen zwischen Zentrum und NSDAP nicht einverstanden waren. Diesen Gruppen innerhalb des Zentrums schien Wahlboykott die einzige Alternative zu sein.

Einige NSDAP-Anhänger reagierten mit noch verbissenerem Kampf auf das ernüchternde Abschneiden der NSDAP bei der Reichstagswahl. In der Nacht vom 8. auf den 9. November warfen Nationalsozialisten in Korbach bei einem jüdischen Lehrer die Wohnungsfenster ein. Anschließend zerstörten die Täter die Fensterscheiben der Synagoge.³⁵⁹ Zu schweren

359) HStA Mbg 165/3982 IX. Der Bürgermeister in Korbach als Ortspolizeibehörde an die Oberstaatsanwaltschaft in Kassel, Korbach, 18.11.1932.

Auseinandersetzungen kam es in Volkmarsen, einem Ort mit überwiegend katholischer Bevölkerung, wenige Kilometer jenseits der waldeckischen Kreisgrenzen gelegen. Rund siebenzig bewaffnete SA-Männer hatten unter der Leitung des späteren waldeckischen NSDAP-Kreisleiters Sempf nach einer NSDAP-Adventsfeier einige Passanten in der Innenstadt aufgegriffen und verprügelt, sogar Schüsse fielen.

Durch Gründung einer »NS-Küche« versuchten die Korbacher Nationalsozialisten, das Image der Partei außerhalb der eigentlichen Anhängerschaft zu verbessern. Diesem sogenannten »Liebeswerk« der NS-Frauenschaft Korbach, das in der Villa Peterhof untergebracht war, gliederte man einen SA-Wachraum sowie eine Beherbergungsstätte für durchreisende Nationalsozialisten an.³⁶⁰ Unter der Regie der Frauenschaftsführerin gelangten täglich etwa fünfundsiebzig Mahlzeiten zur Austeilung. Der NS-Frauenschaft Bad Wildungen gehörten zu dieser Zeit dreißig Frauen an. Auch hier hatte man sich zum Ziel gesetzt, die »deutsche Frau« und »Volksgenossin« auf ihre Aufgaben als »Staatsbürgerin des kommenden dritten Reiches« vorzubereiten.³⁶¹ Doch weder der verstärkte Einsatz der NS-Frauenschaft noch die Beteiligung der »HJ« an der Propagandaarbeit, wie es in Korbach geschah,³⁶² oder die Organisation von »SS-Weihnachtsfeiern«³⁶³ konnten darüber hinweg täuschen, daß es schwerer wurde, Begeisterung bei der Bevölkerung für den Nationalsozialismus zu wecken. Deutliche Anzeichen für ein Nachlassen der allgemeinen Krisenstimmung waren zu vernehmen. Bis zum 30. November verringerte sich durch kommunale Arbeitsbeschaffungsprogramme die Zahl der Arbeitssuchenden in Waldeck gegenüber dem Vormonat um 250 Personen. Im gesamten Arbeitsamtsbezirk waren Mitte November weniger Arbeitslose registriert als zu Beginn des Herbstes, nämlich 1.460 gegenüber 1.560 Arbeitssuchenden Anfang Oktober. Um den Arbeitsmarkt weiter zu entlasten, vergab die Stadt Korbach im November und Dezember weitere Notstandsarbeiten. Auch andere Gemeinden ergriffen ähnliche Maßnahmen. Beispielsweise ließ die Stadt Arolsen vom freiwilligen Arbeitsdienst die Vervollständi-

360) Dank der NS-Frauenschaftsvorsitzenden aus Korbach für die wohlwollende Berichterstattung über die »NS-Küche«. WLZ Nr. 287 vom 7.12.1932. Lokalteil »Aus der Heimat; Notzeit erfordert Notmaßnahmen«. WLZ Nr. 286 vom 6.12.1932. Lokalteil »Aus der Heimat«.

361) »Gründung einer NS-Frauenschaft« in Bad Wildungen. WLZ Nr. 291 vom 12.12.1932. Lokalteil »Aus der Heimat«.

362) »Nationalsozialistischer Filmtag am Sonnanabend, dem 3. Dezember in Korbach. Das Ereignis der Woche bedeute allen Waldeckern: Die neuesten »Hitlerfilme««. WLZ Nr. 281 vom 30.11.1932; Wahlkampfanzeigen der NSDAP für HJ-Filmtag in Korbach. WLZ Nr. 283 vom 2.12.1932.

363) Einladung zur »SS-Weihnachtsfeier« in Arolsen. WLZ Nr. 296 vom 17.12.1932. Lokalteil »Aus der Heimat«; »Weihnachtsfeier der Arolser SS«. NSDAP-Anzeige. WLZ Nr. 296 vom 17.12.1932.

gung des Kanalisationsnetzes durchführen. Ein allmähliches Abflauen der Katastrophenstimmung konnte die Bereitschaft der Wählerschaft, radikale Lösungsmuster anzustreben, gefährden.

Diese Befürchtung vor Augen, griffen die NS-Aktivisten zu immer rüderen Mitteln in der politischen Auseinandersetzung. Als Sozialdemokraten am 18. Januar 1933 auf dem Berndorfertorplatz in der Korbacher Innenstadt ein Plakat aufstellten, das über den Fememord an einem SA-Mann durch Nationalsozialisten aufklären sollte, rückte eine Formation aus SS und SA auf dem Innenstadtplatz an. Nachdem SA-Führer Dippel die Stadtverwaltung ultimativ aufgefordert hatte, der SPD den Auftritt in der Öffentlichkeit zu verbieten und das »Fememord-Plakat« zu konfiszieren, dieses Ansinnen von der Bürokratie wegen fehlender gesetzlicher Grundlagen aber abgelehnt worden war, schritten die Nationalsozialisten zur Tat. Man werde es nicht dulden, daß »derartige Schmutz-Plakate«³⁶⁴ den Bürgern gezeigt würden, verkündete NSDAP-Agitator Blume auf einer NSDAP-Versammlung. Unter der Rädelsführerschaft von SS-Sturmbannführer Best griff der NS-Trupp die Sozialdemokraten auf dem Berndorfertorplatz an. Man entriß ihnen das umstrittene Plakat und schlug mit Latten und Plakatständern auf die SPD-Männer ein. Zwei sozialdemokratische Arbeiter wurden dabei verletzt. Der Maurer Friedrich G. mußte noch Stockschläge und Fußtritte über sich ergehen lassen, als er bereits erheblich verletzt am Boden lag. Gegen Anführer Best und drei weitere namentlich bekannte Nationalsozialisten wurde Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung erstattet. Dies hielt die Nationalsozialisten nicht davon ab, am Nachmittag des gleichen Tages einen neuerlichen Angriff gegen eine weitere SPD-Gruppe, die wieder mit dem »Fememord-Plakat« im Stadtzentrum aufgetaucht war, durchzuführen. Diesmal waren vierzehn SA- und SS-Männer unter der Führung von Mühlenbesitzer Best angetreten, um die SPD-Abordnung zu verprügeln. Polizei erschien nicht am Tatort, dennoch konnten erneut einige Täter identifiziert und angezeigt werden.³⁶⁵

Schon wenige Wochen später sollte der Großteil jener Gewalttäter hohe öffentliche Ämter in Stadt und Kreis innehaben, andere füllten in der Folgezeit wichtige Parteiämter aus.³⁶⁶

Nach Meinung des zuständigen Landrats trug die Regierung in Kassel die Schuld an den gewalttätigen Ausschreitungen in Korbach. Hätte man

364) »Volkserziehung im nationalsozialistischen Staate«. WLZ Nr. 18 vom 21.1.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

365) HStA Mbg 165/3982 IX. Korrespondenz zwischen dem Bürgermeister von Korbach, dem Landrat des Kreises des Eisenberges und der Oberstaatsanwaltschaft Kassel vom 18.-21.1.1933.

366) Stadtarchiv Korbach. Verwaltungsberichte Korbach 1933 und 1934. Statistischer Anhang.

den demokratischen Kräften das Recht auf freie Meinungsäußerung verweigert und die Regierungspolitik den Wünschen der NSDAP untergeordnet, wäre der Eklat zu vermeiden gewesen, deutete Landrat Klapp in einem Schreiben an das Regierungspräsidium an. Der Regierungspräsident mußte sich von dem waldeckischen Beamten befehlen lassen, daß es »...ratsamer gewesen [wäre] ... das Plakat [der SPD, d.V.] grundsätzlich zu verbieten...«³⁶⁷. Gemäß dieser Einschätzung handelte die Kommunalbehörde in der unmittelbaren Folgezeit und untersagte eigenmächtig das weitere Zurschaustellen des »Fememord-Plakates« in Korbach und Umgebung.³⁶⁸ An jenem 18. Januar 1933 war es nach den gewalttätigen Übergriffen der Nationalsozialisten zu einem spontanen Demonstrationzug Korbacher Arbeiter gegen den NS-Terror gekommen.³⁶⁹

Parallel zum Kampf auf der Straße organisierte die NSDAP weiterhin Showdarbietungen. Der Gasthaussaal in Twiste war hoffnungslos überfüllt, als die Nationalsozialisten dort am 21. Januar einen »Deutschen Abend« abhielten.³⁷⁰ Der örtliche Stützpunktleiter und der Parteiredner Bernhardt aus Großalmerode bemühten sich, in ihren Redebeiträgen alte preußische Traditionen und Tugenden mit den nationalsozialistischen Zielvorstellungen in Einklang zu bringen. Besondere Attraktion einer politischen Versammlung der NSDAP in Mengerlinghausen war eine Grammophondarbietung »Appell an die Nation« von Adolf Hitler³⁷¹. In Arolsen referierte NSDAP-Hauptorganisationsleiter Bachus aus Kassel über die Vorstellungen der Partei zur künftigen Beamtenpolitik,³⁷² und in Herbsen lockte ein weiterer »Deutscher Abend« die Besucher an.³⁷³ Deutschland dem »nationalen« Wiederaufstieg rasch näher zu bringen, hatten sich auch »Vaterländische Frauenvereine«, »Kyffhäuser« und »Stahlhelmer« zur Aufgabe gestellt. Der »Vaterländische Frauenverein Korbach« lud zu einem Unterhaltungsabend ein, speziell wandte man sich an »Vertreterinnen

367) HStA Mbg 165/3982 IX. Landratsbericht Kreis des Eisenbergs, Az. I 251/33, Korbach, 24.1.1933.

368) Casselmann, H., a. a. O., S. 21.

369) HStA Mbg 165/3982 IX. Korrespondenz zwischen dem Bürgermeister von Korbach, dem Landrat des Kreises des Eisenbergs und der Oberstaatsanwaltschaft Kassel vom 18.-21.1.1933.

370) Bericht über einen »Deutschen Abend« der NSDAP in Twiste. WLZ Nr. 21 vom 25.1.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«

371) Bericht über »Deutschen Abend« in Herbsen, wo Lehrer Udersbach den »Kulturzerfall der Nation« in den letzten dreizehn Jahren beklagte und seine Ausführungen mit »Geistesblüten« dieser »neuzeitlichen« Dichter ... belegte«, deren »Verhöhnung deutscher Sitten und Religion nur einem Untermenschentum entsprossen sein konnten«. WLZ Nr. 26 vom 31.1.1933; vgl. dazu auch Bericht über NSDAP-Versammlung in Mengerlinghausen. WLZ Nr. 26 vom 31.1.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

372) Ebenda.

373) Ebenda.

der guten alten, als auch ...[an] solche der zielbewußten neuen Zeit«³⁷⁴. Während sich also die Frauenvereine bemühten, Anhänger der alten Rechtsparteien und Vertreter der neuen, nationalsozialistischen Weltanschauung anzusprechen, hielt man im paramilitärischen Bereich der Wehr- und Parteiverbände die Trennung zwischen Vertretern der »alten« und der »neuen« Rechten vorerst aufrecht. Die erkonservativen »Wehrwilligen« mit Weltkriegserfahrung sammelten sich nach wie vor im »Stahlhelm«. Sie waren in aller Regel dem Nationalsozialismus wohlgesonnen, versuchten aber, dem Traditionsbewußtsein und dem »alten preußischen Geist« mehr Geltung zu verschaffen. Von sozialen Bestrebungen, wie sie vom Strasser-Flügel innerhalb der NS-Bewegung oder von Teilen der SA protegiert wurden, distanzierte sich die »Stahlhelm-Frontkämpfergarde«.

Rund fünfzig Mitglieder unterstützten 1932/33 die Ziele des »Stahlhelms« allein in Arolsen aktiv. Dieser Ortsgruppe oblag die Schirmherrschaft über das örtliche Arbeitsdienstlager, in dem zur Jahreswende vierzig bis sechzig Erwerbslose auf freiwilliger Basis untergebracht waren. Zu den aktuellen Einsatzaufgaben der Arbeitsdienstleute, die in den ehemaligen Kasernengebäuden stationiert waren, gehörten Uferregulierungen und Ausbesserungsarbeiten an den Gleisanlagen der Bahnstrecke Warburg-Korbach.³⁷⁵ Vergleichbare Projekte, vornehmlich für arbeitslose Jugendliche, leitete man auch in Mengersinghausen und Korbach in die Wege.³⁷⁶

Ungeachtet der massiven Parteinahme für den »nationalen« Geist charakterisierte sich der »Stahlhelm« selbst als »unparteiisch«³⁷⁷. Zur »Reichsgründungsfeier« in Arolsen lud man Mitte Januar 1933 »alle nationalgesinnten Bewohner von Arolsen und Umgebung« ein, um gemeinsam der ruhmreichen Vergangenheit zu gedenken.³⁷⁸ Traditionell waren in den Wintermonaten die Kriegervereine besonders aktiv. In Massenhausen tauschten die Kameraden auf ihrer Generalversammlung »Erinnerungen von der schönen Soldatenzeit«³⁷⁹ aus, und in Otflar organisierten die

374) Hinweis auf den »Unterhaltungsabend« des »Vaterländischen Frauenvereins Corbach«. WLZ Nr. 23 vom 27.1.1933.

375) Bericht über »Stahlhelm-Arbeitsdienstlager« in Arolsen. WLZ Nr. 18 vom 21.1.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

376) »Arbeitsbeschaffung durch die Stadt Mengersinghausen«. WLZ Nr. 15 vom 18.1.1933; »Der Bezirkskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst in Frankfurt hat weitere 2000 Tagewerke für den freiwilligen Arbeitsdienst bewilligt. – Für die Dauer von 11 Wochen sollen 30 Arbeitsdienstwillige bei der Kuhbachregulierung beschäftigt werden.« WLZ Nr. 20 vom 24.1.1933.

377) Hinweis auf »Reichsgründungsfeier« des »Stahlhelm« in Arolsen. WLZ Nr. 12 vom 14.1.1933.

378) Ebenda.

379) Bericht über die Generalversammlung des Kriegervereins Massenhausen. WLZ Nr. 20 vom 24.1.1933.

»Kyffhäuser« einen Diavortrag sowie im Anschluß daran einen Fackelzug, um an den Verlust der deutschen Kolonien durch den »Schandvertrag von Versailles« zu erinnern.³⁸⁰ Auf der Jahreshauptversammlung der Korbacher Kriegersektion stellten »Kyffhäuser«-Funktionäre in Vorträgen den »glorreichen 18. Januar von 1871« dem »düsteren 11. November von 1918« entgegen, der nach Auffassung des Kriegerbundes nichts anderes als »ungeheure Schmach und tiefes Elend über Deutschland bringen mußte und gebracht hat«³⁸¹. »Den ganzen Jammer dieses 14 jährigen Schicksalsweges« wollte ein Redner der »Kyffhäuser« den Zuschauern vor Augen führen. »Immer stürmischer verlangt das deutsche Volk, daß Schluß gemacht [wird] mit den Folgen des Versailler Vertrages und immer lebhafter gelte sein Ruf nach der Stellung in der Welt, die ihm nach Größe und Kultur gebührt...«, fuhr er fort. Solche und ähnliche »nationale« Beschwörungsformeln wurden unablässig in der Öffentlichkeit artikuliert. Man konnte den Eindruck gewinnen, als ob das »Dritte Reich«, durch den Stimmenrückgang der Nationalsozialisten vorerst in weite Ferne gerückt, mit Worten herbeigeredet werden sollte. Wie skeptisch selbst führende Nationalsozialisten die Lage einschätzten, kommt in den Tagebucheinträgen von Propagandachef Goebbels zum Ausdruck: »...die Zukunft ist dunkel und trübe; alle Aussichten und Hoffnungen vollends entschwendet...«. Goebbels stufte das Jahr 1932 als »ewige Pechsträhne« ein.³⁸²

Unterdessen setzten vehemente Unterstützungsmaßnahmen von mächtigen Vertretern aus Wirtschaft und Militär zugunsten einer Kanzlerschaft Adolf Hitlers ein. Der breiten Öffentlichkeit blieben diese Interventionen verborgen. Nachdem bereits der ehemalige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht und der Industrielle Fritz Thyssen für Hitler plädiert hatten, richtete Mitte November 1932 eine Gruppe führender Wirtschaftsvertreter eine Eingabe zugunsten des NSDAP-Führers an den Reichspräsidenten. Auch der Zentrumsvorsitzende, Prälat Dr. Kaas, bekannte sich zur Option Hitler.³⁸³ Anfang Dezember 1932 löste jedoch zunächst General v. Schleicher den großbürgerlichen v. Papen als Reichskanzler ab. Der neue Regierungschef bemühte sich, durch Arbeitsbeschaffungsprogramme die Massenarbeitslosigkeit einzudämmen. Unterstützung erhoffte er sich für seine Politik sowohl von seiten der Gewerkschaftsbewegung als auch vom Stras-

380) Bericht »Familienabend« des Kriegervereins Ottlar: »Ein Vortrag mit Lichtbildern über unsere ehemaligen Kolonien, welche uns durch den Schandvertrag von Versailles entrisen sind, zeigte den Teilnehmern so recht die Notwendigkeit von Kolonialbesitz für Deutschland.« WLZ Nr. 26 vom 31. 1. 1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

381) »Die Tätigkeit des Kriegervereins Corbach«. WLZ Nr. 21 vom 25. 1. 1933.

382) Michalka, W., Niedhart, G.: Die ungeliebte Republik. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik Weimars. München 1984³, S. 348.

383) Michalka, W., Niedhart, G., a.a.O., Dokumente Nr. 191, 192, 194 und 198.

ser-Flügel der NSDAP. Den multilateralen Abrüstungsverhandlungen in Genf wollte er durch Vorschläge zur Umstrukturierung des deutschen Heeres neue Impulse geben. Derartige Pläne für eine defensive Milizstruktur stießen jedoch bei »seinem« Offizierskorps auf rigorose Ablehnung. So kam es, daß neben Ex-Kanzler v. Papen, den Deutschnationalen, den Großagrariern, wichtigen Industriellen und Wirtschaftsbaronen auch Teile der Reichswehrgeneralität gegen den konservativen General v. Schleicher, vielfach als »Sozialist in Uniform« mißverstanden, wirkten und für Hitler intervenierten. Durch das Scheitern der Kooperationsbemühungen mit der NSDAP-Gruppe um Gregor Strasser fehlte der Präsidentialregierung jede Grundlage, und als Schleicher am 28. Januar 1933 aufgab, witterten viele Waldecker eine neue, vielleicht letzte Chance für eine Machtübernahme des Nationalsozialismus im Deutschen Reich. Während der letzten Januartage spekulierte die Waldeckische Landeszeitung über den künftigen Kurs der deutschen Politik. Noch am 28. Januar 1933 beschrieb man die Möglichkeit einer Kanzlerschaft Hitlers als »nicht akut«³⁸⁴, aber in der Ausgabe vom 30. Januar wurde eine »Mehrheitsregierung« unter Hitler dann als Alternative zu einem neuen Papen-Kabinetten oder anderen konservativen Präsidentialkanzlern angesehen. Für denkbar hielt man auch eine NSDAP-Minderheitsregierung.

384) »Am Dienstag Regierungsauflösung«. Wl.Z Nr. 24 vom 28.1.1933.

Waldeck in den ersten Jahren des Dritten Reiches

Vom 30. Januar 1933 bis zu den Reichstagswahlen im März

Reaktionen auf die nationalsozialistische Machtübernahme

»Völlig unerwartet traf uns am 30. Januar die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler. Im Nu beherrschten die Hakenkreuzfahnen das Stadtbild. Überall sah man strahlende Augen, und an jeder Ecke besprachen größere Gruppen die so lang ersehnte und nun doch so unvorbereitet gekommene Nachricht...«¹, heißt es in der Festschrift der Korbacher NSDAP anlässlich des 10jährigen Bestehens der Ortsgruppe zur Machtübernahme.

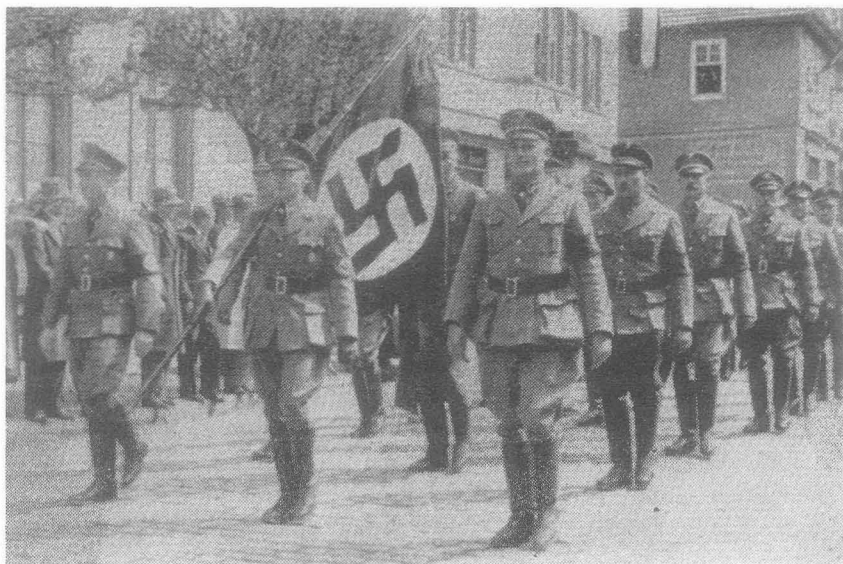
Für Waldeck war der 30. Januar kein Tag wie jeder andere. Tausende strömten triumphierend durch die Straßen der Städte und Dörfer. Spontane Jubelkundgebungen mit Fackelzügen gaben der Stimmung in weiten Teilen der Bevölkerung Ausdruck. Allen voran marschierten SA-Trupps, die den Tag der Regierungsübernahme mancherorts zu einem Tag der Abrechnung mit politischen Gegnern machten.

In Korbach riefen NSDAP und »Stahlhelm« gemeinsam zur Teilnahme an der großen »nationalen« Kundgebung auf. SA und SS sammelten sich gegen 19.00 Uhr »auf der Hauer« am Stadtrand. Durch dicht gedrängte Zuschauermassen bahnte sich der Fackelzug aus weit über zweihundert Uniformierten sowie zahlreichen NS-Anhängern in Zivil einen Weg über »Stechbahn«, »Marktplatz«, »Tränkestraße«, »Berndorferlandstraße« und einige Nebengassen hin zum Berndorfertorplatz. Hakenkreuzfahnen wehten der Marschkolonnie voran, und die Rödersche Kapelle intonierte Militärmarschmusik. Auf dem Kundgebungsplatz in der Innenstadt wurden die brennenden Fackeln zu einem großen Scheiterhaufen zusammengeworfen. Gaupropagandaleiter Gerland wandte sich mit einer »Feuerrede« an die begeisterten Zuhörer. Endlich sei die lange ersehnte Einigung des »nationalen Deutschland« erfolgt und der »Führer« habe den ihm gebührenden Platz im Staate eingenommen.² Historisches Zusammenfinden von »dem greisen Repräsentanten des alten und dem Vorkämpfer des jungen Deutschlands«³ erforderten nun, »Gut und Blut einzusetzen für die nationale Freiheit und soziale Gerechtigkeit«, hob Gerland in seiner pathetischen Rede hervor. Nach Abschluß der Kundgebung unter freiem Himmel

1) Casselmann, H.: 10 Jahre Ortsgruppe Korbach der NSDAP 1928-1938. Korbach o.J. S. 21.

2) Bericht über den Ablauf des 30.1.1933 in Korbach. WLZ Nr. 27 vom 1.2.1933.

3) Ebenda.



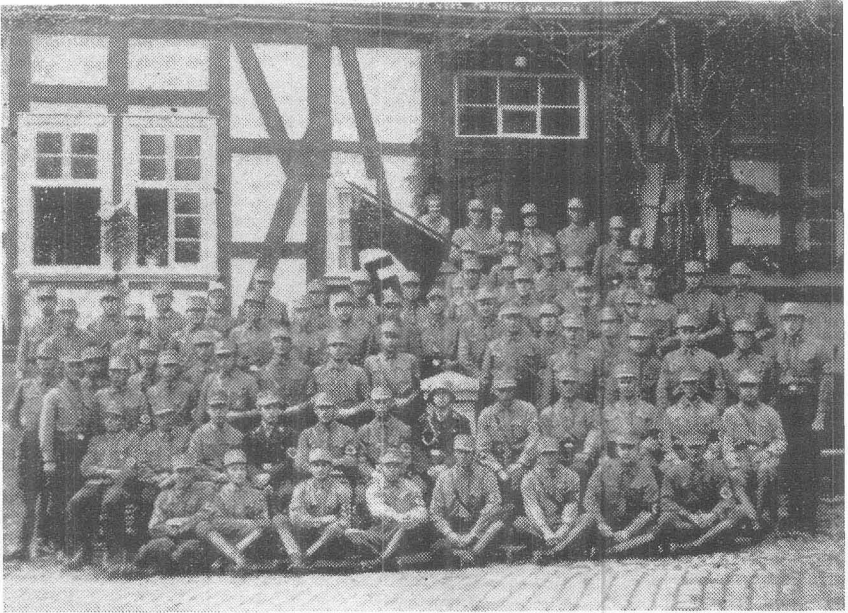
Politische Leiter der NSDAP beim Aufmarsch in Korbach. Casselmann, H.: 10 Jahre Ortsgruppe Korbach der NSDAP 1928 - 1938. Korbach o.J. (1938).

trafen die Korbacher Nationalsozialisten noch zu einer Siegesfeier im Gasthaus »Waldecker Hof« zusammen. SA- und »Stahlhelm«-Spielmannszüge, dreihundert uniformierte Fackelträger von SA, SS, HJ und »Stahlhelm« waren zur gleichen Zeit auch in Arolsen auf den Straßen, um ihrer Freude über die Kanzlerschaft Adolf Hitlers zu demonstrieren. Auf dem von Menschenmassen überfüllten »Kirchplatz« sprach NS-Agitator Biedermann aus Korbach zu den Anwesenden. Oberst a.D. v. Stockhausen ergriff als Vertreter des »Stahlhelms« das Wort zu einer Huldigungsrede auf die neue Regierung des »nationalen Zusammenschlusses«.⁴

In Bad Wildungen entlud sich der nationalsozialistische Siegestaumel in wilden Exzessen gegen Oppositionelle. Etwa zweitausend Menschen hatten sich zur NSDAP-Jubelkundgebung eingefunden.⁵ »Heil Moskau!«-Rufe einer wenige Mann starken KPD-Gruppe dienten den mehr als zweihun-

4) Bericht über Siegesfeierlichkeiten von NSDAP, SA, SS, HJ und Stahlhelm anlässlich des 30. Januar 1933 in Arolsen. WLZ vom 2.2.1933.

5) HStA Mbg 165/3982 XI. Landratsbericht, Kreis der Eder, Az. A 2021, Bad Wildungen, 12.5.1933; HStA Mbg 165/3982 IX. Landratsbericht, Kreis der Eder, Bad Wildungen, 10.3.1933.



Korbacher SA in den Tagen der Machtübernahme. Casselmann, H.: 10 Jahre Ortsgruppe Korbach der NSDAP 1928 - 1938. Korbach o.J. (1938).

dert SA-Männern als Fanal für einen Großangriff. Die fünf kommunistischen Zwischenrufer wurden überwältigt und schwer mißhandelt. Danach rief die SA zum »Sturm auf die rote City!«. ⁶ In den späten Abendstunden drangen zwanzig SA-Leute in das Gasthaus »Cornelius« ein, prügelten Wirt und Gäste krankenhaushausreif, zertrümmerten die Einrichtung in der Gaststube und verwüsteten anschließend die Privaträume. Als der wachhabende Polizeibeamte am Tatort eintraf, zog sich das Terrorkommando zurück. ⁷ Bis in die Morgenstunden des folgenden Tages dauerten die SA-Aktionen an. Mit Totschlägern schlug man angeblich aus Notwehr auf den sog. Pöbel ⁸, d.h. auf Anhänger der Linksparteien, ein.

Nicht nur in den größeren Städten, sondern auch in zahlreichen kleineren Gemeinden veranstaltete die NSDAP Siegesfeiern. Am Domänenhof nahmen die Hitler-Anhänger in Landau Aufstellung für ihren Fackelzug

6) »Schlägereien«. WLZ Nr. 30 vom 4.2.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

7) HStA Mbg 165/3982 IX und HStA Mbg 165/3982 XI. Akten über »Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung« von Juni 1932 bis März 1933. Im Gasthaus »Cornelius« sollen sich mitunter Anhänger der Linksparteien getroffen haben.

8) »Schlägereien«. WLZ Nr. 30 vom 4.2.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.



Siegesmarsch Waldeckischer SA-Männer wegen der Machtübernahme im Reich. WLZ vom 29.1.1933.

durch die »menschenumsäumten Straßen« des kleinen Bergstädtchens im Kreis der Twiste. Der Festredner rief in seiner Ansprache zum »30. Januar« alle Bürger zu »einmütigem und festem Zusammenhalten« auf, damit »in den kommenden Kämpfen die staatsbejahenden nationalen Kräfte des Volkes endgültig über den drohenden Bolschewismus siegen...«⁹ könnten.

9) Bericht über die »Vaterländische Kundgebung« von NSDAP und Stahlhelm am 30.1.1933 in Landau. WLZ Nr. 31 vom 6.2.1933.

»Glückliche Zukunft mit Arbeit und Brot für jeden Volksgenossen, Ehre und Freiheit für die Nation«¹⁰, wurden als Belohnung für einen erfolgreichen Vernichtungskampf gegen Marxismus und Bolschewismus, d.h. gegen SPD und KPD, in Aussicht gestellt. Ein »Volkskunstabend« mit »HJ-Spielschar«, »wehrsportlichen Übungen« und »lebenden Bildern« rundete die Siegesfeierlichkeiten ab.

Schlagzeilen wie »Beschränkungen des Versammlungs- und Presse-rechts«¹¹, »Regierung Braun beseitigt«¹² oder »Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes«¹³ stießen bei der vielköpfigen NSDAP-Sympathisantenschar auf Genugtuung. Sie waren Ausdruck einer als längst überfällig erachteten Aufräumaktion. Damit den weniger fest in der NSDAP-Ideologie verwurzelten NSDAP-Wählern keine Zweifel an der Richtigkeit ihrer Wahlentscheidungen von 1932 kamen, begleitete man die politischen Unterdrückungsmaßnahmen mit großangelegten Werbe- und Unterhaltungsveranstaltungen. »Echte deutsche Volkskunst«¹⁴ glaubten die Nationalsozialisten bei ihrem »Deutschen Abend« in Kulte aufgeboten zu haben. Außerdem sollte eine »Wehrsportvorführung« die Stimmungslage nach dem »Tag der Schicksalswende«¹⁵ stabilisieren.

Einen vergleichbaren pseudokulturellen Abend veranstaltete die NSDAP in Mengershausen. In anderen Orten fanden NSDAP-Sprechabende oder gemeinsame Rundfunkempfangsabende anlässlich der Übertragung von Hitler-Reden statt.¹⁶ Je näher der Neuwahltermin rückte, um so intensiver griff die NSDAP zu jenen massenpsychologisch besonders erfolgreichen Mitteln. Mit dem Wahlgang am 5. März 1933 sowie den folgenden Kommunalwahlen sollte eine Neuverteilung der Mandate im Reichstag und in den kommunalen Körperschaften zugunsten der nationalsozialistischen Partei realisiert werden. In den kommenden Wahlgängen sollten auch die Waldecker letztmalig ein eindrucksvolles Bekenntnis zu »Deutschlands Wiederaufstieg« abgeben, denn »...nach diesen Wahlen...« würde »...mit dem Wählen Schluß gemacht werden«¹⁷, eröffnete der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Preußischen Landtag, Hinkel aus Berlin, den Kundgebungsbesuchern in Korbach. Wichtigstes Ziel jener

10) Ebenda.

11) »Beschränkungen des Versammlungs- und Preßrechts«. WLZ Nr. 31 vom 6.2.1933.

12) »Die Regierung Braun beseitigt«. WLZ Nr. 32 vom 7.2.1933.

13) Ebenda.

14) »Der deutsche Abend« der NSDAP in Kulte. WLZ Nr. 33 vom 8.2.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

15) Ebenda.

16) »Der deutsche Abend« der NSDAP in Mengershausen. WLZ Nr. 36 vom 11.2.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

17) »Massenkundgebung der NSDAP« in Korbach. WLZ Nr. 35 vom 10.2.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

Wahlprozedur sei es, Landtag und kommunale Parlamente »...vom Marxismus zu säubern«¹⁸, fügte er hinzu; diesmal sollte »...gründlich aufgeräumt werden«.

Als eine der ersten berufsständischen Kreisvereinigungen bekundete der »Landwirtschaftliche Verein« des Kreises des Eisenbergs öffentlich seine Solidarität mit den neuen Machthabern im Reich. Der Vorsitzende appellierte an alle Kreisvereinsmitglieder, »...an der aufbauenden Arbeit des neuen Kabinetts« Anteil zu nehmen. »Voll und ganz« sollte jeder Landwirt »...hinter der Regierung stehen«, allenfalls könnte »sachliche Opposition« geduldet werden.¹⁹ Auf der ersten Versammlung des Waldeckischen Landbundes nach der Machtübernahme betonte man, daß die Landbundmitglieder in Waldeck den 30. Januar »...voll Freude... begrüßt...«²⁰ hätten, wenngleich eine Gruppe des WLB den Bündnischarakter der neuen »nationalen« Regierung stärker akzentuierte, als es der nationalsozialistischen Majorität lieb war.²¹

Einen der ganz wenigen antifaschistischen Akzente in der unmittelbaren Folgezeit des 30. Januar setzten Sozialdemokraten, Kommunisten und weitere Anhänger der »Eisernen Front« am 1. Februar 1933 in Bad Wildungen. Daß die örtliche Polizeibehörde die gewaltfreie Demonstration gegen die Hitler-Regierung duldete, sorgte umgehend für Aufsehen bei höheren Regierungsinstanzen. Wildunger Nationalsozialisten beschwerten sich beim nationalsozialistischen preußischen Innenminister über die Polizei von Bad Wildungen, die es ihrer Meinung nach versäumt hatte, die regierungsfeindliche Kundgebung zu unterbinden. Sämtliche betroffenen Polizeibeamten seien dadurch untragbar geworden. Als geradezu skandalös faßten die NSDAP-Beschwerdeführer das Einschreiten gegen SA-Leute auf, die es als ihre »vaterländische« Pflicht angesehen hatten, die Veranstaltung der Linksoptionellen gewaltsam zu sprengen. Mit Nachdruck forderte man härteste persönliche Konsequenzen für den verantwortlichen Polizeibeamten, der als 1. Vorsitzender des »Gardevereins« über die Infra-gestellung seiner »nationalen« Zuverlässigkeit besonders gekränkt sein mußte. Aber auch für alle übrigen anwesenden Polizisten erbat man von Hermann Göring energische Bestrafung, denn schließlich seien alle »...persönlich Ohrenzeugen der schmutzigen gesetzlich unerlaubten Anwürfe gegen die Reichsregierung gewesen ..., ohne auch nur den geringsten Versuch zu machen, hiergegen etwas zu unternehmen«²². Mit diesen

18) Ebenda.

19) »Versammlung des landwirtschaftlichen Vereins des Kreises des Eisenbergs«. WLZ Nr. 39 vom 15.2.1933.

20) »Landbundsversammlung«. WLZ Nr. 43 vom 20.2.2933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

21) Ebenda.

22) HStA Mbg 165/3982 XI. Eingabe von drei Wildunger Nationalsozialisten an Hermann Göring vom 2.2.1933.

Anschuldigungen gegen die Wildunger Polizei versuchten die drei Beschwerdeunterzeichner, ihre Vorladung wegen begangener politisch motivierter Gewalttaten zu umgehen. Die SA-Ausschreitungen, u.a. auch die Stürmung des Gasthauses »Cornelius«, wollte man von übergeordneter Dienststelle als »Recht« interpretiert sehen. Tatsächlich erreichten die nationalsozialistischen Gewalttäter eine energische Zurechtweisung der Wildunger Polizei durch das Preußische Innenministerium.²³

Gesellschaftspolitische Klimaveränderungen

Die republikanische Minorität in Waldeck geriet durch die grenzenlose Begeisterung der nationalsozialistisch ausgerichteten Übermacht infolge der Machteinsetzung Adolf Hitlers in einen Zustand weitgehender Paralyse. Vielfältige Aktivitäten der Nationalsozialisten beherrschten das Bild in der Öffentlichkeit. Mitunter traten noch Deutschnationale oder »Stahlhelmer« in Erscheinung. Schon vor der Machtübernahme am 30. Januar 1933 hatte sich die Tagespresse wenig aufgeschlossen für die Interessen der Linksparteien gezeigt, nun galt dies in noch restriktiverer Form. Keine politische Gruppierung, die in Opposition zum »Kabinett des nationalen Zusammenschlusses« stand, fand seitdem angemessene Berücksichtigung in den verbreiteten Medien. Appelle, gemeinsam eine Rundfunkübertragung von einer Ansprache Hugenberg's zu verfolgen sowie einem deutsch-nationalen »Familienabend« mit »vaterländischen Tonfilmen«²⁴ beizuwohnen, gingen von der DNVP aus, die sich als starker Faktor des neuen Systems darzustellen trachtete.

Mit unkonventionellen Mitteln machten Regimegegner in der Ortschaft Wethen auf sich aufmerksam: »In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde das von der Wethener Ortsgruppe der NSDAP im Juli v. Js. aufgestellte Hakenkreuz auf dem Büllberge, das weithin sichtbar war, von *feiger Bubenhand* abgesägt... . Hoffentlich gelingt es ihr [der Oberlandjägerei Rhoden, d. Verf.], der Burschen habhaft zu werden, damit sie der verdienten Strafe nicht entgehen«²⁵, hieß es zu diesem Zwischenfall in der Waldeckischen Landeszeitung.

Abgesehen von dieser Nacht-und-Nebel-Aktion einiger Einzelpersonen hielt es die Mehrzahl der NS-Gegner für sinnvoller, nicht öffentlich in Er-

23) HStA Mbg 165/3982 XI. Preußisches Ministerium des Inneren, Az. II E 76 II, Berlin, 12.4.1933.

24) Hinweis auf einen »Familienabend« mit Pfarrer Zeidler in Korbach. WLZ Nr. 43 vom 20.2.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

25) »Hakenkreuz auf dem Büllberge ... von feiger Bubenhand abgesägt.« WLZ Nr. 33 vom 8.2.1933.

scheinung zu treten. In den meisten Orten war es bekannt, welche Personen den Linksparteien angehörten oder mit ihnen sympathisierten. Die Gefahr, von SA- und SS-Rollkommandos heimgesucht zu werden, war daher sehr groß.

Der als »Volkszorn« umschriebene physische Terror gegen Andersdenkende war nur ein Teil der nationalsozialistischen Einschüchterungsstrategie. Mit völliger gesellschaftlicher Isolierung sowie nachhaltigen wirtschaftlichen Auswirkungen war für den Fall »staatsfeindlicher« Betätigung zu rechnen. Dörfliche Struktur und nationalsozialistische Massenbasis boten eine ideale Grundlage für weitere Schritte der Machtkonsolidierung.

Bereits im Februar 1933 griff die NSDAP zum Mittel der Drohung mit ökonomischer Existenzvernichtung. Konservativen Konkurrenten um die Mandate in der Korbacher Stadtverordnetenversammlung, die eine parteiunabhängige Handwerker-Sonderliste ins Leben gerufen hatten, trat die NSDAP mit einer Presseerklärung entgegen, die Repressalien für Abtrünnige aus dem Rechtslager offen aussprach: »Sämtlichen, in den Stadt- und Kreisparlamenten gewählten Handwerkern und Gewerbetreibenden dürfen durch die Stadt- und Kreisverwaltungen keinerlei Aufträge zugeführt werden«²⁶, kündigten NSDAP-Kreis- und Ortsgruppenleitung als ersten Beschluß des künftigen Parlaments an.

Während in vielen preußischen Landesbehörden schon nach dem »Preußenputsch« personelle Säuberungsaktionen angelaufen waren, die nach der Machtübernahme auf das gesamte Reich ausgedehnt wurden, und insbesondere die preußische Polizei von Hermann Göring im Sinne der Nationalsozialisten umgebildet wurde, vollzogen sich in der Waldeckischen Bürokratie zunächst keine Veränderungen. Landräte und Bürgermeister verblieben bisweilen in ihren Ämtern. Diese scheinbare Parallele zum Umbruch von 1918/19 stand jedoch unter einem völlig anderen Vorzeichen. Diesmal beurteilten die Führungspersönlichkeiten in den Behörden den Regierungswechsel durchweg positiv, und niemand ließ einen Zweifel an seiner Loyalität gegenüber der neuen Autorität aufkommen. Auch Beamte, die bisher nicht zur NSDAP gefunden hatten, stuften die neue Regierung aus Konservativen und Nationalsozialisten als begrüßenswerte »nationale« Alternative zum innerlich abgelehnten Weimarer »System« ein.

Nationalsozialistische Einflußnahme auf Personalpolitik beschränkte sich in den ersten Wochen nach dem 30. Januar in Waldeck auf den Polizeiparapparat. Um im bevorstehenden Wahlkampf freie Hand gegen NSDAP-Gegner zu haben, wurden einige Polizeibeamte in Schlüsselstellungen

26) Mitteilung der NSDAP-Kreis- und Ortsgruppenleitung, WLZ Nr. 44 vom 21.2.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

durch linientreue »Parteigenossen« ersetzt. Der bisherige leitende Polizeimeister in Korbach wurde wegen angeblicher »nervöser Erschöpfung«²⁷ kurzerhand »beurlaubt«. Das Regierungspräsidium in Kassel entsandte sogleich einen neuen Ordnungshüter, der dem »antimarxistischen« und »antikommunistischen Abwehrkampf« offener gegenüberstand. Unmittelbar nach seiner Einsetzung lief eine umfangreiche Polizeiaktion gegen KPD und SPD in Korbach an. Auch in Arolsen wurde ein leitender Polizeibeamter aus dem Dienst entfernt und durch einen Nationalsozialisten ersetzt. Ebenso wie in Korbach gehörte auch hier eine Durchsuchungs- und Verhaftungsaktion gegen die Linksparteien zu den ersten Amtshandlungen des neuen Mannes.²⁸ »Jede Kugel, die jetzt aus dem Laufe einer Polizeipistole geht, ist meine Kugel...«²⁹, ließ Hermann Göring, neuer Herr über die preußische Polizei, seine Beamten wissen und forderte sie zu einem rücksichtslosen Einsatz gegen sämtliche NSDAP-Gegner auf, um das Ziel, »Vernichtung des Marxismus und Kommunismus«³⁰ schnellstmöglich realisieren zu können. Von einer Mitgliedschaft in der NSDAP konnten sich die Polizeibeamten berufliche Vorteile versprechen. Während bis zum 30. Januar 1933 keiner der Polizeibeamten im Bereich des Kreises der Twiste Mitglied in der NSDAP war, traten unmittelbar nach der Machtübernahme drei Polizeihauptwachmeister der Partei bei. Aus den Reihen der Gemeindepolizei im Kreis des Eisenbergs vollzogen vier Beamte nach der Machtübernahme diesen Schritt.³¹

Die »nationalen« Sehnsüchte der vergangenen Jahre schienen nun in praktischer Politik ihren Niederschlag zu finden. Auch der konservative Verwaltungschef der Stadt Korbach ließ es sich nicht nehmen, im Vorwort des Verwaltungsberichts für das Jahr 1932 den Lesern zu versichern: »Die städtischen Körperschaften bekennen sich freudig zu den idealen Zielen des Führers und seiner Getreuen und wissen, dass die nationalsozialistische Führung den Staat wieder zur Gesundheit führen und der Selbstverwaltungarbeit wieder neue Ziele und neues Leben bringen wird.«³² Stellungnahmen für den Nationalsozialismus gehörten nun zum guten Ton.

27) Berichte über Hausdurchsuchungen bei Regimegegnern in Korbach und Arolsen. WLZ Nr. 52 vom 2.3.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

28) Ebenda.

29) Göring, H.: Aufbau einer Nation. Berlin 1934². S. 86f.

30) Göring, H., a.a.O., S. 90.

31) HStA Mbg 165/3858 V. Landratsbericht, Kreis der Twiste, Az. I 6445, Arolsen, 17.9.1935; HStA Mbg 165/3858 V. Landratsbericht, Kreis des Eisenbergs, Az. I 4849/35, Korbach, 16.9.1935.

32) Stadtarchiv Korbach. Verwaltungsbericht Korbach 1932. Vorwort von Dr. Zimmermann.

Terrorwahlkampf

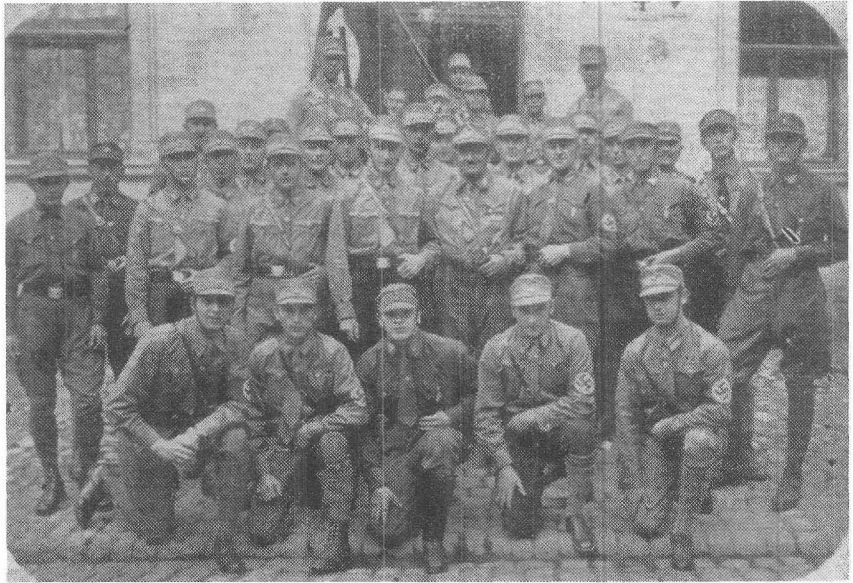
An gewalttätige Übergriffe hatte man sich längst gewöhnt. Nicht zuletzt die Aktionen im Verlauf der »Fememord«-Plakatkampagne ließen erkennen, daß die Nationalsozialisten für den Fall einer Regierungsübernahme nicht gewillt waren, oppositionelle Bestrebungen zu tolerieren. Waren Republikaner in den vergangenen Jahren auf eine überwiegend abweisende Haltung der Bevölkerungsmehrheit gestoßen, setzten sie sich nun bei ihren Wahlkampfaktivitäten einem unkalkulierbaren Risiko für Gesundheit und Leben aus, denn auf den Schutz von Person und Freiheitsrechten durch die staatlichen Organe konnte nicht mehr spekuliert werden.

Seit Verkündung der Notverordnung des Reichspräsidenten »zum Schutz des deutschen Volkes« am 4. Februar 1933 waren Presse- und Meinungsfreiheit in Deutschland de facto aufgehoben. Die Möglichkeiten der Wahlkampfführung für oppositionelle Parteien waren auf ein Minimum eingeschränkt. Mit Verweis auf die dehnbare Präsidentenverordnung konnten politische Versammlungen der NS-Gegner mehr oder weniger willkürlich aufgelöst werden, während die SA bei ihren Propagandamärschen, z. B. am 26. Februar 1933 in Arolsen³³, pseudostaatliche Reputation in Anspruch nahm. Im ganzen Reich sprengten SA-Einheiten Wahlkundgebungen der Linksparteien. Vielerorts verweigerten die Behörden Genehmigungen für Versammlungen von KPD oder SPD.

Systematische Verfolgungs- und Verhaftungsaktionen unmittelbar nach dem Reichstagsbrand und der Verkündung der eigens für diese Gelegenheit vorbereiteten Verordnung »zum Schutz von Volk und Staat« markierten den Rahmen für die letzte Phase des Wahlkampfes. Zur »Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte« wurden durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 »...Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahmen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen...«³⁴ erlassen. Auch in Waldeck forderte der nun staatlich sanktionierte Terror Opfer: Wegen Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei wurde der Arbei-

33) Stadtarchiv Arolsen III(8)6/3. Bescheinigung, daß die NSDAP auf Antrag des stellvertretenden Sturmbannführers Erich E. einen Umzug durch die Stadt Arolsen mit anschließender Kundgebung auf dem Kirchplatz durchführen durfte.

34) Verordnung des Reichspräsidenten vom 28.2.1933. Zit. nach Hofer, W.: Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933 - 1945. Frankfurt/M. 1974²³. S. 53f.



Korbacher SA im Winter 1929. Casselmann, H.: 10 Jahre Ortsgruppe Korbach der NSDAP 1928 - 1938. Korbach o.J. (1938).

ter Ludwig W. aus Netze im Kreis der Eder in »Schutzhaft« genommen.³⁵ Die einzige SPD-Zeitung der Umgebung, das Kasseler Volksblatt, wurde verboten.

Während beim Ansprechen bestimmter Zielgruppen noch der Begriff »Regierung der nationalen Erhebung« verwendet oder den Landwirten die »Bauernpolitik der Nationalregierung«³⁶ nahegebracht wurde, bot sich dem Betrachter in Waldeck im allgemeinen das Bild einer Alleinherrschaft der NSDAP. Keine Ausgabe der Tageszeitung erschien ohne massive NSDAP-Werbeanzeigen, kein Tag verging ohne NSDAP-Werbeveranstaltungen, und nur noch sehr vereinzelt deuteten Veranstaltungshinweise mit dem Wappen der DNVP oder dem Namen eines deutschnationalen

35) HStA Mbg 165/3982 XII. Akten über »Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung« von Oktober 1933 bis Februar 1934. Nachweisung über rückfällige Schutzhäftlinge, Polizeipräsident und Staatspolizeistelle Kassel an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin, geheim, ohne Datum. Häftling Nr. 3, Ludwig W. aus Netze, Kreis der Eder, erste Schutzhaft Februar 1933 wegen KPD-Mitgliedschaft, 19.7.-9.11.1933 Internierung KZ Breitenau, seit 10.11.1933 Internierung KZ Sonnenburg wegen Verdachts der KPD-Agitation.

36) »Die Bauernpolitik der Nationalregierung«. WLZ Nr. 46 vom 23.2.1933.

Referenten auf die Weiterexistenz des Bündnispartners. Eine explizite Kennzeichnung mit dem Parteinamen unterließ man.

Zu den deutschnationalen Aktivitäten Ende Februar 1933³⁷ gehörten ein »Familienabend« in Korbach sowie eine »vaterländische« Tonfilmschau. DNVP-Agitator Zeidler erinnerte in einem Redebeitrag an die glorreichen Zeiten unter Bismarck. Seit dem 30. Januar 1933 seien nun wieder Kräfte am Ruder, die in jener vaterländischen Tradition ständen und dem »Vermächtnis der Väter von 1871«³⁸ Rechnung trügen, betonte der in Waldeck gutbekannte Pfarrer. Ziel müsse es nun sein, die »...deutschen Stämme zusammenzuführen« und den »Kleinstaat-Egoismus« auszurotten. »Ehrfurcht vor den ewigen Gütern« war nach Zeidlers Auffassung die »stärkste Säule« des »neuen« Staates. Die Deutschnationalen, die noch immer der Fiktion der »nationalen Konzentration Hitler-Papen-Hugenberg-Seldte«³⁹ verfallen waren, organisierten in Zusammenarbeit mit dem »Stahlhelm« eine größere Kundgebung in Arolsen. Staatsminister a.D. Hergt sprach in der Vereinsturnhalle vor vollbesetzten Rängen. Zuvor war ein Aufmarsch uniformierter »Stahlhelmer« in den Straßen der ehemaligen Residenzstadt durchgeführt worden. Nach der Begrüßung durch Oberst a.D. v. Stockhausen rechnete Hauptredner Hergt verbal mit den Regierungen der letzten vierzehn Jahre ab. Endlich eine Mehrheit von mindestens 51 % für die »nationale Front« aus »Kampfbund Schwarz-Weiß-Rot« und NSDAP zu erreichen, lautete demzufolge das Gebot der Stunde. Große Hoffnungen maß Hergt der »aufrüttelnden« Wirkung des Reichstagsbrandes bei. Dieses angeblich von den Kommunisten als »Fanal für den Bürgerkrieg«⁴⁰ geplante Ereignis habe wohl vielen Bürgern die »...Augen für die ungeheuren drohenden Gefahren geöffnet«. Das »Bollwerk« des neu geschaffenen Staates sei nicht mehr zu erschüttern, dafür werde die DNVP Sorge tragen, fuhr Hergt fort. Gleichzeitig hob er die großen Fähigkeiten Hugenbergs, die Disziplin, die Kameradschaft und das Führertum des »Stahlhelm« sowie den Rückhalt v. Papens im katholisch-nationalen Bürgertum hervor. Mit einem Fackelzug durch die Innenstadt wurde eine zweite DNVP-Kundgebung in Korbach eingeleitet. Als besondere Attraktion kündigte man die Aufführung des Tonfilms »Der Kampf um Deutschlands Wiederaufstieg« an. »Heraus zur letzten Entscheidung! Der Tag der Abrechnung ist gekommen!« hieß es in einer Werbeanzeige der Deutschnationalen, in

37) »Familienabend« mit Pfarrer Zeidler. Anzeige. WLZ Nr. 44 vom 21.2.1933; »Familienabend« im »Waldecker Hof«. Anzeige. WLZ Nr. 45 vom 22.2.1933.

38) Bericht über deutschnationalen »Familienabend« in Korbach mit Redner Zeidler. WLZ Nr. 47 vom 24.2.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

39) Ebenda.

40) Wahlkampfanzeige der »Kampffront Schwarz-Weiß-Rot«. Kundgebung in Arolsen. WLZ Nr. 49 vom 27.2.1933; Hinweis auf die Kundgebung der »Kampffront Schwarz-Weiß-Rot«. WLZ Nr. 50 vom 28.2.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.



Nationale Wähler u. Wählerinnen Waldecks!



Heraus zur letzten Entscheidung! Der Tag der Abrechnung ist gekommen!
14 Jahre schwarz-rote Bonzenherrschaft brachten Land und Volk an den Rand des Abgrundes.

Über 6 Millionen Arbeitslose, zerrüttete öffentliche Finanzen, drohender Zusammenbruch der Sozialversicherung, Zerfall aller christlich-deutschen Kultur, — das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus der Bilanz ihrer Mißwirtschaft. Frech und drohend erhebt der rote Terror sein Haupt!

In höchster Not hat sich unter Hintanhaltung alles Trennenden die Regierung der nationalen Konzentration gebildet.

Die in der Kampffront „Schwarz-Weiß-Rot“ geeinte nationale Bewegung hat seit Jahren für diesen Zusammenschluß gekämpft.

Nun ist der Bund zwischen den Führern besiegelt, an uns ist es, ihnen die Parlamente zu schaffen, die ihrer Erneuerungs- und Aufbauarbeit die verfassungsmäßige Grundlage geben.

Sorgt dafür, daß kein Braun-Severina sich mehr wichtig machen kann!

Gerätört die parlamentarische Schlüsselstellung des ultramontanen Zentrums!

Legt die kümmerlichen Trümmer der Mitte vollends hinweg, die sich zum Stützpunkt des verflochtenen Systems erniedrigte!

Zeigt den schwarz-roten Schreibern und Hegern und ihren getarnten mittelparteilichen Helfern, daß Deutschland erwacht und daß ihre Zeit für immer vorüber ist!

Nie war eine Wahl so entscheidend wie diese!

Wer nicht wählt, wer seine Stimme einer Spalterpartei gibt, stärkt damit den Gegner!

Die nationale Front marschiert in zwei Heereskolonnen!

Nur der Erfolg beider verbürgt den Endsieg!

Neben einer gewaltigen national-sozialistischen muß eine starke national-konservative Bewegung stehen.

Darum heran an die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot!

Gegen Marxismus u. Ultramontanismus!
Verelendung und Kulturzerfall!
Parteihader und Parteiherrschaft!

Für nationale Einigkeit und Freiheit!
organischen Wirtschaftsaufbau
und soziale Gerechtigkeit:
Deutsche Schule, Kirche u. Kultur.

Mit unseren furchterregten, greisen Führern in Krieg und Frieden, mit Hindenburg und Mackensen, für die nationale Aufbauverwaltung Hitler-Hugenberg-Seibte-Baben, unter den ruhmreichen Farben des Bismarckreiches, unter der alten Flagge Schwarz-Weiß-Rot!

Der Generals Sturm beginnt! Keiner darf fehlen! Die Parole heißt:

Am 5. März wählt Kampffront „Schwarz-Weiß-Rot“

Liste 5

der noch einmal die volle Unterstützung für die neue Regierung und die autoritäre Staatsform versichert wurde.⁴¹

Daß der begonnene »Generalsturm« längst die DNVP selbst überrollte, verkannten die Deutschnationalen.

Mit dem Slogan »Wach auf! Evangelisches Volk!«⁴² meldete sich der Christlich-Soziale Volksdienst zu Wort. Rippel (Mitglied des Reichstags) sprach vor vollbesetzten Rängen im Saal des Hotels »Fürst von Waldeck« über die von Sozialismus und Kommunismus drohenden Gefahren für Deutschland und die abendländische Kultur. Im Kampf gegen den »Bolschewismus« stehe man an der Seite der NSDAP, versicherte der CSVD-Politiker. In der Einschätzung der Linksparteien stimmte der CSVD also mit der NSDAP überein. Den geeigneten Zeitpunkt für eine Sammlung der konservativ und »national« gesinnten evangelischen Wählerschaft hatte der Christlich-Soziale Volksdienst allerdings verpaßt.

Nur eine winzige Werbeanzeige am Tag vor der Wahl erinnerte an die Deutsche Staatspartei. Nachdem Verhandlungen mit DVP, CSVD und Zentrum nicht erfolgreich verlaufen waren, gingen die Liberalen eine rein »technische«⁴³ Listenverbindung mit der Reichs-SPD ein. In Waldeck jedoch spielten derartige taktische Überlegungen zu diesem Zeitpunkt keine Rolle mehr, denn eine liberale Partei existierte nur noch auf dem Papier. Lediglich einhundertsiebzig Waldecker hatten im November 1932 für die DDP-Nachfolgeorganisation gestimmt. Der Liberalismus, der in den frühen Jahren der Weimarer Republik vielversprechende Ergebnisse im Freistaat Waldeck hatte verbuchen können, war seit etwa 1930 zur völligen Bedeutungslosigkeit verurteilt.⁴⁴

Über die sozialdemokratische Partei war in der Tagespresse nur zu erfahren, daß eine geplante Großveranstaltung mit Philipp Scheidemann in Wiesbaden einem Verbot zum Opfer gefallen war. Ein ähnliches Schicksal ereilte auch die einzige öffentlich angekündigte Kundgebung der waldeckischen Sozialdemokraten. Zunächst war die Versammlung, die unter dem Motto »Für die Freiheit des Volkes« in Korbach stattfinden sollte, ohne Begründung unterbunden worden.⁴⁵ Im nachhinein ließ der neue Korbach-

41) »Nationale Wähler und Wählerinnen Waldecks!«. DNVP-Wahlauf Ruf. WLZ Nr. 52 vom 2.3.1933.

42) Bericht über eine Wahlversammlung des »Christlich-Sozialen Volksdienstes« in Korbach. WLZ Nr. 51 vom 1.3.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

43) Matthias, E., Morsey, R.: Die deutsche Staatspartei. In: Matthias, E., Morsey, R.: Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente. Düsseldorf 1979. S. 66.

44) vgl. dazu Luckemeyer, L.: Liberales Waldeck und Pymont und Waldeck-Frankenberg 1821 - 1981. Festschrift. Karl-Hermann-Flach-Stiftung (Hrsg.). Korbach 1984. Der Titel suggeriert eine durchgehend liberale Tradition.

45) »Die für gestern Abend angekündigte öffentliche Kundgebung der SPD und »Eisernen Front« wurde verboten.« WLZ Nr. 53 vom 3.3. 1933.

cher Polizeimeister erklären, daß primär nicht ein polizeiliches Verbot die Abhaltung der SPD-Versammlung verhindert habe, sondern die Weigerung privater Saalbesitzer, den Sozialdemokraten einen Saal zur Verfügung zu stellen.⁴⁶ Somit verblieb der SPD keine Möglichkeit, für ihren politischen Standpunkt zu werben, denn schließlich waren auch SPD-Zeitung sowie Flugblätter und Plakate verboten worden.

Die kommunistische Partei sah sich zudem Hausdurchsuchungen ausgesetzt. Bereits am 18. Februar 1933 hatte die Korbacher Ortspolizeibehörde gegen KPD-Mitglieder zugeschlagen, nachdem in der Nacht vom 17. auf den 18. Februar Kommunisten Flugblätter vor die Türen einiger Korbacher Wohnhäuser gelegt hatten. Bei der Polizeiaktion wurden Druckschriften und Handzettel beschlagnahmt, darunter die erste Ausgabe der KPD-Wahlzeitung »Freiheit« sowie Zellen-, Häuserblock- und Betriebszeitungen. »Der rote Reifen« hieß das KPD-Kampfbblatt, das in den Continental-Gummiwerken zur Verteilung kommen sollte. Weiterhin gehörten die »Korbacher Roten Nachrichten«, eine im Jahre 1932 dreimal erschienene Hektographie, für die ein Unkostenbeitrag von 0,10 RM erhoben wurde, zu den konfiszierten Werbematerialien. In dem an »Arbeiter, Kleinbauern und Werkttätige« adressierten Organ bekämpfte man die Präsidialregimes, Nationalsozialisten und Sozialdemokraten gleichermaßen. Ironisch und bissig karrierte man in den Ausgaben von 1932 lokale Begebenheiten. In der Ausgabe Dezember 1932 hatte man sich u. a. die SA vorgenommen. »Das an Sehenswürdigkeiten nicht besonders reich gesegnete Corbach ist in letzter Zeit um eine merkwürdige Figur bereichert worden. Von der kleinen Schar livrierter Hausdiener stach noch vor kurzer Zeit ein Zwerg ab, ruppig und struppig, mit einem miraculös schnoddrigen Maulwerk, bei dem die nicht unschöne Uniform von Intemann in seltsamen Kontrast zu dem stets ungewaschenen Gesicht stand. Trotz der Hohlheit seines kleinen Schädels schien er selbst einzusehen, daß er sich nach einer anderen Farbe umsehen müsse, und er hat das Richtige getroffen. In einer schmutzig-braunen Hitlerkluft stolziert nun dieser Idiot wie der gestiefelte Kater zur Zierde der SA durch Corbachs Straßen...«⁴⁷. Derartigen Zustandsbeschreibungen der Situation vor Ort stellte man Appelle zur Seite, am Aufbau eines »wahren sozialistischen Staates« nach dem Vorbild »Sowjetrusslands« mitzuarbeiten. Nun, im Februar 1933, mußten die Mitglieder der Korbacher KPD die Rache der neuen Machthaber erfahren. Vier Kommunisten wurden wegen des Verteilens von Flugblättern verhaftet.

46) »Die Notiz in der Freitagsausgabe der ›Waldeckischen Landeszeitung‹, die Versammlung sei polizeilich verboten, ist unrichtig.«. WLZ Nr. 54 vom 4.3.1933.

47) »Wes Geisteskinder hat die SA. in ihren Reihen«. Korbacher Rote Nachrichten. Nr. 3. Dezember 1932.

Die Waldeckische Polizei, inzwischen auf einigen Positionen im Sinne der nationalsozialistischen Machthaber umstrukturiert, führte Aktionen gegen die Kommunisten widerstandslos durch. Ihr neuer Dienstherr in Kassel war inzwischen der Regierungsanhänger v. Montbart. Der einstige SA-Führer Fritz Pfeffer v. Salomon übernahm das Amt des Polizeipräsidenten.⁴⁸

Nicht nur in Korbach fanden Haussuchungen bei Anhängern der KPD sowie Beschlagnahmungen von Druckschriften und Plakaten beider Linksparteien statt. Auch aus Arolsen wurden derartige Maßnahmen gegen KPD und SPD bekannt.⁴⁹ Beim Vorgehen gegen die Arbeiterparteien erhielten die Polizeiorgane in der letzten Wahlkampfwoche Unterstützung durch nationalsozialistische »Hilfspolizei«-Einheiten. Im Bereich der Stadt Arolsen sollten zunächst sieben Mitglieder »nationaler« Verbände eingesetzt werden,⁵⁰ aber am 2. März 1933 waren dann bereits zwanzig Personen im Kreis der Twiste als »Hilfspolizisten« vereidigt, zwei weitere sollten noch folgen. Sie gehörten alle der SA oder dem »Stahlhelm« an. Der Landjägeri Helsen wurden neunzehn »Hilfspolizisten« zugeteilt, dem Landjägerposten in Wrexen drei.⁵¹ Für den Zeitraum bis zum Wahltag stellte man »ständige Nachtwachen« auf. Mit Ausweisen, Abzeichen und Waffen versehene »Hilfspolizisten« bezogen Quartier in einem Gebäude der Polizeiverwaltung Arolsen. Zu ihren Aufgaben gehörten u. a. Streifengänge durch die Straßen von Arolsen, Helsen und Mengerlinghausen. Ein SS-Führer erhielt den Auftrag, für Mengerlinghausen eine weitere »Hilfspolizeieinheit« aus Angehörigen der örtlichen SS zusammenzustellen. Die zuständige Kommunalbehörde im Kreis der Twiste wartete die offizielle Bestätigung für ihre »Hilfspolizei«-Vorschlagsliste durch Regierungspräsident v. Montbart gar nicht erst ab, sondern verfügte bereits am Abend vor der Kontaktaufnahme mit der vorgesetzten Dienststelle den ersten Großeinsatz der stattlichen Terrortruppe gegen Einrichtungen von SPD und KPD.⁵² Nach Angaben von Landrat Wittmer war ein schnelles Losschlagen gegen staatsfeindliche Elemente dringend geboten, und da der Regierungspräsident in den Abendstunden telephonisch nicht erreichbar gewesen war, hatte er von sich aus Bestellung und Vereidigung der aus Arolsen und aus Wrexen stammenden SA- und »Stahlhelm«-Leute veranlaßt.

48) Kammler, J.: Nationalsozialistische Machtergreifung und Gestapo – am Beispiel der Staatspolizeistelle Kassel. In: Hennig, E.: Hessen unterm Hakenkreuz, a.a.O., S. 514.

49) Ebenda. Berichte über Hausdurchsuchungen bei Regimegegnern in Arolsen und Korbach. WLZ Nr. 52 vom 2.3.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

50) Ebenda.

51) Stadtarchiv Arolsen III(1)-1/22. Liste der »Hilfspolizisten« und Erläuterungen durch den Landrat des Kreises der Twiste, Az. I.1031/1030/958 E/P, Arolsen, 2.3.1933.

52) Ebenda.

SA-Hilfspolizisten waren auch im Kreis der Eder im Einsatz. Eine ihrer Aufgaben war es, die Edersee-Sperrmauer bei Hemfurth gegen vermeintliche Angriffe durch KPD-Aktivistinnen zu schützen.⁵³

Die jungdeutschen Ordensbrüder der Bruderschaft Korbach, einst Konkurrenten der Nationalsozialisten um die Gunst der Landbevölkerung, konnten sich dem »nationalen« bzw. nationalsozialistischen Sog nicht entziehen und formulierten eine öffentliche Wahlempfehlung zugunsten der NSDAP. »Getreu unserem Kampf für ein nationales, freies Deutschland wählt eine Partei, die eintritt für die nationale Wiedergeburt und die Volksgemeinschaft, gegen den zersetzenden Marxismus und den Bruderkampf!«⁵⁴ Zwar vermied man eine konkrete Nennung der NSDAP, aber durch die an den Propagandaslogans der Nationalsozialisten ausgerichtete Definition der Wahlkriterien war der Kern der Aussage eindeutig. Längst hatte der Orden seine einst starke Basis verloren, ehemalige Jungdo-Versammlungsredner, wie der Gutsbesitzer B. aus Rhena, der nun Werbevorträge für SA und NSDAP hielt,⁵⁵ waren zum Nationalsozialismus übergetreten.

Nach den Jubelfeiern unmittelbar nach der Machtübernahme sowie zahlreichen Parteiaktivitäten im Februar folgte in der letzten Februarwoche und den ersten Märztagen die große Schlußoffensive der NSDAP. Während in der Schützenhalle Usseln NSDAP und SS eine neuerliche »Wehrpolitische Kundgebung« abhielten, formierten sich SA und SS im Kreis der Twiste zu mehreren Großaufmärschen. Arolsen, Mengerlinghausen, Helsen und Wrexen waren Schauplätze der neuerlichen Propagandamärsche.⁵⁶ Auf einer »NS-Kriegsbeschädigtenkundgebung« in Korbach sprach Hans Oberlindober von der Reichsleitung der NSDAP in München.⁵⁷ SA-Werbeabend mit Platzkonzert auf dem Berndorfertorplatz und SA-Umzüge durch die Eisenberg-Kreisstadt folgten. Der nationalsozialistische Parteitheoretiker Dr. Nicolai kam nach Korbach, um über den Reichstagsbrand zu referieren: »Feuer im Reichstag! Hitler wird helfen!«⁵⁸. Außerdem erlebte Korbach eine NS-Beamtenversammlung, und in den Nachbargemeinden Berndorf und Marienhagen sowie in Fürstenberg sorgten »Deutsche Abende« und gemeinsame Rundfunk-Hörstunden für die Verbreitung nationalsozialistischer Politikvorstellungen.

53) Bericht über Hilfspolizei-Einsatz an der Ederseesperrmauer. WLZ Nr. 54 vom 4.3.1933.

54) Aufruf des Jungdeutschen Ordens. WLZ Nr. 54 vom 4.3.1933.

55) Bericht über »SA-Werbeabend« in Korbach. WLZ Nr. 51 vom 1.3.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«; Bericht über Jungdo-Veranstaltung. WLZ Nr. 38 vom 14.2.1928.

56) »Aufmarsch der SA und SS«. NSDAP-Werbeanzeige. WLZ Nr. 46 vom 23.2.1933.

57) »Von der Ortsgruppe Corbach der NSDAP wird geschrieben ...«. WLZ Nr. 47 vom 24.2.1933.

58) »Feuer im Reichstag! Hitler wird helfen!« Hinweis auf NSDAP-Versammlung mit Dr. Nicolai in Korbach. WLZ Nr. 51 vom 1.3.1933.

Reichstagsabgeordneter Oberlindober hob in Korbach noch einmal hervor, man werde sich seitens der NSDAP nicht »...mit all den Kläffern, die den Mond [anbellten,] beschäftigen...« können, aber man werde »...die Namen derer, die Deutschland ins Verderben geführt und für welche der Tag des Gerichts kommen werde, auslöschen«. Die Wählerschaft stellte man vor die vermeintliche Alternative, »Wer Deutschland wolle, der wähle Adolf Hitler, wer ihn nicht wolle, der wähle den Bolschewismus, alles was dazwischen sei, werde zerrieben«. ⁵⁹ Für kranke und gehbehinderte Mitbürger organisierte die Korbacher NSDAP einen Fahrdienst zum Wahllokal. Zusätzlichen Rückenwind bekam die NSDAP durch die Kandidatur des Erbprinzen Josias zu Waldeck auf dem Reichswahlvorschlag der NS-Partei. ⁶⁰

Am überwältigenden Sieg der Nationalsozialisten in Waldeck zweifelte niemand. Bereits mehrere Tage vor dem Wahlakt wurden die NS-Siegesfeiern vorbereitet und öffentlich angekündigt. Für den Abend des 4. März waren Fackelzüge und Aufmärsche anberaumt worden, um den »Tag der erwachenden Nation« einzuleiten. Großblautsprecher für die Übertragung der Hitler-Rundfunkansprache wurden in der Korbacher Innenstadt installiert. ⁶¹

Am Vortag der Wahl marschierten nun in allen größeren Gemeinden Waldecks SA-, SS- und »Stahlhelm«-Formationen durch die Straßen. Schwarz-weiß-rote Banner und Hakenkreuzfahnen wehten an Masten und Hausfassaden. Zu den »nationalen Verbänden« und Parteiabordnungen gesellten sich zahlreiche Zivilisten und die Vertreter der Jugendorganisationen HJ, BdM und »Deutsches Jungvolk«. Wie schon bei anderer Gelegenheit sammelten sich die NS-Anhänger Korbachs auf dem Berndorfer torplatz, um dort brennende Fackeln zu einem imposanten Scheiterhaufen aufzuschichten. Diese mythisch-verklärten Fackelzüge und Feuerreden hatten durch mehrfache Wiederholung im Laufe der vergangenen Wochen und Monate nichts an Faszination eingebüßt. Nicht zum erstenmal mündeten auch jetzt diese Massendarbietungen in roher Gewaltanwendung. In der Nähe von Twiste kam es zu einem politisch motivierten Schußwaffenanschlag gegen die Villa Meier auf dem Gelände der Spulenfabrik, und auch in Rhoden gab es Zwischenfälle. ⁶²

Massive NS-Wahlpropaganda, Verbotsmaßnahmen gegen SPD und KPD, SA-Straßenterror und willkürliche Verhaftungsaktionen reichten

59) Bericht über NSDAP-Wahlkundgebung mit dem Redner Oberlindober (Mitglied des Reichstags) in Korbach. WLZ Nr. 49 vom 27.2.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

60) »Nationalsozialistische Kandidaten zum Deutschen Reichstag«. WLZ Nr. 47 vom 24.2.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

61) »Tag der erwachenden Nation«. NSDAP-Anzeige. WLZ Nr. 53 vom 3.3.1933.

62) WLZ Nr. 56 vom 7.3.1933.

nicht aus, um der NSDAP im Deutschen Reich eine Stimmenmehrheit zu verschaffen. Bei 43,9 % der Wählerstimmen waren Hitler und seine nationalsozialistische Partei auf die Unterstützung der »Kampffront Schwarz-Weiß-Rot« aus Deutschnationalen und »Stahlhelmern« angewiesen, die 8 % der Stimmen erzielte. Gemeinsam verfügte man über 340 von 647 Reichstagsmandaten.⁶³ Die waldeckische NSDAP konnte hingegen auf ein Ergebnis oberhalb der 70 %-Grenze verweisen. 70,1 % für die NSDAP und 9,3 % für die schwarz-weiß-rote »Kampffront« ergaben ein Gesamtergebnis von 79,4 % für die amtierende Reichsregierung mit Adolf Hitler an der Spitze.⁶⁴

Wegen der massiven Einschränkungen der Wahlkampf-führung für die Linksparteien kann das Ergebnis vom 5. März 1933 nicht nach den gleichen Maßstäben bewertet werden wie die vorangegangenen Reichstagswahl-ergebnisse. Einige Anmerkungen können dennoch gemacht werden. So bewirkte der Terror von NSDAP, SA und »Hilfspolizei« keine Abkehr der Linkswähler von den Arbeiterparteien. Drohungen und Einschüchterungen führten bei der SPD lediglich zu Verlusten in einer Größenordnung von sechshundert Stimmen und bei der KPD zu einem Wählerrückgang um ca. achthundert Stimmen. Funktionäre und Wahlkämpfer der kommunistischen Partei befanden sich zu einem Teil bereits in Haft. Dank sogenannter »Wahlschlepper«, SA-Gruppen suchten wahlunwillige und dem Regime kritisch gesinnte Wahlbürger in ihren Wohnungen auf und eskortierten sie zum Wahllokal, konnte der Stimmenanteil für die extremistischen Rechtsparteien um bescheidene 1.203 Stimmen gesteigert werden.

CSVD, DVP und Deutsche Staatspartei hatten bei Endergebnissen zwischen 1,9 und 0,6 % nichts mit dem Ausgang der Wahl zu tun. Wirtschaftspartei und CNBL fehlten gar auf der Wahlvorschlagsliste. Verhältnismäßig hoch war der Anteil ungültiger Stimmen, hier handelte es sich offenbar um eingeschüchterte Anhänger republikanischer Parteien, die das Risiko einer Stimmabgabe für diese Gruppierungen angesichts fehlender Geheimhaltung und nicht mehr gewährleisteter Anonymität scheuten. Außerdem fiel auf, daß die Wahlbeteiligung insgesamt gegenüber der Reichstagswahl im Juli 1932 deutlich niedriger lag. Das Ergebnis der gleichzeitig durchgeführten »Neuwahl« für den Preußischen Landtag unterschied sich nur unwesentlich von dem Reichstagsresultat. Rund 24.000 Waldecker stimmten für die NSDAP, weitere 3.300 für die »Kampffront«, nachdem Reichskommissar v. Papen am 4. Februar 1933 die vorzeitige Auflösung aller kommunalen Parlamente sowie eine »Neuwahl« des Preußischen Land-

63) Kolb, E., a.a.O., S. 252f.

64) »Die Regierung Hitler erhält in Waldeck 77 % aller Stimmen«. WLZ Nr. 55 vom 6.3.1933.

tages angeordnet hatte, um die »Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen«⁶⁵ zu ermöglichen. Klarheit herrschte bei der Bevölkerung darüber, daß man nach dem »wahlreichen Märzmonat« wohl »...für einige Jahre vor neuen Wahlen verschont bleiben...«⁶⁶ würde. Vielerorts wehten seit dem 5. März 1933 Hakenkreuzfahnen von öffentlichen Gebäuden und Privathäusern. Das Hissen der NSDAP-Parteiflagge auf Rathäusern, Landratsämtern, Postämtern, Schulen, Bahnhofsgebäuden und sonstigen Einrichtungen in Waldeck geschah im Rahmen von »Feierstunden«, die mit »nationalen« Ansprachen und »Heil!«-Rufen der Anwesenden ausgestaltet wurden. Mitunter ließen die Verantwortlichen die Kirchenglocken läuten.⁶⁷ Von konservativen und deutschnationalen Mehrheiten in ihre Ämter gewählte Bürgermeister ließen in den »Festansprachen« den »neuen Staat« und seinen »Führer« hochleben. In vielen kleineren Ortschaften wurden hölzerne Hakenkreuze aufgestellt. Unablässig setzte die NSDAP ihre Propagandaaktivitäten in Waldeck fort. NSDAP-Umzüge und -Kundgebungen sorgten auch nach dem 5. März dafür, daß der Rausch der Begeisterung nicht abbrach. Unterdessen ging auch der Einsatz der SA-Hilfspolizeieinheiten weiter, dem der Landrat des Kreises der Twiste am 14. März 1933 »Dank« und »Anerkennung« zollte.⁶⁸

65) Erdmann, K.D.: Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933 - 1939. Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte. Bd. 20. München 1984 4. S. 81.

66) »Die Regierung Hitler erhält in Waldeck 77 % aller Stimmen«. WLZ Nr. 55 vom 6.3.1933.

67) »Hakenkreuzbanner und schwarz-weiß-rote Fahne auf dem Rathaus« von Korbach. WLZ Nr. 56 vom 7.3.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«; »Die Hakenkreuzfahne am Rathaus« von Bad Wildungen. WLZ Nr. 56 vom 7.3.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«; »Auch hier wurde gestern am Landratsamt, Rathaus und auf dem Stabsgebäude (Kaserne) die Hakenkreuzfahne gehißt« (Arolsen). WLZ Nr. 57 vom 8.3.1933; »Als Zeichen der nationalen Erhebung wehen auch hier seit gestern die alte schwarz-weiß-rote Reichsflagge und die Fahne der nationalsozialistischen Bewegung auf dem Rathaus (Mengeinghausen)«. WLZ Nr. 57 vom 8.3.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«; »Der Tag der erwachenden Nation«. WLZ Nr. 57 vom 8.3.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«; »Gestern mittag um 1 Uhr wurden unter Glockengeläut auf der Jahrhunderte alten Burg, Sitz der Bürgermeister, die schwarz-weiß-rote und die Hakenkreuzfahne gehißt.« WLZ Nr. 59 vom 10.3.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

68) Stadtarchiv Arolsen III(1)-1/22. Würdigung des SA-Hilfspolizeieinsatzes durch den Landrat des Kreises der Twiste, Wittmer, Arolsen, 16. März 1933: »Während der letzten 2 Wochen vor den Wahlen, in denen die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch staatsfeindliche kommunistische Umtriebe stark gefährdet waren, haben sich junge Männer der hinter der Regierung stehenden nationalen Verbände in opferbereiter Hingabe freiwillig als Hilfspolizeibeamte den Polizeibehörden zur Unterstützung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt. Ohne irgendwelche Vergütung oder sonstige Vorteile zu erringen, haben sie ihren oft nicht einfachen Dienst getreu dem übernommenen Gelöbnis in Disziplin und Manneszucht zu meiner grossen Befriedigung ausgeübt. Dafür spreche ich allen Hilfspolizeibeamten meinen aufrichtigen Dank aus.

Wenn wir auch hoffen, dass in nächster Zeit die Polizei einer Verstärkung durch Hilfspolizeibeamte nicht bedarf, so bin ich doch sicher, daß Mann für Mann wieder bereitstehen

Der Terror gegen die politischen Gegner wurde als Maßnahme zur »Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit« interpretiert.

Bereits eine Woche nach der Reichstagswahl fanden Abstimmungen über die Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlungen statt. Während am 5. März noch nach außen der Schein freier Wahlen vermittelt wurde, bemühte man sich diesmal nicht mehr, den totalitären Charakter zu verwischen. KPD und SPD konnten an den Abstimmungen nicht mehr teilnehmen. Unter dem Pseudonym »Liste der Werktätigen« hatten sich einige Kommunisten in Arolsen aufstellen lassen.⁶⁹

Vor einer Stimmabgabe zugunsten der konservativen »Handwerkerliste« warnte die NSDAP energisch, denn die angeblich parteilose Liste sei vom Judentum unterwandert.⁷⁰ »Wir warnen in letzter Minute!«, hieß es auch gegenüber einer »Angestellten- und Beamtenliste«, der man Jungdo- bzw. Staatspartei-Hintergrund nachsagte.⁷¹

Gleich von zwei Seiten wurde Landbundchef Schnaar attackiert. Obwohl stets dem »nationalen« Gedanken eng verbunden, war er wegen seines Festhaltens an einer eigenen, parteiungebundenen Bauernliste zur Kreistags- und zur Zweckverbandswahl unter Beschuß von NSDAP und »Kampffront Schwarz-weiß-rot« geraten.

»Bereinigung der kommunalen Körperschaften von allen marxistisch eingestellten Beamten und Angestellten und Beseitigung jedes jüdischen Einflusses«⁷², waren nach NSDAP-Propagandist Bernhard die definierten Hauptziele des Kommunalwahlaktes am 12. März 1933. »Ausmerzungen des Kulturbolschewismus aus den Schulen« und Herausdrängung aller »Interessengruppen« aus den Parlamentskörperschaften, lauteten die weiteren Programmpunkte. Ein Aufruf von waldeckischen Geschäftsleuten, Handwerkern, Landwirten, Beamten und Angestellten unterstützte die

wird, wenn Gefahr für die öffentliche Sicherheit den Einsatz der Hilfspolizei erfordert. In gleicher Weise haben sich die Landjäger- und Polizeibeamten in aufopferungsvoller, erfolgreicher Tätigkeit für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Kreise der Twiste während der vergangenen Wahlwochen eingesetzt. Auch ihnen spreche ich meinen besonderen Dank und meine Anerkennung aus.«

69) »Kreistagswahl am 12. März« mit amtlicher Bekanntmachung der Wahlvorschlagslisten zur Stadtverordnetenwahl in Arolsen. WLZ Nr. 57 vom 8.3.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

70) »Auf der parteilosen Liste der Handwerker und Landwirte stand bei Einreichung an 6. Stelle ein Jude ...«. NSDAP-Wahlkampfanzeige. WLZ Nr. 60 vom 11.3.1933

71) »Die demokratische Partei ist zerschlagen! Der Jungdeutsche Orden befindet sich in voller Auflösung! Trotzdem wagen es diese Gruppen unter der Flagge der Beamten, Angestellten, Pensionäre eine eigene Liste aufzustellen: Wir warnen in letzter Minute!«. NSDAP-Wahlkampfanzeige. WLZ Nr. 60 vom 11.3.1933.

72) »In einer nationalsozialistischen Wählerversammlung nahm am Donnerstag abend Herr Bernhard - Großbalmerode Stellung zu den bevorstehenden kommunalen Wahlen.«. WLZ Nr. 60 vom 11.3.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

Bemühungen der NSDAP und ihrer Bundesgenossen, ein möglichst einstimmiges Votum für die neuen Machthaber zu erzielen. »Vaterland – Heimatland! Wir wählen deutsch – die Listen der nationalen Konzentration«⁷³, versicherten die Aufrufunterzeichner den Lesern der Waldeckischen Landeszeitung. »Nirgends wollen wir Vertreter sehen, die dem Zug der Zeit entgegenarbeiten und an demokratischen Grundsätzen festhalten...«, betonten die mehr als zweihundert Regimeanhänger in ihrem Wahlaufdruck.

Nicht der Sieg der NSDAP bei den Kreistagswahlen überraschte, sondern das Abschneiden der Opposition. Anders als beispielsweise bei den Stadtverordnetenwahlen in Arolsen, war auf dem Wahlzettel zur Kreistagswahl der Wahlvorschlag »Sozialdemokraten« noch verzeichnet. Gegenüber der letzten Kreistagswahl im Jahre 1929 konnte die SPD in den drei waldeckischen Kreisen ihr Ergebnis halten. Ganze sieben Wählerstimmen gingen verloren. 3.550 Waldecker stimmten nach wie vor für die SPD. Andererseits verbesserte die NSDAP ihr Ergebnis, das 1929 noch bei 6,3 % gelegen hatte, auf das in den übrigen Wahlgängen von 1932 und 1933 bekannte Niveau. Vielleicht war man in den Reihen der NSDAP sogar etwas enttäuscht darüber, daß nur eine Stimmenauserweiterung auf knapp 65 % gelang. Einem noch größeren Erfolg hatten die Konkurrenzlisten von Landbund und Handwerkern im Wege gestanden. Beide Gruppierungen hatten trotz aller Drohungen seitens der NSDAP einige hundert Wähler gewinnen können. Hierbei handelte es sich nicht um eine grundsätzliche Absetzbewegung vom Nationalsozialismus, nachdem beide berufsständischen Listen bei vorausgegangenen überregionalen Abstimmungen annähernd vollständig von der NSDAP aufgesogen worden waren, sondern um eine Akzentuierung des alten Bestrebens, auf regionaler Ebene parteiunabhängige Vertreter in der Verantwortung zu wissen. Heimatlisten, berufsständische Vereinigungen oder Zusammenschlüsse von unabhängigen konservativen Kommunalbeamten hatten in den vergangenen Jahren immer gut abgeschnitten bei Kreis- und Gemeindevahlen. Teilweise war dies auf die generelle Abneigung gegen die »Parteien« zurückzuführen. Im Kreis der Twiste mußte die NSDAP als Folge dieser Strömung Einbußen in Höhe von 10,3 %-Punkten gegenüber dem Reichstagswahlergebnis vom 5. März 1933 hinnehmen. Hier erreichte Landbundvertreter Schnaar immerhin 8,3 % für seinen »nationalen Sonderweg«. Da es nicht um die große, die Nation oder den »Führer« betreffende Entscheidung ging, hielten es einige »nationale« Wähler für angebracht, einer berufsständischen

73) »Vaterland – Heimatland! Wir wählen deutsch – die Listen der nationalen Konzentration«. Großer Aufruf von Persönlichkeiten aus Handel, Handwerk und Gewerbe, Landwirtschaft und öffentlichem Dienst. WLZ Nr. 60 vom 11.3.1933.

Richtung innerhalb des »nationalen« Lagers ihre Unterstützung zu geben. Beispielsweise konnte der Landbund in dem Dorf Neu-Berich 21 Stimmen gewinnen, während am 5. März noch 79 von 80 Wählern NSDAP gewählt hatten. In anderen Dörfern hielten es nicht mehr alle NSDAP-Wähler vom 5. März für notwendig, erneut zur Wahl zu gehen, so verringerte sich der NSDAP-Zuspruch in den Dörfern Braunsen und Dehausen um 45 % bzw. 33 %, ohne daß andere Parteien davon profitierten. Besonders auffällig war das Nachlassen der Wahlmotivation zugunsten der NSDAP in Massenhäusern. Von zuvor 168 NSDAP-Wählern verblieben der NSDAP nur 66 Stimmen und im Gegenzug erzielte der Landbund 127 Stimmen.

In anderer Hinsicht bemerkenswerte Einzelergebnisse wurden am 12. März 1933 aus Ober-Werbe und Alraft im Kreis der Eder vermeldet, hier konnte die NSDAP alle gültigen Stimmen auf sich vereinigen, die Statistik wies also 100 % NSDAP-Stimmen auf. Zwei Deutschnationale verhinderten ein einstimmiges Ergebnis in Buhlen.⁷⁴

Gerade in den kleinen Landgemeinden war der psychologische Druck auf die bisherigen Nicht-Nationalsozialisten sehr groß. Für oder gegen die NSDAP zu stimmen, war hier, wo in der Regel zwei Drittel der Einwohnerschaft hinter dem Reichskanzler Adolf Hitler und seiner NSDAP standen, nicht mehr nur eine Frage persönlicher Auffassung von Politik oder aber des Gewissens. Sich gegen die überwiegende Mehrheit, die das Wohl des Vaterlandes in fanatischer Weise mit der NS-Bewegung verband, zu stellen, konnte für die Betroffenen gravierende Folgen haben. Ärger mit dem Arbeitgeber, Umsatzrückgang im Geschäft, Vertrauensverlust, Ausgrenzung aus der dörflichen Gemeinschaft und schließlich gewalttätige Überfälle durch SA-Männer mußten einkalkuliert werden. Dieser Konformitätsdruck war um so größer, je überschaubarer und kleiner die Ortschaft war. Dörfer der Größenklasse unter 300 Einwohnern verzeichneten einen durchschnittlichen NSDAP-Anteil von über 85 %.⁷⁵

Gleichschaltung

Die Zeremonien in Waldeck aus Anlaß des »Tages von Potsdam« und die regionalen Folgen des »Ermächtigungsgesetzes« vom 23. März 1933

Nach den Reichstagswahlen am 5. März 1933 ging die nationalsozialistische Partei von der stufenweisen Machtdurchdringung des Staates zur Konsolidierung der Macht über. Konservative und deutschnationale

74) »Die Wahlen zu den Kreistagen«. WLZ Nr. 61 vom 13.3.1933.

75) Haseloff, W.: Die politischen Parteien und die Wahlen in Waldeck 1867-1953. Diss. phil. Marburg 1955. S. 160.

Kampfgefährten wurden ins Abseits gestellt, wenngleich die geschickte Inszenierung des »Tages von Potsdam« mit ihren geschichtlich-emotionalen Momenten etwas anderes suggerieren mochte. Wollte man den Weg scheinbarer »Legalität« weiter beschreiten, benötigte man noch tiefgreifende »Gesetze«. Mittels eines »Ermächtigungsgesetzes« sollte das Parlament endgültig ausgeschaltet werden. Auf diese Weise konnte man sich jedweder Rücksichtnahme auf die im Moment noch für Parlamentsmehrheiten benötigten Bündnispartner entledigen.

Zu einer feierlichen Zeremonie am 21. März, dem Jahrestag der Reichsgründung, trafen die Repräsentanten des »alten« und des »neuen« Deutschland am Grabe Friedrichs des Großen in der Potsdamer Garnisonskirche zusammen. Mit Pathos beging man gemeinsam den »Tag der nationalen Erhebung«. Die Blendung der konservativ-»nationalen« Mitstreiter in Politik, Administration und Armee diente nicht zuletzt der taktischen Vorbereitung der Abstimmung über das geforderte »Ermächtigungsgesetz«. Um das Parlament »legal« seiner verfassungsmäßigen Funktion berauben zu können, bedurfte es einer Zweidrittelmehrheit im Reichstag. Man war also auf Unterstützung über die Reihen von NSDAP und DNVP hinaus angewiesen.

Obwohl seit Bekanntgabe der »Verordnung des Reichspräsidenten ... zum Schutz von Volk und Staat« keinerlei Illusionen über den tatsächlichen Charakter der Regierungspolitik mehr möglich waren, gaben alle Abgeordneten der konservativen und liberalen Parteien, der gesamten bürgerlichen »Mitte«, der Regierung Hitler ihr Placet zur Liquidierung der parlamentarischen Staatsordnung. Die kommunistischen Reichstagsabgeordneten befanden sich zum Zeitpunkt der Abstimmung bereits in Haft, andere versuchten durch Flucht, Leben und Freiheit zu retten. Von der sozialdemokratischen Fraktion konnten noch vierundneunzig Abgeordnete der Abstimmung über das »Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich« beiwohnen. Sie stimmten geschlossen mit »Nein«.

Die isolierte Verweigerung der Sozialdemokraten gab den bürgerlichen Kräften die scheinbare Gewißheit, auf der »richtigen« Seite, der »antimarxistischen« Seite, zu stehen.⁷⁶ Ohne Strapazierung des § 48 der Weimarer Verfassung und ohne Billigung des Reichstags konnten fortan »Gesetze« von der Regierung verkündet werden. In Verbindung mit den bereits zuvor getroffenen Gesetzesregelungen⁷⁷ waren damit die Voraussetzungen für

76) Hildebrand, K.: Das Dritte Reich. München, Wien 1980 2. S. 6. Text des »Ermächtigungsgesetzes« in: Hofer, W., a. a. O., S. 57.

77) »Reichstagsbrand-Verordnung«, Verordnung des Reichspräsidenten »zum Schutz von Volk und Staat« vom 28.2.1933, Reichsgesetzblatt 1933, T. I., Nr. 17, S. 83. In W. Michalka (Hrsg.): Das Dritte Reich – Dokumente zur Innen- und Außenpolitik. Bd. 1. »Volksgemeinschaft und Großmachtpolitik 1933-1939.« München 1985. S. 27; »Heimtückege-

eine dauerhafte totalitäre Herrschaft geschaffen. Die »Legalisierung der Diktatur«⁷⁸ war vollzogen.

Der »Tag von Potsdam« fand auch in vielen Orten Waldecks Nachahmung. Sowohl in den Kreisstädten als auch in zahlreichen Landgemeinden marschierten die Mitglieder der nationalsozialistischen Parteigliederungen, begleitet von Musikkapellen, »Stahlhelmern«, Gesangsvereinen, Sport- und Schützenvereinen sowie den jungdeutschen Ordensbrüdern zu Festkundgebungen auf.

In Korbach fanden sich zur Feierstunde neben NSDAP, »Stahlhelm«, SA und SS die Sportvereine »1909« und »TV 1850«, die Gesangsvereine »Concordia«, »Harmonie« und »Liedertafel«, die Kleinkaliber-Schützenvereine »Horrido« und »Freischütz« sowie der Jungdeutsche Orden ein. Letzterer durfte erst nach Veröffentlichung einer Ergebenheitsbekundung für die Regierung der »nationalen Erhebung« teilnehmen.⁷⁹ Nach der Kundgebung im Freien folgte ein »Dankgottesdienst« in der St. Nicolai-Kirche. Vor dem Altar hatten Fahnenträgerabordnungen von SA, »Stahlhelm« und Jungdeutschem Orden Aufstellung genommen.⁸⁰

Rund 1.000 »national« gesinnte Bürger zogen mit brennenden Fackeln in Arolsen durch die menschenumsäumten Straßen. NSDAP-Kreisleiter Ladage und ein Stahlhelm-Vertreter erinnerten in ihren Redebeiträgen an die »ruhmreichen« Schlachten des Weltkrieges und gaben ihrer Freude über den in der alten preußischen Tradition stehenden »Tag von Potsdam« Ausdruck. Landrat Wittmer sah in dem Zusammentreffen vom 21. März 1933 ein Symbol für die eingeleitete Rückkehr zu nationaler Größe. Der Tag der »Wehrhoheit« konnte nun nicht mehr fern sein, und die Brüder und Schwestern »jenseits der Grenzen« würden bald »...heimkehren zum Reich«⁸¹, zeigte er sich überzeugt.

Fackelschein und Marschtritt kündeten auch in den Ortschaften Mengersinghausen, Kulte, Meininghausen, Leibach, Adorf, Usseln, Sachsenberg, Rhoden, Massenhausen, Bühle, Mühlhausen, Alleringhausen, Flechtdorf, Fürstenberg, Nordenbeck, Landau, Hillershausen, Alraft,

setz«, Verordnung des Reichspräsidenten »zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung« vom 21.3.1933, Reichsgesetzblatt 1933, T.I., Nr. 24, S. 135. In: W. Michalka (Hrsg.): Das Dritte Reich – Dokumente zur Innen- und Außenpolitik, a.a.O., S. 31; »Schießerlaß«, Runderlaß des Preußischen Ministers des Inneren, Hermann Göring, an alle Polizeibehörden über die »Förderung der nationalen Bewegung« vom 17.2.1933, Ministerialblatt für die preußische innere Verwaltung 1933/I. In: W. Michalka (Hrsg.): Das Dritte Reich – Dokumente zur Innen- und Außenpolitik, a.a.O., S. 24.

78) Bracher, K. D.: Stufen der Machtergreifung, a.a.O., S. 6

79) »Der Tag von Potsdam«. WLZ Nr. 69 vom 22.3.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

80) Casselmann, H., a.a.O., S. 23.

81) »Am Tage von Potsdam«. WLZ Nr. 70 vom 23.3.1933; »Große nationale Kundgebung« in Mengersinghausen. WLZ Nr. 70 vom 23.3.1933.

Waldeck, Twiste, Dehausen, Strothe, Rhena, Rhenege, Immighausen, Nieder-Ense, Eimelrod, Wrexen und Hemfurth vom Tag der »Neuerstehung des Deutschen Reiches«, wie es ein deutschnationaler Redner in Mengerinhausen formulierte.

Unmittelbar nach den Zeremonien setzte auch in Waldeck eine systematische Verfolgungsaktion gegen Mitglieder und Funktionäre von KPD und SPD ein.

Vier ehemalige Kandidaten der »Liste der Werktätigen« zur Stadtverordnetenwahl in Arolsen sowie ein KPD-Kreistagsabgeordneter und vier weitere Anhänger der Arbeiterparteien landeten in »Schutzhaft«. Damit umfaßte die Liste der Inhaftierten in Arolsen neun Personen, ein zehnter »Schutzhäftling« kam aus Rhoden. Durch die Denunziation einer Arolserin erteilte einen Arolser Arbeiter das gleiche Schicksal. Die junge Frau hatte ein Gespräch belauscht, das ihrer Meinung nach Hinweise auf konspirative Kontakte zwischen dem Arbeiter und bereits verhafteten politischen Gegnern der Regierung geliefert hatte⁸². Anfang April wurde der größte Teil jener »Schutzhäftlinge« wieder freigelassen, nachdem jeder von ihnen eine vorgelegte Erklärung, stets von der SA »anständig« behandelt worden und aus der KPD ausgetreten zu sein sowie niemals mehr gegen die »nationale« Regierung zu »hetzen«, unterschrieben hatte. Drei Arolser Häftlinge, von denen keine derartigen »Erklärungen« vorliegen, wurden zur weiteren Verwahrung in das Polizeigefängnis Korbach überstellt.⁸³ Zur Bewachung der politischen Häftlinge waren nach dem »Tag von Potsdam« fünf zusätzliche SA-Männer in den staatlichen Dienst eingestellt worden.⁸⁴

Aus dem SPD-Bezirk Hessen-Kassel erreichte Vizekanzler v. Papen ein Hilferuftelegramm, in dem staatliche Willkürmaßnahmen und »...reihenweise Festnahmen verbunden mit ärgsten Mißhandlungen...«⁸⁵ beklagt wurden. Wie die Einsprüche des SPD-Bezirksverbandes beim nationalsozialistischen Regierungspräsidenten in Kassel, dem Verhaftungslisten und Fotos mißhandelter Sozialdemokraten beigelegt waren,⁸⁶ blieb auch dieser Appell unbeantwortet.

82) Stadtarchiv Arolsen III(8)-6/14. Häftlingsliste Arolsen einschließlich Mengerinhausen. Stadtarchiv Arolsen III (8)-6/14. Polizeiprotokoll der Denunziation.

83) Stadtarchiv Arolsen III(8)-6/14. Häftlingseinlieferungsschein vom 8.4.1933 für drei politische Häftlinge in das Gerichtsgefängnis Korbach.

84) »... 10 kommunistische Führer und Funktionäre in Schutzhaft genommen und in Polizeihäftzellen der Stadt Arolsen untergebracht ...«. WLZ, Nr. 84 vom 8.4.1933.

85) HStA Mbg 165/3982 X. Telegramm der SPD Hessen-Kassel an Reichskommissar von Papen vom 25.3.1933.

86) HStA Mbg 165/3982 X. Ein SA-Folterkeller befand sich im Rathaus der Stadt Kassel, dort wurde u.a. der in Waldeck bekannte »Reichsbanner«- und SPD-Versammlungsredner Quer von fünfzehn SA-Männern »verhört«, d.h. gefoltert. Ein provisorisches Internierungslager befand sich im Kasseler Karlsruhospital.

Die »stattliche Zahl« der SA-Hilfspolizisten in Bad Wildungen und Umgebung war unterdessen mit Hausdurchsuchungen in mehreren Gemeinden des Kreises der Eder beschäftigt. Dabei gerieten zehn Anhänger der Linksparteien in Haft. Nach Vernehmungen im Rathaus wurden sie ins Amtsgerichtsgefängnis überstellt. Schon vorher waren der SA in der Stadt Waldeck zwei Kommunisten bei einer Razzia in die Hände gefallen.⁸⁷

Die mitgliederstarken SA-Einheiten waren in Waldeck wegen der geringen Zahl von Linksoppositionellen mitunter gar nicht ausgelastet, und so halfen sie in benachbarten Gebieten beim Kampf gegen den »Bolschewismus« aus. Mitte April forderte beispielsweise der Landrat aus dem Kreis Brilon fünfzehn zuverlässige SA-Männer vom »Uplandsturm« an. »In Brilon sollten Kommunisten ausgehoben werden. [...] Das war eine Aufgabe für unsere SA. Am liebsten wäre jeder mitgefahren; aber der Sturmführer war unerbittlich. [...] Nach getaner Arbeit erfolgte ein kleiner Imbiß.«⁸⁸

Die bei der Aktion in Brilon Aufgegriffenen brachte man in das örtliche Arrestlokal, sechs Personen wurden sofort dem Konzentrationslager Werl überstellt. Die Beteiligung an der Jagd auf Menschen schien Belohnungs- und Auszeichnungsfunktion für besonders »disziplinierte« Dienstaussführung bekommen zu haben und markierte Höhepunkte im Alltag eines SA-Mannes.

Während sich die »vom Marxismus gesäuberten« Stadtparlamente konstituierten, wurde auch die Zweckverbandsversammlung mit einer neuen Mehrheit ausgestattet. Zumeist standen die Ernennung Adolf Hitlers zum Ehrenbürger sowie Umbenennungen von Straßen und Plätzen an vorderster Stelle der Tagesordnungen der neuen Stadträte. Der »Berndorfertorplatz« im Zentrum von Korbach hieß nun »Adolf-Hitler-Platz«, die »Corbacher Kampfbahn«, das städtische Sportstadion, wurde in »Göring-Kampfbahn«⁸⁹ umbenannt. Nicht nur Nationalsozialisten und Deutschnationale, sondern auch verbliebene konservative Abgeordnete stimmten zu. Die Wildunger Stadtverordneten taufte »Brunnenstraße« und »Wegaer Straße« in »Adolf-Hitler-Straße« um.⁹⁰ Nationalsozialisten bekleideten

87) »Haussuchungen bei verschiedenen, der KPD. nahestehenden Personen förderten Waffen, wie Karabiner usw. zu Tage«. WLZ Nr. 71 vom 24.3.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«; »In Schutzhaft genommen«. WLZ Nr. 75 vom 29.3.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«; Bericht über die Erschießung eines einst in Mengershausen aktiven KPD-Führers durch Hilfspolizisten in Düsseldorf. WLZ Nr. 83 vom 7.4.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«; »... zehn kommunistische Funktionäre aus dem Twister Kreis in Schutzhaft genommen, und zwar 1 aus Rhoden, 5 aus Mengershausen und 4 aus Arolsen.« WLZ Nr. 75 vom 29.3.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

88) »Der SA-Sturm Upland 2/30 wird eingesetzt. Es dürfte in der nächsten und weiteren Umgebung allgemein bekannt sein, daß für Aktionen besonderer Art stets die SA des Uplandes herangezogen wird.« WLZ Nr. 93 vom 21.4.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

89) »Einführung der neuen Corbacher Stadtverordneten«. WLZ Nr. 74 vom 28.3.1933.

90) »Die Einführung der Stadtverordneten in Bad Wildungen«. WLZ Nr. 75 vom 29.3.1933.

nun fast alle Posten in den Selbstverwaltungskörperschaften. In Korbach stieg der NSDAP-Ortsgruppenleiter Casselmann zum Stadtverordneten-vorsteher auf. Auch den Stellvertreter stellte die NSDAP, ebenso wie den Schriftführer und drei von vier Schöffen. Ähnlich sah es in Bad Wildungen aus, wo ebenfalls Stadtverordnetenvorsteher und Stellvertreter der NS-Partei angehörten.

In der konstituierenden Sitzung des Arolser Stadtparlaments bekamen Nationalsozialisten per Akklamation die wichtigsten Funktionen übertragen. Den konservativ-»nationalen« Bündnispartnern von der »Kampffront

Auszug aus der Parlamentseröffnungsrede des Bürgermeisters der Stadt Arolsen.

Bürgermeister Beekmann als Kommissar des Vorsitzenden des Bezirksausschusses eröffnete die Sitzung mit einer von großer Vaterlandsliebe und nationaler Kraft getragenen Ansprache, in der er u.a. ausführte:

»Wenn ich Sie, meine Herren Stadtverordnete, heute in ihr Amt einführe und verpflichte, so ist das nicht eine rein formelle Handlung.

Die Versammlung ist zusammengetreten unter den Symbolen einer neuen Zeit. Diese Symbole, die Fahne schwarz-weiß-rot des alten Reiches und die Hakenkreuzfahne der jungen deutschen Freiheitsbewegung, verkörpern die gewaltigste politische Umwälzung, die die deutsche Geschichte jemals sah.

Die Farben schwarz-weiß-rot lassen vor unseren Augen das stolze Reich Bismarcks erstehen. Wehrhaftigkeit, altpreußische Pflichttreue, Verantwortungsbewußtsein, Sauberkeit und Sparsamkeit sind die Tugenden, die diesen Staat zu seiner Macht und Größe erhoben haben. Nur wenn wir uns vor Augen führen, welch ein herrliches Reich am 9. November 1918 zerschlagen wurde, und erkannt haben, wie tief unser Volk seit jenem Tage weiter gesunken war, können wir die ungeheuere Bedeutung der tiefgreifenden nationalen Revolution unserer Tage in ihren Auswirkungen ermessen.

Der 9. November 1918, der schwärzeste Tag in unserer Geschichte, leitete eine Zeit ein, in der Verrat und Verantwortungslosigkeit der politischen Machthaber das deutsche Volk auf allen Gebieten, politisch, moralisch, kulturell und schließlich auch wirtschaftlich an den Rand des Abgrundes stießen.

Der Kommunismus mit seinen alles verneinenden und zersetzenden Tendenzen als letztes folgerichtiges Glied der marxistischen

Wahnideen stand zu Beginn dieses Jahres vor der Revolution in Deutschland als Auftakt zur Weltrevolution. Nicht alle haben klar erkannt, daß ein ungeheueres Chaos das deutsche Volk vielleicht schon heute zertrümmert und vernichtet hätte, wenn nicht am 30. Januar dieses Jahres durch den Entschluß unseres verehrungswürdigen Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg der Mann an die Spitze des Staates gerufen worden wäre, der in selbstloser Hingabe an Volk und Vaterland in dreizehnjährigem, schwerem Ringen aus eigener Kraft unter dem Hakenkreuzbanner die deutsche Freiheitsbewegung schuf, die die Grundlage unseres neuerstandenen Reichs bildet.

Die Männer unserer neuen nationalen Regierung haben den unerschütterlichen Willen, unser Volk wieder zu den Tugenden zurückzuführen, die unser Vaterland einst groß und stark gemacht haben.

Die unsäglichen Opfer, die der Freiheitskampf gefordert hat, müssen auch uns eine heilige Verpflichtung dafür sein, in dem bescheidenen Rahmen unseres Gemeindewesens im unbedingten Vertrauen zu unserer Regierung mitzuarbeiten am Wiederaufbau unseres Volkes. Wenn Sie, meine Herren Stadtverordnete, diese Pflicht ernst und gewissenhaft erfüllen, so erfüllen Sie damit die Aufgaben ihres Amtes, in das ich Sie hiermit einführe.

Was hat die nationale Bewegung erreicht?

Sie hat ein Wunder zuwege gebracht: Ein unter der Geißel furchtbarster wirtschaftlicher Not stehendes Volk hat wieder Ideale, hat Begeisterung, Zuversicht, Glauben.

Die Idee der Volksgemeinschaft, von den Besten unseres Volkes lange vergeblich ersehnt, ist der Verwirklichung nahe.

Eine starke Staatsgewalt, ebenfalls lange gewünscht und ersehnt, ist da.

Der Kommunismus mit seinen Zersetzungstendenzen gegenüber allem, was uns heilig ist, ist vom ganzen Volke erkannt und grundsätzlich bereits geschlagen und tot.

Wenn der Nationalsozialismus nicht mehr erreicht hätte und auch in Zukunft nichts weiter erreichen würde, als dies, dann hätte er dennoch sehr viel erreicht. Auch die Kreise, die der nationalsozialistischen Partei lange zögernd abwartend oder auch ablehnend gegenüberstanden, weil bestimmte Programmpunkte der Partei gegen ihre wissenschaftliche Ueberzeugung gingen oder weil die Methoden, die Taktik der Partei ihnen nicht zusagte, haben sich heute zur freudigen Mitarbeit mit der Regierung bereit gefunden.

- 3 Positionen innerhalb der Kommune. Überall stellten sich die konservati-
1. Schwarz-weiß-rot« bzw. den Deutschnationalen verblieben nur wenige
2. Stellvertreterposten. Liberale oder Sozialdemokraten bekleideten keine
4. ven Bürgermeister unzweideutig auf die Seite der »neuen Zeit« und betonten ihre Genugtuung und Freude über die politischen Entwicklungen in Deutschland.

In der Frage der Ausschaltung der Linksparteien herrschte Konsens im bürgerlichen Lager. Einig war man sich ferner, daß die »nationale« Regierung unter dem Kanzler Hitler das Deutsche Reich vor dem »drohenden Bolschewismus« gerettet habe. Schwarz-weiß-rote Fahne und Hakenkreuz interpretierte der Arolser Bürgermeister, vor Jahren von konservativen Mehrheiten gewählt, als Symbole einer »deutschen Freiheitsbewegung«. Aus dem Abgrund von »Verrat und Verantwortungslosigkeit« hatte die »nationale Regierung« nach Meinung von Bürgermeister Beekmann das deutsche Volk gerettet und ihm wieder »Ideale, ...Begeisterung, Zuversicht, Glauben...« verliehen. Das Weimarer »System« sah er durch eine »...lange vergeblich ersehnte...« Idee der »Volksgemeinschaft« ersetzt. Primär wurde der Nationalsozialismus nicht als »Partei«, sondern als Verkörperung »nationaler« und »deutscher« Geisteshaltung angesehen. Nationale Euphorie und optimistische Zukunftsvisionen ersetzten die Krisen- und Katastrophenstimmung der vergangenen Jahre.⁹¹

Nicht nur maßgebliche Vertreter der Bürokratie, auch die Kriegervereinsorganisation begrüßte die Wandlungen in der deutschen Politik, die nach Meinung des Vorsitzenden der Sachsenhäuser Krieger die »ruhmreiche Fahne schwarz-weiß-rot« wieder zur Geltung gebracht und »...ein freies Aufatmen für die alten Krieger«⁹² ermöglicht hatte. In der Monatsversammlung der Arolser »Kyffhäuser« wurde bekräftigt, daß »die nationale Erneuerung ...vom Reichskriegerbund ›Kyffhäuser‹ immer wieder gefordert«⁹³ worden sei. Durch die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler und die Politik der neuen Regierung glaubte man sich am Ziel dieser Wünsche. »Nachdem durch die nationale Bewegung der Sieg erkämpft ist, werden die deutschen Kriegervereine wie bisher im Verein mit den übrigen vaterländischen Verbänden das stärkste Bollwerk der neuen Reichsregierung bilden...«, hieß es weiter in der Rede des Vorsitzenden des Krieger- und Landwehrvereins Arolsen. Die Wiederkehr deutscher Weltgeltung und deutscher Kolonialmacht schwebte ihm vor.

91) »Die erste Stadtverordneten-Sitzung in Arolsen«. Parlamentseröffnungsrede des Bürgermeisters von Arolsen. WLZ Nr. 78 vom 1.4.1933.

92) Bericht über einen »Deutschen Abend« der »Wildunger Spielschar« unter Mitwirkung von NSDAP und dem Landesverband der Kriegervereine. WLZ Nr. 76 vom 30.3.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

93) Bericht über »Monatsversammlung« des »Krieger- und Landwehrvereins« in Arolsen. WLZ Nr. 75 vom 29.3.1933.

Beim »Stahlhelm« gesellte sich zur Freude über die »nationale Erhebung« die Vorfreude auf den großen »Wehrsporttag« in Bad Wildungen, zu dem 1.200 bis 1.500 »Stahlhelmer« erwartet wurden. Angekündigt hatte sich auch der 2. Bundesführer Theodor Duesterberg.⁹⁴

Unter diesen gesellschaftlichen Klimabedingungen vollzogen sich die letzten noch ausstehenden Personalveränderungen in einigen Kommunen. Bürgermeister, die in ihren Landgemeinden nicht die Gewähr für ein rückhaltloses Eintreten für die »nationale Erhebung« boten, wurden durch linientreue Nachfolger ersetzt.

Im Verlaufe des jüngsten Personalschubes, den Preußen und das Reich erlebten, kamen Nationalsozialisten, die noch vor Wochen und Monaten durch Gewalttätigkeiten gegen Andersdenkende aufgefallen waren, zu verantwortlichen Parteiposten und öffentlichen Ämtern. In Korbach traf dies zumindest auf den Stadtverordnetenvorsteher, den NS-Kreispropagandaleiter, den Kreisleiter der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt sowie den NS-Kreisorganisationsleiter zu, die allesamt am 18. Januar 1933 als Beteiligte an den Überfällen auf Korbacher Sozialdemokraten identifiziert worden waren.⁹⁵ Durch das »vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich« vom 31. März 1933 war die Abschaffung des Föderalismusprinzips staatlich sanktioniert. »Führerentscheidungen« traten nun offiziell an die Stelle von demokratischen Mehrheitsfindungen. Den Parlamenten verblieben dekorative Aufgaben. Während in vielen anderen Regionen des Reiches damit eine Handhabe für die Delegierung von nationalsozialistischen Mehrheiten geschaffen worden war, hatten diese Entscheidungen im ohnehin nationalsozialistisch dominierten Waldeck lediglich noch den Effekt, daß unliebsame Mandatsträger von SPD oder KPD eliminiert wurden.

Am 7. April 1933 erging ein zweites »Gleichschaltungsgesetz«, das die Einsetzung von »Reichsstatthaltern« vorsah. Für Preußen behielt sich Hitler diese unmittelbare Kontrollfunktion selbst vor.⁹⁶ Außerdem »legalisierte« man mit dem »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vorangegangene Säuberungsaktionen im Beamtenapparat; nationalsozialistische Gesinnung und »arische Abstammung« erhob man zu obersten Entscheidungskriterien für künftige Personalentscheidungen. Wer auf Grund politischer Parteinahme für republikanische Organisationen während der Weimarer Zeit oder aus »rassischen« Gründen aus dem

94) »Wehrsporttag«. WLZ Nr. 76 vom 30.3.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

95) HStA Mbg 165/3982 IX. Akten über »Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung« Juni 1932 bis März 1933, Akten über die schweren Auseinandersetzungen in der Stadt Korbach zwischen NSDAP und SPD wegen der sog. »Fememord«-Plakate; Stadtarchiv Korbach. Verwaltungsbericht Korbach 1933, S. 62f.

96) Bracher, K. D.: Stufen der Machtergreifung, a. a. O., S. 238.

Amt entfernt wurde, verlor zugleich seinen Versorgungsanspruch, je nach Schwere der unterstellten Verfehlung um 25 % bis schließlich 100 %.⁹⁷

Nach dem 1. Mai ging man im gesamten Deutschen Reich daran, die Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen, nachdem einzelne Gewerkschafter schon im Zuge der SA-Maßnahmen gegen SPD und KPD Verfolgung erfahren hatten. Bereits am 7. März war das Kasseler ADGB-Haus »unter dem Schutz der Polizei« von Nationalsozialisten verwüstet worden.⁹⁸ Ebenfalls vor dem 1. Mai waren in Korbach »Reichsbanner«-Ortsgruppe und SPD-Ortsverein aufgelöst worden.⁹⁹ Im März war die Auflösung der Hemfurth SPD erfolgt.¹⁰⁰ Diese Ereignisse waren nicht Gesprächsthema der neuformierten Kreistage. Nur in der Eröffnungssitzung des Twiste-Kreistages wurde am Rande bekannt gegeben, daß die Kandidaten des Wahlvorschlages 2 (SPD) um ihre »Streichung« aus den Vorschlagslisten ersucht hätten und auch der KPD-Vertreter zurückgetreten sei.¹⁰¹

NS-Fahnenschmuck, Hitler-Bilder und SA-Ehrenwachen begrüßten die NSDAP-Kreistagsabgeordneten und die Vertreter der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot am Eröffnungstag des neuen Kreistages. Sozialdemokraten oder Kommunisten wohnten diesen Zeremonien nicht mehr bei.¹⁰² Bevor sich auch in diesen Gremien die Nationalsozialisten per Akklamation alle wichtigen Posten sicherten, wurden feierliche Begrüßungsreden gehalten, die den Waldeckern durch ihre Heimatzeitung wörtlich überliefert wurden. So lobte der NSDAP-Fraktionsführer Grosche im Kreistag des Kreises des Eisenbergs den langjährigen konservativen Landrat Klapp für seine vaterländischen Verdienste; ihm sei es maßgeblich zu verdanken, daß der Kreis »...nur sehr wenig von den Schäden der Novemberrevolte verspürt hat.«¹⁰³ Seinerseits gab der Landrat der Hoffnung Ausdruck, »...daß in nicht allzuferner Zeit alle noch vorhandenen Parteizäune innerhalb der nationalen Front umgelegt werden...« könnten.¹⁰⁴ Auch Landrat Wittmer aus dem Kreis der Twiste hob bei seiner Ansprache die Verwurze-

97) Bracher, K. D.: Stufen der Machtergreifung, a.a.O., S. 242f.

98) HStA Mbg 165/3982 IX. Telegramm des ADGB-Ortsausschusses Kassel an Reichspräsident von Hindenburg.

99) »Sitzung der Corbacher Stadtverordneten – Die Corbacher Ortsgruppe der SPD löst sich auf«, WLZ Nr. 84 vom 8.4.1933.

100) »Die Ortsgruppe der SPD Hemfurth/Edersee hat sich aufgelöst ...«, WLZ Nr. 64 vom 16.3.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

101) »Der neue Kreistag des Kreises der Twiste«, WLZ Nr. 90 vom 18.4.1933.

102) »Einführungssitzung des neuen Kreistages des Kreises des Eisenbergs«, WLZ Nr. 88 vom 13.4.1933; »Eröffnungssitzung des Kreistages des Kreises der Eder«, WLZ Nr. 89 vom 15.4.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«; »Der neue Kreistag des Kreises der Twiste«, WLZ Nr. 90 vom 18.4.1933.

103) »Einführungssitzung des neuen Kreistages des Kreises des Eisenbergs«, WLZ Nr. 88 vom 13.4.1933.

104) Ebenda.

lung der Beamtenschaft in den alten preußischen Traditionen hervor, was er als wichtigen Faktor bei der Überwindung der seit 1918 entstandenen Ordnung würdigte. Ebenso wie seine Amtskollegen aus Korbach und Bad Wildungen betrachtete er die neue Herrschaftsform als begrüßenswerte Einigungsbewegung aller »nationalen« Kräfte.¹⁰⁵

Selbst in den kleinsten Ortschaften wurden Jubelfeiern aus Anlaß des 44. Geburtstages von Adolf Hitler organisiert. Diese »Hitler-Feiern« am 20. April bildeten einen »kulturellen« Höhepunkt in Waldeck. Die Korbacher NSDAP veranstaltete zu Ehren ihres »Führers« einen Kammermusikabend mit dem NS-Streichorchester aus Kassel. Huldigungsgedichte und Bühnenspiele, vorgetragen von HJ und BdM sowie Volkstanzaufführungen, Marschmusikeinlagen und Festansprachen rundeten das Festprogramm ab.¹⁰⁶

Kaum waren die Schlagzeilen über den in »bescheidener Weise«¹⁰⁷ begangenen »Führer-Geburtstag« verklungen, mobilisierten NSDAP und NSBO für den nächsten »feierlichen« Höhepunkt des Jahres »1« im Dritten Reich. »Deutsche Volksgemeinschaft«, »Fest der deutschen Wiedergeburt«, »Ehrentag der deutschen Arbeit« oder »Aufmarsch der Stände« waren Schlagworte, die den 1. Mai 1933 einleiteten. Erneut wurden alle waldeckischen Ortschaften erfaßt, und die Veranstaltungen waren bis in das kleinste Detail durchorganisiert. Örtliche Vereine, Innungen, Behördenangestellte, Beamte, Verbände sowie die gesamte Bürgerschaft wurden von der jeweiligen Kommunalbehörde zur Teilnahme an dem Großaufmarsch aufgefordert. Grün- und Fahنشmuck waren obligatorisch. Frühmorgens um 6.30 Uhr begann das Festprogramm in Korbach. Posau-

105) »Der Geburtstag des Kanzlers«. WLZ Nr. 92 vom 20.4.1933; »Nationalsozialisten! Adolf-Hitler-Geburtstagsfeier«. NSDAP-Anzeige. WLZ Nr. 92 vom 20.4.1933; »Wie Corbach den 44. Geburtstag des Kanzlers feierte«. WLZ Nr. 93 vom 21.4.1933; »Arolsen ehrt Hitler«. WLZ Nr. 94 vom 22.4.1933; »Hitlers Geburtstag« (Külte). WLZ Nr. 94 vom 22.4.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«; »Erhebende Geburtstagsfeier für unseren Reichskanzler in der Stadthalle«. (Mengerlinghausen). WLZ Nr. 94 vom 22.4.1933; Bericht über Geburtstagsfeierlichkeiten für Adolf Hitler in Usseln (Upland). WLZ Nr. 94 vom 22.3.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«; »Zur Feier des Geburtstages unseres Volkskanzlers ...«. WLZ Nr. 95 vom 24.4.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«; »Zur Feier des Geburtstages des Reichskanzlers« (Landau). WLZ Nr. 95 vom 24.4.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«; »Hitler-Geburtstagsfeier« (Dalwigksthäl). WLZ Nr. 95 vom 24.4.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«; »Auch hier wurde wie im ganzen Reich der Geburtstag des Reichskanzlers Adolf Hitler in schlichter Weise feierlich begangen ...« (Twiste). WLZ Nr. 96 vom 25.4.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«; »Hitler-Geburtstagsfeier« (Massenhausen). WLZ Nr. 96 vom 25.4.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«; »Am Geburtstage Hitlers« (Rhoden). WLZ Nr. 96 vom 25.4.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

106) »Des Volkskanzlers Geburtstag«. WLZ Nr. 92 vom 20.4.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

107) Ebenda.

nenkonzert, Großlautsprecherübertragungen, Festgottesdienst, Festzug, Preisschießen und Feuerwerk gehörten zum Tagesprogramm.¹⁰⁸

Gewerkschaften, die in Waldeck ohnehin keine starke gesellschaftspolitische Verankerung aufzuweisen hatten in den Jahren der Weimarer Republik, spielten bei den Maifeiern keine Rolle, sie wurden am Folgetag auch in Korbach »gleichgeschaltet«. Mindestens ein Arbeiter wurde bei der Aktion gegen die Korbacher Arbeitnehmervereinigungen verhaftet.¹⁰⁹

Gegenüber der Arbeiterschaft verband man den Aufruf, geschlossen an den Feierlichkeiten teilzunehmen, mit der Drohung, den Lohn zu kürzen. Alle Notstandsarbeiter der Stadt Mengersinghausen hatten am 1. Mai anzutreten, wollten sie Lohnfortzahlungen erhalten. Nicht anwesende Arbeiter verloren ihren Arbeitsentgeltanspruch.¹¹⁰

Ohne auf größeren Widerstand zu stoßen, hatte sich seit dem 30. Januar 1933 ein nationalsozialistisches Gesellschaftssystem etablieren können. Bereits 1931/32 war die NSDAP in Waldeck ohne diktatorischen Zwang zur politischen Führungskraft aufgestiegen. Willig wurden alle Verordnungen der neuen Regierung von Bürokratie und Bevölkerungsmehrheit mit Leben erfüllt. Eine »nationale Sehnsucht« schien in Erfüllung gegangen zu sein. Eine Zielkonvergenz zwischen altpreußischem Obrigkeitsegeist und »neuer« Bewegung wurde allgemein unterstellt. Die Anhänger jener in den Traditionen des Kaiserreichs verwurzelten Strömung sahen im Nationalsozialismus das geeignetste Instrument, die nationale Entwicklung seit 1918 zu revidieren. Massivität der NS-Propaganda und tägliche Appelle an die »vaterländische« Gesinnung wirkten einer innerlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus entgegen. »National« war zur Zauberformel geworden, und die NSDAP verstand es, sich als »nationalste« Vertreterin des »nationalen« Gedankens zu präsentieren. Die Verzettlung auf viele verschiedene »nationale« Parteien und Gruppen in der Vergangenheit hatte man als Schwäche erkannt. Eine geeinte »nationale« Front hielt man für fähig, alle Feinde der »nationalen« Politik im Inneren

108) »Aufruf an die Bürger der Stadt Corbach zum Feiertag der nationalen Arbeit am 1. Mai«. WLZ Nr. 100 vom 29.4.1933; »Der Feiertag der deutschen Arbeit in Arolsen«. WLZ Nr. 102 vom 2.5.1933; »Der Aufmarsch der Stände in Corbach«. WLZ Nr. 102 vom 2.5.1933; »Das Fest der Arbeit in Bad Wildungen«. WLZ Nr. 102 vom 2.5.1933; »Die Maifeier in Mengersinghausen«. WLZ Nr. 103 vom 3.5.1933; »Die Belegschaft des Corbacher Werkes der Continental Gummiwerke Aktiengesellschaft feiert den Tag der nationalen Arbeit«. WLZ Nr. 103 vom 3.5.1933; »Bericht über die Maifeierlichkeiten in Goldhausen mit dem evangelischen Pfarrer Menge als Festredner«. WLZ Nr. 108 vom 9.5.1933.

109) HStA Mbg 165/3982 X. Bericht der Staatspolizeistelle Kassel vom 30.6.1933 über den kommunistischen Häftling Max M. aus Korbach.

110) Stadtarchiv Mengersinghausen III-2/7. Anordnung Bürgermeister Immel, Mengersinghausen, 27.4.1933.

auszuschalten. Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit des Vorgehens gegen die Linkskräfte, die als nicht-»vaterländisch« und nicht-»national« definiert wurden, waren im Rechtslager unumstritten. Die Massenkollaboration des waldeckischen Kleinbürgertums manifestierte sich seit 1931/32 im Verschwinden der einst mächtigen konservativen, monarchistischen und liberalen Parteien. Nach der Machtübernahme erreichte diese Entwicklung ihren Höhepunkt. Obwohl nicht in vergleichbarer Weise wie die Arbeiterparteien der Verfolgung ausgesetzt, schrumpfte die in den Jahren der Republik lange Liste bürgerlicher Wahlvorschläge auf einige wenige Parteinamen zusammen. DVP, CSVD, DSP und Deutsche Bauernpartei hatten am Tage der letzten Reichstagswahl insgesamt nur noch 1.357 Stimmen errungen, während sie 1930 zusammen mit weiteren bürgerlichen Gruppierungen noch 13.066 Wähler repräsentiert hatten. Dabei ist sowohl die Zahl der deutschnationalen Wähler als auch der auf niedrigem Niveau relativ konstante Anteil des Zentrums nicht berücksichtigt worden. Rund 10.000 einstige Wähler der bürgerlichen »Mittelparteien« waren zur NSDAP übergelaufen. Doch nicht einmal die Residuen der bürgerlichen Parteien konnten sich im ersten Halbjahr 1933 bei den abgehaltenen Wahlfarcen in den kommunalen Gremien Zählgemeinschaften mit der NSDAP verschließen.

Durch bedingungslosen Opportunismus glaubten sie sich ihre Zugehörigkeit zur »Nationalen Erhebung« erkaufen zu können. Gerade dieses Verhalten machte jedoch ihre tatsächliche Überflüssigkeit deutlich. Die nationalsozialistische Majorität brauchte ihre Dienste nicht, und für den republikanischen Gedanken war man nicht bereit, Stellung zu beziehen.

Zerschlagung des »Marxismus«

Schon unmittelbar nach der Machtübernahme hatten sich Kommunisten und Sozialdemokraten vielfältigen Repressalien ausgesetzt gesehen. Seit Inkrafttreten der »Reichstagsbrand-Verordnung« und im Zuge des März-Wahlkampfes war es zu zahlreichen Übergriffen und Verhaftungen von politischen Gegnern gekommen. Während das Schwergewicht des SA- und »Hilfspolizei«-Einsatzes im Frühjahr auf der Verfolgung der KPD gelegen hatte, richteten sich die staatlichen Maßnahmen Ende Juni 1933 gezielt gegen die SPD, deren Mitglieder nun offiziell aus allen kommunalen Körperschaften ausgeschlossen wurden.¹¹¹

111) HStA Mbg 165/3834. Landrat Kreis des Eisenbergs an den RP, Az. I 2236, Korbach, 27.6.1933; HStA Mbg 165/3834. Landrat Kreis der Eder an den RP, Az. A 3150, Bad Wildungen, 30.6.1933. HStA Mbg 165/3834. Landrat Kreis der Twiste, Az. I 3458, Arolsen, 27.6.1933.

Der Landrat: Corbach, den 27. Juni 1933.
I 2236

Betrifft:
Ausschluß der S.P.D-Mitglieder usw.
aus den Körperschaften der Gemeinden
und Gemeindeverbände

Verfügung vom 24.6.1933 ' A II Nr. 7460/33-.

Der Ausschluß der betr. Mitglieder ist verfügt. Gleichzeitig ist die Einziehung der Vermögensgegenstände der S.P.D. und ihrer Hilfs- und Ersatzorganisationen angeordnet. Die Berichte über die Durchführung aus den Landgemeinden stehen noch aus.

An den
Herrn Regierungspräsidenten
in
Kassel

HStA Mbg 165/3834

Die Einziehung sämtlicher Vermögenswerte von SPD, Reichsbanner, freien Gewerkschaften sowie ihnen nahe stehenden Organisationen wurde veranlaßt. Gleiches galt für die KPD und deren Gliederungen.

Im Bereich des Landratsamtes Arolsen kam es im Verlauf dieser Aktion zur Verhaftung von vier politischen Gegnern. Während drei »Schutzhäftlinge« nach dreitägigen »Verhören« wieder entlassen wurden, brachte man den vierten Gefangenen zur Verwahrung in das Konzentrationslager Breitenau bei Kassel.¹¹² Auf Veranlassung des Landrates in Bad Wildungen wurde der politische Häftling Ludwig W. aus Netze, der bereits nach dem Reichstagsbrand erstmals inhaftiert war, ebenfalls in das Konzentrationslager Breitenau überstellt, wo er bis zum November 1933 verblieb; anschließend gelangte er in das KZ Sonnenburg.¹¹³ In Korbach befanden sich

112) HStA Mbg 165/3982 X. Landratsbericht, Kreis der Twiste, Az. I 3540 II, Arolsen, 29.6.1933.

113) HStA Mbg 165/3982 X. Landratsbericht, Kreis der Eder, Az. A 3231, Bad Wildungen, 29.6.1933; HStA Mbg 165/3982 X. Landratsbericht, Kreis der Eder, Az. 3231, Bad Wildungen, 11.7.1933; Zum Konzentrationslager Breitenau vgl. Krause-Vilmar, D.: Das Konzentrationslager Breitenau 1933/34. In Hennig, E., a.a.O., S. 469ff.

Ende Juni 1933 drei Regimegegner in »Schutzhaft«, am 11. Juli bereits sechs.¹¹⁴ Um eine Person stieg die Häftlingszahl in Arolsen.¹¹⁵ Kostenaufstellungen für Unterbringung, Verpflegung und Transporte für »Schutzhäftlinge« wurden von den Behörden nun mit gleicher Pflichterfüllung und Sorgfalt aufgestellt und verwaltet wie gewöhnliche Materialbestands-, Betriebskosten- und Beschaffungslisten. Auf den Pfennig genau wurden zwischen Behörden von Stadt und Kreis sowie übergeordneten Dienststellen Arbeits- und Sachkosten verrechnet.¹¹⁶ Beispielsweise stellte das Landratsamt des Kreises des Eisenbergs für den Zeitraum 27. März bis 13. April 1933 dem Regierungspräsidium 154 4/5 Verpflegungstage mit Gesamtkosten für Ernährung und Bekleidung von dreizehn »Schutzhäftlingen« in Höhe von 232,20 RM in Rechnung.¹¹⁷ Für den Zeitraum 18. Mai bis 3. Juli 1933 verzeichneten die Akten 75 2/15 Verpflegungstage mit einem Kostenaufwand von 112,70 RM. Der Wildunger Landrat machte für die Berichtsperiode 1. März bis 30. April 1933 insgesamt 155,3 Verpflegungstage mit Aufwendungen über 204,68 RM geltend.¹¹⁸

Oft wurden politisch verdächtige Personen wiederholt in Haft genommen. Nach wenigen Tagen in Freiheit gerieten auch fünf Mitglieder der inzwischen verbotenen Linksparteien aus Arolsen wieder in Gewahrsam; »zur Vermeidung kommunistischer Sabotageakte und Unterdrückung kommunistischer Propaganda,«¹¹⁹ lautete die offizielle Begründung. Andere »Staatsfeinde« standen unter ständiger Polizeiaufsicht. Sie durften

- 114) HStA Mbg 165/3982 X. Landratsbericht, Kreis des Eisenbergs, Az. I 2307, Korbach, 29.6.1933; HStA Mbg 165/3982 X. Landratsbericht, Kreis des Eisenbergs, Az. I 2306/33, Korbach, 11.7.1933.
- 115) HStA Mbg 165/3982 X. Landratsbericht, Kreis der Twiste, Az. I 3821, Arolsen, 13.7.1933.
- 116) HStA Mbg 165/3982 X. Kostenaufstellungen für Schutzhaft: Landrat des Kreises der Twiste, Az. I 3347, Arolsen, 24.6.1933; Landrat des Kreises des Eisenbergs, Az. I 2046, Korbach, 23.6.1933; Landrat des Kreises der Eder, Az. A 3231, Bad Wildungen, 29.6.1933; Landrat des Kreises des Eisenbergs, Az. I 2307, Korbach, 29.6.1933; Az. I 2307, Korbach, 29.6.1933; Landrat des Kreises der Twiste, Az. I 3821, Arolsen, 13.7.1933; Landrat des Kreises der Eder, Az. A 3231, Bad Wildungen, 11.7.1933; Landrat des Kreises des Eisenbergs, Az. I 2306/33, Korbach, 11.7.1933; Aufstellung des RP an den Minister des Inneren, Az. A II 7581 a/b, Kassel, 5.8.1933. Stadtarchiv Arolsen (8)6/14. Bürgermeister Arolsen, Liste der Schutzhäftlinge für Arolsen und Mengeringhausen; Landrat des Kreises der Twiste, Kostenaufstellung für die Schutzhäftlinge P., R., J. und V. für die Zeit vom 18. bis 29.6.1933 an den Bürgermeister von Arolsen, Az. 4544, Arolsen, 12.8.1933; Landrat des Kreises der Twiste, Meldung über Entlassung von drei Schutzhäftlingen nach Verwarnung durch den SA-Beauftragten, Sturmführer Bachelier, Az. 3552, Arolsen, 29.6.1933.
- 117) HStA Mbg 165/3982 X. Landratsbericht, Kreis des Eisenbergs, Korbach, 28.7.1933.
- 118) HStA Mbg 165/3982 X. Landratsbericht, Kreis der Eder, Bad Wildungen, 3.8.1933.
- 119) Stadtarchiv Arolsen III(8)-6/7. Landratsbericht, Kreis der Twiste, an den Bürgermeister von Arolsen, Az. I 2936, Arolsen, 2.6.1933; HStA Mbg 165/3982 X. Landratsbericht, Kreis der Twiste, an RP, Az. I 3347, Arolsen, 24.6.1933.

das Kreisgebiet nicht verlassen und mußten sich regelmäßig im örtlichen Polizeibüro melden. In Arolsen waren die Arbeiter Fritz T., Walter S. und Heinrich J. von dieser Regelung betroffen.¹²⁰

Statistische Angaben über die im Kreis inhaftierten politischen Gefangenen sowie die aus dem Kreisgebiet in Konzentrationslager nach außerhalb verbrachten Häftlinge gehörten seit Sommer 1933 zur Alltagsarbeit der Landratsämter. Welche menschlichen Schicksale sich hinter den nüchternen Zahlenkolonnen der amtlichen »Schutzhaft«-Listen verbargen, bleibt nur zu ahnen. Wie solche polizeilichen bzw. hilfspolizeilichen Aktionen gegen Anhänger der Linksparteien in der Praxis aussehen konnten, dokumentiert eine ungewöhnliche Anzeige wegen »nächtlicher Ruhestörung«. In der Nacht vom 18. auf den 19. Juli 1933 drang ein SA- und Polizeikommando in die Wohnung des Arolser Arbeiters Karl V. ein, der bereits in den Vorwochen Bekanntschaft mit der »Schutzhaft« gemacht hatte. SA-Sturmchef Bachelier schlug bei Betreten des Zimmers sofort auf den aus dem Schlaf gerissenen NS-Gegner ein. Bett und Fußboden waren nach der Verhaftungsaktion mit Blutlachen überdeckt. Den Lärm während der Mißhandlung des Arbeiters nahm eine Hausmitbewohnerin zum Vorwand für eine Strafanzeige wegen nächtlicher Ruhestörung.¹²¹ Der beteiligte Polizeibeamte erklärte bei der Untersuchung des Vorfalls, das Blut hätte »genau so gut« von jemand anders als dem Verhafteten stammen können, schließlich sei es fast dunkel im Raum gewesen, und niemand habe genau erkennen können, was geschah. Sicher war sich der Oberwachmeister, daß der Maurer Karl V. den SA-Mann Bachelier gestoßen habe, danach »...klatschte es einige Male...«.¹²² Vorausgegangen war der Ver-

120) Stadtarchiv Arolsen III(8)-6/6. Anweisung des Landrats, Kreis der Twiste, Arolsen, 18.7.1933.

121) Stadtarchiv Arolsen III(8)-6/14. Protokoll der Anzeige an den Bürgermeister als Ortspolizeibehörde, Az. II TGB. Nr. 2142, Arolsen, 21.6.1933. »Es erscheint die Ehefrau Johanne B., geb. G., wohnhaft in Arolsen und erstattet nachstehende Anzeige: In der Nacht vom 18. zum 19. Juni ds. Js. gegen 1.30 Uhr erschienen der Pol. Oberwachmeister P. und der Kaufmann Heinrich Bachelier, als Sturmchef der S.A. in seiner Wohnung, um den bei mir wohnenden Maurer Karl V. festzunehmen. Der Pol. Oberwachmeister P. forderte V. in einem sehr lauten Ton auf, die Türe zu öffnen, welches auch sofort geschah. Nach dem Öffnen der Tür hörte ich sofort, wie Vogel mit einem harten Gegenstand geschlagen wurde. Vogel hat dabei furchtbar geweint und immer gerufen: »Herr Bachelier schlagen Sie mich doch nicht immer über den Kopf.« Nachdem Vogel weggeführt war, betrat ich das Zimmer desselben und mußte zu meinem Schrecken feststellen, daß das Bett und der Fußboden überall mit Blut bedeckt waren. Meiner Ansicht nach muß Vogel furchtbar geschlagen worden sein. Ich erstatte die Anzeige gegen die beiden Beschuldigten aus eigenem Interesse, weil ich mich durch diese Handlung in meiner nächtlichen Ruhe gestört und mich durch die hervorgerufene Aufregung an meiner Gesundheit geschädigt fühle. Ebenfalls wurde mein Kind im Alter von 2 Jahren durch den Lärm aufgeschreckt, welches ich erst gegen Morgen beruhigen konnte.«

122) Stadtarchiv Arolsen III (8)-6/14. Aussage des Polizeioberwachmeisters P., 22.6.1933.

haftung eine Denunziation. An der Biertheke eines Festzeltes in Arolsen soll der Beklagte geäußert haben, die »Rotfront« werde bald gegen Hitler losschlagen. Ein »sofortiges Handeln« war daher nach Auffassung des Polizeibeamten unabdingbar gewesen, um den Arbeiter vor den »empörten Bürgern« zu »schützen«. Mit dieser Aussage reagierte er auf die Anfrage des zuständigen Landrates, warum die Verhaftung nicht während der üblichen Dienstzeit unter Hinzuziehung mehrerer Polizeibeamten durchgeführt und statt dessen auch noch der Dienstschluß des zweiten anwesenden Wachtmeisters abgewartet worden war. Die Initiative zum Überfall auf Karl V. war von der SA gekommen, der Polizeiangehörige diente als Hilfsorgan und behördliche Rückendeckung. Die Aussagen des Polizeiobwachtmeisters und des SA-Sturmbannführers bewirkten eine Einstellung der Untersuchungen.

Der gleiche SA-Sturmbannführer war auch in der folgenden Woche in Arolsen aktiv, als es galt, politisch verdächtigen Personen »entsprechende Verwarnungen« zu unterbreiten. Ende Juni 1933 saßen acht Bewohner des Kreises der Twiste aus politischen Gründen in »Schutzhaft«, ¹²³ im Kreis des Eisenbergs waren es am Stichtag, dem 29. Juni 1933, sechs Personen und im Kreis der Eder eine Person. Nach einer Großrazzia stieg auch in Bad Wildungen die Zahl der Häftlinge auf acht an. Kfz-Sperren, Straßen- und Bahnkontrollen waren am 25. Juli von »Stahlhelm«, SA und SS durchgeführt worden, um auch in Waldeck noch nicht inhaftierte Regimegegner aufzuspüren. ¹²⁴ Allein im Kreis der Eder hatte man zehn Kontrollstellen eingerichtet, darüber hinaus waren alle Ausfallstraßen der Kreisstadt mit Wachposten besetzt worden, denen jeweils zehn »Hilfspolizisten« angehörten. ¹²⁵ Der Bahnschutz oblag der SS. Neben 34 »Hilfspolizisten« waren im Kreis des Eisenbergs auch zwölf Landjägerbeamte im Einsatz gewesen und hatten insgesamt 120 PKW, 25 LKW und 77 Krafträder kontrolliert. ¹²⁶ Motorisierte Streifen ergänzten die Arbeit der Kontrollposten.

Seit Mitte Mai 1933 liefen überregionale Beschlagnahmeaktionen gegen Vermögens- und Sachwerte der Arbeiterparteien, angeliederten Organisationen und freien Gewerkschaften. Bei den Korbacher Sozialdemokraten

123) HStA Mbg 165/3982 X. Landratsbericht, Kreis der Twiste, Az. I 3540 II, Arolsen, 29.6.1933.

124) HStA Mbg 165/3982 X. Landratsbericht über Kfz-Sperren und Fahndungsaktionen, Kreis der Twiste, Az. I 4399, Arolsen, 5.8.1933. HStA Mbg 165/3982 X. Landratsbericht über Kfz-Sperren und Fahndungsaktionen, Kreis des Eisenbergs, Az. I pers., Korbach, 26.7.1933; HStA Mbg 165/3982 X. Landratsbericht über Kfz-Sperren und Fahndungsaktionen, Kreis der Eder, Az. A 3721, Bad Wildungen, 29.7.1933.

125) HStA Mbg 165/3982 X. Landratsbericht, Kreis der Eder, Az. A 3721, Bad Wildungen, 29.7.1933.

126) HStA Mbg 165/3982 X. Landratsbericht, Kreis des Eisenbergs, Az. I pers., Korbach, 26.7.1933.

Reichsverband der Musikinstrumentenhersteller
Bad Wildungen

Nachweisung über beschlagnahmtes Vermögen nazifremdlicher Organisationen und Einzelpersonen

Stk. Nr.	Gegenstand	Beschlagnahme (bei Beschlagnahme des Besitzers, bei Beschlagnahme des Gegenstandes)	a) Name des Beschlagnahmehabenden (Vollständiger Name, bei Beschlagnahme des Gegenstandes: Name des Beschlagnahmehabenden)	Schätzpreis	b) Eigentümer bei Beschlagnahme (Vollständiger Name, bei Beschlagnahme des Gegenstandes: Name des Beschlagnahmehabenden)	Die Verbleibsstellen sind:				c) Bei Beschlagnahme des Gegenstandes: Wo befindet sich der Gegenstand? Bei Beschlagnahme des Besitzers: Wo befindet sich der Gegenstand?
						am	bei wem?	zu wem?	mit welchem Gebot?	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1	1	gr. Trommel	ohne Markenbezeichnung und Beschriftung	20 RM	B) Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold	19. November 1933	Ortsgruppe Bad Wildungen	Kaufvertrag: Bad Wildungen, den 28. November 1933.		e) Spielmannszug der Bad Wildungen
2	4	Bl.		100 "	B) Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold					
3	2	Becken		40 "	B) Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold					
4	6	Waffen		30 "	B) Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold					
5	2	Trommelstäbe		1 "	B) Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold					
6	1	Rosenhof		12 "	B) Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold					
7	1	Trommelstabler		0,50 "	B) Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold					

*Kaufvertrag:
Bad Wildungen, den 28. November 1933.*

*Der Vorstand:
[Signature]*

15

»Nachweisung« über beschlagnahmte Musikinstrumente des »Reichsbanner«-Musikzuges Bad Wildungen. HStA Mbg 165/3834. Landratsbericht vom 28.11.1933.

wurden 60,82 RM in bar sichergestellt, bei der Wildunger Ortsgruppe des Deutschen Baugewerkschaftsbundes 153,- RM in bar sowie ein PKW, eine Schreibmaschine, Büromöbel und sonstiges Inventar.¹²⁷ Der Verband der Buchdrucker, der Gesamtverband der Arbeitnehmer, die »Reichsbanner«-Gruppe, der Arbeiter-Stemm-, Ring- und Sportverein sowie der Arbeitersamariterbund mußten ebenfalls Geld- und Sachwerteinziehung über sich ergehen lassen. Die Trommeln und Blasinstrumente der Wildunger »Reichsbanner«-Musikabteilung gingen später in SA-Besitz über, gleiches geschah mit den Sportgeräten des Arbeitersportvereins und der Erste Hilfe-Ausrüstung sowie dem Krankenwagen der Arbeiter-Samariter.¹²⁸

127) HStA Mbg 165/3834. »Nachweisung der auf Grund des Funkspruchs des Generalstaatsanwaltes Berlin beschlagnahmten Gegenstände der SPD, der sozialdemokratischen Zeitungen, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und der Freien Gewerkschaften«. RP für die Landkreise der Eder, des Eisenbergs und der Twiste gemäß Erlaß vom 16.8.1933, Az. A II 7783; HStA Mbg 165/3834. Landratsbericht, Kreis der Twiste, Az. I 4690, Arolsen, 18.8.1933.

128) HStA Mbg 180 Bad Wildungen 780, Aufstellung des Landrats des Kreises der Eder über Beschlagnahmen bei der SPD in der Stadt Waldeck, beim SPD-Ortsverein Züschen sowie beim Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Bad Wildungen, Bad Wildungen, 25.7.1933.

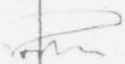
Nachweisung
 der beschlagnahmten Gegenstände des
 Arbeiter Stemm-Ring- u. Sportvereins Bad Wildungen.

24

Stück- zahl	Gattungs- bezeichnung	Betroffene Organisation	Tag u.Nr. der Ver- fügung.	Wo befind- den sich die Gegst.	Bemer- kungen:
2	3	4	5	6	7
1	Stemmgewicht m. 14 Platten ca. 280 Pfd.schwer	Arbeiter Stemm- Ring- und Sportver- ein Bad- Wildungen	Verf. d.Herrn Landrats v.16.5. 1933	im Poli- zeigewahr- sam.	
1	Stemmgewicht ca. 80 Pfd.schwer	"	"	"	
1	Stemmgewicht ca. 50 Pfd.schwer	"	"	"	
1	Stemmgewicht ca. 35 Pfd.schwer	"	"	"	
1	Hantel ca. 50 Pfd.schwer	"	"	"	
1	Hantel ca. 30 Pfd.schwer	"	"	"	
1	Hantel ca. 15 Pfd.schwer	"	"	"	
1	Ringmatte ca. 2,50x2,00 m	"	"	"	
2	Fußballe	"	"	"	

Aufgestellt:

Bad Wildungen, den 30. Januar 1934.
 Der stellv. Landrat.



»Nachweisung« über beschlagnahmte Sportgeräte des »Arbeiter-Stemm-, Ring- und Sportvereins« Bad Wildungen. HStA Mbg 165/3834. Bericht des stellvertretenden Landrats vom 30.1.1934.

Selbst Bareträge in der Höhe von 0,13 RM, wie im Fall der Beschlagnahme beim Korbacher »Reichsbanner«, entgingen den Fahndern nicht.¹²⁹ Anhängern der KPD wurden Mitte Juli sogar die privaten Fahrräder beschlagnahmt. In Arolsen mußte der Arbeiter Fritz T. sein Herrenfahrrad herausgeben. Bei einem KPD-Anhänger in Mengerlinghausen verzichteten die Behörden auf die Vollstreckung dieser Anordnung wegen Unbrauchbarkeit des Rades.

Während Funktionäre und Aktivisten der Arbeiterparteien in »Schutzhaft« oder KZ-Internierung verblieben, verharrten die Sympathisanten der Linksparteien zumeist in einer passiven Rolle. Nichtpartizipation oder zumindest Minimierung der Verstrickung in das jetzt herrschende System blieb das Leitmotiv vieler NS-Gegner. Organisierter Widerstand war nicht zu beobachten. Man begnügte sich mit der Aufrechterhaltung persönlicher Kontakte und gelegentlichen Treffen mit Gesinnungsgenossen in Gaststätten oder im Freien. Weiterreichende Organisationsformen scheiterten in der Regel an der Intensität der Gleichschaltungsmaßnahmen. Selbst Gesang- und Kleingartenvereine mußten ihre Vorstandsämter zu mindestens 51 % mit NSDAP-Mitgliedern besetzen. Die Andeutung einer organisierten Gesinnungsgemeinschaft mit »staatsfeindlichem« Charakter¹³⁰ lieferte nach Einschätzung der Staatspolizeistelle Kassel der Sportverein »Rotweiß« in Korbach. Ein großer Teil ehemaliger SPD- und KPD-Anhänger fand hier zusammen. Mitunter kam es zu handfesten Meinungsverschiedenheiten zwischen den Sportlern von »Rotweiß« und der »staatstreuen« Konkurrenz vom »Turnverein 09«.¹³¹ Ansonsten waren nur Unmutsbekundungen von Einzelpersonen zu vermerken, die die Aufmerksamkeit der Staatssicherheitsorgane erregten. Im September 1934 fand man einen Zettel mit »...gehässigen Äußerungen über eine Rede des Führers«¹³² auf der Straße zwischen Rhoden und Schmillinghausen. Im November des gleichen Jahres tauchte in einem Eisenbahnabteil auf der Strecke Arolsen – Kulte eine getarnte Flugschrift der KPD auf, und im folgenden Jahr entdeckte man im Kreis der Eder an einem Jagd-Hochsitz ein aufgemaltes »Eiserne Front«-Symbol.¹³³ »Schutzhaft«-Einweisungen bekamen alltäglichen Charakter. Nicht nur politisch verdächtige Personen sahen sich diesem Druckmittel ausgesetzt, sondern mitunter auch völlig unpolitische

129) HStA MbG 165/3856. Zusammenstellung über im Kreis des Eisenbergs beschlagnahmtes Vermögen staatsfeindlicher Organisationen und Einzelpersonen.

130) HStA MbG 165/3965. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel, 13.9.1935.

131) Ebenda.

132) HStA MbG 165/3949. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel, 19.9.1934.

133) HStA MbG 165/3949. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel, 12.11.1934; HStA MbG 165/3965. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel, 21.10.1935.

Mitbürger, die private Meinungsverschiedenheiten mit Partei-, SS- oder SA-Leuten hatten. Ernstere Probleme mit Dissidenten oder Widerstandskämpfern plagten die nationalsozialistische Führung in Waldeck nicht.

Antisemitismus in Waldeck

Die Rolle der Juden in der waldeckischen Gesellschaft

Vor dem 1. Weltkrieg gehörte das Fürstentum Waldeck zu den Gebieten mit überdurchschnittlichen Erfolgen für antisemitische Gruppierungen.¹³⁴ Die historisch bedingte Konzentration des insgesamt kleinen jüdischen Bevölkerungsanteils auf bestimmte Berufs- und Wirtschaftssektoren leistete auch hierzulande der Ausbildung und Verbreitung von Vorurteilen Vorschub.

Seit dem 17. Jahrhundert lebten einige Juden in Waldeck. Um 1780 waren es in der Stadt Korbach etwa 65 Personen,¹³⁵ bis 1905 stieg ihre Zahl auf 122 an.¹³⁶ Besonders in Kreisen der waldeckischen Landwirtschaft, die auf Grund der naturräumlichen und strukturellen Gegebenheiten nur mäßige Einkommen erwirtschafteten, entwickelten sich frühzeitig Aversionen gegen die jüdischen Viehhändler, von denen man sich oft übervorteilt glaubte.

Regionale Bedeutung erlangte das Korbacher Warenhaus Wittgenstein, und am Berndorfertorplatz etablierte sich das Kaufhaus Markhoff. 1930 gab es in der Eisenberg-Kreisstadt zehn jüdische Geschäfte.¹³⁷ Besitzer kleiner, wenig konkurrenzfähiger Läden waren speziell über die jüdischen Kaufhäuser verärgert, die ihre Preise unterboten und die Kunden mit einem reichhaltigeren Warensortiment anlockten.

Dank großer Spendenbereitschaft der wohlhabenden jüdischen Familien konnte 1895 eine Synagoge mit etwa 130 Sitzplätzen in Korbach eingeweiht werden. Seit der Jahrhundertwende gab es auch eine jüdische Elementarschule in der Eisenberg-Kreisstadt. Bis zum Ende der Weimarer Republik wurde dort den jüdischen Kindern Religionsunterricht erteilt.¹³⁸

134) Vgl. Schön, E.: Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen. Meisenheim 1972. S. 13.

135) Medding, W.: Korbach – Die Geschichte einer deutschen Stadt. Korbach 1955. S. 402.

136) Görlich, P.: Die Geschichte der Korbacher Juden. In: Hessische Heimat Nr. 3 vom 3.2.1973. S. 9f.

137) »Wegen hoher Feiertage sind unsere Geschäfte am Dienstag, 23. September und Mittwoch, 24. September geschlossen.« Anzeige. WLZ Nr. 221 vom 20.9.1930.

138) Görlich, P., a.a.O., S. 9f.

Synagogen gab es auch in Adorf, Sachsenhausen, Landau und Bad Wildungen. In Arolsen unterhielt die Jüdische Gemeinde einen Betsaal in der Mannelstraße.

Jüdische Familien machten frühzeitig durch karitative Initiativen auf sich aufmerksam. Seit 1821 wurden aus Mitteln einer Stiftung von Moses Meyer Wittgenstein »Ortsarme« versorgt, später entstand die »Simson- und Rebecca-Wittgenstein-Stiftung« zur Unterstützung hilfsbedürftiger Schulkinder in Waldeck.¹³⁹ Ihr Initiator, Jacob Wittgenstein, hatte außerdem die Stadt Korbach als Universalerben für sein umfangreiches Vermögen eingesetzt. Aus diesen Mitteln entstand die interkonfessionelle »Jacob Wittgensteinsche Altersversorgungsanstalt«, die den Sozialetat der Stadt auch noch während der Jahre der ersten deutschen Republik spürbar entlastete.¹⁴⁰ An der grundsätzlich skeptischen Einstellung der zumeist »national« gesinnten Kreisbewohnerschaft gegenüber dem Judentum änderte dieses Engagement einiger Juden im Wohltätigkeitsbereich nur wenig, wengleich in den Jahren vor der nationalsozialistischen Machtübernahme der Antisemitismus sich im Alltagsleben in erster Linie auf die kleinbürgerliche Antipathie gegen das (religiöse) Anderssein, den Ärger über schlechte Viehpreise oder Sorgen wegen der Konkurrenz im Handel beschränkte. Zweifel an der grundsätzlichen »nationalen Zuverlässigkeit« oder der »rassischen Wertigkeit« der Juden erstreckten sich vor dem Aufstieg des Nationalsozialismus auf militante völkische Minderheitengruppen. Schließlich war der heimischen Bevölkerung bekannt, daß auch die Söhne jüdischer Familien für »Kaiser und Vaterland« in den Krieg gezogen waren. Die kleine jüdische Gemeinde in Korbach hatte allein fünf Gefallene im Verlaufe des 1. Weltkrieges zu beklagen.¹⁴¹

Boykott- und Terrormaßnahmen gegen jüdische Mitbürger nach der nationalsozialistischen Machtübernahme

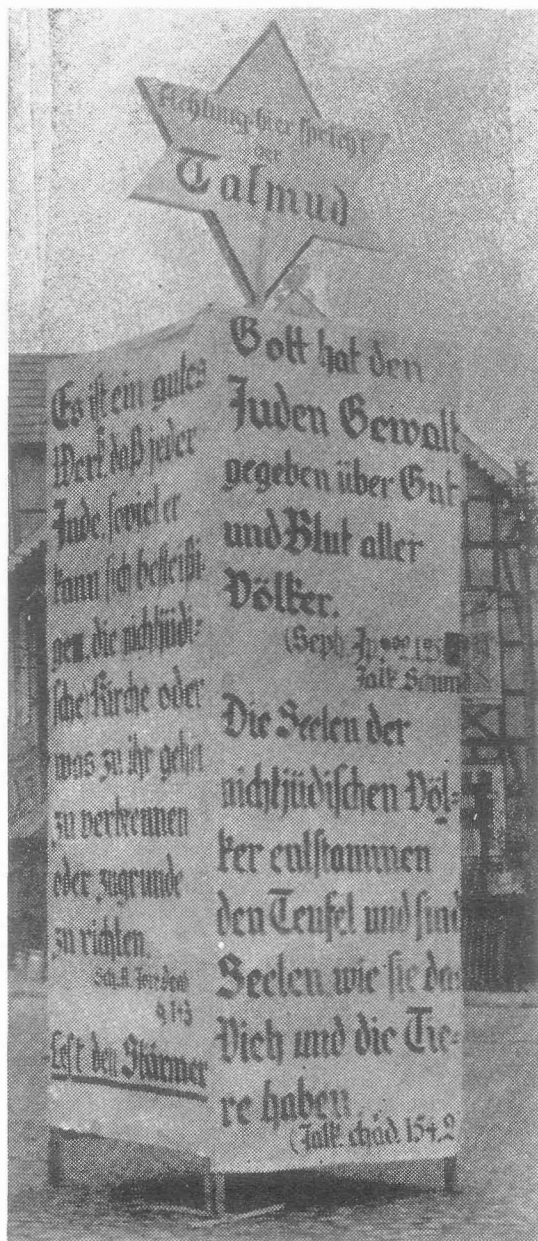
Mit dem Erstarken der NSDAP in Waldeck rückte auch das Verhältnis zu den knapp 500 jüdischen Einwohnern¹⁴² mehr in das Blickfeld der Öffentlichkeit. Eine pseudowissenschaftliche NS-Rassenlehre und die sich stän-

139) Ebenda.

140) Stadtarchiv Korbach. Verwaltungsbericht Korbach 1933, S. 39; Stadtarchiv Korbach. Verwaltungsbericht Korbach 1934, S. 50.

141) Görlich, P., a.a.O., S. 9f.

142) »Die Konfessionen in Hessen-Nassau und Waldeck«. WLZ Nr. 59 vom 11.3.1931.



Antijüdische Propaganda in Korbach, Herbst 1934. Casselmann, H.: 10 Jahre Ortsgruppe Korbach der NSDAP 1928 - 1938. Korbach o.J. (1938).

dig wiederholenden Hetz- und Drohrebeiträge der nationalsozialistischen Agitatoren schufen ein verändertes Klima. Latente Vorurteile, Konkurrenz- und Neidempfindungen in Teilen der Bevölkerung konnten sich die Nationalsozialisten dabei zu Nutze machen. Erstmals war es im November 1932 zu antijüdischen Ausschreitungen in Korbach gekommen. Am Wohnhaus eines jüdischen Lehrers wurden Fensterscheiben eingeworfen, und in der gleichen Nacht gingen auch einige kunstvoll verglaste Fenster der Synagoge zu Bruch.¹⁴³ Nach der NS-Machtübernahme markierte der 1. April 1933 einen wichtigen Einschnitt im Leben der waldeckischen Juden. Sündenbockphilosophie und absolutes Feindbild führten auch hierzulande zum Boykott sämtlicher jüdischen Geschäfte.

An nationalsozialistischen Planspielen gegen die jüdischen Bürger war seit Ende 1931 maßgeblich Dr. Nicolai, der Leiter der »innenpolitischen Abteilung« der Partei beteiligt,¹⁴⁴ der später als Heimatforscher auch in Waldeck bekannt wurde.

Wie überall im Reich hatte auch die NSDAP in Waldeck Ende März zu Maßnahmen gegen die angebliche »Greuelhetze« aufgerufen und einen Boykott jüdischer Geschäfte für den 1. April 1933 anberaumt. An jenem Samstag zogen morgens um 10.00 Uhr SA-Posten vor den jüdischen Läden auf und verhinderten einen geordneten Kundenverkehr. Schon in der Nacht zuvor waren die Schaufenster der betroffenen Geschäfte in Korbach mit »Inschriften und Karrikaturen«¹⁴⁵ von Nationalsozialisten beschmiert worden. Die SA-Männer spannten Spruchbänder mit antisemitischen Parolen vor den Eingangstüren der jüdischen Geschäfte auf, u.a. auch vor dem Korbacher Kaufhaus Markhoff. Der SA-Sturm 2/30 mit dem Beinamen »Uplandsturm« war mit seinen Mitgliedern aus Willingen, Schwalefeld und Umgebung als Verstärkung der örtlichen »Sturmabteilung« in Korbach im Einsatz. Ähnlich wie in der Eisenberg-Kreisstadt verlief der 1. April in Arolsen, Mengeringhausen, Rhoden, Landau und Bad Wildun-

143) HStA 165/3982 IX Schreiben des Bürgermeisters der Stadt Korbach an die Oberstaatsanwaltschaft in Kassel, Korbach, 18.11.1932.

144) Mit seinen Arbeiten »Ausscheidung von Juden und sonstigen Fremdstämmigen aus dem deutschen Volke« (vor 1933), »Der staatsrechtliche Aufbau des Dritten Reiches« (1933), »Die rassegesetzliche Rechtslehre« (1932), »Die Grundlagen der kommenden Verfassung« (1933) und »Rasse und Recht« (1934) trieb er die Diskussion in der »Judenfrage« voran; vgl. Adam, U. D.: Judenpolitik im Dritten Reich. Düsseldorf 1979. S. 28f. und 31; sowie Schulz, G.: Die Anfänge des totalitären Maßnahmestaates, a. a. O., S. 271ff., S. 407, S. 509f.

145) »Boykott«. WLZ Nr. 79 vom 3.4.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

146) »Der Boykott gegen die jüdischen Firmen«. WLZ Nr. 80 vom 4.4.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.



SA vor dem Kaufhof Markhoff. Casselmann, H.: 10 Jahre Ortsgruppe Korbach der NSDAP 1928 - 1938. Korbach o.J. (1938).

gen.¹⁴⁶ Etliche Firmeninhaber schlossen ihre Geschäfte an diesem Tag vorzeitig. Besonders gewalttätige Formen nahm der »Judenboykott« in Netze an, wo 25 bis 30 Personen, angereist auf einem LKW, den Gasthof »Loeb« stürmten.¹⁴⁷ Der jüdische Inhaber und alle übrigen Anwesenden wurden von den »Volkszornrepräsentanten« so schwer mißhandelt, daß eine Zeugenvernehmung durch die Polizei auch am Folgetag noch nicht möglich war.¹⁴⁸ Während des Überfalls hatte sich die Polizei nicht zum Tatort begeben. Einen telefonischen Notruf mit Hinweisen auf das Geschehen im Gasthaus Loeb hatte der zuständige Landjäger des Landjägeramtes Waldeck nicht mit einem sofortigen Einsatz, sondern mit einer Anfrage bei einer Kolonialwarenhändlerin aus der Nachbarschaft der überfallenen Gaststätte beantwortet. Er bat die Frau, die Geschehnisse zu beobachten und Rückmeldung zu erstatten.¹⁴⁹ Da die antijüdischen Aktionen ausgiebig an-

147) Bericht über den Überfall auf den Gasthof Loeb in Netze. WLZ Nr. 79 vom 3.4.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

148) HStA Mbg 165/3982 XV. Landratsbericht, Kreis der Eder, Bad Wildungen, 2.4.1933.

149) HStA Mbg 165/3982 XV. Landjägeramt Waldeck, 2.4.1933.

gekündigt worden waren, hatten die Sicherheitsorgane offenbar einer direkten Konfrontation mit der SA aus dem Wege gehen wollen und reisten erst nach Abschluß der »Volkszornaktion« zum Tatort. Die Kreisleitung der NSDAP nutzte diesen Umstand aus, um den Gerüchten über den brutalen SA-Überfall mit der Behauptung entgegenzutreten, die Parteizugehörigkeit der Täter sei polizeilich nicht festgestellt worden und lasse sich nachträglich »nicht einwandfrei« feststellen.¹⁵⁰ Gegen alle anderslautenden Behauptungen werde man »mit schärfsten Mitteln« vorgehen, erklärte die Ederkreis-NSDAP. Bad Wildungen war schon am Vortag des Boykotts Schauplatz einer antijüdischen Aktion gewesen. NSDAP-Mitglieder hatten mehrere Juden durch die Straßen der Kurstadt »geführt« und als »Volksschädlinge« dargeboten.¹⁵¹

Während örtliche SS- und SA-Vertreter auf antisemitische Maßnahmen, auch über den 1. April 1933 hinaus, ungerne verzichten mochten, drängten kommunale Verwaltungsinstanzen auf eine Beruhigung, um das Wirtschaftsleben nicht unnötig zu stören. Der Landrat des Kreises des Eisenbergs beklagte in diesem Zusammenhang Ende Juni, daß permanente Boykottaufrufe nachteilige Folgen für die Finanzlage der Kommunen nach sich zögen. Insbesondere in Korbach wären die antijüdischen Maßnahmen derart massiv, daß »...die jüdischen Geschäfte nicht bestehen können und die Inhaber der Wohlfahrt zur Last fallen«, ¹⁵² fügte Landrat Klapp in einem Schreiben an den Regierungspräsidenten hinzu. Anfang Juni hatte die NSDAP-Kreisleitung in der Stadt Korbach Plakate mit Boykottaufrufen installiert und ein parteiamtliches Schreiben im NSDAP-Schaukasten anbringen lassen, um nachdrücklich vor dem Einkauf in jüdischen Läden zu warnen. »Es gibt immer noch Leute, die sich national nennen, und doch bei Juden kaufen. Vom 10. Juni an werden die Namen solcher Käufer im Aushang bekannt gegeben«, ¹⁵³ hieß es auf den NSDAP-Warntafeln. Neben einer Beschwerde des jüdischen »Centralvereins«, in der an eine amtliche Verlautbarung im Völkischen Beobachter über die anzustrebende Ruhe in der Wirtschaft erinnert wurde, erreichte den Regierungspräsidenten in Kassel auch eine Anfrage des Landrates, wie in dieser Angelegenheit weiter zu verfahren sei. ¹⁵⁴

Energisch verwahrte sich die NSDAP-Kreisleitung gegen Zweifel an der Zweckmäßigkeit der angeordneten Zwangsmittel gegen die jüdische Ge-

150) »Die Kreisleitung der NSDAP schreibt uns ...«. WLZ Nr. 81 vom 5.4.1933.

151) HStA Mbg 165/3982 XV. Unterlagen RP, Az. A II, April 1933.

152) HStA Mbg 165/3849. Schreiben des Landrats des Kreises des Eisenbergs an RP, Az. I 2172, Korbach, 23.6.1933.

153) HStA Mbg 165/3849. Einspruch des »Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens – Landesverband Hessen-Nassau«, 13.6.1933.

154) HStA Mbg 165/3849. Anfrage des Landrats des Kreises des Eisenbergs beim RP, Az. I 2172, Korbach, 19.6.1933.

schäftswelt. Kreisleiter Geisel erklärte: »Ich nahm von dem Inhalt Kenntnis und habe folgendes zu erwidern. Der Ortsgruppenleiter hat das betr. Schreiben im Aushängekasten der NSDAP hängen. Ich ersehe darin keinen Verstoß und werde darüber hinaus alle diejenigen aus der NSDAP ausschließen, die beim Juden ihre Einkäufe decken. Zu ihrer Orientierung ist in Corbach 85 % der Gesamtbevölkerung i. d. NSDAP. Mit Hitler Heil! Geisel«¹⁵⁵

Natürlich beschränkten sich die nationalsozialistischen Interventionen nicht nur auf den Bereich von Handel und Gewerbe, auch der Kultursektor und die zwischenmenschlichen Beziehungen standen im Mittelpunkt antisemitischer Maßnahmen. Die Aufführung des völlig unpolitischen Lustspiels »Ich betrüge dich nur aus Liebe« im Kurtheater der Stadt Bad Wildungen fiel der Zensur zum Opfer, weil ein Verantwortlicher des Theaters Jude war.¹⁵⁶

Der Druck, dem die jüdischen Bewohner ausgesetzt waren, wurde immer stärker. Am 13. August 1933 kam es in Bad Wildungen zur Störung einer Modenschau. Behördliche Bedingungen für die Genehmigung der Modenvorführung im Hotel »Kaiserhof« war die Zusicherung seitens der Modegeschäftsinhaberin und des betroffenen Hotelbesitzers, nur »arische« Firmen, Mannequins und Verkäufer bei der Veranstaltung einzusetzen, gewesen.¹⁵⁷ Obwohl diese Zusage erfolgt war, glaubte die Wildunger SA einschreiten zu müssen. Ein jüdischer Textilwarenvertreter soll bei den Stofflieferungen an die »arischen« Modehäuser eingeschaltet gewesen sein, und obwohl der beschuldigte Lieferant am Vorführtage überhaupt nicht zugegen war, schritt die SA ein und unterband die Vorführungen. Die Sorgen der städtischen Behörden um den guten Ruf als Staatsbad mit Weltgeltung schob man beiseite.¹⁵⁸

Etwa zur gleichen Zeit wurde ein 28jähriger jüdischer Kurgast aus Berlin verhaftet, weil er mit einem »arischen« Mädchen befreundet gewesen sein soll. Polizeipräsident v. Pfeffer antwortete auf eine Petition der 70jährigen Mutter des Inhaftierten, das Vorgehen sei wegen der entstandenen »Erregung« in der Bevölkerung notwendig gewesen, es habe eine akute »Schutzbedürftigkeit« vorgelegen. Als Beweis für das »Vergehen« des Juden wurde die Tatsache aufgeführt, daß der Beklagte und das Mädchen nebenein-

155) HStA Mbg 165/3849. Schreiben der NSDAP-Kreisleitung an den Bürgermeister von Korbach, Korbach, 23.6.1933.

156) HStA Mbg 165/3858 IV. Korrespondenz den Landrates des Kreises der Eder mit dem RP, 18.7.1933.

157) HStA Mbg 165/3982 XI. Bericht des Bürgermeisters, Az. I 1431, Bad Wildungen, 15.8.1933.

158) HStA Mbg 165/3982 XI. Korrespondenz NSDAP-Kreisleitung – Bürgermeister Bad Wildungen – Landrat Kreis der Eder – Modegeschäft-Inhaberin – RP.

ander liegende Einzelzimmer im gleichen Hotel bewohnten.¹⁵⁹ Auch die Bestätigung der »Auswanderungswilligkeit« des »Schutzhäftlings« durch dessen Berliner Anwalt reichte nicht aus, eine Freilassung nach vierwöchiger Internierung zu erreichen.¹⁶⁰

In den folgenden Jahren wurden vielerorts judenfeindliche Schautafeln und Schilder aufgestellt, und die Übergriffe durch SA und SS nahmen an Brutalität zu. Zahlreichen jüdischen Geschäftsleuten blieb nichts anderes übrig, als ihre Läden zu schließen und alle Besitztümer weit unter dem tatsächlichen Wert zu veräußern. Zwischen 1935 und 1938 verschwanden die Juden aus dem waldeckischen Geschäftsleben. Einige Juden emigrierten ins westliche Ausland, andere suchten zunächst in deutschen Großstädten Unterkunft. Aus manchen Dörfern wurden die Juden von NSDAP- und SA-Leuten gewaltsam vertrieben. Nach einem Bericht des Landrats aus dem Kreis der Eder vom 9. August 1935 mußten handeltreibende Juden die Ortschaften Mehlen und Affoldern unter den Steinwürfen aufgebrachter Nationalsozialisten verlassen. Jüdische Händler, denen eine solche Vertreibung bislang erspart geblieben war, sahen sich schweren Schikanen ausgesetzt. Der Landrat des Kreises der Twiste meldete am 9. September 1935 dem Regierungspräsidenten in Kassel, daß besonders engagierte Nationalsozialisten auch in den späten Abendstunden noch jüdische Geschäfte beobachteten und jeden notierten, der heimlich »beim Juden« einkaufte. In Landau wurde ein solcher Spitzel von zwei jüngeren Arbeitern vor einem jüdischen Laden verprügelt. Die Rache durch die SA ließ jedoch nicht lange auf sich warten. Nicht nur SA, SS und aktive »Parteigenossen« beteiligten sich an den Ausschreitungen, auch Männer des Arbeitsdienstlagers Rhoden wurden in einem Landratsbericht aus dem Kreis der Twiste als antijüdische Gewalttäter benannt.¹⁶¹

Die Liste der Übergriffe, denen sich die am 1. Juli 1935 registrierten 483 Juden¹⁶² ausgesetzt sahen, war lang. Häuser wurden mit Parolen beschmiert: »Hier kaufen Volksverräter«. ¹⁶³ Auf einem Korbacher Volksfest

159) Vgl. Abdruck des Gnadengesuchs bei Krause-Vilmar, D.: Das KZ Breitenau. In: Hennig, E., a.a.O., S. 475f.

160) HStA MbG 165/3982 XI. Gnadengesuch der Mutter des Inhaftierten an den Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau; Schreiben des RP vom 22.9.1933 an den Rechtsanwalt der Mutter; Petition des Berliner Rechtsanwalts Dr. Max B. (o.D.).

161) HStA MbG 165/3982 XIV. Landratsbericht, Kreis der Eder, Az. A 1731, Bad Wildungen, 9.8.1935. HStA MbG 165/3982 XIV. Landratsbericht, Kreis der Twiste, Az. I 6190, Arolsen, 9.9.1935. HStA MbG 165/3982 XV. Landratsbericht, Kreis der Twiste, AZ. I 22653, Arolsen, 28.3.1936.

162) HStA MbG 165/3863. Meldung der Landräte an die Landesstelle Kurhessen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda vom 1.7.1935. Danach lebten im Kreis der Twiste 114, im Kreis der Eder 191 und im Kreis des Eisenbergs 178 Juden.

163) HStA MbG 165/3949. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel, 12.10.1934.

Ereignismeldung des Kasseler Polizeipräsidenten an das Gestapa Berlin vom 19.4.1934

Ereignismeldung
29.3. bis 16.4.1934
Geheim
Corbach.

Ausschreitungen gegen Juden in Corbach.

In letzter Zeit ist es zu folgenden Ausschreitungen gegen Juden in Corbach gekommen:

- 1.) 29./30.3.34 zwei Schaufensterscheiben des Kaufmanns Julius Löwenstern eingeschlagen.
- 2.) 31.3.34 Schaufensterscheibe des Kaufmanns Nussbaum durch zwei Schüsse zertrümmert und ein Schuss auf die Schaufensterscheibe der Witwe Löwenstern abgegeben.
- 3.) 7.4.34 Firmenschild des Kaufmanns Mosheim zertrümmert, der Lagerschuppen mit Farbe beschmiert und das Dach des Schuppens mit den Worten beschrieben: »Corbach erwache.«
- 4.) 15.4.34. Dem Kaufmann Löwenstern abermals zwei Schaufensterscheiben eingeschlagen. Ferner eine Schaufensterscheibe des Kaufmanns Kleinhagen eingeschlagen. Dem Kaufmann Adolf Löwenstern wurde die Schaufensterscheibe eingeschossen.

Als Täter sollen Angehörige der SS. in Frage kommen.

HStA Mbg 165/3982 XIII

wurden jüdische Händler von SA- und SS-Leuten verprügelt. Während des Arolser Kram- und Viehmarktes wurde ein deutscher Jude wegen seiner Freundschaft zu einem nichtjüdischen Mädchen von Nationalsozialisten mißhandelt.¹⁶⁴ In mehreren Gemeinden gingen die Fenster- bzw. Schaufensterscheiben jüdischer Anwesen zu Bruch, und nicht nur im benachbarten Volkmarsen wurde ein Mädchen wegen des Umgangs mit einem Juden durch die Straßen des Heimatortes gezerrt. Um den Hals hatte man der jungen Frau ein Schmähschild gehängt.¹⁶⁵ In Mengerlinghausen warnten Bürgermeister und Bauernführer alle ortsansässigen Landwirte vor der

164) HStA Mbg 165/3949. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel, 6.8.1934.

165) HStA Mbg 165/3949. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel, 20.12.1934. HStA Mbg 165/3949. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel, 5.12.1934.

Ereignismeldung des Kasseler Polizeipräsidenten an das Gestapa vom 3.5.1934

Ereignismeldung

30.4./1.5.1934

Geheim

Stadt Corbach

Einschlagen von Schaufensterscheiben jüdischer Geschäfte.

In der Nacht vom 30.4. zum 1.5.34 wurden in Corbach erneut Scheiben bei jüdischen Bewohnern eingeworfen (3 Schaufensterscheiben). Die Ermittlungen haben ergeben, dass die Täter in den Reihen der SS. zu suchen sind und es besteht der Verdacht, dass hierbei ein SS.-Haupttruppführer und Oberscharführer beteiligt, zum mindesten aber Mitwisser sind.

Strafantrag ist gestellt. Die SS.-Standarte ist benachrichtigt.

gez.: von Pfeffer.

HStA MbG 165/3982 XIII

Kooperation mit jüdischen Viehhändlern.¹⁶⁶ Gewaltsam wurden jüdische Gäste aus den Badehotels der Kurstadt Wildungen hinausgeworfen, und Listen von Kunden der jüdischen Geschäfte wurden öffentlich zur Schau gestellt.¹⁶⁷ Zu einem Überfall auf eine jüdische Pension kam es in Willingen,¹⁶⁸ in Rhoden inszenierten Nationalsozialisten eine Art »Prügelrazzia« gegen Juden,¹⁶⁹ und in Landau riß man die Synagoge kurzerhand ab,¹⁷⁰ nachdem die meisten jüdischen Bewohner den Ort verlassen hatten.

166) HStA MbG 165/3863. RP an die Rechtsanwälte Dr. Dellevie T.&A., Az. A II 6042, Kassel, 30.1.1936; Briefe des Bürgermeisters von Mengerlinghausen an die Pächter von städtischem Pachtland, 11.1.1936.

167) HStA MbG 165/3982 XIII. Beschwerde des »Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e. V.« an den RP, 11.4.1934; HStA MbG 165/3982 XIV. Aktennotiz des RP. der Bürgermeister aus Ober-Ense schickte den Polizeidiener mit einem Schriftstück durch den Ort, das die Anprangerung derjenigen, die in jüdischen Geschäften einkauften, androhte; HStA 165/3982 XIV. Landratsbericht, Kreis der Twiste, Az. 6190, Arolsen, 9.9.1934. Danach hatte ein Nationalsozialist vor einem jüdischen Geschäft in Landau patrouilliert und alle Kunden notiert. Er wurde von zwei Männern ergriffen und verprügelt.

168) HStA MbG 165/3982 XIV. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel, 18.8.1935.

169) HStA MbG 165/3982 XV. Landratsbericht, Kreis der Twiste, Az. I 2253, Arolsen, 28.3.1936; HStA MbG 165/3982 XV. Landratsbericht, Kreis der Twiste, Az. 2843, Arolsen, 30.4.1936.

170) Stadtarchiv Arolsen. Bestand Landau III-10/7. Schreiben des Landauer Bürgermeisters an einen jüdischen Mitbürger in Korbach über die Umstände beim Verkauf der Landauer Synagoge an einen Landauer Landwirt am 22.7.1935 und den anschließenden Abriß des Gebäudes durch den neuen Besitzer, Landau, 3.8.1948.

Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel vom 12.10.1934

Staatspolizeistelle
für den Regierungsbezirk Kassel

An
Das Geheime Staatspolizeiamt
Berlin S W 11
Prinz Albrechtstrasse 8
Zimmer 302

Tagesbericht
vom 12. Oktober 1934.

I. Festnahmen: ./.

II. Besonderes:

- 1.) In den letzten Nächten wurden in Corbach die Bürgersteige vor verschiedenen Häusern mit folgenden Aufschriften bemalt: »Hier kaufen Volksverräter«, »Das Weltjudentum boykottiert das Vaterland – und Du Volksgenosse?« »Hier wohnt ein Volksverräter«, »Volksverräter kaufen nur bei Juden ein.« Als Täter kommt ein Angehöriger der SA. in Frage, der von der zuständigen SA.-Dienststelle zur Rechenschaft gezogen wird.

Bei einem Gastwirt in Corbach, der in dem Ruf steht, ein Judenfreund zu sein, wurde am 6.ds.Mts. abends eine Fensterscheibe des Wirtschaftslokals eingeworfen. Täter waren nicht zu ermitteln.

- 2.) Anlässlich des Viehmarktes in Corbach am 3.X.1934 wurde das Marktgeschäft durch Anghörige der SS.-Sportschule, die über das Auftreten zahlreicher jüdischer Händler empört waren, gestört. Es kam zu kleinen Zwischenfällen zwischen SS.-Männern und den Juden sowie zwischen SS.-Männern und Bauern, die mit den jüdischen Händlern Geschäfte machten.

Im Sprechchor wurde gerufen: »Volksgenossen, wer bei einem Juden kauft, ist ein Volksverräter.« Die jüdischen Händler verliessen schliesslich den Markt.

Dem Leiter der SS.-Sportschule habe ich eröffnet, dass es sich bei den Vorkommnissen um einen verbotenen Eingriff in die Wirtschaft handelt. Ich habe ihm zur Pflicht gemacht, dafür zu sorgen, dass sich solche Vorfälle unter keinen Umständen wiederholen und dass bemerkenswerte Beobachtungen über den

jüdischen Einfluss im Viehhandel bei den zuständigen Stellen (Landrat, Staatspolizeistelle, Landesbauernschaft) zur Sprache gebracht werden.

- 3.) Der bisherige Gebietsführer des Gebietes Kurhessen der H.J., Walter Fuhst, ist vom Reichsjugendführer abberufen worden. Die Führung des Jungbannes Kassel ist vom Jungbannführer Weiss in andere Hände übergegangen. Damit haben die in meinen Tagesberichten vom 17.9.34 - II/1 - und 18.9.34 - II/3 - geschilderten Zwischenfälle ihre Erledigung gefunden.

In Vertretung:

gez. Dr. Hütteroth

Abschrift

dem Herrn Regierungspräsidenten

mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

In Vertretung:

[gez.] Hütteroth

Staatspolizeistelle

für den Regierungsbezirk Kassel

HStA Mbg 165/3942

Als »besonders lebhaft« stufte die Staatspolizeistelle Kassel die antijüdische Propaganda in Korbach ein.¹⁷¹ Die Angehörigen der in Korbach untergebrachten SS-Sportschule traten wiederholt als fanatische Gewalttäter in Erscheinung. Sechs Fälle von SS-Terrormaßnahmen gegen Korbacher Juden waren allein im Zeitraum zwischen dem 29. März und dem 1. Mai 1935 zu verzeichnen gewesen.¹⁷²

Anfang 1935 sorgte insbesondere der Überfall von drei SS-Männern auf einen Korbacher Elektriker, dessen Name »jüdisch« klang, für Aufsehen. Nachdem sich herausgestellt hatte, daß der schwer gefolterte und durch die Mißhandlungen halbseitig erblindete Mann gar kein Jude war, forderten selbst Bürgermeister und weitere Amtspersonen eine harte Bestrafung der

171) HStA Mbg 165/3949. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel, 26.10.1934.

172) HStA Mbg 165/3982 XIV. Korrespondenz zwischen RP und Landrat des Kreises des Eisenbergs unter Bezugnahme auf den Erlaß vom 18.1.1935 Az. O.P. II 29/35, Meldungen über Ausschreitungen gegen Juden in Korbach.

SS-Männer. Im Gegenzug warnte die NSDAP-Kreisleitung vor »übertriebenen« Reaktionen und forderte eine wohlwollende Behandlung der Täter.¹⁷³

Gut drei Jahre später, in der »Reichskristallnacht« am 9. November 1938, fiel die bereits mehrfach geplünderte und beschädigte Synagoge in Korbach endgültig der nationalsozialistischen Zerstörungswut zum Opfer. Auch das jüdische Gemeindehaus in der Eisenberg-Kreisstadt wurde niedergebrannt.¹⁷⁴ Die Synagoge in Bad Wildungen wurde ebenfalls verwüstet und ging in Flammen auf.¹⁷⁵

Mindestens 42 der 122 Juden, die 1934 noch in Korbach beheimatet waren,¹⁷⁶ starben im Zuge der »Endlösung der Judenfrage«.¹⁷⁷ Einige Korbacher Juden fanden in den USA ein neues Zuhause, von anderen verlor sich jede Spur. Lediglich sieben jüdische Bürger kehrten nach dem 2. Weltkrieg in ihre einstige Heimatstadt Korbach zurück.¹⁷⁸

Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel vom 20.10.1934

An
das Geheime Staatspolizeiamt
in
Berlin S W 11
Prinz Albrechtstrasse 8
Zimmer 302

Tagesbericht
vom 20. 10. 34.
I. Festnahmen: ./.

II. Besonderes:

- 1.) In der Nacht vom 16. zum 17.10.34 wurden bei jüdischen Einwohnern in Gensungen, Landkreis Melsungen, und in Frankenau, Landkreis Frankenberg, mehrere Fensterscheiben ein-

173) HStA Mbg 165/3982 XIV. Korrespondenz Geheimes Staatspolizeiamt Berlin – Bürgermeister Korbach – NSDAP-Kreisleitung Eisenberg.

174) WLZ-Sonderbeilage »1000 Jahre Korbach« vom 25.6.1980.

175) »Lotti Nathan: Keine Zeit zum Ausruhen – Nach 45 Jahren zum erstenmal wieder in Bad Wildungen«. WLZ Nr. 201 vom 29.8.1984.

176) Verwaltungsbericht Korbach 1934, S. 3. Am 1.10.1934 lebten 122 Juden in Korbach, sieben weniger als im Vorjahr.

177) Medding, W., a.a.O., S. 403.

178) WLZ-Sonderbeilage »1000 Jahre Korbach« vom 25.6.1980.

geworfen. Die Ermittlungen nach den Tätern sind bis jetzt ergebnislos verlaufen. Strafantrag ist nicht gestellt worden.

- 2.) In meinem Tagesbericht vom 12.10.34 - Ziffer II/2 - hatte ich über Übergriffe von Angehörigen der SS.-Sportschule in Corbach anlässlich des Viehmarktes berichtet. Im Anschluss daran sind in letzter Zeit erneute Übergriffe vorgekommen. So sind in der Nacht vom 16. zum 17.10.34 aus dem Hotel »Waldecker Hof« in Corbach ein Korbessel entwendet und zwei Fenster-scheiben des Lokals zertrümmert worden. In der gleichen Nacht wurden in der Bahnhofswirtschaft in Corbach mehrere Fenster-scheiben eingeworfen. Die Feststellungen durch einen nach Corbach entsandten Beamten der Staatspolizeistelle und einen Feldjäger haben ergeben, dass es sich bei den Tätern um Angehörige der SS.-Schule handelt. Strafantrag ist nicht gestellt worden, da der Besitzer des Hotels »Waldecker Hof« die Entwendung des Sessels nicht als Diebstahl, sondern lediglich als groben Unfug ansieht. Der Führer des SS.-Abschnittes XXX hat den Leiter der SS.-Sportschule energisch zur Rechenschaft gezogen und ihm zur Pflicht gemacht, in Zukunft die SS.-Männer in strenger Disziplin zu halten und unter allen Umständen dafür zu sorgen, dass derartige Übergriffe nicht mehr vorkommen. Hiernach ist zu erwarten, dass es zu weiteren Zwischenfällen nicht mehr kommen wird.

gez. von Pfeffer.

Abschrift

dem Herrn Regierungspräsidenten

mit der Bitte um Kenntnissnahme vorgelegt.

gez. von Pfeffer.

Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel vom 26.10.1934

Abschrift
Staatspolizeistelle
für den Regierungsbezirk Kassel

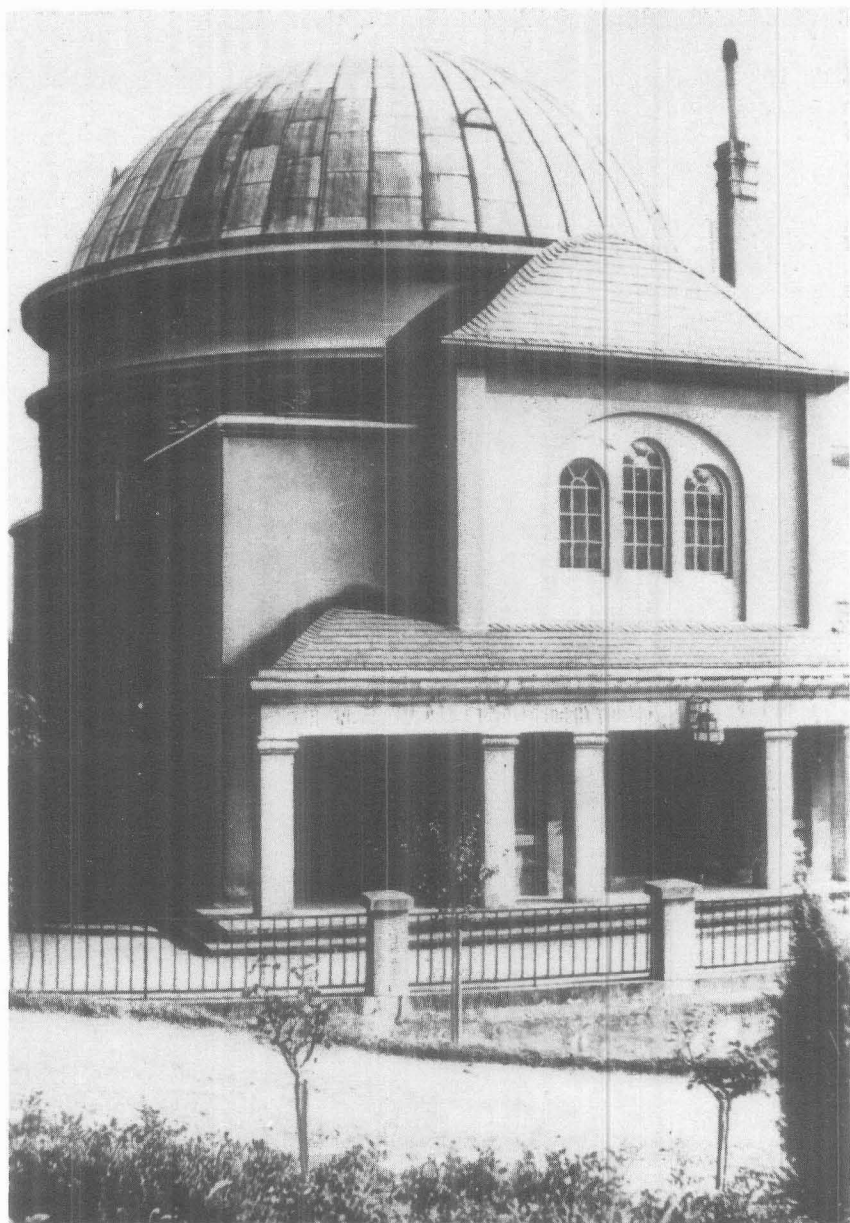
An
das Geheime Staatspolizeiamt
Berlin S W 11
Prinz Albrechtstrasse 8
Zimmer 302.

Tagesbericht
vom 26. Oktober 1934.

I. Festnahmen: ./.

II. Besonderes:

- 1.) Am 20. ds. Mts. hielt der Pfarrer Heck aus Gundheim in Hutten, Kreis Schlüchtern, einen besonderen Bittgottesdienst auf Grund der Richtlinien des »Bruderbundes Kurhessischer Pfarrer« ab. Dabei erörterte er den Bayerischen und Württembergischen Kirchenstreit und richtete scharfe Angriffe gegen den Rechtswalter der evangelischen Kirche Jäger. Das Landeskirchenamt hat Kenntnis erhalten.
- 2.) Die Propaganda gegen das Judentum in Corbach ist nach wie vor besonders lebhaft. Die Bürgersteige sind nachts wiederholt mit entsprechenden Beschriftungen versehen worden. In der Nacht vom 19. zum 20.10.34 wurden in einer Strasse der Stadt zwei grosse Puppen an einem Baum aufgehängt und darunter Schilder mit folgender Aufschrift angebracht:
»So müsste es allen denen gehen, die heute noch zu den Juden stehen.«
Ich habe als politische Polizei keinen Anlass genommen, einzuschreiten [...]



Synagoge Bad Wildungen. WLZ Nr. 201 vom 29.8.1984.

Waldeckische Bauernschaft und Nationalsozialismus

Der Doppelanspruch des Waldeckischen Landbundes in der Weimarer Republik

Im agrarisch strukturierten Waldecker Land spielte die Interessenvertretung der Landwirte, der Waldeckische Landbund, eine bedeutende Rolle in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Nach seiner Satzung widmete sich der Waldeckische Landbund der »Erhaltung und Förderung der Landwirtschaft«. »Auf christlich-nationaler Grundlage bezweckt er ohne Rücksicht auf konfessionelle oder politische Parteistellung und unter Ablehnung des Klassenkampfgedankens die Förderung und Wahrung der beruflichen, wirtschaftspolitischen und kulturellen Interessen des heimischen Landvolkes,«¹⁷⁹ hieß es im Waldeckischen Staats-Handbuch von 1928. Zweifellos stellte diese Unterorganisation des Reichslandbundes den Machtfaktor Nummer 1 dar. Der seit 1918 bestehenden staatlichen Ordnung stand man skeptisch gegenüber, zumal die wirtschaftliche Entwicklung der Landwirtschaft in Waldeck weit hinter den Erwartungen zurückblieb. Als Folge der Inflation von 1923 hatten viele Landwirte Kredite zu verhältnismäßig hohen Zinsen aufnehmen müssen, um die laufenden Betriebskosten decken zu können. Alle Hoffnungen, mit diesem Startkapital den Anschluß an den Vorkriegsstandard zu schaffen, wurden von der Mißernte des Jahres 1925 zunichte gemacht. Nur 8,20 RM pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche konnten in diesem Krisenjahr der waldeckischen Landwirtschaft durchschnittlich erwirtschaftet werden.¹⁸⁰ Lediglich 1.572 landwirtschaftliche Betriebe konnten im Jahre 1925 zur Steuerzahlung veranlagt werden, das zu versteuernde Gesamteinkommen betrug 602.000 RM. Im folgenden Jahr mit durchschnittlichem Ernteertrag wurden etwa 4.000 Landwirte zur Steuerzahlung herangezogen, das steuerpflichtige Gesamteinkommen vervierfachte sich.¹⁸¹ Etwa 4.500 der mehr als 9.000 Waldecker Landwirte arbeiteten in der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft zusammen und versuchten auf diese Weise, ihre wirtschaftlichen Erlöse zu stabilisieren.¹⁸² Der Erholungsprozeß war noch nicht abgeschlossen, als man mit Absatzschwierigkeiten und unzureichenden Erzeugerpreisen konfrontiert wurde. Konsumverzicht und Hinausschiebung von Rationalisierungsinve-

179) Waldeckisches Staats-Handbuch auf das Jahr 1928, a. a. O., S. 454.

180) »Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft in Waldeck, im Vergleich mit den anderen deutschen Ländern«. WLZ Nr. 46 vom 23.2.1929.

181) »Was verdient der Landwirt in Waldeck?«. WLZ Nr. 247 vom 21.10.1930.

182) »31. General-Vereiner-Versammlung der Deutschen Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft zu Corbach«. WLZ Nr. 3 vom 4.1.1930.

stitutionen blieben die einzigen Reaktionsmöglichkeiten der mittleren und kleineren Familienbetriebe, wollte man nicht die Existenz des Hofes durch höhere Schuldenbelastung riskieren. Trotz des vorsichtigen Rückgriffs auf Darlehen – nur etwa ein Drittel der Bauernhöfe war verschuldet – häuften sich ab 1930 auch in Waldeck Meldungen über Zwangsversteigerungen von Ackerland, Wiesen und Weideflächen oder ganzen Anwesen.

Zur Struktur der waldeckischen Agrarwirtschaft liefern einige statistische Angaben aus den Kreisen des Eisenbergs und der Twiste wichtige Anhaltspunkte. Danach entfielen auf 3.260 Höfe im Kreis des Eisenbergs insgesamt 27.600 ha landwirtschaftliche Nutzfläche; darin enthalten waren 15.900 ha Ackerland und 10.200 ha Grünland. Weitere 14.500 ha des Kreisgebietes waren bewaldet. Im Kreis der Twiste lag der Waldanteil mit 45 % der Gesamtfläche noch höher. Von 11.100 Beschäftigten in der Landwirtschaft im Bereich des Kreises des Eisenbergs waren fast 2.800 Personen auf insgesamt 883 Kleinbetrieben der Größenklasse zwei bis fünf Hektar tätig. Die Betriebsgrößenklasse bis fünf Hektar umfaßte 20,3 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Den mit 45,2 % größten Flächenanteil besaß die Größenklasse fünf bis zwanzig Hektar. 28,1 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche gehörten zur Betriebskategorie zwanzig bis hundert Hektar. Großbetriebe mit mehr als 100 Hektar Acker- und Grünlandfläche schlugen mit 6,4 % zu Buche. Der gesamte Sektor Land- und Forstwirtschaft diente 46,9 % der Bevölkerung im Kreis des Eisenbergs als Lebensgrundlage.¹⁸³

Angesichts dieser kleinbäuerlichen Struktur verwundert der hohe Organisationsgrad in der Landbund-Organisation, denn das Hauptaugenmerk im Reichslandbund galt den Interessen der Großagrarien im nord- und ostdeutschen Raum. Dem für Waldeck typischen kleinen Familienbetrieb, der Futtermittel selbst erzeugte und seine Produkte größtenteils in der unmittelbaren Umgebung verkaufte, brachten die von Landbund und DNVP geforderten und durchgesetzten Schutzzölle und Osthilfeaktionen keine spürbaren Vorteile. Die Gemeinsamkeiten zwischen Verbänden der Agrarier und waldeckischer Bauernschaft blieben auf berufsständisches Selbstverständnis und ideologische Übereinstimmungen begrenzt. Aus übergeordneten politischen Gründen solidarisierte man sich mit Deutschnationalen und Interessenvertretern der Großagrarien. Selbst proletarisch lebenden Kleinlandwirten waren Sozialdemokraten in Regierungssämtern suspekt. Sie machten sich Sorgen und antisozialistische Grundeinstellung der Agrarier zu eigen. Ein ausgeprägtes Standesbewußtsein führte Kleinbauern und einflußreiche Gutsbesitzer zusammen. Es ermöglichte die gemein-

183) »Die landwirtschaftlichen Betriebe im Kreis des Eisenbergs und der Twiste«. WLZ Nr. 23 vom 28.1.1930.

same Integration in eine »nationale«, d.h. zunächst deutschnationale Gesinnungsgemeinschaft. Sozialdemokratie und Kommunismus fungierten als einendes Feindbild. Undifferenziert wurden mehr und mehr alle sozialistischen Bestrebungen unter dem Begriff der »bolschewistischen Gefahr« zusammengefaßt. Angesichts dieser vermeintlichen Bedrohung (innenpolitisch Linksparteien, außenpolitisch Rußland) sah man nicht in einer reinen Wirtschaftsinteressenvertretung der Bauernschaft den besten Weg, sondern in einer Kombination von »nationaler« politischer Partei und berufsständischer Interessenvertretung. Nur in einer Verknüpfung von wirtschaftlicher Verbandsarbeit und parteipolitischer Einflußnahme sah man eine erfolgversprechende Perspektive im Hinblick auf die Verbesserung der allgemeinen Situation auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft. Das demokratisch-parlamentarische System stuft man überwiegend als diesem Ziel nicht dienlich ein. Im republikanischen Staat glaubte man die Landwirtschaftsinteressen nicht genügend berücksichtigt, zu sehr sah man sich von anderen Interessentengruppierungen überstimmt. Von einer autoritären Regierungsform versprach man sich eine bessere Berücksichtigung der Agrarinteressen.

Zurückdrängung sozialdemokratischer Reformvorstellungen und Revision der Sozialleistungsgesetze, die zur Verteuerung des Faktors Arbeitskraft führten, hoffte man im Bündnis mit der deutschnationalen Partei bewerkstelligen zu können. In den Anfangsjahren der Weimarer Republik verhalf man den Deutschnationalen zu hohen Wahlsiegen. Um von Konzessionen an andere Gesellschaftsgruppen unbelastet zu bleiben, stellte man ab 1923 eigene Landbundlisten auf Gemeinde-, Kreis- und Landesebene auf. Herausstellung der berufsständischen Wirtschaftsinteressen hieß die Handlungsmaxime. Dies war durchaus nicht ungewöhnlich, denn auch die übrigen Parteien verstanden sich als Interessensvertreter für bestimmte Berufsgruppen. Die zeitweise Partizipation der DNVP an der Regierungspolitik im Reich, die zudem der heimischen Agrarwirtschaft keinen Aufschwung brachte, bewirkte das Auseinanderbrechen der Allianz mit den Deutschnationalen. Unzufriedenheit mit der Agrarpreis- und Absatzentwicklung führte dazu, daß sich die Landbund-Organisation nicht nur auf unterer, sondern auch auf Reichsebene dem Wähler direkt stellte. Während die vom Waldeckischen Landbund unterstützte CNBL 1928 in Waldeck einen großen Triumph feiern und die Sehnsucht nach einer einigen, großen Rechtspartei mit vorrangiger Rücksichtnahme auf Agrarinteressen scheinbar befriedigen konnte, bewiesen die Reichsergebnisse sowohl von 1928 als auch von 1930 die Irrationalität dieses Unterfangens. Als Splitterpartei im Reichstag war die CNBL weit davon entfernt, die erhoffte Trendwende erzwingen und die Reichspolitik determinieren zu können. Vielleicht hätte diese Ernüchterung dazu geführt, daß ein Teil der Bauern-

schaft zur deutschnationalen Partei zurückgekehrt wäre, ungeachtet der 1927 erfolgten neuerlichen Verstrickung in das »System«, hätte sich nicht im Moment höchster Verzweiflung, Empörung und Resignation eine neue Kraft als Alternative angeboten. In der NSDAP bot sich ein Forum für radikalsten Protest gegen bestehende Staatsordnung, wirtschaftliche Schwierigkeiten und unterstellte bolschewistische Machtentfaltung. Unmißverständliche Schuldzuweisungen, einfachste Erklärungsmuster, totale Vereinnahmung des »nationalen« Elements, unkompromittierter bzw. kompromißloser Kampf gegen das ganze »System« sowie Mystifizierung des Bauernstandes beeindruckten die Landbevölkerung, insbesondere die jüngere Bauergeneration fühlte sich von dieser neuen »Bewegung« magisch angezogen.

Für den Waldeckischen Landbund bedeuteten die Anfangerfolge der NSDAP eine Krise des Doppelanspruchs. Sollte man sich nun, da eine politische Kraft »nationaler« Prägung, die gewillt war, den Agrarinteressen besondere Beachtung zu schenken, zur Macht strebte, als Organisation aus der Politik zurückziehen und sich nach Art der landwirtschaftlichen Kreisvereine überwiegend auf Sachfragen der Feldbewirtschaftung, Betriebsorganisation und Produktvermarktung beschränken? lautete die Frage. Die übergeordnete wirtschafts- und sozialpolitische Problematik währte man bei der NSDAP in guten Händen. Landbund-Repräsentant Schnaar und einige seiner Vertrauten versuchten auch im Angesicht der nationalsozialistischen Wahlerfolge, die alte Doppelfunktion der Organisation des Waldeckischen Landbundes aufrechtzuerhalten, gerieten mit diesem Kurs jedoch bald in eine bedrängte Minderheitenrolle.

Im ersten Halbjahr des Jahres 1932 konzentrierte sich die Kritik der waldeckischen Landvolkabteilungen auf die preußische Landesregierung. Mancherorts fanden Protestversammlungen gegen die unliebsame Koalition aus Zentrum, SPD und DDP statt.¹⁸⁴ »Fort mit dieser Preußenregierung«, lautete das Leitmotiv der Landvolkpartei im preußischen Landtagswahlkampf. Man sehnte sich nach einem Preußen, »... in dem der alte Preußengeist wieder lebendig wird«.¹⁸⁵ Während der überwiegende Teil der Landbevölkerung in diesem Punkt mit der Landvolkpartei übereinstimmte, hielt nur noch ein kleiner Teil der waldeckischen Bauerschaft den Doppelanspruch des Landbundes für das geeignetste Mittel im Kampf gegen

184) Berichte über Landvolk-Versammlungen in Vasbeck und Goddelsheim. WLZ Nr. 41 vom 18.2.1932. Lokalteil »Aus der Heimat« und WLZ Nr. 43 vom 20.2.1932. Lokalteil »Aus der Heimat«.

185) »Deutsches Landvolk!« Wahlkampfanzeige des Deutschen Landvolkes. WLZ Nr. 95 vom 23.4.1932.

das »System«. Sowohl bei der preußischen Landtagswahl als auch in beiden Wahlgängen zur Reichspräsidentenwahl stimmte die Landbevölkerung mit überwältigender Mehrheit für Adolf Hitler und die NSDAP. Seit die Brüning'sche Deflationspolitik nicht nur die Einkommen der Arbeitnehmerschaft in Mitleidenschaft zog, sondern auch die Agrarpreise in bedenklicher Weise absinken ließ, war die Geduld mit dem gesamten »System« erschöpft.

Preisentwicklung auf dem Agrarsektor von 1925 bis 1932.¹⁸⁶

Produkt	Preisindex* April 1932	Produkt	Preisindex* April 1932	Produkt	Preisindex* April 1932
Weizen	101	Butter	68	Schweine	57
Roggen	87	Kartoffeln	64	Kühe	55
Gerste	80	Eier	57	Kälber	55

* Durchschnittspreise während der Jahre 1925 bis 1929, jeweils im Monat April = 100

Die Waldeckische Landwirtschaft im Zeichen der »Blut und Boden«-Ideologie

Nachdem die Korbacher Sektion des Waldeckischen Landbundes den 30. Januar 1933 »voll Freude« begrüßt hatte, mochte auch der Vorsitzende des Waldeckischen Landbundes, ungeachtet zeitweiliger persönlicher Differenzen mit regionalen NSDAP- und DNVP-Führern, nicht abseits stehen. Anlässlich der 5. »Jungbauernschulungstagung des Waldeckischen Landbundes« in Arolsen beteuerte er, daß der Landbund die »stärkste Stütze der nationalen Regierung« sei und daher auch jede Regionalveranstaltung »... ganz im Zeichen der nationalen Erhebung«¹⁸⁷ stehen sollte. Stolz präsentierte der Waldeckische Landbund seinen Mitgliedern eine Liste der ersten Regierungsmaßnahmen zugunsten der Landwirtschaft. Betriebe bis

186) »Halbierte Preise«. WLZ Nr. 150 vom 29.6.1932. Rubrik »Feld, Garten, Hof und Haus«.

187) »5. Jungbauernschulungstagung des Waldeckischen Landbundes vom 2. bis 4. März«. WLZ Nr. 57 vom 8.3.1933.

zur Größe von 40 Hektar Nutzfläche konnten fortan Beihilfen für zusätzliche Arbeitskräfte beantragen. Monatlich stellte das Arbeitsamt maximal 25,- RM für männliche und 20,- RM für weibliche Arbeitskräfte dem Antragsteller zur Verfügung. Die Dauer dieser Förderung war auf jeweils ein halbes Jahr begrenzt.¹⁸⁸

Am 27. April 1933 gab der Hauptgeschäftsführer des Waldeckischen Landbundes die Durchführung der Gleichschaltung der heimischen Argarvertretung bekannt. Im Landesvorsitz fand ein Wechsel statt. Schicksalsverbundenheit von Bauerntum und Staat wollte man dem »Volks- und Bauernkanzler« Adolf Hitler damit demonstrieren. »Wir stehen heute nicht mehr einem vom Marxismus beherrschten Staate gegenüber, der in seiner Auslegung des Begriffes ›Sozialismus‹ die Forderung nach dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, oder in seiner kommunistischen Weiterbildung nach dem Gemeineigentum an den Produktions- und Konsumtionsmitteln aufstellte und somit zum erbittertsten Feinde des auf dem Boden des verpflichtenden Privateigentums stehenden deutschen Bauern wurde, sondern wir stehen heute dank der Persönlichkeit unseres Führers in einem Staate, der in dem Begriff ›Sozialismus‹ eine in den Faktoren Blut und Boden wurzelnde Volksgemeinschaft sieht... . Der Raub unseres Grund und Bodens durch den marxistischen Staat ist nicht gelungen. Der Nationalsozialismus hat ihn uns als der Allgemeinheit, dem Volksganzen gegenüber verpflichtend erhalten. Was wir heute haben, ist das, was der Reichs-Landbund und der Bund der Landwirte in Jahrzehnten heißen Kämpfens und Ringens erstrebte, nämlich eine Reichsführung, die den Bauernstand in seiner ganzen Bedeutung würdigt, und die in einem gesunden Bauernstande das tragende Fundament für den Aufbau unseres ganzen Volkes in wirtschaftlicher und geistiger Hinsicht sieht. Der Bauer muß ›des Volkes Hort und des Vaterlandes erster Sohn‹ sein«¹⁸⁹ verkündete der Hauptgeschäftsführer des gleichgeschalteten Waldeckischen Landbundes. Auch die Landbund-Genossenschaft in Bad Wildungen vollzog die Gleichschaltung. Der Aufsichtsratsvorsitzende der Landbund-Genossenschaft mußte sein Amt an den Bürgermeister aus Kleinern abtreten. In seiner Abschiedsrede forderte der alte Vorsitzende alle Genossenschaftsmitglieder auf, den Genossenschaftsgedanken weiterhin zu pflegen.¹⁹⁰ Bereits am Folgetag der Gleichschaltungserklärung gab die neue Geschäftsleitung des Waldeckischen Landbundes das Ergebnis der »Hitler-Spende« in Waldeck

188) »Landhilfe«. WLZ Nr. 59 vom 10.3.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

189) »Gleichschaltung im Waldeckischen Landbund«. WLZ Nr. 98 vom 27.4.1933.

190) »Landbund-Genossenschaft«. WLZ Nr. 116 vom 18.5.1933. Lokalteil »Aus der Heimat«.

bekannt. Auf Initiative des Reichslandbundes waren alle »Kameraden der braunen Scholle«¹⁹¹ gebeten worden, »alten Kämpfern« von SA, SS und Stahlhelm unentgeltlich Ferienquartiere zur Verfügung zu stellen. Insgesamt boten die waldeckischen Landwirte 446 Erholungsplätze an.

Der »Blut und Boden«-Propaganda stellten die Machthaber in Preußen ein Gesetz zur Seite, daß die Stundung der ersten Vierteljahresrate der Grundvermögenssteuer für land- und forstwirtschaftliche Betriebe sowie Gärtnereien vorsah.¹⁹² Außerdem wurde am 15. Mai 1933 im Bereich des Landes Preußen das »Reichserbhofgesetz« in die Wege geleitet.¹⁹³ Die Inkraftsetzung war für den 1. Juni vorgesehen. Erst Ende September 1933 erweiterte sich der Geltungsbereich des »Erbhofgesetzes« auf das gesamte Deutsche Reich. Höfe der Größenklasse zwischen 7,5 und 125 ha konnten nun zu unveräußerlichen und unteilbaren »Erbhöfen« erklärt werden, sofern ihren Besitzern der Nachweis von »Blutreinheit« gelang.¹⁹⁴ Während für manche Regionen die mit dem Gesetz verbundene Einführung des Anerbenrechts eine wichtige Neuerung brachte, bestätigte es in Waldeck in diesem Punkt nur eine alte Tradition. Nur in zwei waldeckischen Dörfern kannte man das Prinzip der Realerbteilung, ansonsten blieb es überall dabei, daß der älteste Sohn den Hof erbte. Den landwirtschaftlichen Bestrebungen, eine pauschale Streichung aller Schulden zu erreichen, kam man zunächst mit einem Entschuldungsprogramm entgegen, das eine Höchstzinsfestsetzung auf 4,5 % vorsah.¹⁹⁵

Wichtiger als diese konkreten Maßnahmen war die psychologische Wirkung der Mythisierung des Bauernstandes als »Blutquelle des deutschen Volkes«¹⁹⁶. Triebfeder für diese propagandistische Herausstellung der Bauernschaft war die Einsicht, daß der Nahrungsmittelversorgung der deutschen Bevölkerung aus inländischer Produktion in künftigen kriegerischen Auseinandersetzungen eine entscheidende Rolle zufallen würde. Demoralisierende Hungersnöte während des Ersten Weltkrieges hatten die Machthaber für die Ernährungsfrage sensibilisiert und die Erreichung der Autarkie auf dem Agrarsektor als lebensnotwendiges Ziel erscheinen lassen. Schließlich war es ein offenes Geheimnis, daß nur mit dem Mittel eines neuerlichen Krieges Herrschaftsverhältnisse und Grenzen verändert und die »Ketten von Versailles« gesprengt werden konnten. Wenngleich die Revisionsvorstellungen von Konservativen, Deutschnationalen und

191) »Vorläufiges Endergebnis der Hitler-Spende im Waldeckischen Landbund«. WLZ Nr. 99 vom 28.4.1933.

192) »Blut und Boden«. WLZ Nr. 115 vom 17.5.1933.

193) Bracher, K. D.: Stufen der Machtergreifung, a.a.O., S. 263.

194) Hildebrand, K.: Das Dritte Reich. München, Wien 1980. S. 11.

195) »Entschuldung der Landwirtschaft«. WLZ Nr. 129 vom 3.6.1933.

196) Schulz, G., a.a.O., S. 249.

maßgeblichen Teilen der deutschen Armee auf die Wiederherstellung des Status quo von 1914 hinausliefen und sich damit markant von den weitreichenden Eroberungs- und Weltherrschaftsplänen Hitlers unterschieden, so war doch in beiden Fällen die innere Vorbereitung Deutschlands auf den Krieg ein Handlungsgrundsatz.

Um die Produktivität der deutschen Landwirtschaft zu steigern, faßte man Bauernschaft und Agrarverbände in einer zentralen Organisation, dem »Reichsnährstand«, zusammen.

Trotz Entschuldungsmaßnahmen, Erbregelung und Heroisierung des landwirtschaftlichen Berufsstandes ließen sich mitunter Mißstimmungen im Agrarbereich nicht verleugnen. Zum einen weckte die Einführung planwirtschaftlicher Elemente im Handel mit Agrarerzeugnissen alte Ängste der Landbevölkerung, zum anderen herrschte Unzufriedenheit über Preis- und Kostenentwicklung. Klagen wegen zu hoher Kunstdüngerpreise wurden laut,¹⁹⁷ und durch neue Vorschriften für den Milch- und Butterhandel sah man den lukrativen Direktverkauf an den Verbraucher gefährdet. Lag der Erlös für einen Liter Frischmilch zu Zeiten der freien Marktwirtschaft bei 0,22 bis 0,24 RM, so zahlte die staatliche Sammelstelle nur noch 0,11 bis 0,14 RM pro Liter.

Dem Zwischenhandel war die Existenzgrundlage völlig entzogen, allein im Regierungsbezirk Kassel zählte man 150 erwerbslos gewordene Butterhändler. Auch die Verbraucher hatten Anlaß zur Unzufriedenheit, denn seit Einführung der staatlich gelenkten Lebensmittelversorgung kamen die landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit erheblichen Verzögerungen auf den Markt. Milchprodukte oder Eier waren bereits zu alt, wenn sie zum Verkauf angeboten wurden. Die Erzeuger wiederum führten Beschwerde über zu lange Wartezeiten bei der Vergütung ihrer Waren durch die Zentralstellen.¹⁹⁸ Im zweiten Jahr der NS-Agrarpolitik herrschte bei den Waldecker Bauern Verärgerung wegen der Einführung einer Ablieferungsgebühr für Frühkartoffeln,¹⁹⁹ außerdem hatte die Wirtschaftsplanung eine Futtermittelknappheit nicht verhindern können. Die Staatspolizeistelle Kassel sprach in einem geheimen Bericht an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin vom 2. November 1935 sogar von einem generellen »Mißtrauen gegenüber dem Reichsnährstand«, und der Polizeipräsident fügte hinzu: »Vergessen darf man allerdings nicht, daß der Bauer immer klagt, wenn es ihm auch noch so gut geht. Er nutzt jede Möglichkeit der Preissteigerung rücksichtslos für sich aus und kann nie genug haben. Wenn man die Zustände aus der Zeit vor der Machtergreifung wieder herstellen wollte, würde er

197) HStA Mbg 165/3949. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel, 4.5.1934.

198) HStA Mbg 165/3939 I. Bericht des Polizeipräsidenten v. Pfeffer an den RP, 2.8.1934.

199) HStA Mbg 165/3965. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel, 5.6.1935.

erst recht jammern«²⁰⁰. Diese Negativdarstellung und pauschale Anklage gegen die Bauernschaft durch einen führenden nationalsozialistischen Beamten in der Korrespondenz mit der übergeordneten Dienststelle untermauert die These, daß die propagandistische Verherrlichung des Bauernstandes nicht tiefster, innerster Überzeugung, sondern militärstrategischen Überlegungen entsprang.

Schon 1934 hatte Polizeipräsident v. Pfeffer angesichts schlechter Stimmungslage in der Landwirtschaft die Bauernschaft als selbstsüchtige Berufsgruppe angeklagt. Im Tagesbericht vom 2. August 1934 gebrauchte der nationalsozialistische Polizeichef die Formulierung »habgierige Bauern«²⁰¹. Den betroffenen Landwirten war über die abschätzigste Beurteilung, die ihnen von maßgeblicher Stelle entgegen gebracht wurde, nichts bekannt. Vor Ort überboten sich NSDAP-Funktionäre bei der Glorifizierung des Bauernstandes. Eine Abgrenzungshaltung, vergleichbar der »Bekennnisfront« in der evangelischen Kirche Waldecks, entstand im waldeckischen Agrarbereich nicht, allerdings erfuhr die euphorische Stimmung des ersten Halbjahres 1933 gewisse Einschränkungen.

Kirche und Nationalsozialismus

Die Rolle der Kirche im waldeckischen Alltagsleben während der Weimarer Republik

Neben der wirtschaftlichen Existenzverknüpfung mit der Landwirtschaft fungierte die Evangelische Kirche als eine zweite wichtige Säule im gesellschaftspolitischen Leben Waldecks. Abgesehen von der Einwohnerschaft zweier Gemeinden im Kreis des Eisenbergs, die historisch bedingt der Katholischen Kirche zugewandt waren, sowie kleinen konfessionellen Minderheitengruppen in den Kreisstädten, war Waldeck rein protestantisch. Im Jahre 1931 gehörten 52.650 Waldecker, immerhin 94,3 % der Gesamtbevölkerung, zur Evangelischen Kirche und nur 4,1 % zur Katholischen Kirche.²⁰²

Das Zentrum, wichtiger Faktor der Reichspolitik und der preußischen Landespolitik, nahm in Waldeck demzufolge nur einen sehr geringen Einfluß auf den Meinungsbildungsprozeß. Die protestantische Bevölkerungsmehrheit fand zunächst in der Deutschnationalen Volkspartei einen Weggefährten. Auch die Landvolkpartei, die vorübergehend die politische

200) HStA Mbg 165/3965. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel, 2.11.1935.

201) HStA Mbg 165/3939 I. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel, 2.8.1934.

202) »Die Konfessionen in Hessen-Nassau und Waldeck«. WLZ Nr. 59 vom 11.3.1931.

Führungsposition übernahm, betonte ihre Verbundenheit mit der Evangelischen Kirche. Während in überwiegend katholischen Gebieten des Deutschen Reiches die Zentrumspartei in der Phase des Zusammenbruchs der Weimarer Republik den Zustrom zu der NSDAP begrenzte, griff in Waldeck der auf dem rechten politischen Flügel angesiedelte Christlich-Soziale Volksdienst vorübergehend in das Geschehen ein. Doch sein Weg, Nationalismus und Protestantismus zu verbinden, hatte neben der nationalsozialistischen Alternative keinen Bestand. Obgleich in den Jahren der Republik keine dauerhafte Anbindung der Evangelischen Kirche an eine bestimmte Partei zustande kam, bildete die protestantische Kirche einen wichtigen Stabilisierungsfaktor für die Rechtsparteien insgesamt und die Verankerung des »nationalen« Gedankens. Kirchenrepräsentanten machten keinen Hehl aus ihrer »nationalen« Einstellung, und an ihrer Abneigung gegenüber den Linksparteien ließen sie keinen Zweifel. Sehr gut hingegen war das Verhältnis zwischen Kirche und monarchistischer Ordnung gewesen. Der waldeckische Fürst bekleidete traditionell das Führungsamt in der waldeckischen Kirche bis 1918. Das Fürstlich Waldeckische Konsistorium bedauerte den Umbruch von 1918, der die Absetzung des amtierenden Landesfürsten nach sich zog, zutiefst; »Mag das Band, das die Landeskirche mit ihrem Landesbischof verbindet, auch äußerlich gelöst werden, in Liebe und Dankbarkeit wird die Kirche stets der treuen Fürsorge gedenken, in der ihr Bischof das Wohl der Kirche auf dem Herzen getragen hat. [...] Wir bitten daher alle Herren Pfarrer und Kirchenvorstände, mit verdoppelter Treue und Wachsamkeit ihres heiligen Amtes weiter zu walten, so schwer es dem Einzelnen auch werden mag. Die furchtbare Unsicherheit der Gegenwart, die drückende Ungewißheit um die nächste Zukunft, der Schmerz um den Zusammenbruch der alten Lebensordnungen: das alles macht es zur Pflicht, deutlicher noch als bisher den Gemeinden den Weg der Buße und des Glaubens zu zeigen, und in der Zeit, wo alles wankt und fällt, zu der Gewißheit zu helfen, daß unser einziger Halt Jesus Christus ist und die Verheißung, die Er Seiner Gemeinde gegeben«,²⁰³ hieß es in einer Erklärung im Amtsblatt des Fürstlich Waldeckischen Konsistoriums am 16. November 1918 zur Absetzung des Fürsten. Der Artikulierung des »Schmerzes« über den »Zusammenbruch der alten Lebensordnung« folgte ein Verharren in kritischer Distanz zum republikanischen Staat.

Nach Inangriffnahme der politisch-administrativen Anbindung des Freistaates Waldeck an das Land Preußen rückte auch innerhalb der Kirche die

203) Fürstlich Waldeckisches Konsistorium, 16.11.1918, gez. Dihle. Zit. nach Waßmann D.: Waldeck – Geschichte einer Landeskirche. Monographia Hassiac. Bd. 10. Kassel 1984. S. 236.

Vereinigungsfrage in den Brennpunkt. Sollte man eine Anbindung an die preußische Kirche anstreben oder die Selbstständigkeit der waldeckisch-pyrmontischen Landeskirche beibehalten,²⁰⁴ lautete das Hauptthema des Landeskirchentages zu Jahresbeginn 1929 in Arolsen. Die evangelischen Gemeinden erlebten heftige Auseinandersetzungen über diese Frage. Man erinnerte sich des guten Verhältnisses zwischen monarchistischer Obrigkeit und Evangelischer Kirche in der prärepublikanischen Zeit und hätte es gerne gesehen, wenn eine eigenständige waldeckische Landeskirche als Waldeck einende Klammer in diesem Sinne hätte weiter wirken können, aber Vernunftgründe legten eine Anbindung an eine große Nachbarkirchenorganisation nahe.

Bereits die Angleichung des waldeckischen Gesangbuches an das Kirchengesangbuch für Rheinland und Westfalen lehnten viele Waldecker als offensichtlich zu »revolutionären« Schritt ab, langwierige Diskussionen entspannten sich zu diesem Thema.

Ihre Verbundenheit mit dem »nationalen« Gedanken stellte die waldeckische Landeskirche anlässlich der Protestversammlungen zum 10. Jahrestag des Versailler Vertrages unter Beweis. Mit Trauergottesdiensten umrahmte man die Demonstrationen der »nationalen« Kräfte.²⁰⁵ Ein Jahr später sahen sich im »Hauptverein des Evangelischen Bundes für Kurhessen und Waldeck« organisierte Kirchenvertreter veranlaßt, zur Stimmabgabe gegen den »Bolschewismus« aufzufordern. Für evangelische Wähler sollten bei der Reichstagswahl des Jahres 1930 nur Kandidaten in Frage kommen, die Gewähr für einen nachdrücklichen Einsatz gegen alle »bolschewistischen Bestrebungen«²⁰⁶ boten. Ferner erwartete man von dem neuen Reichstag Initiativen zur Sicherstellung einer christlichen Jugenderziehung in der Schule, Regelung der Ehe- und Sittlichkeitsfragen im Sinne der Kirche sowie gesetzliche Maßnahmen gegen »entsittlichende Auswüchse im Lichtspiel und Theaterwesen«.

Als im Mai 1931 der hessische Landesverband und der waldeckische Landesverband der evangelischen Jugend ihr großes Pfingsttreffen in der Stadt Waldeck abhielten, wies das straffe paramilitärische Zeremoniell im Lager der 1.200 Jugendlichen deutliche Affinitäten zu den Treffen von »nationalen« Verbänden auf. »Das Lager der Tausend in Waldeck«²⁰⁷ beeindruckte Bevölkerung und Kirchenleitung. Militärische Töne waren auch beim evangelisch-kirchlichen Jugendtag Mitte September 1931 in

204) »Landeskirchentag in Arolsen«. WLZ Nr. 24 vom 29.1.1929; »Landeskirchentag in Arolsen – Vierter Tag«. WLZ Nr. 28 vom 2.2.1929; »Landeskirchentag in Arolsen – Sechster Tag«. WLZ Nr. 30 vom 5.2.1929.

205) »Kundgebung gegen das Versäiler Diktat« in Arolsen. WLZ Nr. 152 vom 1.7.1929.

206) »Evangelische Wähler!«. Anzeige. WLZ Nr. 212 vom 10.9.1930.

207) »Das Lager der Tausend in Waldeck«. WLZ Nr. 121 vom 27.5.1931.

Wirmighausen nicht zu übersehen; diesmal marschierten dreihundert Jugendliche auf.²⁰⁸ In den Worten »Ja wir, die Jugend, wollen heraus aus der Unwahrhaftigkeit, der Stumpfheit, der Ziellosgigkeit und der Oberflächlichkeit und in ein anderes Neues hinein, hinein in klares Sehen, scharfes Denken, starkes Wollen und letztes Suchen«²⁰⁹, drückten die Vertreter des Jugendtages auch ihre Unzufriedenheit mit dem »Jetzt« aus.

Bolschewismus und drohender Untergang der abendländischen Kultur waren ständig wiederkehrende Schreckensbilder in den Diskussionen jener Zeit, und nicht wenige Kirchenvertreter förderten den übersteigerten Antikommunismus. Der Pfarrer der Twister Gemeinde rekapitulierte anlässlich des Jahresfestes der Inneren Mission in Wellen vor rund achthundert evangelischen Christen noch einmal die Gefahren und Befürchtungen der Kirche: »Wir stehen am Vorabend einer dunkelen Zeit. Wie eine drohende Gewitterwolke steigt von Rußland die Gottlosigkeit auf und ergießt sich über Deutschland«²¹⁰. Nach Darstellung des Geistlichen setzte Rußland ungeheure Geldsummen zur Untergrabung aller »guten und heiligen Güter und Begriffe der Deutschen« ein. Des weiteren prophezeite der Geistliche Deutschland einen harten Winter mit »Hunger« und »Verzweiflung«. »Das Wort vom Untergang des Abendlandes« hat da »wohl doch seine Berechtigung«, ²¹¹ resümierte die Tageszeitung. Ein gesonderter Vortrag bei diesem Jahresfest befaßte sich mit dem Kampf der Volksmission in Thüringen »gegen die Gottlosigkeit und bolschewistische Verseuchung des Volkes«²¹².

In dieser Phase höchster Erregung und Besorgnis in den Reihen der Evangelischen Kirche schien es den Nationalsozialisten angebracht, aufkommende Zweifel an ihrer »christlichen« Grundeinstellung auszuräumen. Die antikommunistische Hysterie diente den NSDAP-Propagandisten dabei als willkommener Anknüpfungspunkt.

Alfred Rosenberg, nicht selten als »Chefideologe« der NSDAP bezeichnet, wandte sich in der Waldeckischen Landeszeitung an die waldeckische Bevölkerung und versicherte, er habe Jesus niemals »Bastard« genannt, auch der Begriff »Ausdruck physischer Bastardisierung« sei im Zusammenhang mit christlicher Erlösung nicht gefallen. Alle derartigen Zitate aus seinem Buch »Der Mythos des 20. Jahrhunderts« seien Fälschungen

208) »Evangelisch-kirchlicher Jugendtag in Wirmighausen«. WLZ Nr. 218 vom 17.9.1931.

209) Ebenda.

210) »Volksmissionsfest und Jahresfest des Landesvereins für Innere Mission in Waldeck«. WLZ Nr. 223 vom 23.9.1931.

211) »Volksmissionsfest und Jahresfest des Landesvereins für Innere Mission in Waldeck«. WLZ Nr. 223 vom 23.9.1931; vgl. Spengler, O.: Der Untergang des Abendlandes. München 1980⁶.

212) »Volksmissionsfest und Jahresfest des Landesvereins für Innere Mission in Waldeck«. WLZ Nr. 223 vom 23.9.1931.

und Verdrehungen, erwiderte Rosenberg auf entsprechende Attacken des »Uplandbuch«-Autoren Wilhelm Schwaner. Schwaner, prominentes Mitglied des »Volkserzieherbundes«, wiederholte dennoch öffentlich seine Kritik an der seiner Meinung nach unchristlichen Einstellung des Nationalsozialismus.²¹³ Einem intellektuellen Einzelkämpfer konnte es aber wohl kaum gelingen, seine Thesen über Christentum und Nationalsozialismus gegen den massiven NS-Propagandaeinsatz in der Öffentlichkeit durchzusetzen.

Anfang 1932 bereiste ein aus Rußland geflohener Prediger das Waldecker Land. Seine Vorträge über die drohenden Gefahren durch den Bolschewismus fanden viel Beachtung. Die Schilderung der Greuelthaten, begangen durch die »Rote Armee«, erschütterten die Zuhörer.

Der Appell des Predigers, nicht sinnlos Kräfte im »Parteizeder« zu vergeuden, sondern alle Kräfte für den Kampf gegen den Bolschewismus zu sammeln, traf auf einhellige Zustimmung.

Derartige Aufforderungen, alle Kräfte auf den antibolschewistischen Kampf zu konzentrieren, waren nicht selten. Vielfach verband man damit keine konkret ausformulierte Parteinahme für den Nationalsozialismus, aber in jedem Falle spielten sie der NSDAP in die Hände. Denn in den Augen vieler Waldecker kam nur die NSDAP als Sammelbecken, als ersehnte einige Rechtspartei, in Frage. Seitens der nationalsozialistischen Partei schob man die scheinbare Zielkonvergenz zwischen dem Antibolschewismus der Kirche und der Weltanschauung des Nationalsozialismus in den Vordergrund. Inzwischen betätigte sich sogar der Pfarrer der evangelischen Gemeinde in Arolsen als Redner für die NSDAP. Am 8. Februar 1932 prangerte der Seelsorger die angeblich kirchenfeindlichen Politikeinflüsse von Zentrum und Sozialdemokratie an. Nur die NSDAP bot seiner Meinung nach noch die Gewähr für eine christliche Politik.²¹⁴ Die zuständige Kirchenbehörde nahm keinen Anstoß an der Propagandatätigkeit ihres Pfarrers zugunsten der NSDAP. Detaillierte Darlegung der bolschewistischen Gefahr, die Christentum und Vaterland zu vernichten drohte, kennzeichnete auch bei dieser Gelegenheit die Ausführungen. Im Nationalsozialismus lag nach Ansicht des Arolser Pfarrers die »letzte Rettungsmöglichkeit« für das gesamte Christentum.

213) Schwaner versah seine Bücher und Veröffentlichungen in der Tageszeitung vielfach mit einem Hakenkreuz, das ungeachtet der Verwendung durch die NSDAP dem »Volkserzieherbund« seit vielen Jahren als Symbol diente; vgl. z.B. WLZ Nr. 189 vom 14.8.1931. Vgl. Schwaner, W.: Das Lichtsucherbuch unterm Hakenkreuz. Berlin 1919.

214) Bericht über NSDAP-Versammlung unter dem Motto »Nationalsozialismus und Christentum« in Arolsen. WLZ Nr. 34 vom 10.2.1932. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

In bezug auf die Einschätzung des Kommunismus war sich die kleine katholische Gemeinde der Stadt Arolsen einig mit den evangelischen Christen, aber deren Parteinahme für Hitler konnte man nicht nachvollziehen. Klar distanzierten sich die beim Arolser Gemeindeabend anwesenden Katholiken vom Nationalsozialismus. Für die kommende Reichspräsidentenwahl empfahl man den Gemeindemitgliedern eine Stimmabgabe zugunsten v. Hindenburgs.²¹⁵

Die Haltung der Evangelischen Kirche zur Machtübernahme der Nationalsozialisten

Nicht unwesentlich trug die mangelnde Zurückhaltung der Evangelischen Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus zu dessen rascher Etablierung innerhalb der eigentlich konservativ eingestellten Gesellschaftsgruppen im ehemaligen Freistaat Waldeck bei. Auch das Engagement des Christlich-Sozialen Volksdienstes ab 1929/1930 konnte die Expansion der NS-Bewegung nicht durch sein konkurrierendes Auftreten begrenzen. Beteiligung aller Rechtsparteien an der Regierungsmacht und entschiedener Antikommunismus waren Leitthemen des Volksdienstes, auch noch nach der Machtergreifung. Eine Profilierung gegenüber den Deutschnationalen und der NSDAP gelang nicht, da man diesen Gruppierungen ihre christlichen Grundlagen im allgemeinen nicht absprach, so daß die Notwendigkeit einer speziellen christlichen Rechtspartei keine tiefgreifende Akzeptanz in Waldeck fand. Seinen Zenit erreichte der CSVD bei der Reichstagswahl im Jahre 1930 mit 6,7 % der Waldecker Stimmen, bei der Landtagswahl am 24. April 1932 war der CSVD-Stimmenanteil bereits auf 2,3 % zurückgegangen, und in den beiden Reichstagswahlgängen des Jahres 1932 reduzierte sich dieser Anteil auf 1,5 bzw. 1,8 % der gültigen Stimmen.

Nicht Kritik oder Besorgnis, sondern Hoffnung und Optimismus kennzeichneten die Reaktion der Evangelischen Kirche auf die Machtübernahme der konservativ-nationalsozialistischen Regierung Hitler - v. Papen - Hugenberg.

Der »Kreisverband evangelischer Jungmännervereine Waldecks« gab am 3. April 1933 folgende Erklärung heraus: »Eine neue Stunde deutscher Geschichte bricht über uns herein. Hart am Abgrund des Bolschewismus wurde Deutschlands Schicksal noch einmal zurückgerissen. Eine starke

215) Bericht über einen Familienabend der katholischen Gemeinde Arolsen unter dem Motto »Kommunismus, Nationalsozialismus und Christentum«. WLZ Nr. 51 vom 1.3.1932. Lokalteil »Waldeck und Nachbarschaft«.

Staatsführung ruft alle Deutschen zu letzter Verantwortung. Die gottgesetzten Grundlagen von Heimat, Volk und Staat werden wieder neu erkannt. Das Volk steht auf. Eine Bewegung bricht sich Bahn, die eine Ueberbrückung der Klassen, Stände und Stammesgegensätze verheißt. In dieser Stunde soll die evangelische Jugend Deutschlands wissen, daß ihre Führerschaft ein freudiges Ja zum Aufbruch der deutschen Nation sagt...«²¹⁶.

Der Reichsverband der evangelischen Jungmänner, die Dachorganisation für die waldeckischen Jungmännervereine, veröffentlichte eine derartige Ergebnisadresse erst Mitte Mai. Die evangelischen Jungmänner in Waldeck erhofften sich eine Rückbesinnung auf sittliche Werte in Beruf, Familie und Staat unter der stabilisierten Regierung. Man gab sich der Illusion hin, der Nationalsozialismus betriebe eine Wiederbelebung geschätzter Traditionen, dabei hätte der Umgang der Nationalsozialisten mit ihren innenpolitischen Gegnern jeden Christen alarmieren müssen. SA-Rollkommandos, Verhaftungen ohne Rechtsgrundlage, allgemeine Strangulierung der Bürger- und Freiheitsrechte sowie die Anlegung von Konzentrationslagern für politische Gefangene hatten unter den Augen der Öffentlichkeit stattgefunden. Verfolgungsmaßnahmen und die Existenz erster Konzentrationslager (z.B. Breitenau) für politische Häftlinge wurden vor den Bürgern nicht verheimlicht. Die NSDAP selbst bemühte sich um Publizität für diese Tatsachen, um noch nicht vom Nationalsozialismus überzeugte Bevölkerungsteile einzuschüchtern und das Aufleben einer Oppositionsbewegung durch Drohungen zu verhindern. Trotz dieser offensichtlichen Verstöße gegen Grundsätze christlicher Ethik umrahmten evangelische Pfarrer auch die Parteifeiern zum 1. Mai mit Andachten und Ansprachen.²¹⁷ Den Kooperationskurs der Kirche mit der »Nationalen Erhebung« brachte am 29. Mai 1933 das Treffen des »Evangelischen Verbandes weiblicher Jugend in Waldeck« erneut zum Ausdruck. Rund hundert Mitglieder waren erschienen, um ihr Eintreten für den »Aufbau des neuen Deutschland«²¹⁸ zu bekunden. Doch schon wenige Tage nach dem in scheinbarer Harmonie verlaufenen Maifeiertag kam erste Unruhe im Kreise der evangelischen Pfarrerschaft auf, denn eine völlig an die Interessen der Partei angekoppelte Kirchengemeinschaft, die »Glaubensbewegung Deutsche Christen« (GDC) machte der etablierten Evangelischen Kirche plötzlich Konkurrenz. Leitmotiv der GDC war es, die Ideologie der NSDAP auf den klerikalen Bereich auszudehnen. »Einer der ersten und

216) »Der Kreisverband evangelischer Jungmänner Vereine Waldecks hinter der Regierung«. WLZ Nr. 79 vom 3.4.1933.

217) »Vom Evangelischen Jungmännerwerk Deutschlands«. WLZ Nr. 116 vom 18.5.1933.

218) »Mitgliederversammlung des »Evangelischen Verbandes weiblicher Jugend« in Waldeck am 29. Mai 1933 in Rhena«. WLZ Nr. 129 vom 3.6.1933.

besten Vorkämpfer der Bewegung«, ein Pfarrer aus Frankfurt, rief Mitte Mai 1933 erstmals in Korbach zum Zusammenschluß aller regionalen Kirchenorganisationen in einer einheitlichen Reichskirche auf. Aus dem Kreuz wurde ein Hakenkreuz. Auf der ersten Versammlung der »Glaubensbewegung Deutsche Christen« referierte der Frankfurter Pfarrer über die politischen Entwicklungen der letzten Monate. Für ihn offenbarte sich, »...daß Gott Hitler seinen Segen gegeben hat, daß mit Hitler wieder einmal die Zeit erfüllt ist und Gott sich zu unserem Volk herabgeneigt hat...«²¹⁹. Eine »geistige SA« zu schaffen, »...mit Kampfgeist, aber ohne Frömmelei und mit der inneren Hingabe bis zum Tode...«²²⁰, hatte man sich zur Aufgabe gesetzt. Die Ausführungen wurden oft von Beifallsstürmen unterbrochen, berichtete die Waldeckische Landeszeitung. Ein weiterer Grund für

219) »Die erste Kundgebung der Glaubensbewegung »Deutsche Christen« in Waldeck«. WLZ Nr. 124 vom 29.5.1933.

220) Ebenda.



Für die Reichskirche!

**Erste waldeckische
öffentliche Kundgebung**

der

**Glaubensbewegung
„Deutsche Christen“.**

**Freitag, den 26. Mai, abends 8^{1/2} Uhr, im Evangl. Gemeindehaus
zu Korbach.**

Redner: Pfarrer Probst aus Frankfurt a. M.,
 Leiter der Glaubensbewegung in Groß-Hessen.
 Evangelische Partei- und Glaubensgenossen in Stadt und Land, trägt
 durch Euren Besuch dazu bei, daß die Kundgebung eine überwältigende
 wird.

Eintritt 0.25 Mf. Saalöffnung 7 Uhr.

Kreisleitung der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“
 Bifuld.

Erster Kundgebungsaufruf der »Glaubensbewegung Deutsche Christen« in Korbach. WLZ Nr. 124 vom 23.5.1933.

das Hineingehen der Kirche in den neuen Staat war für den GDC-Pfarrer die Existenz der antikirchlichen »Ludendorff-Bewegung«. Eine Ausweitung dieser Organisation wollte man auf jeden Fall unterbinden. Die »Glaubensbewegung Deutsche Christen« verfügte bereits über eine regionale Kreisleitung mit einem »Kreisfachberater für kirchliche Angelegenheiten« an der Spitze.²²¹ Nun drohte der Evangelischen Kirche die Gleichschaltung, obwohl das Machtpotential der GDC noch nicht ausreichte, die Wahl eines parteiunabhängigen Kandidaten zum Reichsbischof zu verhindern. Doch unmittelbar nach der Wahl v. Bodelschwings zum obersten Kirchenvertreter setzte eine Kampagne von NSDAP und GDC gegen die Person des ersten Reichsbischofs ein.

Im Juni 1933 fand die erste Tagung der GDC in Arolsen statt. Der »Kreisfachberater« forderte aus diesem Anlaß alle »Pgs. und Freunde der Bewegung« auf, der »Glaubensbewegung« beizutreten.²²² Listen zur Eintragung wurden in Umlauf gebracht.

Durch die Einsetzung eines »Bevollmächtigten für die evangelischen Landeskirchen Hessen-Kassel und Waldeck« Ende Juni 1933 wurde die legitime Kirchenleitung entmachtet. Zu dieser Maßnahme hatte man sich entschlossen, um nationalsozialistische Mehrheiten in den Kirchenvorständen und »Deutsche Christen« als »Vertrauensleute« einsetzen zu können.²²³ Führerprinzip und »Artgemäßheit der kirchlichen Führung« wurden nun auch im Kirchenbereich wichtige Schlagworte. Mitte Juli gelangten in den waldeckischen Gemeinden linientreue »Vertrauensleute« in ihre Positionen. Inserate in der Tagespresse, bei den Kirchenwahlen nur »Deutsche Christen« zu wählen, waren in vielen Orten überflüssig, da ohnehin nur NS-Christen auf den Wahlvorschlagszetteln zur Auswahl standen. So konnte man in Usseln zwischen einer Liste »Für evangelischen Gemeindeaufbau und -dienst« und der Liste der »Deutschen Christen« wählen, doch beide Vorschläge umfaßten die gleichen Personen, allesamt Mitglieder der GDC.²²⁴ Unausweichlich folgten in den Tagen nach der Kirchenwahl die Siegesmeldungen der NSDAP. »Der Sieg ist unser! Allen Quertreibereien zum Trotz hat sich das Kirchenvolk unseres waldeckischen Landes eindeutig für die Glaubensbewegung ›Dt. Christen‹ entschieden. Ich danke euch allen, meine Mitkämpfer! Nun pflanzt das Banner Christi mit sicherer Hand immer tiefer hinein in das deutsche Volk unseres Dritten Reiches! Wir wollen nicht kleinlich mit unseren Gegnern ab-

221) Ebenda.

222) »Aufruf zum Beitritt zur Glaubensbewegung ›Deutsche Christen‹«. Werbeanzeige. WLZ Nr. 148 vom 27.6.1933.

223) »Pressekonzferenz bei Bevollmächtigten für die Evangelischen Landeskirchen Hessen-Kassel und Waldeck, Dr. Paulmann«. WLZ Nr. 150 vom 29.6.1933.

224) »Zur Kirchenwahl«. Kirchenwahlvorschläge. WLZ Nr. 170 vom 22.7.1933.

rechnen, aber wir werden wachsam sein, damit sie nicht durch Hintertürchen wieder einbrechen in das, was wir bauen: die *eine* deutsche evangelische Kirche...«²²⁵, triumphierte der für Waldeck zuständige Unterbevollmächtigte. Als Quertreiber sah man Pfarrer an, die sich der totalen Machtausweitung der NSDAP auf die Kirche widersetzen, die also die Unabhängigkeit der Kirche bewahren wollten. Im neuen Kreiskirchentag kam es zu offenen Machtkämpfen zwischen den »Deutschen Christen« und den übrigen Kirchenvertretern. Der GDC war eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit verwehrt geblieben.

Als am 13. November 1933 der Gauobmann der Berliner »Deutschen Christen« den Totalitätsanspruch der NS-Glaubensbewegung im Berliner Sportpalast in radikalen Worten artikulierte, wuchsen innerhalb der waldeckischen Pfarrerschaft die Bedenken gegen den eingeschlagenen Kurs und die von der Partei eingesetzten Kirchenfunktionäre. Sie versuchten, den Einfluß der GDC zurückzudrängen. Zu Beginn des Jahres 1934 entbrannte ein regelrechter »Kirchenkampf«. Der Pfarrer aus Nieder-Ense sorgte als Wortführer des neuen »Pfarrer-Notbundes« für Aufsehen. Seine Flugblätter über den Dissens in der Kirchenpolitik riefen die Gestapo auf den Plan.²²⁶ Zuvor hatte bereits eine Warnung »vor den falschen Propheten« durch einen Vikar in Lengefeld die Staatsicherheitsorgane alarmiert.²²⁷ Alle Aktivitäten der »Bekennenden Kirche« wurden in der Folgezeit systematisch überwacht. Seitens der Parteianhänger wuchs der Unmut über die mangelnde »Staatstreue« einiger Pfarrer. In Arolsen sahen sich NSDAP und GDC veranlaßt, zu einer Großkundgebung für die einige NS-Kirche aufrufen zu müssen. Der amtierenden Kirchenleitung legte man wegen des ihrer Meinung nach unzureichenden Einschreitens gegen Abweichungen vom »staatstreuen« Kurs den Rücktritt nahe. Fanatiker zogen zu den Wohnhäusern der unbequemen Kirchenvertreter. Präsident Dihle wurde von der SA vorübergehend in »Schutzhaft« genommen, das Haus des Diakonissenhauspfarrers wurde von der aufgebrachtten Menge gestürmt. Angeblich um die Stimmungslage zu beruhigen, setzte der inzwischen amtierende, nationalsozialistische Reichsbischof Müller einen neuen »Bevollmächtigten« ein.²²⁸ Beschwerden der Kirche gegen diese Zwangsmaßnahme blieben erfolglos. Die bisherigen Mitglieder des Landeskirchenrates wurden in den Ruhestand verabschiedet und durch überzeugte Nationalsozialisten ersetzt, unter ihnen ein Sturmführer aus Willin-

225) Waßmann, D., a.a.O., S. 187.

226) HStA Mbg 165/3949. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel, 25.6.1934.

227) HStA Mbg 165/3949. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel, 17.1.1934.

228) Waßmann, D., a.a.O.; S. 193. HStA Mbg 165/3943. Notverordnung des Reichsbischofs betreffend die Evangelische Kirche von Waldeck und Pyrmont, 18.1.1934.

gen und der NSDAP-Kreisleiter Sempf. Dennoch mißlang ein Versuch auf dem kurhessischen Landeskirchentag in Kassel, einen NS-Bischof mit parlamentarischer Mehrheit zu inthronisieren. Daraufhin verließen die NS-Anhänger unter lauten Protestbekundungen und »Heil«-Rufen den Tagungssaal. Wenig später wurde ein neuer Landeskirchentag einberufen, den nur die GDC beschickte. Ohne eine Beschlußfähigkeit vorweisen zu können, wählten die anwesenden Nationalsozialisten einen regimetreuen Pfarrer zum Bischof und setzten eine NSDAP-orientierte Kirchenleitung ein. Da die noch amtierende Kirchenleitung diese Wahl nicht anerkannte und nicht zurücktrat, gab es fortan zwei konkurrierende Kirchenleitungen.

Bis Ende 1935 stand der waldeckische Kirchensektor ganz im Zeichen dieser Auseinandersetzung zwischen Partei bzw. parteinahen Kirchenvertretern und dem auf Kirchenautonomie bedachten Flügel der Evangelischen Kirche. Wobei die »Bekennnisfront« immer mehr Rückhalt unter den Pfarrern gewinnen konnte. Zum Jahresende 1934 zählte die Gestapo rund 1.700 Pfarrer in Kurhessen und Waldeck zur »Bekennenden Kirche«, also immerhin 60 % aller Pfarrer der Region. Nur noch 10 % standen uningeschränkt zur GDC.²²⁹

Etliche Pfarrer hatten zu dieser Zeit unter Denunziationen und Redeverboten zu leiden,²³⁰ einige wurden sogar in Haft genommen.²³¹ Empörte Nationalsozialisten nagelten mancherorts die Kirchentüren zu,²³² in einem

229) HStA Mbg 165/3949. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel, 5.12.1934.

230) Stadtarchiv Arolsen III(8)-6/12. Aktennotiz (mit der Bitte um telefonischen Rückruf bei Schwierigkeiten), Landrat Marquardt, Arolsen, erteilt Befehl, Kanzelabkündigungen der Bekennenden Kirche bei den Pfarrern in Twiste, Helmighausen, Wrexen, Arolsen, Landau, Helsen und Kulte, sowie dem Oberkirchrat in Mengerlinghausen und Kirchenrat in Arolsen sofort einzuziehen; Stadtarchiv Arolsen III(8)-6/12. Meldung des Polizeiobermeisters P. über die Ergebnisse der Überwachung des katholischen Gottesdienstes am 20.9.1936 in Arolsen; Stadtarchiv Arolsen III(8)-6/12. Schreiben des Landrates des Kreises der Twiste an die Bürgermeister von Mengerlinghausen und Arolsen sowie an die Gendarmerie des Kreises wegen der Aufhebung des bestehenden Redeverbotes gegen den evangelischen Pfarrer von Nieder-Ense, Az. I 6969, Arolsen, 2.10.1935; Stadtarchiv Arolsen III(8)-6/12. Landrat Kreis der Twiste, Rede- und Auftrittsverbot mit sofortiger Wirkung gegen den evangelischen Pfarrer der Gemeinde Nieder-Ense, Az. I 3777, Az. I 3675, Az. I 3610, Az. I 3451, Arolsen, 27.5.1935; Stadtarchiv Arolsen III(8)-6/12. Anweisung des Bürgermeisters zur Überwachung des evangelischen Pfarrers von Nieder-Ense, Az. II 2342, Arolsen 3.6.1935; HStA Mbg 165/3943. RP, Kirchenpolitik 1931 - Oktober 1934, Bericht des stellvertretenden Landrats des Kreises der Twiste über Einbrüche in die Wohnungen von Präsident Dihle und Pfarrer M., Az. I 368, Arolsen, 19.1.1934; HStA Mbg 165/3943. Meldung der Staatspolizeistelle Kassel an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin wegen der Verhaftung von Pfarrer Z., Kassel, 28.2.1934.

231) HStA Mbg 165/3943. Meldung der Staatspolizeistelle an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin, Kassel, 28.2.1934; vgl. Waßmann, D., a.a.O., S. 202.

232) HStA Mbg 165/3943. Schreiben des Polizeipräsidenten Kassel an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin, Az. 1015, Kassel, 18.1.1934.

Fall geschah dies, weil man nicht mit der Absetzung des »alten SA-Kämpfers« und GDC-Gauorganisationsleiters, der sich als »Privatvikar« in Usseln betätigt hatte, einverstanden war.²³³ Zu besonderen Spannungen kam es in Korbach zwischen dem Pfarrer der Nicolaigemeinde, der zur »Bekennenden Kirche« zählte, und dem Pfarrer von der GDC. Bei dem GDC-Pfarrer handelte es sich um einen ehemaligen Funktionär des CSVD, der nach der Machtübernahme Partei für den Nationalsozialismus ergriff. Wegen heftiger persönlicher Anfeindungen mit dem Korbacher NSDAP-Ortsgruppenleiter Casselmann mußte der GDC-Pfarrer trotz guter Beziehungen zu NSDAP- und Kreisleiter Sempff seine Gemeinde verlassen. Heftig protestierte die »Bekennnisfront« gegen jenen Kreisleiter wegen diverser Eingriffe in die Kirchenpolitik. Vor seinem kirchlichen Engagement hatte Sempff die »behördliche Beaufsichtigung und Kontrolle« über das Kasseler SA-Schutzhaftlager Karlsruhospital ausgeübt. Unter anderem bemühte sich Sempff, die Amtsenthebung des Wildunger Pfarrers zu erwirken, weil dieser eine »mißverständliche Redewendung« bei der Gedenkrede für den verstorbenen Landrat v. Trotha gebraucht habe. Ferner hatte Sempff ein Dienststrafverfahren gegen einen Pfarrer aus Heringhausen wegen angeblicher Beleidigung des BDM eingeleitet.²³⁴ Es kam zu Solidaritätsbekundungen von Pfarrern für verfolgte Kollegen.²³⁵

Einen Teilerfolg erzielte die »Bekennende Kirche« im Streit um die Einsetzung der staatlichen Kirchenkommissare. Sie erreichte einen gerichtlichen Beschluß, wonach die NS-Kirchenvertreter die usurpierten Diensträume wieder räumen mußten. Als schließlich noch ein SA-Pfarrer aus dem Landeskirchenausschuß manövriert wurde, sorgte sich die Staatspolizeistelle Kassel ernstlich um die Stellung der GDC und fürchtete bereits einen »Sieg der Bekenntnisfront und ihrer staatsfeindlichen Hintermänner«²³⁶. Zusammenkünfte von Mitgliedern der »Bekennnisfront« blieben der Staatspolizeistelle nicht verborgen, und selbst reguläre Gottesdienste wurden bespitzelt.²³⁷ Seit einiger Zeit vermittelte ein staatlicher Schlichtungsausschuß zwischen den Kontrahenten innerhalb der waldeckischen

233) HStA Mbg 165/3943. Akten »Kirchenpolitik« 1931 bis Oktober 1934.

234) Ebenda.

235) HStA Mbg 165/3949. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel, 8.4.1935.

236) HStA Mbg 165/3949. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel, 13.11.1935.

237) Stadtarchiv Arolsen III(8)-6/11. Überwachungsanweisung gegen Zeugen Jehovas des kommissarischen Landrates des Kreises der Twiste an die Bürgermeister von Arolsen, Mengerlinghausen und an die Gendarmerie des Landkreises, Az. 7631 EP, Arolsen, 30.10.1934; Stadtarchiv Arolsen III(8)-6/11. Meldung des Landrats des Kreises der Twiste an die Bürgermeister von Arolsen, Mengerlinghausen und an die Gendarmerie, daß er, Landrat Marquardt, den Gottesdienst in Dehringhausen persönlich überwachen werde, Az. I 8784, Arolsen, 15.12.1934.

Kirche.²³⁸ Selbst ein Besuch des NS-Reichsbischofs Müller in Korbach hatte den Streit nicht beilegen können. Erst die Einsetzung eines neuen Kompromiß-Landeskirchenausschusses durch Reichsminister Kerrl trug zur Beruhigung der angespannten Lage bei. Die Stellung der »Deutschen Christen« war damit in Waldeck geschwächt.²³⁹

Nach anfänglich gutem Einvernehmen zwischen nationalsozialistischen Machthabern und Evangelischer Kirche fand die NSDAP in den Folgejahren 1934/35 in der Evangelischen Kirche ihren selbstbewußtesten Kritiker. Aber erst direkte Eingriffe der Partei in das Leben der Kirche hatten den Wandel ausgelöst und etliche konservative Pfarrer in eine Oppositionsrolle getrieben.

238) HStA Mbg 165/3949. RP, Ereignismeldungen der Staatspolizeistelle Kassel, Polizeipräsident, Az. 1430, 1934-1934, Kassel, 4.5.1934; HStA Mbg 165/3949. Tagesberichte der Staatspolizeistelle Kassel vom 1.6.1934, 16.6.1934, 17.7.1934, 5.9.1934, 3.12.1934.

239) HStA Mbg 165/3949. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel, 13.11.1935.

Bemerkungen zur Strukturmerkmalen des NS-Herrschaftsapparates und nationalsozialistischen Sondereinrichtungen in Waldeck während des Dritten Reiches

Die Veralltäglicung des Terrors

Statistiken über die Anzahl der politischen Gefangenen gehörten seit dem Frühjahr 1933 zur Routinearbeit der Landratsämter in Arolsen, Bad Wildungen und Korbach. Während »kulturelle« Großereignisse, beispielsweise das »Fest der Jugend« im Juni 1933 in Arolsen,¹ die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zogen, stieg die Zahl derjenigen Personen, die wegen einer einzigen unbedachten Äußerung in »Schutzhaft« gerieten.

Einem Korbacher Heilpraktiker wurde im September 1933 eine Plauderei über die lange Vorstrafenliste des Kreisleiters Geisel zum Verhängnis. Verbotene Abtreibungen, Unterschlagungen, Hehlerei und Betrugsdelikte sollte der aus Elberfeld nach Waldeck gekommene NSDAP-Funktionär begangen haben. Zwar räumte das eingeschaltete Preußische Innenministerium umgehend ein, daß der inhaftierte Heilpraktiker nicht falsche Behauptungen, sondern Tatsachen verbreitet habe² und fügte eine Aufstellung mit insgesamt neun Vorstrafen des Kreisleiters bei, aber den zuständigen Landrat in Korbach veranlaßten diese Klarstellungen nicht, seine »Schutzhaft«-Anordnung zu revidieren.³

Ein Bewohner des Kreises der Twiste erhob ebenfalls schwere Anschuldigungen gegen Kreisleiter Geisel und landete dafür in einem »Schutzhaft«-Lager. Nach diesen Angaben hatte Geisel 100.000,- RM, Gelder des »Creditvereins Corbach«, unterschlagen.⁴

In einem anderen Fall schien ausnahmsweise einmal ein Straftäter aus den Reihen der NSDAP eine »Schutzhaft«-Strafe absitzen zu müssen. Der

- 1) Stadtarchiv Arolsen VI(4)-27/8. Bürgermeister von Arolsen an HJ-Unterbannführer von Schmieden, Rechtsanwalt Dr. Koch (Kreisleiter der NSDAP), NSDAP-Ortsgruppenleiter Sponzel, SA-Sturmbannführer Bachelier, SS-Sturmführer Rabbenstein, Stahlhelm-FAD-Lagerführer Pinder an den Stahlhelm-Ortsgruppenvorsitzenden Oberst a.D. v. Stockhausen sowie an den stellvertretenden NSDAP-Ortsgruppenleiter v. Schoeler wegen der Vorbereitungen für das »Fest der Jugend«, Arolsen, 19.6.1933 sowie an die Vorsitzenden des örtlichen Turnvereins und des Sportvereins.
- 2) HStA Mbg 165/3982 XII. Preußisches Ministerium des Inneren an RP, Az. II G 1938, 29.9.1933 und 20.9.1933; vgl. Vorstrafenregister Geisel, ausgestellt vom RP in Elberfeld sowie Schreiben des Heilpraktikers an den RP, Korbach, 15.10.1933.
- 3) HStA Mbg 165/3982 XII. Antwort von Landrat Klapp. Polizeipräsident Kassel, Staatspolizeistelle Kassel am 1.12.1933 an RP; Preußischer Ministerpräsident, Abt. GestapI an RP Kassel, Az. II B 202; Berlin, 17.1.1933.
- 4) HStA Mbg 165/3982 XII. Landrat, Kreis des Eisenbergs, an den RP, Korbach, o.D.

wegen Unterschlagung beschuldigte Kornhausdirektor hatte offenbar seine Beziehungen zu den maßgeblichen NSDAP-Funktionären vernachlässigt.⁵

Ein Arbeiter aus Netze kam wegen einer mißverständlichen Bemerkung über SS und SA in »Schutzhaft«, und gegen zwei ehemalige KPD-Mitglieder aus dem Kreis der Eder erhob man wegen des Verdachts, weiterhin den kommunistischen Ideen anzuhängen, Anklage. »Vorbereitung zum Hochverrat«⁶ unterstellte man ihnen. In derartigen »schweren« Fällen erfolgte in aller Regel eine Überstellung in das KZ Breitenau. Die amtlichen Statistiken erfaßten im September 1933 drei Häftlinge aus dem Kreis des Eisenbergs und einen aus dem Kreis der Twiste, die im Konzentrationslager Breitenau in der Gemeinde Guxhagen, wenige Kilometer südlich von Kassel gelegen, untergebracht waren. Weitere fünfzehn politische Gefangene aus Waldeck befanden sich zum gleichen Zeitpunkt in waldeckischen Gefängnissen. Einem waldeckischen Häftling gelang auf dem Transportweg in das KZ die Flucht.⁷ Im folgenden Jahr verhafteten die Sicherheitsorgane in Korbach einen Händler, der in angetrunkenem Zustand Witze über die Reichsregierung von sich gegeben haben soll,⁸ ein in Wrexen wegen regierungsfeindlicher Äußerungen in »Schutzhaft« genommener Handlungsreisender erhängte sich in seiner Arolser Zelle.⁹

Parteiinterne Intrigen waren für die zweimalige Verhaftung des Korbacher Arbeitsamtsleiters verantwortlich. SA-Oberführer Dippel erwirkte

5) HStA Mbg 165/3982 X. Landrat, Kreis des Eisenbergs, an RP, Az. I 2557, Korbach, 12.7.1933.

6) HStA Mbg 165/3982 XI. Landrat, Kreis der Eder, an RP, Az. A 5029, Bad Wildungen, 27.9.1933; vgl. ferner den Fall eines Melkers aus Ober-Waroldern, der wegen kritischer Äußerungen über die NSDAP von einem SA-Sturmabführer aus Arolsen und einem SA-Sturmführer aus Freienhagen verhaftet wurde und nach Abgabe einer »Erklärung«, nie wieder die NSDAP beleidigen zu wollen, zwei Tage später wieder entlassen wurde; Stadtarchiv Arolsen VIII(8)-6/28. Schreiben des Bürgermeisters von Arolsen, Az. II 4791, Arolsen, 29.11.1934; Stadtarchiv Arolsen VIII(8)-6/28. Schreiben des Bürgermeisters von Arolsen, Az. II/189, Arolsen, 12.1.1934; Stadtarchiv Arolsen VIII(8)-6/28. »Erklärung« des Schutzhäftlings, o.D.

7) HStA Mbg 165/3982 XI. Landratsbericht, Kreis der Twiste, Az. 5599, Arolsen, 26.9.1933; HStA Mbg 165/3981 VIII. Preußischer Minister des Inneren, Erlaß vom 18.11.1933. Bei den KZ-Einrichtungen der Zeitphase 1933/34 handelte es sich noch nicht um Vernichtungslager nach dem Muster von Auschwitz oder Treblinka, sondern um Internierungslager, in denen vor allem politische Häftlinge unter menschenunwürdigen Bedingungen Zwangsarbeit leisten mußten und schweren Schikanen durch die Lagerwachen ausgesetzt waren. Die Häftlingssterblichkeit war hoch; um Leichenüberführungen und Begräbnissen keinen »demonstrativen politischen Charakter« zu geben, erließ das Preußische Ministerium des Inneren am 18.11.1933 besondere Vorkehrungen: nächtliche Überführungen und Begräbnisse ohne familienfremde Personen wurden den Konzentrationslagerverwaltern in Oranienburg, Brauweiler, Moringen, Breitenau, Kemna-Beyenburg, Papenburg, Sonnenburg, Lichtenberg und Brandenburg auferlegt.

8) HStA Mbg 165/3949. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel, 28.6.1934.

9) HStA Mbg 165/3982 XIV. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel, 3.12.1934.

die Internierung des nationalsozialistischen Verwaltungsjuristen, weil dieser sich geweigert hatte, einen persönlichen Freund des SA-Oberführers, einen »alten Kämpfer«, der wegen Unterschlagungen aus dem Amt entfernt worden war, wieder einzustellen. Gauleiter Weinrich und SA-Gruppenführer Beckerle wurden vom Kasseler Polizeipräsidenten gebeten, in diesem Streit zwischen »Parteigenossen« zu vermitteln, denn die Auseinandersetzung hatte bereits Rückwirkungen auf das Verhältnis zwischen Parteiorganisation und SA in Korbach.¹⁰ Der eingesperrte Leiter des Korbacher Arbeitsamtes warf seinerseits dem SA-Oberführer Dippel Vetternwirtschaft und Unterschlagungen vor.¹¹

Die Einschleusung von »alten Kämpfern« in den öffentlichen Dienst führte auch in anderen Orten zu Schwierigkeiten und Reibereien. Ohne Berücksichtigung von Bildungsstand, beruflicher Qualifikation oder persönlicher Eignung mußten SA-Männer der »Kampfjahre« mit Mitgliedsnummern bis 350.000 auch von der Stadtverwaltung in Arolsen übernommen werden. Landrat Fritz Marquardt, Nachfolger des im November 1933 verstorbenen Arolser Landrats Max Wittmer, intervenierte auch in Landau zugunsten zweier SA-Männer, die bislang nicht ausreichend beschäftigt waren.¹² Von vorgesetzter Dienststelle war gesondert darauf hingewiesen worden, daß auch »alte Kämpfer«, die über keinerlei Erfahrung mit Bürotätigkeiten im öffentlichen Dienst verfügten, für derartige Aufgaben geeignet seien. Die frühzeitige Ausrichtung an den »nationalen« Interessen und ihre nationalsozialistische Gesinnung genügten nach Ansicht des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Hessen als Nachweis für ihre Eignung.¹³

»Täglich mehr oder weniger erhebliche Reibereien mit der Bürgerschaft und der Polizei«,¹⁴ verursacht durch Angehörige der »SS-Sportschule« in Korbach, registrierte Regierungsrat Dr. Hütteroth im Regierungspräsidium Anfang Mai 1934. Schon im Vormonat hatte er in einer Ereignismeldung an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin berichtet, daß »SS-Sport-

10) HStA Mbg 165/3982 XI. Schreiben des Landrates des Kreises des Eisenbergs an den RP wegen der Verhaftung von Dr. A., Korbach, 6.7.1933; HStA Mbg 165/3892 XI. Schreiben des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Hessen an RP, Az. 2403, Frankfurt/M., 25.7.1933; HStA Mbg 165/3982 XI. Polizeipräsident v. Pfeffer an RP, Kassel, 12.8.1933.

11) HStA Mbg 165/3834. Kaufmann Dippel, einst NSDAP-Stadtverordneter und von 1929 bis 1930 NSDAP-Ortsgruppenleiter in Korbach, leitete inzwischen als SA-Oberführer die SA-Untergruppe Hessen-Nassau-Nord der SA-Brigade 47 mit Amtssitz in Kassel.

12) Stadtarchiv Arolsen Landau III. Aktenvermerk, 11.7.1941. Landrat und Kreisleiter Marquardt, Kreis der Twiste, fordert den Landauer Bürgermeister auf, einen »Graphiker« sowie einen »Jagdmaler« (beides Parteigenossen mit Mitgliedsnummern unter 350.000) einzustellen.

13) Stadtarchiv Arolsen I(2i)-66/3. Anweisung des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Hessen, Az. 5380, Frankfurt/M., 5.7.1934.

14) HStA Mbg 165/3858 V. Ereignismeldung, 10.4.1934.

schüler« einen Korbacher Sportlehrer, dem man eine regierungsfeindliche Gesinnung nachsagte, in dessen Wohnung überfallen, anschließend verschleppt und so schwer mißhandelt hatten, daß eine stationäre Behandlung im Korbacher Karlsruhospital erforderlich wurde.¹⁵ Das nächste Opfer der »SS-Sportschüler« war am 6. Mai ein SA-Mann. Während einer Tanzveranstaltung des »Roten Kreuzes«, zu der eine SA-Kapelle aufspielte, fielen die SS-Leute über den Dirigenten her und verprügelten ihn vor den Augen der Gäste. Im Anschluß zog die SS-Gruppe zum Wohnhaus eines Korbacher Amtsgerichtsrates, der bei der SS als »Reaktionär« verschrien war. Die Fensterscheiben des Anwesens wurden durch Steinwürfe zerstört.¹⁶ Wegen einer scherzhaften Bemerkung, NSDAP-Mitgliedern und SA-Männern sollte man bei der Lohnzahlung doppelte Steuer- und Sozialbeitragsleistungen in Abzug stellen, mußte ein Arbeiter der »Mauser«-Werke in Waldeck-Stadt eine »Schutzhaft«-Strafe über sich ergehen lassen. Ein SA-Scharführer aus Sachsenhausen hatte die Unterhaltung in einem Eisenbahnabteil belauscht und daraufhin der Staatspolizeistelle Kassel »schnellstes Handeln« empfohlen.¹⁷

Am 10. Juni 1934 war es in Bad Wildungen zu einem Zwischenfall gekommen, der Proteste des englischen Botschafters in Berlin nach sich zog. Eine Gruppe des Wildunger SA-Motorsturms 12/48 unter der Leitung eines SA-Sturmführers hatte bei einem Umzug durch die Stadt einige Personen aufgegriffen und verprügelt, weil sie der mitgeführten NS-Fahne nicht den »Deutschen Gruß« entboten hatten. Bei einem der mißhandelten Grußverweigerer handelte es sich um einen Kurgast mit britischer Staatsbürgerschaft. Gegen den Übeltäter, den SA-Scharführer S., wurden Disziplinarmaßnahmen in Erwägung gezogen, da durch den Übergriff gegen den Engländer diplomatische Verwicklungen entstanden waren.¹⁸ Schon zuvor hatte es in Bad Wildungen Schwierigkeiten wegen einer Prügelaktion gegen einen anderen Engländer gegeben, der ein weiteres Mal durch

15) Ebenda.

16) HStA MbG 165/3858 V. Ereignismeldung, 6.5.1934.

17) HHStA 483/6350. »SA der NSDAP Sturmbann 1/390, Bad Wildungen, 30.11.1934 an die Geheime Staatspolizeistelle in Kassel. Der Führer des Sturmes 5/390, Sturmführer H., Sachsenhausen macht heute folgende Meldung: Der SA Scharführer I. Sachsenhausen erklärt anläßlich seiner Anwesenheit auf dem Sturmbüro am Sonnabend, den 24.11.34 folgendes: Auf meiner Heimfahrt von Waldeck nach Sachsenhausen äußerte der auf den *Mauserwerken in Waldeck* beschäftigte Arbeiter *L. aus Corbach* in der Bahn: »SA und Parteigenossen müßten noch einmal so viele Abzüge haben wie bisher und *wir* gar keine, desto eher kommen *wir* zum Ziele.« Ich bitte das weitere zu veranlassen. Der Führer des Sturmes 5/390 gez. H., Sturmführer«.

18) HStA MbG 165/3858 V. »Sonderakten betr. die nationalsozialistische Bewegung 1933-1945«; HStA MbG 165/3949. Tagesbericht Staatspolizeistelle Kassel an Geheimes Staatspolizeiamt Berlin, Kassel, 16.6.1934.

Singen von SA-Liedern zu nächtlicher Stunde unter seinem Hotelfenster belästigt worden war.¹⁹

Unter der Herrschaft von Bürgermeister Sempff, der zugleich NSDAP-Kreisleiter und einer der einflußreichsten Männer von ganz Waldeck war, erlebte Bad Wildungen zahlreiche NS-Übergriffe und -Verfehlungen. Die Büroräume der NSDAP-Kreisleitung waren bei der Bevölkerung als »Prügelkammer« oder »Massageinstitut« berüchtigt.²⁰ »Tatsächlich sind Übergriffe vorgekommen« merkte Polizeipräsident v. Pfeffer in seinem Tagesbericht an das Gestapa vom 6. August 1934 an. Sempff reagierte mit neuerlichen Pressionen auf die »Prügelkammer«-Enthüllungen. 529 Personen, die offenbar »Erfahrungen« mit dieser Einrichtung gemacht hatten, wurden gezwungen, Erklärungen zu unterschreiben, Ausdrücke wie »Prügelkammer« oder »Massagebüro« im Zusammenhang mit dem Büro der Kreisleitung niemals gehört zu haben. Nach Ansicht v. Pfeffers tat dieses Vorgehen dem Ansehen der »Bewegung« nur noch weiteren Abbruch.

Die Allmacht der NS-Partei dehnte sich selbst auf dem Bereich der gewöhnlichen Kriminalität aus. »Alte Kämpfer« und »verdiente Parteigenossen«, denen Eigentumsdelikte oder Gewaltverbrechen zur Last gelegt wurden, führten NSDAP-Mitgliedsnummern und Anzahl der miterlebten Saalschlachten als Entlastungsmaterial oder Begründung für Gnadengesuche an.²¹

Doch die Bevölkerungsmehrheit begriff den nationalsozialistischen Staat dennoch nicht als Terrorinstanz, sondern erfreute sich am scheinbaren Glanz der »neuen Zeit«. »Der 1. Juni 1933 wird in der Geschichte unserer Heimat für alle Zeiten als überragendes, großes Geschehen verzeichnet werden...«²², kommentierte der Waldeckische Landeskalendarer anlässlich des Besuchs von Reichsminister und preußischem Ministerpräsident Hermann Göring in Bad Wildungen. Mit ihm waren Reichswehrminister v. Blomberg und der Chef der Heeresleitung, General v. Hammerstein-Equord, angereist. Laut Angaben des Waldeckischen Landeskaltenders hatten sich rund 10.000 Waldecker zur Ansprache Görings auf dem Kundgebungsplatz in der Badestadt eingefunden. Eine »feierliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung«²³ im prunkvoll ausgeschmückten Kurhaus gehörte ebenfalls zum Besuchsprogramm.

»Bad Wildungen jubelt Hermann Göring zu – Die Stadt im Festkleid...«,²⁴ war auf dem Titelblatt der einzigen Tageszeitung zu lesen. Die

19) HStA Mbg 165/3949. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel, 16.6.1934.

20) HStA Mbg 165/3949. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel, 6.8.1934.

21) HHStA 483/6351. Akten über Gnadengesuche von NSDAP-Angehörigen.

22) Waldeckischer Landeskalendar 1934, S. 58.

23) »Bad Wildungen jubelt Hermann Göring zu«. WLZ Nr. 128 vom 2.6.1933.

24) Ebenda.



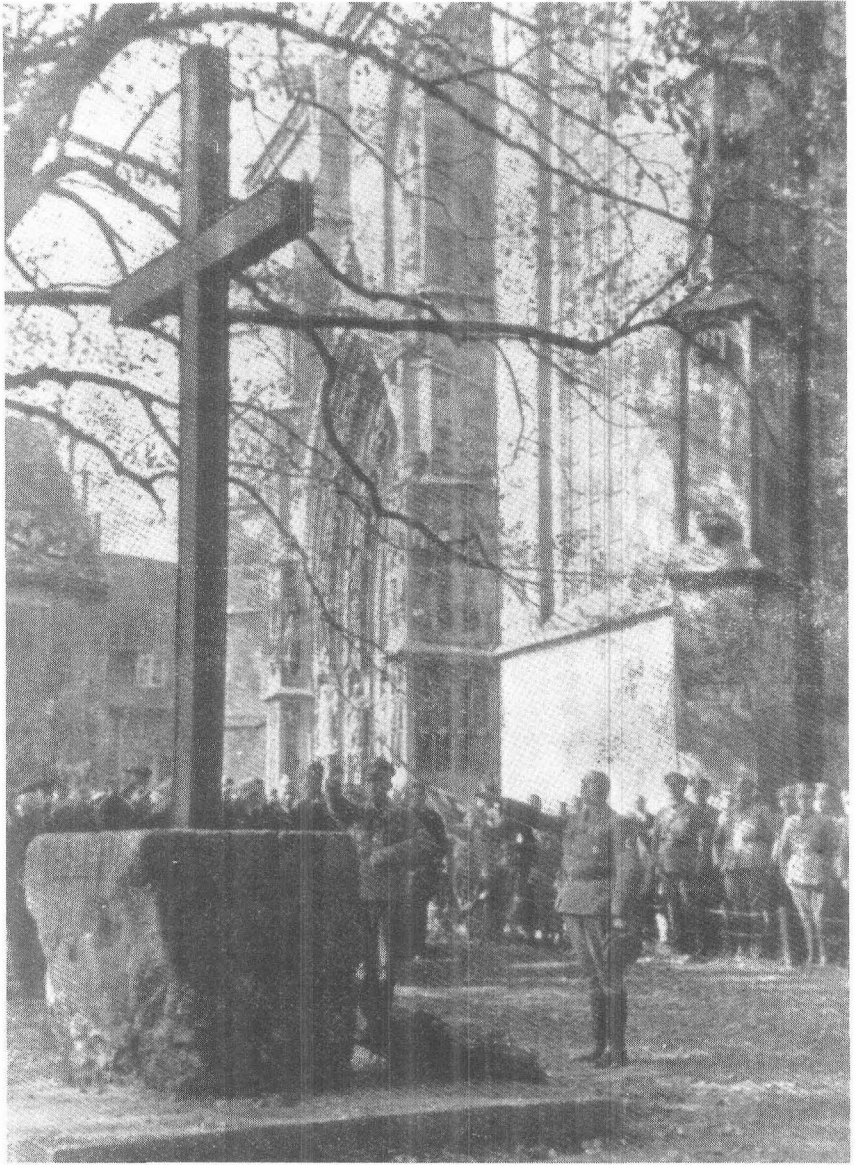
SA-Umzug durch die Korbacher Innenstadt aus Anlaß des Besuchs Walther Darrés. Casselmann, H.: 10 Jahre Ortsgruppe Korbach der NSDAP 1928 - 1938. Korbach o.J. (1938).

Rede Görings wurde im Wortlaut abgedruckt. Lang war die Liste der erschienenen Führungspersönlichkeiten aus Waldeck. Sie reichte vom Landrat über den Bürgermeister und den NSDAP-Kreisleiter bis zum Stadtverordendentvorseher.

Und ehe in der Bevölkerung nach diesem Großereignis wieder die Ruhe des Alltags einkehren konnte, kündigten sich bereits die nächsten Massenveranstaltungen an. In Korbach beging man das fünfjährige Bestehen der dortigen NSDAP-Ortsgruppe Mitte Juni mit einem dreitägigen Festprogramm.²⁵ Im Anschluß daran wurde unter großer Anteilnahme der Einwohnerschaft ein Schlageter-Denkmal auf dem Platz vor der Kilianskirche in Korbach eingeweiht.

Permanente Mobilisierungsmaßnahmen sollten Ermüdungserscheinungen und einem Nachlassen der Begeisterung für den Nationalsozialismus vorbeugen. Massenpsychologisch wirksame Großveranstaltungen ergänzten sich mit dem Terror gegen Oppositionelle zu einer in hohem Maße sy-

25) »5-jähriges Bestehen der Ortsgruppe Korbach der Nationalsozial. Deutschen Arbeiterpartei«. WLZ Nr. 131 vom 7.6.1933.



Einweihung des Schlageter-Denkmal vor der Korbacher Kilianskirche. Casselmann, H.: 10 Jahre Ortsgruppe Korbach der NSDAP 1928 - 1938. Korbach o.J. (1938).

stemstabilisierenden Strategie, zumal die weitgehende Erfassung der Bevölkerung in NS-Massenorganisationen den direkten Zugriff auf das Individuum und die direkte Kontrolle aller Bevölkerungsteile gewährleistete.

»Volksabstimmungen« 1933/34

»Wir Waldecker halten den Rekord! Am 12. November 1933 wählten die Waldecker am besten. Damals erreichten die Kreise der Eder und der Twiste die bis dahin für unmöglich gehaltene Wahlbeteiligung von 99,99 Prozent. Auch der Kreis des Eisenbergs hatte mit einer Wahlbeteiligung von 99,42 Prozent in überwältigender Weise seine Treue zu Volk und Führer Ausdruck verliehen. Mit einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 99,8 Prozent stand am 12. November 1933 unser waldeckisches Heimatland weitaus an der Spitze aller deutschen Gaue«²⁶, hieß es am 18. August 1934 rückblickend in der Waldeckischen Landeszeitung. Allerdings hatten die beinahe hundertprozentigen Ergebnisse keine große Aussagekraft, denn von einer echten Volksabstimmung oder Wahl konnte weder im Herbst 1933 noch im folgenden Jahr die Rede sein. »Er wählte am 12. November 1933 in offener Wahl wie jeder Deutsche wählte...«,²⁷ stellte eine offizielle Verlautbarung fest und offenbarte damit den tatsächlichen Charakter der Abstimmungsprozeduren. Ein Mühlenbesitzer und ehemaliger SPD-Funktionär hatte am 12. November 1933 als einziger Bürger Landaus gegen die Regierung gestimmt. Polizeipräsident v. Pfeffer meldete daraufhin dem Geheimen Staatspolizeiamt in Berlin, daß vor Ort eine »erregte Stimmung in der Bevölkerung« entstanden sei.²⁸ »Volkszornrepräsentanten« waren zur außerhalb der Stadt gelegenen Mühle des Nein-Wählers gezogen und drohten, ihn zu lynchen. Türen und Fenster wurden eingeschlagen, doch durch Verbarrikadierung und Gewehreinsatz gelang es dem Belagerten, sich und seine Familie zu retten und die Nationalsozialisten zum Abrücken zu bewegen. Die Behörden legten dem »Außenseiter« nahe, seine Gemeinde für einige Zeit zu verlassen.

Außenpolitische Hintergedanken der NS-Staatsführung bei den »Volksabstimmungen« blieben weitgehend unerkannt. Wichtiger erschienen die konkreten Folgen dieser Wahlen unter Zwang für bestimmte Personengruppen, die das verlangte Abstimmungsverhalten verweigerten. Als sich Adolf Hitler unmittelbar nach dem Tod des Reichspräsidenten v. Hinden-

26) »Wir Waldecker halten den Rekord!«. WLZ Nr. 193 vom 18.8.1934.

27) HStA Mbg 165/3858 V. »Sonderakten betr. die nationalsozialistische Bewegung 1933-1945«.

28) HStA Mbg 165/3884. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel vom 12. und 13.11.1934.

burg auch des höchsten Staatsamtes bemächtigte und seine Stellung als unumschränkter »Führer« des Deutschen Reiches in einem neuerlichen Abstimmungsgang absegnen ließ, sorgte die Wahlverweigerung der Zeugen Jehovas in Waldeck für ein gewisses Aufsehen. Trotz spezieller Aufforderung durch Parteileute waren in Mengerlinghausen vier Anhänger der Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas nicht im Wahllokal erschienen, nur ein Zeuge Jehovas nahm an der Wahl teil. Auch in Arolsen stellten die Zeugen Jehovas den größten Teil der insgesamt achtzehn Nichtwähler.²⁹ Überwachungsmaßnahmen³⁰ und schließlich Verhaftungen³¹ waren die Folge dieses Verhaltens. Mehrere Zeugen Jehovas aus Waldeck starben später in Konzentrationslagern.

In Arolsen hatte im August 1934 auch eine kleine auswärtige Reisegruppe ihre Stimmen abgegeben. Alle Wahlscheine waren mit »Nein« gekennzeichnet. Bei einer dieser Personen handelte es sich um einen katholischen Priester. Um den »guten Eindruck« nicht durch mehrere »Nein«-Stimmen gefährdet zu sehen, ließ man in einigen Stimmbezirken auch »Nein«-Stimmen verschwinden.³²

SA-Lager Arolsen

Im Juni 1933 handelten SA und Arolser Magistrat einen Vertrag über die Einrichtung eines »SA-Hilfswerkes« aus. Als Standort war die ehemalige »83er«-Kaserne vorgesehen. An eine dauerhafte Unterbringung von 300 SA-Männern war gedacht, eventuell sollte die Belegstärke auf 500 Mann ausgedehnt werden. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung faßten am 12. bzw. 16. Juni 1933 entsprechende Beschlüsse. Nur der deutschnationale Präsident des Landeskirchenrates und langjährige DNVP-Stadtverordnete Dihle sowie ein weiterer konservativer Mandatsträger enthielten sich im Stadtparlament der Stimme. Nach Willen der Mehrheit in beiden Gremien sollten der SA die Kasernengebäude unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Der neue Verwendungszweck machte eine sofortige Ausquartierung des »Stahlhelm«-Arbeitsdienstlagers notwendig. Den nationalsozialistischen Kommunalpolitikern schien ein SA- Stammlager of-

29) Stadtarchiv Arolsen I(1b)-5/13. Liste der Nichtwähler, Arolsen, 19.8.1934; Stadtarchiv Arolsen I(1b)5/11. »Abstimmungsvorstand« Arolsen und Ergebnisse der Abstimmung in den Bezirken I und II.

30) Stadtarchiv Arolsen III(8)-6/11. Überwachungsanweisung des kommissarischen Landrates des Kreises der Twiste, Az. I 7631 E/P, Arolsen, 30.10.1934.

31) Stadtarchiv Arolsen III (8)-6/16. »Schutzhaft«-Anordnung gegen Zeugen Jehovas im Kreis der Twiste, 26. 11. 1935.

32) HStA MbG 165.3949. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel vom 5.9.1934.

fenbar prestigeträchtiger als eine Einrichtung für Arbeitslose. Da die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages über weitgehende Entwaffnung, Begrenzung der Reichswehr auf 100.000 Mann und Verbot kasernierter paramilitärischer Einheiten nach wie vor in Kraft waren, kalkulierte man außenpolitische Reaktionen auf die SA-Lagereröffnung in Arolsen ein. Falls es zu Schwierigkeiten kommen sollte, gedachte man, die SA-Kaserne als zivile Einrichtung zu tarnen und die SA-Abteilung offiziell als »Gesangverein« zu führen. Da die Einquartierung eines »Gesangvereines« keinesfalls gegen außenpolitische Verträge verstoße, werde das Arolser Lager auf alle Fälle Bestand haben,³³ unterbreitete SA-Oberführer Dippel dem Magistrat der Stadt Arolsen. Der Bürgermeister von Arolsen sah für seine Stadt eine historische Stunde gekommen, als das SA-Lager am 20. November 1933 seiner Bestimmung übergeben wurde. Inzwischen sprach man nicht mehr von einem »SA-Hilfswerk«, sondern von einer »SA-Sportschule«. Die ersten SA-Lehrgangsteilnehmer wurden der Bevölkerung in der Lokalpresse als würdige »Erben« des kaiserlichen »83er«-Bataillons vorgestellt.³⁴

Lange vor der eigentlichen Eröffnung hatte die SA den größten Teil des städtischen Inventars, das im Kasernenkomplex untergebracht war, ohne Rücksprache mit der Stadtverwaltung verkauft und den Erlös für Zwecke der SA einbehalten. Nachträglich rang man der Stadt eine Billigung für dieses Vorgehen ab. Auch in der Folgezeit trat man den städtischen Gremien sehr selbstbewußt entgegen. Schon einen Tag nach der Einweihungszeremonie forderte man von der Stadt, alle anderen Einrichtungen, die ebenfalls auf dem Kasernengelände untergebracht waren, sofort auszulagern und die entsprechenden Räumlichkeiten der »Sturmabteilung« kostenlos zu überlassen. Unter anderem handelte es sich bei den beanstandeten Institutionen um eine Außenstelle des Arbeitsamtes sowie eine Jugendherberge, ferner waren Privatunterkünfte betroffen.³⁵ Nur drei Tage nach der Vorstellung dieser SA-Forderungen, entsprach die Stadt Arolsen diesem Ansinnen. 1934 hielt die SA Umbau- und Renovierungsarbeiten an

33) Stadtarchiv Arolsen II(4)-21/2. Schreiben der SA, Untergruppe Hessen-Nassau-Nord, Az. 1472.33, Kassel, 19.6.1933.

34) »Und neues Leben blüht ...«. Einweihung der SA-Sportschule in Arolsen. WLZ Nr. 247 vom 21.11.1933.

35) Stadtarchiv Arolsen II(4)-21/2. Magistratsbeschluß der Stadt Arolsen vom 12.6.1933 zur unentgeltlichen Überlassung der Kasernengebäude an die SA. Stadtarchiv Arolsen II(4)-21/2. Vereinbarung vom 17.6.1933 zwischen dem Magistrat der Stadt Arolsen und der SA-Untergruppe Hessen-Nassau-Nord, vertreten durch SA-Oberführer Dippel; Stadtarchiv Arolsen II(4)-21/2. Vertragsabänderung vom 11.12.1933, die der Forderung der SA nach Überlassung weiterer Räume, vorgetragen am 22. 11. 1933, Rechnung trägt; Stadtarchiv Arolsen II(4)-21/2. Billigung des Vertrages mit der SA durch die Stadtverordneten der Stadt Arolsen am 19.12.1933.

den Kasernenbauten für notwendig. Großzügig stellte die Stadt Geldmittel in Höhe von maximal 5.750,- RM in Aussicht, die restlichen Kosten sollten durch einen Reichszuschuß in Höhe von 3.671,- RM gedeckt werden. Die »Fürstliche Waldeckische Hauptverwaltung« überließ der SA ein 27 ha großes Übungsgelände im Forstdistrikt 20 auf unbestimmte Zeit. Eine Jahrespacht von 33,30 RM wurde vereinbart.³⁶

Nur »christliche Firmen« kamen als Lieferanten für die »SA-Sportschule« in Frage. Arolser Geschäftsleute, die an einer Geschäftsbeziehung interessiert waren, mußten sich verpflichten, nur »einwandfreie, frische Waren« zu liefern. Als Gegenleistung für ihr bisheriges Entgegenkommen ließ sich die Stadt eine Provisionsregelung zusichern, wonach 2 % aller Rechnungssummen aus dem Handel mit der »SA-Sportschule« der Stadtkasse zufließen. Ab November 1934 hatte diese »Sondersteuer«-Abführung auf Anordnung der Obersten SA-Führung zu unterbleiben.³⁷

Regionale Aspekte der »Röhm-Putsch«-Säuberung

Dem sogenannten »Röhm-Putsch«, der blutigen Ausschaltung von SA und in Ungnade gefallenen Weggefährten Hitlers durch die SS, waren auch in Waldeck Streitigkeiten und Rivalitäten vorausgegangen. Obwohl die hiesige SA mehrfach Kritik am »Stahlhelm« geübt hatte, den sie als »Hort der Reaktion«³⁸ ansah, bildete nicht der Ruf nach einer »Zweiten Revolution« hierzulande den Hintergrund für die Unstimmigkeiten. Skandale und persönliche Intrigen hatten eine Verschlechterung des Klimas innerhalb der nationalsozialistischen »Bewegung« herbeigeführt. Gegen den Kreisleiter Geisel stand der Vorwurf der Hehlerei im Raum, SA-Führer Dippel mußte ein Ermittlungsverfahren wegen Unterschlagung befürchten. Der nationalsozialistische Direktor des Korbacher Arbeitsamtes war auf Veranlassung des SA-Führers Dippel verhaftet worden, weil er sich einen »charakterlich völlig ungeeigneten« SA-Mann von der SA-Führung nicht als Mitarbeiter aufzwingen lassen wollte. Der Leiter der Deutschen Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft Korbach saß wegen des Verdachts, Veruntreuung von öffentlichen Geldern begangen zu haben, in »Schutzhaft«. Immer deutlicher wurde in der Öffentlichkeit der »übersteigerte Aufwand in der Repräsentation«³⁹ auf örtlicher Ebene kritisiert. Das Finanzgebaren

36) Ebenda.

37) Ebenda.

38) HStA Mbg 165/3949. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel vom 1.6.1934 an das Geheime Staatspolizeiamt Berlin.

39) Ebenda.

der NS-Organisationen geriet in Mißkredit. Im Zusammenhang mit Geldsammlungen durch SA, SS, HJ, BDM und »Motorstaffel« sprach der Landrat des Kreises der Twiste Ende Mai 1934 von einem »unhaltbaren Zustand«. ⁴⁰ Mehrfach seien von Beamten Geldbeträge aus öffentlichen Kassen an NS-Organisationen gespendet worden, um einen »guten Eindruck« bei den sammelnden NS-Angehörigen zu hinterlassen, bemängelte der Verwaltungschef. Außerdem sei in vielen Fällen die zweckmäßige Verwendung der Spendengelder nicht gewährleistet gewesen. Fälle von persönlicher Bereicherung und Spendengeldunterschlagungen durch SA-Abteilungen warfen ein schlechtes Licht auf die »Bewegung«. Die SA, unzufrieden mit der Finanzausstattung durch die Partei, versuchte mit allen Mitteln, ihren Anspruch auf die Führungsrolle in einer künftigen Armee des Dritten Reiches aufrechtzuerhalten. Hitler und seine Vertrauten hingegen sprachen den Schlägern der SA, zu deren Aufgaben die Einschüchterung innenpolitischer Gegner und die Absicherung der Machtübernahme gezählt hatten, die notwendige militärische Qualifikation ab. Um die auf Eroberungen abzielende Politik in absehbarer Zeit verwirklichen zu können, vertraute Hitler vielmehr auf die strategischen und taktischen Fähigkeiten des als überwiegend reaktionär eingeschätzten Reichswehr-Offizierskorps.

Als Hitler und Himmler am 30. Juni 1934 die SS unverhofft gegen die SA losschlagen ließen, glaubten viele Waldecker, es handle sich um eine längst fällige Aktion gegen Auswüchse und Verrat innerhalb der »Bewegung«. »Die gesamte Bevölkerung hat an diesen Ereignissen ...lebhaften Anteil genommen und billigt einmütig das Verhalten des Führers. Die Rede des Führers vor dem Reichstag in ihrer einzigartigen Offenheit hat in allen Teilen der Bevölkerung größte Bewunderung und Verehrung für den Führer hervorgerufen, so daß hierdurch mit der Stärkung der Staatsautorität auch gleichzeitig eine außerordentliche Stärkung des Nationalsozialismus eingetreten ist«, ⁴¹ berichtete der Landrat aus Arolsen dem Regierungspräsidenten in Kassel. Auch der Amtskollege aus dem Kreis der Eder schätzte die Reaktion seiner Kreisbewohner auf die Niederschlagung einer vermeintlichen Putschistengruppe um Stabschef Ernst Röhm positiv ein. ⁴² Restriktive Pressezensur und skrupellose Desinformationspolitik machten aus einem Mordkomplott einen »gesetzlich« sanktionierten Fall von »Staatsnotwehr« ⁴³. Etwa 150 bis 200 mißliebige Personen waren von der SS

40) HStA Mbg 165/3858 V. Landratsbericht, Kreis der Twiste, Arolsen, 22.5.1934.

41) HStA Mbg 165/3939 I. Lagebericht des Landrates, Kreis der Twiste, Az. I 5140, Arolsen, 2.8.1934.

42) HStA Mbg 165/3939 I. Lagebericht des Landrates, Kreis der Eder, Az. A 4201, Bad Wildungen, 2.8.1934.

43) Gesetzestext in Hofer, W., a.a.O., S. 70.

umgebracht worden, darunter SA-Stabschef Röhm, die SA-Führer Schneidhuber, Heines und Graf Spreti, der Reichstagsabgeordnete und NSDAP-Organisationsleiter Gregor Strasser, der ehemalige Reichskanzler und Reichswehrgeneral v. Schleicher sowie dessen Ehefrau, ferner der Bayerische Staatskommissar a.D. v. Kahr, der General v. Bredow und ein enger Mitarbeiter des amtierenden Vizekanzlers v. Papen.⁴⁴

Während der waldeckische Fürstensohn Erbprinz Josias, seit 1930 Mitglied der SS und seit März 1932 Obergruppenführer, den Auftrag erhielt, in Stadelheim einen geeigneten Hinrichtungsplatz für die SA-Deliquenten zu suchen,⁴⁵ blieb es im Waldecker Land zunächst ruhig. Aber Landrat Marquardt, der zugleich NSDAP-Kreisleiter für den Kreis der Twiste war, meldete sofort nach Bekanntwerden der Aktion, daß sich viele »alte Kämpfer«, die nicht in irgendeine Intrigen verstrickt waren, »getäuscht und mißbraucht« fühlten. Insbesondere faßten sie den Einsatz von jungen und unerfahrenen SS-Anwärtern gegen altgediente SA-Männer als »Härte und Ungerechtigkeit«⁴⁶ auf. Die Durchführung einer regionalen Säuberungswelle wurde angedeutet, jedoch nicht konkretisiert.

Nicht nur in Waldeck kam es nach den Ereignissen vom 30. Juni und 1./2. Juli 1934 zu einer Verschärfung der Streitigkeiten zwischen SA und SS. NSDAP-Kreisleiter Sempf forderte in einem Rundschreiben alle Parteigliederungen auf, endlich innerparteilich Ruhe einkehren zu lassen. Er verwies dabei auf die Verdienste der SA im Kampf um die »nationale« Sache. Aus persönlichen Fehlern einzelner SA-Führer sei die notwendige Konsequenz gezogen worden. Anhaltendes Mißtrauen gegen die gesamte SA sei daher unbegründet. »Politische Leiter, die ...glauben, sich an der SA reiben zu müssen und dadurch Zwietracht hervorrufen, werde ich rücksichtslos ...aus der Bewegung ausschließen«,⁴⁷ warnte der Kreisleiter.

Dennoch kam es in Korbach wenig später zu handfesten Auseinandersetzungen zwischen SA- und SS-Männern. An einer nächtlichen Prügelei in einer Gaststätte waren Mitglieder der Korbacher »SS-Sportschule«, der Adjutant des Kreisleiters sowie ein SA-Schulungsobmann beteiligt.⁴⁸ Auch der Landrat aus Bad Wildungen mußte über »gewisse Reibungen« innerhalb der Gliederungen der Partei berichten.⁴⁹ Während der vergange-

44) Bracher, K. D.: Die Deutsche Diktatur. Köln, Berlin 1969. S. 262.

45) Vgl. Höhne, H.: Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS. München 1979². S. 112. Erbprinz Josias war außerdem Mitglied des Reichstages, Legationsrat im Auswärtigen Amt sowie zeitweiliger Adjutant bzw. Stellvertreter Himmlers und Oberster Gerichtsherr für das Konzentrationslager Buchenwald.

46) HStA Mbg 165/3939. Landratsbericht, Kreis der Twiste, Az. I 5140, Arolsen, 2.8.1934.

47) Rundschreiben Nr. 8 der NSDAP-Kreisleitung, Az. II/GKr. 1a/34, Bad Wildungen, 2.6.1934. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist bei der Datierung des Rundschreibens ein Fehler unterlaufen. Der Inhalt legt nahe, daß es »2. Juli 1934« heißen müßte.

48) HStA Mbg 165/3858 V. Tagesbericht Staatspolizeistelle Kassel, 14.8.1934.

nen Wochen waren »auch Beschwerden gegen leitende Persönlichkeiten der Partei« zu verzeichnen gewesen, führte v. Trotha in seinem Lagebericht aus. Der kommissarische Verwaltungschef des Kreises der Twiste meldete dem Regierungspräsidenten v. Montbart, daß »einige Parteimitglieder und Angehörige der SA und SS... wegen ehrenrühriger Straftaten aus der Partei bzw. ihren Gliederungen ausgeschlossen...« werden mußten.⁵⁰ Überall im Zuständigkeitsbereich der Staatspolizeistelle Kassel wurden Klagen der SA über eine Zurücksetzung gegenüber der SS laut. Während die SS zum Dank für ihren Einsatz als unabhängige Parteigliederung anerkannt wurde, sah sich die SA um die Früchte ihres Kampfes gebracht. Als Nebeneffekt der »Röhm-Putsch«-Säuberung konnte nach Einschätzung des Polizeipräsidenten eine beachtliche Steigerung der Denunziationen verzeichnet werden.⁵¹ Eine weitere Folge der Maßnahmen gegen die SA war die Auflösung des SA-Ausbildungswesens. Ende 1934 wurde das SA-Lager in Arolsen geschlossen.

Arolsen wird »Stadt der SS« – »Waldeck-Field Advisor Report«: Zehn Jahre zwischen dem Höhepunkt nationalsozialistischer Machtentfaltung in Waldeck und dem Zusammenbruch des Dritten Reiches

1935: Arolsen wird »Stadt der SS«.⁵² Bereits im August 1934 hatte SS-Gruppenführer Heyßmeyer anlässlich eines Besuches in Arolsen angedeutet, daß an die Unterbringung eines SS-Bataillons in der alten Residenzstadt gedacht sei. Nachdem die Auflösung des SA-Ausbildungswesens beschlossen und der Vertrag zwischen der SA und der Stadt Arolsen am 18. März des Jahres 1935 zum Ende des laufenden Monats gekündigt worden war, konnten die direkten Vorbereitungen für die Einrichtung einer SS-Garnison beginnen. Flaggen- und Grünschluck waren zum Empfang der »II/SS-2-Verfügungstruppe« am 30. Oktober 1935 in Arolsen angeordnet.⁵³ Die SS bezog die Kasernengebäude, die zuvor von der SA genutzt

49) HStA Mbg 165/3939 I. Lageberichte des Landrates, Kreis der Eder, Bad Wildungen, 2.8.1934 und 4.9.1934. HStA Mbg 165/3858 V. Ereignismeldung der Staatspolizeistelle Kassel, 6.5.1934.

50) HStA Mbg 165/3858 V. Politischer Lagebericht des Stellvertretenden Landrates, Kreis der Twiste, Az. 1 6808b, Arolsen, 29.9.1934.

51) HStA Mbg 165/3949. Tagesbericht der Staatspolizeistelle Kassel vom 4.8.1934.

52) Nicolai, H., a.a.O., S. 224.

53) Stadtarchiv Arolsen II(4)-21/3. Verwaltungsamt des SS Oberabschnitts Rhein an den Bürgermeister von Arolsen, Tgb. Nr. 5013, Abt. IV/15, Koblenz, 9.9.35; Stadtarchiv Arolsen II(4)-21/4. Anordnung von Flaggen- und Grünschluck für Einzug II SS VT am 30.10.1935.

worden waren. Der 3. SS-Nachrichtensturmbann wurde von Koblenz nach Arolsen verlegt.⁵⁴ Um die SS-Verbände umfassend zufriedenzustellen, mußten Realgymnasium, Aula und Vereinsturnhalle zweckentfremdet und der SS zur Verfügung gestellt werden. Bei einer Unterredung zwischen dem Arolser Bürgermeister und dem SS-General Erbprinz Josias zu Waldeck am 7. September 1935 hatte sich zudem die Verlegung einer hohen SS-Kommandobehörde in die Vaterstadt des Prinzen abgezeichnet. Wohnungen für 70 bis 80 Stabsangehörige und deren Familien mußten umgehend bereitgestellt werden, wollte man Standort eines »SS-Oberabschnittes« werden. Wenige Tage nach den Verhandlungsgesprächen übersandte das Bürgermeisteramt dem »SS-Oberabschnitt Rhein« in Koblenz eine Liste der in Frage kommenden Gebäude. Dem Erbprinzen Josias wurde das »Neue Schloß« als Kommandositz offeriert. Seiner Fürsprache bei »Reichsführer-SS« Himmler hatten es die Stadtväter maßgeblich zu danken, daß Arolsen schließlich Standort eines SS-Oberabschnittes wurde. Stadt und Gemeindezweckverband erklärten sich zur Übernahme der anfallenden Kosten bei der Einrichtung des SS-Amtssitzes bereit. Prestigege Gewinn und Belebung des Geschäftslebens waren die Hauptargumente der Stadtväter für ihre Entscheidung pro SS-Standort. Vielleicht wurden auch Erinnerungen an die Zeit der Fürstenherrschaft wach, denn bei Erbprinz Josias handelte es sich ja um den vorgesehenen Nachfolger des Regierenden Waldeckischen Fürsten, der durch die Revolution von 1918/19 um sein Herrschererbe gebracht worden war.

Nach umfangreichen Renovierungsarbeiten, die der Stadt Unkosten in Höhe von 10.600,- RM verursachten, konnte der SS-Gruppenführer Erbprinz Josias zu Waldeck am 19. Dezember 1935 Wohnung und Amtsräume im »Neuen Schloß« beziehen. Der Name der SS-Kommandoinstanz wurde in »SS-Oberabschnitt Fulda/Werra« umgeändert. Als Übungsplatz überließ man den SS-Truppen das »Hagen«-Gelände in der Gemarkung der Nachbarstadt Mengerlinghausen. In einem Pachtvertrag mit einer Laufzeit bis zum 30. September 1966 wurde eine Jahrespacht von 4.400,- RM festgesetzt.⁵⁵ Die in Arolsen stationierte Abteilung der Verfügungstruppe gehörte zunächst zur »2. Standarte«, dann zur Standarte »Germania« und stand bis 1937 unter dem Befehl von SS-Obersturmbannführer Krüger. Danach übernahm der ehemalige Reichswehroffizier Gille diese Funktion. Nach Einschätzung des Heimatforschers und einstigen Leiters der innenpoliti-

54) HHStA 483/6401. NSDAP-Prominenz war nun oft in Arolsen zu beobachten, so Walther Darré, Heinrich Himmler und Rudolf Heß.

55) Stadtarchiv Arolsen II(4)-21/4. Die Stadt Mengerlinghausen stellt am 26.9.1936 das ca. 25 ha große »Hagen«-Gelände der SS als Übungsplatz zur Verfügung. Pachtvertrag vom 1.10.1936 mit einer Laufzeit bis zum 30.9.1966 bei einer jährlichen Pacht von 4.400,- RM.

schen Abteilung der NSDAP, Helmut Nicolai, handelte es sich bei der Arolser Einheit um einen Teil einer »...Garde ausgewählter Männer, qualitativ unbestritten besser als jeder andere Truppenteil, zu jeder Zeit den größten und bittersten Aufgaben gewachsen...«. ⁵⁶ Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges wurde die Standarte »Germania« in die SS-Division »Wiking« eingegliedert. ⁵⁷ In seiner Heimatchronik bescheinigt Nicolai der SS, »...nach Leistung und Haltung eines der besten Heere, das die Welt je gesehen hat...« ⁵⁸ gewesen zu sein. Der Division »Wiking« räumt er den Vorbildcharakter einer »ersten wirklichen europäischen Truppe« ein, in der »...Männer aus Arolsen..., Holland, Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland in einer Front gegen die Bolschewisten...« standen. Daß die »Waffen-SS« 1940 aus »SS-Verfügungstruppe« und »SS-Totenkopfverbänden«, denen die KZ-Bewachung oblag, gebildet wurde und in den folgenden Kriegsjahren an zahlreichen Ausrottungsaktionen ⁵⁹ beteiligt war, wird dabei verschwiegen.

In der Endphase des Dritten Reiches beherbergte Arolsen eine Außenstelle des Konzentrationslagers Buchenwald. Anfang 1945 verzeichnete dieses Kommando eine Belegstärke von 126 Personen, zu deren Aufgaben Arbeiten im Kasernenbereich gehörten. Das Außenlager trug die offizielle Bezeichnung »SS-Führerschule Arolsen«. ⁶⁰

Dem Höhepunkt der Verstrickung in das NS-Herrschaftssystem sollte bald das Ende des Dritten Reiches folgen. In einer Anlage zum »Field Advisor's Report« der amerikanischen »Denazification Division« vom 10. Juni 1947 bezifferte man die Zahl der vom »Gesetz für die politische Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus« Betroffenen in Waldeck auf annähernd 39.000 Personen. Jean Loevenich, öffentlicher Kläger der

56) Nicolai, H., a.a.O., S. 319.

57) Buchheim, H.: Anatomie des SS-Staates. Band 1. München 1979². S. 177.

58) Nicolai, a.a.O., S. 320.

59) Im Urteil des Internationalen Militärtribunals heißt es: »Einheiten der Waffen-SS nahmen direkt an der Tötung von Kriegsgefangenen und an Grausamkeiten in den besetzten Gebieten teil. Sie stellten Personal für die Einsatzgruppen und hatten Befehlsgewalt über die Wachmannschaften der Konzentrationslager, nachdem die SS-Totenkopfverbände, die diese ursprünglich kontrollierten, von ihr aufgesogen worden waren«. Zit. nach: Pressedienst Demokratische Initiative: Die SS – ein 4. Wehrmachtsteil? München 1979. S. 94. Angehörige von Sonderkommandos, die jüdische Arbeiter erschossen und das KZ Chelumno beim Rückzug der Front dem Erdboden gleichmachten, wurden in die »Waffen-SS« eingegliedert; Vgl. Ruckerl, A.: NS-Vernichtungslager. München 1977. S. 281: Nach eidesstattlichen Aussagen des Kommandanten des Konzentrationslagers Sachsenhausen waren im dortigen KZ etwa 4.700 Mann der »Waffen-SS« zu der einen oder anderen Zeit als KZ-Wächter tätig gewesen. Hofer, W., a.a.O., S. 116; Im Haushalt der »Waffen-SS« tauchten 1942 insgesamt elf Konzentrationslager sowie ein Frauenkonzentrationslager und zwei »Jugendschutzlager« auf. Buchheim, H.: Anatomie des des SS-Staates, a.a.O., S. 179f.

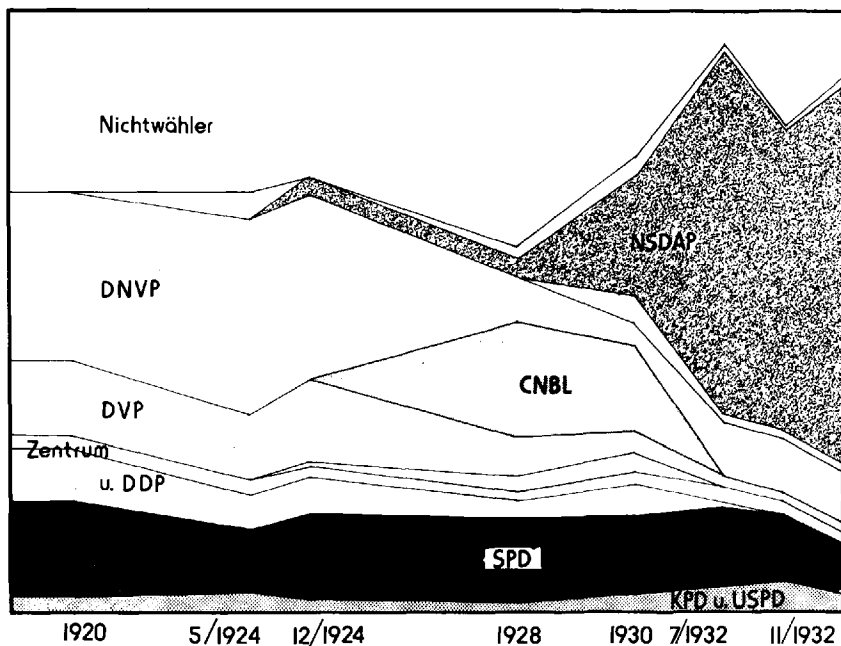
60) Kogon, E.: Der SS-Staat. Gütersloh o.J., S. 279f.

Berufungskammer Bad Wildungen und Vorstandsmitglied der CDU, bestätigte, daß mehr als die Hälfte der gesamten Wohnbevölkerung mehr oder weniger nationalsozialistisch belastet war, er nannte eine Zahl von 37.900 Personen.⁶¹ Warum ein so großer Bevölkerungsanteil im kleinbäuerlich konservativen Raum Waldeck all seine Hoffnungen in die nationalsozialistische »Bewegung« setzte, versuchte diese Studie zu erhellen. Ein ganzes Bündel verschiedener, z.T. voneinander unabhängiger Faktoren wirkte zusammen. Obrigkeitshöriger Zeitgeist, Rückwirkungen der Niederlage im Ersten Weltkrieg, als Demütigung empfundener Friedensvertrag, Identifikation der neuen politischen Staatsordnung mit dem Chaos des Zusammenbruchs, »westliche« Prägung und damit als vom Feind aufgezwungener Charakter der parlamentarisch-demokratischen Gesellschaftsordnung, panische Angst vor einer kommunistischen Weltherrschaft, wirtschaftliche Notlagen, soziale Unzulänglichkeiten, kompromißunwillige Haltung der ökonomischen Interessengruppen, in autoritären Denkmustern verhaftet gebliebene Führungspersönlichkeiten und nahezu uneingeschränkter Handlungsspielraum für die aggressivsten Feinde des Weimarer Staates waren nur einige von vielen Gründen, die einer Stabilisierung der Republik entgegenwirkten. Im Untersuchungsraum Waldeck traten regionale Probleme hinzu, die das ohnehin geringe Vertrauen in den Parteienstaat und den parlamentarischen Entscheidungsfindungsprozeß untergruben. Naturräumliche und strukturelle Ungunfstfaktoren verstärkten die allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Agrarkrise und Verlust der relativen territorialen Eigenständigkeit beschleunigten die Entfremdung zwischen Landbevölkerung und etablierten Rechtsparteien. Faktoren, die in anderen Regionen des Reiches die Verbreitung der NS-Ideologie hemmten, so beispielsweise die enge Bindung der Bevölkerungsmehrheit in Nieder- und Oberbayern, in Schwaben, Ostwestfalen oder im Raum Aachen-Köln an die Katholische Kirche, ferner die starke Verwurzelung der Arbeiterparteien SPD und KPD in Ballungsgebieten mit hohem Arbeiterwohnanteil (z.B. Berlin-Wedding, Leipzig, Jena), fehlten in Waldeck oder waren nur unterdurchschnittlich ausgebildet. Nicht weltanschauliche und revolutionäre Bekehrung, sondern Zusammenbringen einstiger Monarchisten, überzeugter Antirepublikaner und Unzufriedener unter dem einenden Hakenkreuzbanner hieß das Erfolgsrezept der NSDAP. Bauerntum und Landbevölkerung, urbaner Mittelstand und kon-

61) Vgl. »Field Advisor's Report« LSO Waldeck vom 10.6.1947. HHSStA 649 XIII (Microfilm). Loevenich, J.: Gedanken und Erfahrungen zum Gesetz für politische Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus. Akten der Amerikanischen Militärregierung in Deutschland/Hessen. National Archives of the United States RG 260/OMGUS.

servative Führungseliten vertrauten auf eine »nationale«, autoritäre, antiemanzipatorische und antisozialistische Zielkonvergenz.

Ohne Wahlergebnisse und Parteiaktivitäten in der ersten deutschen Republik detailliert zu rekapitulieren, soll eine graphische Darstellung die Grundzüge der parteipolitischen Entwicklung noch einmal veranschaulichen. Um den wichtigen Aspekt der Neuwählermobilisierung durch den Nationalsozialismus zu unterstreichen, wurden die Ergebnisse in bezug zur Gesamtzahl der Wahlberechtigten gesetzt.



Festschrift-Anmerkungen wie »Nie war Waldeck Hochburg einzelner politischer Gruppen. Gesetze, wirtschaftliche Entwicklungen und Hineinwachsen in die Zeit gaben dann aber auch 1933 in bescheidenem Rahmen den Ton an...«⁶² wirken befremdlich und lassen sich weder mit der Realität im Dritten Reich noch mit der gesellschaftlichen und politischen Situation in Waldeck während der Weimarer Republik in Einklang bringen.

62) 750 Jahre Stadt Waldeck. Jubiläumsschrift. Korbach o.J., S. 31.

Heute, mehr als fünf Jahrzehnte nach der nationalsozialistischen Machtübernahme und gut 40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges unterscheidet sich der vergrößerte Landkreis Waldeck-Frankenberg hinsichtlich des Wahlverhaltens und der politischen Grundeinstellung seiner Bewohner kaum von anderen hessischen oder bundesdeutschen Regionen. Die Abstimmungsergebnisse liegen nicht selten auf dem Niveau des Bundesdurchschnitts. Gefahren durch rechtsextremistische Kräfte sind in den letzten Jahren, abgesehen von einem kurzzeitigen Erstarken der NPD zur Zeit der »Großen Koalition« in Bonn, nicht zu beobachten gewesen. Angesichts des offenbar herrschenden demokratischen Konsenses dürfte es nicht schwerfallen, sich in Waldeck mit den Ereignissen in der Weimarer Republik und im Dritten Reich auseinanderzusetzen.

Waldecks Weg ins Dritte Reich · Zusammenfassung wichtiger Untersuchungsergebnisse

Nicht revolutionäre Bewußtseinsänderung, sondern das konsequente und geradezu »feinfühlig« Aufsammeln aller rechten, antirepublikanischen Strömungen des politischen Spektrums der Weimarer Republik sowie wirtschaftlich Unzufriedener machte den triumphalen Erfolg des Nationalsozialismus in Waldeck möglich. In der Abgeschlossenheit der ökonomisch und infrastrukturell unterentwickelten kleinbäuerlichen Agrarlandschaft lehnte man mehrheitlich den Umbruch von 1918/19 ab. Der republikanischen Staatsordnung mit all ihren Neuerungen trat man mit Ängsten, Argwohn und Skepsis, nicht mit Hoffnung entgegen. Die engere Heimat bildete für viele Waldecker eine eigene »kleine Welt«, in der man durch Rückzug auf Werte wie Ruhe, Ordnung, Gehorsam, Heimtliche oder Gemeinschaft Halt in einer unruhigen Zeit suchte.

In der Abgeschlossenheit des Waldecker Landes herrschte eine ausgeprägte konservative Grundstimmung, die sowohl von den Parteien der Rechten und ihren Repräsentanten in öffentlichen Ämtern als auch von der Evangelischen Kirche, dem regionalen Berufsverband der Landwirte, der Kriegervereinsorganisation, dem Jungdeutschen Orden und zahlreichen weiteren Vereinigungen gefördert wurde.

Ein politisches Gegengewicht in Form einer reformwilligen Arbeiterbewegung fehlte im industriearmen Waldeck weitgehend. Die Mitgliedschaft der quantitativ schwach vertretenen Arbeiterparteien war gesellschaftlich isoliert. Speziell bei der SPD förderte dieser Außenseiterstatus jedoch auch den internen Zusammenhalt, so daß die SPD als einzige Partei in Waldeck auf eine feste Parteibindung und annähernd konstante Wählerzahlen während der gesamten Weimarer Republik verweisen konnte.

Die wohl einflußreichste Organisation in der untersuchten Region war der Waldeckische Landbund. Obwohl die Politik des Reichslandbundes in erster Linie den Interessen der Großagrarien diente, war es durch Anknüpfen an Standesbewußtsein und Antikommunismus gelungen, die heimischen Kleinbauern fast geschlossen hinter der regionalen Landbundorganisation zu sammeln. Ein wichtiges Kennzeichen des Waldeckischen Landbundes war der Doppelanspruch, landwirtschaftliche Berufsvertretung und »nationale« politische Partei in einem zu sein.

Von nicht zu überschätzender Bedeutung für die politische und gesellschaftliche Entwicklung während der Weimarer Republik war die versäumte kritische Aufarbeitung der unmittelbaren Vergangenheit. Die Tabuisierung von kaiserlicher Kolonialpolitik und imperialistischen Herr-

schaftsansprüchen im Vorfeld des Ersten Weltkrieges sowie der sozialen Spannungen im Zuge der industriellen Revolution erlaubten den »nationalen« Kräften die Konstruktion eines emotional stark ansprechenden idealisierten Geschichtsbildes. Die in Zusammenbruch und Kriegsniederlage entstandene erste deutsche Republik wurde für »Versailles«, Inflation und außenpolitische Demütigungen haftbar gemacht. Den Sehnsüchten nach einer autoritären Führung und statischer Gesellschaftsordnung standen vorerst die Zersplitterung des rechten Parteilagers, berufsständische Egoismen sowie regionale und lokale Sonderwünsche im Wege.

Bei den Kreistagswahlen des Jahres 1919 bekannten sich ganze 22 % der wahlberechtigten Waldecker zu den Parteien der »Weimarer Koalition« (Zentrum, DDP, SPD). Geringe Wahlbeteiligungen offenbarten auch in der Folgezeit einen geringen Politisierungsgrad. Hinter Schlagworten wie »unpolitisch«, »unparteiisch«, »national« oder »vaterländisch« verbarg sich eine weitreichende Ablehnung der Parteiendemokratie.

Die vordergründige Identifikation mit der zum Weimarer Staat in Opposition stehenden Deutschnationalen Volkspartei endete schlagartig mit dem 1925 erfolgten Eintritt der DNVP in die Reichsregierung. Zur Entfremdung von der DNVP und den übrigen traditionellen Rechtsparteien trug ferner der von allen Parteien gebilligte und aus finanziellen Gründen unumgängliche Anschluß Waldecks an das »rote« Preußen bei. Mit der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei schien eine einende, sowohl den autoritär-konservativen Grundüberzeugungen als auch den landwirtschaftlichen Sonderinteressen dienende Kraft gefunden zu sein. Doch die Erfolglosigkeit auf Reichsebene ließ diese Hoffnung wie eine Seifenblase zerplatzen. Ratlosigkeit, ohnmächtige Wut und parteipolitisches Machtvakuum auf der Rechten traten offen in Erscheinung. In dieser Phase schärfster Ablehnung des ganzen »Systems« und höchster Erregung über die miserable Preis- und Absatzlage auf dem Agrarmarkt bot sich die NSDAP, bis 1928 in Waldeck fast unbekannt geblieben, als radikalste, kompromißloseste und kampfbereiteste Alternative zum bestehenden »System« an. Ausgehend von infrastrukturell und agrarklimatisch besonders benachteiligten Dörfern des waldeckischen Uplandes wurde die NSDAP bald in allen Gemeinden, wo nationalsozialistische Wanderredner die »neue Bewegung« vorgestellt hatten, zum Ausdrucksmittel für allgemeinen Protest. Sensationelle Erfolge in einigen Landgemeinden zeigten den NS-Parteistrategen Mobilisierungsmöglichkeiten, die durch ein spezielles Eingehen auf agrarpolitische Probleme während der kommenden NSDAP-Versammlungsoffensiven ausgeschöpft werden konnten. Die Selbstdarstellung als »nationalste« Kraft des »nationalen« Lagers legte auch den konservativen Autoritäten und Eliten in Gesellschaft, Verwaltung und Wirtschaft eine Interessenkonvergenz zwischen Nationalsozialis-

mus und tradierten Wertvorstellungen nahe. Mit der energischen Ausräumung national-»sozialistischer« Assoziationen durch die in Waldeck aktiven NSDAP-Wanderredner war ein mögliches Hindernis beim Ansprechen national-konservativer Gesellschaftsschichten beseitigt. Anders als in ebenfalls kleinbäuerlich-konservativ strukturierten Regionen Bayerns,¹ wo sozialkonservative Beharrungskräfte der Ausweitung des Nationalsozialismus entgegenwirkten, trugen im ehemaligen Freistaat Waldeck die alten Führungskräfte aus Landbund, Evangelischer Kirche und Beamtenapparat, geleitet von einem gemeinsamen Bolschewismus-Feindbild, zum steilen Aufstieg der NS-Partei maßgeblich bei. Auch die dörfliche Siedlungsstruktur, die den NSDAP-Werbebemühungen in Bayern Grenzen zeigte, wurde in Waldeck von den Nationalsozialisten geschickt funktionalisiert. Eine aufopferungsbereite, fanatisierte Anhängerschaft ermöglichte der NSDAP eine flächendeckende Propagandatätigkeit. Tonfilmvorfürungen oder nationalsozialistische »Deutsche Abende« mit Gesang, Gedichtvorträgen, »lebenden Bildern«, Aufmärschen und Tanz lockten die kulturell wenig verwöhnte, hart arbeitende Dorfbewohnerschaft magnetisch an. Auf diese Weise konnten die Nationalsozialisten erstmals auch politisch Desinteressierte und von der Politik bisher weitgehend ausgeschlossene Frauen ansprechen. Obendrein verfügte die NSDAP mit dem Waldecker Beobachter über ein eigenes Presseorgan. Auch zwischen den eigentlichen Wahlkämpfen blieb die nationalsozialistische »Bewegung« präsent, was vielfach als Zeichen besonderer Bürgernähe empfunden wurde. Ab 1930/31 determinierten die Nationalsozialisten den öffentlichen Meinungsbildungsprozeß, denn gegen die NSDAP gerichtete Medien fehlten, und die übrigen Parteien, die mit ihren herkömmlichen Vortragsabenden unmittelbar vor Wahlentscheidungen nur eine geringe Zuhörerresonanz fanden, hatten der NS-Versammlungsflut nicht viel entgegenzusetzen. Dörfliches Gemeinschaftsstreben und Anpassungsdruck wirkten nun zusätzlich zugunsten der NSDAP. Analysen der Wahlergebnisse bestätigten, daß parallel zum »Aufsaugen« des bürgerlich-konservativen Wählerpotentials eine intensive Mobilisierung bisheriger Nichtwähler gelang. Als besonders hilfreich hatte sich für die NSDAP die Einbeziehung in die »nationalen« Protestbewegungen gegen Youngplan oder für eine vorzeitige Auflösung des Preußischen Landtages erwiesen. Deutschnationale, Landbund, »Kyffhäuser«, Evangelische Kirche und Jungdeutscher Orden sorgten durch ihren Schulterschuß mit den Nationalsozialisten in der Anti-»Versailles«- und Anti-»Youngplan«-Kampagne für die Integration der NSDAP in das »nationale« Lager. 1931, als Waldeckischer Landbund,

1) Vgl. Broszat, M. (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit. München, Wien, 1977/1983. S. 21ff., 369ff., 487ff.

Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei, Wirtschaftspartei, Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei und »Stahlhelm« eine gemeinsame Phalanx mit der NSDAP gegen das demokratisch legitimierte preußische Landesparlament bildeten, hatte sich die NS-Partei, von ihren »Partnern« kaum bewußt registriert, in den Mittelpunkt des »nationalen« Lagers manövriert und eine Assoziation zwischen »nationaler« Politik und nationalsozialistischer »Bewegung« gefördert.

Die Radikalisierung der alten Rechtsparteien und deren autoritäre Bekenntnisse hielten den Wählerstrom zur NSDAP nicht auf, vielmehr wirkten sie als Bestätigung für die Notwendigkeit einer radikalen Wende, wie man sie nur noch den Nationalsozialisten zutraute. Der von der DDP repräsentierte politische Liberalismus, ohnehin im Abschwung begriffen, zerbrach am paradoxen Bündnis mit dem als antibolschewistischem Kampfverband konzipierten Jungdeutschen Orden. Die völlig irritierte Anhängerschaft beider Strömungen konnte vom Nationalsozialismus unproblematisch absorbiert werden.

Die von der SA in die politische Auseinandersetzung getragene Brutalität stieß nicht auf Empörung der bürgerlichen Wählerschaft. Dank des Wohlwollens von Justiz, Behörden und Medien wurde sie in Waldeck als Ausdruck eines heldischen Abwehrkampfes gegen drohende marxistische und bolschewistische Gefahren aufgefaßt. Als nach der Machtübernahme Kommunisten und Sozialdemokraten unter den Augen der Öffentlichkeit systematisch verfolgt wurden, traf dies auf Genugtuung bei vielen »Nationalbewußten«.

Auf Gemeinde- und Kreisebene stellten sich die Behörden »freudig« hinter die Regierung der »Nationalen Konzentration«, und sie widmeten sich fortan mit Akribie der »bürokratisch-kalten Verwaltung« (Varain) des von »Schutzhaft«- und KZ-Internierungen ausgehenden Schreckens: Mißhandlungen und Einkerkierungen von Andersdenkenden im Zuge der propagierten »Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel« durch SA- und »Stahlhelm«-Hilfspolizeieinheiten, aber auch durch reguläre Polizeiverbände,² wurden von einer breiten Öffentlichkeit als überfälliges Auf-

2) Vgl. zusätzlich die Rede Hermann Görings am 3.3.1933 in Frankfurt/M.: »Ich denke nicht daran, in bürgerlicher Manier und bürgerlicher Zaghaftigkeit nur einen Abwehrkampf zu führen. Nein, ich gebe das Signal, auf der ganzen Linie zum Angriff vorzugehen! Volksgenossen, meine Maßnahmen werden nicht angekränkt sein durch irgendeine Bürokratie. Hier habe ich keine Gerechtigkeit zu üben, hier habe ich nur zu vernichten und auszuroten, weiter nichts! Dieser Kampf, Volksgenossen, wird ein Kampf gegen das Chaos sein, und solch einen Kampf führe ich nicht mit polizeilichen Machtmitteln. [...] Gewiß, ich werde die staatlichen und die polizeilichen Machtmittel bis zum äußersten auch dazu benutzen, meine Herren Kommunisten, damit Sie hier nicht falsche Schlüsse ziehen, aber den Todeskampf, in dem ich euch die Faust in den Nacken setze, führe ich mit denen da unten, das sind die Braunhemden!«. Zit. nach Hennig, E., a.a.O., S. 26f.

räumen, als notwendiger Dienst für das Vaterland bzw. als Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung aufgefaßt. Konservative Eliten sahen im Nationalsozialismus ein Anknüpfen an ein »herrliches Reich«,³ das durch den verhaßten Umbruch von 1918/19 zerschlagen worden war. Die nationalsozialistische Machtübernahme interpretierte man als Rettung vor dem drohenden Bolschewismus sowie als Beginn einer »neuen Zeit«. Stellvertretend für weite konservative Kreise hob ein Bürgermeister anlässlich der konstituierenden Sitzung seines Stadtparlaments im Frühjahr 1933 hervor, daß starke Staatsgewalt und eine vom Parteienhader befreite »Volksgemeinschaft«, beides als unabdingbar erachtete Stützen des »neuerstehenden Reiches«, durch die »gewaltigste politische Umwälzung, die die deutsche Geschichte jemals sah«,⁴ nun verwirklicht seien. Mit der Einsetzung des neuen Reichskanzlers am 30. Januar 1933 schien für viele auch ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur erhofften Revision des europäischen Nachkriegs-Status quo – nur durch einen neuerlichen Waffengang realisierbar – vollzogen.

Die in der Landwirtschaft Tätigen, deren Protesthaltung dem nationalsozialistischen Aufstieg in Waldeck entscheidende Impulse gab, identifizierten sich mit dem neuen Regime, das durch die militärstrategisch motivierte Mystifizierung des Bauernstandes als »Blutquell des deutschen Volkes« die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den Hintergrund treten ließ. Planwirtschaftliche Eingriffe in den Agrarmarkt und restriktive Preisreglementierungen wirkten erst allmählich ernüchternd.

Lediglich im Bereich der Evangelischen Kirche, die dem Nationalsozialismus vor 1933 wegen seiner radikal antibolschewistischen Grundeinstellung sehr aufgeschlossen gegenüberstand und nach der Machtübernahme die Verfolgung politischer Gegner widerspruchslos hinnahm,⁵ verbreitete sich ab 1934 eine spürbare Resistenzhaltung, als die NSDAP durch direkte Eingriffe in die interne Kirchenverwaltung auch dort ihren totalitären Machtanspruch durchzusetzen trachtete.

3) WLZ vom 1.4.1933. Ansprachen der Bürgermeister und Landräte zur Eröffnung der Kommunalparlamente im Frühjahr 1933.

4) Ebenda.

5) *Erinnert sei an ein vielzitiertes Wort von Pastor Martin Niemöller: »Als die Nazis die Kommunisten holten, / habe ich geschwiegen; / ich war ja kein Kommunist. / Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, / habe ich geschwiegen; / ich war kein Sozialdemokrat. / Als sie die Katholiken holten, / habe ich nicht protestiert; / ich war ja kein Katholik. / Als sie mich holten, / gab es keinen mehr, / der protestieren konnte.«*

Antisemitische Ausschreitungen gehörten in der untersuchten Region zur Tagesordnung; dafür sorgten in erster Linie die in Korbach und Arolsen einquartierten SA- und SS-Abordnungen.⁶

Mit dem Einzug des Führungsstabes des SS-Oberabschnitts Fulda-Werra in der ehemaligen Residenzstadt Arolsen kam in der Person des Erbprinzen Josias auch wieder das populäre Fürstenhaus zur Geltung. Somit erleichterte die waldeckische Loyalität gegenüber der einstigen Landesführung zugleich die Identifikation mit dem nationalsozialistischen Staat.

6) Vgl. auch Hermes, H.: Deportationsziel Riga – Schicksale Warburger Juden. Warburg 1982. S. 22, wo darauf hingewiesen wird, daß die in Arolsen stationierte SS-Einheit »Germania« am 10. November des Jahres 1938 die Synagoge in Warburg zerstörte.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Benutzte Archivbestände

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

Bestand 483, Gau Kurhessen.

Bestand 649, Akten der amerikanischen Militärregierung in Deutschland (Hessen) – National Archives of the United States/OMGUS.

Hessisches Staatsarchiv Marburg

Bestand 122, Akten der Waldeckischen Kammer.

Bestand 135, Akten der Waldeckischen Landesvertretung.

Bestand 150, Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau.

Bestand 165, Regierungspräsident in Kassel.

Bestand 180, waldeckische Kreise.

Bestand 180, Arolsen (Kreis der Twiste).

Bestand 180, Bad Wildungen (Kreis der Eder).

Bestand 180, Korbach (Kreis des Eisenbergs).

Stadtarchiv Arolsen

Abteilungen I-IV, VI, VIII, XI, XV.

Abteilung Landau/III.

Abteilung Braunsen/III.

Abteilung Massenhausen/I.

Stadtarchiv Korbach

Verwaltungsberichte 1931-1935.

Stadtarchiv Mengershausen.

Abteilungen I und III.

Zeitschriftenarchiv der Justus-Liebig-Universität Gießen

»Hessische Heimat«, Jahrgänge 1971 und 1973.

»Heimat-Schollen«, Jahrgänge 1928, 1929, 1930.

Zeitungsarchiv des Bing-Verlages, Korbach

»Waldeckische Landeszeitung«, Jahrgänge 1918 bis 1934.

Zeitgenössische Zeitungen und Zeitschriften

- »Hamburger Echo«,
 Einzelexemplare, Ausschnitte 1927
 (Hessisches Staatsarchiv Marburg).
- »Heimat-Schollen«,
 Jahrgänge 1928, 1929, 1930
 (Zeitschriftenarchiv der Justus-Liebig-Universität Gießen).
- »Hessische Volkswacht«,
 Einzelexemplare aus den Jahren 1931 und 1932
 (Hessisches Staatsarchiv Marburg, Bestand 165).
- »Kasseler Post«,
 Einzelexemplare, Ausschnitte 1930
 (Hessisches Staatsarchiv Marburg).
- »Kasseler Tageblatt«,
 Ausschnitte 1930
 (Hessisches Staatsarchiv Marburg, Bestand 165/3942 I).
- »Kasseler Volksblatt«,
 Einzelexemplare und Ausschnitte
 (Hessisches Staatsarchiv Marburg).
- »Neue Arbeiterzeitung«,
 Ausschnitte 1931
 (Hessisches Staatsarchiv Marburg).
- »Völkischer Beobachter«,
 Jahrgang 1931
 (Zeitschriftenarchiv der Justus-Liebig-Universität Gießen).
- »Waldecker Beobachter«,
 Einzelexemplare und Ausschnitte
 (Hessisches Staatsarchiv Marburg, Bestand 165).
- »Waldeckische Landeszeitung«,
 Jahrgänge 1918 bis 1934
 (Zeitungsarchiv des Bing-Verlages, Korbach).
- »Die Weltbühne«,
 Einzelexemplar aus dem Jahr 1930
 (Hessisches Staatsarchiv Marburg).
- »Wildunger Zeitung«,
 Einzelexemplare aus dem Jahr 1919
 (Hessisches Staatsarchiv Marburg, Bestand 180, Bad Wildungen).

Zeitgenössische Literatur

Bing, Hermann:

Finanzgeschichte Waldeck-Pyrmonts. Korbach 1929.

Casselmann, Heinrich:

10 Jahre Ortsgruppe Korbach der NSDAP 1928-1938. Korbach o.J. (1938).

Göring, Hermann:

Aufbau einer Nation. Berlin 1934².

Landeskriegerverband Waldeck-Pyrmont:

Geschäftsberichte für die Jahre 1909 und 1912 (Hessisches Staatsarchiv Marburg).

Papen, Franz v.:

Die Parteien. In: Neumann, Alfred; Brozi, Alfred (Hrsg.): Die Einheit der nationalen Politik. Stuttgart 1925.

Ploetz, Dietrich v.:

Der Anschluß Waldecks an Preußen. Diss. phil., Göttingen, Korbach 1932.

Schwaner, Wilhelm:

Das Lichtsucherbuch unterm Hakenkreuz. Berlin 1919.

Spengler, Oswald:

Der Untergang des Abendlandes. München 1923. Neudruck München 1980⁶.

Verwaltungsberichte der Stadt Korbach. Jahrgänge 1932 bis 1935 (Stadtarchiv Korbach).

Waldeckischer Landeskalendar. Jahrgänge 1932 bis 1935.

Waldeckische Regierungsblätter. Jahrgänge 1918 bis 1928.

Waldeckisches Staats-Handbuch auf das Jahr 1928. Mengeringhausen, Korbach o.J. (1927/28).

Literatur seit 1945

Adam, Uwe Dietrich:

Judenpolitik im Dritten Reich. Düsseldorf 1979.

Arnold, G.:

Voraussetzung und Verlauf des Kapp-Lüttwitz-Putsches im März 1920 und dessen Abwehr durch die organisierte Arbeiterbewegung in den Städten Frankfurt und Kassel. Staatsexamensarbeit, Marburg 1977.

Bing, Hermann:

Die Zeitung des Waldecker Landes – 90 Jahre WLZ. 600 Jahre Vereinigung von Alt- und Neustadt – 600 Jahre Schützengilde Korbach 1377-1977. Sonderdruck, Korbach 1977.

Booms, Hans:

Die Deutsche Volkspartei. In: Matthias, Erich; Morsey, Rudolf (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Düsseldorf 1979.

Bracher, Karl Dietrich:

Die Auflösung der Weimarer Republik. Düsseldorf 1978.

Bracher, Karl Dietrich:

Die deutsche Diktatur. Köln 1969.

Bracher, Karl Dietrich:

Die Technik der nationalsozialistischen Machtergreifung. In: Der Weg ins Dritte Reich 1918 - 1933. München, Zürich 1983⁴.

Bracher, Karl Dietrich:

Stufen der Machtergreifung. In: Bracher; Schulz; Sauer: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Bd. I, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1979.

Broszat, Martin (Hrsg.):

Bayern in der NS-Zeit. 6 Bde., München, Wien 1977/1983.

Broszat, Martin:

Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik. München 1984.

Buchheim, Hans:

Anatomie des SS-Staates. Bd. 1. Die SS – das Herrschaftsinstrument Befehl und Gehorsam. München 1979².

Buchheim, Karl:

Die Weimarer Republik. Das Deutsche Reich ohne Kaiser. München 1978².

Burgelin, Henri:

Die Wahlen vom September 1930. In: Grosser, Alfred (Hrsg.): Wie war es möglich? – Die Wirklichkeit des Nationalsozialismus – Neun Studien. Frankfurt/M. 1982².

Erdmann, Karl Dietrich:

Die Weimarer Republik. Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte. Bd. 19, München 1983⁴.

Erdmann, Karl Dietrich:

Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933 - 1939. Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte. Bd. 20, München 1984⁴.

Erdmann, Karl Dietrich:

Das Ende des Reiches und die Neubildung deutscher Staaten. Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte. Bd. 22, München 1983³.

Festschrift »50 Jahre SPD Korbach«. Vorstand des SPD-Ortsvereins Korbach (Hrsg.). Korbach 1961.

Frenz, Wilhelm:

Der Aufstieg des Nationalsozialismus in Kassel 1922 bis 1933. In: Hennig, Eike (Hrsg.): Hessen unterm Hakenkreuz. Frankfurt/M. 1983.

Galinski, Dieter; Herbert, Ulrich; Lachauer, Ulla (Hrsg.):

Nazis und Nachbarn. Schüler erforschen den Alltag im Nationalsozialismus. Hamburg 1981.

Gaertringen, Friedrich Frhr. Hiller v.:

Die Deutschnationale Volkspartei. In: Matthias, Erich; Morsey, Rudolf (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente. Düsseldorf 1979.

Görlich, Paul:

Die Geschichte der Korbacher Juden. In: Hessische Heimat Nr. 3 vom 3.2.1973.

Haffner, Sebastian:

1918/19 – Eine deutsche Revolution. München 1979.

Hamer, Kurt; Schnuck, Karl-Werner; Schwarz, Rolf (Hrsg.):

Vergessen und verdrängt – Eine andere Heimatgeschichte – Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus in den Kreisen Rendsburg und Eckernförde. Eckernförde 1984.

Haseloff, Wolfgang:
Die politischen Parteien und die Wahlen in Waldeck 1867 - 1953. Diss.
phil., Marburg 1955.

Hennig, Eike (Hrsg.):
Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in
Hessen. Frankfurt/M. 1983.

Hermes, Hermann:
Deportationsziel Riga. Schicksale Warburger Juden. Warburg 1982.

Hessische Staatsarchive:
Ausstellung zum Hessentag 1984 in Lampertheim. Auswanderung aus
Hessen. Marburg 1984.

Hildebrand, Klaus:
Das Dritte Reich. München, Wien 1980.

Hofer, Walther:
Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945. Frankfurt/M. 1974²³.

Höhne, Heinz:
Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS. Gütersloh, Mün-
chen 1979².

Hölting, Bernward:
Die geographische Situation und die geologischen Verhältnisse im Land-
kreis Waldeck. In: Der Landkreis Waldeck – Geschichte, Landschaft,
Wirtschaft. Oldenburg 1968.

Kammler, Jörg:
Nationalsozialistische Machtergreifung und Gestapo – am Beispiel der
Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Kassel. In: Hennig, Eike
(Hrsg.): Hessen unterm Hakenkreuz. Frankfurt/M. 1983.

Kogon, Eugen:
Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. Gütersloh
o.J.

Kolb, Eberhard:
Die Weimarer Republik. München, Wien 1984.

Krause-Vilmar, Dietfrid:
Das Konzentrationslager Breitenau 1933/34. In: Hennig, Eike (Hrsg.):
Hessen unterm Hakenkreuz. Frankfurt/M. 1983.

Kühnl, Reinhard:
Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. Köln 1975.

Der Landkreis Waldeck.

Geschichte, Landschaft, Wirtschaft. Oldenburg 1968.

Loevenich, Jean:

Gedanken und Erfahrungen zum Gesetz für politische Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus. Akten der Amerikanischen Militärregierung in Deutschland (Hessen), RG 260/OMGUS. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Bestand 649 XIII.

Luckemeyer, Ludwig:

Liberales Waldeck und Pyrmont und Waldeck-Frankenberg 1821-1981. Festschrift Karl-Hermann-Flach-Stiftung (Hrsg.). Korbach 1984.

Matthias, Erich; Morsey, Rudolf (Hrsg.):

Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente. Düsseldorf 1979.

Medding, Wolfgang:

Korbach – Die Geschichte einer deutschen Stadt. Korbach 1955.

Michalka, Wolfgang; Niedhart, Gottfried (Hrsg.):

Die ungeliebte Republik. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik Weimars 1918-1933. München 1984³.

Michalka, Wolfgang (Hrsg.):

Das Dritte Reich – Dokumente zur Innen- und Außenpolitik. Bd. 1. »Volksgemeinschaft« und Großmachtpolitik 1933-1939. München 1985.

Miller, Susanne; Potthoff, Heinrich:

Kleine Geschichte der SPD. Darstellungen und Dokumente 1848-1980. Bonn 1981⁴.

Nicolai, Helmut:

Arolsen – Lebensbild einer deutschen Residenzstadt. Glücksburg 1954.

Pressedienst Demokratische Initiative (PDI):

Die SS – Ein 4. Wehrmachtsteil? PDI-Taschenbuch 4. München 1979.

Rosenberg, Arthur:

Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik. Frankfurt/M. 1983.

Rückerl, Adalbert (Hrsg.):

NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse – Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmno. München 1977.

Schön, Eberhart:

Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen. Meisenheim 1972.

Schöps, Eleonore:

Das Landvolk und die politischen Wahlen in Waldeck 1930-1935. Staatsexamensarbeit. Gießen 1969.

Schulz, Gerhard:

Die Anfänge des totalitären Maßnahmenstaates. In: Bracher; Schulz; Sauer: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Bd. 2. Frankfurt/M., Berlin, Wien 1974.

Sontheimer, Kurt:

Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. München 1978.

Tormin, Walter:

Die Weimarer Republik. Hannover 1977²⁴.

Voigt, A.:

1933-1945. In: Jubiläumsschrift »750 Jahre Stadt Waldeck«. Magistrat der Stadt Waldeck (Hrsg.). Korbach o.J.

Walter, Hans-Dietrich:

Das Ende des Fürstentums Waldeck. Wetterburg, Frankfurt/M. 1970 (ungedruckt).

Waßmann, Dieter:

Waldeck – Geschichte einer Landeskirche. Kassel 1984.

Wolkers, Wolfgang:

Einwirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Raumes dargestellt am Beispiel Waldeck 1867-1967. Diss. phil., Berlin 1972.

Nationalsozialismus in Nordhessen

Schriften zur regionalen Zeitgeschichte

Gesamtverzeichnis

Herausgegeben von
der Gesamthochschule
Kassel, Fachbereich
Erziehungswissenschaft/
Humanwissenschaften

Schäferberg – ein Henschel-Lager für ausländische Zwangsarbeiter

von Klaus Mosch-Wicke

2. Aufl., Kassel 1985, vergriffen

*

Pfaffenwald – Sterbe- und Geburtenlager 1942–1945

von Susanne Hohlmann

2. Aufl., Kassel 1988, DM 12,60

*

„Euthanasie“ und Lebensvernichtung am Beispiel der Landesheil- anstalten Haina und Merxhausen – eine Chronik der Ereignisse 1933–1945

von Manfred Klüppel

3. Aufl., Kassel 1985, DM 9,80

*

Das Außenkommando Hess. Lichtenau des Konzentrations- lagers Buchenwald 1944/45

von Dieter Vaupel

2. Aufl., Kassel 1984, DM 12,60

*

Als jüdische Schülerin entlassen. Erinnerungen und Dokumente zur Geschichte der Heinrich-Schütz- Schule in Kassel

von Dietrich Heither, Wolfgang Mat-
thäus und Bernd Pieper

2. Aufl., Kassel 1987, DM 14,50

*

Lebensskizzen kriegsgefangener und zwangsverpflichteter Ausländer im Raum Fritzlar-Ziegenhain 1940–1943

von Eva-Maria Krenkel, Dieter Nürn-
berger u. a.

Kassel 1985, vergriffen

Sprengstoff aus Hirschhagen Vergangenheit und Gegenwart einer Munitionsfabrik

von Wolfram König und Ulrich
Schneider

3. Aufl., Kassel 1990, DM 19,80

*

Schulzeit auf dem Lande. Gespräche und Untersuchungen über die Jahre 1933–1945 in Watten- bach

von Maili Hochhuth

Kassel 1985, DM 16,80

*

Mauern des Schweigens durchbre- chen.

Die Gedenkstätte Breitenau

Hrsg. von Jutta Dillmann, Dietfried
Krause-Vilmar, Gunnar Richter

Kassel 1986, DM 10,—

*

Zwangsarbeit bei der Kurhessischen Kupferschieferbergbau Sontra 1940–1945

Erkundungen, Studien und Doku- mente

von Jürgen Raabe

Kassel 1986, DM 14,50

*

Erinnern an Breitenau 1933–1945.

Katalog zur Ausstellung

4. Aufl., Kassel 1984, vergriffen

*

Vertrieb:

Junior & Pressler

Lasallestraße 15

3500 Kassel

Telefon: 0561/17655